

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE

6

HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

MARX-ENGELS-LENIN-STALIN-INSTITUT BEIM ZK DER KPdSU

W.I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM MARX-ENGELS-LENIN-STALIN-INSTITUT
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT



DIETZ VERLAG BERLIN

1956

W. I. LENIN

BAND 6

JANUAR 1902 – AUGUST 1903



DIETZ VERLAG BERLIN

1956

Russischer Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ

Dietz Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1956 · Printed in Germany · Alle Rechte vorbehalten · Gestaltung und Typographie: Dietz Entwurf · Papierformat: 61×86 cm

Verlagsbogen: 37 · Druckbogen: 35,75 · Lizenznummer 1

Satz und Druck: VEB Offizin Andersen Nexö in Leipzig III/18/38

VORWORT

Die in Band 6 enthaltenen Arbeiten schrieb W. I. Lenin von Januar 1902 bis August 1903.

Den Band eröffnen „Materialien zur Ausarbeitung des Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“, aus denen zu ersehen ist, welchen Kampf Lenin innerhalb der „Iskra“-Redaktion für die Ausarbeitung eines revolutionären Programms der Partei der Arbeiterklasse geführt hat.

Einen wesentlichen Raum nehmen in dem Band Schriften über die Agrar- und Bauernfrage und über die Lehre vom Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft ein: „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie“, die Broschüre „An die Dorfarmut“ u. a. Arbeiten.

Mit der Ausarbeitung der nationalen Frage, dem Kampf gegen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Nationalismus befassen sich u. a. die Aufsätze „Die nationale Frage in unserem Programm“ und „Braucht das jüdische Proletariat eine ‚selbständige politische Partei‘?“.

Gegen die Sozialrevolutionäre sind im vorliegenden Band u. a. folgende Schriften gerichtet: „Revolutionäres Abenteuerertum“, „Die Hauptthese gegen die Sozialrevolutionäre“, „Warum muß die Sozialdemokratie den Sozialrevolutionären einen entschiedenen und rücksichtslosen Kampf ansagen?“

Die Artikel „Die Selbstherrschaft wankt...“, „Herr Struve, von seinem Mitarbeiter entlarvt“ und „Politischer Kampf und politische Kannegießerei“ zeigen Lenins Kampf gegen den bürgerlichen Liberalismus.

Der „Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben“ und der „Entwurf des Statuts der SDAPR“ dienen der Ausarbeitung der organisatorischen Grundsätze der marxistischen Partei.

Lenins Tätigkeit bei der Vorbereitung und Durchführung des Parteitags kennzeichnen die in diesem Band enthaltene Schrift „Über die Berichte der Komitees und Gruppen der SDAPR an den allgemeinen Parteitag“ sowie die Resolutionsentwürfe und Reden auf dem II. Parteitag der SDAPR.

Zum erstenmal in den Werken W. I. Lenins werden im vorliegenden Band folgende Schriften veröffentlicht: „Über Demonstrationen“, „Über die Aufgaben der sozialdemokratischen Bewegung“, „Die Hauptthese gegen die Sozialrevolutionäre“, „An die Mittelschüler“, „Bruchstück eines Artikels gegen die Sozialrevolutionäre“, „Entwurf eines Schreibens des russischen Organisationskomitees an die Auslandsliga, den Auslandsbund und das Auslandskomitee des ‚Bund‘“, „Die marxistischen Auffassungen von der Agrarfrage in Europa und in Rußland“, „Plan eines Artikels gegen die Sozialrevolutionäre“, „Erste Rede bei der Erörterung des Parteistatuts“, „Rede über das Verhältnis zur studierenden Jugend“ und „Das letzte Wort des bundistischen Nationalismus“.

MATERIALIEN
ZUR AUSARBEITUNG DES PROGRAMMS
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
RUSSLANDS¹

*Geschrieben Januar—April 1902.
Zuerst veröffentlicht 1924 im
Lenin-Sammelband II.*

Nach dem Manuskript.

Проект программы
Русской Соц-Дем. Работн. Партии.¹⁾

[A]
(1) Все демократические республиканские институты, существующие в России, все также национальные учреждения и государственные учреждения, кои кажутся полезными, сохранены и усовершенствованы.

(2) Непосредственное управление делами не должно быть в руках ни одного из частных лиц, ни какого-либо учреждения без особого согласия и разрешения. Рабочие учреждения имеют среди себя управленческие (земельные и фабричные, юридические и медицинские, учебные и др.) и прочие учреждения соответствующего характера, существующие в пределах своих компетенций. Их управление должно осуществляться всеми рабочими учреждениями с учетом их взаимной согласованности. Местные самоуправления

^{1) Уменьшение ее на 100%}

BEMERKUNGEN ZUM ERSTEN PROGRAMMENTWURF PLECHANOWS

TEXT PLECHANOWS

I. Die wichtigste ökonomische Eigentümlichkeit der modernen Gesellschaft ist, daß in ihr kapitalistische Produktionsverhältnisse herrschen,

d. h., daß die Mittel der Warenproduktion und -zirkulation der zahlenmäßig sehr kleinen Klasse der Kapitalisten gehören,

während die Mehrheit der Bevölkerung aus Proletariern besteht,

die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft und nur existieren können, wenn sie diese verkaufen.

Infolgedessen gerät diese Mehrheit in die abhängige Lage von Lohnarbeitern, die durch ihre Arbeit das Einkommen der Kapitalisten schaffen.

BEMERKUNGEN LENINS

Seite 1. Nr. 1 — Der Kapitalismus ist keine „Eigentümlichkeit“ der modernen Gesellschaft, sondern ihre ökonomische *Struktur*, ihr ökonomisches *System* usw.

Nr. 2 — Die Produktionsmittel gehören nicht nur den Kapitalisten, sondern auch den Grundeigentümern und Kleinproduzenten.

Nr. 3 — Das Proletariat ist in vielen Ländern nicht die Mehrheit der Bevölkerung.

Nr. 4 — Das Proletariat besitzt einige Konsumtionsmittel (und zum Teil auch Produktionsmittel).

Seite 2. Nr. 5. + der Grundeigentümer.

II. Der Herrschaftsbereich der kapitalistischen Produktionsverhältnisse dehnt sich immer mehr aus in dem Maße, wie die unaufhörliche Vervollkommnung der Technik

die wirtschaftliche Bedeutung der Großbetriebe erhöht und dadurch

die Zahl der selbständigen Kleinproduzenten verringert, ihre Rolle im wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft beschränkt,

ja, sie mancherorts geradezu in Vasallen und Tributpflichtige der Großunternehmer verwandelt.

Zu Seite 2. Nicht die Vervollkommnung der Technik, sondern das Privateigentum expropriert und verelendet* den Kleinproduzenten.

Nr. 6 — „und dadurch“?? An und für sich kann die Entwicklung der Technik die wirtschaftliche Bedeutung der Großbetriebe nicht erhöhen. Die Entwicklung der Technik (+ eine Reihe ökonomischer Umwandlungen wie der Absatzbedingungen etc.) führt zur Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb.

Nr. 6–7. Der Kapitalismus „verringert“ nicht immer „die Zahl der Kleinproduzenten“ (die relative, aber nicht unbedingt die absolute, insbesondere nicht in Rußland).

(Expropriert und erniedrigt, verelendet ihn... der Kapitalismus — den Kleinproduzenten.)

Seite 2. Nr. 7. Beschränkt die Rolle der Kleinproduzenten = erhöht die wirtschaftliche Bedeutung der Großbetriebe (ein und dasselbe).

Nr. 8 — Geradezu — streichen. Der Prozeß der Scheidung des Produzenten von den Produktionsmitteln ist nicht gezeigt.

* „verelendet“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

III. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse üben einen immer stärkeren Druck auf die Arbeiterklasse aus, je mehr der technische Fortschritt, der die Produktivität der Arbeit steigert, den Kapitalisten nicht nur die materielle Möglichkeit gibt, den Grad der Ausbeutung der Arbeiter zu erhöhen, sondern diese Möglichkeit auch zur Wirklichkeit macht, wodurch er ein relatives Sinken der Nachfrage nach Arbeitskraft und gleichzeitig ein relatives und absolutes Steigen ihres Angebots verursacht.

IV. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität erhöht durchaus nicht den Preis der Arbeitskraft, sondern ist im Gegenteil sehr oft die unmittelbare Ursache seines Sinkens. Somit ruft der technische Fortschritt, der eine Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums bedeutet, in der kapitalistischen Gesellschaft eine Zunahme der sozialen Ungleichheit, eine Vergrößerung des Abstands zwischen Besitzenden und Besitzlosen, eine Verstärkung der ökonomischen Abhängigkeit der Arbeiter von den Kapitalisten hervor.

Seite 3 des ursprünglichen Entwurfs.

Nr. 9. + und auf die Kleinproduzenten (die Bauern müssen überhaupt besonders erwähnt werden).

Nr. 10—hervorruft oder erzeugt.

Seite 3 — ziemlich schwer verständlich und abstrakt ausgedrückt. Viel besser im „Erfurter Programm“²: „immer massenhafter wird die Armee der überschüssigen Arbeiter“ — „wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz“.

Seite 4 — der „Preis der Arbeitskraft“ sinkt sehr oft (ebenfalls sehr abstrakt ausgedrückt; = Steigerung der Ausbeutung, der Unterdrückung, des Elends, der Erniedrigung). „Somit“ ruft der technische Fortschritt eine Zunahme der Ungleichheit hervor. Demnach würde die Zunahme der Ungleichheit *nur* durch die Zunahme (Steigerung) der *Ausbeutung* des Lohnarbeiters hervorgerufen, während sie in Wirklichkeit hervorgerufen wird:

1. durch die Expropriation des Kleinproduzenten + 2. durch die

Verelendung des Kleinproduzenten
+ 3. durch die verschärfte Aus-
beutung + 4. durch das Anwachsen
der Reservearmee.

V. Bei dieser Lage der Dinge in der kapitalistischen Gesellschaft und bei der stets wachsenden Rivalität der kapitalistischen Länder auf dem Weltmarkt bleibt der Absatz der Waren notwendigerweise hinter ihrer Produktion zurück, das aber verursacht periodisch mehr oder minder akute industrielle Krisen, die von mehr oder minder langen Perioden industrieller Stagnation begleitet sind,

Seite 5. Ist es notwendig, im Programm die *Ursachen* der Krisen aufzuzeigen? Wenn ja, so ist der Mangel der, daß zwei Ursachen genannt werden: 1. die Zunahme der sozialen Ungleichheit („bei dieser Lage der Dinge“, S. 4) + 2. die wachsende Rivalität. Nicht genannt ist die Hauptursache der Krisen = die Planlosigkeit*, die private Aneignung bei gesellschaftlicher Produktion.

welche die Zahl und die wirtschaftliche Bedeutung der Kleinproduzenten noch mehr verringern,

Seiten 5–6: Verringerung der „*wirtschaftlichen Bedeutung*“ der Kleinproduzenten ist ein zu abstrakter Ausdruck. Expropriert (= verringert die Zahl?) und verelendet.

die Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital noch mehr vergrößern

Seite 6 — der Lohn „*arbeit*“? Wäre *-arbeiter* nicht besser?

und noch rascher zur relativen, mancherorts auch zur absoluten Verschlechterung der Lage des Proletariats und der Kleinproduzenten führen.

Seite 6 — Folgen der Krise — *relative und absolute Verschlechterung der Lage*. Wäre es nicht besser, direkt zu sagen: Arbeitslosigkeit, Elend der Arbeiter und der Kleinproduzenten.

* „Planlosigkeit“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

VI. Während aber diese unvermeidlichen Widersprüche des Kapitalismus wachsen und sich entwickeln, wächst gleichzeitig auch die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse mit den bestehenden Zuständen, verschärft sich ihr Kampf gegen die Kapitalistenklasse, und immer weiter und rascher verbreitet sich in der Arbeiterklasse die Erkenntnis,

Seite 7 — anstatt Unzufriedenheit — Empörung.

Seite 7 — die Verbreitung der Erkenntnis ($-\gamma$) ist neben das Anwachsen der Empörung ($-\alpha$) und die Verschärfung des Kampfes ($-\beta$) gestellt. Aber α und β sind spontan, während γ von uns hineingetragen werden muß.

daß sie nur aus eigener Kraft das auf ihren Schultern lastende Joch der ökonomischen Abhängigkeit abwerfen kann und daß zum Abwerfen dieses Joches die soziale Revolution notwendig ist, d. h. die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, der Übergang der Mittel für die Produktion und Zirkulation der Produkte in gesellschaftliches Eigentum.

Seite 7 — „nur aus eigener Kraft“. Es wäre besser, allgemeiner zu sagen: *kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein* usw.

Seiten 7–8. 1. Die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse? — Die *Ablösung** der Warenproduktion durch die sozialistische Produktion**, 2. die Expropriation der Ausbeuter, 3. der Übergang der Produktionsmittel in *gesellschaftliches Eigentum*? Umwandlung des Privateigentums in *gesellschaftliches Eigentum*.

VII. Diese Revolution des Proletariats wird die Befreiung der gesamten, jetzt unterdrückten und leidenden Menschheit sein, denn sie wird jeder

* Wie es auf S. 8 und 9 auch heißt.

** Es muß erläutert werden, was diese sozialistische Produktion ist.

Art von Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende setzen.

VIII. Damit das Proletariat die kapitalistische Warenproduktion durch die sozialistische Organisation der Gütererzeugung zur Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft und zur Sicherung der Wohlfahrt aller ihrer Mitglieder ablösen, damit es seine Revolution vollbringen kann,

muß es die politische Macht in Händen haben, die es zum Herrn der Lage macht und ihm gestattet, alle jene Hindernisse rücksichtslos niederzutreten, die sich ihm auf dem Wege zu seinem großen Ziel entgegenstellen. In diesem Sinne ist die Diktatur des Proletariats die unerläßliche politische Vorbedingung der sozialen Revolution.

IX. Aber die Entwicklung des internationalen Austauschs und des Weltmarktes hat eine so enge Verbindung zwischen allen Völkern der zivilisierten Welt hergestellt, daß dieses große Ziel nur erreicht werden kann, wenn die Proletarier aller Länder ihre Anstrengungen vereinigen. Darum mußte die moderne Arbeiterbewegung international werden und ist es schon seit langem geworden.

Seite 9 — unklar* — „zur Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft und zur Sicherung der Wohlfahrt aller ihrer Mitglieder“. Das ist zu wenig: (vergleiche das „Erfurter Programm“: „höchste Wohlfahrt und allseitige harmonische Vervollkommnung“).

Seite 9. „Herr der Lage“, „rücksichtslos niederzutreten“, „Diktatur“??? (Uns genügt die soziale Revolution.)

Seite 10 — nihil**.

* Das Wort „unklar“ steht in Lenins Manuskript über den Worten „zur Befriedigung der Bedürfnisse“. Die Red.

** nihil — nichts. Die Red.

X. Die russische Sozialdemokratie betrachtet sich als einen Trupp der Weltarmee des Proletariats, als einen Teil der internationalen Sozialdemokratie.

XI. Sie verfolgt dasselbe Endziel, das sich die Sozialdemokraten aller anderen Länder stellen.

Sie enthüllt vor den Arbeitern den unversöhnlichen Gegensatz zwischen ihren Interessen und den Interessen der Kapitalisten, macht ihnen die geschichtliche Bedeutung, den Charakter und die Bedingungen jener sozialen Revolution klar, die das Proletariat zu vollbringen hat, und organisiert die Kräfte der Arbeiter für den unaufhörlichen Kampf gegen ihre Ausbeuter.

Seite 11. — „Dasselbe Endziel*“.
Wozu die Wiederholung?

Seite 11. Ist das nicht verwirrend? — „dasselbe Endziel*“ — und gleich daneben die *Aufgabe* der sozialdemokratischen Partei: 1. Vor(?) den Arbeitern den unversöhnlichen Gegensatz zwischen ihren Interessen und den Interessen der Kapitalisten enthüllen. 2. Ihnen die Bedeutung, den Charakter und die Bedingungen der sozialen Revolution (+ die Notwendigkeit der Revolution?) klarmachen.

Bei den Deutschen ist das stärker gesagt: weisen naturnotwendiges Ziel**. 3. Die Kräfte der Arbeiter für den unaufhörlichen Kampf gegen ihre Ausbeuter (NB?*** + gegen die Regierung?) organisieren + ? den Kampf des Proletariats leiten.

1 ist in 2 enthalten. 1 ist zu eng gefaßt. Es müßte heißen: α das Endziel aufzeigen, β eine Organisation

* „Endziel“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

** „weisen naturnotwendiges Ziel“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

*** notabene — wohlgemerkt. *Die Red.*

der Revolutionäre schaffen, die den Kampf des Proletariats *leitet*.

XII. Die nächsten Ziele der russischen Sozialdemokratie werden jedoch dadurch wesentlich modifiziert, daß die bei uns zahlreich vorhandenen Überreste der vorkapitalistischen, auf Leibeigenschaft beruhenden Gesellschaftsordnung als furchtbarer Druck auf der gesamten werktätigen Bevölkerung lasten und das stärkste aller Hindernisse sind, die den Erfolgen der russischen Arbeiterbewegung hemmend im Wege stehen.

Die russischen Sozialdemokraten müssen erst noch um solche juristische Einrichtungen kämpfen, wie sie als natürliche rechtliche Ergänzung zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern bereits bestehen

und die notwendig sind für die volle und allseitige Entfaltung des Klassenkampfes der Lohnarbeit gegen das Kapital.

Da aber die zaristische Selbstherrschaft, der bedeutendste und für die weitere Entwicklung der Gesellschaft schädlichste Überrest der alten Leib-

Seite 12. „Die Überreste der auf Leibeigenschaft beruhenden Ordnung ... lasten als furchtbarer Druck auf der gesamten werktätigen Bevölkerung“ (+ hemmen die Entwicklung der Produktivkräfte + verschlechtern die Lebensbedingungen + halten das ganze Volk in Unwissenheit und Unterdrückung) — das stärkste Hindernis (= die Überreste)? (Was sind diese Überreste? Die Selbstherrschaft + alles andere? Das ist *weiter unten* gesagt.)

12—13: müssen erst noch um *solche (?) juristische* Einrichtungen kämpfen, wie sie in den fortgeschrittenen Ländern *bereits (?) bestehen*. (Das muß klarer gesagt werden. Nicht gemeinverständlich.)

Seite 13 — der Lohnarbeit? — der -arbeiter, des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse um ihre vollständige Befreiung.

Seite 13. Die Selbstherrschaft ist unvereinbar mit diesen juristischen Einrichtungen (mit der politischen Freiheit??).

eigenschaftsordnung, völlig unvereinbar ist mit diesen juristischen Einrichtungen und da sie ihrem ureigenen Wesen nach zwangsläufig der schlimmste und gefährlichste Feind der Befreiungsbewegung der Proletarier ist,

so stellen sich die russischen Sozialdemokraten als ihre nächste politische Aufgabe den Sturz der Monarchie.

Seite 14. Da die *Selbstherrschaft* unvereinbar ist — Sturz der *Monarchie* (stimmt nicht überein).

Geschrieben Anfang Januar 1902.

ENTWURF DES PROGRAMMS DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
RUSSLANDS*

[A]

I. Immer rascher entwickelt sich in Rußland die Warenproduktion, zu immer vollerer Herrschaft gelangt hier die kapitalistische Produktionsweise.

II. Die unaufhörliche Vervollkommnung der Technik führt dazu, daß der Kleinbetrieb immer mehr durch den Großbetrieb verdrängt wird. Der wichtigste Teil der Produktionsmittel (des Grund und Bodens, der Fabriken, der Werkzeuge und Maschinen, der Eisenbahnen und anderer Verkehrsmittel) wird in den Händen einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern als deren Privateigentum konzentriert. Die selbständigen Kleinproduzenten (Bauern, Kustare** und Handwerker) werden immer mehr ruiniert, sie verlieren die Produktionsmittel und verwandeln sich somit in Proletarier oder werden zu Dienern und Tributpflichtigen des Kapitals. Eine immer größere Anzahl von Werktätigen wird gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, Lohnarbeiter zu werden, die sich in Abhängigkeit von den Eigentümern befinden, deren Reichtum sie durch ihre Arbeit schaffen.

III. Je weiter die technische Entwicklung fortschreitet, um so mehr bleibt das Steigen der Nachfrage nach Arbeitskraft hinter dem Steigen

* Der prinzipielle Teil dieses Entwurfs stellt einen Entwurf dar, den ein Redaktionsmitglied, Frey³, vorschlägt (und den er auf Grund des ursprünglichen Entwurfs von G. W. Plechanow verfaßt hat). Der praktische Teil hingegen (von der weiter unten angemerkten Stelle bis zum Schluß) wird von der gesamten Kommission, d. h. von den fünf Redaktionsmitgliedern vorgeschlagen.

** Kustare — die vorwiegend ländlichen russischen Hausindustriellen. Siehe auch: W. I. Lenin, Werke, Bd. 3, Kapitel VI, Abschnitt VIII. *Der Übers.*

des Angebots von Arbeitskraft zurück, um so größere Möglichkeiten haben die Kapitalisten, den Grad der Ausbeutung der Arbeiter zu erhöhen. Unsicherheit der Existenz und Arbeitslosigkeit, Joch der Ausbeutung und Erniedrigungen jeder Art werden das Los immer breiterer Schichten der werktätigen Bevölkerung.

IV. Noch mehr verschärfen diesen Prozeß die industriellen Krisen, die durch die Grundwidersprüche des Kapitalismus unvermeidlich hervorgerufen werden. Armut und Elend der Massen gehen Hand in Hand mit der Verschleuderung des gesellschaftlichen Reichtums, weil es unmöglich ist, einen Absatz für die produzierten Waren zu finden.

V. Somit ist die gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen und immer mehr vergesellschaftet werdenden Arbeit begleitet von der Erscheinung, daß eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung alle Hauptvorteile dieser Entwicklung monopolisiert. Mit dem gesellschaftlichen Reichtum wächst die soziale Ungleichheit, vertieft und erweitert sich der Abgrund zwischen der Klasse der Eigentümer (der Bourgeoisie) und der Klasse des Proletariats.

[B]

VI. Aber während alle diese unvermeidlichen Widersprüche des Kapitalismus wachsen und sich entwickeln, wächst auch die Zahl und Geschlossenheit, die Unzufriedenheit und Empörung der Proletarier, verschärft sich der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse, wächst das Bestreben, sich von dem unerträglichen Joch des Kapitalismus zu befreien.

VII. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Alle übrigen Klassen der modernen Gesellschaft sind für die Erhaltung der Grundlagen des bestehenden ökonomischen Systems. Für die wirkliche Befreiung der Arbeiterklasse ist die durch die ganze Entwicklung des Kapitalismus vorbereitete soziale Revolution notwendig, d. h. die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, deren Übergang in gesellschaftliches Eigentum und die Ablösung der kapitalistischen Warenproduktion durch die sozialistische Organisation der Gütererzeugung auf Rechnung der gesamten Gesellschaft, zur Sicherung der höchsten Wohlfahrt und der freien allseitigen Entwicklung aller ihrer Mitglieder.

VIII. Diese Revolution des Proletariats wird die Teilung der Gesellschaft in Klassen völlig aufheben und folglich auch jede soziale und politische Ungleichheit, die dieser Teilung entspringt.

IX. Um diese soziale Revolution zu vollbringen, muß das Proletariat die politische Macht erobern, die es zum Herrn der Lage machen und ihm gestatten wird, alle Hindernisse zu beseitigen, die seinem großen Ziel im Wege stehen. In diesem Sinne ist die Diktatur des Proletariats die unerläßliche politische Vorbedingung der sozialen Revolution.

X. Die russische Sozialdemokratie stellt sich die Aufgabe, vor den Arbeitern den unversöhnlichen Gegensatz zwischen ihren Interessen und den Interessen der Kapitalisten zu enthüllen; dem Proletariat die geschichtliche Bedeutung, den Charakter und die Bedingungen jener sozialen Revolution, die es zu vollbringen hat, klarzumachen; die revolutionäre Klassenpartei zu organisieren, die fähig sein wird, den Kampf des Proletariats in allen seinen Erscheinungsformen zu leiten.

XI. Aber die Entwicklung des internationalen Austauschs und der Produktion für den Weltmarkt hat eine so enge Verbindung zwischen allen Völkern der zivilisierten Welt geschaffen, daß die moderne Arbeiterbewegung international werden mußte und schon seit langem international geworden ist. Die russische Sozialdemokratie betrachtet sich als einen Trupp der Weltarmee des Proletariats, als einen Teil der internationalen Sozialdemokratie.

XII. Die nächsten Ziele der russischen Sozialdemokratie werden jedoch dadurch wesentlich modifiziert, daß die bei uns zahlreich vorhandenen Überreste der vorkapitalistischen, auf Leibeigenschaft beruhenden Gesellschaftsordnung die Entwicklung der Produktivkräfte in sehr hohem Maße hemmen, die vollständige und allseitige Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes unmöglich machen, die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung herabdrücken, asiatisch-barbarische Formen des Hinterbens der viele Millionen zählenden Bauernschaft bedingen und das ganze Volk in Unwissenheit, Rechtlosigkeit und Unterdrückung halten.

XIII. Der bedeutendste von diesen Überresten der Leibeigenschaftsordnung, die machtvollste Stütze dieser ganzen Barbarei ist die zaristische Selbstherrschaft. Sie ist der schlimmste und gefährlichste Feind der Befreiungsbewegung des Proletariats und der kulturellen Entwicklung des gesamten Volkes.

[C]

Darum* stellt sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands als nächste politische Aufgabe den Sturz der zaristischen Selbstherrschaft und ihre Ersetzung durch die *Republik* auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung, die gewährleistet:

1. die Selbstherrschaft des Volkes, d. h. die Konzentrierung der gesamten obersten Staatsgewalt in den Händen einer gesetzgebenden Versammlung, die aus Vertretern des Volkes besteht;
2. das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht bei den Wahlen sowohl zur gesetzgebenden Versammlung als auch zu allen örtlichen Selbstverwaltungsorganen für jeden Bürger, der das 21. Lebensjahr erreicht hat; geheime Stimmabgabe bei allen Wahlen; das Recht jedes Wählers, in alle Vertretungskörperschaften gewählt zu werden; Diäten für die Volksvertreter;
3. Unantastbarkeit der Person und der Wohnung der Bürger;
4. uneingeschränkte Gewissens- und Redefreiheit, Presse-, Versammlungs-, Streik- und Koalitionsfreiheit;
5. Freizügigkeit und Gewerbefreiheit;
6. Abschaffung der Stände und volle Gleichberechtigung aller Bürger, unabhängig von Geschlecht, Religion und Rasse;
7. Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts aller Nationen, die zum Staate gehören;
8. das Recht eines jeden Bürgers, jeden beliebigen Beamten gerichtlich zu belangen, ohne den dienstlichen Beschwerdeweg beschreiten zu müssen;
9. Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung;
10. Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche;
11. allgemeinen unentgeltlichen und obligatorischen Schulunterricht für Kinder bis zum 16. Lebensjahr; Versorgung der armen Kinder mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten.

* Ab hier von der gesamten Kommission angenommen.

[D]

Um die Arbeiterklasse zu schützen und ihre Kampffähigkeit zu erhöhen*, fordert die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands:

1. Beschränkung des Arbeitstages auf acht Stunden für alle Lohnarbeiter;
2. gesetzliche Festlegung einer wöchentlichen ununterbrochenen Ruhepause von mindestens 36 Stunden für Lohnarbeiter beiderlei Geschlechts in sämtlichen Zweigen der Volkswirtschaft;
3. völliges Verbot der Überstundenarbeit;
4. Verbot der Nacharbeit (von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens) in allen Zweigen der Volkswirtschaft, mit Ausnahme jener, in denen sie aus technischen Gründen unbedingt notwendig ist;
5. Verbot für die Unternehmer, Kinder unter 15 Jahren in Lohnarbeit zu verwenden;
6. Verbot der Frauenarbeit in jenen Wirtschaftszweigen, in denen die Arbeit speziell für den weiblichen Organismus schädlich ist;
7. gesetzliche Festlegung der zivilrechtlichen Haftpflicht der Unternehmer bei vollständigem oder teilweisem Verlust der Arbeitsfähigkeit eines Arbeiters, wenn dieser Verlust die Folge eines Unfalls oder gesundheits-schädlicher Produktionsbedingungen ist; Befreiung des Arbeiters von der Pflicht, nachzuweisen, daß der genannte Verlust auf die Schuld des Unternehmers zurückzuführen ist;
8. Verbot der Zahlung des Arbeitslohns in Waren**;
9. Zahlung von staatlichen Renten an alte Arbeiter, die ihre Arbeitsfähigkeit verloren haben;
10. Erhöhung der Zahl der Fabrikinspektoren; Ernennung von weiblichen Inspektoren in jenen Wirtschaftszweigen, in denen die Frauenarbeit überwiegt; Einführung einer Aufsicht über die Durchführung der Fabrikgesetze durch von Arbeitern gewählte und vom Staate bezahlte Vertreter, ferner einer Aufsicht über die Festsetzung der Tarifsätze und die Aussonderung von Ausschuß durch gewählte Vertreter der Arbeiter;

* Vorschlag Freys, den Anfang dieses Absatzes wie folgt zu ändern: „Um die Arbeiterklasse vor körperlicher und sittlicher Degradation zu bewahren und um ihre Fähigkeit zum Kampf für ihre Befreiung zu erhöhen...“

** Vorschlag Freys, hier (in denselben Punkt) einzufügen: „gesetzliche Festlegung der wöchentlichen Lohnzahlung in allen Arbeitsverträgen“.

11. Einführung einer Aufsicht der örtlichen Selbstverwaltungsorgane unter Hinzuziehung von gewählten Arbeitervertretern über den sanitären Zustand der den Arbeitern von den Unternehmern zugewiesenen Wohnräume wie auch über die Hausordnung in diesen Räumlichkeiten und die Mietklauseln, um die Lohnarbeiter vor der Einmischung der Unternehmer in ihr Privatleben und in ihre staatsbürgerliche Betätigung zu schützen;

12. Einführung einer richtig organisierten, allseitigen sanitären Kontrolle der Arbeitsbedingungen in sämtlichen Betrieben, die Lohnarbeit verwenden;

13. Ausdehnung der Aufsicht durch die Fabrikinspektion auf das Handwerk, die Haus- und Kustarindustrie und auf die staatlichen Betriebe;

14. Festsetzung der strafrechtlichen Haftung bei Verletzung der Arbeitsschutzgesetze;

15. Verbot für die Unternehmer, vom Arbeitslohn Abzüge zu machen, aus welchem Anlaß und zu welchem Zweck sie auch vorgenommen werden (Geldstrafen, Abzüge für Ausschuß usw.);

16. Errichtung von Gewerbegerichten in allen Zweigen der Volkswirtschaft, paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer.

[E]

Um den russischen Staatshaushalt zu demokratisieren, fordert die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands außerdem die Abschaffung aller indirekten Steuern und die Einführung einer progressiven Einkommensteuer.

Um andererseits die Überreste der alten Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen*, strebt sie an:

1. Aufhebung der Ablöse- und Fronzinszahlungen wie auch aller übrigen Lasten, die heute der Bauernschaft als abgabepflichtigem Stand auferlegt sind;

* Vorschlag Freys, hier die Worte einzufügen: „und die freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande zu fördern“, so daß der ganze Absatz lauten würde: „Um andererseits die Überreste der alten Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen und die freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande zu fördern, strebt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands an“

2. Aufhebung der solidarischen Haftung und aller Gesetze, die den Bauern in der freien Verfügung über sein Land beschränken;

3. Rückerstattung aller Geldsummen an das Volk, die ihm in Form von Ablöse- und Fronzinszahlungen abgenommen wurden; zu diesem Zweck Beschlagnahme der Klostergüter und Apanageländereien sowie besondere Besteuerung der Ländereien der adligen Großgrundbesitzer, die von Ablösekrediten Gebrauch gemacht haben; Überweisung der dadurch erhaltenen Summen an einen besonderen Volksfonds für kulturelle und wohlthätige Zwecke der Dorfgemeinschaften;

4. Gründung von Bauernkomitees:

a) um den Dorfgemeinschaften die Landstücke zurückzugeben (durch Enteignung oder, falls diese Landstücke von Hand zu Hand gegangen sind, durch Ablösung usw.), die bei der Aufhebung der Leibeigenschaft vom Land der Bauern abgetrennt worden sind und den Gutsbesitzern als Werkzeug zur Knechtung der Bauern dienen;

b) um die Überreste der Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen, die sich im Ural, im Altai, in den Westgebieten und in anderen Teilen des Reiches erhalten haben;

5. Bevollmächtigung der Gerichte, übermäßig hohe Pachtzinsen herabzusetzen und Verträge mit knechtendem Charakter für ungültig zu erklären.

[F]

In dem Bestreben, ihre nächsten politischen und wirtschaftlichen Ziele zu verwirklichen*, unterstützt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands jede oppositionelle und revolutionäre Bewegung, die sich gegen das in Rußland bestehende soziale und politische System richtet, sie lehnt aber entschieden alle jene Reformpläne ab, in denen jede Erweiterung der polizeilichen Bevormundung der werktätigen Massen als ein Schritt zur Lösung der sozialen Frage hingestellt wird.**

* Vorschlag Freys, den Anfang des Absatzes wie folgt zu ändern: „Im Kampf für die genannten Forderungen unterstützt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands“ usw.

** Vorschlag Freys, den Schluß dieses Absatzes wie folgt zu ändern: „...Reformpläne, die irgendwie auf eine Erweiterung oder Festigung der polizeilich-bürokratischen Bevormundung der werktätigen Massen hinauslaufen“.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands ist ihrerseits fest davon überzeugt, daß die vollständige, konsequente und dauerhafte Verwirklichung der genannten politischen und sozialen Umgestaltungen nur erreicht werden kann durch den Sturz der Selbstherrschaft und die Einberufung einer vom gesamten Volk frei gewählten Konstituierenden Versammlung.

*Geschrieben Ende Januar
bis Anfang Februar 1902.*

DREI KORREKTUREN ZUM PROGRAMMENTWURF

Nr. 1. Im Absatz [A] II ist an Stelle der Worte: „Die unaufhörliche Vervollkommnung der Technik führt dazu, daß der Kleinbetrieb immer mehr durch den Großbetrieb verdrängt wird“

folgender Satz zu setzen:

„Unaufhörlich schreitet die Vervollkommnung der Technik vorwärts, immer stärker entwickelt sich der Großbetrieb, immer mehr wird der Kleinbetrieb verdrängt oder gerät in Verfall.“

Nr. 2. Im Absatz [B] VII sind nach den Worten: „Alle übrigen Klassen der modernen Gesellschaft sind für die Erhaltung der Grundlagen des bestehenden ökonomischen Systems“

die Worte einzufügen:

„und der Kleinproduzent, der unter dem Druck des Kapitalismus zugrunde geht, wird nur insofern wirklich revolutionär, als er die Ausweglosigkeit seiner Lage erkennt und sich auf den Standpunkt des Proletariats stellt“ —

das Weitere muß dann mit einem neuen Absatz beginnen.

Nr. 3. Im Absatz [B] XII sind an Stelle der Worte: „asiatisch-barbarische Formen des Hinsterbens der viele Millionen zählenden Bauernschaft bedingen“

die Worte zu setzen:

„asiatisch-barbarische Formen der Ausbeutung und ein qualvolles Hinsterven der viele Millionen zählenden Bauernschaft bedingen“.

*Geschrieben in der zweiten
Februarhälfte 1902.*

Замечания на проект
программы.

Самым общим и основным содержанием
каждого дела этой программы является, в
сущности все жизнь программы, исключая: то
на программе принципиально отсутствует реализация,
в Российской революции, то суть программы
для русских (особенно в самом ближнем будущем;
дети, на каждом этапе революции каждого
вида) и принципиально отсутствует реализация, то есть
вопрос о реализации каждого, а не
о русской революции для каждого ка-
ждого этапа революции или каждого;
принципиально отсутствует реализация;
Принципиально отсутствует реализация каждого
этапа революции или каждого этапа революции;
" Российская революция или каждого этапа революции " г. 2. До сего

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript
mit den Bemerkungen zum zweiten Programmentwurf Plechanows

1902

Verkleinert

BEMERKUNGEN ZUM ZWEITEN PROGRAMMENTWURF PLECHANOWS

Der allgemeine und wesentliche Mangel, der diesen Entwurf unannehmbar macht, ist meines Erachtens der *ganze Typus* des Programms, denn es ist nicht das Programm einer praktisch kämpfenden Partei, sondern eine *Prinzipienerklärung**, es ist eher ein Programm für *Studierende* (insbesondere im Hauptteil, der eine Charakteristik des Kapitalismus gibt), und zwar für Studierende des ersten Semesters, wo vom Kapitalismus im allgemeinen und noch nicht vom russischen Kapitalismus die Rede ist. Dieser wesentlichste Mangel ruft auch eine Menge Wiederholungen hervor, wobei das *Programm* bisweilen zu einem *Kommentar* wird. Ich werde mich bemühen, das nachzuweisen, indem ich Punkt für Punkt analysiere, und dann das allgemeine Fazit ziehen.

„Die Entwicklung des internationalen Austauschs“ usw. bis zu den Worten „und ist es schon seit langem geworden“ (§ I — des bequemeren Zitierens halber werde ich jeden Absatz, d. h. jeden mit einem Einzug beginnenden Passus als Paragraphen bezeichnen und alle der Reihe nach numerieren).

Sachlich ist nichts dagegen einzuwenden. Nur sind die Worte „die große Befreiungsbewegung unserer Zeit“ überflüssig, denn von der Befreiungsmision der Arbeiterbewegung ist weiter unten sehr viel und konkret die Rede.

Ferner steht dieser Absatz meines Erachtens nicht an der richtigen Stelle. Das Programm der Sozialdemokratischen Partei Rußlands muß mit einer Charakteristik des russischen Kapitalismus (und einer Anklage gegen ihn) beginnen — und dann erst den internationalen Charakter der Be-

* „Prinzipienerklärung“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

wegung hervorheben, die der Form nach — um mit den Worten des „Kommunistischen Manifests“ zu sprechen — notwendigerweise zunächst eine nationale ist⁴.

§ II. „Ebenso wie die Sozialdemokraten aller anderen Länder stehen die russischen Sozialdemokraten auf internationalem Boden. Sie betrachten ihre Partei als einen Trupp der Weltarmee des Proletariats, als einen Teil der internationalen Sozialdemokratie.“

Die von mir unterstrichenen Worte sind überflüssig, denn sie fügen absolut nichts zu dem hinzu, was vorher und nachher gesagt ist. Diese überflüssigen Worte schwächen nur den völlig ausreichenden und prägnanten Ausdruck ab, den der Gedanke in den Worten „Trupp“ und „Teil“ gefunden hat.

§ III. „Sie verfolgen dasselbe Endziel wie die Sozialdemokraten aller anderen Länder.“

Das sind ebenfalls überflüssige Worte, denn sie werden weiter unten, in § XIII („das Endziel aller Bestrebungen der internationalen Sozialdemokratie“ usw.) und § XVII („die Einheit des gemeinsamen Endziels“), *zweimal* wiederholt. Ein „Trupp“ der Armee ist eben darum ein Trupp, weil er dasselbe Ziel verfolgt.

§ IV. „Dieses gemeinsame Endziel der Sozialdemokraten aller Länder“ (wieder eine überflüssige Wiederholung) „wird bestimmt durch den Charakter und den Entwicklungsgang der bürgerlichen Gesellschaft“.

Ebenfalls überflüssige Worte, denn weiterhin wird ja gezeigt, wie der Charakter und der Entwicklungsgang der bürgerlichen Gesellschaft dieses Endziel „bestimmen“. Dieser Paragraph ist eine Art Überschrift, eine Art Kapitelbezeichnung. Aber Überschriften, die in einem Lehrbuch oder in einem Aufsatz notwendig sind, sind in einem Programm durchaus nicht nötig. Alles, was im Programm überflüssig, schwächt es* (Engels in den Bemerkungen zum Entwurf des Erfurter Programms)⁵.

§§ V und VI (und auch der Anfang des § VII) rufen, abgesehen von Bemerkungen formaler Art, den einen allgemeinen und wesentlichen Einwand hervor, der sich gegen den ganzen Typus des Programms richtet, wie er im Entwurf zutage tritt.

Ich werde zunächst diesen allgemeinen Einwand darlegen (wobei es

* Dieser Satz bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

zum Teil notwendig sein wird, den Gegenentwurf zu verteidigen) und dann zu den formalen Bemerkungen übergehen.

§ V gibt die Definition des „entwickelten“ Kapitalismus im allgemeinen; § VI spricht von der „Erweiterung“ der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in dem Maße, wie die Technik fortschreitet und die Großbetriebe zum Nachteil der Kleinbetriebe (oder auf Kosten der Kleinbetriebe) wachsen, d. h. in dem Maße, wie die Kleinproduktion durch die Großproduktion verdrängt wird.

Eine solche Darstellungsweise ist unlogisch und unrichtig.

Unrichtig — weil das kämpfende Proletariat nicht aus Definitionen lernt, was Kapitalismus ist (wie man aus Lehrbüchern lernt), sondern aus der praktisch erworbenen Kenntnis der *Widersprüche* des Kapitalismus, der *Entwicklung* der Gesellschaft und ihrer Folgen. Und wir müssen in unserem Programm diese Entwicklung *zeigen*, müssen — möglichst kurz und prägnant — sagen, daß *die Sache soundso verläuft*. Alle Erklärungen aber, warum es gerade so ist und nicht anders, alle Einzelheiten über die Erscheinungsformen der Grundtendenzen müssen wir Kommentaren überlassen. Was Kapitalismus ist, das wird sich ganz von selbst ergeben aus unserer Darstellung, daß die Sache soundso steht (resp. verläuft).

Unlogisch — weil der Prozeß der Verdrängung der Kleinproduktion durch die Großproduktion (§ VI) und der Prozeß des Zerfalls der Gesellschaft in Eigentümer und Proletarier (§ V) *ein und derselbe Prozeß* ist. Das aber kommt in der Formulierung des Entwurfs nicht zum Ausdruck. Nach dem Entwurf kommt es so heraus: *Erste These*. Der entwickelte Kapitalismus besteht darin, daß der selbständige Kleinbetrieb zu einem erheblichen Teil durch den Großbetrieb, der Lohnarbeiter beschäftigt, verdrängt worden ist. *Zweite These*. Die Herrschaft des Kapitalismus dehnt sich aus in dem Maße, wie der Kleinbetrieb durch den Großbetrieb verdrängt wird...

Ich denke, man müßte aus dem erwähnten Grunde diese beiden Absätze zu einem Absatz verschmelzen und darin den Prozeß folgendermaßen ausdrücken: Entwicklung der Technik — Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb — Konzentrierung der Produktionsmittel in den Händen der Kapitalisten und Grundeigentümer — Ruin der selbständigen Kleinproduzenten: ihre Verwandlung in Proletarier oder in Abhängige des Kapitals.

Gegen eine solche Formulierung (die im Gegenentwurf versucht worden ist) wird eingewandt:

1. Sie stellt die Sache so dar, als hänge der Ruin der russischen Bauernschaft (resp. die Bildung des großen Grundeigentums in Rußland usw.) *nur* von der Entwicklung des Kapitalismus ab.

Dieser Einwand erscheint mir unbegründet. An der entsprechenden Stelle (nämlich am Ende des Programms) ist ganz klar gesagt, daß wir noch eine Unmenge von Überresten der Leibeigenschaft haben und daß diese Überreste den Entwicklungsprozeß „barbarisieren“. Da wir aber nun einmal den Entwicklungsprozeß des Kapitalismus für den *grundlegenden* Prozeß in der gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklung Rußlands halten, so müssen wir gerade zu Anfang *diesen* Prozeß, *seine* Widersprüche und Folgen charakterisieren. Nur so können wir unseren Gedanken prägnant ausdrücken, den Gedanken nämlich, daß die Entwicklung des Kapitalismus, die Verdrängung des Kleinbetriebs, die Konzentration des Eigentums usw. fortschreitet und fortschreiten wird *trotz* allen Überresten der Leibeigenschaft und über all diese Überreste *hinweg*.

2. Man sagt, die These, daß „der Kleinbetrieb immer mehr durch den Großbetrieb verdrängt“ wird, sei „zu kategorisch“, „schablonenhaft“ usw.

Ich muß deshalb erklären, auf Grund welcher Erwägungen ich diese Formulierung für *nicht weniger richtig* und für *weit zweckmäßiger* halte als die Formulierung des hier in Rede stehenden Entwurfs: „die Zunahme der wirtschaftlichen Bedeutung der Großbetriebe, die Verringerung der relativen Zahl der Kleinbetriebe, die Beschränkung ihrer Rolle im gesellschaftlich-ökonomischen Leben des Landes“.

Rein theoretisch gesehen, sind diese beiden Formulierungen *vollkommen gleichbedeutend*, und alle Versuche, zwischen ihnen *einen inhaltlichen Unterschied* zu konstruieren, sind völlig willkürlich*. „Die Zunahme der Bedeutung der Großbetriebe und die Beschränkung der Rolle der Kleinbetriebe“ — das ist eben *Verdrängung*. Und in nichts anderem kann die Verdrängung bestehen. Die Frage der Verdrängung des Kleinbetriebs

* Wer damit nicht einverstanden ist, dem möchten wir vorschlagen, auch nur ein einziges Beispiel einer *solchen* „Zunahme der wirtschaftlichen Bedeutung der Großbetriebe und der Beschränkung der Rolle der Kleinbetriebe“ anzuführen oder sogar auszudenken, die *nicht* eine für jedermann klare *Verdrängung* der letzteren durch die ersteren wäre.

durch den Großbetrieb ist überhaupt nicht deshalb schwierig und verworren, weil jemand nicht verstehen könnte (ehrlich nicht verstehen könnte), daß die Verdrängung „die Zunahme der Bedeutung der Großbetriebe und die Beschränkung der Rolle der Kleinbetriebe“ bedeutet — sondern einzig und allein deshalb, weil es schwierig ist, sich darüber zu verständigen, welche Kennzeichen und welche Merkmale der Verdrängung, resp. der Zunahme der Bedeutung, resp. der Beschränkung der Rolle man wählen soll.

In allgemeinster Form kann man den Entwicklungsprozeß des Kapitalismus in dieser Beziehung folgendermaßen zum Ausdruck bringen:

Ausgangsperiode:

Gesamtproduktion = 100.

Großbetrieb = a ; Kleinbetrieb = $100 - a$.

Nächste Periode:

Gesamtproduktion = 200.

Großbetrieb = $2a + b$; Kleinbetrieb = $200 - 2a - b$.

Man kann jede Bürgschaft dafür übernehmen, daß ausnahmslos sämtliche Angaben über das Verhältnis zwischen Groß- und Kleinbetrieb in dieses Schema hineinpassen. Und kein Mensch, der den Prozeß verstehen will, kann daran zweifeln, daß das eben eine *Verdrängung* ist. Ob nun $200 - 2a - b$ größer ist als $100 - a$ (relative Verdrängung) oder kleiner (absolute Verdrängung) — auf jeden Fall ist es eine *Verdrängung*. „Nicht verstehen“ kann das nur ein „Kritiker“, der nicht verstehen will — und solchen Leuten kann man es ohnehin nie recht machen. Außerdem dürften ja im Kommentar ausdrücklich Maßnahmen gegen sie getroffen werden.

Die ganze Schwierigkeit der Frage besteht gar nicht darin, zu verstehen, daß die genannte Veränderung eine „Verdrängung“ ist, sondern darin, wie eben diese Größen: 100, a usw. zu bestimmen sind. Das aber ist eine konkrete Frage, eine Frage des Faktums, und die Lösung dieser Frage wird um kein Jota dadurch gefördert, daß man die Worte hinsetzt: „Zunahme der Bedeutung und Beschränkung der Rolle“.

Die gesamte europäische Industriestatistik bestimmt z. B. in der überwiegenden Mehrheit der Fälle diese „Bedeutung“ und diese „Rolle“ durch die Zahl der Arbeiter (die Agrarstatistik durch die Menge des Bodens). Und noch niemand hat sich erküht zu bezweifeln, daß relative Abnahme der Arbeiter (resp. des Bodens) eben eine *Verdrängung* bedeutet. Die ganze Schwierigkeit besteht aber darin, daß solche Kennzeichen wie die

Zahl der Arbeiter (resp. die Menge des Bodens) *sehr oft ungenügend* sind. Die *Verdrängung* der Kleinbetriebe ist möglich, auch wenn die Arbeiter (der Boden) dieser Betriebe relativ *zunehmen* — wenn beispielsweise diese Arbeiter bereits *fremdes* Material bearbeiten, wenn dieser Boden mit schlechterem Vieh, von schlechter gestellten Arbeitern bearbeitet wird, wenn er schlechter bestellt, schlechter gedüngt wird usw. usf. Jeder weiß, daß die „kritischen“ Argumente gegen das „Marxsche Dogma“ gerade von *solchen* „Mißverständnissen“ wimmeln, *aber diese „Mißverständnisse“ werden durchaus nicht beseitigt*, wenn man „Verdrängung“ durch „Zunahme der Bedeutung und Beschränkung der Rolle“ ersetzt, denn es ist „allgemein üblich“, die „Bedeutung“ und die „Rolle“ ganz einfach durch die Zahl der Arbeiter und die Menge des Bodens auszu drücken.

Niemand wird bezweifeln, daß man unter *Verdrängung* des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb (in der Landwirtschaft) gerade solche Prozesse zu verstehen hat wie die Auflösung der Bauernschaft, die zunehmende Verwendung von Maschinen besonders seitens der Großeigentümer, die Verbesserung des Bestandes an Zugvieh bei den Großeigentümern und seine Verschlechterung (Ersetzung der Pferde durch Kühe usw.) bei den Kleineigentümern, die wachsenden „Ansprüche“ der Lohnarbeiter im Großbetrieb und die Verlängerung des Arbeitstages, resp. die Einschränkung des Verbrauchs der Kleinbauern, die bessere Bestellung und Düngung des Bodens beim Großeigentümer, die schlechtere beim Kleineigentümer, die Überflügelung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe auf dem Gebiet des Kredits und der Assoziationen usw. usf. Es ist gar nicht schwer nachzuweisen (und es braucht auch gar nicht nachgewiesen zu werden), daß alle diese Prozesse eine „Verdrängung“ bedeuten; schwer nachzuweisen ist, daß *gerade* auf diese Prozesse die Aufmerksamkeit gelenkt werden muß, daß diese Prozesse *tatsächlich vor sich gehen*. Diese Schwierigkeit wird um nichts vermindert durch die Worte „Zunahme der Bedeutung und Beschränkung der Rolle“: sie kann *nur* durch einen Kommentar vermindert werden, *nur* indem man zeigt, wie die Leute den wahren Ausdruck des Verdrängungsprozesses (= Zunahme der Bedeutung und Beschränkung der Rolle) *nicht zu definieren vermögen* (nicht definieren wollen).

Es ist reine Einbildung zu glauben, die Worte „Zunahme der Bedeutung und Beschränkung der Rolle“ seien tiefer, inhaltsreicher, umfassender

als das „enge“ und „schablonenhafte“ Wort „Verdrängung“. Diese Worte sind nicht im geringsten dazu angetan, das Verständnis für den Prozeß zu vertiefen — sie drücken den Prozeß nur *unklarer und verschwommener* aus. Und ich bekämpfe diese Worte so entschieden nicht etwa, weil sie theoretisch falsch wären, sondern eben weil sie etwas *einfach Unklarem* den Anschein der Tiefe geben.

Ein Mensch „mit höherer Bildung“, der weiß, daß schon die relative Abnahme (und durchaus nicht unbedingt die absolute Abnahme) eine Verdrängung ist, wird hinter dieser Unklarheit den Wunsch sehen, die Nacktheit des durch die Kritiker in Verruf gebrachten „Marxschen Dogmas“ zu verdecken.* Ein Mensch ohne höhere Bildung wird nur seufzen über die unfaßlich „abgründige Weisheit“, während das Wort „Verdrängung“ jedem Handwerker und jedem Bauern Dutzende und Hunderte ihm bekannter Beispiele ins Gedächtnis rufen wird. Es schadet nichts, wenn er diesen Ausdruck nicht sofort in seiner ganzen Tragweite begreift: „Selbst wenn einmal ein Fremdwort oder ein nicht auf den ersten Blick in seiner ganzen Tragweite zu erfassender Satz vorkommt, schadet das nichts. Der mündliche Vortrag in den Versammlungen, die schriftliche Erklärung in der Presse tut da alles Nötige, und der kurze, prägnante Satz befestigt sich dann, einmal verstanden, im Gedächtnis, wird Schlagwort, und das passiert der breiteren Auseinandersetzung nie.“** (Engels in der Kritik zum Erfurter Programmentwurf.)⁶

Auch vom Standpunkt des Stils sind die Worte „Zunahme der Bedeutung und Beschränkung der Rolle“ anstatt „Verdrängung“ unangebracht. Das ist nicht die Sprache einer revolutionären Partei, sondern die Sprache der „Russkije Wedomosti“⁷. Das ist nicht die Ausdrucksweise der sozialistischen Propaganda, sondern die Ausdrucksweise eines statistischen Handbuchs. Es klingt, als hätte man diese Worte absichtlich gewählt, um beim Leser den Eindruck zu erwecken, daß der charakterisierte Prozeß ein Prozeß ohne schroffen Verlauf, mit keinem bestimmten Ausgang, daß er ein schmerzloser Prozeß sei. Da aber in Wirklichkeit all dies genau um-

* Eine solche *Deutung* der Unklarheit drängt sich um so mehr auf, je bekannter die bestimmte Formulierung z. B. des Erfurter Programms ist: „...geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe“. (Von Lenin deutsch zitiert. *Der Übers.*)

** Von Lenin deutsch zitiert. *Der Übers.*

gekehrt ist, sind diese Worte insofern geradezu falsch. Wir können und dürfen nicht die *abstraktesten* Formulierungen wählen, denn wir schreiben nicht einen Aufsatz gegen Kritiker, sondern das Programm einer Kampfpartei, die sich an die Masse der Kustare und Bauern wendet. Wenn wir uns an sie wenden, müssen wir klipp und klar* sagen, daß das Kapital sie „zu Dienern und Tributpflichtigen macht“, sie „ruiniert“, sie in die Reihen des Proletariats „verdrängt“. Nur eine solche Formulierung wird eine richtige Wiedergabe dessen sein, wofür jeder Kustar und jeder Bauer Tausende von Beispielen kennt. Und nur aus einer solchen Formulierung wird sich *zwingend* der Schluß ergeben: Die einzige Rettung für euch ist der Anschluß an die Partei des Proletariats.

Zu den formalen Bemerkungen gegen die §§ V und VI übergehend, möchte ich folgendes sagen:

§ V spricht von der bürgerlichen Gesellschaft „in entwickelter Form“ und sagt gleichzeitig, daß sich in ihr sowohl die „Handwerkerschicht“ als auch die „Kleinbauernschaft“ erhalten haben. Das führt zu einer Ungenauigkeit. Wenn man die Worte „entwickelte Form“ in streng theoretischem Sinne auffaßt, so wird es in einer solchen Gesellschaft weder Handwerker noch Kleinbauern geben. Und selbst wenn man diese Worte im ländläufigen Sinne auffaßt: die *am meisten* entwickelten Länder — so wird es sich auch dann erweisen, daß z. B. in England eine „Kleinbauernschaft“ als besondere soziale Schicht eigentlich kaum noch besteht.

„Die Herrschaft der Warenproduktion *auf der Grundlage* der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.“ Das ist ungeschickt ausgedrückt. Natürlich ist *voll* entwickelte Warenproduktion nur in der kapitalistischen Gesellschaft möglich, aber „Warenproduktion“ schlechthin ist sowohl logisch als auch geschichtlich ein *Prius*** gegenüber dem Kapitalismus.

Der Ausdruck „kapitalistische Produktionsverhältnisse“ ist im Entwurf nicht konsequent gebraucht. Verschiedentlich wird er ersetzt durch den Ausdruck „kapitalistische Produktionsweise“ (§ XI). Meines Erachtens müßte man, um das Verständnis des Programms zu erleichtern, ein und denselben Ausdruck gebrauchen, und zwar den zweiten, denn der erste ist mehr theoretisch, und ohne Hinzufügung der Worte „System“ usw. (der Verhältnisse) weist er nicht auf etwas Abgeschlossenes und Ganzes hin.

* „klipp und klar“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

** etwas Vorausgehendes, Ursprüngliches. *Die Red.*

„Die feudal-handwerkliche Periode...“ Hier wird fast wie absichtlich ein Ausdruck gewählt, der auf Rußland am wenigsten anwendbar ist, denn die Anwendbarkeit des Terminus „Feudalismus“ auf unser Mittelalter wird bestritten. Dabei ist *im wesentlichen* gerade eine solche Charakteristik der „entwickelten“ bürgerlichen Gesellschaft gegeben, die auch auf Rußland zutrifft (die selbständigen Kleinproduzenten und die Kleinbauern „haben sich erhalten“, sie verkaufen „periodisch oder ständig ihre Arbeitskraft“ usw.). Somit widerlegt der Entwurf schon allein durch seine Formulierung die Ansicht, daß man keine Charakteristik der Entwicklung des Kapitalismus schreiben könne, wenn man hierbei unmittelbar und eindeutig Rußland im Auge habe.

„Die handwerklichen Kleinproduzenten, die auf Bestellung arbeiten...“ Auf Bestellung der Verbraucher oder auf Bestellung der Verleger? Vermutlich ersteres. Aber gerade in Rußland arbeitet die Mehrheit der Kleinproduzenten in der Industrie nicht auf Bestellung, sondern für den Markt.

„...Der Hauptteil der Konsumtionsmittel“... (warum nicht auch der „Produktionsmittel“?)... „wird für den Absatz *auf dem Binnenmarkt oder auf dem Weltmarkt* erzeugt...“ Die unterstrichenen Worte sind eine überflüssige Wiederholung, denn auf die Entwicklung des internationalen Austauschs ist in § I hingewiesen.

„...die Mittel der Warenproduktion *und -zirkulation*“. Ich denke, die unterstrichenen Worte müßte man aus dem Programm streichen und in den Kommentar setzen, denn daß die *Zirkulationsmittel* den Kapitalisten gehören, kann daraus *abgeleitet* werden, daß ihnen in der Gesellschaft der Warenwirtschaft die Produktionsmittel gehören.

„... von den Personen, die *außer ihrer Arbeitskraft* keine Produktions- und Zirkulationsmittel besitzen...“ So kann man nicht sagen.

Der Hinweis auf den „ständigen oder periodischen — im Verlaufe eines ganzen Jahres oder einiger Monate“ erfolgenden — Verkauf der Arbeitskraft ist eine überflüssige Einzelheit, die im Kommentar anzuführen wäre.

(§ VI) „...die wirtschaftliche Bedeutung der *industriellen* Großbetriebe erhöht“ — und weiter unten: die Rolle der selbständigen Kleinproduzenten überhaupt beschränkt. Sind die *landwirtschaftlichen* Großbetriebe zufällig weggelassen worden? oder wollte man sagen, daß die wirtschaftliche Bedeutung der Großbetriebe *nur* in der Industrie steigt, während die

Rolle der Kleinbetriebe *sowohl* in der Industrie als auch in der Landwirtschaft sinkt? Sollte das zweite der Fall sein — so wäre das *völlig falsch*. Auch in der Landwirtschaft steigt die „wirtschaftliche Bedeutung der Großbetriebe“ (um ein Beispiel anzuführen, braucht man nur auf die Maschinen hinzuweisen, weiter oben sind aber auch andere Beispiele angeführt worden). Selbstverständlich ist der Prozeß hier *unvergleichlich komplizierter*, doch das müßte (und zwar mit konkreten Erläuterungen) dem Kommentar vorbehalten bleiben.

... Die „mehr oder minder vollständige, mehr oder minder offene, mehr oder minder drückende“ Abhängigkeit... — das sind meines Erachtens überflüssige und den Sinn *abschwächende* Worte. Die im ursprünglichen Entwurf gebrauchte Wendung „Diener und Tributpflichtige“ ist stärker und anschaulicher.

§ VII bringt zu Beginn eine überflüssige Wiederholung, indem er noch einmal auf die „Verwandlung der Kleinproduzenten in Proletarier“ hinweist, obgleich davon schon in den §§ V und VI die Rede gewesen ist.

§ VII gibt eine weitschweifige Erklärung dafür, daß das Steigen der Nachfrage nach Arbeitskraft hinter dem Steigen des Angebots von Arbeitskraft zurückbleibt. Die Darstellung dürfte in diesem Fall durch die „Weitschweifigkeit“ wohl kaum gewinnen. Eine vollständige *Erklärung des Prozesses* zu geben, gelingt natürlich ohnehin nicht (z. B. wird die zunehmende Verwendung von Frauen- und Kinderarbeit erwähnt, während die steigende Intensität der Arbeit unerwähnt bleibt u. ä. m.). Richtiger ist es daher, *alle* Erläuterungen (mit konkreten Beispielen) in die Kommentare zu verweisen, im Programm aber nur darzulegen, *worin* der Widerspruch des Kapitalismus besteht, *welches* seine Tendenz ist.

Man wendet ein, die Sache gewinne ein falsches Aussehen, wenn man sagt: „Je weiter die technische Entwicklung fortschreitet, um so mehr bleibt das Steigen der Nachfrage nach Arbeitskraft hinter dem Steigen des Angebots von Arbeitskraft zurück“; das „Steigen des Angebots“ hänge bei weitem nicht nur vom „technischen Fortschritt“ ab. Aber dieser Einwand ist unbegründet, denn die Worte „je weiter — um so mehr“ bedeuten keineswegs dasselbe wie die Worte „weil — infolgedessen“. *Wodurch* das „Steigen des Angebots“ hervorgerufen wird, das ist im vorhergehenden Absatz dargelegt („Ruinierung“, „Verdrängung“ etc.) und wird in den Kommentaren konkreter erläutert werden.

„... Der Anteil der Arbeiterklasse an der Gesamtmenge des von ihr geschaffenen materiellen Reichtums verringert sich stetig...“ Diese Worte stehen in dem Absatz, wo von dem erhöhten Grad der Ausbeutung die Rede ist (man vergleiche die der zitierten Stelle unmittelbar vorangehenden Worte). Man könnte daher meinen, daß unter „Anteil“ das Verhältnis von v zu $v + m$ verstanden wird. Dann ist es aber überflüssig und entspricht nicht den Worten „die Gesamtmenge des Reichtums“.

Wenn jedoch die Gesamtmenge = $c + v + m$ ist, so geht es erstens nicht gut an, $c + m$ (gegen v) als „Anteil“ zu bezeichnen, denn unter „Anteil“ versteht man das, was eigentlich geteilt wird, d. h. die Konsumtionsmittel. Ferner gehört dann dieser Satz inhaltlich zum folgenden Paragraphen, in dem von der Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums ($c + v + m$) und der sozialen Ungleichheit die Rede ist. Daher ist es besser, die zitierten Worte als überflüssige Wiederholung wegzulassen.

Außerdem setzt die Formulierung dieser Worte eine solche *entwickelte* Gesellschaft voraus, in der es *nur* Lohnarbeiter und Kapitalisten gibt (denn auch der Anteil der Kleinproduzenten wird ja geringer), das aber entspricht nicht dem Absatz V, der auch in der „entwickelten“ Gesellschaft Kleinproduzenten bestehen läßt.

§ VIII müßte *nach* den §§ IX und X stehen: diese beiden letzten behandeln die Krisen, d. h. *einen* der Widersprüche des Kapitalismus, § VIII aber faßt das Ergebnis *aller* Widersprüche des Kapitalismus und aller Tendenzen seiner Entwicklung zusammen.

Den Worten „Steigerung der Produktivität der Arbeit“ müßte hinzugefügt werden: „der gesellschaftlichen und immer mehr vergesellschaftet werdenden Arbeit“. Der Entwurf weist nicht an richtiger Stelle (§ XI) und in zu enger Form auf den Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeit hin („der Prozeß der Vervollkommnung der Technik vereinigt immer mehr die Arbeit der Arbeiter“). Die Vergesellschaftung der Arbeit durch den Kapitalismus besteht nicht nur in der „Vereinigung der Arbeit der Arbeiter“.

Die Worte „Vergrößerung des Abstands zwischen Besitzenden und Besitzlosen“ nach den Worten „Zunahme der sozialen Ungleichheit“ stellen eine überflüssige Wiederholung dar. Der Hinweis auf die „Vertiefung des Abgrunds“ zwischen Proletariat und Bourgeoisie dagegen müßte unbedingt hinzugefügt werden, um die wichtigste soziale Folge aller ge-

nannten Widersprüche des Kapitalismus zu kennzeichnen und zum Klassenkampf überzuleiten.

Nebenbei bemerkt. Was die Kennzeichnung der sozialen Folgen des Kapitalismus anbelangt, so muß man sagen, daß der Entwurf hier ganz besonders an *Abstraktheit* leidet, da er sich auf den völlig unzulänglichen Satz beschränkt: „Vervielfachung der Schwierigkeiten des Existenzkampfes und aller damit verknüpften Entbehrungen und Leiden“. Ich halte es für unbedingt notwendig, daß gerade auf die sozialen Folgen, die besonders schwer auf der Arbeiterklasse und den Kleinproduzenten lasten, *konkreter* hingewiesen wird.

Gegen die Formulierung dieser Folgen im Gegenentwurf wird eingewandt, daß z. B. die Worte „Erniedrigung jeder Art“ falsch seien. Ich denke, sie sind richtig, denn sie erfassen solche Erscheinungen wie die *Prostitution*, die Verwandlung der „Intelligenz“ in einfache Lohnsklaven, die Verwandlung des Arbeiters in einen Verkäufer von Frau und Kindern, die Unterordnung unter die eiserne Disziplin des Kapitals, die Ausnutzung der wirtschaftlichen Macht zur politischen Unterdrückung, zur Drosselung der Meinungsfreiheit usw. usf. Ebenso halte ich es für unbedingt notwendig, auf „Armut und Elend der Massen“ unter dem Kapitalismus hinzuweisen. Ich schlage nicht vor, von einem absoluten Wachstum der Armut und des Elends zu sprechen, aber ich teile durchaus Kautskys Ansicht, der sagt: „...ein ausführliches sozialdemokratisches Programm, welches nicht erkennen läßt, daß der Kapitalismus naturnotwendig Massenarmut und Massenelend erzeugt, das nicht als den Inhalt des Strebens der Sozialdemokratie den Kampf gegen diese Armut und dieses Elend bezeichnet, verschweigt die entscheidende Seite unserer Bewegung und enthält also eine empfindliche Lücke“* (gegen den österreichischen Entwurf)⁸.

Ebenso ist meines Erachtens der Hinweis darauf notwendig, daß „eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung alle Hauptvorteile“ (also nicht absolut alle Vorteile) „der Entwicklung der Produktivkräfte monopolisiert“.

Die §§ IX und X sprechen von den Krisen. Sachlich ist hier gegen die geänderte Fassung nichts einzuwenden. Aber der Form nach leiden diese Paragraphen an Wiederholungen (wieder der „Weltmarkt“, wieder die

* Von Lenin deutsch zitiert. *Der Übers.*

„kapitalistischen Produktionsverhältnisse“). Es wäre weit besser, den Versuch, die Krisen zu erklären, überhaupt aus dem Programm zu entfernen und sich auf die Feststellung ihrer Unvermeidlichkeit zu beschränken, die Erklärungen und Entwicklungen aber den Kommentaren zu überlassen. So wird zwar z. B. sowohl auf die Krise als auch auf die „Perioden der Stagnation“ hingewiesen, im großen und ganzen aber gelingt es doch nicht, den ganzen Zyklus der kapitalistischen Industrie zu erfassen.

Die sozialen Folgen der Krisen sind wiederum mit Wiederholungen (es genügt, auf die „Verschärfung“ des Prozesses usw. hinzuweisen) und wiederum zu schwach dargestellt: die Krisen erschweren nicht nur die Lage der Kleinproduzenten, führen nicht nur zur relativen und absoluten Verschlechterung ihrer Lage, sondern ruinieren sie geradezu und stoßen sie in die Reihen des Proletariats.

Gegen die §§ XI und XII habe ich einen äußerst wichtigen prinzipiellen Einwand: sie stellen in ganz einseitiger und falscher Form das Verhältnis des Proletariats zu den Kleinproduzenten dar (denn „die werktätige und ausgebeutete Masse“ besteht eben aus dem Proletariat und den Kleinproduzenten). Sie widersprechen direkt den wichtigsten Leitsätzen sowohl des „Kommunistischen Manifests“ als auch der Statuten der Internationale⁹ und der meisten heutigen sozialdemokratischen Programme, und sie öffnen Tür und Tor für volkstümliche, „kritische“ und alle möglichen kleinbürgerlichen Mißverständnisse.

„... Es wächst die Unzufriedenheit der werktätigen und ausgebeuteten Masse“ — das ist richtig, aber es ist völlig falsch, die Unzufriedenheit des Proletariats und die Unzufriedenheit der Kleinproduzenten zu identifizieren und in einen Topf zu werfen, wie es hier geschehen ist. Die Unzufriedenheit der Kleinproduzenten ruft sehr oft deren Bestreben hervor (und muß es unvermeidlich bei ihnen oder bei einem beträchtlichen Teil von ihnen hervorrufen), ihre Existenz als Kleineigentümer zu verteidigen, d. h. die Grundlagen des gegenwärtigen Systems zu verteidigen und sogar das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

„... Es verschärft sich ihr Kampf und vor allem der Kampf ihres führenden Vertreters — des Proletariats ...“ Eine Verschärfung des Kampfes erfolgt natürlich auch bei den Kleinproduzenten. Aber ihr „Kampf“ richtet sich sehr oft gegen das Proletariat, denn die Interessen des Kleinproduzenten geraten schon auf Grund seiner Lage in sehr vielem in einen

scharfen Gegensatz zu den Interessen des Proletariats. Allgemein gesprochen ist das Proletariat überhaupt nicht der „führende Vertreter“ des Kleinbürgertums. Und ist das mitunter der Fall, so nur dann, wenn der Kleinproduzent die Unvermeidlichkeit seines Untergangs erkennt, wenn er „seinen eigenen Standpunkt verläßt, um sich auf den des Proletariats zu stellen“. Der führende Vertreter des Kleinproduzenten von heute, der „seinen eigenen Standpunkt“ noch nicht verlassen hat, ist sehr oft der Antisemit und der Agrarier, der Nationalist und der Volkstümler, der Sozialreformer und der „Kritiker des Marxismus“. Und gerade jetzt, wo die „Verschärfung des Kampfes“ der Kleinproduzenten begleitet wird von der „Verschärfung des Kampfes“ der „sozialistischen Gironde“ gegen den „Berg“¹⁰, ist es am wenigsten angängig, all und jede Verschärfung in einen Topf zu werfen.

... Die internationale Sozialdemokratie steht an der Spitze der Befreiungsbewegung der *werktätigen und ausgebeuteten Masse*...“ Durchaus nicht. Sie steht *nur* an der Spitze der *Arbeiterklasse*, der *Arbeiterbewegung*, und wenn sich dieser Klasse andere Elemente anschließen, so sind das eben Elemente und nicht Klassen. Und voll und ganz schließen sie sich *nur* dann an, wenn sie „ihren eigenen Standpunkt verlassen“.

... Sie organisiert *deren* Kampfkräfte...“ Auch das ist nicht richtig. Die Sozialdemokratie organisiert nirgends die „Kampfkräfte“ der Kleinproduzenten. Sie organisiert nur die Kampfkräfte der *Arbeiterklasse*. Die im Entwurf gewählte Formulierung ist um so weniger glücklich, je *weniger* man Rußland im Auge hat, je mehr die *Darstellung* (vgl. § V) sich auf die „*entwickelte*“ bürgerliche Gesellschaft beschränkt.

Summa summarum. Der Entwurf spricht in *positiver* Form von dem revolutionären Charakter des Kleinbürgertums (wenn es das Proletariat „unterstützt“ — bedeutet das etwa nicht, daß es revolutionär ist?) und sagt kein Wort über seinen konservativen (und sogar reaktionären) Charakter. Das ist ganz einseitig und falsch.

In positiver Form können (und müssen) wir auf den *konservativen* Charakter des Kleinbürgertums hinweisen. *Und nur in bedingter Form* dürfen wir auf seinen *revolutionären* Charakter hinweisen. Nur eine solche Formulierung wird dem ganzen Geiste der Marxschen Lehre genau entsprechen. Das „Kommunistische Manifest“ erklärt z. B. eindeutig: „Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüber-

stehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse... der kleine Industrielle, der Handwerker, der Bauer... *sind nicht revolutionär, sondern konservativ*. Noch mehr, sie sind reaktionär... Sind sie revolutionär" („sind sie“!), „so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat, ... so *verlassen* sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen.“¹¹

Man sage nicht, daß sich in dem halben Jahrhundert, das seit dem „Kommunistischen Manifest“ vergangen ist, die Dinge wesentlich geändert hätten. Gerade in dieser Beziehung hat sich nichts geändert: auch die Theoretiker haben diese These stets und ständig anerkannt (so hat Engels 1894 gerade von diesem Standpunkt aus das französische Agrarprogramm verworfen¹². Er sagte rundheraus: *Solange* der Kleinbauer seinen Standpunkt nicht *verläßt*, gehört er nicht zu uns — sein Platz ist bei den Antisemiten, mögen diese ihn vertrösten, und er wird dann um so sicherer zu uns kommen, je mehr die bürgerlichen Parteien ihn betrügen werden), und faktische Bestätigungen dieser Theorie werden auch durch die Geschichte bis in unsere Zeit massenhaft gegeben, bis zu *nos chers amis**, den Herren „Kritikern“.

Beiläufig bemerkt. Im Entwurf ist der Hinweis auf die *Diktatur des Proletariats*, der ursprünglich vorhanden war, weggelassen. Wenn das auch zufällig, aus Versehen, geschehen sein mag, so bleibt doch die unzweifelhafte Tatsache bestehen, daß der Begriff „Diktatur“ unvereinbar ist mit der *positiven* Anerkennung einer fremden Unterstützung des Proletariats. Wüßten wir wirklich *positiv*, daß das Kleinbürgertum das Proletariat unterstützen wird, wenn das Proletariat seine, die proletarische Revolution vollbringt, so wäre es überflüssig, von „Diktatur“ zu reden, denn dann wäre uns vollauf eine so überwiegende Mehrheit gesichert, daß wir auch ohne Diktatur sehr gut auskämen (wie die „Kritiker“ auch glauben machen wollen). Die Anerkennung der Notwendigkeit der *Diktatur* des Proletariats ist *aufs engste und untrennbar* verbunden mit der Feststellung des „Kommunistischen Manifests“, daß *nur* das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse ist.

(Nebenbei gesagt — wie sich Engels in dieser Beziehung „ereiferte“, geht aus folgender Stelle seiner Kritik des Erfurter Entwurfs hervor. „Den Ruin weiter Volksschichten“, zitiert Engels den Entwurf und bemerkt

* unseren lieben Freunden. *Die Red.*

dazu: „statt dieser deklamatorischen Phrase, die aussieht, als täte uns der Ruin von Bourgeois und Kleinbürgern noch leid (!!), würde ich die einfache Tatsache erzählen: die durch den Ruin der städtischen und ländlichen Mittelstände, der Kleinbürger und Kleinbauern, den Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitern (oder vertiefen)“*.)

Man wird mir erwidern, daß im Gegenentwurf zwar vom konservativen Charakter des Kleinproduzenten positiv die Rede sei („alle übrigen Klassen der modernen Gesellschaft sind für die Erhaltung der Grundlagen des bestehenden ökonomischen Systems“), aber sein revolutionärer Charakter *nicht einmal bedingt zum Ausdruck komme*.

Dieser Einwand ist völlig unbegründet. Der bedingt revolutionäre Charakter des Kleinproduzenten kommt im Gegenentwurf gerade so zum Ausdruck, wie man ihn einzig und allein ausdrücken darf, d. h. *in der Form einer Anklage gegen den Kapitalismus*. Der bedingt revolutionäre Charakter des Kleinproduzenten kommt zum Ausdruck:

1. in den Worten über seine *Verdrängung*, seine *Ruinierung* durch den Kapitalismus. Wir, das Proletariat, klagen den Kapitalismus an, daß er über den *Ruin* der Bauern zum Großbetrieb führt. Hieraus ergibt sich unmittelbar der Schluß, daß der Bauer, *wenn* er die Unvermeidlich-

* Von Lenin deutsch zitiert.¹³ *Der Übers.*

Im Entwurf des Erfurter Programms war folgender Passus enthalten: „In diesem Befreiungskampf verfiht die Sozialdemokratie als die Verfechterin (oder Vertreterin — ‚Die Neue Zeit‘¹⁴, IX, 2, 789) nicht bloß der Lohnarbeiter, sondern der Ausgebeuteten und Unterdrückten insgesamt, alle Forderungen, Maßregeln und Einrichtungen, welche die Lage des Volkes im allgemeinen und der Arbeiterklasse im besonderen zu verbessern geeignet sind.“ (Von Lenin deutsch zitiert. *Der Übers.*) Und Engels riet *entschieden*, diesen ganzen Passus zu *streichen*, wobei er sich die Gelegenheit nicht entgehen ließ, zu spötteln: „des Volkes im allgemeinen (wer ist das?)“ (von Lenin deutsch zitiert. *Der Übers.*). Und dem Rat von Engels folgend, warf man diese Stelle *ganz hinaus*, der Abschnitt, in dem es heißt: „Die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil *alle anderen* Klassen... auf dem Boden des Privateigentums an den Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben“ — dieser Paragraph ist *unter dem unmittelbaren Einfluß von Engels* in *schärferer Form* angenommen worden als im ursprünglichen Entwurf vorgesehen war.

keit dieses Prozesses begreift, „seinen Standpunkt verläßt und unsern annimmt“.

2. in den Worten, daß „Unsicherheit der Existenz und Arbeitslosigkeit, Joch der Ausbeutung und Erniedrigungen jeder Art das Los“ (nicht nur des Proletariats, sondern) „immer breiterer Schichten der werktätigen Bevölkerung werden“. Durch diese Formulierung wird schon zum Ausdruck gebracht, daß das Proletariat die *Vertretung* der gesamten werktätigen Bevölkerung übernimmt, und zwar eine Vertretung, angesichts deren wir alle auffordern (und zwingen), *ihren* Standpunkt zu verlassen und sich auf unsern zu stellen, aber nicht umgekehrt; wir verlassen nicht unsern Standpunkt, wir verbinden unsern Klassenkampf nicht mit allerlei unsicheren Kantonisten.

Und ebenso wird der Gedanke der Vertretung zum Ausdruck gebracht

3. in den Worten von der Armut und dem Elend der *Massen* (der Massen schlechthin, nicht nur der Arbeitermassen).

Die Partei der revolutionären Klasse kann *nur in dieser Form* den bedingt revolutionären Charakter der übrigen Klassen zum Ausdruck bringen, um ihnen *ihre* Auffassung von den Nöten dieser Klassen und von den Mitteln zur Behebung dieser Nöte auseinanderzusetzen, um in *ihrer* Kriegserklärung an den Kapitalismus nicht nur im eigenen Namen, sondern auch im Namen aller „notleidenden und verelendeten“ Massen aufzutreten. Hieraus ergibt sich ganz von selbst, daß jeder, der diese Lehre annimmt, unweigerlich zu uns kommen wird. Es wäre einfach lächerlich, wenn wir uns einfallen ließen, darauf im Programm noch besonders einzugehen und zu erklären, daß diese oder jene unzuverlässigen Elemente, *wenn* sie zu unserm Standpunkt übergehen, auch revolutionär sein werden! Das wäre das beste Mittel, den Glauben an uns gerade bei jenen zwiespältigen und schwächlichen Verbündeten zu zerstören, die ohnehin des Glaubens an uns ermangeln.*

* Je mehr „Güte“ für den Kleinproduzenten (z. B. für den Bauern) wir im praktischen Teil unseres Programms an den Tag legen, desto „strenger“ müssen wir gegenüber diesen unzuverlässigen und doppelgesichtigen sozialen Elementen im *prinzipiellen* Teil des Programms sein und dürfen auch nicht um Haaresbreite von *unserm* Standpunkt abweichen. Hier, bitte, nimmst du diesen, unsern Standpunkt an, dann wirst du „Güte“ genug bei uns finden, nimmst du ihn nicht an, nun, dann nichts für ungut! Dann werden wir unter der

Außer diesem prinzipiellen Einwand gegen die §§ XI und XII habe ich nur noch eine kurze formale Bemerkung gegen § XI zu machen. Es ist nicht angebracht, in diesem Paragraphen von der „materiellen Möglichkeit der Beseitigung des Kapitalismus“ zu sprechen, denn gerade in diesem Absatz ist *nicht* von den materiellen, *sondern* von den ideellen Voraussetzungen der Beseitigung des Kapitalismus die Rede. Erwähnt man die materiellen Voraussetzungen, so muß man auch die ideellen (moralischen usw.) hinzufügen. Aber es wäre viel richtiger, von dieser „materiellen Möglichkeit“ in dem Absatz zu sprechen, der nicht vom Klassenkampf, sondern von der Evolution und Tendenz des Kapitalismus handelt.

Es ist unlogisch, in § XII von der bevorstehenden sozialen Revolution zu sprechen und erst in § XV von dieser Revolution selbst und ihrer Notwendigkeit. „Umgekehrt wird ein Schuh draus.“

In § XIII scheint mir die Ersetzung der Worte „Vernichtung (oder Aufhebung) des Privateigentums“ durch den Ausdruck „Expropriation der Ausbeuter“ nicht glücklich zu sein. Das ist weniger klar und weniger genau. Unglücklich gefaßt ist auch der Schluß dieses Paragraphen: „die planmäßige Organisation des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zur Befriedigung der Bedürfnisse sowohl der gesamten Gesellschaft als auch ihrer einzelnen Mitglieder“. Das genügt nicht. Eine solche Organisation werden am Ende auch die Truste vornehmen können. Es wäre genauer, wenn man sagte, „auf Rechnung der *gesamten* Gesellschaft“ (denn das schließt die Planmäßigkeit ein und weist auf denjenigen hin, der der Planmäßigkeit die Richtung gibt), und nicht nur zur Befriedigung der Bedürfnisse der Mitglieder, sondern zur Sicherung der *höchsten* Wohlfahrt und der freien *allseitigen* Entwicklung *aller* Mitglieder der Gesellschaft.

§ XIV ist meines Erachtens unbestimmt (ob wir die „gesamte“ unterdrückte „Menschheit“ befreien werden, das weiß ich noch nicht: z. B. die Unterdrückung der Charakterschwachen durch diejenigen, die einen recht festen Charakter haben). Besser wäre es, die Fassung zu wählen, die Marx in der Kritik des Gothaer Programms vorgeschlagen hat: die Abschaffung der Klassenunterschiede und der aus ihnen entspringenden Ungleichheit¹⁵. Auch Engels bestand in der Kritik des Erfurter Programms darauf, daß die Abschaffung der Klassen unsere Grundforderung „Diktatur“ auf dich die Regel anwenden: Man muß aufs Predigen verzichten, wo Taten nur noch sind am Platz...

rung ist*, und nur durch den *genauen und direkten Hinweis* auf diese „Grundforderung“ geben wir unseren Versprechungen, alle zu befreien und alle von allen Übeln zu erlösen, einen *völlig bestimmten* (und nicht übertriebenen) Sinn.

§ XV — von der „Unterstützung des Proletariats durch andere Bevölkerungsschichten“ und von der Weglassung der „Diktatur des Proletariats“ war bereits oben die Rede.

§ XVI ist ganz merkwürdig und unangebracht. Die „politische Erziehung“ des Proletariats besteht eben darin, daß wir es aufklären, organisieren und seinen Kampf leiten, davon war aber bereits in § XII die Rede (wo nur noch etwas über die „Leitung seines Kampfes“ hinzugefügt werden müßte).

§ XVII scheint mir ebenfalls ein überflüssiger Wortschwall zu sein. Wozu überhaupt auf die Abhängigkeit der nächsten Aufgaben von der Unterschiedlichkeit der sozialen und politischen Lage eingehen? Mag man davon in Traktaten schreiben, wir aber müssen geradeheraus erklären, daß die und die Besonderheiten (die Überreste der Leibeigenschaft, die Selbstherrschaft usw.) unsere nächste Aufgabe so und so modifizieren.

§ XVIII: „In Rußland *wird* der Kapitalismus immer mehr zur vorherrschenden Produktionsweise...“ Das ist unbedingt zu schwach. Er ist schon zur vorherrschenden *geworden* (wenn ich sage, daß 60 bereits vorherrschend ist gegenüber 40, so bedeutet das keineswegs, daß 40 nicht existiert oder als unwichtige Kleinigkeit zu betrachten ist). Es gibt bei uns noch so viele Volkstümler, zur Volkstümlerei neigende Liberale und sich rasch zur Volkstümlerei zurückentwickelnde „Kritiker“, daß es unstatthaft ist, hier auch nur die geringste Unklarheit zu lassen. Und ist der Kapitalismus noch nicht einmal „vorherrschend“ geworden, sollte man dann mit der Sozialdemokratie nicht auch noch etwas warten?

„... rückt die Sozialdemokratie *an die allererste Stelle*...“ Der Kapitalismus *wird* eben erst vorherrschend, wir aber stehen schon an „allererster“ Stelle... Ich denke, man sollte von der allerersten Stelle überhaupt nicht reden: das geht von selbst aus dem ganzen Programm hervor. Besser, nicht wir sagen das von uns, sondern die Geschichte sagt es von uns.

Der Entwurf lehnt anscheinend den Ausdruck „die alte, *auf Leibeigenschaft beruhende* Gesellschaftsordnung“ ab, in der Meinung, der Aus-

* Engels' Worte von Lenin deutsch zitiert.¹⁶ *Der Übers.*

druck „Leibeigenschaft“ sei nur auf eine *Rechtsordnung* anwendbar. Ich denke, daß diese Unterscheidung unbegründet ist: die „Leibeigenschaft“ war natürlich eine juristische Einrichtung, sie entsprach aber auch einem besonderen System der gutsherrlichen (und bäuerlichen) *Wirtschaft*, sie trat auch in einer Menge nicht „rechtlich“ festgelegter Lebensverhältnisse in Erscheinung. Deshalb sollte man den Ausdruck „vorkapitalistische, auf Leibeigenschaft beruhende Gesellschaftsordnung“ gar nicht vermeiden.

Die „Beschreibung“ des Leibeigenschaftsrechtes (die Massen waren getauftes Eigentum) in unserem Programm ist ganz unangebracht und überflüssig.

Hingegen genügt es nicht, vom Einfluß der Überreste des Leibeigenschaftssystems zu sagen, daß sie als schwerer Druck auf der werktätigen Masse lasten. Es ist notwendig, auch auf die Hemmung der Entwicklung der Produktivkräfte des Landes und auf die anderen sozialen Folgen der Leibeigenschaft hinzuweisen.*

§ XIX. Meines Erachtens ist es völlig überflüssig, darauf hinzuweisen, daß die Demokratie (resp. die politische Freiheit) für uns eine „Übergangsstufe“ ist (ein Übergang wozu? von der Republik haben wir doch weiter unten geradezu als von der *nächsten* praktischen Forderung gesprochen) und daß die Verfassung eine „natürliche rechtliche Ergänzung“ („Erwerbung“ ist wohl ein Fehler in der Abschrift) „zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen“ ist. Das ist im Programm durchaus nicht am Platz. Es genügt vollkommen, wenn wir sagen, daß die Selbstherrschaft die „*ganze* gesellschaftliche Entwicklung“ aufhält oder behindert: folglich ist auch die Entwicklung des Kapitalismus mit ihr nicht vereinbar. Einzelheiten darüber müssen in den Kommentar verwiesen werden, denn im Programm schwächen sie sogar unsere Kriegserklärung an die Selbstherrschaft ab — sie geben dem Programm ein akademisches, abstraktes Gepräge.

Und wozu auch diese Gemeinplätze über rechtliche Ergänzungen zum Kapitalismus und über „Rechtsordnung“ (§ XX), wenn wir weiter unten viel unmittelbarer und bestimmter von der Republik sprechen? (Übri-

* Nebenbei bemerkt. Im Gegenentwurf ist der Ausdruck „asiatisch-barbarische Formen des Hinsterbens der Bauernschaft“ unglücklich gewählt. Man kann sagen: Formen des Untergehens, oder etwas in dieser Art.

gens steht in § XX der Ausdruck „das alte Leibeigenschaftssystem“, der Entwurf selbst gibt also hier dem Worte „Leibeigenschaft“ einen weiteren als nur juristischen Sinn.)

Über die Unvereinbarkeit der Selbstherrschaft mit einer Rechtsordnung zu sprechen, erübrigt sich ebenfalls, da gleich daneben die Forderung ihres Sturzes und ihrer Ersetzung durch die Republik steht. Es wäre besser, sich klarer über die „Rechtlosigkeit“ des Volkes unter der Selbstherrschaft usw. auszudrücken.

„...Die Selbstherrschaft ist der schlimmste Feind der Freiheitsbestrebungen der Arbeiterklasse...“ Es müßte hinzugefügt werden: „und der kulturellen Entwicklung des ganzen Volkes“ oder etwas Ähnliches. Damit (und nicht mit Worten über die „Vertretung“) werden wir auch zum Ausdruck bringen, daß die Sozialdemokratie die Interessen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern der *gesamten* gesellschaftlichen Entwicklung vertritt.

Alle oben angeführten Bemerkungen zusammenfassend, sehe ich in dem Entwurf vier Hauptmängel, die ihn meines Erachtens unannehmbar machen:

1. äußerste *Abstraktheit* vieler Formulierungen, als wären sie nicht für eine Kampfpartei, sondern für eine Vortragsreihe bestimmt;

2. das Beiseiteschieben und Vertuschen der Frage des speziell *russischen Kapitalismus* ist ein besonders schwerwiegender Mangel, denn das Programm muß eine Übersicht und einen Leitfaden zur Agitation gegen den russischen Kapitalismus geben. Wir müssen mit einem offenen Werturteil über ihn auftreten und mit einer offenen Kriegserklärung eben an den russischen Kapitalismus;

3. die ganz einseitige und falsche Darstellung des *Verhältnisses des Proletariats zu den Kleinproduzenten*, die uns im Kampf sowohl gegen die „Kritiker“ als auch gegen viele andere den Boden unter den Füßen wegzieht;

4. das Bestreben, im Programm stets den Prozeß zu *erläutern*. Ohnehin gelingt es nicht, Erläuterungen zu geben, die Darstellung aber wird zu weitschweifig, es gibt eine Unmenge Wiederholungen, das Programm artet fortwährend in einen Kommentar aus.

*Geschrieben Ende Februar
bis Anfang März 1902.*

BEURTEILUNG DES ZWEITEN PROGRAMMENTWURFS VON PLECHANOW

Vier Hauptmängel ziehen sich durch den ganzen Entwurf und machen ihn meines Erachtens völlig unannehmbar.

1. Nach der Art und Weise, wie der wichtigste Teil, der die Charakteristik des Kapitalismus betrifft, formuliert ist, gibt dieser Entwurf nicht das Programm des Proletariats, das gegen sehr reale Erscheinungen eines sehr bestimmten Kapitalismus *kämpft*, sondern das Programm eines ökonomischen *Lehrbuchs*, das dem Kapitalismus im allgemeinen gewidmet ist.

2. Insbesondere ist das Programm unbrauchbar für die Partei des *russischen* Proletariats, weil infolge desselben Systems, den Kapitalismus im allgemeinen zu kennzeichnen, die Evolution des russischen Kapitalismus, die vom russischen Kapitalismus erzeugten Widersprüche und sozialen Katastrophen fast ganz umgangen und vertuscht werden. Die Partei des russischen Proletariats muß in ihrem Programm ihre Anklage gegen den russischen Kapitalismus, ihre Kriegserklärung an den russischen Kapitalismus ganz unzweideutig niederlegen. Das ist um so notwendiger, als das russische Programm in dieser Beziehung nicht mit den europäischen Programmen identisch sein kann: letztere sprechen vom Kapitalismus und von der bürgerlichen Gesellschaft, ohne darauf hinzuweisen, daß diese Begriffe sowohl für Osterreich wie auch für Deutschland usw. anwendbar sind, denn das versteht sich von selbst. Hinsichtlich Rußlands versteht sich das jedoch nicht von selbst.

Sich damit begnügen, daß sich der Kapitalismus „in seiner entwickelten Form“ *im allgemeinen* durch diese oder jene Eigenschaft auszeichnet und daß in Rußland der Kapitalismus „vorherrschend wird“, heißt der

konkreten Anklage und Kriegserklärung, die für eine praktisch kämpfende Partei am wichtigsten ist, *aus dem Wege gehen*.

Aus diesem Grunde wird von dem Entwurf eines der Hauptziele des Programms nicht erreicht, nämlich der Partei eine Direktive zu geben für ihre tagtägliche Propaganda und Agitation in bezug auf all die mannigfaltigen Erscheinungsformen des russischen Kapitalismus.

3. Einige sehr wichtige Punkte sind im Entwurf so ungenau formuliert, daß dadurch unvermeidlich eine Reihe äußerst gefährlicher Mißverständnisse hervorgerufen und unser theoretischer Kampf und unsere Propaganda erschwert werden. So ist z. B. das Wachstum der Großproduktion ausschließlich auf „industrielle“ Betriebe beschränkt. Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Kapitalismus ist verwischt oder wird sogar ganz umgangen. Ferner tritt an die Stelle der „Diktatur des Proletariats“ „die Revolution, welche das Proletariat zu vollbringen hat, unterstützt von den anderen Bevölkerungsschichten, die unter der kapitalistischen Ausbeutung leiden“, und der Klassenkampf des Proletariats wird sogar ersetzt durch den „Kampf der werktätigen und ausgebeuteten Masse“. Eine solche Formulierung widerspricht dem Hauptgrundsatz der Internationale: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“ Der neben dem Proletariat bestehende andere Teil der „werktätigen und ausgebeuteten Masse“ (d. h. hauptsächlich die Kleinproduzenten) ist in seinem Kampf gegen die Bourgeoisie *nur zum Teil* revolutionär. Und zwar ist er nur dann revolutionär, wenn er „im Hinblick auf seinen Übergang ins Proletariat“ *„sich auf den Standpunkt des Proletariats stellt“* („Kommunistisches Manifest“). Der reaktionäre Charakter der Kleinproduzenten dagegen wird im Entwurf gar nicht beleuchtet, so daß das Verhältnis des Proletariats zur „werktätigen und ausgebeuteten Masse“ *im großen und ganzen falsch* dargestellt wird. [Es heißt z. B. im Entwurf: „Es verschärft sich ihr Kampf (der Kampf der werktätigen und ausgebeuteten Masse) und vor allem der Kampf ihres führenden Vertreters: des Proletariats“. Die „Verschärfung des Kampfes“ der Kleinproduzenten kommt zum Ausdruck im Antisemitismus wie im Cäsarismus, in den Bauernbünden gegen die Landarbeiter wie sogar im Kampf der soz. Gironde gegen die Bergpartei. Die Vertretung der gesamten werktätigen und ausgebeuteten Masse durch das Proletariat muß im Programm dadurch zum Ausdruck kommen, daß wir gegen den Kapi-

talismus *Anklage erheben* wegen des Elends der *Massen* (und nicht nur wegen des Elends der Arbeiterklasse), wegen der Arbeitslosigkeit „immer breiterer Schichten der werktätigen Bevölkerung“ (und nicht nur der Arbeiterklasse).]

4. Der Entwurf geht ständig aus einem Programm im eigentlichen Sinne in einen *Kommentar* über. Ein Programm muß *kurze Thesen* geben, die kein überflüssiges Wort enthalten, und die *Erläuterung* Kommentaren, Broschüren, der Agitation usw. überlassen. Deshalb hat Engels auch gegen das „Erfürter Programm“ den durchaus berechtigten Vorwurf erhoben, daß es durch seine Länge, seine Weitschweifigkeit und seine Wiederholungen zu einem Kommentar wird.

Im Entwurf macht sich dieser Mangel noch stärker bemerkbar, er enthält schrecklich viel Wiederholungen, und die Versuche, im Programm eine *Erläuterung* des Prozesses (anstatt einer bloßen *Charakteristik* des Prozesses) zu geben, erreichen ohnehin nicht ihr Ziel, ziehen aber das Programm unerträglich in die Länge.

*Geschrieben Ende Februar
bis Anfang März 1902.*

BEMERKUNGEN ZUM PROGRAMMENTWURF DER KOMMISSION¹⁷

TEXT DES KOMMISSIONS- ENTWURFS

1. Die Entwicklung des internationalen Austauschs hat eine so enge Verbindung zwischen allen Völkern der zivilisierten Welt hergestellt, daß die große Freiheitsbewegung des Proletariats international werden mußte und schon seit langem international geworden ist.

2. Darum betrachten die russischen Sozialdemokraten ihre Partei als einen Trupp der Weltarmee des Proletariats, als einen Teil der internationalen Sozialdemokratie, und verfolgen dasselbe Endziel wie die Sozialdemokraten aller anderen Länder.

BEMERKUNGEN LENINS

Ein Fragezeichen bedeutet, daß stilistische Verbesserungen erwünscht sind.

Müßte stilistischgeglättet werden.

Dieses „wie“ klingt nicht russisch, ist stilistisch ungeschickt. „Sie verfolgen dasselbe Endziel, das sich auch die Sozialdemokraten aller anderen Länder gestellt haben“, oder so ähnlich.

3. Dieses Endziel wird bestimmt durch den Charakter und den Verlauf der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft.

Diese Gesellschaft ist gekennzeichnet durch die Herrschaft der Warenproduktion in kapitalistischen Produktionsverhältnissen, d. h. dadurch, daß der wichtigste und bedeutendste Teil der Konsumtionsmittel produziert wird

für den Absatz auf dem Binnen- oder dem Weltmarkt und daß der wichtigste und bedeutendste Teil der Mittel

für die Produktion und Zirkulation dieser Konsumtionsmittel — der Waren —

einer ihrer Zahl nach verhältnismäßig kleinen

Klasse von Menschen \checkmark gehört, während die gewaltige Mehrheit der Be-

„Den Charakter und“ — rate ich wegzulassen, weil es überflüssige Worte sind. Das *Endziel* wird bestimmt durch den *Verlauf* und nicht durch jene Abarten dieses allgemeinen „Verlaufs“, die erklärt werden durch den Begriff: „der Charakter der Entwicklung“. Folglich sind diese überflüssigen Worte auch nicht ganz zutreffend.

Warum nur „der Konsumtionsmittel“? Und die Produktionsmittel? Besser wäre „der Produkte“ usw.

Diese Worte müssen meines Erachtens gestrichen werden. Sie sind eine überflüssige Wiederholung.

Diese Worte müßten gestrichen werden. Nicht nur die Konsumtionsmittel sind Waren.

(Anstatt „verhältnismäßig kleinen“ *vielleicht verschwindend kleinen*, denn die Worte „der wichtigste und bedeutendste Teil“ sind schon eine hinreichende Einschränkung. Aber das ist nicht wichtig.)

Man müßte hinzufügen: „den Kapitalisten und Grundeigentü-

völkerung zu einem Teil aus Menschen besteht,

die keinerlei Produktions- und Zirkulationsmittel besitzen (Proletarier), zum anderen Teil aus Menschen, denen nur sehr

unbedeutende Produktionsmittel zur Verfügung stehen, die ihnen ihre Existenz nicht sichern (gewisse Schichten der Kleinproduzenten, zum Beispiel Kleinbauern und Kustare).

Alle diese Menschen sind durch ihre ökonomische Lage gezwungen, ständig oder periodisch ihre Arbeitskraft zu verkaufen, d. h. sich den Eigentümern der Mittel für die Warenproduktion und Zirkulation als Lohnarbeiter zu verdingen und durch ihre Arbeit deren Einkommen zu schaffen.

4. Die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsverhältnisse dehnt sich immer mehr aus, in dem Maße, wie die unaufhörliche Vervollkommnung der Technik, welche die wirtschaftliche Bedeutung der Großbetriebe erhöht, die selbständigen Kleinproduzenten verdrängt, d. h. eine relative Verringerung ihrer Zahl hervorruft, indem sie einen Teil von ihnen in Proletarier verwandelt, die Rolle der übrigen im gesellschaftlich-ökonomischen Leben beschränkt und sie

mern". Sonst wird es *abstrakt*, was besonders im Hinblick auf die weiter unten genannten „Bauern und Kustare“ *nicht am Platz* ist.

„Und Zirkulations-“ muß weggelassen werden: der Proletarier reinsten Wassers kann die „Zirkulationsmittel“ besitzen, die gegen *Konsumtionsmittel* eingetauscht werden, und besitzt sie auch.

Müßte stilistisch geglättet werden! „Produktionsmittel“ *sichern* (?) die Existenz.

?

mancherorts in eine mehr oder minder vollständige, mehr oder minder offene, mehr oder minder drückende Abhängigkeit von den Großunternehmern bringt.

„Vom Kapital“ — nicht nur vom großen.

5. Dieselbe Vervollkommnung der Technik führt, da sie einen Teil der selbständigen Kleinproduzenten in Proletarier verwandelt, zu einem noch größeren Angebot von Arbeitskraft und gibt den Unternehmern die Möglichkeit, im Prozeß der Warenproduktion und -zirkulation in immer größerem Umfang Frauen- und Kinderarbeit zu verwenden. Und da andererseits derselbe Prozeß der Vervollkommnung der Technik (Maschinen) zu einer relativen Verringerung des Bedarfs der Unternehmer an lebendiger Arbeitskraft führt, so bleibt notgedrungen die Nachfrage nach Arbeitskraft hinter dem Angebot von Arbeitskraft zurück, und infolgedessen steigt die Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital und der Grad ihrer Ausbeutung durch das Kapital. Der Anteil der Arbeiterklasse an dem von ihr geschaffenen gesellschaftlichen Gesamteinkommen verringert sich stetig.

?

?

Diese Worte müßte man weglassen, weil sie überflüssigerweise den Gedanken wiederholen, der schon in der vorhergehenden These enthalten ist.

Überhaupt zeigt § 5 besonders deutlich den allgemeinen Mangel des Entwurfs: *Längen* und eine unerwünschte *Zähflüssigkeit* der Darlegung. Übrigens führt das zu dem, was Engels in der Kritik des Erfurter Programmentwurfs „schiefe

Nebenbedeutung"* nennt. Zum Beispiel hat es den Anschein, als wäre die steigende Verwendung von Frauen- und Kinderarbeit *nur* durch die „Verwandlung“ der selbständigen Kleinproduzenten in Proletarier bedingt, dem ist aber nicht so, es ist auch *vor* einer solchen „Verwandlung“ schon der Fall. Der Anfang von Paragraph 5 ist eine überflüssige Wiederholung.

6. Eine solche Lage der Dinge innerhalb der bürgerlichen Ge-

Die Überproduktion, die mehr oder minder akute industrielle Krisen hervorruft, denen mehr oder minder lange Perioden industrieller Stagnation folgen, ist die unvermeidliche Folge des Wachstums der Produktivkräfte beim Fehlen jeder Planmäßigkeit, das die Warenproduktion kennzeichnet, und unter den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, die der heutigen Gesellschaft eigen sind. Die Krisen und die Perioden industrieller Stagnation erschweren ihrerseits noch mehr die Lage der selbständigen Kleinproduzenten, führen noch rascher zur relativen, in manchen Gegenden auch zur absoluten Verschlechterung der Lage der Proletarier.

7. Die Vervollkommnung der Technik, die eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und eine Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums bedeutet,

* „schiefe Nebenbedeutung“ bei Lenin deutsch. Der Übers.

Auslassung.

Wieder eine Wiederholung!!

Das genügt nicht. Sie „erschweren“ nicht nur „noch mehr ihre Lage“, sondern *ruinieren* sie direkt in Massen.

Der erste Teil des § 6 würde viel gewinnen, wenn man ihn kürzte.

bedingt somit in der bürgerlichen Gesellschaft ein Anwachsen der sozialen Ungleichheit, eine Vergrößerung des Abstands zwischen Besitzenden und Besitzlosen, eine Zunahme der Unsicherheit der Existenz, der Arbeitslosigkeit und jeder Art Elends.

„Eine Zunahme jeder Art Elends“ — diese in Anlehnung an meinen Entwurf gewählte Fassung ist nicht sehr glücklich. Von einer Zunahme des Elends habe ich nicht gesprochen. „Jeder Art“ umfaßt auch „absolut“. Auf das Elend der Massen müßte darum etwas anders hingewiesen werden.

8. Aber in dem Maße, wie alle diese, der kapitalistischen Produktionsweise eigenen Widersprüche wachsen und sich entwickeln, wächst auch die Unzufriedenheit der werktätigen und ausgebeuteten Masse mit den bestehenden Zuständen und verschärft sich der Kampf ihres führenden Vertreters, des Proletariats, gegen die Verteidiger dieser Zustände.

§ 8 zeigt das *hartnäckige Widerstreben* der Kommission, die genaue und unzweideutige *Bedingung* einzuhalten, die ihr gleich bei ihrer „Geburt“ gestellt worden ist. *Auf Grund dieser Bedingung* muß man einen Satz einschieben (was die Kommission in § 10 auch getan hat), *wobei* vorher nur vom Klassenkampf des Proletariats *allein* die Rede sein darf. Diese Forderung, die im Schlichtungsvertrag klar zum Ausdruck gekommen ist, hat die Kommission *nicht erfüllt*, und ich halte mich für berechtigt, auf ihrer Erfüllung zu bestehen.

Vor dem, was am Ende des § 10 gesagt wird, ist es *falsch*, von der Unzufriedenheit der ganzen werktätigen Masse schlechthin zu sprechen und das Proletariat ihren „führenden Vertreter“ zu nennen,

denn das ist *nur unter der Bedingung* richtig, die am Ende des § 10 zum Ausdruck kommt. Das Bedingte gibt die Kommission für etwas Unbedingtes aus. Die Halbschlächtigkeit des Kleinproduzenten, seinen *halbreaktionären* Charakter hat die Kommission *durch nichts zum Ausdruck gebracht*; das ist völlig unzulässig. Jetzt ist es so, daß man die *Möglichkeit*, diesen Kleinproduzenten (oder einen *Teil* dieser Schicht) unter den *prinzipiellen* „Verteidigern dieser Zustände“ (derselbe Satz in § 8!!) zu finden, völlig *vergessen* hat!! Dabei wird diese Möglichkeit vor unseren Augen *sehr* oft zur Wirklichkeit.

Um mit Recht von der Bewegung des Proletariats, von seinem Klassenkampf und sogar von seiner *Klassendiktatur* sprechen zu können, muß man unbedingt *zunächst* diese *eine* Klasse *aussondern*, um erst dann etwas über ihre Rolle als Vertreterin hinzuzufügen. So aber verliert sich im Entwurf der Zusammenhang; streng logisch ist § 8 *weder mit der Fortsetzung verbunden* (warum denn nicht die „Diktatur der werktätigen Masse“??) *noch mit dem Anfang* (verschärfen sich alle gesellschaftlichen Widersprüche, so verschärft sich *folglich* immer mehr der Kampf *zweier*

Zugleich schafft die Vervollkommnung der Technik, durch die der Arbeitsprozeß innerhalb der Werkstatt vergesellschaftet und die Produktion konzentriert wird,

immer rascher die Möglichkeit jener sozialen Revolution, die das Endziel der gesamten Tätigkeit der internationalen Sozialdemokratie als der bewußten Trägerin der Klassenbewegung des Proletariats ist.

9. Diese soziale Revolution wird in der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und ihrer Ablösung durch sozialistische bestehen, das heißt in der Expropriation der Ausbeuter zwecks Überführung der Produktions- und Zirkulationsmittel in gesellschaftliches Eigentum sowie in der planmäßigen Organisation des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zur Befriedigung der Bedürfnisse sowohl der gesamten Gesellschaft als auch ihrer einzelnen Mitglieder. Die Erreichung dieses Zieles wird die ganze unterdrückte Menschheit befreien, denn sie wird jeder Art Ausbeutung eines Teils der Gesellschaft durch den anderen ein Ende setzen.

10. Um seine soziale Revolution zu vollbringen, muß das Proletariat die

Klassen, das aber zu sagen, hat die Kommission vergessen!!). Eins reimt sich nicht mit dem andern zusammen.

Die Vergesellschaftung der Arbeit beschränkt sich bei weitem nicht darauf, was innerhalb der Werkstatt vor sich geht: diese Stelle muß berichtigt werden.

+ „und Notwendigkeit“ (der sozialen Revolution).

Siehe zum Vergleich Nr. 13. NB.

?

Das ist ungenau. Eine *solche* „Befriedigung“ „gewährt“ auch der Kapitalismus, aber *nicht allen* Mitgliedern der Gesellschaft und *nicht in gleicher Weise*.

Meine Einwände dagegen habe ich bereits dargelegt. NB*.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 13 und S. 40/41. *Die Red.*

politische Macht (die Klassendiktatur) erobern, die es zum Herrn der Lage machen und befähigen wird, alle Hindernisse zu überwinden. Das Proletariat, das sich zu diesem Zweck zu einer selbständigen politischen Partei organisiert, die sich allen bürgerlichen Parteien entgegenstellt,

?

?

„die sich *allen* bürgerlichen Parteien entgegenstellt“ — also auch den *kleinbürgerlichen* Parteien, nicht wahr?? Aber von den Kleinbürgern sind doch die *meisten* „Werktätige und Ausgebeutete“. Das reimt sich nicht zusammen.

ruft in seine Reihen alle anderen Schichten der unter der kapitalistischen Ausbeutung leidenden Bevölkerung

Die Sozialdemokratie organisiert und ruft. „Das Proletariat . . . ruft in *seine* (!) Schichten“ — ganz unmöglich!*

und hofft auf ihre Unterstützung, soweit sie die Aussichtslosigkeit ihrer Lage in der gegenwärtigen Gesellschaft erkennen und sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen.

Die Worte „und hofft auf ihre Unterstützung“ soll man streichen. Sie sind *überflüssig* (wenn man ruft, dann hofft man) und haben eine schiefe Nebenbedeutung. Das Proletariat ruft diejenigen, die erkennen — soweit sie erkennen, das genügt.**

11. Die Partei des kämpfenden Proletariats, die Sozialdemokratie, leitet seinen Klassenkampf in allen Erscheinungsformen, sie enthüllt vor der ganzen werktätigen und ausgebeute-

* „ganz unmöglich“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

** „schiefe Nebenbedeutung“ und „das genügt“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

ten Masse den unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Interessen der Ausbeuter und den Interessen der Ausgebeuteten und macht ihr die geschichtliche Bedeutung und die notwendigen Bedingungen der bevorstehenden sozialen Revolution klar.

12. Aber trotz der Einheit ihres gemeinsamen Endziels, die bestimmt wird durch die Herrschaft der gleichen Produktionsweise in der ganzen zivilisierten Welt, stellen sich die Sozialdemokraten der verschiedenen Länder nicht dieselben nächsten Aufgaben, und zwar sowohl, weil diese Produktionsweise nicht überall in gleichem Maße entwickelt ist, als auch, weil sich ihre Entwicklung in den verschiedenen Ländern unter verschiedenen sozial-politischen Verhältnissen vollzieht.

13. In Rußland begegnet man neben dem sein Herrschaftsgebiet rasch erweiternden und immer mehr zur vor-

„Die Unversöhnlichkeit ihrer Interessen mit dem Bestehen des Kapitalismus überhaupt“ oder eine ähnliche Korrektur. Nicht alle Werktätigen befinden sich in einer solchen Lage, daß ihre „Interessen“ in einem „unversöhnlichen“ Gegensatz zu den Interessen der Ausbeuter stünden. Der werktätige Bauer hat ein *gewisses Etwas*, $\frac{a}{n}$, mit dem Agrarier *gemein*. Man muß sich *allgemeiner* ausdrücken, umfassender, sonst wird es unrichtig und artet in eine *Phrase* aus.

? Stil!!

§ 12 — der Schluß. Man müßte versuchen, ihn zu kürzen. Eine Abmagerung käme diesem Paragraphen sehr zustatten. Könnte man nicht durch: „nationale Besonderheiten“ oder etwas Ähnliches zehn Worte in zwei zusammenziehen?

§ 13 der Anfang. Ich danke ergebenst für den winzig kleinen Schritt in meiner Richtung. Aber

herrschenden Produktionsweise werdenden Kapitalismus noch auf Schritt und Tritt Überresten unserer alten, vorkapitalistischen Gesellschaftsordnung, die sich darauf gründete, daß die Gutsbesitzer, der Staat oder das Staatsoberhaupt die werktätigen Massen zu ihren Leibeigenen machten. Diese Überreste hemmen die Entfaltung der Produktivkräfte in hohem Maße, lassen die allseitige Entwicklung des Klassenkampfes des Proletariats nicht zu, drücken die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung herab, bedingen asiatisch-barbarische Formen des Ruins und des Niedergangs der viele Millionen zählenden Bauernschaft und halten das ganze Volk in Unwissenheit, Rechtlosigkeit und Unterdrückung.

14. Die zaristische Selbstherrschaft, der bedeutendste aller Überreste unserer auf Leibeigenschaft beruhenden Gesellschaftsordnung und die mächtigste Stütze dieser ganzen Barbarei, ist völlig unvereinbar mit der politischen und bürgerlichen Freiheit, die in den fortgeschrittenen Ländern der kapitalistischen Produktion bereits seit langem als ihre natürliche rechtliche Ergänzung besteht. Ihrem ureigenen Wesen nach muß sie jede soziale Bewegung unterdrücken und zwangsläufig der schlimmste Feind

„erweiternden, werdenden“ ...nden
...nden ... brrrr!

NB

? Stil!

§ 13 der Schluß. Eine kleine Verbesserung wäre wünschenswert; *wie*, habe ich schon vorgeschlagen (meine Korrekturen zu meinem Entwurf*), denn sonst „... barbarische Form des Ruins und des Niedergangs...“?

? Stil.

? Stil.

Das geht nicht. *Nicht* jede: Bimetallismus und Präraffaelitismus

* Siehe den vorliegenden Band, S. 20. *Die Red.*

aller Freiheitsbestrebungen des Proletariats sein.

Darum stellt sich die russische Sozialdemokratie als nächste politische Aufgabe den Sturz der zaristischen Selbstherrschaft und ihre Ersetzung durch die Republik auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung, die gewährleistet

usw.

sind auch „soziale Bewegungen“. Das muß verbessert werden.

„Die natürliche rechtliche Ergänzung“ ist ein sehr unglücklicher Ausdruck für einen richtigen Gedanken. Die „natürliche“ Freiheit wird für den Kapitalismus kompliziert durch 1001 sozialhistorische Faktoren, was das Wort „natürliche“ nicht zum Ausdruck bringt. Und es riecht, es stinkt verdächtig nach Liberalismus. Man müßte etwa sagen, daß „die Selbstherrschaft *unvermeidlich* dem Tode geweiht ist durch die *ganze* Entwicklung des Kapitalismus, die notwendigerweise die bürgerliche und politische Freiheit erfordert, damit sie die sich komplizierenden Interessen zum Ausdruck bringen kann“, oder so ähnlich. Kurzum, man müßte den Gedanken der *Unvermeidlichkeit* herausarbeiten, ohne dadurch das Mißverständnis hervorzurufen, daß man diese Unvermeidlichkeit für „natürlich“ hält.

Im großen und ganzen überzeugt man sich, je mehr man sich in den Kommissionsentwurf hineinliest, immer mehr davon, daß er sozusagen *unverdaut* ist. Ich wage zu prophezeien, daß uns diese Eigenschaft des Entwurfs viele Vorwürfe, und zwar gerechtfertigte, eintragen wird, wenn wir ihn in *dieser* Form

veröffentlichen. *Alle* werden sehen, daß er nur „zusammengeflickt“ ist.

Wenn uns schon der liebe Herrgott für unsere Sünden mit der Notwendigkeit gestraft hat, einen „Zwitter“entwurf herauszugeben, so sollte man wenigstens *alle* Anstrengungen machen, um die traurigen Folgen dieser Tatsache zu *vermindern*. Vollkommen unrecht haben deshalb diejenigen, die sich *vor allem* von dem Wunsch leiten lassen, „möglichst rasch fertig zu werden“: man kann sicher sein, daß *jetzt*, bei einer solchen Konstellation, Eilfertigkeit zu nichts Gutem führen und unser Redaktionsentwurf unbefriedigend ausfallen wird. Er muß ja nicht unbedingt in Nr. 4 der „Sarja“¹⁸ erscheinen; veröffentlichen wir ihn in Nr. 5 und geben wir ihn *vor* dem Erscheinen der Nr. 5 als Sonderdruck heraus. Tun wir das, so wird die Verspätung um knapp einen Monat der Partei nicht im geringsten schaden. Und es wäre wahrhaftig besser, wenn die hohe Kommission alles noch einmal gut durcharbeiten, überlegen, verdauen und uns dann ihren *eigenen*, nicht zusammengeflickten, sondern einheitlichen Entwurf geben würde. Ich wiederhole noch einmal: Wenn diese Aufgabe unerfüllbar ist, dann wird es für die Sache weit nützlicher sein, zum

Plan zweier Entwürfe zurückzu-
kehren (und wir werden diesen
Plan sehr gut durchführen können,
ohne uns *im geringsten* „genieren“
zu müssen: Plechanow veröffent-
licht seinen Entwurf mit seiner
Unterschrift in der „Sarja“, ich den
meinen „irgendwo anders“, in Genf,
als x, y, z). Ich richte an das hohe
Kollegium ergebenst das Ersuchen,
„alle Umstände in dieser Angele-
genheit“ *aufmerksam* zu prüfen.

12. IV. 1902, im Zuge: ich bitte
wegen der schlechten Schrift um
Entschuldigung. Wenn ich Zeit
finde, werde ich noch einmal und
deutlicher schreiben.

Geschrieben am 12. April 1902.

ERGÄNZENDE BEMERKUNGEN ZUM PROGRAMMENTWURF DER KOMMISSION

In Ergänzung der Bemerkungen auf dem Entwurf selbst will ich noch auf folgendes hinweisen:

§ 3. „Die Gesellschaft (die bürgerliche) ist gekennzeichnet durch die Herrschaft der Warenproduktion in kapitalistischen Produktionsverhältnissen, *d. b.*“... und weiter werden die Hauptmerkmale des Kapitalismus beschrieben. Hier mangelt es an Folgerichtigkeit: durch „*d. b.*“ sind verschiedenartige, ungleiche Begriffe miteinander verkoppelt, und zwar 1. die *Modifikation* der Warenproduktion in der Form, wie sie durch die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsverhältnisse bedingt ist, und 2. der Absatz der Produkte auf dem Markt und der Verkauf der Arbeitskraft durch die Masse der Bevölkerung.

Dieser Mangel an Folgerichtigkeit, diese Gleichsetzung der *grundlegenden* und allgemeinsten Züge der Warenproduktion überhaupt und des Kapitalismus überhaupt mit der Modifikation der Warenproduktion auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsverhältnisse (dann werden die Waren nicht mehr *einfach* nach dem Wert ausgetauscht) zeigt anschaulich, wie unglücklich die Formulierung G. W. Plechanows ist (die Kommission aber hat diese Formulierung angenommen und sie nur etwas umgemodelt). In einem Programm, das nur die allgemeinsten und grundlegenden Züge des Kapitalismus schildert, *das nicht einmal die Mehrwerttheorie darlegt*, nehmen wir plötzlich „Bezug“ auf Böhm-Bawerk, indem wir daran erinnern, daß „die Warenproduktion auf der Grundlage des Kapitalismus“ nicht ganz dasselbe ist wie die einfache Warenproduktion! Tut man das, warum sollte man dann im Programm nicht auch besondere Bezugnahmen auf Michailowski, Berdjajew usw. einfügen? Einerseits wird

selbst der ganzen Marxschen Lehre von der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital nur ein einziger, ganz allgemein-sozialistischer Ausdruck gewidmet: „durch ihre Arbeit deren Einkommen schaffen“ (am Ende des § 3), andererseits aber wird die spezielle Verwandlung des Mehrwerts in Profit bei der „Warenproduktion auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsverhältnisse“ vermerkt.

G. W. Plechanow hat vollkommen recht, wenn er sagt, daß die Worte „Warenproduktion auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsverhältnisse“ den Hauptgedanken des III. Bandes¹⁹ zum Ausdruck bringen. Aber das ist auch alles. Im Programm ist dieser Gedanke überflüssig, ebenso wie darin die Beschreibung des Mechanismus der Realisierung, die den Hauptgedanken des II. Bandes bildet, und die Beschreibung der Verwandlung des Surplusprofits in Grundrente überflüssig ist. Im Programm genügt es, die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital = die Bildung des Mehrwerts *festzustellen*, es ist jedoch verfehlt (und unmöglich in ein paar kurzen Sätzen), von allerhand Arten der *Verwandlung* und Modifikation der Formen dieses Mehrwerts zu sprechen.

NACHTRAG ZUR FRAGE DES KLASSENKAMPFES

Ich teile durchaus die Ansicht von W. Sassulitsch, daß es bei uns möglich ist, viel mehr Kleinproduzenten und viel früher (als im Westen) für die Sozialdemokratie zu gewinnen, daß wir, um das zu erreichen, *alles* tun müssen, was in unseren Kräften steht, daß man diesen „Wunsch“ im Programm „gegen“ die Martynow und Co. zum Ausdruck bringen muß. Mit alledem bin ich durchaus einverstanden. Die Einfügung am Schluß des § 10 *begrüße ich*—ich betone das, um Mißverständnisse zu vermeiden.

Aber man darf den Bogen nicht nach der anderen Seite überspannen, wie es W. Sassulitsch tut! Man darf den „Wunsch“ nicht mit der *Wirklichkeit* verwechseln, und noch dazu mit der immanent-notwendigen Wirklichkeit, der allein unsere Prinzipienklärung* gewidmet ist. Es wäre wünschenswert, *alle* Kleinproduzenten zu gewinnen — natürlich. Aber wir wissen, daß das eine besondere Klasse ist, eine zwar durch tausend Fäden und Übergangsstufen mit dem Proletariat verbundene, aber doch eine besondere Klasse.

* „Prinzipienklärung“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Es ist unbedingt erforderlich, sich **zunächst** von allen *abzugrenzen* und *einzig und allein, ausschließlic*h, das Proletariat auszusondern — und erst *dann* zu erklären, daß das Proletariat alle befreien wird, daß es alle ruft, alle auffordert.

Ich bin einverstanden mit diesem „dann“, aber ich verlange erst das „zunächst“!

Bei uns in Rußland haben die höllischen Qualen der „werk

tätigen und ausgebeuteten Masse“ keinerlei *Volksbewegung* hervorgerufen, solange die „Handvoll“ Fabrikarbeiter nicht den Kampf, den Klassenkampf aufnahmen. Und *nur* diese „Handvoll“ verbürgt seine Durchführung, seine Fortsetzung, seine *Ausweitung*. Gerade in Rußland, wo die Kritiker (Bulgakow) die Sozialdemokraten der „Bauernphobie“ beschuldigen, wo die Sozialrevolutionäre von der Notwendigkeit schwätzen, den Begriff des Klassenkampfes durch den Begriff des „Kampfes *aller* Werktätigen und Ausgebeuteten“ zu *ersetzen* („Westnik Russkoi Rewoluzii“ Nr. 2)²⁰ — gerade in Rußland müssen wir uns *zunächst* durch die schärfste Definition einzig und allein des Klassenkampfes *einzig und allein* des Proletariats von diesem ganzen Pack *abgrenzen* — und erst dann erklären, daß wir *alle rufen*, alle aufnehmen, alles tun, auf alle ausweiten werden. Die Kommission aber „weitet aus“ und vergißt abzugrenzen!! Und mich beschuldigt man der Engherzigkeit, weil ich verlange, daß man der Ausweitung diese „Abgrenzung“ *vorausschicke*?! Aber das ist doch falsches Spiel, meine Herrschaften!!

Der uns morgen unvermeidlich bevorstehende Kampf gegen die vereinigten Kritiker + die etwas radikaleren Herren von den „Russkije Wedomosti“ und dem „Russkoje Bogatstwo“²¹ + die Sozialrevolutionäre wird von uns unweigerlich erfordern, daß wir *eine Grenze ziehen* zwischen dem *Klassenkampf* des Proletariats und dem „Kampf“ (ist es ein Kampf?) „der werktätigen und ausgebeuteten Masse“. Das Gerede über diese Masse ist der Haupttrumpf in den Händen aller unsicheren Kantonisten*, die Kommission aber spielt ihnen in die Hände und nimmt uns die Waffe zum Kampf gegen die Halbheiten weg, um die eine Hälfte zu unterstreichen! Vergeßt aber auch die andere Hälfte nicht!

Geschrieben im April 1902.

* „unsicheren Kantonisten“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

ABÄNDERUNGSVORSCHLAG ZUM AGRARTEIL DES PROGRAMMS²²

Im vierten Punkt unseres Agrarprogramms schlage ich folgende Änderung vor, anstatt der Worte „Gründung von Bauernkomitees, a) um den Dorfgemeinschaften die Landstücke zurückzugeben (durch Enteignung oder, falls diese Landstücke von Hand zu Hand gegangen sind, durch Ablösung usw.)“ die Worte zu setzen: „Gründung von Bauernkomitees a) um den Dorfgemeinschaften die Landstücke zurückzugeben (durch Enteignung), die . . .“ usw.,

d. h. die unterstrichenen Worte wegzulassen.

Ich denke, diese Änderung muß auf Grund folgender Erwägungen vorgenommen werden:

1. Im Agrarprogramm stellen wir unser „Maximum“ auf, unsere „revolutionären sozialen Forderungen“ (siehe meinen Kommentar)²³. Lassen wir aber die Ablösung zu, so widerspricht das dem revolutionären sozialen Charakter der ganzen Forderung.

2. Die „Ablösung“ hat sowohl der geschichtlichen Tradition (die Ablösung von 1861) wie auch ihrem Inhalt nach (vgl. das berühmte Wort: „Ablösung ist dasselbe wie Kauf“²⁴) den spezifischen Beigeschmack einer banal staatsstreuen und bürgerlichen Maßnahme. Man kann sich daran klammern, daß wir die Ablösung für *zulässig* halten und so den ganzen Kern unserer Forderung verfälschen (und Schmutzfinken, die sich dazu hergeben, werden sich mehr als genug finden).*

* Die Rückgabe der Bodenabschnitte als außergewöhnliche revolutionäre Maßnahme *degradieren* wir, wenn wir die Ablösung zulassen, zu einer ganz gewöhnlichen Dutzend-„reform“.

3. Sich vor der „Ungerechtigkeit“ zu fürchten, daß man die Bodenabschnitte Leuten wegnimmt, die für sie Geld bezahlt haben, dazu ist keine Ursache vorhanden. Wir haben ohnehin diese Maßnahme der Rückgabe der Bodenabschnitte mit zwei einschränkenden Bedingungen verknüpft [1. „die Landstücke, die 1861 abgetrennt worden sind“, und 2. „die jetzt als Werkzeug zur Knechtung dienen“]. Es ist ganz gerecht, wenn man ein Eigentum, das zur *fronherrlichen* Ausbeutung dient, auch ohne Entschädigung beschlagnahmt. (Mag dann der Käufer der Bodenabschnitte mit dem Verkäufer prozessieren — das ist nicht unsere Sache.)

4. Lassen wir die „Ablösung“ zu, so bürden wir *Geldzahlungen* den Bauern auf, die gerade infolge der Abarbeit am tiefsten in der Naturalwirtschaft steckten: der schroffe Übergang zu *Geldzahlungen* kann die Bauern *besonders rasch* ruinieren, das aber würde dem ganzen Geist unseres Programms widersprechen.

5. Läßt man es *ausnahmsweise* auch gelten, daß ein Käufer von Bodenabschnitten „entschädigt“ wird, so darf dies keinesfalls auf Kosten der Bauern geschehen, die das moralische und geschichtliche Recht auf diese Abschnitte haben. „Entschädigen“ kann man, indem man ein entsprechendes Grundstück irgendwo an der Peripherie zur Verfügung stellt usw.; das geht uns nichts mehr an.

Ich bitte alle, darüber abzustimmen: *dafür* = für das Weglassen der Worte über die Ablösung, für die Streichung der, von mir angemarkten Worte.

Dagegen = für die Beibehaltung des alten Wortlauts.

1. G. W. —
2. P. B. —
3. W. I. —
4. Berg —
5. A. N. —
6. Frey — dafür.

Geschrieben im April 1902.

ANZEICHEN DES BANKROTTS

Erst ein Jahr ist vergangen, seitdem die Kugel Karpowitschs, die Bogolepow tötete²⁵, die Bahn frei machte für einen „neuen Kurs“ in der Universitätspolitik der Regierung. Im Laufe dieses Jahres haben wir nacheinander ein ungewöhnliches Ansteigen der öffentlichen Empörung beobachten können, einen ungewöhnlich milden Ton in den Reden unserer Machthaber, eine leider allzu gewöhnliche Begeisterung der Gesellschaft für diese neuen Reden, eine Begeisterung, die auch einen gewissen Teil der Studentenschaft erfaßt hat, und schließlich, nach der Verwirklichung der hochtrabenden Versprechungen Wannowskis — einen neuen Ausbruch des Studentenprotestes. Denjenigen, die im letzten Frühjahr eine „neue Ära“ erwarteten und ernstlich glaubten, der zaristische Feldwebel würde von den Wünschen der Studenten und der Gesellschaft auch nur einen kleinen Teil erfüllen — kurzum, den russischen Liberalen müßte es jetzt klar sein, wie unrecht sie hatten, als sie der Regierung wieder einmal Vertrauen schenkten, wie wenig Grund vorhanden war, im Frühjahr die Bewegung, die begonnen hatte, eindrucksvolle Formen anzunehmen, zugunsten von Reformen zum Stillstand zu bringen und sich durch die beruhigenden Lieder der Regierungssirenen einlullen zu lassen. Nachdem das Versprechen, alle im vorigen Jahr Gemaßregelten wieder in die Universitäten aufzunehmen, gebrochen worden ist, nachdem eine Reihe neuer reaktionärer Maßnahmen alle herausgefordert hat, die eine wirkliche Reform der Zustände in den Lehranstalten verlangten, nach einer Reihe neuer brutaler Gewaltakte gegen die Demonstranten, die von dem betrügerischen Bankrotteur die Einlösung der von ihm ausgestellten Wechsel forderten — nach alledem veröffentlicht die Regierung der „liebvollen

Fürsorge“ die zum Zweck der „Befriedung“ ersonnenen „provisorischen Bestimmungen“ über die Studentenorganisationen und... erhält statt der „Befriedung“ das Bild eines allgemeinen Brandes von „Unruhen“, der alle Lehranstalten von neuem erfaßt hat.

Wir Revolutionäre haben keinen Augenblick an die Ernsthaftigkeit der von Wannowski versprochenen Reformen geglaubt. Wir haben nicht aufgehört, den Liberalen einzuhämmern, daß die Rundschreiben des „liebervollen“ Generals und die Erlasse Nikolaus Obmanows* nur eine Neuauflage derselben liberalen Politik sind, in der die Selbstherrschaft während der vierzigjährigen Periode des Kampfes gegen den „inneren Feind“, d. h. gegen alle fortschrittlichen Elemente Rußlands, eine solche Kunstfertigkeit erlangt hat. Wir warnten die Liberalen vor den „sinnlosen Träumereien“, denen sie sich sofort nach den ersten Schritten der Regierung im Geiste des „neuen Kurses“ hingaben, wir entlarvten die ganze bewußte Heuchelei der Regierungsversprechungen und sagten der Gesellschaft: Wenn dein Gegner vom ersten ernstesten Ansturm betäubt ist, werde nicht müde, ihm neue Schläge zu versetzen, verdopple ihre Wucht und ihre Häufigkeit... Jene Karikatur auf das Organisationsrecht, die den Studenten jetzt in Gestalt der „provisorischen Bestimmungen“ vorge setzt wird, war von den Revolutionären vorausgesagt worden, gleich als man von diesem neuen Geschenk der Regierung zu reden begonnen hatte. Wir wußten, was man von der Selbstherrschaft und ihren reformerischen Anwendungen erwarten kann und darf. Wir wußten, daß Wannowski niemanden und nichts „befrieden“, daß er keinerlei fortschrittliche Hoffnungen rechtfertigen wird und daß sich die „Unruhen“ unvermeidlich in dieser oder jener Form wiederholen werden.

Ein Jahr ist vergangen, und die Gesellschaft steht an demselben toten Punkt. Die einem wohlgeordneten Staatswesen geziemenden Hochschulen können wiederum nicht funktionieren. Wiederum sind Zehntausende junger Menschen aus ihrer gewohnten Bahn gerissen, und wiederum steht die Gesellschaft vor derselben Frage: „Was weiter?“

Die große Mehrheit der Studenten lehnt es ab, die „provisorischen Bestimmungen“ und die von diesen erlaubten Organisationen zu akzeptieren. Die Professoren bringen mit größerer Bestimmtheit als sonst bei ihnen

* Obmanow (von obman = Betrug) — gebildet in Anlehnung an Romanow.
Der Übers.

üblich ihr unverhohlenes Mißvergnügen über dieses Geschenk der Regierung zum Ausdruck. Und wirklich, man braucht kein Revolutionär, kein Radikaler zu sein, um einzusehen, daß eine solche, mit Verlaub zu sagen, „Reform“ den Studenten nicht nur nichts gibt, was der Freiheit ähnlich sähe, sondern auch ganz und gar ungeeignet ist, das Universitätsleben auch nur einigermaßen zu beruhigen. Ist es denn nicht beim ersten Blick auf diese „provisorischen Bestimmungen“ klar, daß durch sie von vornherein eine ganze Reihe von Anlässen zu Zusammenstößen zwischen Studenten und Behörden geschaffen wird? Ist es denn nicht klar, daß die Inkraftsetzung dieser Bestimmungen jede aus dem friedlichsten Anlaß *legal* einberufene Versammlung zum Ausgangspunkt neuer „Unruhen“ zu machen droht? Kann man z. B. daran zweifeln, daß eine Inspektion, die Polizeifunktionen erfüllt, durch ihren Vorsitz in Versammlungen die einen ewig reizen, die anderen zum Protest herausfordern, den dritten Angst einjagen und die Lippen verschließen muß? Und ist es nicht klar, daß die russische Studentenschaft es nicht dulden wird, daß der Gegenstand der Diskussionen in diesen Versammlungen brutal vom „Gutdünken“ der Obrigkeit abhängig gemacht wird?

Dabei ist das von der Regierung geschenkte Versammlungs- und Organisations„recht“ in der unsinnigen Form, in welcher die „provisorischen Bestimmungen“ es geschaffen haben, das *Höchstmaß* dessen, was die Selbstherrschaft, sofern sie Selbstherrschaft bleibt, den Studenten gewähren kann. Jeder weitere Schritt in dieser Richtung würde eine selbstmörderische Störung des Gleichgewichts bedeuten, auf dem die Beziehungen der Regierung zu den „Untertanen“ beruhen. Entweder sich mit diesem für die Regierung möglichen Höchstmaß abfinden oder den *politischen, revolutionären* Charakter des Protestes verstärken — das ist das Dilemma, das die Studenten lösen müssen. Und die meisten von ihnen entscheiden sich für die zweite Lösung. Schärfer als je zuvor klingt in den Studentenaufrufen und -resolutionen die revolutionäre Note. Die Politik der Aufeinanderfolge von barbarischen Gewaltakten und Judasküssen zeitigt ihre Ergebnisse und revolutioniert die Studentenmasse.

Jawohl, die Studenten haben die Frage, vor die sie gestellt waren, so oder anders gelöst und erklärt, daß sie bereit sind, die (unter dem Einfluß der einlullenden Lieder) beiseite gelegte Waffe wieder in die Hand zu nehmen. Was aber beabsichtigt die Gesellschaft zu tun, die unter den

Klängen dieser tückischen Lieder bereits eingeschlummert zu sein scheint? Warum fährt sie fort zu schweigen und „im stillen zu sympathisieren“? Warum hört man nichts von *ihren* Protesten, von *ihrer* aktiven Unterstützung der aufs neue ausgebrochenen Unruhen? Will sie tatsächlich „ruhig“ warten, bis die unvermeidlichen tragischen Erscheinungen eintreten, von denen bisher jede Studentenbewegung begleitet war? Will sie sich tatsächlich auf die erbärmliche Rolle eines Registrators der Opfer des Kampfes und eines untätigen Zuschauers seiner erschütternden Szenen beschränken? Warum hört man nicht die Stimmen der „Väter“, während doch die „Söhne“ ganz unzweideutig erklärt haben, daß sie bereit sind, auf dem Altar der russischen Freiheit neue Opfer zu bringen? Warum unterstützt unsere Gesellschaft die Studenten nicht wenigstens so, wie die Arbeiter sie schon unterstützt haben? Es sind doch nicht ihre, nicht der Proletarier Söhne und Brüder, die an den Hochschulen studieren, und doch haben die Arbeiter in Kiew und Charkow und Jekaterinoslaw schon offen ihre Sympathie für die protestierenden Studenten bekundet, trotz einer Reihe von „Vorbeugungsmaßnahmen“ der Polizeibehörden, trotz deren Drohung, mit Waffengewalt gegen Demonstranten vorzugehen. Sollte wirklich diese Bekundung des revolutionären Idealismus des russischen Proletariats keinen Einfluß haben auf das Verhalten der Gesellschaft, die am Schicksal der Studenten zutiefst und unmittelbar interessiert ist, und sie nicht zu energischem Protest antreiben?

Die Studenten „unruhen“ dieses Jahres beginnen unter recht günstigen Vorzeichen. Die Sympathie der „Menge“, der „Straße“ ist ihnen gewiß. Es wäre ein verbrecherischer Fehler der liberalen Gesellschaft, wenn sie sich nicht die größte Mühe gäbe, durch ihre den Studenten *rechtzeitig* gewährte Unterstützung die Regierung endgültig mürrisch zu machen und wirkliche Zugeständnisse von ihr zu erzwingen.

Die nächste Zukunft wird zeigen, inwieweit unsere liberale Gesellschaft zu einer solchen Rolle fähig ist. Von der Lösung dieser Frage hängt in hohem Maße der Ausgang der jetzigen Studentenbewegung ab. Aber wie dieser Ausgang auch sein mag, eins ist unzweifelhaft: Das Wiederaufblühen der allgemeinen Studentenunruhen nach einer so kurzen Zeit der Ruhe ist ein Anzeichen des politischen Bankrotts der gegenwärtigen Staatsordnung. Seit drei Jahren kann das Universitätsleben nicht ins Geleise kommen, der Lehrbetrieb wird immer wieder unterbrochen, eines der

Räder des Staatsmechanismus hört auf zu funktionieren, es dreht sich hilflos eine Weile und bleibt dann wieder für lange Zeit stehen. Und es kann jetzt kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß es im Rahmen des heutigen politischen Regimes keine Mittel zur gründlichen Heilung dieser Krankheit gibt. Der selige Bogolepow machte den Versuch, das Vaterland mit Hilfe eines „heroischen“ Mittels zu retten, das er dem Arsenal der vorsintflutlichen Nikolausschen Heilkunst entnahm. Man weiß, was bei der Anwendung dieses Mittels herausgekommen ist. Es ist klar, daß man in dieser Richtung nicht weitergehen darf. Jetzt hat auch die Politik des Liebäugelns mit den Studenten Schiffbruch erlitten. Einen dritten Weg aber — außer Gewaltanwendung und Liebäugeln — gibt es nicht. Und jede neue Äußerung dieses unzweifelhaften Bankrotts des gegenwärtigen Regimes wird dessen Grundlagen immer tiefer untergraben, der Regierung in den Augen der indifferenten Kleinbürger jede Autorität nehmen und die Zahl der Leute, die sich der Notwendigkeit des Kampfes gegen sie bewußt werden, vermehren.

Jawohl, der Bankrott der Selbstherrschaft steht außer Zweifel, und diese beeilt sich, die ganze Welt davon zu informieren. Oder ist es etwa keine Bankrotterklärung, wenn man in gut einem Drittel des Reiches außerordentliche „Sicherheitsmaßnahmen“ verfügt und wenn die örtlichen Behörden an allen Ecken und Enden Rußlands gleichzeitig „Verordnungen“ erlassen, die unter Androhung erhöhter Strafen Handlungen verbieten, welche die russischen Gesetze ohnehin nicht erlauben? Ihrem ureigenen Wesen nach sollen alle Ausnahmebestimmungen, die die Wirkung der allgemeingültigen Gesetze aufheben, eine zeitlich und örtlich begrenzte Geltung haben. Man nimmt an, daß außerordentliche Verhältnisse auf eine gewisse Zeit in einer bestimmten Gegend die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen erfordern, damit das gestörte Gleichgewicht wiederhergestellt wird, das die ungehinderte Wirkung der allgemeingültigen Gesetze ermöglicht. So argumentieren die Vertreter des gegenwärtigen Regimes. Über zwanzig Jahre sind bereits verstrichen, seitdem die außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen verfügt wurden. Die zwanzig Jahre, die sie in den Hauptzentren des Reiches in Kraft sind, haben nicht zur „Befriedung“ des Landes, nicht zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung geführt. Nach zwanzigjähriger Anwendung dieses stark wirkenden Mittels erweist es sich, daß die Krankheit der „Unzuverlässigkeit“, zu

deren Bekämpfung es geschaffen wurde, sich so weit verbreitet und so tiefe Wurzeln geschlagen hat, daß seine Anwendung auf alle einigermaßen bedeutenden Städte und Fabrikorte ausgedehnt werden muß! Ist das nicht ein Bankrott, den der Bankrotteur selber offen erklärt? Die überzeugten Verteidiger des gegenwärtigen Regimes (solche gibt es zweifellos) müssen mit Schrecken daran denken, wie die Bevölkerung sich allmählich an dieses stark wirkende Mittel gewöhnt und gegen die Einspritzung neuer Dosen unempfindlich wird.

Gleichzeitig aber tritt, dies schon gegen den Willen der Regierung, der Bankrott ihrer *ökonomischen* Politik klar zutage. Die Raubwirtschaft der Selbstherrschaft beruhte auf der ungeheuerlichen Ausbeutung der Bauernschaft. Diese Wirtschaft bedingte als unvermeidliche Folge die sich von Zeit zu Zeit wiederholenden Hungersnöte der Bauern bald in diesem, bald in jenem Gebiet. In solchen Augenblicken versuchte der Räuberstaat vor der Bevölkerung in der glänzenden Rolle eines fürsorglichen Ernährers des von ihm selber ausgeplünderten Volkes zu prunken. Von 1891 an haben die Hungersnöte, was die Zahl der Opfer betrifft, riesenhafte Ausmaße erreicht, und seit 1897 folgt fast ununterbrochen eine auf die andere. Im Jahre 1892 sprach Tolstoi mit beißendem Hohn davon, daß „der Schmarotzer die Pflanze nähren möchte, von deren Säften er sich ernährt“²⁶. Das war tatsächlich ein unsinniger Gedanke. Heute haben sich die Zeiten geändert, und seitdem sich die Hungersnot in einen Normalzustand des flachen Landes verwandelt hat, trägt sich unser Schmarotzer nicht mehr mit dem utopischen Gedanken, die ausgeplünderte Bauernschaft zu nähren, vielmehr erklärt er diesen Gedanken allein schon für ein Staatsverbrechen. Das Ziel ist erreicht — die jetzige gewaltige Hungersnot ist in eine Grabesstille gehüllt, wie sie selbst bei uns ungewohnt ist. Man hört das Stöhnen der hungernden Bauern nicht, es gibt keine Ansätze von öffentlicher Initiative, um die Hungersnot zu bekämpfen, die Zeitungen schweigen über das, was auf dem Lande vorgeht. Ein beneidenswertes Schweigen, aber merken die Herren Sipjagin nicht, daß diese Stille der Ruhe vor dem Sturm außerordentlich ähnlich ist?

Die Staatsordnung, die seit jeher auf der passiven Unterstützung der Millionen von Bauern beruhte, hat die Bauern in eine solche Lage gebracht, daß sie jahraus, jahrein nicht mehr imstande sind, sich zu ernähren.

Dieser *soziale* Bankrott der Monarchie der Herren Obmanow ist nicht weniger aufschlußreich als ihr *politischer* Bankrott.

Wann wird nun unser betrügerischer Bankrotteur die Geschäfte liquidieren müssen? Wird er noch lange so in den Tag hinein leben können, indem er die Löcher in seinem politischen und finanziellen Budget mit der Haut vom lebendigen Leib des Volkes flickt? Von vielen Umständen wird es abhängen, ob die Geschichte unserm Bankrotteur eine größere oder kleinere Fristverlängerung gewährt, aber einer der wichtigsten Umstände wird der Grad der revolutionären Aktivität sein, welche die Menschen an den Tag legen, die den völligen Bankrott des gegenwärtigen Regimes erkannt haben. Seine Zersetzung ist sehr weit vorgeschritten, sie hat bei weitem die *politische Mobilisierung* jener gesellschaftlichen Elemente überholt, die seine Totengräber sein müssen. Diese politische Mobilisierung wird am sichersten durch die revolutionäre Sozialdemokratie erfolgen, die einzig und allein imstande ist, der Selbstherrschaft den Todesstoß zu versetzen. Der neue Zusammenstoß zwischen Studenten und Regierung gibt uns allen die Möglichkeit und erlegt uns die Pflicht auf, diese Mobilisierung aller der Selbstherrschaft feindlich gesinnten gesellschaftlichen Kräfte zu beschleunigen. Im politischen Leben werden Monate der Kriegszeit von der Geschichte als Jahre gezählt. Die Zeit aber, in der wir leben, ist tatsächlich eine Kriegszeit.

„Iskra“ Nr. 17,
15. Februar 1902.

Nach dem Text der „Iskra“.

AUS DEM WIRTSCHAFTSLEBEN RUSSLANDS

Unter diesem Gesamttitel beabsichtigen wir, von Zeit zu Zeit, je nach dem Anfall des Stoffes, Artikel und Notizen zu veröffentlichen, die alle Seiten des wirtschaftlichen Lebens und der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands vom marxistischen Standpunkt aus beleuchten. Jetzt, nachdem die „Iskra“²⁷ zweimal monatlich erscheint, macht sich das Fehlen einer solchen Rubrik besonders stark fühlbar. Wir müssen dabei aber die ernste Aufmerksamkeit aller Genossen und aller mit unseren Druckschriften Sympathisierenden darauf lenken, daß diese Rubrik (wenn man sie auch nur einigermaßen regelmäßig bringen will) besonders reichhaltiges Material erfordert, daß unsere Redaktion sich indes in dieser Hinsicht in außerordentlich ungünstigen Umständen befindet. Der legale Publizist kann sich gar nicht vorstellen, an welchen — manchmal höchst primitiven — Hindernissen die Absichten und Bestrebungen eines „illegalen“ Publizisten scheitern. Vergesse doch nicht, Herrschaften, daß wir uns nicht in die kaiserliche öffentliche Bibliothek setzen können, wo dem Journalisten Dutzende und Hunderte von Fachblättern und Lokalzeitungen zur Verfügung stehen. Der Stoff aber für einen Wirtschaftsteil, der einer „Zeitung“ auch nur einigermaßen entspricht, d. h. für einen auch nur einigermaßen lebendigen, aktuellen Wirtschaftsteil, der den Leser wie den Publizisten interessieren könnte — dieser Stoff ist gerade in den kleinen Lokalzeitungen und Fachblättern verstreut, von denen die meisten entweder wegen ihres Preises unerschwinglich sind oder überhaupt nicht in den Handel gelangen (Regierungs- und Semstwoblätter, medizinische Zeitschriften usw.). Deshalb ist eine einigermaßen richtige Gestaltung des Wirtschaftsteils *einzig und allein* unter der Bedingung möglich, daß *alle* Leser der illegalen

Zeitung nach der Regel handeln: „Gibt jeder einen Faden, hat der Nackte ein Hemd.“ Und jede falsche Scham überwindend, muß die Redaktion der „Iskra“ bekennen, daß sie in dieser Hinsicht fast ganz nackt dasteht. Wir sind überzeugt, daß die Masse unserer Leser die Möglichkeit hat, die verschiedensten Fach- und Lokalblätter „zu eigenem Gebrauch“ zu verfolgen, und das auch tut. Nur wenn sich *jeder* dieser Leser *jedesmal*, sobald er auf interessantes Material stößt, die Frage stellt: Ist wohl dieses Material auch in der Redaktion *unserer* Zeitung vorhanden? was habe ich getan, um ihr dieses Material zur Kenntnis zu bringen? — nur dann werden wir erreichen, daß alle hervorstechenden Erscheinungen im wirtschaftlichen Leben Rußlands nicht nur vom Standpunkt der offiziellen neuzeitlerischen²⁸ und Witteschen Lobhudelei bewertet werden, nicht nur zum Zwecke der traditionellen liberal-volkstümlerischen Flennerei, sondern auch vom Standpunkt der revolutionären Sozialdemokratie.

Nun aber, nach dieser unliberalen Flennerei, wollen wir zur Sache selbst übergehen.

1. DIE SPARKASSEN

Die Sparkassen sind in letzter Zeit einer der beliebtesten Anlässe zur Lobhudelei. Nur bedient sich dieses Anlasses nicht allein die Wittesche, sondern auch die „kritische“ Lobhudelei. Die David und Hertz, die Tschernow und Bulgakow, die Prokopowitsch und Totomianz, kurzum, alle Anhänger der zur Mode gewordenen „Kritik des Marxismus“ (gar nicht zu sprechen von den würdigen Professoren, den Kablukow und Karyschew) schreien in allen Tonarten und Stimmlagen: „Da spintisieren diese Orthodoxen von der Konzentration des Kapitals! Dabei zeigen uns allein schon die Sparkassen eine Dezentralisation des Kapitals. Da spintisieren sie von einer Zunahme des Elends! In Wirklichkeit aber sehen wir eine Zunahme der kleinen Volksparsnisse.“

Nehmen wir die uns von einem guten Menschen zugesandten amtlichen Angaben über die russischen Sparkassen im Jahre 1899 und sehen wir sie uns näher an. Es gab in Rußland 1899 insgesamt 4781 staatliche Sparkassen, darunter 3718 Post- und Telegrafens- und 84 Betriebssparkassen. Innerhalb von fünf Jahren (1895—1899) wuchs die Zahl der Kassen um 1189, d. h. um ein Drittel. Die Zahl der Sparer stieg während

dieser Zeit von 1 664 000 auf 3 145 000, d. h. um beinahe anderthalb Millionen (um 89%); die Summe der Geldeinlagen stieg von 330 Millionen Rubel auf 608 Millionen Rubel, d. h. um 278 Millionen Rubel oder um 84%. Demnach also ein riesenhaftes Anwachsen der „Volksersparnisse“?

Aber folgender Umstand springt dabei ins Auge. Aus der Literatur über die Sparkassen ist bekannt, daß in den achtziger Jahren und zu Beginn der neunziger Jahre das Anwachsen der Spareinlagen *am raschesten* in den *Hungerjahren* 1891 und 1892 vor sich ging. Das einerseits. Andererseits aber wissen wir, daß in dieser ganzen Periode überhaupt, in den achtziger und neunziger Jahren zusammengenommen, neben dem Anwachsen der „Volksersparnisse“ ein erstaunlich rascher und akuter Prozeß der Verelendung, des Ruins und des Hungerns der Bauernschaft vor sich ging. Um zu verstehen, wie diese widerspruchsvollen Erscheinungen nebeneinander bestehen können, braucht man sich nur in Erinnerung zu rufen, daß die Haupteigentümlichkeit des wirtschaftlichen Lebens Rußlands in dieser Periode das *Wachstum der Geldwirtschaft* ist. Die Zunahme der Sparkasseneinlagen bedeutet an und für sich keineswegs ein Anwachsen der „Volks“ersparnisse schlechthin, sondern nur ein Anwachsen (manchmal sogar nur einen Zustrom in die zentralen Institutionen) der *Geld*„ersparnisse“. In der Bauernschaft z. B. ist beim Übergang von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft eine *Zunahme* der Geldersparnisse bei gleichzeitiger *Verringerung* des Gesamtbetrages der „Volks“ersparnisse durchaus möglich. Der Bauer alten Schlages bewahrte seine Ersparnisse im Strumpf auf, wenn es Geldersparnisse waren; zum größeren Teil aber bestanden diese Ersparnisse in Getreide, Futter, Leinwand, Holz und ähnlichen „Naturalien“. Jetzt besitzt der verelendete und verelendende Bauer weder Natural- noch Geldersparnisse, während sich bei der verschwindenden Minderheit reich werdender Bauern Geldersparnisse anhäufen und in die Staatssparkassen zu strömen beginnen. So ist es durchaus erklärlich, daß zugleich mit dem Anwachsen der Hungersnöte ein Anwachsen der Spareinlagen vor sich geht, was nicht eine Zunahme des Volkswohlstands bedeutet, sondern die Verdrängung des alten selbständigen Bauern durch die neue Dorfbourgeoisie, d. h. durch wohlhabende Bauern, die nicht wirtschaften können, ohne Knechte oder Tagelöhner zu dingen.

Eine interessante indirekte Bestätigung des Gesagten sind die Angaben über die Verteilung der Sparer nach ihren Berufen. Diese Angaben beziehen sich auf die Besitzer von fast 3 Millionen (2942000) Sparkassenbüchern mit einem Gesamtguthaben von 545 Millionen Rubel. Das durchschnittliche Guthaben beläuft sich somit auf 185 Rubel — wie man sieht, eine Summe, die deutlich zeigt, daß unter den Sparern jene, eine winzige Minderheit des russischen Volkes ausmachenden „Glückspilze“ überwiegen, die Familienvermögen oder wohl erworbenes Eigentum besitzen. Die größten Sparer sind die *Geistlichen*: 46 Millionen Rubel und 137 000 Sparkassenbücher, d. h. 333 Rubel pro Buch. Die Sorge für das Seelenheil der Gemeinde ist demnach kein unvorteilhaftes Geschäft... Dann folgen die *Grundeigentümer*: 9 Millionen Rubel und 36 000 Sparkassenbücher, d. h. 268 Rubel pro Buch; weiter die *Händler*: 59 Millionen Rubel und 268 000 Sparkassenbücher, d. h. 222 Rubel pro Buch; sodann die Offiziere mit 219 Rubel und die Zivilbeamten mit 202 Rubel pro Buch. Erst an sechster Stelle stehen „Ackerbau und ländliche Gewerbe“: 640 000 Sparkassenbücher mit insgesamt 126 Millionen Rubel, d. h. 197 Rubel pro Buch; schließlich folgen „Privatangestellte“ mit 196 Rubel, „sonstige Berufe“ mit 186 Rubel, städtische Gewerbetreibende mit 159 Rubel, „Dienstboten“ mit 143 Rubel, *Arbeiter in Fabriken und Werken* — mit 136 Rubel und an letzter Stelle „Soldaten und Unteroffiziere“ mit 86 Rubel pro Sparkassenbuch.

Die Fabrikarbeiter nehmen also (abgesehen von den Soldaten, die von der Staatskasse unterhalten werden) nach dem Umfang ihrer Ersparnisse eigentlich den *letzten* Platz ein! Sogar die Dienstboten haben im Durchschnitt mehr Ersparnisse (143 gegen 136 Rubel pro Sparkassenbuch) und stellen eine viel höhere Anzahl von Sparern. Und zwar haben die Dienstboten 333 000 Sparkassenbücher mit einem Gesamtbetrag von 48 Millionen Rubel, die Fabrikarbeiter dagegen nur 157 000 Sparkassenbücher mit insgesamt 21 Millionen Rubel aufzuweisen. Das Proletariat, das alle Reichtümer unserer Aristokratie und unserer Kapitalmagnaten erzeugt, lebt in schlechteren Verhältnissen als deren persönliche Dienerschaft! Von der Gesamtzahl der russischen Fabrikarbeiter (nicht weniger als zwei Millionen Menschen) hat nur ungefähr *ein Sechstel* die Möglichkeit, Einlagen bei den Sparkassen, wenn auch verschwindend geringe, zu machen — und das, obgleich das ganze Einkommen der Arbeiter aus-

schließlich aus Geld besteht und sie oft eine Familie auf dem Lande zu unterhalten haben, so daß ihre Spareinlagen meist gar keine „Ersparnisse“ im eigentlichen Sinne sind, sondern einfach Summen, die bis zur nächsten Geldsendung nach Hause usw. *zurückgelegt* werden. Wir sehen schon ganz davon ab, daß unter die Rubrik „Arbeiter in Fabriken und Werken“ wahrscheinlich auch Kontoristen, Werkmeister und Aufseher, mit einem Wort, gar keine wirklichen Arbeiter, geraten sind.

Was die Bauernschaft betrifft, so erweist sich, wie wir gesehen haben — wenn man annimmt, daß sie hauptsächlich von der Rubrik „Ackerbau und ländliche Gewerbe“ erfaßt wird —, daß der Durchschnitt ihrer Ersparnisse höher ist als selbst jener der Privatangestellten und daß er die Durchschnittsersparnisse der „städtischen Gewerbetreibenden“ (d. h. wahrscheinlich der kleinen Ladenbesitzer, der Handwerker, der Hausmeister usw.) bedeutend übertrifft. Augenscheinlich gehören diese 640000 Bauern (von der Gesamtzahl der ungefähr zehn Millionen Höfe oder Familien) mit 126 Millionen Rubel Sparguthaben ausschließlich zur *bäuerlichen Bourgeoisie*. Nur auf diese und vielleicht noch auf die ihnen am nächsten stehenden Bauern beziehen sich auch jene Angaben über den Fortschritt der Landwirtschaft, über die Verbreitung der Maschinen, über die Hebung der Bodenkultur und der Lebenshaltung usw. — Angaben, welche die Herren Witte gegen die Sozialisten ins Feld führen, um „die Zunahme des Volkswohlstands“ zu beweisen, und die Herren Liberalen (und „Kritiker“), um das „marxistische Dogma“ vom Untergang und Verfall der Kleinproduktion in der Landwirtschaft zu widerlegen. Diese Herren merken nicht (oder tun so, als merkten sie nicht), daß der Verfall des Kleinbetriebs gerade darin zum Ausdruck kommt, daß aus der Mitte der Kleinproduzenten eine verschwindend geringe Zahl von Leuten hervorgeht, die sich durch den Ruin der Masse bereichern.

Noch beachtenswerter sind die Angaben über die Verteilung der Gesamtzahl der Sparer nach der Höhe ihrer Guthaben. In runden Zahlen stellt sich diese Verteilung wie folgt dar: von den drei Millionen Sparern hat eine Million Guthaben *unter 25 Rubel*. Insgesamt besitzen sie 7 Millionen Rubel (von 545 Millionen Rubel, d. h. nicht mehr als 12 Kopeken von je 10 Rubel der gesamten Guthaben!). Der Durchschnitt ihrer Einlagen beträgt *sieben Rubel*. Das bedeutet, daß die wirklich kleinen Sparer,

die ein Drittel der Gesamtzahl ausmachen, nur über $\frac{1}{33}$ aller Guthaben verfügen. Weiter machen die Sparer, die 25 bis 100 Rubel besitzen, ein Fünftel der Gesamtzahl aus (600000) und verfügen im ganzen über 36 Millionen Rubel oder im Durchschnitt über je 55 Rubel. Vereint man diese beiden Kategorien, so ergibt sich, daß über die Hälfte der Sparer (1,6 von 3 Millionen) nur 42 Millionen Rubel von insgesamt 545 Millionen, d. h. $\frac{1}{12}$ besitzt. Von den übrigen, den wohlhabenden Sparern, besitzt eine Million 100 bis 500 Rubel — insgesamt entfallen auf sie 209 Millionen Rubel oder auf jeden Sparer 223 Rubel. 400000 Sparer besitzen je über 500 Rubel; die Gesamtsumme ihrer Guthaben beträgt 293 Millionen Rubel — 762 Rubel pro Sparer. Folglich besitzen diese augenscheinlich schon reichen Leute, die weniger als $\frac{1}{7}$ aller Sparer ausmachen, mehr als die Hälfte (54%) des gesamten Kapitals.

Somit macht sich die *Konzentration des Kapitals* in der modernen Gesellschaft und die Verelendung der Masse der Bevölkerung äußerst stark sogar in einer solchen Einrichtung bemerkbar, die eigens auf den „kleinen Mann“, auf die minderbemittelte Bevölkerung zugeschnitten wurde, denn die Höchstgrenze der Guthaben ist gesetzlich auf 1000 Rubel festgesetzt. Und es sei vermerkt, daß diese jeder kapitalistischen Gesellschaft eigene Konzentration des Vermögens in den fortgeschrittenen Ländern noch stärker ist, trotz der dort größeren „Demokratisierung“ der Sparkassen. So gab es in Frankreich am 31. Dezember 1899 in den Sparkassen 10,5 Millionen Guthaben mit einem Gesamtbetrag von 4337 Millionen Franken (ein Frank ist etwas weniger als vierzig Kopeken). Im Durchschnitt ergibt das auf ein Guthaben 412 Franken oder rund 160 Rubel, d. h. weniger als das Durchschnittsguthaben in den russischen Sparkassen. Die Zahl der kleinen Sparer ist in Frankreich ebenfalls verhältnismäßig größer als in Rußland: fast ein Drittel der Sparer ($3\frac{1}{3}$ Millionen) besitzt Guthaben unter 20 Franken (8 Rubel), im Durchschnitt 13 Franken (5 Rubel). Diese Sparer verfügen insgesamt nur über 35 Millionen Franken von insgesamt 4337 Millionen, d. h. $\frac{1}{125}$. Die Sparer, die unter 100 Franken besitzen, machen etwas mehr als die Hälfte der Gesamtzahl aus (5,3 Millionen), ihre sämtlichen Guthaben aber belaufen sich auf 143 Millionen Franken, d. h. $\frac{1}{33}$ aller Guthaben. Dagegen konzentrieren die Sparer, die 1000 und mehr Franken (400 und mehr Rubel) besitzen und die weniger als ein Fünftel (18,5%) aller Sparer ausmachen, über zwei Drittel (68,7%) der

Gesamtsumme der Guthaben, nämlich 2979 von 4337 Millionen Franken, in ihren Händen.

Somit hat der Leser jetzt einige Unterlagen, die ihm erlauben, die Argumente unserer „Kritiker“ zu beurteilen. Ein und dieselbe Tatsache — das gewaltige Anwachsen der Sparkasseneinlagen und die Zunahme insbesondere der kleinen Sparer — wird verschieden gedeutet. Der „Kritiker des Marxismus“ sagt: Der Volkswohlstand wächst, die Dezentralisation des Kapitals nimmt zu. Der Sozialist sagt: Es erfolgt eine Umwandlung der „Natural“ersparnisse in Geldersparnisse, es wächst die Zahl der wohlhabenden Bauern, die zur Bourgeoisie werden und ihre Ersparnisse in Kapital verwandeln. Noch unvergleichlich rascher wächst die Zahl der Bauern, die ins Proletariat hinabgestoßen werden, das vom Verkauf seiner Arbeitskraft lebt und (wenn auch nur vorübergehend) Bruchteile seiner winzigen Einnahmen auf die Sparkasse trägt. Die große Zahl der kleinen Sparer ist gerade ein Beweis für die große Zahl der Armen in der kapitalistischen Gesellschaft, denn der Anteil dieser kleinen Sparer an der Gesamtsumme der Guthaben ist verschwindend gering.

Es fragt sich, wodurch unterscheidet sich der „Kritiker“ vom allergewöhnlichsten Bourgeois?

Gehen wir weiter. Prüfen wir, zu welchen Zwecken und in welcher Weise die Kapitalien der Sparkassen verwandt werden. In Rußland stärken diese Kapitalien vor allem die Macht des polizeilich-bürgerlichen Militärstaates. Die Zarenregierung wirtschaftet (worauf wir schon im Leitartikel in Nr. 15 der „Iskra“* hingewiesen haben) mit diesen Kapitalien ebenso unkontrolliert wie mit dem gesamten übrigen Volksvermögen, das in ihre Hände gerät. Sie „borgt“ von diesen Kapitalien seelenruhig Hunderte Millionen für die Bezahlung ihrer chinesischen Expeditionen, für Liebesgaben an die Kapitalisten und Grundeigentümer, für die Neubewaffnung des Heeres, für den Flottenbau usw. So waren z. B. 1899 von den 679 Millionen Rubel Gesamtguthaben in den Sparkassen 613 Millionen Rubel in Wertpapieren angelegt, und zwar 230 Millionen in *Staatsanleihen*, 215 Millionen in Pfandbriefen der Bodenbanken und 168 Millionen in Eisenbahnanleihen.

Die Staatskasse macht ein sehr vorteilhaftes „Geschäft“: erstens deckt sie alle Ausgaben für die Sparkassen und erhält einen Reingewinn (der

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 338–344. *Die Red.*

bisher als Reservekapital der Sparkassen zurückgelegt wurde); zweitens zwingt sie die Sparer, die Fehlbeträge unseres Staatshaushalts zu decken (zwingt sie, der Staatskasse Geld zu leihen). Im Jahresdurchschnitt betragen von 1894 bis 1899 die Geldeinzahlungen in die Sparkassen 250 Millionen Rubel, die Auszahlungen 200 Millionen Rubel. Das ergibt *fünfzig Millionen* im Jahr, um mit Hilfe von Anleihen die Löcher im Säckel der Staatskasse zu stopfen, die nur von dem nicht geplündert wird, der zu faul dazu ist. Weshalb sich also fürchten vor einem Defizit infolge der Verschleuderung des Geldes für Kriege und für Liebesgaben an die Hofkamarilla, die Gutsbesitzer und Fabrikanten! Läßt sich doch aus den „Volksersparnissen“ stets ein hübsches Sümmchen decken!

Nebenbei bemerkt macht die Staatskasse das vorteilhafte Geschäft nicht zuletzt deshalb, weil sie den Zinssatz für die Guthaben ständig herabsetzt und weil dieser Zinssatz unter dem der Wertpapiere steht. So betrug 1894 der Zinssatz für Sparguthaben 4,12%, für Wertpapiere 4,34%; 1899 waren es 3,92 und 4,02%. Das Sinken des Zinssatzes ist bekanntlich eine Erscheinung, die allen kapitalistischen Ländern eigen ist und am anschaulichsten und deutlichsten das Anwachsen des Großkapitals und des *Großbetriebs auf Kosten des Kleinbetriebs* beweist, denn die Höhe des Zinssatzes wird letzten Endes bestimmt durch das Verhältnis zwischen der Gesamtsumme des Gewinns und der Gesamtsumme des in der Produktion angelegten Kapitals. Ebenso wenig darf mit Schweigen übergangen werden, daß die Staatskasse die Arbeit der Post- und Telegrafbeamten immer stärker ausbeutet. Früher verrichteten sie nur den Postdienst, dann kam der Telegrafendienst dazu, jetzt bürdet man ihnen auch noch die Ein- und Auszahlung der Spargelder auf (denken wir daran, daß von 4781 Sparkassen 3718 Post- und Telegrafensparkassen sind). Für die Masse der kleinen Post- und Telegrafbeamten bedeutet das eine ungeheure Vermehrung der Arbeitslast und eine Verlängerung des Arbeitstages. Was indes ihre Gehälter anbelangt, so knausert die Staatskasse wie der geizigste Kulak: den Beamten der niedrigsten Kategorien werden in der ersten Zeit ihres Dienstes buchstäblich *Hungergehälter* gezahlt; dann folgt eine endlose Abstufung mit Zulagen von fünf und zwanzig und fünfzig Kopeken, wobei die Aussicht auf eine Bettelpension nach vierzig, fünfzig Jahren Tretmühle dieses wahrhafte „Beamtenproletariat“ noch mehr knechten soll.

Aber kehren wir zurück zur Verwendung der Sparkassenkapitalien. Wir haben gesehen, daß (auf Geheiß der russischen Regierung) von den Kassen 215 Millionen Rubel in Pfandbriefen der Bodenbanken und 168 Millionen Rubel in Eisenbahnanleihen angelegt wurden. Diese Tatsache bot den Anlaß zu einer weiteren, in letzter Zeit sehr verbreiteten Offenbarung des bürgerlichen... ich wollte sagen „kritischen“ Scharfsinns. Im Grunde — halten uns die Bernstein, Hertz, Tschernow, Bulgakow und ihresgleichen vor — bedeutet diese Tatsache, daß die Inhaber von kleinen Sparguthaben zu *Eigentümern der Eisenbahnen, zu Besitzern der Bodenhypotheken* werden. In Wirklichkeit, ereifern sie sich, werden selbst so rein kapitalistische und riesenhafte Unternehmungen wie die Eisenbahnen und die Banken immer mehr dezentralisiert und zersplittert, sie gehen in die Hände der Kleineigentümer über, die Aktien, Obligationen, Pfandbriefe usw. kaufen, in Wirklichkeit wächst die Zahl der Besitzenden, die Zahl der Eigentümer — während diese engstirnigen Marxisten immer noch mit der veralteten Konzentrations- und Verelendungstheorie hausieren gehen. Wenn z. B. die russischen Fabrikarbeiter, der Statistik zufolge, 157 000 Sparkassenbücher auf einen Gesamtbetrag von 21 Millionen Rubel besitzen, so sind etwa 5 Millionen Rubel von dieser Summe in Eisenbahnanleihen angelegt und etwa 8 Millionen Rubel in Pfandbriefen der Bodenbanken. Das bedeutet also, daß die russischen Fabrikarbeiter für volle fünf Millionen Rubel Eigentümer der Eisenbahnen sind und für volle acht Millionen Rubel Grundbesitzer. Da rede noch einer von Proletariat! Die Arbeiter beuten also die Grundbesitzer aus, denn in Gestalt der Hypothekenzinsen erhalten sie ja einen kleinen Teil der Rente, d. h. einen kleinen Teil des Mehrwerts.

Ja, genauso ist der Gedankengang der neuesten Kritiker des Marxismus... Und, wißt ihr was? — ich bin sogar bereit, mich mit der weitverbreiteten Meinung einverstanden zu erklären, daß man die „Kritik“ begrüßen müsse, weil sie in eine angeblich abgestandene Lehre Bewegung hineingebracht habe — ich bin dazu unter folgender Bedingung bereit. Die französischen Sozialisten übten seinerzeit ihre propagandistischen und agitatorischen Fähigkeiten an der Zergliederung der Sophismen Bastiats, die deutschen an der Entwirrung der Sophismen Schulze-Delitzschs²⁹; uns Russen ist offenbar *vorläufig* nur die Gesellschaft der „Kritiker“ zuteil geworden. Ich bin also bereit zu rufen: „Es lebe die Kritik!“ — unter der

Bedingung, daß wir Sozialisten die Zergliederung aller bürgerlichen Sophismen der zur Mode gewordenen „Kritik“ *möglichst weitgehend* in unsere Propaganda und unsere *Massenagitation* hineinbringen. Seid ihr einverstanden mit dieser Bedingung? — also abgemacht! Nebenbei bemerkt schweigt sich unsere Bourgeoisie immer mehr aus, sie zieht die Verteidigung durch die zaristischen Erzengel* der Verteidigung durch die bürgerlichen Theoretiker vor, und es wird für uns sehr bequem sein, die „Kritiker“ als „Anwälte des Teufels“ zu behandeln.

Durch die Sparkassen werden immer mehr Arbeiter und Kleinproduzenten zu Teilhabern von Großunternehmen. Das ist eine unbestrittene Tatsache. Doch diese Tatsache beweist nicht, daß die Zahl der Eigentümer wächst, sondern 1., daß die Vergesellschaftung der Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft zunimmt und 2., daß die Unterordnung des Kleinbetriebs unter den Großbetrieb wächst. Man nehme den unbemittelten russischen Sparer. Wie wir gesehen haben, machen die Sparer mit Beträgen bis 100 Rubel über die Hälfte aller Sparer aus, und zwar sind es 1 618 000 mit einem Kapital von 42 Millionen Rubel, d. h., es kommen 26 Rubel auf jeden Sparer. Dieser Sparer „besitzt“ also für etwa 6 Rubel Eisenbahnen und für etwa 9 Rubel „Grundeigentum“. Wird er dadurch zu einem „Besitzenden“ oder „Eigentümer“? Nein, er bleibt ein Proletarier, der gezwungen ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen, d. h. zu den Eigentümern der Produktionsmittel in Knechtschaft zu gehen. Seine „Beteiligung“ aber am „Eisenbahn- und Bank“geschäft beweist nur, daß der Kapitalismus die einzelnen Glieder der Gesellschaft und die einzelnen Klassen immer enger miteinander verflcht. Die gegenseitige Abhängigkeit der einzelnen Produzenten war in der patriarchalischen Wirtschaft verschwindend gering; jetzt wird sie immer größer. Die Arbeit wird immer mehr vergesellschaftet, die Unternehmen werden immer weniger „privat“, bleiben dabei aber *fast vollständig* in der Hand von Privatpersonen.

Durch seine Beteiligung an einem Großunternehmen wird der kleine Sparer zweifellos mit diesem Unternehmen *verflochten*. Wer zieht nun Nutzen aus dieser Verflechtung? Das Großkapital, das seine Operationen ausdehnt, das dem kleinen Sparer nicht mehr (häufig sogar weniger) als jedem beliebigen anderen Gläubiger zahlt und das *um so unabhängiger* vom kleinen Sparer ist, je *kleiner* und zersplitterter diese Sparer sind.

* Erzengel — Spitzname der Gendarmen. *Der Übers.*

Wir haben gesehen, daß der Anteil der kleinen Sparer selbst am Sparkassenkapital äußerst gering ist. Wie winzig klein ist erst ihr Anteil an dem Kapital der Eisenbahn- und Bankmagnaten! Indem der kleine Sparer diesen Magnaten seine Groschen anvertraut, gerät er in eine *neue Abhängigkeit* vom Großkapital. Er kann natürlich nicht im Traum daran denken, über dieses Großkapital zu verfügen, und sein „Profit“ ist lächerlich gering (26 Rubel zu 4% = 1 Rubel im Jahr!). Dafür verliert er aber im Falle eines Zusammenbruchs auch die letzten armseligen Groschen. Nicht eine Zersplitterung des Großkapitals bedeutet diese Fülle kleiner Sparer, sondern eine *Stärkung der Macht* des Großkapitals, das selbst die kleinsten Krümen der „Volks“ersparnisse zur freien Verfügung erhält. Durch seine Beteiligung am Großunternehmen wird der kleine Sparer nicht selbständiger, nein, er wird *noch abhängiger* vom Großunternehmer.

Nicht die beruhigende philisterhafte Schlußfolgerung, daß die Zahl der Besitzenden zunimmt, ergibt sich also aus der wachsenden Zahl der kleinen Sparer, sondern die revolutionäre Schlußfolgerung, daß die Abhängigkeit der kleinen Sparer von den großen sich verstärkt, daß der Widerspruch zwischen dem immer mehr vergesellschafteten Charakter der Betriebe und der Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln sich immer mehr verschärft. Je mehr sich die Sparkassen entwickeln, desto größer wird das Interesse der kleinen Sparer am sozialistischen Sieg des Proletariats, der allein sie nicht zu vermeintlichen, sondern zu wahren „Teilhabern“ und Sachwaltern des gesellschaftlichen Reichtums machen wird.

„Iskra“ Nr. 17,
15. Februar 1902.

Nach dem Text der „Iskra“.

BERICHT DER „ISKRA“-REDAKTION
FÜR DIE BERATUNG (KONFERENZ) DER KOMITEES
DER SDAPR³⁰

5. März 1902

Genossen! Erst vorgestern erhielten wir die Mitteilung von der Einberufung einer Beratung zum 21. März zusammen mit der völlig unerwarteten Nachricht, daß der ursprüngliche Plan, eine Konferenz abzuhalten, ersetzt worden ist durch den Plan, einen Parteitag abzuhalten. Von wem dieser plötzliche und unbegründete neue Beschluß ausgeht, wissen wir nicht. Wir finden ihn äußerst unglücklich, wir verwahren uns dagegen, daß Beschlüsse über außergewöhnlich komplizierte und für die Partei wichtige Fragen derart rasch abgeändert werden, und wir raten entschieden, zu dem ursprünglichen Plan der Abhaltung einer Konferenz zurückzukehren.

Um zu erkennen, daß das notwendig ist, genügt es unseres Erachtens, sich die Tagesordnung* des Parteitags aufmerksam anzusehen, die uns ebenfalls erst vorgestern mitgeteilt worden ist, wobei wir nicht wissen, ob das nur ein Entwurf ist, der von einer Organisation oder von mehreren Organisationen vorgeschlagen wird. Die Tagesordnung enthält neun Punkte, über die der Parteitag beraten soll, und zwar in folgender Reihenfolge (ich lege den Inhalt der Fragen gekürzt dar): A) der wirtschaftliche Kampf; B) der politische Kampf; C) die politische Agitation; D) der 1. Mai; E) das Verhältnis zu den oppositionellen Elementen; F) das Verhältnis zu den revolutionären Gruppen, die der Partei nicht angehören; G) die Organisation der Partei; H) das Zentralorgan und I) die Auslandsvertretung und die ausländischen Parteiorganisationen.

* „Tagesordnung“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Erstens macht diese Tagesordnung durch ihre Architektonik und die Redaktion der einzelnen Fragen unabweisbar den Eindruck des „Ökonomismus“. Wir nehmen natürlich nicht an, daß die Organisation, die diese Tagesordnung vorschlägt, auch heute noch „ökonomistischen“ Anschauungen huldigt (obgleich auch das *bis zu einem gewissen Grade* nicht ganz ausgeschlossen ist), aber wir bitten die Genossen, nicht zu vergessen, daß man auch mit der öffentlichen Meinung der internationalen revolutionären Sozialdemokratie und mit den bei uns noch verbreiteten Überresten des „Ökonomismus“ rechnen muß. Man überlegenur: Die fortgeschrittene Partei des politischen Kampfes beruft einen Parteitag ein im Augenblick der höchsten Anspannung aller revolutionären und oppositionellen Kräfte des Landes, die zum offenen Angriff auf die Selbstherrschaft übergegangen sind – und plötzlich stellen wir an die Spitze der Tagesordnung den „wirtschaftlichen Kampf“, dem erst dann die „Politik“ folgt!! Ist das nicht ein Abklatsch des traditionellen Irrtums unserer Ökonomen, daß die politische Agitation (resp. der politische Kampf) der ökonomischen folgen müsse? Kann man sich denn vorstellen, daß es irgendeiner europäischen sozialdemokratischen Partei in einem revolutionären Augenblick einfallen würde, an die Spitze aller Fragen die Gewerkschaftsbewegung zu stellen? Oder man nehme die Trennung der politischen Agitation vom politischen Kampf! Schimmert da nicht der übliche Irrtum durch, die politische Agitation dem politischen Kampf als etwas grundsätzlich Verschiedenes, als etwas einem anderen Stadium Angehörendes entgegenzustellen? Oder schließlich, wie soll man es erklären, daß in der Tagesordnung Demonstrationen *vor allem als Mittel des wirtschaftlichen Kampfes* figurieren!?? Man darf doch wahrhaftig nicht vergessen, daß heute *viele* der Sozialdemokratie fremd gegenüberstehende Elemente die gesamte Sozialdemokratie des „Ökonomismus“ bezichtigen; diesen Vorwurf erheben „Nakanune“³¹, „Westnik Russkoi Revoluzii“ und „Swoboda“ [Freiheit]*, diesen Vorwurf erhebt sogar (sogar!) das „Russkoje Bogatstwo“. Man darf nicht vergessen, daß, wie die Resolutionen der Konferenz auch ausfallen mögen, schon allein die Tagesordnung ein geschichtliches Dokument bleibt, auf Grund dessen man den Reifegrad der politischen Entwicklung unserer ganzen Partei beurteilen wird.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 278/279. Die Red.

Zweitens erregt die Tagesordnung dadurch Erstaunen, daß sie (wenige Tage vor dem Parteitag!) Fragen aufrollt, die man erst nach gründlicher Vorbereitung, erst wenn es möglich ist, wirklich eindeutige, wirklich verständliche Beschlüsse zu fassen, erörtern sollte — sonst wäre es besser, sie vorläufig überhaupt nicht zu erörtern. Zum Beispiel die Punkte E und F: das Verhältnis zu den oppositionellen und zu den sonstigen revolutionären Richtungen. Man soll diese Fragen vorher gründlich besprechen, Referate über sie ausarbeiten, den Unterschied zwischen den vorhandenen Schattierungen klären — und erst dann Resolutionen fassen, die tatsächlich etwas Neues bieten, der ganzen Partei als wirklicher *Leitfaden* dienen und nicht nur einen traditionellen „Gemeinplatz“ wiederholen würden. Man überlege im Ernst: können wir innerhalb weniger Tage einen ausführlichen, wohlbegründeten und allen praktischen Erfordernissen der Bewegung Rechnung tragenden Beschluß über das Verhältnis zu der „revolutionär-sozialistischen Gruppe ‚Swoboda‘“ oder zu der neu auf der Bildfläche erschienenen „Partei der Sozialrevolutionäre“ ausarbeiten? Wir sehen schon ganz davon ab, welchen zumindest merkwürdigen Eindruck es auf alle machen wird, wenn man revolutionäre Gruppen erwähnt, die der Partei nicht angehören, und zugleich eine so wichtige Frage wie das Verhältnis zum „Bund“ und die Änderung der von ihm handelnden Abschnitte in den Beschlüssen des ersten Parteitags mit Schweigen übergeht?

Drittens — und das ist die Hauptsache — weist die Tagesordnung eine unverzeihliche Lücke auf: über die *grundsätzliche Stellung* der heutigen revolutionären russischen Sozialdemokratie und ihr *Parteiprogramm* wird völlig mit Schweigen hinweggegangen. In einem Augenblick, wo die ganze Welt über die „Krise des Marxismus“ und die ganze russische liberale Publizistik sogar über seinen *Zerfall und sein Verschwinden* schreit, wo die Frage der „zwei Strömungen in der russischen Sozialdemokratie“ nicht nur aktuell geworden, sondern sogar schon in alle möglichen Programme für planmäßige Lektüre, in die Programme der Vorträge von Propagandisten und des Unterrichts in Selbstbildungszirkeln eingegangen ist — in einem solchen Augenblick ist es ganz unmöglich, über diese Fragen mit Schweigen hinwegzugehen. Unsere Gegner, Genossen, spotten ohnehin schon *in der Presse* über uns (siehe Nadeshdin: „Der Vorabend der Revolution“), daß wir gewohnt seien, „forsch zu rapportieren: alles in Ordnung!“...

All die erwähnten Mängel der Tagesordnung sind unseres Erachtens ein überzeugender Beweis dafür, daß der Plan, die bereits einberufene Konferenz in einen Parteitag umzuwandeln, nicht zweckmäßig ist. Wir verstehen selbstverständlich, wie schmerzlich es von allen empfunden wird, daß seit 1898 kein Parteitag mehr stattgefunden hat, wie verführerisch der Gedanke ist, die für die Organisierung der Konferenz aufgewandten Bemühungen auszunutzen, um diesem Dasein einer „Partei ohne Parteikörperschaften“ ein Ende zu setzen. Es wäre aber der größte Fehler, um dieser praktischen Erwägungen willen zu vergessen, daß jetzt alle von einem Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands Beschlüsse erwarten, die auf der Höhe *aller* revolutionären Aufgaben der Gegenwart stehen, daß wir, wenn wir *jetzt*, in einem so überaus kritischen Augenblick, versagen, alle Hoffnungen der Sozialdemokratie auf die Hegemonie im politischen Kampf begraben können, daß es besser wäre, die Aufwendung von ein paar Tausend Rubel und einigen Monaten vorbereitender Organisationsarbeit nicht zu scheuen und die jetzige Konferenz auszunutzen, um bis zum Sommer einen wirklich *allgemeinen* Parteitag vorzubereiten, der imstande ist, alle aktuellen Fragen sowohl der Theorie (den grundsätzlichen Teil des Programms) als auch des politischen Kampfes endgültig zu entscheiden.

Seht euch die Sozialrevolutionäre an, die unsere Mängel immer mehr und immer geschickter ausnutzen und zum Schaden der Sozialdemokratie vorwärtsmarschieren. Sie haben eben erst eine „Partei“ gegründet, ein *theoretisches* Organ geschaffen und beschlossen, eine *monatlich erscheinende* politische Zeitung ins Leben zu rufen. Was wird man von den Sozialdemokraten sagen, wenn sie *nach* diesem Ereignis auf ihrem Parteitag *nicht einmal solche* Ergebnisse erzielen? Müssen wir nicht gewärtigen, den Eindruck zu erwecken, daß die Sozialdemokraten hinsichtlich eines klar umrissenen Programms und einer revolutionären Organisation nicht weiter sind als diese „Partei“, die notorisch alle möglichen zweifelhaften, unbestimmten und sogar unbestimmbaren Elemente um sich scharf?

Angesichts all dessen glauben wir, daß die jetzige Tagung der Komiteevertreter nicht als zweiter ordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, sondern als *interne Konferenz* erklärt werden muß und daß die *wichtigste und unmittelbare Aufgabe* dieser Konferenz darin zu bestehen hat, bis zum Sommer einen wirklich *allge-*

meinen Parteitag zu organisieren und vorzubereiten, einen Parteitag, der in stände wäre, sowohl das Parteiprogramm zu bestätigen als auch die Herausgabe eines wöchentlich erscheinenden politischen Presseorgans der Partei endgültig zu regeln und überhaupt die vollständige und tatsächliche Vereinigung aller Komitees und sogar aller Gruppen (der Druckereigruppen usw.) der Sozialdemokraten auf dem Boden der Prinzipienfestigkeit, der Treue zu den Grundsätzen der revolutionären Sozialdemokratie und der wirklichen Kampfbereitschaft zu *offensiven* politischen Aktionen zu erzielen.

Von diesem Grundgedanken ausgehend, erlauben wir uns, dem Urteil der Genossen folgende Tagesordnung für unsere Konferenz zu unterbreiten:

1. *Prinzipielle Resolution.* In dieser Resolution muß man sich mit aller Entschiedenheit gegen jene betrüblichen Versuche der Einengung unserer Theorie und unserer Aufgaben wenden, die in der jüngsten Vergangenheit oft genug gemacht worden sind. Die Parteikonferenz wird, wenn sie jede solche Einengung kategorisch ablehnt, einen wichtigen Schritt zur grundsätzlichen Vereinigung aller Sozialdemokraten tun und das gesunkene Ansehen des revolutionären Marxismus heben. Vielleicht werden einige Genossen die Befürchtung äußern, daß eine prinzipielle Resolution eine Menge Zeit beanspruchen und die Behandlung der praktischen Fragen beeinträchtigen wird? Wir teilen diese Befürchtungen keineswegs, denn wir nehmen an, daß die langen Diskussionen in der illegalen Presse die Frage so weit geklärt haben, daß wir uns über die Grundsätze der revolutionären Sozialdemokratie sehr rasch und leicht verständigen werden. Auf eine prinzipielle Resolution zu verzichten, ist indes keinesfalls statthaft.

Außerdem würde die Streichung dieses Punktes von der Tagesordnung der Konferenz ohnehin ihr Ziel nicht erreichen, denn bei der Erörterung der Resolutionen über den wirtschaftlichen Kampf, den politischen Kampf usw. würde unweigerlich dieselbe Frage auftauchen, nur in mehr fragmentarischer Form. Viel zweckmäßiger wird es daher sein, erst das zu erledigen und unsere Entschlüsse über politische Agitation, Streiks usw. nicht zu zerstückeln, sondern die Ansicht über unsere grundlegenden Aufgaben zusammenhängend darzulegen.

Wir wollen von uns aus eine solche Resolution zu entwerfen versuchen und sie diesem Bericht beifügen (wenn wir noch Zeit dazu haben).

2. *Der zweite ordentliche Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.* Wir haben hier die vorläufige (und natürlich bis zu einem gewissen Grade mutmaßliche) Entscheidung im Auge: über den Zeitpunkt des Parteitags (Sommer oder spätestens Herbst, denn es wäre wünschenswert, zu Beginn der künftigen „Saison“ damit fertig zu sein), über den Tagungsort (wobei die konspirativen Bedingungen sorgfältig erwogen werden müssen), über die notwendigen Mittel für seine Organisation (die „Iskra“ wäre ihrerseits bereit, für diesen Zweck aus einer besonderen, ihr zugegangenen Spende sofort 500 Rubel anzuweisen; vielleicht könnten wir bald noch einmal den gleichen oder sogar einen noch höheren Betrag flüssig machen. Man muß besprechen, wieviel tausend Rubel das ungefähr kosten wird und wie das fehlende Geld aufzubringen ist) — und schließlich über die allgemeinen Grundsätze und eine möglichst vollständige Vertretung (und zwar müssen die vorher genau benannten Komitees und bestimmte Gruppen, vielleicht auch Zirkel der russischen Sozialdemokraten vertreten sein, abgesehen von der verhältnismäßig leichten Aufgabe, für beide sozialdemokratischen Auslandsorganisationen Vertretungen zu schicken; man muß auch festlegen, wie die Einladung von Organisationen zum Parteitag zu regeln ist, die in der Zeit zwischen der Konferenz und dem Parteitag entstehen sollten, usw. usf.).

3. *Die Wahl eines Organisationskomitees.* Aufgabe dieses OK wäre, allgemein gesprochen, die Durchführung der Konferenzbeschlüsse, die Vorbereitung und Einberufung des Parteitags, die endgültige Festlegung der Zeit und des Ortes, seine praktische Organisation, die Vorbereitung solcher Arbeiten wie des Transports, der Einrichtung von Parteidruckereien in Rußland (unter Mitwirkung der „Iskra“ sind in Rußland zwei mit unseren Publikationen sympathisierende lokale Druckereigruppen entstanden, denen es schon gelang, in ihren zwei Druckereien neben einer Reihe von Flugblättern die Nummern 10 und 11 der „Iskra“, die Broschüren „Was soll weiter werden?“, „Der 10. Jahrestag des Morosow-Streiks“, „Die Rede Pjotr Alexejews“³², die „Anklageschrift im Obuchow-Prozeß“ und vieles andere herauszubringen. Wir hoffen, daß es den Vertretern dieser lokalen Gruppen gelingen wird, an den Arbeiten der Konferenz teilzunehmen, und daß sie die Durchführung der gesamtparteilichen Aufgaben in jeder Weise unterstützen werden) — sodann die Hilfe für alle möglichen örtlichen Organisationen, für Gewerkschafts- (Arbei-

ter-) und Studentenorganisationen usw. usf. Binnen drei, vier Monaten könnte dieses OK, unterstützt von allen Organisationen, den Boden für die Bildung eines wirklichen ZK, das fähig wäre, den gesamten politischen Kampf unserer Partei de facto zu leiten, durchaus vorbereiten.

Angesichts der Kompliziertheit und Vielseitigkeit seiner Aufgaben sollte das OK unseres Erachtens aus nicht zu wenigen Genossen zusammengesetzt sein (5–7 Personen), die ein Büro zu wählen, die Funktionen zu verteilen und sich vor dem Parteitag mehrfach zu treffen hätten.

4. *Wahl einer Kommission für die Ausarbeitung des Entwurfs des Parteiprogramms.* Da die Redaktion der „Iskra“ (darunter auch die Gruppe „Befreiung der Arbeit“) seit langem an diesem schwierigen Werk arbeitet, sei uns gestattet, den Genossen folgenden Plan vorzuschlagen. Wir haben bereits den ganzen Entwurf für den praktischen Teil des Programms fertiggestellt, darunter auch den Entwurf des Agrarprogramms, und außerdem liegen zwei Fassungen des prinzipiellen Teils des Programms vor. Unser Vertreter wird die Konferenz mit diesen Entwürfen bekannt machen, wenn das für notwendig befunden wird und wenn er seinerseits nicht daran verhindert ist. Auf Grund dieser beiden Varianten fassen wir jetzt einen gemeinsamen Entwurf ab, den wir aber selbstverständlich unfertig, d. h. vor Beendigung dieser Arbeit, nicht veröffentlichen möchten. Würde die Konferenz einige Genossen wählen, die sich unserer Redaktion anschließen, um mit ihr das Programm auszuarbeiten, so wäre das vielleicht die zweckmäßigste Lösung der Frage.

Was uns anbelangt, so können wir uns jedenfalls schon jetzt den Genossen gegenüber förmlich verpflichten, in einigen Wochen den endgültigen Entwurf des Parteiprogramms vorzulegen, den wir zunächst in der „Iskra“ abdrucken wollten, damit alle Genossen ihn kennenlernen und uns ihre Bemerkungen einsenden.

5. *Das Zentralorgan.* Angesichts der kolossalen Schwierigkeiten, die sich der Schaffung eines regelmäßig erscheinenden und literarisch wie technisch hinreichend fundierten periodischen Organs entgegenstellen, würde die Konferenz sich wahrscheinlich, nach dem Beispiel des ersten Parteitags, für eines der bestehenden Organe aussprechen. Ob nun diese Frage so entschieden oder die Schaffung eines ganz neuen Organs ins Auge gefaßt wird, jedenfalls wird man eine besondere Kommission oder noch besser das erwähnte Organisationskomitee damit beauftragen müs-

sen, diese Sache vorzubereiten und sie zusammen mit der bereits bestehenden oder einer neugewählten Redaktion allseitig zu erörtern.

Zu diesen Besprechungen müßte man unseres Erachtens die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ heranziehen, ohne deren Teilnahme und Leitung wir uns keine einwandfreie Herausgabe eines prinzipienfesten und überhaupt allen Erfordernissen der Bewegung gewachsenen politischen Presseorgans denken können.

Da bereits vor der Konferenz Versuche gemacht worden sind, ein vierzehntägig erscheinendes Blatt zu gründen, so sollte sich die Partei die Gründung einer *wöchentlich erscheinenden Zeitung* als nächste Aufgabe stellen; das wäre unter der Bedingung, daß sich *alle* russischen Sozialdemokraten mit *vereinten* Kräften um ein solches Blatt bemühen, durchaus möglich.

6. *Die Vorbereitung der Tagesordnung für den Parteitag und der entsprechenden Referate.* Die Konferenz müßte diese Tagesordnung teils selbst festsetzen, teils das Organisationskomitee damit beauftragen und für jeden Punkt *unbedingt* einen Referenten bestimmen (resp. aussuchen). Nur wenn die Referenten vorher bestimmt werden, kann man eine tatsächlich umfassende Erörterung der Fragen und ihre richtige Lösung auf dem Parteitag gewährleisten (einige Referate könnten vorher vollständig oder teilweise veröffentlicht und in der Presse erörtert werden; so hoffen wir, das schon fast fertige Referat eines Redaktionsmitglieds über das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie* demnächst veröffentlichen zu können usw.).

7. *Die aktuellen praktischen Fragen der Bewegung*, z. B.: a) die Erörterung und Annahme eines Maiflugblattes (resp. die Erörterung der von der „Iskra“ und anderen Organisationen vorgelegten Flugblattentwürfe);

b) die Maidemonstration — Zeit und Art ihrer Veranstaltung;

c) Beauftragung des Organisationskomitees, die Veranstaltung von Boykotten, Demonstrationen usw. zu fördern, die Parteimitglieder allmählich auf den allgemeinen Volksaufstand einzustellen und die Kräfte und Mittel der Partei dafür vorzubereiten.

d) verschiedene Finanzfragen betreffend die Ausgaben für das Organisationskomitee u. dgl. m.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 95—140. *Die Red.*

Wir schließen damit unseren Bericht über die Aufgaben und die Tagesordnung unserer Konferenz und wollen nur noch bemerken, daß es uns infolge äußerster Zeitknappheit völlig unmöglich ist, einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der „Iskra“ abzufassen. Wir sind daher gezwungen, uns auf den beigelegten kurzen Entwurf zu beschränken.

(NB*) RESOLUTIONSENTWURF

1. Die Konferenz lehnt alle Versuche, den Opportunismus in die revolutionäre Klassenbewegung des Proletariats hineinzutragen — Versuche, die in der sogenannten „Kritik des Marxismus“, im Bernsteinianertum und im Ökonomismus zum Ausdruck gekommen sind — auf das entschiedenste ab. Während die Bourgeoisie aller Länder über die berüchtigte „Krise im Sozialismus“ frohlockt, erklärt die Konferenz im Namen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands ihre Solidarität mit der revolutionären internationalen Sozialdemokratie und gibt ihrer festen Überzeugung Ausdruck, daß die Sozialdemokratie aus dieser Krise noch mehr gestärkt und bereit zum rücksichtslosen Kampf für die Verwirklichung ihrer großen Ideale hervorgehen wird.

2. Die Konferenz erklärt sich solidarisch mit dem Manifest der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und bestätigt, daß sie den Sturz der Selbstherrschaft als die nächste politische Aufgabe der Partei betrachtet. Die Konferenz erklärt, daß die Sozialdemokratie in den Vordergrund ihrer Tätigkeit, die auf die Durchführung dieser nächsten Aufgabe wie auch auf die Erreichung ihres Endziels gerichtet ist, die allseitige und im ganzen Volke betriebene politische Agitation rückt, die das Proletariat zum Kampf gegen jede wirtschaftliche, politische, nationale und soziale Unterdrückung aufruft, in welcher Form sie auch auftreten und gegen welchen Teil der Bevölkerung sie sich auch richten mag. Die Konferenz erklärt, daß die Partei jede revolutionäre und fortschrittlich-oppositionelle Bewegung gegen die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung unterstützen wird. Als zweckmäßiges Kampfmittel empfiehlt die Konferenz besonders die Veranstaltung von Boykotten, Manifestationen in Theatern usw. sowie organisierte Massendemonstrationen. Die Kon-

* notabene = wohlgemerkt. *Die Red.*

ferenz gibt allen Komitees und Gruppen der Partei den Rat, der Notwendigkeit vorbereitender Maßnahmen zum allgemeinen bewaffneten Volksaufstand gegen die zaristische Selbstherrschaft ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

3. Die Konferenz erklärt, daß die russische Sozialdemokratie nach wie vor den wirtschaftlichen Kampf des Proletariats leiten wird, daß sie Sorge tragen wird für seine Ausweitung und Vertiefung, für die Stärkung seiner ideologischen und organisatorischen Verbindung mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, daß sie bestrebt sein wird, jede Äußerung dieses Kampfes für die Entwicklung des politischen Bewußtseins des Proletariats und für dessen Einbeziehung in den politischen Kampf auszunutzen. Die Konferenz erklärt, daß keinerlei Notwendigkeit besteht, zunächst nur auf ökonomischem Boden Agitation zu treiben oder überhaupt die ökonomische Agitation als das weitest anwendbare Mittel zur Einbeziehung der Massen in den politischen Kampf zu betrachten.

(NB: Es ist sehr wichtig, auch hier das „*Rabotscheje Delo*“³³ noch einmal festzunageln!!)

4. (Vielleicht etwas über die Bauernschaft im Sinne unseres Agrarprogramms?)

Ich werde mir Mühe geben, es fertigzustellen und nachzuschicken.)

Zuerst veröffentlicht 1923 in den
Gesammelten Werken N. Lenins
(W. Uljanows), Band V.

Nach dem Manuskript.

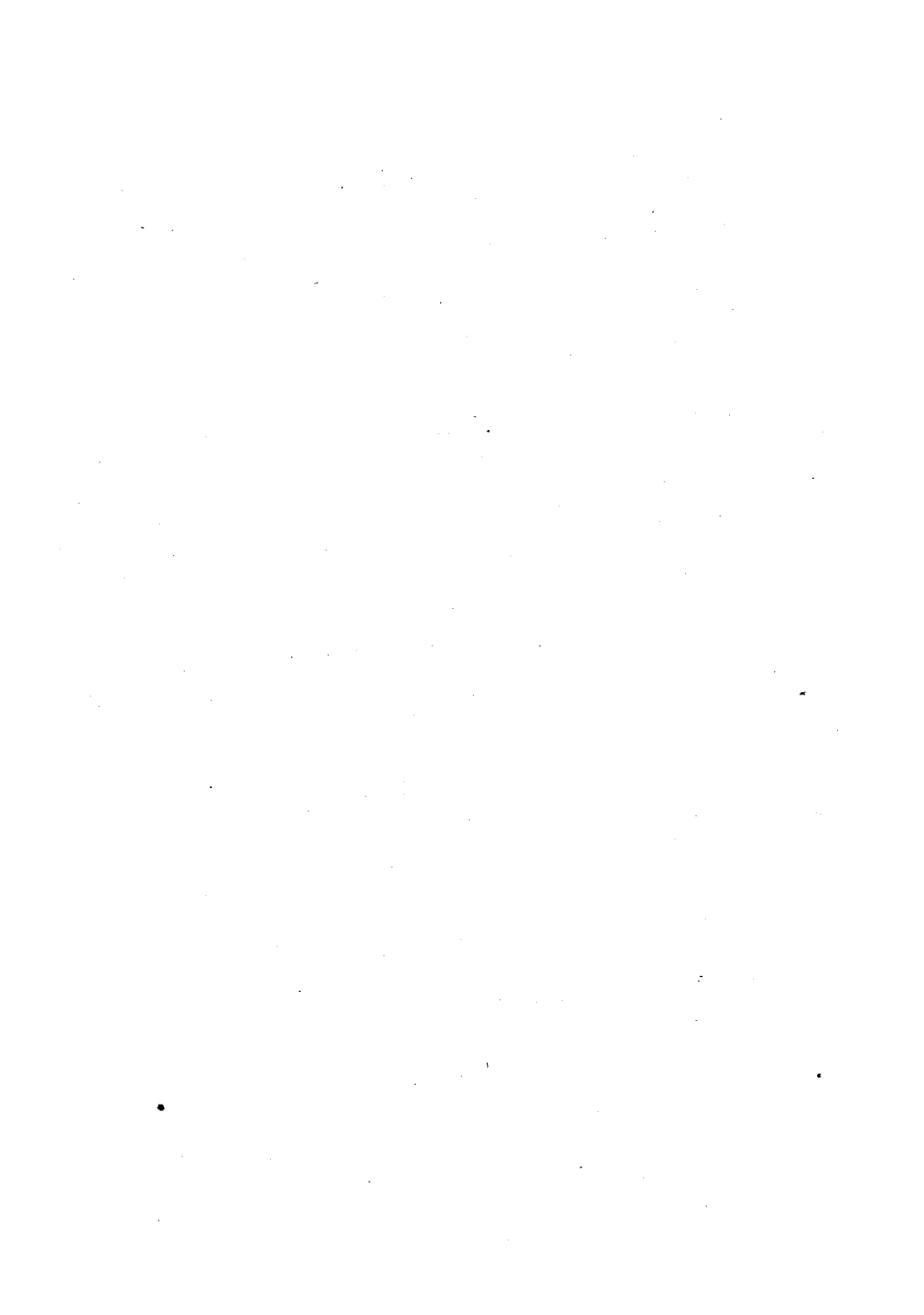
DAS AGRARPROGRAMM DER RUSSISCHEN
SOZIALDEMOKRATIE ³⁴

*Geschrieben Februar bis
erste Märzhälfte 1902.*

*Zuerst veröffentlicht im August 1902
in der Zeitschrift „Sarja“ Nr. 4.*

Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Manuskript.



I

Die Notwendigkeit eines „Agrarprogramms“ für die sozialdemokratische Partei Rußlands braucht man wohl nicht erst ausführlich nachzuweisen. Unter einem Agrarprogramm verstehen wir die Festlegung der leitenden Grundsätze für die sozialdemokratische Politik in der Agrarfrage, d. h. gegenüber der Landwirtschaft, den verschiedenen Klassen, Schichten und Gruppen der Landbevölkerung. In einem solchen „Bauern“-land wie Rußland ist das Agrarprogramm der Sozialisten natürlich hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich, ein „Bauernprogramm“, ein Programm, das die Stellung zur Bauernfrage festlegt. Große Grundeigentümer, landwirtschaftliche Lohnarbeiter und „Bauern“ — das sind die drei Hauptbestandteile der Landbevölkerung in jedem kapitalistischen Lande, darunter auch in Rußland. Und so bestimmt und klar die Einstellung der Sozialdemokraten zu den ersten zwei der erwähnten drei Bestandteile (zu den Grundeigentümern und Landarbeitern) von vornherein ist, so unbestimmt ist allein schon der Begriff der „Bauernschaft“ und um so mehr ist es unsere Politik in bezug auf die Grundfragen ihres Lebens und ihrer Entwicklung. Bildet im Westen die „Bauernfrage“ gerade den Angelpunkt des Agrarprogramms der Sozialdemokraten, so muß das in Rußland in noch weit höherem Grade der Fall sein. Eine völlig eindeutige Festlegung unserer Politik in der Bauernfrage ist für uns russische Sozialdemokraten um so notwendiger, als unsere Richtung in Rußland noch ganz jung ist, als der gesamte alte russische Sozialismus letzten Endes ein „Bauern“-sozialismus war. Allerdings hat jene Masse russischer „Radikaler“, die sich einbildet, Hüter des von unseren volkstümlicheren Sozialisten aller

Schattierungen hinterlassenen Erbes zu sein, alles Sozialistische schon beinahe vollständig eingebüßt. Aber sie alle schieben die Meinungsverschiedenheiten, die sie mit uns in der „Bauern“frage haben, um so lieber in den Vordergrund, je angenehmer es für sie ist, die Tatsache zu vertuschen, daß in den Vordergrund des sozialen und politischen Lebens Rußlands bereits die „Arbeiter“frage gerückt ist, daß sie in dieser Frage keine festen Prinzipien haben und daß neun Zehntel von ihnen hier im Grunde nur ganz gewöhnliche bürgerliche Sozialreformer sind. Schließlich sind auch die zahlreichen „Kritiker des Marxismus“, die sich in dieser Beziehung fast vollständig mit den russischen Radikalen (oder Liberalen?) verschmolzen haben, eifrig bemüht, das Schwergewicht auf die Bauernfrage zu legen, in welcher der „orthodoxe Marxismus“ durch die „neuesten Arbeiten“ der Bernstein, Bulgakow, David, Hertz und sogar . . . Tschernow angeblich am meisten bloßgestellt worden ist!

Ferner wird — abgesehen von den theoretischen Unklarheiten und dem Krieg der „fortgeschrittenen“ Richtungen — die Aufgabe der Propaganda und Agitation auf dem flachen Lande in der letzten Zeit durch die rein praktischen Erfordernisse der Bewegung selbst auf die Tagesordnung gesetzt. Aber ohne ein prinzipiell einwandfreies und politisch zweckdienliches Programm ist es unmöglich, diese Aufgabe einigermaßen ernsthaft und umfassend zu stellen. Und die russischen Sozialdemokraten haben, seitdem sie als besondere Richtung auf die Bildfläche traten, die ganze Wichtigkeit der „Bauernfrage“ erkannt. Wir erinnern daran, daß in dem Programmentwurf der russischen Sozialdemokraten, der von der Gruppe „Befreiung der Arbeit“ verfaßt und 1885 herausgegeben wurde, schon die Forderung nach einer „radikalen Umgestaltung der Agrarverhältnisse (der Bedingungen für die Ablösung und die Zuteilung von Land an die Bauern)“ enthalten ist.* In der Broschüre „Die Aufgaben der Sozialisten im Kampf gegen die Hungersnot in Rußland“ (1892) spricht G. W. Plechanow ebenfalls von der sozialdemokratischen Politik in der Bauernfrage.

Es ist daher ganz natürlich, daß auch die „Iskra“ in einer ihrer ersten

* Siehe den Anhang zur Broschüre P. B. Axelrods „Über die gegenwärtigen Aufgaben und die Taktik der russischen Sozialdemokraten“, Genf 1898.

Nummern (April 1901, Nr. 3) mit dem Entwurf eines Agrarprogramms hervorgetreten ist und in dem Artikel „Arbeiterpartei und Bauernschaft“* ihre Stellung zu den Grundlagen der Agrarpolitik der russischen Sozialdemokraten dargelegt hat. Dieser Artikel erregte bei sehr vielen russischen Sozialdemokraten Befremden; unsere Redaktion erhielt aus diesem Anlaß zahlreiche Briefe und Zuschriften. Die Haupteinwände rief der Punkt über die Rückgabe der Bodenabschnitte hervor, und wir beabsichtigten schon, in der „Sarja“ eine Diskussion hierüber zu eröffnen, als Nr. 10 des „Rabotscheje Delo“ mit dem Artikel Martynows erschien, der sich unter anderem auch mit dem Agrarprogramm der „Iskra“ auseinandersetzte. Da das „Rabotscheje Delo“ viele der landläufigen Einwände zusammengefaßt hat, hoffen wir, daß unsere Korrespondenten uns keinen Vorwurf machen werden, wenn wir uns *vorläufig* darauf beschränken, nur Martynow zu antworten.

Ich unterstreiche *vorläufig* im Hinblick auf folgende Umstände. Der Artikel in der „Iskra“ war von *einem* Redaktionsmitglied geschrieben, und die übrigen Mitglieder, die mit dem Verfasser in der allgemeinen Fragestellung solidarisch waren, konnten natürlich über Einzelheiten, über einzelne Punkte anderer Ansicht sein. Zur selben Zeit war unser gesamtes Redaktionskollegium (also auch die Gruppe „Befreiung der Arbeit“) mit der Ausarbeitung eines kollektiven, redaktionellen Entwurfs für das Programm unserer Partei beschäftigt. Diese Arbeit zog sich in die Länge (teils infolge verschiedener Parteiangelegenheiten und einiger konspirativer Umstände, teils infolge der Notwendigkeit, das Programm auf einem besonderen Parteitag allseitig zu behandeln) und wurde erst in der allerletzten Zeit beendet. Solange der Punkt über die Rückgabe der Bodenabschnitte meine persönliche Meinung darstellte, beeilte ich mich nicht, ihn zu verteidigen, denn für mich war die allgemeine Fragestellung hinsichtlich unserer Agrarpolitik viel wichtiger als dieser einzelne Punkt, der in unserem Gesamtentwurf noch abgelehnt oder wesentlich abgeändert werden konnte. Nunmehr werde ich bereits diesen Gesamtentwurf verteidigen. Unsere „Leserfreunde“ aber, die es sich nicht verdrießen ließen, uns ihre Kritik an unserem Agrarprogramm mitzuteilen, möchten wir jetzt bitten, sich mit der Kritik unseres Gesamtentwurfs zu befassen.

* Siehe Werke, Bd. 4, S. 422—430. *Die Red.*

II

Wir wollen den „Agrar“teil dieses Entwurfs ungekürzt anführen.

„Um die Überreste der alten Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen und die freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande zu fördern, strebt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands an:

1. Aufhebung der Ablöse- und Fronzinszahlungen wie auch aller übrigen Lasten, die heute der Bauernschaft als abgabepflichtigem Stand auferlegt sind;

2. Aufhebung der solidarischen Haftung und aller Gesetze, die den Bauern in der freien Verfügung über sein Land beschränken;

3. Rückerstattung aller Geldsummen an das Volk, die ihm in Form von Ablöse- und Fronzinszahlungen abgenommen wurden; zu diesem Zweck Beschlagnahme der Klostergüter und Apanageländereien sowie besondere Besteuerung der Ländereien der adligen Großgrundbesitzer, die von Ablösekreiditen Gebrauch gemacht haben; Überweisung der dadurch erhaltenen Summen an einen besonderen Volksfonds für kulturelle und wohlthätige Zwecke der Dorfgemeinschaften;

4. Gründung von Bauernkomitees:

a) um den Dorfgemeinschaften die Landstücke zurückzugeben (durch Enteignung oder, falls diese Landstücke von Hand zu Hand gegangen sind, durch Ablösung usw.), die bei der Aufhebung der Leibeigenschaft vom Land der Bauern abgetrennt worden sind und den Gutsbesitzern als Werkzeug zur Knechtung der Bauern dienen;

b) um die Überreste der Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen, die sich im Ural, im Altai, in den Westgebieten und in anderen Teilen des Reiches erhalten haben;

5. Bevollmächtigung der Gerichte, übermäßig hohe Pachtzinsen herabzusetzen und Verträge mit knechtendem Charakter für ungültig zu erklären.“

Der Leser wird vielleicht erstaunt sein, daß unser „Agrarprogramm“ keinerlei Forderungen zugunsten der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter enthält. Dazu sei bemerkt, daß solche Forderungen im vorhergehenden Abschnitt des Programms enthalten sind, in dem die Forderungen angeführt werden, die unsere Partei erhebt, „um die Arbeiterklasse vor körperlicher und sittlicher Degradation zu bewahren und um ihre Fähigkeit

zum Kampf für ihre Befreiung zu erhöhen". Das von uns unterstrichene Wort umfaßt *alle* Lohnarbeiter, darunter auch die ländlichen, und *alle* 16 Punkte dieses Abschnitts des Programms gelten auch für die Landarbeiter.

Diese Zusammenfassung der Industrie- und Landarbeiter in einem Abschnitt, während im „Agrar“teil des Programms nur die „Bauern“forderungen enthalten sind, hat allerdings den Nachteil, daß die Forderungen zugunsten der Landarbeiter nicht gleich ins Auge springen, nicht auf den ersten Blick bemerkbar sind. Liest man das Programm nur oberflächlich, so kann sogar die völlig falsche Vorstellung entstehen, daß wir die Forderungen zugunsten der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter absichtlich in den Hintergrund gerückt hätten. Überflüssig zu sagen, daß diese Vorstellung grundfalsch wäre. Der erwähnte Nachteil ist im Grunde rein äußerlicher Art und leicht zu beseitigen durch aufmerksames Studium des Programms wie auch durch Kommentare dazu (unser Parteiprogramm aber wird selbstverständlich „ins Volk gehen“, begleitet nicht nur von gedruckten, sondern auch — was viel wichtiger ist — von mündlichen Kommentaren). Sollte eine Gruppe den Wunsch haben, sich speziell an die Landarbeiter zu wenden, so braucht sie aus allen Forderungen für die Arbeiter nur diejenigen herauszugreifen, die für die Knechte, Tagelöhner usw. am wichtigsten sind, und sie in besonderen Broschüren und Flugblättern oder durch mündliche Mitteilungen zu erläutern.

Grundsätzlich betrachtet ist die *einzig richtige* Abfassung der in Frage stehenden Programmabschnitte eben eine solche, die alle Forderungen zugunsten der Lohnarbeiter *in allen Zweigen* der Volkswirtschaft vereinigt und die Forderungen zugunsten der „Bauern“ streng davon trennt und in einen besonderen Abschnitt verweist, denn das Hauptkriterium dessen, was wir im ersten und im zweiten Fall fordern können und müssen, ist *ganz verschieden*. Der grundsätzliche Unterschied zwischen den beiden in Frage stehenden Programmabschnitten kommt gemäß dem Entwurf in den einleitenden Worten zu jedem Abschnitt zum Ausdruck.

Für die Lohnarbeiter fordern wir solche *Reformen*, die sie „vor körperlicher und sittlicher Degradation bewahren und ihre Kampffähigkeit erhöhen“; für die Bauern aber erstreben wir nur solche *Umgestaltungen*, die geeignet sind, „die Überreste der alten Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen und die freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande zu

fördern". Daraus geht hervor, daß unsere Forderungen zugunsten der Bauern viel begrenzter, an weit bescheideneren Bedingungen gebunden, in einem engeren Rahmen gehalten sind. Was die Lohnarbeiter anbelangt, so übernehmen wir die Verteidigung ihrer Interessen *als einer Klasse in der modernen Gesellschaft*. Wir tun das, weil wir ihre Klassenbewegung als die einzige *wirklich* revolutionäre Bewegung betrachten (vergleiche im grundsätzlichen Teil des Programms die Worte über das Verhältnis der Arbeiterklasse zu den übrigen Klassen) und danach streben, eben diese Bewegung zu organisieren, zu lenken und mit dem Licht des sozialistischen Bewußtseins zu erleuchten. Was aber die Bauernschaft betrifft, so *übernehmen wir keineswegs* die Verteidigung ihrer Interessen *als einer Klasse der kleinen Grundeigentümer und Landwirte in der modernen Gesellschaft*. Durchaus nicht. „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“, und darum vertritt die Sozialdemokratie — *unmittelbar und uneingeschränkt* — die Interessen einzig und allein des Proletariats, will sie sich nur mit seiner Klassenbewegung zu einem untrennbaren Ganzen verschmelzen. Alle übrigen Klassen der modernen Gesellschaft sind für die Erhaltung der Grundlagen des bestehenden ökonomischen Systems, und darum kann die Sozialdemokratie die Verteidigung der Interessen dieser Klassen nur unter bestimmten Umständen und unter bestimmten, genau festgelegten Bedingungen übernehmen. Die Klasse der Kleinproduzenten, darunter auch der kleinen Landwirte, z. B. ist in ihrem Kampf gegen die Bourgeoisie eine *reaktionäre* Klasse. Der „Versuch, die Bauernschaft durch die Verteidigung des Kleinbetriebs und Kleinbesitzes vor dem Ansturm des Kapitalismus zu retten, würde bedeuten, die gesellschaftliche Entwicklung nutzlos aufzuhalten, den Bauern durch die Illusion eines auch unter der Herrschaft des Kapitalismus möglichen Wohlstands zu betrügen und die werktätigen Klassen dadurch zu entzweien, daß man der Minderheit auf Kosten der Mehrheit eine privilegierte Stellung einräumt“ („Iskra“ Nr. 3*). Aus diesem Grunde wird die Aufstellung der „Bauernforderungen in unserem Programmwurf von *zwei sehr engbegrenzten Bedingungen* abhängig gemacht. Die Berechtigung der „Bauernforderungen“ im sozialdemokratischen Programm ordnen wir erstens der Bedingung unter, daß sie zur Beseitigung der Über-

* Siehe Werke, Bd. 4, S. 425. *Die Red.*

reste der Leibeigenschaft führen, und zweitens, daß sie die freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem flachen Lande fördern.

Wir wollen auf jede dieser Bedingungen, die schon in Nr. 3 der „Iskra“ kurz umrissen wurden, ausführlicher eingehen.

Die „Überreste der alten Leibeigenschaftsordnung“ sind bei uns auf dem Lande noch ungeheuer groß. Das ist eine allgemein bekannte Tatsache. Abarbeit und Schuldknechtschaft, ständische und bürgerliche Minderberechtigung des Bauern, seine Abhängigkeit von dem mit der Rute bewaffneten privilegierten Grundeigentümer, die menschenunwürdige Lebensweise, die aus dem Bauern einen wahren Barbaren macht, all dies ist im russischen Dorf keine Ausnahme, sondern die Regel, und all dies ist letzten Endes ein direktes Überbleibsel der Leibeigenschaftsordnung. In den Fällen und Verhältnissen, in denen diese Ordnung noch herrscht und soweit sie noch herrscht, ist die *gesamte Bauernschaft als Ganzes* ihr Feind. Der Leibeigenschaft, den Fronherren und dem ihnen dienstbaren Staat gegenüber bleibt die Bauernschaft nach wie vor eine *Klasse*, und zwar eine Klasse nicht der kapitalistischen, sondern der auf Leibeigenschaft beruhenden Gesellschaft, d. h. eine ständische Klasse.* Und insoweit dieser, der auf Leibeigenschaft beruhenden Gesellschaft eigene Klassenantagonismus zwischen der „Bauernschaft“ und den privilegierten Grundeigentümern bei uns auf dem Lande noch weiterbesteht, *insoweit* muß die Arbeiterpartei zweifellos auf der Seite der „Bauernschaft“ stehen, deren Kampf unterstützen und *sie zum Kampf* gegen alle Überreste der Leibeigenschaft *vorwärtstreiben*.

* Bekanntlich war der Klassenunterschied in der Sklaven- und in der feudalen Gesellschaft auch in der *ständischen* Gliederung der Bevölkerung fixiert und für jede Klasse eine besondere *Rechtsstellung* im Staate festgelegt. Darum waren die Klassen der Sklaven- und der feudalen (auch der auf Leibeigenschaft beruhenden) Gesellschaft zugleich besondere Stände. In der kapitalistischen, der bürgerlichen Gesellschaft hingegen sind *juristisch* alle Bürger gleichberechtigt, die ständische Gliederung ist aufgehoben (wenigstens im Prinzip), und darum haben die Klassen aufgehört, Stände zu sein. Die Teilung der Gesellschaft in Klassen finden wir sowohl in der Sklaven- und in der feudalen als auch in der bürgerlichen Gesellschaft. In den beiden ersten gab es aber ständische Klassen, in der bürgerlichen Gesellschaft dagegen sind die Klassen keine Stände mehr.

Wir setzen das Wort Bauernschaft in Anführungsstriche, um den in diesem Fall zweifellos vorhandenen Widerspruch festzuhalten: in der modernen Gesellschaft ist die Bauernschaft natürlich keine einheitliche Klasse mehr. Wen aber dieser Widerspruch befremdet, der vergißt, daß das kein Widerspruch in der Darstellung, in der Lehre, sondern ein Widerspruch im Leben selbst ist. Es ist kein ausgeklügelter, sondern ein lebendiger dialektischer Widerspruch. *Insoweit* bei uns auf dem Lande die „moderne“ (bürgerliche) Gesellschaft die auf Leibeigenschaft beruhende Gesellschaft verdrängt, *insoweit* hört die Bauernschaft auf, eine Klasse zu sein; sie zerfällt in Dorfproletariat und Dorfbourgeoisie (Groß-, Mittel-, Klein- und Kleinstbourgeoisie). *Insoweit* noch Leibeigenschaftsverhältnisse weiterbestehen, *insoweit* bleibt die „Bauernschaft“ noch eine Klasse, d. h., wir wiederholen, eine Klasse nicht der bürgerlichen, sondern der auf Leibeigenschaft beruhenden Gesellschaft. Dieses „insoweit — insoweit“ besteht in der Wirklichkeit als eine *äußerst komplizierte* Verflechtung der leibeigenschaftlichen und der bürgerlichen Verhältnisse im heutigen russischen Dorf. In Marxschen Termini ausgedrückt, verflechten sich bei uns Arbeitsrente, Naturalrente, Geldrente und kapitalistische Rente in der wunderlichsten Weise. Wir unterstreichen diesen, durch alle ökonomischen Untersuchungen Rußlands festgestellten Umstand insbesondere darum, weil er notwendigerweise, unvermeidlich die Quelle jener Kompliziertheit, Verworrenheit, ja, wenn man will, Gekünsteltheit einiger unserer „Agrar“forderungen ist, die viele auf den ersten Blick stutzig macht. Wer sich in seinen Einwänden auf die *allgemeine* Unzufriedenheit mit dieser Kompliziertheit und „Kniffligkeit“ der vorgeschlagenen Lösungen beschränkt, der vergißt, daß es eine einfache Lösung so verwickelter Fragen *gar nicht geben kann*. Wir sind verpflichtet, gegen alle Überreste der Leibeigenschaftsverhältnisse zu kämpfen — darüber kann bei einem Sozialdemokraten kein Zweifel bestehen. Da aber diese Verhältnisse sich auf eine höchst komplizierte Art mit den bürgerlichen verflechten, so sind wir *gezwungen*, in das, mit Verlaub zu sagen, Innerste dieses Wirrwarrs vorzudringen, ohne vor der Schwierigkeit der Aufgabe zurückzuschrecken. „Einfach“ lösen könnten wir sie *nur auf eine Art*: ihr ausweichen, sie umgehen und es dem „spontanen Element“ überlassen, diesen ganzen Brei auszulöffeln. Eine solche „einfache“ Lösung, die alle bürgerlichen und „ökonomistischen“ Anbeter der Spontaneität so sehr lieben, ist aber eines

Sozialdemokraten unwürdig. Die Partei des Proletariats muß die Bauernschaft in ihrem Kampf gegen alle Überreste der Leibeigenschaft nicht nur unterstützen, sondern auch vorwärtstreiben, um sie aber vorwärtszutreiben, genügt es nicht, sich auf allgemeine Wünsche zu beschränken, man muß ihr eine bestimmte revolutionäre Richtlinie geben, man muß ihr helfen, sich in dem Wirrwarr der Agrarverhältnisse zurechtzufinden.

III

Damit der Leser sich die Unvermeidlichkeit einer komplizierten Lösung der Agrarfrage anschaulicher vergegenwärtige, bitten wir ihn, diesbezüglich die Programmabschnitte zu vergleichen, die den Arbeiter und den Bauern betreffen. In dem Abschnitt über die Arbeiter sind alle Lösungen außerordentlich einfach, sogar für einen mit dem Stoff ganz wenig vertrauten und ganz wenig denkgewohnten Menschen verständlich, „natürlich“, naheliegend und leicht zu verwirklichen. In dem Abschnitt über die Bauernschaft dagegen sind die meisten Lösungen außerordentlich verwickelt, auf den ersten Blick „unverständlich“, gekünstelt, wenig wahrscheinlich und schwer zu verwirklichen. Wie erklärt sich dieser Unterschied? Etwa damit, daß die Verfasser des Programms im ersten Fall nüchtern und sachlich überlegt haben, im zweiten aber auf Abwege geraten, konfus geworden, in Romantik und Phrasendrescherei verfallen sind? Eine solche Erklärung wäre, das muß man schon sagen, außerordentlich „einfach“, kindlich einfach, und es wundert uns nicht, daß Martynow sich an sie klammert. Er hat sich nicht überlegt, daß die wirtschaftliche Entwicklung an sich schon die praktische Lösung der kleinen Arbeiterfragen erleichtert und im höchsten Maße vereinfacht hat. Die gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse sind auf dem Gebiet der kapitalistischen Großproduktion dermaßen durchsichtig, klar und einfach geworden (und werden es immer mehr), daß die nächsten Schritte vorwärts von selbst gegeben sind, sich sofort und auf den ersten Blick aufdrängen. Umgekehrt hat die Verdrängung der Leibeigenschaft durch den Kapitalismus auf dem Lande die gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse dermaßen verwirrt und kompliziert, daß man sich die Lösung der nächsten praktischen Fragen (im Geiste der revolutionären Sozialdemo-

kratie) sehr lange überlegen muß, und eine „einfache“ Lösung — das kann man im voraus mit voller Sicherheit sagen — wird nicht zu finden sein.

Übrigens, da wir schon begonnen haben, den die Arbeiter und den die Bauern betreffenden Abschnitt des Programms zu vergleichen, so wollen wir noch einen grundsätzlichen Unterschied zwischen ihnen vermerken. Diesen Unterschied könnte man kurz wie folgt formulieren: Im Abschnitt über die Arbeiter haben wir nicht das Recht, über den Rahmen von Forderungen der sozialen Reform hinauszugehen; im Abschnitt über die Bauern dürfen wir auch vor Forderungen der sozialen Revolution nicht haltmachen. Anders ausgedrückt: Im Abschnitt über die Arbeiter müssen wir uns unbedingt auf ein Minimalprogramm beschränken, im Abschnitt über die Bauern können und müssen wir ein Maximalprogramm aufstellen.* Wir wollen das erklären.

In beiden Abschnitten legen wir nicht unser Endziel, sondern unsere nächsten Forderungen dar. In beiden müssen wir deshalb auf dem Boden der modernen (= bürgerlichen) Gesellschaft bleiben. Darin besteht die Ähnlichkeit beider Abschnitte. Ihr grundlegender Unterschied aber ist der, daß der Abschnitt über die Arbeiter Forderungen enthält, die sich gegen die *Bourgeoisie* richten, der Abschnitt über die Bauern dagegen Forderungen, die sich gegen die *Fronherren* richten (gegen die Feudalherren, würde ich sagen, wäre nicht die Anwendbarkeit dieses Ausdrucks auf unsere adligen Grundbesitzer so umstritten**). Im Abschnitt über die Ar-

* Der Einwand, daß die Forderung nach Rückgabe der Bodenabschnitte bei weitem noch nicht das Maximum unserer nächsten Forderungen für die Bauernschaft (resp. unserer Agrarforderungen überhaupt) darstelle und daß sie daher nicht konsequent sei, wird weiter unten untersucht, wo wir von den konkreten Punkten des von uns verfochtenen Programms sprechen. Wir behaupten und werden uns bemühen zu beweisen, daß die Forderung nach „Rückgabe der Bodenabschnitte“ das Maximum dessen ist, was wir schon jetzt in unserm Agrarprogramm fordern können.

** Ich persönlich neige dazu, diese Frage im behandelnden Sinne zu lösen, aber hier ist natürlich weder der Ort noch die Zeit, diese Lösung zu begründen oder auch nur vorzubringen, denn hier handelt es sich um die Verteidigung eines kollektiven, von der gesamten Redaktion ausgearbeiteten Entwurfs des Agrarprogramms.

beiter müssen wir uns auf *teilweise* Verbesserungen der bestehenden, der bürgerlichen Ordnung beschränken. Im Abschnitt über die Bauern müssen wir die *vollständige* Säuberung dieser bestehenden Ordnung von allen Überresten der Leibeigenschaft anstreben. Im Abschnitt über die Arbeiter können wir keine Forderungen aufstellen, die gleichbedeutend damit wären, die Herrschaft der Bourgeoisie endgültig zu brechen; wenn wir dieses unser Endziel erreicht haben, das an anderer Stelle des Programms hinreichend betont ist und das wir im Kampf um die nächsten Forderungen „keinen Augenblick“ außer acht lassen, dann werden wir, die Partei des Proletariats, uns nicht mehr auf solche Fragen wie die Haftpflicht der Unternehmer oder die Fabrikwohnungen beschränken, sondern die *gesamte* Verwaltung und Leitung der ganzen gesellschaftlichen Produktion und folglich auch der Verteilung in unsere Hand nehmen. Im Abschnitt über die Bauern dagegen können und müssen wir Forderungen aufstellen, die gleichbedeutend damit sind, die Herrschaft der Fronherren endgültig zu brechen, das flache Land von allen Spuren der Leibeigenschaft restlos zu säubern. In dem Abschnitt, der die nächsten Forderungen der Arbeiter betrifft, können wir keine Forderungen der sozialen Revolution aufstellen, denn die soziale Revolution, welche die Herrschaft der Bourgeoisie stürzt, ist schon eine Revolution des Proletariats, die unser *Endziel* verwirklicht. In dem Abschnitt, der von den Bauern handelt, stellen wir auch Forderungen der sozialen Revolution auf, denn die soziale Revolution, welche die Herrschaft der Fronherren stürzt (d. h. eine ebensolche soziale Revolution der Bourgeoisie, wie es die große französische Revolution war), ist auch auf dem Boden der bestehenden, der bürgerlichen Ordnung möglich. Im Abschnitt über die Arbeiter bleiben wir (vorläufig und bedingt, mit unseren eigenen selbständigen Zielen und Absichten, aber trotzdem bleiben wir) auf dem Boden der sozialen Reform, denn wir fordern hier nur das, was die Bourgeoisie uns (im Prinzip) geben kann, ohne bereits ihre Herrschaft zu verlieren (und was die Herren Sombart, Bulgakow, Struve, Prokopowitsch und Co. ihr darum von vornherein raten, uns mit guter Miene und in allen Ehren zu geben). Im Abschnitt über die Bauern aber müssen wir *im Gegensatz zu den Sozialreformern* auch das fordern, was die Fronherren uns (oder den Bauern) nie geben werden und nie geben können — müssen wir auch das fordern, was die revolutionäre Bewegung der Bauernschaft sich nur mit Gewalt nehmen kann.

IV

Aus diesem Grunde ist jenes „einfache“ Kriterium der „Durchführbarkeit“, mit dessen Hilfe Martynow unser Agrarprogramm so „müheles“ „erledigt“ hat, ungenügend und unbrauchbar. Dieses Kriterium der unmittelbaren „Durchführbarkeit“ in allernächster Zeit ist überhaupt nur auf ausgesprochen reformerische Abschnitte und Punkte unseres Programms anwendbar, keineswegs aber auf das Programm einer revolutionären Partei schlechthin. Mit andern Worten, dieses Kriterium ist auf unser Programm nur ausnahmsweise und nicht als allgemeine Regel anwendbar. Durchführbar soll unser Programm nur in dem weiten, philosophischen Sinne dieses Wortes sein, daß kein einziger Buchstabe darin der Tendenz der gesamten gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklung widerspricht. Haben wir aber diese Tendenz (im allgemeinen und in den Einzelheiten) einmal richtig festgestellt, so müssen wir — im Namen unserer revolutionären Grundsätze und unserer revolutionären Pflicht — mit *allen Kräften* stets und unbedingt für das *Maximum* unserer Forderungen kämpfen. Versucht man dagegen im voraus, vor dem endgültigen Ausgang des Kampfes, während er noch im Gange ist, festzustellen, daß wir das *ganze Maximum* wohl gar nicht erreichen werden, so heißt das glatt in Philistertum verfallen. Erwägungen solcher Art führen stets zum Opportunismus, auch wenn ihre Urheber es nicht wünschen sollten.

In der Tat, ist die Argumentation Martynows, dem das Agrarprogramm der „Iskra“ „romantisch“ erscheint, „weil die *Teilnahme der Bauernmassen an unserer Bewegung* unter den gegenwärtigen Bedingungen *sehr problematisch ist*“ („Rabotscheje Delo“ Nr. 10, S. 58, hervorgehoben von mir), etwa nicht philisterhaft? Das ist ein Musterbeispiel jener höchst „schicklichen“ und sehr wohlfeilen Argumentation, durch welche der russische Sozialdemokratismus zum Ökonomismus verflacht wurde. Dringt man tiefer in diese „schickliche“ Argumentation ein, so stellt sie sich als eine Seifenblase heraus. „Unsere Bewegung“ ist die sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Die *Masse* der Bauern kann *daran* gar nicht „teilnehmen“, das ist nicht problematisch, sondern *unmöglich*, und davon ist auch nie die Rede gewesen. Die *Masse* der Bauern kann *aber nicht umhin*, an der „Bewegung“ gegen alle Überreste der Leibeigenschaft (darunter auch gegen die Selbstherrschaft) *teilzunehmen*. Martynow hat die

Frage verwirrt, indem er den Ausdruck „unsere Bewegung“ gebrauchte, ohne sich den grundverschiedenen Charakter der Bewegung gegen die Bourgeoisie und gegen die Leibeigenschaft richtig überlegt zu haben.*

Problematisch kann man keineswegs die Teilnahme der Bauernmasse an der Bewegung gegen die Überreste der Leibeigenschaft nennen, sondern allenfalls den *Grad* dieser Teilnahme: die leibeigenschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande sind ungeheuer stark mit den bürgerlichen ver-

* Wie wenig Martynow sich die Frage, über die er schreibt, überlegt hat, ersieht man besonders deutlich aus folgender Stelle seines Artikels: „Da der Agrarteil unseres Programms *noch sehr lange von verhältnismäßig geringer praktischer Bedeutung sein wird*, so eröffnet er einen weiten Spielraum für revolutionäre Phrasen.“ Die unterstrichenen Worte enthalten eben jene Konfusion, auf die im Text hingewiesen worden ist. Martynow hat gehört, daß man im Westen erst dann mit einem Agrarprogramm auftritt, wenn die Arbeiterbewegung einen hohen Grad der Entwicklung erreicht hat. Bei uns aber ist diese Bewegung erst in den Anfängen. Folglich, schließt unser Publizist eilfertig, dauert es „noch sehr lange“! Er hat eine Kleinigkeit übersehen: im Westen schreibt man Agrarprogramme, um die *Halbbauern-Halbarbeiter* für die sozialdemokratische Bewegung gegen die *Bourgeoisie* zu gewinnen, bei uns, um die *Bauernmasse* für die *demokratische* Bewegung gegen die *Überreste der Leibeigenschaft* zu gewinnen. Daher wird das Agrarprogramm im Westen um so *größere* Bedeutung erlangen, je weiter die Entwicklung des landwirtschaftlichen Kapitalismus fortschreitet. Unser Agrarprogramm wird im überwiegenden Teil seiner Forderungen um so *geringere* praktische Bedeutung haben, je *weiter* die Entwicklung des landwirtschaftlichen Kapitalismus fortschreitet, denn die Überreste der Leibeigenschaft, gegen welche sich dieses Programm richtet, sterben sowohl von selber als auch unter dem Einfluß der Regierungspolitik ab. Unser Agrarprogramm ist darum praktisch hauptsächlich auf die unmittelbar nächste Zukunft, auf die Zeit vor dem Sturz der Selbstherrschaft berechnet. Der politische Umsturz in Rußland wird auf jeden Fall und unvermeidlich so grundlegende Änderungen der überlebtesten unserer Agrarzustände herbeiführen, daß wir dann unbedingt gezwungen sein werden, unser Agrarprogramm zu revidieren. Martynow aber weiß nur eins genau: daß Kautskys Buch³⁵ gut ist (das ist richtig) und daß man Kautsky nur zu wiederholen und abzuschreiben braucht, ohne im Agrarprogramm an die grundlegende Besonderheit Rußlands zu denken (das ist sehr töricht).

flochten, als Klasse der bürgerlichen Gesellschaft aber sind die Bauern (die kleinen Landwirte) in viel höherem Maße ein konservatives als ein revolutionäres Element (besonders da die bürgerliche Entwicklung der landwirtschaftlichen Verhältnisse bei uns erst in den Anfängen steckt). Darum wird es für die Regierung in der Zeit der politischen Umgestaltungen viel leichter sein, die Bauern zu spalten (als z. B. die Arbeiter), es wird für sie viel leichter sein, ihren revolutionären Schwung durch kleine und belanglose Zugeständnisse an eine verhältnismäßig geringe Zahl von kleinen Eigentümern zu schwächen (oder, und das wäre das Schlimmste, zu lähmen).

Das alles ist richtig. Aber was folgt daraus? Je leichter es der Regierung fällt, sich mit den konservativen Elementen der Bauernschaft zu verständigen, desto größere Anstrengungen müssen wir machen, um uns möglichst rasch mit den revolutionären Elementen der Bauernschaft zu verständigen. Es ist unsere Pflicht, mit maximaler wissenschaftlicher Genauigkeit zu bestimmen, in welcher *Richtung* wir diese Elemente unterstützen müssen, und sie dann zum entschlossenen und bedingungslosen Kampf gegen alle Überreste der Leibeigenschaft *vorwärtszutreiben*, sie immer und unter allen Umständen, mit allen verfügbaren Mitteln vorwärtszutreiben. Und ist es etwa nicht philisterhaft, im voraus den *Grad des Erfolges* „vorschreiben“ zu wollen, den unser Vorwärtstreiben haben wird? Das wird nachher schon das Leben entscheiden und die Geschichte vermerken, unsere Aufgabe ist es, jetzt in jedem Fall zu kämpfen und bis zu Ende zu kämpfen. Darf denn ein Soldat, der schon zum Angriff vorgegangen ist, Erwägungen darüber anstellen, daß wir vielleicht nicht das ganze feindliche Korps, sondern nur drei Fünftel davon vernichten werden? Ist denn im Sinne Martynows nicht auch z. B. eine solche Forderung „problematisch“ wie die Forderung der *Republik*? Ja, der Regierung wird es noch leichterfallen, sich mit einer kleinen Teilzahlung von *diesem* Wechsel loszukaufen, als den Wechsel der Bauernforderungen einzulösen und alle Spuren der Leibeigenschaft auszutilgen. Aber was geht das uns an? Die Teilzahlung werden wir uns selbstverständlich in die Tasche stecken, ohne deshalb jedoch den zähen Kampf um den *ganzen* Betrag einzustellen. Wir müssen möglichst weit den Gedanken verbreiten, daß die Entscheidungsschlacht zwischen Proletariat und Bourgeoisie nur in der Republik geschlagen werden kann, wir müssen in allen Kreisen der

russischen Revolutionäre und unter möglichst breiten Massen der russischen Arbeiter eine republikanische Tradition *schaffen** und festigen, wir müssen durch diese Losung der „Republik“ zum Ausdruck bringen, daß wir im Kampf um die Demokratisierung der Staatsordnung bis zu Ende gehen werden, ohne nach rückwärts zu blicken. Der Kampf selbst wird dann schon entscheiden, welchen Teil dieser Schuldsomme, wann und wie, uns zu erobern gelingen wird. Es wäre dumm, versuchen zu wollen, diesen Teil zu berechnen, bevor wir dem Feind die ganze Kraft unserer Schläge zu spüren gegeben und bevor wir die ganze Kraft seiner Schläge zu spüren bekommen haben. So ist es auch bei den Bauernforderungen unsere Sache, auf Grund wissenschaftlicher Unterlagen das *Maximum* dieser Forderungen festzustellen und den Genossen zu helfen, für dieses Maximum zu kämpfen. Mögen dann die nüchternen legalen Kritiker und die in die Greifbarkeit der Ergebnisse verliebten illegalen „Nachtrabpolitiker“ über die „Problematik“ dieses Maximums spotten!**

* Wir sagen: „schaffen“, denn die alten russischen Revolutionäre haben der Frage der Republik nie ernste Aufmerksamkeit gewidmet, sie nie als eine „praktische“ Frage betrachtet — die Volkstümpler, die Rebellen usw., weil sie der Politik mit anarchistischer Mißachtung gegenüberstanden, die Narodowolzen, weil sie von der Selbstherrschaft schnurstracks zur sozialistischen Revolution hinüberspringen wollten. Es blieb (abgesehen von den längst vergessenen republikanischen Ideen der Dekabristen) uns Sozialdemokraten vorbehalten, die Forderung der Republik unter den Massen zu propagieren und eine republikanische Tradition in den Kreisen der russischen Revolutionäre zu schaffen.

** Es ist vielleicht nicht überflüssig, zur Frage der „Durchführbarkeit“ der Forderungen des sozialdemokratischen Programms an die Polemik Karl Kautskys gegen Rosa Luxemburg im Jahre 1896 zu erinnern. Rosa Luxemburg schrieb, die Forderung der Wiederherstellung Polens passe nicht in das praktische Programm der polnischen Sozialdemokraten hinein, da sie in der heutigen Gesellschaft nicht zu verwirklichen sei. Kautsky erwiderte ihr, daß diese Behauptung „auf einer seltsamen Verkennung des Wesens eines sozialistischen Programms beruht. Unsere praktischen Forderungen, mögen sie nun ausdrücklich in einem Programm formulierte oder stillschweigend akzeptierte ‚Postulate‘ sein, werden nicht danach bemessen, ob sie unter den bestehenden Machtverhältnissen *erreichbar* sind, sondern danach, ob sie mit der bestehenden Gesellschaftsordnung *vereinbar* sind und ob ihre Durchführung geeignet ist,

V

Gehen wir jetzt zu der zweiten allgemeinen These über, die den Charakter aller unserer Bauernforderungen bestimmt und in den Worten zum Ausdruck kommt: „...um die freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande zu fördern...“

Diese Worte sind außerordentlich wichtig sowohl für die grundsätzliche Stellung der Agrarfrage im allgemeinen als auch für die Beurteilung der einzelnen Agrarforderungen im besonderen. Die Forderung nach Aufhebung der Überreste der Leibeigenschaftsordnung teilen wir mit allen konsequenten Liberalen, Volkstümlern, Sozialreformern, Kritikern des Marxismus in der Agrarfrage usw. usf. Von allen diesen Herrschaften

den Klassenkampf des Proletariats zu erleichtern und zu fördern und diesem den Weg zur politischen Herrschaft zu ebnet. Auf die augenblicklichen Machtverhältnisse nehmen wir dabei keine Rücksicht. Ein sozialdemokratisches Programm wird nicht für den Augenblick gemacht, es soll möglichst für alle Eventualitäten in der heutigen Gesellschaft ausreichen. Und es soll nicht bloß der Aktion, sondern auch der Propaganda dienen, es soll in der Form konkreter Forderungen anschaulicher, als es abstrakte Ausführungen vermögen, die Richtung angeben, in der wir zu marschieren gedenken. Je weiter wir uns dabei unsere praktischen Ziele stecken können, ohne uns in utopische Spekulationen zu verlieren, um so besser. Um so klarer wird für die Massen — auch für jene, die nicht imstande sind, unsere theoretischen Grundlegungen zu erfassen — die Richtung, die wir verfolgen. Das Programm soll zeigen, was wir von der heutigen Gesellschaft oder vom heutigen Staat *verlangen*, nicht das, was wir von ihm *erwarten*. Nehmen wir z. B. das Programm der deutschen Sozialdemokratie. Es fordert die Wahl der Behörden durch das Volk. Diese Forderung ist, wenn man den Maßstab des Frl. Luxemburg anlegen will, ebenso utopisch wie die der Herstellung eines polnischen Nationalstaats. Niemand wird sich der Täuschung hingeben, daß die Wahl der Staatsbeamten durchs Volk im Deutschen Reiche unter den bestehenden politischen Verhältnissen erreichbar sei. Mit demselben Rechte, mit dem man annehmen könnte, der polnische Nationalstaat sei erst durchführbar, wenn das Proletariat die politische Macht erobert hat, könnte man dieses von der genannten Forderung behaupten. Wäre dies ein Grund, sie nicht in unser praktisches Programm aufzunehmen?“ („Neue Zeit“, XIV, 2., S. 513 u. 514. Hervorhebungen von Kautsky.)

unterscheiden wir uns bei der Aufstellung dieser Forderung nicht grundsätzlich, sondern nur dem Grade nach: sie werden auch in diesem Punkte stets unvermeidlich in den Grenzen der Reform bleiben, während wir (im obenerwähnten Sinne) auch vor Forderungen der sozialen Revolution nicht haltmachen werden. Umgekehrt stellen wir uns, wenn wir Garantien für die „freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande“ fordern, in einen *prinzipiellen* Gegensatz zu allen diesen Herrschaften und sogar zu allen *nicht* sozialdemokratischen Revolutionären und Sozialisten. Diese Letztgenannten werden ebenfalls vor Forderungen der sozialen Revolution in der Agrarfrage nicht haltmachen, sie werden diese Forderungen aber keinesfalls einer solchen Bedingung wie der freien Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande unterordnen wollen. Diese Bedingung ist der Haupt- und Kernpunkt der Theorie des revolutionären Marxismus in der Agrarfrage.* Diese Bedingung anerkennen heißt zugeben, daß auch die Entwicklung der Landwirtschaft trotz aller Verworrenheit und Kompliziertheit, trotz aller Mannigfaltigkeit ihrer Formen ebenfalls eine kapitalistische Entwicklung ist, daß auch sie (wie die Entwicklung der Industrie) den Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie erzeugt, daß eben *dieser* Klassenkampf unsere erste und wichtigste Sorge, daß er der Prüfstein sein muß, an dem wir die grundsätzlichen Fragen, die politischen Aufgaben und die Methoden der Propaganda, Agitation und Organisation erproben werden. Diese Bedingung anerkennen heißt sich verpflichten, auch in der besonders schwierigen Frage der Teilnahme der Kleinbauern an der sozialdemokratischen Bewegung unbeirrt auf dem Klassenstandpunkt zu stehen, den Standpunkt des Proletariats in keinem Punkte zugunsten der Interessen des Kleinbürgertums preiszugeben, sondern im Gegenteil zu verlangen, daß der Kleinbauer, der vom ganzen modernen Kapitalismus ruiniert und unterdrückt wird, *seinen* Klassenstandpunkt verlasse und sich auf den Standpunkt des Proletariats stelle.

* Alle Irrungen und Wirrungen der „Kritiker“ des Marxismus in der Agrarfrage laufen im Grunde auf das Nichtverstehen eben dieses Punktes hinaus, und der kühnste, konsequenteste (und insofern auch ehrlichste) von ihnen, Herr Bulgakow, erklärt in seiner „Untersuchung“ offen, daß die „Lehre“ vom Klassenkampf auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse absolut nicht anwendbar sei. („Kapitalismus und Landwirtschaft“, Bd. II, S. 289.)

Indem wir diese Bedingung stellen, grenzen wir uns entschieden und unwiderruflich nicht nur von *unseren Feinden* ab (d. h. von den unmittelbaren oder mittelbaren, bewußten oder unbewußten Anhängern der Bourgeoisie, die zeitweilig und teilweise unsere Verbündeten im Kampf gegen die Überreste der Leibeigenschaft sind), sondern auch von jenen *unzuverlässigen Freunden*, die durch ihre halbschlächtinge Haltung in der Agrarfrage der revolutionären Bewegung des Proletariats großen Schaden zufügen können (und tatsächlich auch zufügen).

Indem wir diese Bedingung stellen, schaffen wir einen Leitfadens, mit dessen Hilfe jeder Sozialdemokrat, selbst wenn das Schicksal ihn in irgendein entlegenes Dorf verschlagen hat, selbst wenn er noch so verwickelten Agrarverhältnissen gegenübersteht, welche die *allgemein-demokratischen* Aufgaben in den Vordergrund rücken, bei der Lösung dieser Aufgaben seinen proletarischen Standpunkt durchsetzen und betonen kann, wie auch wir, wenn wir *allgemein-demokratische* politische Aufgaben lösen, doch immer Sozialdemokraten bleiben.

Indem wir diese Bedingung stellen, begegnen wir dem Einwand, der bei vielen nach oberflächlicher Bekanntschaft mit den konkreten Forderungen unseres Agrarprogramms auftaucht . . . „Die Ablöseghelder und die Bodenabschnitte den *Dorfgemeinschaften* zurückerstatten“!? — wo bleibt denn da unsere proletarische Besonderheit und unsere proletarische Selbständigkeit? wird denn das nicht im Grunde ein Geschenk an die Dorfbourgeoisie sein??

Gewiß, aber nur in dem Sinne, in dem auch die Aufhebung der Leibeigenschaft „ein Geschenk an die Bourgeoisie“ war, d. h. eine Befreiung eben der bürgerlichen und keiner anderen Entwicklung von den Fesseln und Hemmnissen der Leibeigenschaft. Das Proletariat unterscheidet sich gerade dadurch von allen anderen, von der Bourgeoisie unterdrückten und ihr entgegenstehenden Klassen, daß es seine Hoffnungen nicht auf das Aufhalten der bürgerlichen Entwicklung, nicht auf die Abstumpfung oder Abschwächung des Klassenkampfes setzt, sondern umgekehrt auf seine möglichst vollständige und freie Entfaltung, auf die Beschleunigung des bürgerlichen Fortschritts.* In der sich entwickelnden kapitalistischen

* Selbstverständlich verteidigt auch das Proletariat nicht alle Maßnahmen, die den bürgerlichen Fortschritt beschleunigen, sondern nur diejenigen, welche die Fähigkeit der Arbeiterklasse zum Kampfe für ihre Befreiung *unmittelbar*

Gesellschaft kann man die Überreste der ihre Entwicklung hemmenden Leibeigenschaft nicht beseitigen, ohne dadurch die Bourgeoisie zu stärken und zu festigen. Daran „Anstoß nehmen“ heißt den Fehler jener Sozialisten wiederholen, die sagten, daß wir die politische Freiheit nicht brauchen, denn sie werde die Herrschaft der Bourgeoisie stärken und festigen.

VI

Nachdem wir den „allgemeinen Teil“ unseres Agrarprogramms untersucht haben, wollen wir zur Analyse seiner einzelnen Forderungen übergehen. Wir werden uns dabei erlauben, nicht mit dem ersten, sondern mit dem vierten Punkt (über die Bodenabschnitte) zu beginnen, denn eben er ist der wichtigste, der zentrale Punkt, der unserm Agrarprogramm den besonderen Charakter verleiht, und zugleich der anfechtbarste (wenigstens nach Meinung der meisten, die zu dem Artikel in Nr. 3 der „Iskra“ Stellung genommen haben).

Wir erinnern daran, daß der Inhalt dieses Punktes aus folgenden Teilen besteht: 1. Er fordert die Gründung von Bauernkomitees mit der Vollmacht, jene Agrarverhältnisse, die ein direktes Überbleibsel der Leibeigenschaft sind, neu zu regeln. Der Ausdruck „Bauernkomitees“ ist gewählt, um klar darauf hinzuweisen, daß — im Gegensatz zu der „Reform“ von 1861 mit ihren Adelskomitees — die Bauern und nicht die Gutsbesitzer die Neuregelung in die Hand nehmen sollen. Mit andern Worten: Die endgültige Liquidierung der Leibeigenschaftsverhältnisse wird nicht den Unterdrückern überlassen, sondern dem durch diese Verhältnisse unterdrückten Teil der Bevölkerung, nicht der Minderheit, sondern der Mehrheit der daran Interessierten. Im Grunde ist das nichts anderes als eine demokratische Revision der Bauernreform (d. h. gerade das, was der erste von der Gruppe „Befreiung der Arbeit“ verfaßte Programmentwurf verlangte). Und wenn wir diesen Ausdruck nicht gewählt haben, so lediglich, weil er weniger bestimmt ist, weil er weniger klar den wahren Charakter und den konkreten Inhalt dieser Revision aufzeigt. Daher müßte z. B. erhöhen. Die „Abarbeit“ und die Schuldknechtschaft lasten auf dem besitzlosen und dem Proletariat nahestehenden Teil der Bauernschaft weit stärker als auf ihrem wohlhabenden Teil.

Martynow, wenn er zur Agrarfrage wirklich etwas Eigenes zu sagen hätte, klipp und klar erklären, ob er den Gedanken der demokratischen Revision der Bauernreform an und für sich ablehnt, und wenn nicht, wie er sie sich vorstellt.*

Weiter sollen 2. die Bauernkomitees das Recht erhalten, die Gutsbesitzerländereien zu enteignen und abzulösen, einen Austausch von Grundstücken vorzunehmen usw. (Punkt 4b), wobei dieses Recht sich nur auf Fälle beschränkt, in denen Leibeigenschaftsverhältnisse direkt weiterbestehen. Und zwar erstreckt sich (3) gerade das Recht der Enteignung und Ablösung nur auf jene Landstücke, die erstens „bei der Aufhebung der Leibeigenschaft vom Land der Bauern abgetrennt worden sind“ (dieses Land war also seit jeher ein notwendiger Bestandteil der Bauernwirtschaft, gehörte organisch zu dieser Wirtschaft und wurde durch jenen vom Gesetz geheiligten Raub, als den sich die große Bauernreform erwies, künstlich von ihr losgerissen) und die zweitens „den Gutsbesitzern als Werkzeug zur Knechtung der Bauern dienen“.

* Festgestellt sei die Inkonsequenz Nadeshdins (oder hat er nicht zu Ende gesprochen?), der in seinem Entwurf des Agrarprogramms anscheinend den Gedanken der „Iskra“ hinsichtlich der Bauernkomitees übernimmt, diesen Gedanken aber sehr unglücklich formuliert, wenn er sagt: „Die Schaffung eines besonderen Gerichts aus Volksvertretern zu dem Zweck, die *Beschwerden* und Anträge der Bauern betreffend alle Eingriffe, welche die ‚Befreiung‘ begleiteten, zu untersuchen“ („Der Vorabend der Revolution“, S. 65, hervorgehoben von mir). *Beschwerde* führen kann man nur gegen die *Verletzung* eines Gesetzes. Die „Befreiung“ vom 19. Februar mit allen ihren „Eingriffen“ ist selbst ein *Gesetz*. Die Schaffung besonderer Gerichte zwecks Untersuchung von Beschwerden über die Ungerechtigkeit eines bestimmten Gesetzes hat gar keinen Sinn, solange dieses Gesetz nicht aufgehoben ist, solange keine neuen Gesetzenormen an die Stelle dieses Gesetzes (oder einzelner seiner Teile) treten. Man muß dem „Gericht“ nicht nur das Recht geben, eine „Beschwerde“ über die Abtrennung von Weideland entgegenzunehmen, sondern auch das Recht, dieses Weideland zurückzuerstatten (resp. abzulösen usw.). Dann aber wird erstens dieses „Gericht“, das gesetzgeberische Vollmacht hat, kein Gericht mehr sein; zweitens muß genau festgelegt werden, welche Rechte der Enteignung, der Ablösung usw. ein solches „Gericht“ besitzt. Aber wie unglücklich die Formulierung Nadeshdins auch sein mag, die Notwendigkeit einer demokratischen Revision der Bauernreform hat er viel richtiger erkannt als Martynow.

Diese zweite Bedingung schränkt das Recht der Ablösung und Enteignung noch mehr ein, sie dehnt es nicht auf alle „Bodenabschnitte“ aus, sondern nur auf jene, die auch heute noch als Werkzeug der Knechtung dienen, „mittels deren“, wie es die „Iskra“ ausdrückte, „die Zwangsarbeit, die Zinsarbeit, die Fronarbeit, d. h. in Wirklichkeit die alte Leibeigenenarbeit *aufrechterhalten wird*“. Mit andern Worten: Wo sich infolge der Halbheit unserer Bauernreform mittels der vom Bauernland abgetrennten Bodenstücke bis heute noch die Frondienstformen der Wirtschaft erhalten haben, dort wird den Bauern das Recht eingeräumt, mit diesen Überresten der Leibeigenschaft sogar auf dem Wege der Enteignung sofort und endgültig Schluß zu machen, dort wird ihnen das Recht eingeräumt, die *Bodenabschnitte zurückzunehmen*.

Wir können daher unseren guten Martynow beruhigen, der mit solcher Besorgnis fragt: „Was soll mit den Bodenabschnitten geschehen, die sich in den Händen von Gutsbesitzern oder von Angehörigen anderer Stände, die das Land gekauft haben, befinden und jetzt in mustergültiger kapitalistischer Weise bewirtschaftet werden?“ Nicht um diese vereinzelt Abschnitte handelt es sich, Verehrtester, sondern um die typischen (und recht zahlreichen) Bodenabschnitte, die auch heute noch die Grundlage bilden für die weiterbestehenden Überreste der auf Leibeigenschaft beruhenden Wirtschaft.

Und 4. schließlich bevollmächtigt Punkt 4b die Bauernkomitees, die Überreste der Leibeigenschaft zu beseitigen, die sich in einzelnen Gegenden des Reiches erhalten haben (Servituten, nicht zu Ende geführte Boden-zuteilung und Flurbereinigung usw. usf.).

Den ganzen Inhalt des Punktes 4 kann man also der Einfachheit halber in drei Worten ausdrücken: „Rückgabe der Bodenabschnitte“. Es fragt sich, wie ist der Gedanke einer solchen Forderung entstanden? Als direkter Schluß aus der allgemeinen und grundlegenden These, daß wir den Bauern helfen und sie zur möglichst vollständigen Vernichtung aller Überreste der Leibeigenschaft vorwärtstreiben müssen. Damit sind wohl „alle einverstanden“, nicht wahr? Nun, wenn ihr aber einverstanden seid, diesen Weg zu beschreiten, dann bemüht euch gefälligst, selbständig darauf weiterzugehen, zwingt uns nicht, euch mitzuschleppen, laßt euch nicht einschüchtern durch das „ungewöhnliche“ Aussehen dieses Weges, nehmt keinen Anstoß daran, daß ihr an vielen Stellen überhaupt noch keinen

ausgetretenen Weg finden, sondern genötigt sein werdet, an Abgründen entlang zu kriechen, Waldesdickichte zu durchqueren und über Gräben zu springen. Beschwert euch nicht über die Unwegsamkeit: diese Beschwerden werden nutzloses Geflenne sein, denn ihr müßtet im voraus wissen, daß ihr nicht eine breite Straße beschreitet, an der alle Kräfte des sozialen Fortschritts gearbeitet haben, um sie eben und gerade zu machen, sondern Pfade, die durch entlegene und verlassene Winkel führen, aus denen es freilich einen Ausweg gibt, doch einen geraden, einfachen und leichten Ausweg wird nie jemand finden, weder ihr noch wir, noch andere — „nie“, d. h. solange diese absterbenden, und zwar qualvoll langsam absterbenden, entlegenen und verlassenen Winkel noch existieren.

Wollt ihr aber diese Winkel nicht aufsuchen, so sagt offen, daß ihr nicht wollt, und wendet euch nicht mit Phrasen heraus.*

Ihr seid einverstanden, für die Beseitigung der Überreste der Leibeigenschaft zu kämpfen? — Gut. So merkt euch, daß es eine einheitliche juristische Einrichtung, die alle diese Überreste zum Ausdruck bringt oder bedingt, *nicht gibt*. Ich spreche natürlich von den Überresten der Leibeigenschaft ausschließlich auf dem Gebiet der uns jetzt beschäftigenden

* Martynow z. B. wirft der „Iskra“, die ihm sowohl die allgemeinen Grundlagen ihrer Agrarpolitik („das Hineintragen des Klassenkampfes ins Dorf“) als auch die praktische Lösung der Frage gemäß den konkreten Programmforderungen gegeben hat, „Phrasendrescherei“ vor. Ohne diese allgemeinen Grundlagen durch andere ersetzt zu haben, ohne über diese Grundlagen auch nur nachgedacht zu haben, ohne den Versuch gemacht zu haben, an der Aufstellung eines bestimmten Programms zu arbeiten, zieht sich Martynow mit folgendem herrlichen Satz aus der Affäre: „Wir müssen fordern, daß sie (die Bauern, als Kleineigentümer) geschützt werden... vor den verschiedenen rückständigen Formen der wirtschaftlichen Knechtung...“ Ist das nicht etwas zu wohlfeil? Wollen Sie nicht versuchen, uns ohne Umschweife *wenigstens eine* Schutzmaßnahme *vor wenigstens einer* (nein, nicht vor „verschiedenen“!) rückständigen Form der Knechtung zu zeigen? (Anscheinend gibt es auch nichtrückständige „Formen der Knechtung“!) Aber die kleinen Kredite, die Sammelmolkereien, die Darlehns- und Spargenossenschaften, die Verbände der kleinen Landwirte, die Bauernbank und die Semstwoagronomen — das alles ist doch auch ein „Schutz vor den verschiedenen rückständigen Formen der wirtschaftlichen Knechtung“. Sie sind also der Meinung, daß wir das alles „fordern müssen“?? Erst soll man denken, mein Wertester, und nachher über Programme reden!

Agrarverhältnisse und nicht auf dem Gebiet der Stände-, der Finanzgesetzgebung usw. Die direkten Überreste der Fronwirtschaft, die von allen ökonomischen Forschungen in Rußland unzählige Male festgestellt worden sind, behaupten sich nicht kraft irgendeines sie besonders schützenden Gesetzes, sondern kraft der tatsächlich bestehenden Bodenverhältnisse. Das gilt in einem so hohen Maße, daß die von der bekannten Walujew-Kommission⁸⁶ befragten Personen ganz offen sagten: Die Leibeigenschaft würde zweifellos wieder auferstehen, wäre sie nicht durch das Gesetz ausdrücklich verboten. Eins von beiden also: Entweder man kümmert sich überhaupt nicht um die Bodenverhältnisse zwischen Bauern und Gutsbesitzern — dann lassen sich alle übrigen Fragen sehr „einfach“ lösen, dann aber werdet ihr auch die Hauptquelle aller Überbleibsel der Leibeigenschaft auf dem Lande nicht antasten, dann werdet ihr euch vor einer sehr brennenden Frage, welche die wichtigsten Interessen der Fronherren und der geknechteten Bauernschaft berührt, ganz „einfach“ drücken, vor einer Frage, die morgen oder übermorgen leicht zu einer der akutesten sozial-politischen Tagesfragen Rußlands werden kann. Oder ihr wollt auch die Quelle „der rückständigen Formen der wirtschaftlichen Knechtung“, nämlich die Bodenverhältnisse, antasten — dann müßt ihr mit einer solchen Kompliziertheit und Verworrenheit dieser Verhältnisse rechnen, daß eine leichte und einfache Lösung geradezu unmöglich wird. Dann habt ihr, da ihr mit der von uns vorgeschlagenen konkreten Lösung der verwickelten Frage nicht einverstanden seid, *kein Recht* mehr, euch mit einer allgemeinen „Beschwerde“ über die Kompliziertheit aus der Affäre zu ziehen, sondern *müßt* versuchen, euch selbständig zurechtzufinden und eine andere konkrete Lösung vorzuschlagen.

Daß die Bodenabschnitte in der heutigen Bauernwirtschaft von großer Bedeutung sind — das ist eine Tatsache. Und es ist bezeichnend, daß es, wie tief der Abgrund zwischen der Volkstümlerrichtung (im weiteren Sinne) und dem Marxismus in der Beurteilung der ökonomischen Zustände und der ökonomischen Entwicklung Rußlands auch sein mag, in *dieser* Frage keine Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Lehren gibt. Die Vertreter beider Richtungen stimmen darin überein, daß im russischen Dorf eine Unmenge von Überresten der Leibeigenschaft vorhanden sind und (notabene) daß die in den zentralen Gouvernements Rußlands vorherrschende Art der privaten Gutswirtschaft (das „Wirt-

schaftssystem der Abarbeit“) ein direktes Überbleibsel der Leibeigenschaft ist. Ferner stimmen sie darin überein, daß die Abtrennung des Bauernlandes zugunsten der Gutsbesitzer — d. h. die Bodenabschnitte im direkten, unmittelbaren Sinne wie auch die Entziehung des bäuerlichen Nutzungsrechtes an Wiese, Weide, Wald, Tränke usw. usf. — eine der wichtigsten Ursachen (*wenn nicht die wichtigste*) der Abarbeit ist. Es genügt, daran zu erinnern, daß nach den neuesten Angaben die auf Abarbeit fußende Gutswirtschaft *in nicht weniger als 17 Gouvernements des Europäischen Rußlands als vorherrschend* gilt. Sollen diejenigen, die in dem Punkt über die Bodenabschnitte eine rein künstliche, „zwangskonstruierte“ schlaue Erfindung sehen, einmal versuchen, diese Tatsache zu bestreiten!

Das Wirtschaftssystem der Abarbeit bedeutet folgendes: Die Äcker und Nutzungen der Gutsbesitzer und der Bauern sind faktisch, d. h. nicht nach dem Besitzrecht, sondern nach der wirtschaftlichen Nutzung, nicht endgültig voneinander getrennt, sondern bleiben nach wie vor vereint; ein Teil des Bauernlandes dient z. B. zur Haltung des Viehs, das zur Bestellung nicht des Bauernlandes, sondern des Gutsbesitzerlandes gebraucht wird; ein Teil des Gutsbesitzerlandes ist für die benachbarte Bauernwirtschaft in ihrem Betrieb (Tränke, Weide usw.) unbedingt erforderlich. Und diese tatsächliche Verflechtung der Bodennutzung erzeugt *unvermeidlich* ein ebensolches (richtiger: bewahrt das durch eine tausendjährige Geschichte geschaffene) Verhältnis des Bauern zum Gutsherrn, wie es unter der Leibeigenschaft bestand. Der Bauer bleibt *de facto* leibeigen, er arbeitet nach wie vor mit seinem altväterlichen Inventar, nach der altherkömmlichen Dreifelderwirtschaft, für seinen altangestammten „Erbherrn“. Was wollt ihr noch mehr, wo doch die Bauern selber diese Abarbeit durchweg Herrendienst und „Fronddienst“ nennen? — wo doch die Gutsbesitzer, wenn sie ihre Wirtschaft beschreiben, selber sagen: „meine ehemaligen . . .“ (lies: nicht nur die ehemaligen, sondern auch die jetzigen!) „. . . Bauern“ bestellen meinen Boden mit ihrem Inventar für das Weideland, das sie von mir pachten.

Will man eine verwickelte und verworrene gesellschaftlich-ökonomische Frage lösen, so verlangt eine einfache Grundregel, daß man zuerst den typischsten, durch störende Nebeneinflüsse und -umstände am wenigsten komplizierten Fall untersucht und erst nach seiner Lösung weitergeht, indem man nacheinander diese störenden Nebenumstände berücksichtigt.

Man nehme also auch hier den „typischsten“ Fall: die Kinder von ehemaligen Leibeigenen arbeiten für die Söhne des ehemaligen Gutsherrn, um die bei ihm gepachtete Weide abzugelten. Die Abarbeit bedingt Stillstand der Technik und Stillstand *aller* gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse auf dem Lande, denn sie verhindert die Entwicklung der Geldwirtschaft und die Differenzierung der Bauernschaft, bewahrt den Gutsbesitzer (relativ) vor dem anspornenden Einfluß der Konkurrenz (anstatt die Technik zu verbessern, verringert er den Anteil des Halbpächters; diese Verringerung ist übrigens in zahlreichen Gegenden während vieler Jahre in der Zeit nach der Reform festgestellt worden), fesselt den Bauern an die Scholle, hält dadurch die Entwicklung der Umsiedlungen und der Wandergewerbe auf usw.

Es fragt sich nun, ob irgendein Sozialdemokrat daran zweifeln kann, daß die Enteignung eines entsprechenden Teils des Gutsbesitzerlandes zugunsten der Bauern in diesem „reinen“ Fall vollauf natürlich, erwünscht und durchführbar ist? Diese Enteignung wird den Oblomow* aus dem Schlaf wecken und ihn zwingen, auf seiner kleiner gewordenen Bodenfläche zu einer vervollkommneten Wirtschaftsweise überzugehen, diese Enteignung wird das System der Abarbeit erschüttern (ich sage ganz bewußt nicht vernichten, sondern erschüttern), die Selbständigkeit und den demokratischen Geist in der Bauernschaft stärken, ihre Lebenshaltung heben, der weiteren Entwicklung der Geldwirtschaft und dem weiteren kapitalistischen Fortschritt der Landwirtschaft einen mächtigen Antrieb geben.

Und überhaupt: Nachdem allgemein anerkannt ist, daß die Bodenabschnitte eine der Hauptursachen des Systems der Abarbeit sind, dieses System aber ein direktes Überbleibsel der Leibeigenschaft darstellt, das die Entwicklung des Kapitalismus hemmt, wie kann man da noch daran zweifeln, daß die Rückgabe der Bodenabschnitte das System der Abarbeit erschüttern und die gesellschaftlich-ökonomische Entwicklung beschleunigen wird?

VII

Trotzdem haben sehr viele daran gezweifelt, und wir wollen jetzt die von den Zweiflern vorgebrachten Argumente untersuchen. Alle diese

* Titelheld eines Romans von Gontscharow. *Der Übers.*

Argumente lassen sich unter folgende Rubriken bringen: a) entspricht die Forderung nach Rückgabe der Bodenabschnitte den theoretischen Grundlagen des Marxismus und den Programmgrundsätzen der Sozialdemokratie? b) ist es vom Standpunkt der politischen Zweckmäßigkeit klug, eine Forderung nach Beseitigung einer geschichtlichen Ungerechtigkeit aufzustellen, die mit jedem Schritt der ökonomischen Entwicklung an Bedeutung verliert? c) ist diese Forderung praktisch durchführbar? d) wenn man anerkennt, daß wir eine derartige Forderung aufstellen und in unserem Agrarprogramm nicht das Minimum, sondern das Maximum geben können und müssen, ist dann von diesem Standpunkt aus die Forderung nach Rückgabe der Bodenabschnitte konsequent? Stellt diese Forderung wirklich das Maximum dar?

Soweit ich beurteilen kann, lassen sich *alle* Einwände „gegen die Bodenabschnitte“ unter den einen oder andern dieser vier Punkte einreihen, wobei die meisten Opponenten (darunter auch Martynow) auf alle vier Fragen verneinend geantwortet und die Forderung nach Rückgabe der Bodenabschnitte für grundsätzlich falsch, politisch unzweckmäßig, praktisch undurchführbar und logisch inkonsequent erklärt haben.

Wir wollen nun alle diese Fragen in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit untersuchen.

a) Die Forderung nach Rückgabe der Bodenabschnitte wird aus zwei Gründen für grundsätzlich falsch gehalten. Erstens sagt man, das werde die kapitalistische Landwirtschaft „treffen“, d. h. die Entwicklung des Kapitalismus aufhalten oder hemmen; zweitens sagt man, dadurch werde das Kleineigentum nicht nur gestärkt, sondern geradezu vervielfacht. Der erste dieser Einwände (den Martynow besonders betont hat) ist vollkommen unbegründet, denn die typischen Bodenabschnitte halten gerade im Gegenteil die Entwicklung des Kapitalismus auf, ihre Rückgabe aber wird diese Entwicklung beschleunigen. Was aber die nicht typischen Fälle anbelangt (ganz abgesehen davon, daß Ausnahmen stets und überall möglich sind und daß sie nur die Regel bestätigen), so wurde sowohl in der „Iskra“ als auch im Programm ein Vorbehalt gemacht („... die Landstücke, ... die abgetrennt worden sind und als Werkzeug zur Knechtung der Bauern dienen...“). Dieser Einwand beruht einfach auf mangelnder Kenntnis der wirklichen Bedeutung der Bodenabschnitte und der Abarbeit in der Ökonomik des russischen Dorfes.

Das zweite Argument (das in einigen Privatbriefen besonders ausführlich entwickelt wurde) ist viel ernster und stellt überhaupt den stärksten Einwand gegen das von uns verfochtene Programm dar. Es sei, allgemein gesprochen, ganz und gar nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie, den Kleinbetrieb und das Kleineigentum zu entwickeln, zu unterstützen, zu festigen, geschweige denn zu vervielfachen. Das ist vollkommen richtig. Die Sache ist jedoch die, daß wir es hier eben nicht mit einem „allgemeinen“, sondern mit einem *besonderen* Beispiel des Kleinbetriebs zu tun haben. Dieses Besondere ist in der Einleitung zu unserem Agrarprogramm *klar zum Ausdruck gebracht*: „Um die Überreste der Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen und die freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande zu fördern.“ *Allgemein* gesprochen, ist die Unterstützung des Kleineigentums reaktionär, denn sie richtet sich gegen den *kapitalistischen* Großbetrieb, hält also die gesellschaftliche Entwicklung auf, vertuscht und verwischt den Klassenkampf. Im gegebenen Fall aber wollen wir das Kleineigentum nicht gegen den Kapitalismus unterstützen, sondern gegen die Leibeigenschaft, im gegebenen Fall geben wir also durch die Unterstützung der Kleinbauernschaft der Entfaltung des Klassenkampfes einen gewaltigen Anstoß. In der Tat machen wir damit einerseits den *letzten* Versuch, die Reste der (ständischen) Klassenfeindschaft der Bauern gegen die Fronherren zur Flamme anzufachen. Andererseits ebnen wir den Weg für die Entwicklung des bürgerlichen Klassenantagonismus auf dem Lande, denn dieser Antagonismus ist heute *verdeckt* kraft der angeblich allgemeinen und gleichen Unterdrückung aller Bauern durch die Überreste der Leibeigenschaft.

Alles auf der Welt hat zwei Seiten. Der Bauer als Eigentümer hat im Westen schon seine Rolle in der demokratischen Bewegung ausgespielt und verteidigt seine im Vergleich zum Proletariat privilegierte Stellung. In Rußland steht der Bauer als Eigentümer noch am Vorabend der entschiedenen und allgemeinen demokratischen Volksbewegung, mit der zu sympathisieren er nicht umhinkann. Er blickt noch mehr vorwärts als rückwärts. Er kämpft noch viel mehr gegen die in Rußland noch so starken ständisch-fronherrschaftlichen Privilegien als für die Verteidigung seiner privilegierten Stellung. In einem *solchen* geschichtlichen Augenblick sind wir geradezu verpflichtet, die Bauernschaft zu unterstützen und zu versuchen, ihre noch nebelhafte und unklare Unzufriedenheit gegen ihren

wirklichen Feind zu lenken. Und wir werden uns keineswegs widersprechen, wenn wir in der nächsten Geschichtsperiode, in der die Besonderheiten der gegenwärtigen sozial-politischen „Konjunktur“ vorbei sein werden, in der die Bauernschaft, sagen wir, sich mit winzigen Almosen für einen winzigen Teil der Eigentümer zufriedengeben und dem Proletariat bereits entschieden „die Zähne zeigen“ wird, wenn wir dann den Kampf gegen die Überreste der Leibeigenschaft aus unserem Programm hinauswerfen. Wir werden dann wahrscheinlich auch den Kampf gegen die Selbstherrschaft aus dem Programm streichen müssen, denn es ist keinesfalls anzunehmen, daß die Bauernschaft vor Erringung der politischen Freiheit das widerwärtigste und drückendste Joch der Leibeigenschaft abschütteln wird.

Herrscht die kapitalistische Wirtschaft, so hemmt das Kleineigentum die Entwicklung der Produktivkräfte, denn es fesselt den Werktätigen an ein kleines Stückchen Land, verewigt die veraltete Technik und erschwert die Einbeziehung des Grund und Bodens in den Handelsverkehr. Herrscht die auf Abarbeit beruhende Wirtschaft, so treibt das kleine Grundeigentum, indem es sich von der Abarbeit befreit, die Entwicklung der Produktivkräfte vorwärts, befreit den Bauern von der Knechtschaft, die ihn an die Scholle fesselt, befreit den Gutsbesitzer von dem „unentgeltlichen“ Knecht, schließt die Möglichkeit aus, technische Verbesserungen durch unbegrenzte Verschärfung der „patriarchalischen“ Ausbeutung zu ersetzen, erleichtert die Einbeziehung des Grund und Bodens in den Handelsverkehr. Kurzum, die widerspruchsvolle Lage der Kleinbauernschaft an der Grenze zwischen leibeigenschaftlicher und kapitalistischer Wirtschaft rechtfertigt durchaus diese ausnahmsweise und zeitweilige Unterstützung des Kleineigentums durch die Sozialdemokratie. Wir wiederholen noch einmal: Das ist kein Widerspruch in der Redaktion oder Formulierung unseres Programms, sondern ein Widerspruch des lebendigen Lebens.

Man wird uns entgegnen: „Wie sehr sich die auf Abarbeit beruhende Wirtschaft gegen den Ansturm des Kapitalismus auch stemmen mag, sie gibt schließlich doch nach, ja, mehr als das: sie ist zum vollständigen Verschwinden verurteilt. Der auf Abarbeit beruhende Großbetrieb wird unmittelbar durch den kapitalistischen Großbetrieb abgelöst und muß ihm den Platz überlassen. Ihr aber wollt den Prozeß der Liquidierung der

Leibeigenschaft durch eine Maßnahme beschleunigen, die im Grunde eine Zersplitterung (wenn auch nur eine teilweise, aber dennoch eine Zersplitterung) des Großbetriebs bedeutet. Bringt ihr damit nicht die Interessen der Zukunft den Interessen der Gegenwart zum Opfer? Wegen der problematischen Möglichkeit eines Bauernaufstands gegen die Leibeigenschaft in der nächsten Zukunft erschwert ihr den Aufstand des Landproletariats gegen den Kapitalismus in der mehr oder minder fernen Zukunft!"

Eine solche Betrachtung, so überzeugend sie auf den ersten Blick auch sein mag, leidet an starker Einseitigkeit: erstens gibt auch die Kleinbauernschaft, obzwar widerstrebend, dem Ansturm des Kapitalismus nach, auch sie ist letzten Endes zum unvermeidlichen Verdrängtwerden verurteilt; zweitens wird auch der auf Abarbeit beruhende Großbetrieb nicht immer „unmittelbar“ durch den kapitalistischen Großbetrieb abgelöst, fast durchweg entsteht dabei eine Schicht von Halb-Abhängigen, Halb-Lohnarbeitern, Halb-Eigentümern. Eine so revolutionäre Maßnahme dagegen wie die Rückgabe der Bodenabschnitte brächte gerade dadurch gewaltigen Nutzen, daß sie wenigstens einmal die „Methode“ der allmählichen und unmerklichen Verwandlung der leibeigenen in die bürgerliche Abhängigkeit ersetzen würde durch die „Methode“ der offenen revolutionären Verwandlung: das könnte nicht ohne den tiefsten Einfluß auf den Geist des Protestes und selbständigen Kampfes der gesamten werktätigen Landbevölkerung bleiben. Drittens werden auch wir russischen Sozialdemokraten uns bemühen, die Erfahrungen Europas auszunutzen, und uns viel früher, viel eifriger damit befassen, das „Dorf“ für die sozialistische Arbeiterbewegung zu gewinnen, als es unseren westlichen Genossen gelungen ist, die nach Erringung der politischen Freiheit noch lange „tastend“ die Wege für die Bewegung der Industriearbeiter gesucht haben; auf diesem Gebiet werden wir vieles „von den Deutschen“ fertig übernehmen, auf dem Agrargebiet dagegen werden wir vielleicht auch etwas Neues schaffen. Und um unseren Ganz- und Halb-Landarbeitern späterhin den Übergang zum Sozialismus zu erleichtern, ist es überaus wichtig, daß die sozialistische Partei *jetzt sofort* für die Kleinbauernschaft „einzutreten“ beginnt, daß sie alles für sie tut, „was in ihren Kräften steht“, auf die Teilnahme an der Lösung der brennenden und verwickelten „fremden“ (nichtproletarischen) Fragen nicht verzichtet und die gesamte werk-

tätige und ausgebeutete Masse dazu bringt, in der Partei ihren Führer und Vertreter zu sehen.

Gehen wir weiter. b) Die Forderung nach Rückgabe der Bodenabschnitte wird als politisch unzweckmäßig betrachtet: es sei kurzfristig, die Aufmerksamkeit der Partei abzulenken auf die Beseitigung von allerlei geschichtlichen Ungerechtigkeiten, die ihre aktuelle Bedeutung bereits verlören — die Aufmerksamkeit abzulenken von der grundlegenden und immer mehr in den Vordergrund rückenden Frage des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Ein sonderbarer Einfall, „mit einer Verspätung von vierzig Jahren die Bauern neu befreien zu wollen“ — spöttelt Martynow.

Auch diese Erwägung erscheint nur auf den ersten Blick so bestechend. Es gibt ja verschiedene geschichtliche Ungerechtigkeiten. Es gibt solche, die sozusagen abseits vom geschichtlichen Hauptstrom bleiben, ihn nicht aufhalten, seinen Lauf nicht stören, die Vertiefung und Ausweitung des proletarischen Klassenkampfes nicht behindern. Solche geschichtlichen Ungerechtigkeiten beseitigen zu wollen, wäre tatsächlich töricht. Als Beispiel wollen wir auf die Angliederung Elsaß-Lothringens an Deutschland hinweisen. Keiner sozialdemokratischen Partei wird es einfallen, die Beseitigung einer *solchen* Ungerechtigkeit in ihr Programm aufzunehmen, obgleich keine ihrer Pflicht ausweichen wird, gegen diese Ungerechtigkeit zu protestieren und alle herrschenden Klassen deswegen zu brandmarken. Und würden wir unsere Forderung nach Rückgabe der Bodenabschnitte damit und nur damit begründen, daß hier eine Ungerechtigkeit begangen worden ist — laßt sie uns beseitigen —, so wäre das eine hohle demokratische Phrase. Wir begründen aber unsere Forderung nicht mit Gejammer über die geschichtliche Ungerechtigkeit, sondern mit der Notwendigkeit, die Überreste der Leibeigenschaft zu beseitigen und den Weg für den Klassenkampf auf dem Lande zu ebnen, d. h. mit einer für das Proletariat sehr „praktischen“ und sehr dringenden Notwendigkeit.

Wir haben hier das Beispiel einer *anderen* geschichtlichen Ungerechtigkeit, und zwar einer, welche die gesellschaftliche Entwicklung und den Klassenkampf nach wie vor *unmittelbar aufhält*. Auf den Versuch verzichten, *solche* geschichtlichen Ungerechtigkeiten zu beseitigen, das hieße „die Knute verteidigen, weil sie eine historische Knute ist“. Die Frage der Befreiung unseres flachen Landes von dem Druck der Überreste des „alten

Regimes" ist eine der brennendsten Gegenwartsfragen, die von allen Richtungen und Parteien (außer jener der Fronherren) gestellt wird, so daß der Hinweis auf die Verspätung überhaupt fehl am Platze und im Munde Martynows einfach ergötzlich ist. „Verspätet“ hat sich die russische Bourgeoisie mit der eigentlich *ihr* zukommenden Aufgabe, alle Überreste des alten Regimes hinwegzufegen — und wir müssen und werden dieses Manko ausgleichen, solange es nicht ausgeglichen ist, solange bei uns die politische Freiheit nicht errungen ist, solange die Lage der Bauernschaft die Unzufriedenheit fast der gesamten Masse der gebildeten bürgerlichen Gesellschaft nährt (wie wir es in Rußland sehen), anstatt in dieser Masse das Gefühl der konservativen Selbstzufriedenheit über die „Unzerstörbarkeit“ des angeblich stärksten Bollwerks gegen den Sozialismus zu nähren (wie wir es im Westen sehen, wo sich diese Selbstzufriedenheit bei allen Ordnungsparteien bemerkbar macht, angefangen von den Agrariern und Konservativen pur sang* über die liberalen und freisinnigen Bourgeois bis zu den — die Herren Tschernow und der „Westnik Russkoi Rewoluzii“ mögen verzeihen! — bis zu den Mode„kritikern des Marxismus“ in der Agrarfrage). Nun, und dann haben sich natürlich noch jene russischen Sozialdemokraten „verspätet“, die grundsätzlich im Nachtrab der Bewegung trotten und sich nur mit Fragen beschäftigen, die „greifbare Resultate verheißen“. Durch ihr Versäumnis, auch in der Agrarfrage eine bestimmte Richtlinie zu geben, liefern diese „Nachtrabpolitiker“ den nichtsozialdemokratischen revolutionären Richtungen lediglich eine ungemein starke und sichere Waffe.

Was c) die praktische „Undurchführbarkeit“ der Forderung nach Rückgabe der Bodenabschnitte betrifft, so ist dieser Einwand (den Martynow besonders betont) einer der schwächsten. Mit der Frage, in welchen Fällen und auf welche Weise die Enteignung, die Ablösung, der Austausch, die Flurbereinigung usw. durchzuführen sind, würden die Bauernkomitees, wenn politische Freiheit herrschte, zehnmal besser fertig werden als die Adelskomitees, die aus Vertretern einer Minderheit bestanden und im Interesse dieser Minderheit tätig waren. Nur Leute, die gewohnheitsmäßig die revolutionäre Aktivität der Massen stark unterschätzen, können diesem Einwand Bedeutung beimessen.

* reinen Blutes. *Die Red.*

Hier stoßen wir auf den vierten und letzten Einwand. Wenn man schon auf die revolutionäre Aktivität der Bauernschaft reche und für sie nicht ein Minimal-, sondern ein Maximalprogramm aufstelle, so müsse man konsequent sein und entweder die bäuerliche „schwarze Umteilung“ oder die bürgerliche Nationalisierung des Grund und Bodens fordern! „Wollten wir“, schreibt Martynow, „eine wirkliche (sic!*) Klassenlosung für die Masse der landarmen Bauernschaft finden, so müßten wir weitergehen — wir müßten die Forderung der ‚schwarzen Umteilung‘ aufstellen, das aber hieße dem sozialdemokratischen Programm Ade sagen.“

Diese Betrachtung verrät unverkennbar den „Ökonomen“ und ruft einem das Sprichwort von den Leuten in Erinnerung, die sich die Stirn zerschlagen, wenn man sie zu Gott beten läßt.

Ihr seid für *eine* der Forderungen eingetreten, die *bestimmten* Interessen einer bestimmten Schicht von Kleinproduzenten entsprechen: *folglich* müßt ihr euren Standpunkt aufgeben und euch auf den Standpunkt dieser Schicht stellen!! — Nein, das kann man keineswegs folgern, so urteilen nur „Nachtrabpolitiker“, die die Ausarbeitung eines Programms, das den großzügig verstandenen Interessen einer Klasse entspricht, mit der Liebedienerei vor dieser Klasse verwechseln. Obgleich wir die Vertreter des Proletariats sind, werden wir doch das Vorurteil unaufgeklärter Proletarier, daß man nur für Forderungen kämpfen dürfe, „die greifbare Resultate verheißen“, offen verurteilen. Wir unterstützen die fortschrittlichen Interessen und Forderungen der Bauernschaft, lehnen jedoch ihre reaktionären Forderungen entschieden ab. Die „schwarze Umteilung“ aber, diese höchst drastische Losung der alten Volkstümlerrichtung, stellt gerade ein Gemisch von revolutionären und reaktionären Ansichten dar. Und die Sozialdemokraten haben Dutzende Male erklärt, daß sie beileibe nicht so stur wie ein gewisser unkluger Vogel sind und die ganze Volkstümlerrichtung über Bord werfen, sondern deren revolutionäre, deren allgemeindemokratische Grundgedanken herauschälen und zu ihren eigenen machen. In der Forderung der schwarzen Umteilung ist die Utopie, daß man den bäuerlichen Kleinbetrieb verallgemeinern und verewigen könne, reaktionär, aber sie hat auch (neben der Utopie, daß die „Bauernschaft“ Trägerin eines *sozialistischen* Umsturzes sein könne) eine revolutionäre Seite, und

* so! Die Red.

zwar ist das der Wunsch, durch einen Bauernaufstand alle Überreste des Leibeigenschaftssystems hinwegzufegen. Die Forderung nach Rückgabe der Bodenabschnitte greift unseres Erachtens aus all den zwiespältigen und widerspruchsvollen Forderungen der Bauern gerade das heraus, was in der Richtung der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung nur revolutionär wirken kann und darum die Unterstützung des Proletariats verdient. Die Aufforderung Martynows, „weiterzugehen“, führt in Wahrheit nur zu dem Unsinn, daß wir die „wirkliche“ Klassenlosung der Bauernschaft vom Standpunkt der *wirklichen* Vorurteile der Bauernschaft und nicht vom Standpunkt der *wirklich richtig verstandenen* Interessen des Proletariats aus bestimmen.

Anderes steht es um die Nationalisierung des Grund und Bodens. Diese Forderung (wenn man sie im bürgerlichen und nicht im sozialistischen Sinn auffaßt) ist tatsächlich „weitergehend“ als die Forderung nach Rückgabe der Bodenabschnitte, und im Prinzip teilen wir diese Forderung durchaus. In einem bestimmten revolutionären Augenblick werden wir es selbstverständlich nicht unterlassen, sie aufzustellen. Aber unser jetziges Programm arbeiten wir nicht nur und sogar nicht so sehr für die Zeit des revolutionären Aufstands aus als vielmehr für die Zeit der politischen Sklaverei, für die Zeit, die der politischen Freiheit vorangeht. In einer solchen Zeit aber bringt die Forderung nach Nationalisierung des Grund und Bodens die unmittelbaren Aufgaben der demokratischen Bewegung im Kampf gegen die Leibeigenschaft *viel schwächer* zum Ausdruck. Die Forderung nach Gründung von Bauernkomitees und nach Rückgabe der Bodenabschnitte entfacht unmittelbar den Klassenkampf im Dorfe, und deshalb kann sie zu keinem Experiment im Geiste des Staatssozialismus Anlaß geben. Umgekehrt lenkt die Forderung nach Nationalisierung des Grund und Bodens bis zu einem gewissen Grade die Aufmerksamkeit von den krassesten Erscheinungsformen und den stärksten Überbleibseln der Leibeigenschaft ab. Daher kann und muß unser Agrarprogramm unverzüglich aufgestellt werden, als ein Mittel, die demokratische Bewegung in der Bauernschaft voranzutreiben. Dagegen wäre es nicht nur unter der Selbstherrschaft, sondern auch in einer halbkonstitutionellen Monarchie einfach falsch, die Forderung nach Nationalisierung aufzustellen, denn diese Forderung wird, wenn es noch keine fest eingebürgerten und tiefverwurzelten demokratischen politischen Einrichtungen gibt, viel eher die

Gedanken auf sinnlose staatssozialistische Experimente ablenken als einen Anstoß geben zur „freien Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande“*.

Deshalb meinen wir, daß das Maximum unseres Agrarprogramms auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nicht über die demokratische Revision der Bauernreform hinausgehen darf. Die Forderung nach Nationalisierung des Grund und Bodens, die grundsätzlich durchaus richtig und für bestimmte Zeitpunkte durchaus geeignet ist, ist in diesem Augenblick politisch unzweckmäßig.

Interessehalber sei festgestellt, daß Nadeshdin in seinem Bestreben, eben zu einem solchen Maximum wie der Nationalisierung des Grund und Bodens zu gelangen, vom Weg abgeirrt ist (zum Teil unter dem Einfluß seines Entschlusses, sich im Programm auf „Forderungen, die für den Bauern *verständlich* und notwendig sind“, zu beschränken). Nadeshdin formuliert die Forderung der Nationalisierung folgendermaßen: „Umwandlung der Staats-, Apanagen-, Kirchen- und Gutsbesitzerländereien in Volkseigentum, in einen nationalen Fonds zwecks Überlassung in langfristige Pacht und zu den günstigsten Bedingungen an die werktätige Bauernschaft“. Dem „Bauern“ wird diese Forderung zweifellos verständlich sein — dem Sozialdemokraten aber sicher nicht. Die Forderung nach Nationalisierung des Grund und Bodens ist nur als bürgerliche und nicht als sozialistische Maßnahme eine grundsätzlich durchaus richtige Forderung des sozialdemokratischen Programms, denn im sozialistischen Sinne fordern wir die Nationalisierung *aller* Produktionsmittel. Bleiben wir aber auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft, so können wir nur die Übergabe der Grundrente an den Staat fordern — eine Übergabe, die an sich die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft keineswegs aufhalten, sie im Gegenteil sogar beschleunigen würde. Darum dürfte ein Sozialdemokrat, der die bürgerliche Nationalisierung des Grund

* Sehr richtig hat Kautsky in einem seiner Aufsätze gegen Vollmar bemerkt: „Die vorgeschrittenen Arbeiter Englands dürfen die Verstaatlichung des Grund und Bodens verlangen. Wohin würde es dagegen führen, wenn der ganze Grund und Boden des Militär- und Polizeistaats Deutschland zu einer Domäne würde? Die Verwirklichung dieser Art Staatssozialismus finden wir, wenigstens zum großen Teil in — Mecklenburg.“ („Vollmar und der Staatssozialismus“, „Die Neue Zeit“, 1891—1892, X., 2., S. 710.)

und Bodens unterstützt, erstens das Bauernland keinesfalls ausschließen, wie es Nadeshdin getan hat. Wenn wir die *private* Bodenbewirtschaftung aufrechterhalten und nur das private Grundeigentum abschaffen, so wäre es geradezu reaktionär, wollte man *in dieser Beziehung* für den Kleinrentner eine Ausnahme machen. Zweitens würde ein Sozialdemokrat bei einer *solchen* Nationalisierung entschieden dagegen sein, daß man bei der Verpachtung des nationalen Bodens die „werkstätige Bauernschaft“ den kapitalistischen Unternehmern in der Landwirtschaft vorzieht. Diese Bevorzugung wäre, die Herrschaft oder Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise vorausgesetzt, wiederum reaktionär. Fände sich ein demokratisches Land, das die bürgerliche Nationalisierung des Grund und Bodens durchführen würde, so dürfte das Proletariat dieses Landes weder den Klein- noch den Großpächtern den Vorzug geben, sondern müßte unbedingt fordern, daß *jeder* Pächter die gesetzlichen Bestimmungen über den Arbeitsschutz (den maximalen Arbeitstag, die Einhaltung der sanitären Vorschriften usw. usf.) wie auch über die rationelle Behandlung des Bodens und des Viehs einhalte. Tatsächlich würde ein solches Verhalten des Proletariats bei der bürgerlichen Nationalisierung selbstverständlich gleichbedeutend damit sein, daß es den Sieg des Großbetriebs über den Kleinbetrieb beschleunigt (wie dieser Sieg in der Industrie durch die Fabrikgesetzgebung beschleunigt wird).

Das Bestreben, um jeden Preis „dem Bauern verständlich“ zu sein, hat Nadeshdin hier in den Dschungel der reaktionären kleinbürgerlichen Utopie verlockt.*

* Was Nadeshdin betrifft, so hat er sich in seinem Entwurf des Agrarprogramms unseres Erachtens einer großen Inkonsequenz schuldig gemacht, als er die Umwandlung all und jedes Grund und Bodens *außer dem Bauernland* „in Volkseigentum“ und die Überlassung des „nationalen (Boden-)Fonds“ „in langfristige Pacht an die *werkstätige Bauernschaft*“ forderte. Erstens durfte ein Sozialdemokrat aus der allgemeinen Nationalisierung des Grund und Bodens das Bauernland nicht ausschließen. Zweitens würde er die Nationalisierung des Grund und Bodens nur als Übergang zum kommunistischen Großbetrieb, nicht aber zum individualistischen Kleinbetrieb propagieren. Nadeshdins Fehler ist vermutlich auf seinen Entschluß zurückzuführen, sich im Programm auf „Forderungen, die für den Bauern *verständlich*“ (hervorgehoben von mir) „und notwendig sind“, zu beschränken.³⁷

Somit überzeugt uns die Analyse der Einwände gegen die Forderung nach Rückgabe der Bodenabschnitte, daß diese Einwände nicht stichhaltig sind. Wir müssen die Forderung nach einer demokratischen Revision der Bauernreform, und zwar ihrer Agrarumgestaltungen erheben. Um aber den Charakter, die Grenzen und die Art der Durchführung dieser Revision genau zu bestimmen, müssen wir die Gründung von Bauernkomitees fordern, denen das Recht der Enteignung, der Ablösung, des Austauschs usw. jener „Bodenabschnitte“ zusteht, dank denen sich die Überbleibsel der Fronwirtschaft erhalten haben.

VIII

Im engen Zusammenhang mit dem 4. Punkt unseres Entwurfs des Agrarprogramms steht der 5. Punkt, in dem „Bevollmächtigung der Gerichte, übermäßig hohe Pachtzinsen herabzusetzen und Verträge mit knechtendem Charakter für ungültig zu erklären“, gefordert wird. Wie der 4. Punkt, so richtet sich auch dieser gegen die Schuldknechtschaft. Im Gegensatz zum 4. Punkt verlangt er nicht eine einmalige Überprüfung und Umgestaltung der Agrarverhältnisse, sondern die ständige Revision der zivilen Rechtsverhältnisse. Diese Revision wird den „Gerichten“ überlassen, wobei wir selbstverständlich nicht solch klägliche Parodie auf das Gerichtswesen im Auge haben wie die „Institution“ der Landeshauptleute (oder auch nur der Friedensrichter, die von den besitzenden Klassen aus den Reihen der Besitzenden gewählt werden), sondern jene Gerichte, von denen in § 16 des vorhergehenden Abschnitts unseres Programmentwurfs die Rede ist. Dieser § 16 fordert die „Errichtung von Gewerbegerichten in allen Zweigen der Volkswirtschaft“ (also auch in der Landwirtschaft), „paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer“. Eine solche Zusammensetzung würde den demokratischen Charakter des Gerichts sichern und die Gewähr bieten, daß die verschiedenen Klasseninteressen der verschiedenen Schichten der Landbevölkerung frei zum Ausdruck kommen. Der Klassenantagonismus wäre nicht verdeckt durch das Feigenblatt eines verrotteten Bürokratismus — dieses übertünchten Sarges für die Leiche der Volksfreiheit —, nein, er würde klipp und klar vor aller Augen treten und dadurch die Landbewohner aus ihrem

patriarchalischen Schlummer rütteln. Die genaue Kenntnis der Agrarverhältnisse im allgemeinen und ihrer örtlichen Eigenarten im besonderen wäre vollkommen gesichert durch die Wählbarkeit der Richter aus ortsansässigen Leuten. Für die Masse der Bauern, die man weder unter die Nur-„Arbeiter“ noch unter die Nur-„Unternehmer“ einreihen kann, würden natürlich besondere Bestimmungen festgelegt, um die gleichmäßige Vertretung aller Schichten der Landbevölkerung zu gewährleisten. Wir Sozialdemokraten würden dabei unter allen Umständen unbedingt erstens auf einer *besonderen* Vertretung der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter, wie gering ihre Zahl auch sein möge, und zweitens auf möglichst getrennten Vertretungen der minderbemittelten und der wohlhabenden Bauernschaft bestehen (denn die Vermengung dieser beiden Kategorien ergibt nicht nur in der Statistik ein falsches Bild, sondern führt auch auf allen Lebensgebieten zur Unterdrückung und Benachteiligung der ersten Kategorie durch die zweite).

Die Zuständigkeit dieser Gerichte wäre eine doppelte: erstens hätten sie das Recht, die Pachtzinsen *herabzusetzen*, wenn sie „übermäßig hoch“ sind. Schon diese Worte des Programms drücken mittelbar aus, daß diese Erscheinung als weitverbreitet anerkannt wird. Öffentliche und als streitige Verfahren ausgetragene Gerichtsverhandlungen über die Höhe des Pachtzinses brächten sogar abgesehen von den Gerichtsurteilen gewaltigen Nutzen. Herabsetzungen des Pachtzinses (auch wenn das nur selten vorkommen sollte) trügen ihr Teil dazu bei, die Überreste der Leibeigenschaft zu beseitigen. Bekanntlich hat bei uns auf dem Lande die Pacht öfter leibeigenschaftlichen als bürgerlichen Charakter, und der Pachtzins ist viel eher eine „Geldrente“ (d. h. eine verwandelte feudale Rente) als eine kapitalistische Rente (d. h. ein Überschuß über den Unternehmerprofit). Die Herabsetzung des Pachtzinses würde folglich die Ablösung der leibeigenschaftlichen Wirtschaftsformen durch die kapitalistischen unmittelbar fördern.

Zweitens hätten die Gerichte das Recht, „Verträge mit knechtendem Charakter für ungültig zu erklären“. Der Begriff „Knechtschaft“ wird hier nicht definiert, denn es wäre gar nicht erwünscht, die gewählten Richter in der Anwendung dieses Punktes zu beengen. Was Knechtschaft ist, das weiß der russische Bauer nur zu gut! Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus umfaßt dieser Begriff aber alle Abmachungen, die Elemente des

Wuchers (Verdingung im Winter usw.) oder der *Leibeigenschaft* (Arbeit für Flurschaden usw.) enthalten.

Einen etwas anderen Charakter trägt der 3. Punkt über die Rückerstattung der Ablöseghelder an das Volk. Hier scheiden jene Zweifel hinsichtlich des Kleineigentums aus, die der 4. Punkt hervorruft, dafür aber weisen die Opponenten sowohl auf die praktische Undurchführbarkeit dieser Forderung wie auf das Fehlen eines logischen Zusammenhangs zwischen ihr und dem allgemeinen Teil unseres Agrarprogramms hin (= „Beseitigung der Überreste der Leibeigenschaftsordnung und freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande“). Niemand wird aber leugnen, daß gerade die Überreste der Leibeigenschaft in ihrer Gesamtheit jene ständigen Hungersnöte von Millionen Bauern bewirken, die Rußland von allen zivilisierten Nationen sofort unterscheiden. Sogar die Selbstherrschaft sieht sich daher genötigt, immer häufiger einen besonderen (selbstverständlich höchst kümmerlichen und mehr von den beamteten Kassendieben und Bürokraten geplünderten als den Hungernden zugute kommenden) „Fonds für kulturelle und wohltätige Zwecke der Dorfgemeinschaften“ zu schaffen. Auch wir können nicht umhin, neben anderen demokratischen Umgestaltungen die Schaffung eines solchen Fonds zu verlangen. Dagegen läßt sich wohl kaum etwas einwenden.

Es fragt sich nun, welcher Quelle sollen die Mittel für diesen Fonds entnommen werden? Soweit wir beurteilen können, ließe sich hier auf die progressive Einkommensteuer verweisen: die Sätze speziell für das Einkommen der reichen Leute erhöhen und diese Beträge für den erwähnten Fonds verwenden. Es wäre durchaus gerecht, daß die vermögendsten Staatsbürger am meisten beitragen zur Speisung der Hungernden und zu den Ausgaben für die möglichst weitgehende Beseitigung des durch die Hungersnöte verursachten Elends. — Wir hätten auch gegen eine solche Maßnahme nichts, von der im Programm nicht besonders gesprochen zu werden braucht, da sie ohne weiteres in der Forderung der progressiven Einkommensteuer enthalten ist, die im Programm besonders erwähnt wird. Warum sich aber auf diese Quelle beschränken? Warum nicht versuchen, dem Volke außerdem wenigstens einen Teil jenes Tributs zurückzugeben, den die gestrigen Sklavenhalter mit Hilfe des Polizeistaates von den Bauern erhoben haben und bis heute erheben? Steht dieser Tribut etwa nicht in engster Verbindung mit den *gegenwärtigen* Hungersnöten? Und

wird die Forderung nach Rückgabe dieses Tributs uns nicht den größten Dienst leisten bei der Ausweitung und Vertiefung der revolutionären Empörung der Bauern gegen alle Fronherren und jederlei Fronknechtschaft?

Dieser Tribut *kann aber nicht* ganz zurückerstattet werden, erwidert man uns. Sehr richtig (wie man auch die Bodenabschnitte nicht ganz zurückerstatten kann)! Kann man aber schon nicht die ganze Schuld zurück-erhalten, weshalb nicht einen Teil davon eintreiben? Was läßt sich einwenden gegen eine Sonderbesteuerung des Grundeigentums jener adligen Großgrundbesitzer, die Ablösekredite in Anspruch genommen haben? Die Anzahl solcher Eigentümer von Latifundien (die manchmal sogar in unveräußerliche und unteilbare Erbgüter verwandelt worden sind) ist in Rußland sehr groß, und es wäre nur recht und billig, ihnen eine besondere Verantwortung für die Hungersnöte der Bauern aufzuerlegen. Noch gerechter wäre die vollständige Beschlagnahme der Klostergüter und der Apanageländereien, da diese ein Eigentum darstellen, das von den Überlieferungen der Leibeigenschaft am stärksten durchdrungen ist, das zur Bereicherung der reaktionärsten und für die Gesellschaft schädlichsten Nichtsteuer dient und zugleich einen beträchtlichen Teil des Grund und Bodens dem Zivil- und Handelsverkehr entzieht. Die Beschlagnahme solcher Güter läge also vollkommen im Interesse der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung*, sie wäre eben eine solche teilweise bürgerliche Nationalisierung des Grund und Bodens, die unter keinen Umständen zum Gaukelspiel eines „Staatssozialismus“ führen könnte; sie hätte eine unmittelbare und gewaltige politische Bedeutung für die Festigung der demokratischen Einrichtungen eines *neuen* Rußlands; zugleich aber würde sie auch zusätzliche Mittel für die Unterstützung der Hungernden flüssig machen.

IX

Was schließlich die beiden ersten Punkte unseres Agrarprogramms anbelangt, so erübrigt es sich, lange bei ihnen zu verweilen. Die „Aufhebung

* Was die Verpachtung dieser beschlagnahmten Güter betrifft, so müßte die Sozialdemokratie schon jetzt keine besondere Bauernpolitik, sondern eben jene Politik verfolgen, die wir oben, in den Ausführungen gegen Nadeshdin, umrissen haben.

der Ablöse- und Fronzinszahlungen wie auch aller übrigen Lasten, die heute der Bauernschaft als abgabepflichtigem Stand auferlegt sind“ (Punkt 1) — ist etwas für jeden Sozialdemokraten Selbstverständliches. Soweit wir beurteilen können, tauchen hier auch keinerlei Zweifel über die praktische Durchführung dieser Maßnahme auf. Der 2. Punkt fordert die „Aufhebung der solidarischen Haftung und aller Gesetze, die den Bauern...“ (man beachte: „den Bauern“ und nicht „die Bauern“) „...in der freien Verfügung über sein Land beschränken“. Hier müssen einige Worte über die vielgepriesene und vielzitierte „Dorfgemeinde“ gesagt werden. Tatsächlich wird natürlich die Aufhebung der solidarischen Haftung (diese Reform wird Herr Witte wohl noch vor der Revolution durchführen können), die Abschaffung der ständischen Gliederung, die Freizügigkeit und das freie Verfügungsrecht über den Grund und Boden für jeden einzelnen Bauern zur unvermeidlichen und raschen Beseitigung jener fiskalisch-fronherrlichen Bürde führen, welche die heutige Bodengemeinschaft zu drei Vierteln ist. Aber dieses Ergebnis wird nur die Richtigkeit unserer Ansichten über die Dorfgemeinde beweisen, es wird deren Unvereinbarkeit mit der gesamten gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus beweisen. Dieses Ergebnis wird indes keineswegs durch irgendeine von uns empfohlene Maßnahme „gegen die Dorfgemeinde“ zustande kommen, da wir *nie eine Maßnahme* verteidigt haben und verteidigen werden, die sich unmittelbar gegen dieses oder jenes System der bäuerlichen Flurregelung richtet. Mehr als das: Wir werden die Dorfgemeinde als demokratische Organisation der örtlichen Selbstverwaltung, als genossenschaftliche oder nachbarschaftliche Vereinigung unbedingt gegen alle bürokratischen Anschläge verteidigen, wie sie bei den Feinden der Dorfgemeinde aus dem Lager der „Moskowskije Wedomosti“³⁸ so beliebt sind. Wir werden niemandem und niemals helfen, „die Dorfgemeinde zu zerstören“, doch werden wir bedingungslos die Aufhebung aller Einrichtungen anstreben, die dem Demokratismus widersprechen, *welchen Einfluß diese Aufhebung auf eine generell oder im einzelnen erfolgende Unterteilung des Grund und Bodens usw. auch haben mag*. Darin besteht der Hauptunterschied zwischen uns und den offenen oder geheimen, konsequenten oder inkonsequenten, schüchternen oder kühnen Volkstümlern, die einerseits „natürlich“ Demokraten sind, andererseits aber Angst haben, ihre Stellung zu solch elementaren demokrati-

schen Forderungen wie der *vollständigen* Freizügigkeit, der *vollständigen* Abschaffung des ständischen Charakters der bäuerlichen Dorfgemeinde und *folglich* auch der vollständigen Aufhebung der solidarischen Haftung, der Aufhebung aller Gesetze, die den Bauern in der freien Verfügung über sein Land beschränken, entschieden und unzweideutig festzulegen.*

Man wird uns erwidern: Gerade die letztgenannte Maßnahme, die den individuellen Willen jedes einzelnen Bauern heiligt, zerstöre die Dorfgemeinde nicht nur als System der Umteilung usw., sondern sogar als genossenschaftliche, nachbarschaftliche Vereinigung. Jeder einzelne Bauer werde berechtigt sein, gegen den Willen der Mehrheit zu verlangen, daß man ihm sein Land als besonderes Grundstück abtrenne. Widerspreche das nicht dem allgemeinen Bestreben aller Sozialisten, die Erweiterung und nicht die Einengung der Kollektivrechte gegenüber dem Individuum zu fördern?

Wir antworten darauf: Aus unserer Formulierung ergibt sich noch nicht, daß jeder Bauer das Recht haben soll, zu verlangen, daß ihm sein Land unbedingt als besonderes Grundstück abgetrennt werde. Es ergibt sich daraus nur die Freiheit des Bodenverkaufs, wobei auch dieser Freiheit das Recht der Mitglieder der Dorfgemeinde, den zum Verkauf angebotenen Boden bevorzugt zu kaufen, nicht widerspricht.

Die Aufhebung der solidarischen Haftung muß alle ortsansässigen Mitglieder der bäuerlichen Dorfgemeinde in freie Mitbesitzer eines bestimmten Grundstücks verwandeln — wie sie dann über dieses Grundstück verfügen werden, das ist schon ihre Sache, das wird von den allgemeinen Zivilgesetzen und von ihren besonderen Abmachungen untereinander abhängen. Was aber die Erweiterung der Kollektivrechte gegenüber dem Individuum betrifft, so verfechten die Sozialisten sie nur dann, wenn diese Erweiterung den technischen und sozialen Fortschritt fördert.** In

* Gerade an diesem Prüfstein muß man die zahlreichen Radikalen in Rußland (und sogar die Revolutionäre — aus dem „Westnik Russkoi Rewoluzii“) erproben, die dazu neigen, in dieser Frage zwischen zwei Stühlen zu sitzen.

** Kautsky z. B. betrachtet es als richtig, folgendes zu verlangen: „Einschränkung der Rechte des Privateigentums am Boden zur Förderung: 1. der Separation, der Aufhebung der Gemengelage; 2. der Landeskultur; 3. der Seuchenverhütung“ („Die Agrarfrage“, S. 437). Solche vollauf berechtigten Forderungen stehen mit der bäuerlichen Dorfgemeinde in keiner Verbindung und sollten in keine Verbindung mit ihr gebracht werden.

dieser Form würden selbstverständlich auch wir jedes entsprechende Gesetz verteidigen, vorausgesetzt freilich, daß es sich nicht nur auf die Kleinrentner, nicht nur auf die Bauern, sondern auf *alle* Grundeigentümer überhaupt bezieht.

X

Abschließend wollen wir die Leitsätze zusammenfassen, die unserem Agrarprogramm zugrunde gelegt worden sind. Jeder, der Gelegenheit hatte, an der Ausarbeitung eines Programms teilzunehmen oder Einzelheiten dieser Ausarbeitung in anderen Ländern kennenzulernen, weiß, daß man ein und denselben Gedanken auf die verschiedenste Art und Weise ausdrücken kann. Für uns ist es wichtig, daß alle Genossen, deren Urteil wir jetzt unsern Entwurf unterbreiten, sich vor allem und in erster Linie über die Hauptgrundsätze einigen. Dann werden diese oder jene Besonderheiten der Formulierung nicht mehr von entscheidender Bedeutung sein.

Als Grundtatsache auch auf dem Gebiet der russischen Agrarverhältnisse betrachten wir den Klassenkampf. Wir bauen unsere ganze Agrarpolitik (und folglich auch das Agrarprogramm) auf der strikten Anerkennung dieser Tatsache mit allen sich hieraus ergebenden Folgen auf. Es ist unser nächstes Hauptziel, den Weg zu bahnen für die freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande, des Klassenkampfes des Proletariats, der auf die Verwirklichung des Endziels der internationalen Sozialdemokratie, auf die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Schaffung der Grundlagen für die sozialistische Gesellschaft gerichtet ist. Indem wir den Klassenkampf zu unserem Leitfaden in allen „Agrarfragen“ machen, trennen wir uns entschieden und unwiderruflich von den in Rußland so zahlreichen Anhängern der halbschlächtigen und verschwommenen Theorien: der „volkstümlichen“, der „ethisch-soziologischen“, der „kritischen“, der sozialreformerischen und wie sie alle heißen mögen!

Um den Weg für die freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande zu bahnen, ist es notwendig, alle Überreste der Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen, die jetzt die Keime der kapitalistischen Antagonismen innerhalb der Landbevölkerung *verdecken* und ihre Entwicklung

verhindern. Und wir unternehmen einen letzten Versuch, der Bauernschaft zu helfen, mit einem einzigen entscheidenden Schlag alle diese Überreste hinwegzufegen — einen „letzten“, weil auch der sich entwickelnde russische Kapitalismus spontan dieselbe Arbeit leistet, demselben Ziele entgegengeht, aber auf dem ihm eigenen Weg der Gewalt und der Unterdrückung, des Ruins und des Hungertodes. Der Übergang von der leibeigenschaftlichen Ausbeutung zur kapitalistischen ist unvermeidlich, und es wäre eine schädliche, reaktionäre Illusion, ihn aufhalten oder ihm „ausweichen“ zu wollen. Dieser Übergang ist aber auch in der Form des gewaltsamen Sturzes jener Nachfolger der Fronherren denkbar, die, gestützt nicht auf die „Macht des Geldes“, sondern auf die Traditionen der einstigen Macht der Sklavenhalter, der patriarchalischen Bauernschaft jetzt den letzten Tropfen Blut aussaugen. Diese patriarchalische Bauernschaft, die in der Naturalwirtschaft von ihrer Hände Arbeit lebt, ist zum Untergang verurteilt, aber sie ist durchaus nicht „unbedingt“, nicht durch ein „immanentes“ Gesetz der gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklung zu den Foltern der „Steuereintreibungen“ und der Prügelstrafen, zu den Qualen eines langwierigen Hungertodes, eines entsetzlich langsamen Hinsterbens verdammt.

Und so fordern wir, ohne uns Illusionen über die Möglichkeit eines Wohlstands oder auch nur eines erträglichen Daseins der Kleinproduzenten in der kapitalistischen Gesellschaft (zu der sich Rußland immer mehr entwickelt) zu machen, die vollständige und bedingungslose, nicht reformerische, sondern revolutionäre Aufhebung und Beseitigung der Überreste der Leibeigenschaft. Wir betrachten das Land, das die Regierung der Adligen den Bauern weggenommen hat und mittels dessen die Bauern bis zum heutigen Tag in faktischer Sklaverei gehalten werden, als Bauernland. Wir werden derart — ausnahmsweise und kraft besonderer geschichtlicher Umstände — zu Verteidigern des Kleineigentums, aber wir verteidigen es nur in seinem Kampfe gegen das, was vom „alten Regime“ übriggeblieben ist, und nur unter der Bedingung, daß mit jenen Einrichtungen aufgeräumt wird, welche die Umwandlung des patriarchalischen, in seiner Unbeweglichkeit, Geducktheit und Verwahrlosung erstarrten Oblomow-Dorfes aufhalten; unter der Bedingung, daß volle Freizügigkeit und freie Verfügung über den Boden hergestellt, daß die ständische Gliederung vollständig abgeschafft wird. Die demokratische Revision des russi-

schen Staats- und Zivilrechts wollen wir ergänzen durch die demokratische, revolutionäre Revision der berüchtigten „Bauernreform“.

Geleitet von diesen Grundsätzen der Agrarpolitik, wird der russische Sozialdemokrat, wenn er aufs Land kommt, instande sein, sich in dem verwickelten Netz der dortigen Verhältnisse zurechtzufinden und ihnen seine streng konsequente revolutionäre Propaganda und Agitation „anzupassen“. Eine möglicherweise entstehende Bauernbewegung (die mancherorts, wie es scheint, schon begonnen hat) wird ihn dann nicht überraschen. Er wird sich nicht auf jene Forderungen zugunsten der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter beschränken, die in dem Abschnitt unseres Programms über die nächsten „Arbeiter“forderungen ausführlich dargelegt sind und die er selbstverständlich immer und überall aufstellen wird. Er wird instande sein, auch in der Bauernschaft jene allgemein-demokratische Bewegung voranzutreiben, die (sollte es ihr bei uns auf dem Lande beschieden sein, über den Embryonalzustand hinauszuwachsen) mit dem Kampf gegen die ländlichen Fronherren beginnen und mit dem Aufstand gegen den machtvollsten und niederträchtigsten Überrest der Leibeigenschaft, der zaristische Selbstherrschaft heißt, enden wird.

*

PS. Der vorliegende Artikel wurde in diesem Frühjahr, vor dem Ausbruch der Bauernaufstände im Süden Rußlands geschrieben. Die grundsätzlichen Thesen des Artikels fanden ihre volle Bestätigung durch diese Ereignisse. Über die taktischen Aufgaben aber, die jetzt besondere Bedeutung für unsere Partei und ihre „Land“arbeit gewinnen, hoffen wir, das nächste Mal sprechen zu können.

BRIEF AN DIE SEMSTWOLEUTE

Wir bringen hier ungekürzt einen hektographierten Brief an die Semstwowpolitiker, der während der letzten Session der Semstwoversammlungen von Hand zu Hand ging (in unsere Hände ist er leider erst in der allerletzten Zeit gelangt).

„Geehrter Herr!

Die schweren Verhältnisse, in denen sich Rußland, das russische Volk und das russische Semstwo gegenwärtig befinden, veranlassen uns, den vorliegenden Brief an Sie, geehrter Herr, zu richten, in der Annahme, daß die hier ausgesprochenen Gedanken und Absichten Ihre Zustimmung finden werden.

Die lange Reihe trauriger und empörender Tatsachen, deren stumme Zeugen wir in der letzten Zeit gewesen sind, lastet wie eine düstere Wolke auf dem öffentlichen Gewissen, und jeder gebildete Mensch sieht sich vor die verhängnisvolle Frage gestellt: Darf man weiterhin politisch untätig sein und passiv teilnehmen an der fortschreitenden Verelendung und Verderbnis der Heimat?

Die chronischen Mißernten und der unerträgliche Steuerdruck in Gestalt von Ablösegeldern und aller Art Abgaben haben das Volk buchstäblich an den Bettelstab gebracht und richten es physisch zugrunde.

Die Tatsache, daß der Bauernschaft auch der bloße Schein einer Selbstverwaltung genommen ist, die kleinliche Bevormundung durch beamtete und nicht-beamtete Vertreter der ‚starken Regierung‘ und die künstliche geistige Hungersnot, in der die ungebetenen Verfechter der ‚eigenwüchsigen und gesetzmäßigen Ordnung‘ das Volk halten, schwächen seine geistige Kraft, seine Selbsttätigkeit und Energie.

Die Produktivkräfte des Landes werden von einheimischen und ausländischen Politikern unter gnädiger Mitwirkung von Abenteurern, die mit dem

Schicksal der Heimat spielen, frech geplündert. Vergeblich ist die ‚wohlwollende Regierung‘ bemüht, den lebendigen und planmäßigen Kampf der ökonomischen Gruppen des Landes durch eine Reihe widerspruchsvoller und in Eile ersonnener Maßnahmen zu ersetzen. Fürsorgliche ‚Mitwirkung‘ und ‚Begutachtung‘ sind machtlos gegenüber den unheilvollen Anzeichen des wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruchs Rußlands: den landwirtschaftlichen, industriellen und finanziellen Krisen — den glänzenden Ergebnissen einer Zufalls- und Abenteuerpolitik. Die Presse ist geknebelt und der Möglichkeit beraubt, auch nur einen Teil der Verbrechen aufzudecken, die von den Ordnungshütern stündlich an Freiheit und Ehre der russischen Bürger begangen werden. Nur sinnlose und grausame Willkür erhebt herrisch ihre Stimme und herrscht über der ganzen unendlichen Weite unseres zugrunde gerichteten, erniedrigten und beleidigten Heimatlandes, ohne irgendwo auf gebührende Abwehr zu stoßen.

Bei dieser Lage der Dinge ist es ganz natürlich, daß die Regierung gegen die kleinsten Äußerungen privater und öffentlicher Initiative, gegen die Tätigkeit öffentlicher Vereinigungen jeder Art, insbesondere gegen die Semstwoinstitutionen — diesen Grundstein, auf dem das Rußland der sechziger Jahre ein neues Reich errichtet zu sehen hoffte — ein systematisches Mißtrauen hegt. Durch die triumphierende Bürokratie sind die Semstwoinstitutionen zu einem langsamen Tode verurteilt, und mit jedem Jahr wird ihrer Lebenstätigkeit, ihrer Bedeutung und Autorität in den Augen der Öffentlichkeit und des Volkes, das die Semstvos von der bürokratischen Verwaltung kaum noch unterscheidet, ein neuer Schlag versetzt. Die Semstwoversammlungen sind trotz dem klar zum Ausdruck gekommenen Protest aller fortschrittlichen Gruppen des Landes in ständisch-bürokratische Beratungen verwandelt worden und haben jede Verbindung mit der Masse des russischen Volkes verloren. Die Semstwoämter werden zu Anhängseln der Gouverneurskanzleien, verlieren ihre Selbständigkeit und nehmen allmählich alle Mängel einer Amtsstelle an. Die Semstwowahlversammlungen hat man zu einer Posse erniedrigt. Die geringe Zahl der Wähler und deren Einteilung in Ständegruppen nehmen den Versammlungen die Möglichkeit, die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen durch gewählte Abgeordnete zum Ausdruck zu bringen, und verwandeln sie in einen Tummelplatz kleinlicher und persönlicher Eitelkeiten.

Die Funktionen der Semstwoinstitutionen werden langsam aber sicher eingeengt. Das Ernährungswesen ist der Zuständigkeit des Semstvos entzogen. Bei der Taxation ist das Semstwo zum Vollstrecker der behördlichen Verordnungen geworden. Im Volksbildungswesen hat das Semstwo kaum noch mitzureden. Das vom Ministerium Goremykin ausgearbeitete Ärztestatut ist for-

mell nicht aufgehoben und hängt wie ein Damoklesschwert über dem Semstwogesundheitswesen. Das schwarze Gespenst der Instruktion an die Beiräte der Schulen ist anscheinend verschwunden. Aber das Semstwo ist in keiner Weise gesichert vor einem neuen Auftauchen dieses Gespenstes, und zwar bereits in Gestalt eines Gesetzes, sowie vor dem damit verbundenen endgültigen Untergang der Semstwovolksschule. Den gegenseitigen Beziehungen zwischen den Semstwoinstitutionen der verschiedenen Gouvernements, deren Notwendigkeit zu einem abgedroschenen Gemeinplatz geworden ist, werden durch das letzte darauf bezügliche Zirkular des Innenministeriums neue Hindernisse in den Weg gelegt. Jeder Schritt des Semstvos als einer öffentlichen Institution ist durch ein verwickeltes Netz zahlreicher Zirkulare verschiedener Minister behindert, und der Semstwomann muß bei der Durchführung dieser oder jener Maßnahme eine Menge Zeit, Energie und Scharfsinn auf die undankbare Arbeit der Entwirrung dieses Netzes verwenden. Der berüchtigte Artikel 87 der Semstwoverordnung, und namentlich dessen zweiter Punkt, stellt die gesamte Tätigkeit der Semstvos dem Gutdünken des Gouverneurs anheim. Die Revisionen der Semstwoämter durch die Gouverneure werden immer häufiger; in Gestalt der ständigen Mitglieder des Gouvernementsamtes für Semstwoangelegenheiten richtet die Regierung ohne alle Umstände eine offizielle Beaufsichtigung des Semstvos ein. Durch das Gesetz über die Höchstgrenze der Steuer-
veranlagung durch das Semstwo gibt die Regierung offen ihr tiefes Mißtrauen gegen das Grundrecht des Semstvos zu, das Recht der eigenen Steuer-
veranlagung. Infolge der Einmischung des Polizeidepartements werden der Semstwo-
tätigkeit die besten Mitarbeiter, gewählte wie angestellte, entrissen. In naher
Zukunft werden wahrscheinlich die ministeriellen Vorlagen über die Kontrolle
der Geldoperationen des Semstvos durch Beamte der Staatskontrolle und über
die Regelung der Tätigkeit der Semstwoberatungskommissionen Gesetzeskraft
erlangen.

Den Gesuchen der Semstvos wird nicht stattgegeben, ja, sie werden nicht einmal auf dem hierfür vorgesehenen Dienstweg geprüft, sondern kraft der persönlichen Machtbefugnisse der Minister kurzerhand abgelehnt. Unter solchen Bedingungen ist es unmöglich, im Semstwo zu arbeiten und den ernststen Glauben an die Fruchtbarkeit dieser Arbeit zu bewahren. Vor unseren Augen spielt sich ein Prozeß stetig zunehmender Verkümmernng des Semstvos ab, insbesondere der Vollzugsorgane der Semstvos, der Semstwoämter. Aus den Semstvos scheidern Leute aus, die der Semstvosache von ganzem Herzen ergeben sind, aber den Glauben an eine fruchtbare Arbeit unter den gegenwärtigen Bedingungen verloren haben. An ihre Stelle tritt ein Semstwomann neuen Schlagens, tritt der Opportunist, der feige um den Namen, um die Form der Semstwo-

institutionen zittert und deren Würde durch widerliches Kriechen vor den Verwaltungsbehörden endgültig preisgibt. Das Ergebnis ist die innere Zersetzung des Semstvos, die viel schlimmer ist als eine formelle Aufhebung der Selbstverwaltung. Ein offener Feldzug der Regierung gegen den Semstwo-gedanken selbst könnte zu einer tiefgehenden Erregung der Gesellschaft führen, wovor die Bürokratie so große Angst hat. Aber vor unseren Augen bringt man den Grundsatz der Selbstverwaltung meuchlings um und trifft dabei unglücklicherweise auf keinen organisierten Widerstand.

Angesichts dieser Sachlage werden die verhältnismäßig geringfügigen materiellen Ergebnisse der Semstwotätigkeit keineswegs ergänzt durch ihre erzieherische Bedeutung, und die fast vierzigjährige Arbeit der Semstwoinstitutionen kann, was die Entwicklung des staatsbürgerlichen Denkens, des gesellschaftlichen Selbstbewußtseins und der Selbsttätigkeit anbelangt, für die nächste Zukunft spurlos verlorengehen. Von diesem Standpunkt aus fördert das ruhige, ergebene Abwarten der opportunistischen Semstwoleute lediglich den ruhm- und nutzlosen Tod der großen Idee der Semstwoinstitutionen. Nur durch energischen Kampf gegen den unsinnigen Gedanken, daß die Erörterung von Fragen, die über den Rahmen von Kleinigkeiten des örtlichen Lebens hinausgehen, ein Unheil für das Volk heraufbeschwöre, wird es möglich sein, die Semstvos aus der Sackgasse herauszuführen, in die das Bevormundungssystem sie gebracht hat. Das Semstwo muß diesen Popanz, der natürlich weder für das Volk noch für die Sicherheit des Staates gefährlich ist, diesen Gedanken, dessen Sinnlosigkeit selbst seine Verteidiger zynisch zugeben (siehe die vertrauliche Denkschrift Wittes „Selbstherrschaft und Semstwo“) bekämpfen, indem es in den Semstwoversammlungen offen und mutig Fragen von gesamtstaatlicher Bedeutung erörtert, die eng verknüpft sind mit den Nöten und Interessen der örtlichen Bevölkerung. Und je vielseitiger, vollständiger und energischer die Semstwoversammlungen derartige Fragen behandeln, desto klarer wird sich herausstellen, daß die öffentliche Erörterung der Volksnöte kein Unheil für das Volk heraufbeschwört, sondern einem solchen im Gegenteil vorbeugt, daß der Druck, der gegenwärtig auf der Presse liegt, nur den Feinden des Volkes Nutzen bringt, daß die polizeiliche Knebelung der Gedanken und Worte außerstande ist, ehrliche Staatsbürger heranzubilden, daß Gesetzlichkeit und Freiheit in keinem Gegensatz zueinander stehen. Die öffentliche Klärung aller dieser Fragen gleichzeitig in mehreren Gouvernements-Semstwoversammlungen würde zweifellos den größten Beifall aller Volksschichten finden und eine kraftvolle Regung des öffentlichen Gewissens hervorrufen. Wenn hingegen das Semstwo auf die gegenwärtige kritische Lage Rußlands überhaupt nicht reagiert, dann werden es natürlich die Herren

Sipjagin und Witte, nachdem sie es als Vertreter der Interessen der Arbeit ausgeschaltet haben, unbedenklich in endgültige ‚Übereinstimmung‘ mit dem gesamten System der Staatseinrichtungen bringen. Welche Formen diese ‚Übereinstimmung‘ annehmen wird, können wir uns — angesichts des Scharfsinns und der Erfindungsgabe der gegenwärtigen Machthaber im Lande — nur schwerlich vorstellen. War doch der Herr Innenminister so unverschämt und zeigte er doch eine so erstaunliche Mißachtung für den ‚bevorzugten‘ Stand im Reich, daß er dessen Erwählten — den Adelsmarschällen — die niederträchtige Rolle von Spitzeln übertrug, die den Inhalt der volkstümlichen Vorträge und die Vortragenden überwachen sollen.

Aus den dargelegten Erwägungen heraus sind wir der Auffassung, daß unsere Untätigkeit und die weitere demütige Hinnahme aller Experimente, denen die Bürokratie das Semstwo und ganz Rußland unterwirft, nicht nur eine Art Selbstmord ist, sondern auch ein schweres Verbrechen am Heimatland. Das Leben hat uns zur Genüge bewiesen, wie unbegründet, wie unsinnig die Taktik des Opportunismus ist, dieser Verkauf des ‚Erstgeburtsrechtes‘ für ein ‚Linsengericht‘; die autokratische Bürokratie hat sich zunächst das Erstgeburtsrecht angeeignet und uns jetzt auch noch das ‚Linsengericht‘ weggenommen. Schritt um Schritt sind uns fast alle unsere Bürgerrechte entzogen worden, und die vier Jahrzehnte, die seit dem Beginn der ‚großen Reformen‘ verflossen sind, haben uns auf den Punkt zurückgeworfen, von dem wir vor vierzig Jahren ausgegangen waren, als wir diese Reformen in Angriff nahmen. Haben wir noch viel zu verlieren, und womit läßt sich unser weiteres Stillschweigen rechtfertigen, wie läßt es sich anders erklären, als mit schmachvoller Feigheit und völligem Mangel an der Erkenntnis unserer Bürgerpflichten?

Als russische Staatsbürger, noch dazu ‚in gehobener Stellung‘, sind wir verpflichtet, die Rechte des russischen Volkes zu wahren und der autokratischen Bürokratie, die jede noch so geringe Äußerung von Freiheit und Selbständigkeit im Volksleben unterdrücken und das ganze russische Volk in einen unterwürfigen Sklaven verwandeln möchte, die gebührende Antwort zu geben. Als Semstwoleute sind wir ganz besonders verpflichtet, die Rechte der Semstwoinstitutionen zu wahren, sie gegen die Willkür und den Druck der Bürokratie zu verteidigen und ihr Recht auf Selbständigkeit und weitgehende Befriedigung der Bedürfnisse aller Volksschichten zu verfechten.

Hören wir also auf, wie schuldbewußte Schulknaben zu schweigen; beweisen wir endlich, daß wir mündige Bürger sind, und fordern wir, was uns von Rechts wegen gebührt — unser Recht auf die ‚Erstgeburt‘, unsere Staatsbürgerrechte.

Die autokratische Bürokratie gibt nie etwas freiwillig, sie gibt nur, was man

ihr abtrötzt, obgleich sie dabei den Anschein zu erwecken sucht, als trete sie einzig und allein aus Großmut von ihren ‚Rechten‘ zurück. Geschieht es einmal, daß sie mehr gewährt, als man ihr abgetrotzt hat, so nimmt sie sofort alle weitergehenden Zugeständnisse zurück, wie es mit unseren ‚großen Reformen‘ denn auch der Fall war. Die Regierung hat sich um die Arbeiter nicht gekümmert, solange sie es nicht mit einer ernst zu nehmenden ‚Arbeiterbewegung‘ in Gestalt von Demonstrationen vieltausendköpfiger Arbeitermassen zu tun hatte; da machte sie sich eilig an eine ‚Arbeitergesetzgebung‘, die zwar reichlich heuchlerisch, aber doch darauf berechnet war, wenigstens gewisse Forderungen der Arbeiter zu befriedigen und diese furchteinflößenden Massen zu beschwichtigen. Die Regierung hat im Laufe von Jahrzehnten unsere studierende Jugend, unsere Schwestern, Brüder und Kinder, zu Krüppeln gemacht, indem sie nicht die leiseste Kritik an dem von ihr erklügelt ‚Unterrichtssystem‘ zuließ und die Studenten, unruhen‘ brutal unterdrückte.

Da aber wandelten sich diese ‚Unruhen‘ zum Massenstreik, die akademische Maschine blieb stehen, und die Bürokratie wurde plötzlich vom heißen Gefühl ‚liebvoller Fürsorge‘ für unsere studierende Jugend durchdrungen, und dieselben Forderungen, auf die gestern noch das Pfeifen der Kosakenpeitsche die einzige Antwort war, werden heute zum Regierungsprogramm der ‚Reform des Unterrichtswesens‘ ausgerufen.

Natürlich enthält auch diese Metamorphose nicht wenig Heuchelei, aber trotzdem... Trotzdem kann die Tatsache nicht bestritten werden, daß die ‚Bürokratie‘ gezwungen ist, die öffentliche Meinung offen anzuerkennen und ihr ein ziemlich wesentliches Zugeständnis zu machen. Und auch wir können, wie die ganze russische Gesellschaft, das ganze russische Volk, nur dann auf die Anerkennung und Durchsetzung unserer Rechte zählen, wenn wir mutig und offen, einmütig und nachdrücklich diese Rechte fordern.

Angesichts all dieser Erwägungen haben wir beschlossen, uns mit vorliegendem Brief an Sie, geehrter Herr, sowie an viele andere Semstwowpolitiker der Semstwow aller Gouvernements mit der Bitte zu wenden, während der gegenwärtigen Session der Gouvernements-Semstwoversammlungen die Einbringung, Erörterung und Annahme entsprechender Beschlüsse zu nachstehenden Fragen zu unterstützen:

I. Revision der Verordnung über die Semstwoinstitutionen und ihre Abänderung in folgendem Sinne:

- a) Gewährung des gleichen Wahlrechts an alle Bevölkerungsgruppen ohne Unterschied des Standes und unter weitgehender Herabsetzung des Vermögenszensus; b) Beseitigung der Ständevertreter als solcher aus dem Semstwo; c) Befreiung des Semstwos in allen seinen Handlungen von der Bevormun-

derung der Verwaltungsbehörden, volle Selbständigkeit des Semstvos in allen örtlichen Angelegenheiten unter der Bedingung, daß es sich auf derselben Grundlage wie alle übrigen Personen und Institutionen den Gesetzen des Landes unterwirft; d) Erweiterung der Zuständigkeit des Semstvos durch Einräumung voller Selbständigkeit in allen Maßnahmen zur Befriedigung örtlicher Erfordernisse und Bedürfnisse, soweit dadurch die Interessen des Staates als Ganzes nicht beeinträchtigt werden; e) Aufhebung des Gesetzes über die Höchstgrenze der Steuerveranlagung durch das Semstwo; f) Gewährung der weitestgehenden Rechte, was die Verbreitung der Volksbildung mit allen Mitteln anbelangt, wobei dem Semstwo neben der wirtschaftlichen Betreuung auch das Recht der Beaufsichtigung und der Verbesserung des Unterrichtswesens einzuräumen ist; g) Aufhebung des obenerwähnten Arztestatuts, welches das Semstwogesundheitswesen bedroht; h) Rückverweisung des Ernährungswesens an das Semstwo sowie Gewährung voller Selbständigkeit bei der Organisation und Leitung der Semstwostatistik und -taxation; i) Ausübung aller Semstwowfunktionen ausschließlich durch gewählte Semstwoleute, die nicht der Bestätigung durch die Verwaltungsbehörden unterliegen und noch weniger gegen den Willen der Semstwoversammlungen ernannt werden dürfen; j) Gewährung des Rechtes, die Semstwoangestellten ausschließlich nach eigenem Ermessen, ohne Bestätigung der Verwaltungsbehörden einzustellen; k) Gewährung des Rechtes, sämtliche gesamtstaatlichen Fragen, die örtliche Erfordernisse und Bedürfnisse betreffen, frei zu erörtern, wobei die Gesuche der Semstvos unbedingt innerhalb einer bestimmten Frist von den höheren Regierungsstellen geprüft werden müssen; l) Gewährung des Rechtes an alle Semstvos, miteinander in Verkehr zu treten und Tagungen der Semstwovertreter abzuhalten, um Fragen zu erörtern, die alle oder mehrere Semstvos betreffen.

II. Überprüfung und Abänderung der Verordnung über die Bauern im Sinne ihrer völligen rechtlichen Gleichstellung mit den übrigen Ständen.

III. Abänderung des Steuersystems im Sinne einer ausgleichenden Verteilung der Steuerlast durch progressive Besteuerung der Vermögenseinkünfte unter der Bedingung, daß ein bestimmtes Mindesteinkommen steuerfrei bleibt.

Außerordentlich wünschenswert wäre es auch, daß in den Semstwoversammlungen folgende Fragen aufgeworfen und behandelt würden:

IV. Wiedereinrichtung von Friedensgerichten allerorts und Aufhebung aller Gesetze, welche die Zuständigkeit der Geschworenengerichte beschränken.

V. Gewährung größerer Pressefreiheit, Notwendigkeit der Aufhebung der Zensur, Abänderung des Zensurstatuts in dem Sinne, daß klipp und klar festgelegt wird, was zu drucken gestattet und was verboten ist, Beseitigung der Willkür der Behörden bei der Ausübung ihrer Zensurtätigkeit und Ver-

handlung über alle Pressevergehen ausschließlich in öffentlichen Sitzungen der ordentlichen Gerichte.

VI. Revision der bestehenden Gesetze und Ministerialverfügungen über die Maßnahmen zum Schutze der Staatssicherheit, Beseitigung der geheimen behördlichen ‚Begutachtung‘ auf diesem Gebiet und öffentliche Behandlung aller derartigen Angelegenheiten durch die ordentlichen Gerichte.

In der Annahme, daß Sie es nicht ablehnen werden, in Ihrer Gouvernementsversammlung die Erörterung der genannten allgemeinen Fragen zu unterstützen, haben wir die Ehre, Sie zu bitten, einen eventuellen Beschluß der Semstwoversammlung durch Vermittlung Ihnen persönlich oder dem Namen nach bekannter Semstwoabgeordneter möglichst allen Semstvos mitzuteilen. Wir hoffen auch, daß sich in den meisten Semstvos eine genügende Anzahl von mutigen und energischen Männern finden wird, die diesen Forderungen in den Semstwoersammlungen zur Annahme verhelfen. Und wenn wir alle einmütig, offen und in kategorischer Form unsere gerechten Forderungen vorbringen, dann wird die Bürokratie gezwungen sein, nachzugeben, wie sie immer nachgibt, wenn sie auf eine geschlossene, zielbewußte Kraft stößt.

Alte Semstwoleute“

Das ist ein sehr lehrreicher Brief. Er zeigt, wie sogar Leute, die wenig kampffähig sind und vor allem in der praktischen Kleinarbeit aufgehen, vom Leben selbst gezwungen werden, *gegen* die autokratische Regierung aufzutreten. Und vergleicht man diesen Brief beispielsweise mit einem Erzeugnis wie dem Vorwort des Herrn R. N. S.⁹⁹ zur Denkschrift Wittes, so macht der Brief der Semstwoleute meiner Ansicht nach einen besseren Eindruck.

Allerdings enthält der Brief keinerlei „großzügige“ politische Verallgemeinerung, aber seine Verfasser treten ja auch nicht mit „programmatischen“ Erklärungen auf, sondern mit einem bescheidenen Rat, wie man die Agitation *praktisch* einleiten soll. Der „Flug der Gedanken“ fehlt bei ihnen sogar so sehr, daß sie nicht offen von der politischen Freiheit sprechen, dafür aber fehlen auch die Redensarten über dem Throne nahestehende Persönlichkeiten, die vielleicht den Zaren beeinflussen könnten. Dafür fehlen verlogene Lobpreisungen der „Taten“ Alexanders II., ja, es schimmert im Gegenteil eine Verspottung der „großen Reformen“ (in Anführungsstrichen) durch. Dafür finden sie die Offenheit und den Mut, entschlossen gegen die „opportunistischen Semstwoleute“ Stellung zu

nehmen, ohne Angst davor, der „schmachvollen Feigheit“ den Krieg zu erklären, und ohne sich den besonders rückständigen Liberalen anzubiedern.

Wir wissen vorläufig nicht, welchen Erfolg der Appell der alten Semstwoleute gehabt hat, aber ihre Initiative verdient unseres Erachtens jedenfalls volle Unterstützung. Die Belebung der Semstwobewegung in letzter Zeit ist überhaupt eine außerordentlich beachtenswerte Erscheinung. Die Verfasser des Briefes weisen selbst darauf hin, wie die Bewegung, die von den Arbeitern ausging, sich ausgebreitet, wie sie sich auf die Studenten ausgedehnt hat und nunmehr auch die Semstwoleute mitreißt. Alle diese drei gesellschaftlichen Kräfte werden also in der richtigen Reihenfolge angeordnet, nach der Abnahme ihrer zahlenmäßigen Stärke, ihrer gesellschaftlichen Beweglichkeit, ihres sozial-politischen Radikalismus, ihrer revolutionären Entschlossenheit.

Um so schlimmer für unseren Gegner. Je stärker sich weniger revolutionäre Kreise gegen ihn auflehnen, desto besser für uns, die bedingungslosen Gegner der Selbstherrschaft und des ganzen heutigen ökonomischen Systems.

Senden wir also einen Gruß an die neuen Protestanten — und folglich unsere neuen Verbündeten. Helfen wir ihnen!

Man sieht: Sie sind arm; sie treten nur mit einem kleinen Flugblatt hervor, das schlechter herausgegeben ist als die Flugblätter der Arbeiter und der Studenten. Wir sind reich. Veröffentlichen wir es in der Presse. Bringen wir die neue Ohrfeige für die Obmanow-Zaren allen zur Kenntnis. Diese Ohrfeige ist um so interessanter, je „solider“ die Leute sind, die sie verabreichen.

Man sieht: Sie sind schwach; sie haben so wenig Verbindungen im Volke, daß ihr Brief von Hand zu Hand geht, als wäre es wirklich die Abschrift eines Privatbriefes. Wir sind stark, wir können und müssen diesen Brief „ins Volk“ bringen und vor allem ins Proletariat, das kampfbereit ist und den Kampf um die Freiheit des ganzen Volkes bereits aufgenommen hat.

Man sieht: Sie sind schüchtern; sie fangen eben erst an, ihre engbegrenzte Semstwoagitation zu erweitern. Wir sind kühner als sie; unsere Arbeiter haben das „Stadium“ (das ihnen aufgezwungene Stadium) der engbegrenzten ökonomischen Agitation bereits überwunden. Geben wir

ihnen ein Beispiel des Kampfes. Denn wenn die Arbeiter für eine Forderung wie die Abschaffung der „Provisorischen Bestimmungen“ gekämpft haben — um gegen die Selbstherrschaft Protest zu erheben —, so kann die Verhöhnung der „Selbstverwaltung“, wie diese auch beschaffen sein mag, durch die Behörden ein mindestens ebenso bedeutsamer Anlaß sein.

Aber hier unterbrechen uns alle möglichen, offenen und heimlichen, bewußten und unbewußten Anhänger des „Ökonomismus“. Wem nützt die Unterstützung der Semstwoleute durch die Arbeiter? fragen sie uns. Doch wohl nur den Semstwoleuten? Also Leuten, die vielleicht nur damit unzufrieden sind, daß die Regierung den industriellen Unternehmern mehr Entgegenkommen zeigt als den ländlichen? Also einzig der Bourgeoisie, deren Wünsche nicht weiter gehen als bis zu dem „lebendigen Kampf der ökonomischen Gruppen des Landes“?

Wem sie nützt? Vor allem und am meisten der *Arbeiterklasse selbst*. Diese „einzige wirklich revolutionäre Klasse“ der modernen Gesellschaft wäre nicht tatsächlich revolutionär, wenn sie nicht *jeden* Anlaß ausnutzte, um ihrem schlimmsten Feind einen neuen Schlag zu versetzen. Und was wir in unseren Erklärungen und Programmen über politische Agitation und politischen Kampf sagen, wären nur leere Worte, wenn wir die günstigen Gelegenheiten zum Kampf verpassen würden, da mit diesem Feind selbst seine gestrigen (der sechziger Jahre) und zum Teil auch seine heutigen (die opportunistischen Semstwoleute und die feudalen Gutsbesitzer) Verbündeten zu hadern beginnen.

Laßt uns das Semstwoleben, das Anschwellen und Umsichgreifen (oder das Abebben und Versiegen) der neuen Protestwelle aufmerksam verfolgen. Bemühen wir uns, die Arbeiterklasse besser bekannt zu machen mit der Geschichte des Semstvos, mit dem Zugeständnis der Regierung an die Gesellschaft in den sechziger Jahren, mit den heuchlerischen Reden der Zaren und ihrer Taktik, zunächst ein „Linsengericht“ für das „Erstgeburtsrecht“ zu geben und dann (gestützt auf dieses von ihnen zurückgehaltene „Erstgeburtsrecht“) auch das Linsengericht zu nehmen. Mögen die Arbeiter lernen, diese seit jeher geübte Polizeitaktik in allen ihren Erscheinungsformen zu erkennen. Diese Erkenntnis ist auch für unseren Kampf um *unser* „Erstgeburtsrecht“, um die Freiheit für den Kampf des Proletariats gegen *jede* ökonomische und soziale Unterdrückung not-

wendig. Laßt uns den Arbeitern in den Zirkelversammlungen vom Semstwo und seinem Verhältnis zur Regierung erzählen, laßt uns aus Anlaß der Semstwoproteste Flugblätter verbreiten und Vorbereitungen treffen, damit das Proletariat jede Beschimpfung der halbwegs ehrlichen Semstwoleute durch die Zarenregierung mit Demonstrationen gegen die Gouverneurspompadoure*, die Gendarmerieschergen und die Zensurjesuiten beantworten kann. Die Partei des Proletariats muß es lernen, *jeden* Diener der Selbstherrschaft für *jede* Gewalttat und Ausschreitung gegen jede beliebige Gesellschaftsschicht, jede beliebige Nation oder Rasse zu belangen und zu verfolgen.

„Iskra“ Nr. 18,
10. März 1902.

Nach dem Text der „Iskra“.

* Pompadour und Pompadourin — Titelhelden eines Werkes von Saltykow-Schtschedrin. *Der Übers.*

ÜBER DIE GRUPPE „BORBA“

K. N. Sie fragen, was die „Borba“ für eine Gruppe ist? Wir haben von ihren Mitgliedern einige Mitarbeiter der „Sarja“ (zwei Artikel) und der „Iskra“ (3 Korrespondenzen, 2 Artikel und eine Notiz) kennengelernt. Einige von ihnen eingesandte Beiträge wurden nicht veröffentlicht. Jetzt sind sie mit einer gedruckten „Erklärung“ aufgetreten, in der sie sich über unser „undemokratisches“ Verhalten beklagen und sogar... gegen den Personenkultus* losziehen! Als erfahrener Mensch werden Sie schon allein aus diesem einzigartigen, unvergleichlichen Wörtchen ersehen, worum es hier geht. Und wenn die „Borba“ ihren Artikel gegen „Womit beginnen?“ veröffentlicht, von dessen Ablehnung sie in der Erklärung ebenfalls sprechen, dann werden auch in Parteiangelegenheiten ganz unerfahrene Genossen begreifen, warum wir diesen Mitarbeitern nicht mit offenen Armen entgegengekommen sind.

Über „Demokratismus“ siehe „Was tun?“, IV, e)**: was dort vom „Rabotscheje Delo“ gesagt ist, gilt auch für die Gruppe „Borba“.

„Iskra“ Nr. 18,
10. März 1902.

Nach dem Text der „Iskra“.

* „Personenkultus“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

** Siehe Werke, Bd. 5, S. 491. *Die Red.*

BRIEF AN DEN „NORDBUND“ ⁴⁰

Bemerkungen zum Programm des „Nordbundes“

Vor allem muß der Hauptmangel des „Programms“, was die *Form* betrifft, festgestellt werden, und zwar: die Grundprinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus sind in einen Topf geworfen mit den engen, konkreten Aufgaben nicht nur eines kurzen Zeitabschnitts, sondern auch eines begrenzten Landstrichs. Dieser Mangel tritt sofort klar zutage, wenn man den Inhalt aller fünfzehn Paragraphen des Programms auch nur flüchtig durchsieht. Tun wir das.

- § 1 — das Ziel der Arbeiterbewegung im allgemeinen;
- § 2 — die Grundbedingung für die Erreichung dieses Zieles;
- § 3 — die nächste politische Aufgabe der *russischen* Sozialdemokratie;
- § 4 — die Stellung der russischen Sozialdemokratie zu den Liberalen usw.;
- § 5 — dasselbe;
- § 6 — die Begriffe „Klasse“ und „Partei“ (spezielle Meinungsverschiedenheit mit den „Ökonomen“);
- § 7 — die praktischen Aufgaben der Agitation;
- § 8 — die Bedeutung der Propaganda;
- § 9 — über Demonstrationen und Kundgebungen;
- § 10 — über die Feier des 1. Mai;
- § 11 — Flugblätter und Demonstrationen am 19. Februar;
- § 12 — wirtschaftlicher Kampf und soziale Reformen;
- § 13 — Notwendigkeit nicht nur des Verteidigungs-, sondern auch des Angriffskampfes der Arbeiter;
- § 14 — aktive, nicht nur passive Rolle in bezug auf Streiks;
- § 15 — die Streiks als bestes Kampfmittel.

Es ist leicht zu ersehen, daß die ihrem Inhalt nach so verschiedenartigen Paragraphen in verschiedene Abschnitte geteilt werden müßten (sonst sind erhebliche Mißverständnisse bei Lesern möglich, die nicht fähig sind, die Grundprinzipien von den praktischen Aufgaben des Augenblicks zu unterscheiden). Es ist nicht nur ungeschickt, sondern geradezu falsch und zweideutig, den Hinweis auf das Endziel des Sozialismus und die Auseinandersetzung mit den Ökonomen oder die Erläuterung über die Bedeutung von Streiks nebeneinanderzustellen. Zuerst müßte man die grundsätzliche Darlegung seiner allgemeinen Überzeugungen scharf umreißen — dann auf die politischen Aufgaben der Partei eingehen, wie der „Nordbund“ sie auffaßt — und drittens von diesen Programmpunkten im eigentlichen Sinne die *Resolutionen* der Organisation (des „Nordbundes“) zu den Fragen der praktischen Bewegung (§§ 7–11 und 13–15) abtrennen. § 6 müßte besonders stehen, als Stellungnahme des „Nordbundes“ zu den Meinungsverschiedenheiten unter den russischen Sozialdemokraten. § 12 dagegen müßte in die grundsätzliche Erklärung aufgenommen werden (denn das Verhältnis des Tageskampfes um kleine Verbesserungen und Reformen zu dem Kampf für das Endziel ist eine allgemeine, nicht eine besondere russische Frage).

Nach dieser allgemeinen Bemerkung gehe ich zur Analyse der einzelnen Paragraphen über.

§ 1 umreißt die allgemeinen Ziele der Sozialdemokratie überhaupt. Der Hinweis auf diese Ziele ist außerordentlich kurz und unvollständig. Allerdings durfte man im Programm einer örtlichen Organisation nicht auf Einzelheiten eingehen, die für ein Parteiprogramm *unerläßlich* sind. Ich sehe das durchaus ein und halte den Beschluß des „Nordbundes“, sogar im Programm einer örtlichen Organisation über die Grundprinzipien der Sozialdemokratie nicht mit Schweigen hinwegzugehen, für sehr nützlich und wichtig, würde es aber doch für notwendig halten, in diesem Fall einen Hinweis auf eine ausführlichere Darlegung der Grundprinzipien hinzuzufügen. Das heißt, man müßte z. B. sagen, daß der „Nordbund“ auf dem Boden des *internationalen* wissenschaftlichen Sozialismus steht (der internationale Charakter der Bewegung ist im Programm nirgends erwähnt) und sich zur Theorie des „revolutionären Marxismus“ bekennt. Neben einen solchen *allgemeinen* Hinweis auf die Prinzipien könnte man einen Satz in der Art des § 1 stellen, aber für sich genommen, ist er (§ 1) ungenügend.

Als Organisation, die der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands angehört, müßte der „Nordbund“ erklären, daß er mit ihrem „Manifest“ solidarisch ist, wobei es nützlich wäre, auch auf sein Einverständnis wenigstens mit dem Programmentwurf der russischen Sozialdemokraten hinzuweisen, den die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ in den achtziger Jahren verfaßt hat. Ein solcher Hinweis, der die Frage von Abänderungen, die in diesem Entwurf notwendig sind, offenließe, würde die grundsätzliche Stellung des „Nordbundes“ genauer festlegen. Eins von beiden: Entweder man muß selber eine *vollständige* Darlegung aller Grundprinzipien der Sozialdemokratie verfassen (d. h. selber den grundsätzlichen Teil des sozialdemokratischen Programms verfassen), oder man muß ganz klar sagen, daß der „Nordbund“ den mehr oder weniger bekannten festgelegten Prinzipien *zustimmt*. Der dritte, im Programm gewählte Weg — der völlig unzusammenhängende Hinweis auf das Endziel — ist nicht gangbar.

§ 2 beginnt mit der äußerst ungenauen, zweideutigen und gefährlichen Erklärung: „den Sozialismus als das Klasseninteresse des Proletariats betrachtend“. Diese Worte identifizieren gleichsam den Sozialismus mit dem „Klasseninteresse des Proletariats“. Eine solche Identifizierung ist aber *völlig falsch*. Gerade in der jetzigen Zeit, wo eine *äußerst enge* Auffassung von den „Klasseninteressen des Proletariats“ sehr weite Verbreitung gefunden hat, ist es geradezu unzulässig, eine Formel aufzustellen, die zwar mit knapper Not noch anerkannt werden kann, aber nur unter der Bedingung, daß man den Ausdruck „Klasseninteresse“ *außerordentlich weit* auffaßt. Das „Klasseninteresse“ zwingt die Proletarier, sich zu vereinigen, gegen die Kapitalisten zu kämpfen, über die Bedingungen ihrer Befreiung nachzudenken. Das „Klasseninteresse“ macht sie für den Sozialismus empfänglich. Aber der Sozialismus, als Ideologie des proletarischen Klassenkampfes, ist den allgemeinen Bedingungen der Entstehung, Entwicklung und Festigung einer Ideologie untergeordnet, d. h., er fußt auf dem gesamten Rüstzeug des menschlichen Wissens, setzt eine hohe Entwicklung der Wissenschaft voraus, erfordert wissenschaftliche Arbeit usw. usf. In den Klassenkampf des Proletariats, der sich auf dem Boden der kapitalistischen Verhältnisse spontan entwickelt, wird der Sozialismus von den Ideologen *hineingetragen*. Die Formulierung des § 2 aber beleuchtet das wirkliche Verhältnis des Sozialismus zum Klassenkampf

ganz falsch. Und vom Klassenkampf selbst sagt § 2 nichts. Das ist sein zweiter Mangel.

§ 3 charakterisiert den Absolutismus ungenügend (es ist z. B. nichts gesagt von seinem Zusammenhang mit den Überresten der Leibeigenschaft), zum Teil schwülstig („grenzenlos“) und verschwommen („Mißachtung“ der *Persönlichkeit*). Weiter ist die Eroberung der politischen Freiheit (man müßte sagen, daß der „Nordbund“ diese Aufgabe der *gesamten Partei* stellt) *nicht nur* für die vollständige Entfaltung des Klassenkampfes der Arbeiter notwendig; man müßte in dieser oder jener Form zum Ausdruck bringen, daß sie auch für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung notwendig ist.

„Die Selbstherrschaft vertritt ausschließlich die Interessen der herrschenden Klassen.“ Das ist ungenau und falsch. Die Selbstherrschaft befriedigt *gewisse* Interessen der herrschenden Klassen, sie hält sich zum Teil durch die Unbeweglichkeit der Bauernmassen und der Kleinproduzenten im allgemeinen, zum Teil durch das Manövrieren zwischen gegensätzlichen Interessen, wobei sie bis zu einem gewissen Grade auch eine selbständige organisierte politische Kraft darstellt. Die Formulierung des § 3 ist besonders unzulässig, weil bei uns die sinnlose Identifizierung der russischen Selbstherrschaft mit der Herrschaft der Bourgeoisie stark verbreitet ist.

„Mit dem Grundsatz der Demokratie unvereinbar.“ Wozu das, da von Demokratie bisher noch nichts gesagt ist? Und bringt die Forderung nach dem Sturz der Selbstherrschaft und nach der Eroberung der politischen Freiheit nicht gerade den „Grundsatz“ der Demokratie zum Ausdruck? Dieser Satz taugt nicht. Statt dessen müßte man präziser auf unsere Folgerichtigkeit und *Entschiedenheit* (im Vergleich zur bürgerlichen Demokratie) in der Auffassung vom „Grundsatz der Demokratie“ hinweisen — z. B. in dieser oder jener Weise den Begriff *und den Inhalt* der „demokratischen Verfassung“ auseinandersetzen oder von unserer „grundsätzlichen“ Forderung der *demokratischen Republik* sprechen.

§ 4 ist besonders unbefriedigend. Anstatt von der „vollständigen“ Ausnutzung „weitgehender“ Freiheit zu sprechen (das sind im Grunde unbestimmte Redensarten, die sehr gut ersetzt werden können und ersetzt werden müssen durch den genauen Hinweis auf die demokratische Republik und die demokratische Verfassung, denn die „Vollständigkeit“

besteht ja eben im konsequenten Demokratismus) — war es *unbedingt* notwendig, zu sagen, daß an der politischen Freiheit *nicht nur* die Arbeiterklasse interessiert ist. Darüber mit Schweigen hinweggehen heißt den schlimmsten Formen des „Ökonomismus“ Tür und Tor öffnen und unsere allgemein-demokratischen Aufgaben vergessen.

Es ist *ganz falsch*, daß die Verwirklichung (?? Erringung, Eroberung) der politischen Freiheit „eine ebensolche“ Notwendigkeit für das Proletariat ist wie die Lohnerhöhung und die Verkürzung des Arbeitstages. Nein, *keine ebensolche*: diese Notwendigkeit ist von *anderer Art, von weit komplizierterer Art* als die Notwendigkeit der Lohnerhöhung usw. Der Unterschied zwischen der „Notwendigkeit“ der einen und der andern Art ist z. B. auch daraus klar zu ersehen, daß die Selbstherrschaft bereit ist, die Lage einzelner Schichten oder Gruppen der Arbeiterklasse aufzubessern (*und das mitunter auch wirklich tut*), *nur damit* diese Schichten sich mit der Selbstherrschaft abfinden. Der fragliche Satz ist ganz unzulässig, denn darin kommt eine unglaubliche Vulgarisierung des „ökonomischen“ Materialismus und eine Herabwürdigung der sozialdemokratischen Auffassung zur trade-unionistischen zum Ausdruck.

Weiter. „Angesichts dessen...“ muß *angesichts* des oben Auseinandergesetzten wegfallen „... treten die Sozialdemokraten im bevorstehenden Kampf...“ (d. h. offenbar im Kampf gegen den Zarismus?) „... mit einem klaren Klassenprogramm und mit Klassenforderungen hervor...“ Der *Klassencharakter* unseres *politischen* Programms und unserer *politischen* Forderungen kommt gerade in der Vollständigkeit und Folgerichtigkeit des Demokratismus zum Ausdruck. Will man aber nicht nur von den politischen Forderungen sprechen, sondern von unserem ganzen Programm schlechthin, so muß sich sein Klassencharakter aus dem Inhalt unseres Programms von selbst ergeben. Es ist überflüssig, von einem „klaren“ Klassenprogramm zu sprechen, vielmehr ist es notwendig, dieses Klassenprogramm selbst klipp und klar *festzulegen*, auseinanderzusetzen und verständlich zu formulieren.

„Ohne... dem liberalen Programm unterzuordnen...“ Das ist direkt lächerlich. Wir treten als fortgeschrittene demokratische Partei auf und machen plötzlich den Vorbehalt, daß wir... „nicht unterordnen“!! Wie Kinder, die eben erst der „Unterordnung“ entronnen sind!

Daß wir uns den Liberalen „nicht unterordnen“, soll nicht in Redensarten darüber zum Ausdruck kommen, sondern im ganzen Charakter unseres Programms (*und selbstverständlich unserer Tätigkeit*). Gerade jene Auffassung von den politischen Aufgaben aber, welche die Notwendigkeit der Freiheit mit der Notwendigkeit der Lohnerhöhung identifiziert (oder auch nur annähernd gleichsetzt), *bringt die Unterordnung der Sozialdemokratie unter die Liberalen zum Ausdruck*.

Der Schluß des § 4 taugt auch nicht: er ist durch alles Vorhergesagte hinreichend kritisiert.

§ 5 reduziert unser allgemeines Verhältnis zur ganzen Demokratie überhaupt lediglich auf die Zusammenarbeit mit anderen Parteien zu praktischen Zwecken. Das ist zu eng aufgefaßt. Gibt es solche Parteien, so muß man sie (nicht im Programm, sondern in einer besonderen Konferenzresolution) genau nennen und das Verhältnis zu den Sozialrevolutionären, zur „Swoboda“ etc. genau festlegen. Handelt es sich aber nicht um bestimmte Parteien, sondern um das Verhältnis zu anderen revolutionären (*und oppositionellen*) Richtungen überhaupt, so muß man das allgemeiner formulieren, indem man in dieser oder jener Form den Satz des „Kommunistischen Manifests“ wiederholt, daß wir jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden Zustände unterstützen.⁴¹

§ 6 ist im Programm nicht am Platze. Man müßte ihn in eine besondere Resolution verweisen und *geradeheraus* sagen, daß es sich um Meinungsverschiedenheiten (oder zwei Richtungen) in der russischen Sozialdemokratie handelt. Das ist mehr als „zahlreiche Mißverständnisse“. Die Meinungsverschiedenheiten sind zu eng formuliert, denn sie *beschränken sich bei weitem nicht* auf die Verwechslung von Klasse und Partei. Es war notwendig, sich in dem entsprechenden Satz entschiedener und bestimmter gegen die „Kritik des Marxismus“, den „Okonomismus“, die Einengung unserer politischen Aufgaben zu äußern.

Was den zweiten Teil des § 6 betrifft, so ist, da er in anderen Paragraphen (7, 14 u. a.) *erläutert* wird, die Kritik daran in der Kritik dieser Paragraphen enthalten.

§ 7 muß, wie auch alle weiteren (mit Ausnahme von § 12), in eine besondere Resolution eingehen, nicht aber in das *Programm* selbst.

Die „Aufgabe“ unserer Tätigkeit faßt § 7 sehr eng. Wir müssen nicht nur „das Selbstbewußtsein des Proletariats entwickeln“, sondern dieses

auch zu einer politischen Partei *organisieren* — und dann seinen Kampf (den wirtschaftlichen wie den politischen) *leiten*.

Die Aussage, daß das Proletariat in „bestimmte, konkrete Verhältnisse“ gestellt ist, erübrigt sich. Das soll man entweder weglassen oder diese Verhältnisse gleich *darlegen* (aber das muß an anderen Stellen des Programms geschehen).

Es ist falsch, daß die Agitation das „einzige“ Mittel zur Verwirklichung unserer Aufgaben ist. Bei weitem nicht das einzige!

Es genügt nicht, die Agitation als „Beeinflussung breiter Arbeiterschichten“ zu erklären. Es muß etwas über die Art dieser Beeinflussung gesagt werden. Über die *politische* Agitation muß man offener, entschiedener, klarer und ausführlicher sprechen, sonst gerät das Programm — das über die eigentliche politische Agitation mit Schweigen hinweggeht und in zwei Paragraphen (14 und 15) ausschließlich von der ökonomischen Agitation spricht — (wider Willen) auf den Abweg des „Ökonomismus“. Die Notwendigkeit der Agitation aus Anlaß *aller* Erscheinungsformen der politischen und wirtschaftlichen, kulturellen und nationalen Unterdrückung, *auf welchen Klassen oder Schichten der Bevölkerung diese Unterdrückung auch lasten mag*, die Notwendigkeit (für die Sozialdemokratie), bei jedem Zusammenstoß mit der Regierung usw. allen voran zu sein, hätte man besonders betonen müssen — und erst dann die Agitationsmittel aufzählen sollen (mündliche Agitation, Zeitungen, Flugblätter, Kundgebungen usw. usf.).

§ 8. Der Anfang ist eine überflüssige Wiederholung.

„Erkennt die Propaganda *nur* insofern an“ usw. Das ist falsch. Die Propaganda hat nicht nur diese Bedeutung, ist nicht nur „Schulung von Agitatoren“, sondern auch Verbreitung des Klassenbewußtseins überhaupt. Das Programm überspannt den Bogen zu sehr nach der andern Seite. Mußte man sich gegen die Propaganda wenden, die jemand allzu sehr von den Aufgaben der Agitation trennte, so wäre es besser gewesen, zu sagen: „Bei der Propaganda muß man die Aufgaben der Schulung von Agitatoren *besonders* im Auge behalten“ oder etwas in diesem Sinne. Man darf aber nicht die *ganze* Propaganda auf die Schulung „erfahrener und tüchtiger Agitatoren“ beschränken, man darf die „Schulung nur einzelner klassenbewußter Arbeiter“ nicht einfach „ablehnen“. Wir sind der Meinung, daß das nicht genügt, ohne es jedoch „abzulehnen“. Darum muß

der zweite Teil des § 8 (von den Worten: „während er sich ablehnend verhält“) ganz wegfallen.

§ 9. Im wesentlichen bin ich durchaus einverstanden. Vielleicht sollte man hinzufügen: „anlässlich der *verschiedensten* Vorkommnisse im öffentlichen Leben und der Maßnahmen der Regierung...“

Anstatt „das beste Mittel“ wäre genauer: „*eines* der besten Mittel“.

Nur der Schluß des Paragraphen ist unbefriedigend. Demonstrationen und Kundgebungen sollen und werden *nicht nur* die Arbeiter vereinigen (außerdem genügt die „Vereinigung“ durch Kundgebungen *nicht*, denn wir wollen auch organisatorisch, unmittelbar und für dauernd vereinigen, nicht nur für einen bestimmten Fall). „... *Dadurch* entwickeln wir in ihnen...“ Das ist entweder ungenau — durch Kundgebungen *allein* entwickelt man das Klassenbewußtsein nicht — oder überflüssig (es wurde schon gesagt, daß dies eines der besten Mittel ist).

Es wäre ganz nützlich, etwas zu sagen über die Notwendigkeit der *Organisation* von Kundgebungen, ihrer Vorbereitung, Durchführung usw.

Überhaupt ist es eine *große Lücke*, daß im Programm jeder Hinweis fehlt auf die Notwendigkeit, der *revolutionären Organisation*, und zwar einer gesamtrossischen, kampffähigen Organisation, größte Aufmerksamkeit zu widmen. Spricht man schon von Agitation, Propaganda, Streiks usw., so ist es geradezu unverzeihlich, *über die revolutionäre Organisation* zu schweigen.

§ 10. Es müßte hinzugefügt werden, daß der 1. Mai bei uns auch zu einer Demonstration *gegen die Selbstherrschaft*, zu einer Forderung nach politischer Freiheit werden muß. Es genügt nicht, auf die internationale Bedeutung dieses Feiertags hinzuweisen. Auch den Kampf um die dringendsten *nationalen* politischen Forderungen muß man damit verbinden.

§ 11. Der Gedanke ist sehr gut. Er ist aber zu eng gefaßt. Vielleicht sollte man „unter anderem“ sagen, denn auch am Jahrestag der Kommune und aus vielen anderen Anlässen ist es notwendig, Demonstrationen zu veranstalten. Oder man müßte „insbesondere“ sagen, sonst sieht es so aus, als wäre es aus anderen Anlässen nicht nötig.

Weiter. Am 19. Februar darf man sich (mit Flugblättern) *nicht nur* an die Arbeiter wenden. Ganz abgesehen davon, daß wir uns mit Demonstrationen und entsprechenden Flugblättern stets an das ganze Volk und sogar an die ganze Welt wenden, ist es am 19. Februar notwendig, sich

auch an die *Bauernschaft* zu wenden. Sich an die Bauernschaft wenden, das heißt aber die sozialdemokratische Politik in der Agrarfrage ausarbeiten. Das Programm berührt diese Frage nicht, und wir verstehen durchaus, daß eine örtliche Organisation vielleicht weder die Zeit noch die Kräfte hat, sich damit zu beschäftigen. Doch wäre es unbedingt erforderlich, wenigstens in dieser oder jener Form auf sie hinzuweisen, aus Anlaß dieses oder jenes Versuchs, sie in der russischen sozialdemokratischen Literatur oder in der Praxis unserer Bewegung* aufzuwerfen.

Das Ende des § 11 taugt nicht („nur die Kraft der *Klasse*“ — welcher Klasse? einzig und allein der Arbeiterklasse?). Das sollte man streichen.

§ 12. „Auf jede Art und Weise“ können und werden wir unter den bestehenden Verhältnissen zur Besserung der Lage der Arbeiter nicht beitragen. Auf Subatowsche Art z. B. können wir nicht dazu beitragen, und selbst dann, wenn die geringste Korrumpierung Subatowscher Art damit verbunden ist, werden wir nicht dazu beitragen. Wir kämpfen nur für eine solche Besserung der Lage der Arbeiter, die deren Fähigkeit, den Klassenkampf zu führen, *erhöht*, d. h., wenn die Besserung der Verhältnisse *nicht verbunden* ist mit Korrumpierung des politischen Bewußtseins, mit Bevormundung durch die Polizei, mit Fesselung an einen bestimmten Ort, mit Knechtung durch den „Wohltäter“, mit Erniedrigung der Menschenwürde usw. usf. Gerade in Rußland, wo die Selbstherrschaft so geneigt ist (und immer mehr geneigt sein *wird*), sich durch verschiedene Almosen und Scheinreformen von der Revolution *loszukaufen*, sind wir verpflichtet, uns von jeder Art „Reformer“ scharf abzugrenzen. Wir kämpfen auch für Reformen, aber eben nicht „auf jede Art und Weise“, wir kämpfen *nur* auf sozialdemokratische, nur auf revolutionäre Art und Weise.

§ 13 ist auf Beschluß der Konferenz gestrichen worden. Er mußte auch gestrichen werden.

§ 14 faßt den Inhalt und die Aufgaben der ökonomischen Agitation zu eng. Sie erschöpft sich nicht in Streiks. „Bessere Bedingungen“ brauchen wir nicht nur für die kulturelle, sondern gerade für die revolutionäre Entwicklung des Proletariats. Die „aktive Rolle“ der Sozialdemokratie bei Streiks beschränkt sich nicht darauf, zum Kampf *um die Besserung der wirtschaftlichen Lage* anzuspornen. Streiks (wie auch die ökonomische

* Zum Beispiel die Versuche der Arbeiter, aus Anlaß von Auspeitschungen der Bauern zu demonstrieren usw.

Agitation im allgemeinen) müssen *stets* auch als Anregung zum *revolutionären* Kampf für die Freiheit und für den Sozialismus ausgenutzt werden. Auch für die *politische* Agitation müssen Streiks ausgenutzt werden.

§ 15 ist ebenfalls sehr unbefriedigend. Streiks sind nicht das „beste“ Kampfmittel, sondern nur *eines* der Mittel und nicht einmal immer unbedingt eines der besten. Die Bedeutung der Streiks muß man anerkennen, Streiks muß man *stets* ausnutzen und leiten, aber sie zu überschätzen, ist um so gefährlicher, je mehr dies der „Okonomismus“ getan hat.

Was weiter von den Streiks gesagt wird, ist überflüssig; es ist bereits in § 14 gesagt. Der Hinweis auf die führende Rolle im ökonomischen Kampf überhaupt würde genügen. Mitunter wird diese führende Rolle auch in der Zurückhaltung von einem Streik zum Ausdruck kommen. Die Ausdrucksweise des Programms ist zu absolut und gerade darum zu eng. Man müßte allgemein über die Aufgabe sprechen, den ökonomischen Kampf des Proletariats zu leiten, ihn organisierter und bewußter zu machen, Gewerkschaften der Arbeiter zu gründen und danach zu streben, sie zu gesamtrossischen Verbänden zu erweitern, jeden Streik, jede Äußerung der wirtschaftlichen Unterdrückung usw. für die weitestgehende sozialistische und revolutionäre Propaganda und Agitation auszunutzen.

Der Schluß des § 15 *beschränkt* die Aufgaben dieser Agitation; es sieht so aus, als mache er die Anwendbarkeit der politischen Agitation von Polizeiaktionen etc. abhängig. In Wirklichkeit muß man bemüht sein, auch *vor* Aktionen der „Erzengel“ und *unabhängig* von diesen Aktionen politische Agitation zu treiben (und bei einigermaßen tüchtigen Führern ist das durchaus möglich). Man müßte allgemeiner sagen: „Alle Anlässe sind zur politischen Agitation auszunutzen“ usw.

Der Schluß des § 15 ist ebenfalls nicht richtig. Von „Generalstreiks“ zu reden, steht uns um so weniger an, je geringer bei uns in Rußland die Möglichkeit ist, sie *vorzubereiten*. Überhaupt besteht kein Grund, in Programmen *besonders* von „General“streiks zu sprechen (man denke an den Unsinn vom „Generalstreik“ in der Broschüre „Wer wird die politische Revolution vollbringen?“⁴²). Auch solche Mißverständnisse sind ja möglich). Und es ist völlig falsch, Streiks für das „beste Mittel zur Entwicklung des *Klassenbewußtseins*“ zu erklären.

Im großen und ganzen wäre eine ernste Umarbeitung des Programms sehr wünschenswert. Und überhaupt wäre es wünschenswert, daß der

„Nordbund“ sowohl am Zusammenschluß der *revolutionären Sozialdemokratie* zur *Partei* als auch an der Ausarbeitung des Parteiprogramms aktiv teilnimmt. Die Redaktion der „Sarja“ und der „Iskra“ hofft ihrerseits, dem „Nordbund“ bald ihren Entwurf übersenden zu können (der zum großen Teil bereits fertig ist), und sie rechnet auf die Mitarbeit des „Nordbundes“, was die Verbesserung, Verbreitung und Vorbereitung des Entwurfs zur Annahme durch die ganze Partei betrifft.

Geschrieben im April 1902.

Zuerst veröffentlicht 1923.

Nach dem Manuskript.

WARUM MUSS DIE SOZIALDEMOKRATIE DEN SOZIALREVOLUTIONÄREN EINEN ENTSCHIEDENEN UND RUCKSICHTSLOSEN KAMPF ANSAGEN?

1. Weil die Strömung in unserem gesellschaftlichen Denken, die unter dem Namen „sozialrevolutionär“ bekannt ist, von der einzigen internationalen Theorie des revolutionären Sozialismus, die es heute gibt, d. h. vom Marxismus, in Wirklichkeit abrückt und bereits abgerückt ist. Bei der großen Spaltung der internationalen Sozialdemokratie in den opportunistischen (oder „bersteinianischen“) und den revolutionären Flügel hat diese Strömung eine völlig unbestimmte und unerlaubt zwiespältige Stellung zwischen zwei Stühlen eingenommen. Sie hat den Marxismus einzig und allein auf Grund der bürgerlich-opportunistischen Kritik für „erschüttert“ erklärt („Westnik Russkoi Rewoluzii“ Nr. 2, S. 62) und angekündigt, sie wolle ihrerseits den Marxismus von neuem und auf ihre Art „revidieren“, hat jedoch nicht das geringste getan, um dieses bedrohliche Versprechen zu halten.

2. Weil die sozialrevolutionäre Strömung vor der herrschenden Richtung des russischen gesellschaftlich-politischen Denkens, die man als liberal-volkstümliche bezeichnen muß, hilflos die Segel streicht. Die Sozialrevolutionäre, die den Fehler des „Volkswillen“⁴⁸ und des gesamten alten russischen Sozialismus überhaupt wiederholen, sehen nicht, wie gänzlich morsch und innerlich widerspruchsvoll diese Richtung ist, und beschränken ihren selbständigen Beitrag zum russischen revolutionären Denken darauf, daß sie dem Alten Testament der liberal-volkstümlichen Weisheit einfach eine revolutionäre Phrase anhängen. Der russische Marxismus hat zum erstenmal die theoretischen Grundpfeiler der liberal-volkstümlichen Richtung ins Wanken gebracht, deren bürgerlichen und kleinbürgerlichen Klasseninhalt aufgedeckt und gegen sie Krieg geführt, was

er auch weiterhin tut, ohne sich durch den Übergang eines ganzen Haufens von kritischen (= opportunistischen) Marxisten ins Lager der Gegner beirren zu lassen. Doch die Haltung der Sozialrevolutionäre in diesem ganzen Krieg war und ist (*im besten Falle*) eine feindlich-neutrale, sie sitzen wiederum zwischen zwei Stühlen — zwischen dem russischen Marxismus (von dem sie nur kümmerliche Bruchstücke übernommen haben) und der quasi-sozialistischen liberal-volkstümlicherischen Richtung.

3. Weil die Sozialrevolutionäre infolge ihrer obenerwähnten völligen Prinzipienlosigkeit in den Fragen des internationalen und des russischen Sozialismus den einzigen wirklich revolutionären Grundsatz des *Klassenkampfes* nicht verstehen oder nicht anerkennen. Sie verstehen nicht, daß im heutigen Rußland wirklich revolutionär und wahrhaft sozialistisch nur eine Partei sein kann, die den Sozialismus mit der russischen Arbeiterbewegung verschmelzt, die der sich entwickelnde russische Kapitalismus mit immer größerer Kraft und in immer größerem Umfang erzeugt. Die Stellung der Sozialrevolutionäre zur russischen Arbeiterbewegung war stets eine beschaulich-dilettantische, und als z. B. diese Bewegung (infolge ihres erstaunlich raschen Wachstums) am „Ökonomismus“ erkrankte, da empfanden die Sozialrevolutionäre einerseits Schadenfreude über die Fehler von Leuten, die an dem neuen und schwierigen Werk arbeiteten, die Arbeitermassen aufzurütteln, und warfen andererseits dem revolutionären Marxismus, der den Kampf gegen diesen Ökonomismus führte und siegreich beendete, Knüppel zwischen die Beine. Die zwispältige Stellung zur Arbeiterbewegung führt unvermeidlich zur faktischen Isolierung von ihr, und infolge dieser Isolierung entbehrt die Partei der Sozialrevolutionäre jeder sozialen Basis. Sie stützt sich auf keine einzige Gesellschaftsklasse, denn man kann Gruppen der schwankenden Intelligenz, die ihre Verschwommenheit und Prinzipienlosigkeit „Weitherzigkeit“ nennt, nicht als Klasse bezeichnen.

4. Weil die Partei der Sozialrevolutionäre, die sich zur sozialistischen Ideologie geringschätzig verhält und sich zugleich und gleichermaßen auf die Intelligenz, das Proletariat und die Bauernschaft zu stützen wünscht, dadurch unvermeidlich (unabhängig von ihrem Willen) der politischen und ideologischen Unterjochung des russischen Proletariats durch die russische bürgerliche Demokratie den Weg ebnet. Die Geringschätzung der Theorie, das ausweichende und schwankende Verhalten zur sozialistischen Ideo-

logie arbeitet mit Notwendigkeit der bürgerlichen Ideologie in die Hand. Die russische Intelligenz und die russische Bauernschaft können als soziale Schichten, dem Proletariat *gegenübergestellt*, nur eine Stütze der *bürgerlich-demokratischen* Bewegung sein. Das ist nicht nur eine Erwägung, die sich zwangsläufig aus unserer ganzen Lehre ergibt (auf Grund deren z. B. der Kleinproduzent nur insofern revolutionär ist, als er mit der Gesellschaft der Warenwirtschaft und des Kapitalismus endgültig bricht und sich auf den Standpunkt des Proletariats stellt) — nein, das ist außerdem auch eine handfeste Tatsache, die sich jetzt bereits zu zeigen beginnt. Im Augenblick der politischen Umwälzung aber und am Tage nach der Umwälzung wird sich diese Tatsache unweigerlich noch viel kraftvoller zeigen. Der Sozialrevolutionarismus ist eine jener Erscheinungsformen der kleinbürgerlichen ideologischen Haltlosigkeit und der kleinbürgerlichen Verflachung des Sozialismus, gegen welche die Sozialdemokratie stets einen entschiedenen Kampf führen muß und führen wird.

5. Weil schon die praktisch-programmatischen Forderungen, welche die Sozialrevolutionäre bereits, ich will nicht sagen: aufgestellt, aber doch: in Aussicht genommen haben, völlig klar zeigen, welch ungeheuren Schaden die Prinzipienlosigkeit dieser Richtung im Leben anrichtet. Das Agrar-Minimalprogramm z. B., das in Nr. 8 der „*Rewoluzionnaja Rossija*“ [Das revolutionäre Rußland] entworfen ist (vielleicht wäre es richtiger zu sagen: das zwischen den abgedroschenen Thesen unserer Volkstümlerrichtung verstreut ist?), führt erstens sowohl die Bauernschaft irre, der es als „Minimum“ die Sozialisierung des Grund und Bodens verspricht, als auch die Arbeiterklasse, in der es vollkommen falsche Vorstellungen vom wirklichen Charakter der Bauernbewegung weckt. So leichtfertige Versprechungen kompromittieren nur die revolutionäre Partei im allgemeinen und die Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus von der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel als unserem Endziel im besonderen. Zweitens verlassen die Sozialrevolutionäre, indem sie die Unterstützung und Entfaltung der Genossenschaften in ihr Minimalprogramm aufnehmen, vollständig den Boden des revolutionären Kampfes und bringen ihren angeblichen Sozialismus auf das niedrige Niveau eines ganz ordinären kleinbürgerlichen Reformertums. Drittens haben die Sozialrevolutionäre durch ihr Auftreten gegen die Forderung der Sozialdemokratie, alle mittelalterlichen Fesseln zu beseitigen, die unsere Dorfgemeinde knebeln, den Bauern an

sein Anteil land binden, ihn der Freizügigkeit berauben und unvermeidlich seine ständische Erniedrigung bedingen, hinreichend gezeigt, daß sie sich selbst vor den *reaktionären* Lehren der russischen Volkstümlerrichtung nicht zu hüten wußten.

6. Weil die Sozialrevolutionäre in ihr Programm den Terror aufnehmen und ihn in seiner gegenwärtigen Form als Mittel des politischen Kampfes propagieren, damit aber die unverbrüchliche Verbindung der sozialistischen Arbeit mit der Masse der revolutionären Klasse zerstören und so der Bewegung den schwersten Schaden zufügen. Auch die wortreichsten Beteuerungen und Beschwörungen können die zweifellos bestehende Tatsache nicht widerlegen, daß der Terror, wie ihn die Sozialrevolutionäre heute anwenden und propagieren, *in gar keiner Verbindung steht* mit der Arbeit in den Massen, für die Massen und zusammen mit den Massen, daß die Organisation terroristischer Akte durch die Partei unsere zahlenmäßig äußerst geringen organisatorischen Kräfte von ihrer schwierigen und bei weitem noch nicht erfüllten Aufgabe ablenkt, eine revolutionäre Arbeiterpartei zu organisieren, daß der Terror der Sozialrevolutionäre *in Wirklichkeit* nichts anderes ist als ein *Zweikampf*, den die geschichtliche Erfahrung völlig verworfen hat. Sogar die ausländischen Sozialisten beginnt die marktschreierische Terrorpropaganda, die unsere Sozialrevolutionäre jetzt entfalten, zu beunruhigen. In den russischen Arbeitermassen aber sät diese Propaganda geradezu schädliche Illusionen von der Art, daß der Terror „die Menschen auch gegen ihren Willen zwingt, politisch zu denken“ („*Rewoluzionnaja Rossija*“ Nr. 7, S. 4), daß er „sicherer als Monate mündlicher Propaganda imstande ist, die Meinung . . . Tausender von Menschen über die Revolutionäre und den Sinn (!) ihrer Tätigkeit zu ändern“, daß er angeblich fähig ist, „den Schwankenden, Entmutigten, durch den traurigen Ausgang vieler Demonstrationen Erschütterten neue Kräfte einzuflößen“ (ebenda) usw. Diese schädlichen Illusionen können nur zu einer raschen Enttäuschung und zur Schwächung der Arbeit führen, die den Ansturm der Massen auf die Selbstherrschaft vorbereitet.

Geschrieben Juni—Juli 1902.

*Zuerst veröffentlicht 1923 in der
Zeitschrift „Proshektor“
(Der Scheinwerfer) Nr. 14.*

Nach dem Manuskript.

ZWEI BRIEFE AN I. I. RADTSCHENKO

I

Lieber Freund! Vor allem beglückwünsche ich Sie (und Ihre Freunde) von ganzem Herzen zu einem kolossalen Erfolg: zur Inangriffnahme der Reorganisation des örtlichen Komitees. Das kann zu einem Wendepunkt in unserer *ganzen* Bewegung werden, und darum ist es die wichtigste und dringendste Aufgabe, diese Reorganisation zu *Ende* zu führen. Sehen Sie sich gut vor, damit Ihnen nichts passiert und Sie sie erfüllen können.

Ich gehe zur Sache über. Sie bitten, Sie durch den „konkreten Entwurf eines Plans für die örtliche Arbeit im Rahmen der gesamtrussischen Arbeit“ zu unterstützen. Um Ihrer Bitte sofort nachzukommen, schreibe ich Ihnen vorläufig in meinem eigenen Namen (um die Angelegenheit nicht durch Rückfragen bei den übrigen, jetzt allenthalben verstreuten Mitgliedern der Redaktion zu verzögern; vielleicht werden sie Ihnen später noch selber etwas dazuschreiben). Ich bin nicht ganz sicher, ob ich Ihre Anfrage richtig verstanden habe. Meine Quellen sind jetzt: Ihr Brief vom 21. VI. und der Brief von 2a 3b⁴⁴ über die beiden Zusammenkünfte (Sie, 2a 3b und Krassikow) mit Wanja (dem Petersburger Kampfbund). Nach diesen Quellen (besonders nach der zweiten) zu urteilen, hat sich Wanja „jetzt als unser Gesinnungsgenosse erwiesen, der die Mängel seiner früheren Haltung offen bekennt“. Davon ausgehend, werde ich mich im weiteren mit diesem Brief sowohl an Sie wie auch an Wanja wenden und überlasse es Ihrem freien Ermessen, ob Sie meinen Brief an Wanja (und *Manja* = die Arbeiterorganisation) sofort oder später weitergeben, und ob Sie ihn ungekürzt weitergeben oder einige Änderungen vorneh-

men wollen, die ich, wenn sie notwendig sein sollten, ebenfalls Ihnen zu machen überlasse (wobei Sie uns, nach Möglichkeit natürlich, von allen diesen Änderungen in Kenntnis setzen).

Strenggenommen kann ich Ihnen jetzt natürlich nicht den „konkreten Entwurf eines Plans für die örtliche Arbeit im Rahmen der gesamtrossischen Arbeit“ geben; diese Aufgabe ist für mich unerfüllbar ohne *eine Reihe eingehender* Besprechungen sowohl mit Wanja als auch mit Manja. Alles, was ich geben kann, ist eine Skizzierung der praktischen Schritte, die Wanja unverzüglich und vor allem zu machen hat, nachdem er ein neuer Wanja geworden ist oder es de facto werden will. Und ich denke, daß die Schritte, die Sie alle bei der zweiten Zusammenkunft mit Wanja ins Auge gefaßt haben (und die der Brief von 2a 3b schildert), durchaus richtig sind. Ich bin vollauf damit einverstanden, daß „das erste sein muß, sich offen als Anhänger bestimmter Anschauungen zu bekennen“. Das ist tatsächlich das erste, und das kann man nur tun in einer *offenen* Erklärung⁴⁵. Ich weiß wohl, daß die meisten oder viele Genossen Wanjas (d. h. die Komitees und ihre Mitglieder) ein starkes Vorurteil gegen derartige offene Erklärungen haben oder zumindest nicht daran gewöhnt sind. Dieser Zug ist durchaus verständlich vom Standpunkt der bereits durchschrittenen Etappe der Bewegung und der bereits zurückgewiesenen Fehler. Aber gerade weil Wanja eine so wichtige Stellung einnimmt, gerade weil er sich seinerzeit offen zu seinen alten Ansichten bekannte, die entschieden von denen der „Iskra“ abwichen, gerade deshalb möchte ich den Genossen (= Wanja) besonders warm empfehlen, das Ungewohnte in Kauf zu nehmen und dieses Vorurteil zu überwinden. Unsere örtliche Arbeit litt bisher vor allem unter Beschränktheit und Isoliertheit, darunter, daß die örtlichen Führer an die Ausarbeitung allgemeiner Parteifragen nicht *aktiv* und entschlossen herangehen wollten. Soll Wanja, wenn er zu den Anhängern der revolutionären Sozialdemokratie übergeht, lieber sofort mit dieser Überlieferung brechen und *vor aller Welt* erklären, daß seine grundlegenden *theoretischen Ansichten* und *organisatorischen Ideen so und so sind*, daß er jetzt selber an die Verwirklichung dieser Ideen geht und auch alle übrigen Komitees dazu auffordert. Diese Erklärung wird sowohl für Wanja wie für ganz Rußland gewaltige Bedeutung haben, sie wird an und für sich schon eine große *Tat* sein. Man soll keine Angst haben, daß man vielleicht Wanjas alte Freunde kränkt, die anderen An-

sichten huldigten: Jede Spur von Kränkung wird hier gerade dadurch vermieden, daß Wanja *selber* offen und ehrlich bekennt, daß die Umstände und die Erfahrung ihn von der Unrichtigkeit seiner früheren, so oder anders mit dem Okonomismus zusammenhängenden theoretischen Auffassungen, taktischen Grundsätze und organisatorischen Pläne überzeugt haben. Auch nicht die Spur eines Angriffs auf die alten Auffassungen wird darin liegen, es wird ein einfaches Bekenntnis zur *eigenen* Entwicklung sein. Die Aufrichtigkeit dieses Bekenntnisses wird zehnmal mehr Einfluß auf die *tatsächliche* Vereinigung aller russischen Sozialdemokraten und auf die völlige Einstellung der „Polemik“ zwischen ihnen ausüben als hundert Proteste gegen die „Polemik“.

Also, vor allem und in erster Linie: eine offene gedruckte Erklärung (im lokalen Parteiblatt oder in der „Iskra“, am besten hier wie dort). Dieser Schritt darf keinesfalls auch nur um eine Woche verschoben werden, denn *ohne ihn können sich leicht* alle übrigen Schritte als ergebnislos erweisen (Verhaftungen usw.), *mit ihm* aber ist sofort der neue Weg festgelegt.

Was müßte in dieser Erklärung stehen? Würde Wanja mich in dieser Sache um meinen freundschaftlichen Rat fragen (*aber natürlich nicht, bevor er mich fragt*), so würde ich antworten: 1. Bekanntgabe seines Verzichts auf die alten (theoretischen, taktischen, organisatorischen) Anschauungen mit einer ganz allgemeinen Charakteristik dieser Anschauungen (möglichst in ein bis zwei Worten). 2. Bekanntgabe des Übergangs ins Lager der „Iskra“-Anhänger, zu ihren theoretischen, taktischen und organisatorischen Auffassungen, Anerkennung der „Iskra“ als *führendes* Organ (NB: führend heißt keineswegs, daß man unbedingt mit allem einverstanden sein muß. Es heißt lediglich, daß man mit den *leitenden* Grundsätzen eines bestimmten Organs solidarisch ist. Diese Anerkennung ist *durchaus vereinbar* mit dem Hinweis auf einzelne Meinungsverschiedenheiten, wenn sie vorhanden sind, und mit der Ankündigung, daß ich bestimmte Änderungen wünsche und daß ich, der jetzige Anhänger der „Iskra“, sie *durchsetzen*, daß ich in ihr, in der „Iskra“, diese Änderungen anstreben werde). 3. Forderung in erster Linie der Vereinigung, richtiger der faktischen *Wiederherstellung* einer einheitlichen gesamt-russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei *auf dem Wege* gemeinsamer Arbeit, die mit der Gruppierung um die „Iskra“ beginnen muß, um diese

zum Werkzeug einer tatsächlich im ganzen Volk betriebenen Agitation zu machen, und die (nämlich die Arbeit) zur Gründung einer gesamtrossischen Kampforganisation führen muß, die fähig ist, den entscheidenden Angriff auf die Selbstherrschaft zu unternehmen. 4. Anerkennung (von Wanja bereits getan, aber noch nicht veröffentlicht) der Notwendigkeit, die Konstitution und das Funktionieren von Wanja und Manja (ihre Beziehungen usw.) zu reorganisieren, Ankündigung (sozusagen) einer Revision der Konstitution. 5. Anerkennung der Notwendigkeit, sich enger mit der russischen „Iskra“-Organisation zu verbinden *und* sich mit ihr zu *verschmelzen*, um die Aufgaben durchzuführen, die von nun an die gemeinsamen Aufgaben Wanjas und dieser Organisation sind. 6. Betrauung eines oder mehrerer (vielleicht von Wanja und von Manja usw.) Mitglieder des Petersburger Komitees mit der Aufgabe, sofort die praktische Verwirklichung des Obengesagten, d. h. die *Verschmelzung* mit der „Iskra“ und die *Vereinigung* der Partei in Angriff zu nehmen.*

Natürlich darf von diesen 6 Punkten der letzte, vielleicht auch noch dieser oder jener andere, keinesfalls veröffentlicht werden. Die Erklärung könnte hier Punkte setzen und geradezu sagen, daß die und die (oder „die weiteren“) Punkte aus konspirativen Gründen nicht veröffentlicht werden können. Aber ich wiederhole: Wenn Wanja tatsächlich unser Anhänger geworden ist, so darf er diese Erklärung auch *nicht um eine Woche* verschieben.

In dieser Konferenz der Delegierten des Petersburger Komitees mit Sonja (der russischen „Iskra“-Organisation) und mit der „Iskra“-Redaktion (im Ausland) wird dann bereits ein regelrechter konkreter Plan nicht nur für die Neugestaltung der Petersburger Arbeit, sondern auch für die unmittelbare Vereinigung der Partei, für die Bildung des Organisationskomitees zur Vorbereitung des II. Parteitags usw. usf. ausgearbeitet werden.

Weiter wurde auf Ihrer zweiten Konferenz in Aussicht genommen, „vor der Ausführung der erwähnten Absicht (im Juli Delegierte ins Ausland zu entsenden) zunächst die Sachlage in verschiedenen Gegenden unseres ausgedehnten Vaterlandes kennenzulernen, um für die Verhandlungen auf dem Parteitag eine Grundlage zu haben“. Diesen Beschluß

* Das (§ 6) ist auch schon *de facto* auf Ihrer zweiten Konferenz beschlossen worden: Entsendung ins Ausland zwecks endgültiger Verständigung.

(das sage ich offen) betrachte ich als einen Fehler und möchte raten, ihn fallenzulassen. Das hieße die Sache hinausziehen und hinter zwei Hasen herjagen. Erlegen wir zunächst den ersten: verständigen wir uns (wir und Wanja) untereinander. *Das wird schon gleichbedeutend sein* mit einer vollständigen Übereinstimmung zwischen Wanja und Sonja. Angesichts einer solchen Übereinstimmung aber wird die *weitere* praktische Aufgabe (das Bereisen Rußlands) von Wanja \mp Sonja (+ oder = ?) ganz leicht erfüllt werden. Sich aber jetzt verzetteln, das hätte keinen Sinn: zunächst 1. wollen wir Wanja und Manja endgültig *überzeugen*, dann 2. werden wir vor aller Welt unseren Standpunkt* *verkünden*, weiter 3. verständigen wir uns sofort mit der „Iskra“ (im Ausland, wo die „Iskra“ bereits über eine reiche Sammlung von Angaben über die Sachlage in den verschiedenen Gegenden des ausgedehnten Vaterlandes verfügt — tun Sie diese Sammlung nicht geringschätzig ab, Genossen!) und 4. mit Sonja, dann erst soll man 5. Rußland bereisen mit dem unmittelbar praktischen Ziel, die Arbeit *faktisch* zu vereinigen (und einen allgemeinen Parteitag einzuberufen).

Da haben Sie, wenn Sie wollen, den „konkreten Entwurf eines Plans“ für die nächsten praktischen Aufgaben. Wenn Punkt 2 mit Schwierigkeiten verbunden ist, so kann man Punkt 3 an die erste Stelle setzen (das wird natürlich eine gewisse Verzögerung, aber unter bestimmten Bedingungen eine unvermeidliche Verzögerung bedeuten). Doch muß um jeden Preis sowohl auf 2 wie auf 3 bestanden werden. Dabei ist es äußerst wichtig, daß die Mitglieder Wanjas, die hierherkommen, mit möglichst weitgehenden Vollmachten ausgestattet werden und daß es, wenn möglich, zwei sind, nicht nur eins (obgleich das schon ganz von den örtlichen Verhältnissen abhängt und Sie das viel besser beurteilen können).

Damit kann ich wohl schließen. Schreiben Sie bitte recht bald Ihre Meinung: habe ich Ihre Anfrage richtig verstanden? ist mein „konkreter Plan“ durchführbar? usw. Ich fürchte ein wenig, daß die Dinge noch nicht ganz so gut stehen, daß Wanja noch kein unbedingter Anhänger ist. Besonders verdächtig ist, daß man Manja bisher „Was tun?“** noch nicht gegeben hat. Es wäre gut, die Konferenz mit Wanja in pleno (d. h. in Anwesenheit *sämtlicher* Mitglieder des Petersburger Komitees) zu wiederholen: das wäre äußerst wichtig für die *genaue Feststellung*, ob es Gegner gibt,

* „Standpunkt“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

** Siehe Werke, Bd. 5, S. 355—551. *Die Red.*

wer sie sind, auf welche Punkte sie sich hauptsächlich stützen. Ebenso wichtig wäre es, daß Sie sich unmittelbar mit Manja treffen. Beschleunigen Sie die Reise Wanjas (es wäre gut, wenn auch Manjas!) hierher, *so sehr es nur irgend geht und um jeden Preis* (direkt nach London fahren; ihnen *unbedingt* die *Londoner* Adresse geben und außerdem für alle Fälle die belgische Adresse Meschtscherjakows). Wenn Sie das erreichen, so wird es schon ein großer Erfolg sein, der die Früchte Ihrer Arbeit gewährleistet, selbst wenn Sie jetzt völlig auffliegen sollten. Vergessen Sie nicht, daß ein solches Auffliegen sehr möglich ist und daß man sich deshalb möglichst rasch einen *realen* ersten Schritt (die Erklärung, die Reise) unbedingt ohne jede Verzögerung sichern muß.

Wenn Wanja *tatsächlich* vollkommen einer der *Unsrigen* wird, dann werden wir in wenigen Monaten den II. Parteitag veranstalten und die „Iskra“ zum vierzehntägig oder sogar wöchentlich erscheinenden Parteiorgan machen. Geben Sie sich Mühe, Wanja zu überzeugen, daß wir nicht daran denken, von der *örtlichen* Arbeit abzulenken, daß Petersburg ein „Ort“ ist, der auch *unmittelbar* gesamtrussische Bedeutung hat, daß die Verschmelzung Wanjas mit Sonja die örtliche Arbeit ungeheuer stärken und zugleich die ganze Partei aus dem halbillusorischen Zustand hinausführen und sie auf die Stufe nicht nur einer Realität, sondern auch einer erstrangigen Macht heben wird.

Mit festem Händedruck

Ihr Lenin

Geschrieben vor dem 3. (16.) Juli 1902.

*Zuerst veröffentlicht 1924 in der
Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“
(Die proletarische Revolution) Nr. 3.*

Nach dem Manuskript.

II

Lieber Freund! Ihre uns vor kurzem zugegangene Mitteilung über die Freilassung von Wanjas Freunden — den „Bündlern“ (= Anhängern des „Rabotscheje Delo“) ruft bei uns wiederum starke Zweifel hervor. Wird Wanja jetzt standhalten? Stellen Sie ihm jedenfalls die Frage auf Biegen oder Brechen, erzwingen Sie eine offene Antwort, und fällt diese Antwort verneinend aus, so kanzeln Sie ihn mit den schärfsten Worten ab und teilen Sie uns auf jeden Fall sofort mit, wie die Dinge stehen. Wenn Wanja unseren Händen wiederum entglitten ist (oder auch nur im Begriff ist, zu entgleiten), so ist es um so notwendiger, daß Sie Ihre verdreifachten Anstrengungen auf Manja richten: wenn möglich, dann direkt, wenn nicht, dann durch Vermittlung Ihrer neuen Freunde, über deren Unterhaltung mit Ihnen Sie uns einen so ausführlichen und fesselnden Bericht gegeben haben.

Sie müssen sich (falls Wanja auch nur die *allergeringste* Unzuverlässigkeit zeigt oder Ausflüchte macht) die Vorbereitung eines Krieges der Petersburger Iskristen gegen die Überreste des Ökonomismus zur Aufgabe machen. Davon soll man ihnen natürlich nichts sagen, doch man muß diesen Krieg mit allen Kräften und, wenn möglich, an beiden Flügeln vorbereiten. Das heißt, Sie müssen sich erstens bemühen, die einmal angeknüpften persönlichen Beziehungen zu unseren Freunden unter den intellektuellen Wanjas aufrechtzuerhalten, sich mit ihnen zu treffen, sie zu beeinflussen, ihnen Vorhaltungen zu machen, mit den Jugendlichen zu sprechen und den Abfall der Iskristen von den halbschlächtigen Elementen vorzubereiten. Der zweite Flügel — der weitaus wichtigere — sind die Arbeiter. Der von Ihnen geleitete Zirkel ist ein ausgezeichnete Bo-

den, und Sie müssen vor allem durchsetzen, daß dieser Zirkel seine Feindschaft gegen Wanja entwickelt, erkennt und in eine bestimmte Form bringt. Bemühen Sie sich, diesem Zirkel „Was tun?“ zu geben und (das ist, nach Ihrem Brief zu urteilen, nicht sehr schwer) ein *restloses* Einverständnis damit zu erzielen, betonen Sie hierbei besonders und eindringlich, daß „Was tun?“ sich ausdrücklich und hauptsächlich gegen Leute vom Schlag der „Petersburger“ richtet. Setzen Sie in Aussprachen mit ihnen den Punkt aufs i, berufen Sie sich stets auf Wanja als auf das Muster des Schlechten, das Muster dessen, was man nicht tun darf. Ich bin gern bereit, Ihnen bei alledem zu helfen, soweit ich kann — zum Beispiel durch eine Reihe von Briefen an den Zirkel. Soll dieser Zirkel zuerst bewußt und vollständig zum Anhänger der „Iskra“ werden, bewußt und *unbedingt* zum Feind der ganzen alten „Petersburgerei“, der „Rabotschaja Mysl“⁴⁶, des „Rabotscheje Delo“ und jeder Halbschlächtigkeit. *Dann (aber nur dann)* werden wir folgendes tun: Die Erklärung, die Sie Wanja abzugeben rieten und über die ich Ihnen ausführlich schrieb, diese Erklärung wird, natürlich in etwas abgeänderter Form, der Zirkel abgeben, er wird „die Fahne des Aufstands“ gegen die Ökonomen Wanjas entrollen und einen offenen Feldzug verkünden, mit dem Ziel, Manja restlos auf seine Seite zu ziehen.

Ich zweifle keinen Augenblick, daß dieser Feldzug mit einem raschen und vollen Sieg enden wird, und als Hauptschwierigkeit betrachte ich nicht diesen Feldzug, sondern, daß man die Leute zu einem offenen Feldzug bringt und daß man nicht wieder auf den Abweg von Kompromissen mit Wanja, von Zugeständnissen an ihn, von Verschleppungen usw. gerät. *Absolut keine Kompromisse, schonungsloser Krieg* gegen die geringsten Überreste des Ökonomismus und der Handwerkskerei — das ist es, was Sie sich meines Erachtens im Zirkel als Aufgabe stellen müssen. Es ist besser, ein Vierteljahr, ein halbes Jahr und mehr für die Vorbereitung zu verlieren, aber die Herausbildung eines *kämpferischen* „Iskra“-Zirkels zu erreichen, als nicht ganz feste Leute mit den Diplomaten und Kunktoren Wanjas zu vereinigen.

Machen Sie es sich zunutze, daß Sie hinsichtlich des Zirkels freie Hand haben, führen Sie ihre Linie entschlossen durch und halten Sie Leute, deren Sie nicht ganz sicher sind, meilenweit fern.

Wenn Sie die Sache so anfassen, dann werden Sie von Wanjas Schwan-

ken und Unschlüssigkeit unabhängig sein, Sie werden Ihren *eigenen* Stützpunkt haben. Und zwingt die Notwendigkeit Sie mitunter, mit Wanja politisch zu kannegießern, so halten Sie sich im Zirkel von jeder Kannegießerei fern und zeigen Sie sich dort immer *unversöhnlich* gegen Wanja. Ihre Taktik wird dann einfach sein: nähert sich Wanja uns, so streicheln Sie ihn, halten aber den Stock hinterm Rücken bereit, d. h., Sie verhehlen ihm nicht, daß das nicht genügt, daß man ganz herankommen und hineingehen muß und daß Sie sich mit wenigem nicht zufriedengeben. Entfernt Wanja sich, so lassen Sie ihm keinen einzigen Fehler, keinen einzigen Fehltritt durchgehen. Wanja bei jedem Fehler *packen* und diese Fehler im Zirkel (soweit möglich, manchmal auch in der „Iskra“) rücksichtslos anprangern und dem Schimpf preisgeben — das muß eine Ihrer Hauptaufgaben sein.

Mit einem Wort, halten Sie sich bei Wanja unentwegt an den Grundsatz: Ich will den Frieden mit dir, deshalb bereite ich aus allen Kräften den Krieg gegen dich vor.

Zum Schluß — ein praktischer Rat. Wanja ist von Natur ein Diplomat und Silbenstecher. Er hat jetzt die Frage aufgeworfen, wie der alte Rock zu wenden ist, und es ist sehr wahrscheinlich, daß er unter dem schicklichen Vorwand dieser „Revision der Konstitution“ die Sache in die Länge ziehen, tausenderlei Kompromisse ersinnen wird usw. Gehen Sie ihm ja nicht auf den Leim! Verspotten Sie unbarmherzig die Vorliebe für die Abfassung von Statuten. Nicht um Statuten geht es, und wer glaubt, er könne, von diesen oder jenen taktischen und organisatorischen Ideen ausgehend, ein Musterstatut schreiben, der versteht überhaupt nichts und den muß man wegen dieses Unverstands bis zu Ende *bekämpfen*. Wenn Wanja sich einbildet, nun würde man das neue Statut *allseitig* erörtern, von 50 Paragraphen 40 umarbeiten und dann — „auf zum fröhlichen Hochzeitsschmaus“, d. h., nach dem neuen Statut würde auch die Arbeit eine neue sein — wenn er sich das (wie aus allem ersichtlich ist) einbildet, so hat er nur in Worten die alten Vorurteile abgeworfen, in Wirklichkeit aber klammert er sich noch an Hunderte dummer Ideen, gegen die nur Kampf und nochmals Kampf helfen kann. Greifen Sie die Silbenstecherei und Formelkrämerei an und weisen Sie nach, daß es nicht um Statuten geht, sondern darum, daß man 1. in den Ansichten übereinstimmt, nachdem man sie *bis zu Ende durchdacht* hat,

und daß man sich 2. *unmittelbar* in der praktischen Arbeit *zusammenfindet*.

Auf diesem Standpunkt stehend, pfeifen wir auf euer (Wanjas) Spiel mit Statuten und erklären unverhohlen: Wer wir sind, was wir wollen und wie wir arbeiten, das wißt ihr und müßt ihr erfahren nicht nur aus Druckschriften, sondern auch aus persönlichen Zusammenkünften in Rußland und im Ausland (solche Zusammenkünfte sind in der revolutionären Arbeit unerläßlich). Wollt ihr nicht Hand in Hand mit uns gehen, so sagt es offen, macht keine Ausflüchte und wißt, daß wir jeden Winkelzug nach den „Kriegsregeln“ bekriegen werden. Glaubt nicht, daß ihr eure Winkelzüge durch Revision von Statuten usw. vor uns verbergen könnt. Wollt ihr aber mit uns *zusammengehen*, dann macht euch *sofort* an die Arbeit, und ihr werdet sehen, daß diese Arbeit in Verbindung mit der gesamtrossischen Zeitung, an ihr und auf ihrer Grundlage, daß diese Arbeit selbst zeigen wird, welche neuen Formen notwendig sind, und daß sie wahrscheinlich (sogar zweifellos) zeigen wird, daß diese Formen sich bei einer wirklichen, lebendigen Sache ganz von selbst, ohne alle Statuten, ergeben. Und sind wir erstarkt, so werden wir jährlich viermal russische und zweimal ausländische (oder umgekehrt — je nach den Umständen) Zusammenkünfte und Konferenzen abhalten, alle Statuten aber werden wir in diesen Konferenzen festlegen (einfacher gesagt: alle Statuten werden wir zum Teufel schicken).

Ich drücke Ihnen fest die Hand und erwarte mit Ungeduld Ihre Antwort: treffen meine Briefe ins Schwarze, d. h., geben sie Ihnen das, was nötig ist?

Ihr Lenin

Geschrieben am 9. (22.) Juli 1902.

*Zuerst veröffentlicht 1928 in den
Werken W. J. Lenins, Band V.*

Nach dem Manuskript.

REVOLUTIONÄRES ABENTEURERTUM

I

Wir leben in stürmischen Zeiten, die Geschichte Rußlands schreitet mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts, und jedes Jahr bedeutet jetzt manchmal mehr als Jahrzehnte friedlicher Perioden. Die Bilanz des halben Jahrhunderts, das seit den Reformen verstrichen ist, wird gezogen, die Grundsteine für die sozial-politischen Bauwerke werden gelegt, die auf lange, lange Zeit die Geschicke des ganzen Landes bestimmen werden. Die revolutionäre Bewegung wächst weiter mit erstaunlicher Schnelligkeit an — und „unsere Richtungen“ reifen (und welken) unerhört rasch. Richtungen, die in der Klassenstruktur eines sich so rasch entwickelnden kapitalistischen Landes wie Rußland feste Grundlagen haben, finden fast sofort „ihren richtigen Platz“ und machen die ihnen verwandten Klassen ausfindig. Ein Beispiel: Die Evolution des Herrn Struve, dem die Maske des Marxisten „vom Gesicht zu reißen“ die revolutionären Arbeiter erst vor anderthalb Jahren vorgeschlagen haben und der jetzt bereits aus freien Stücken ohne Maske als Führer (oder Bedienter?) der liberalen Gütsbesitzer aufgetreten ist, die sich mit ihrer Bodenständigkeit und Nüchternheit brüsten. Die Richtungen hingegen, die nur die traditionelle Unbeständigkeit der Anschauungen unbestimmter Zwischenschichten der Intelligenz zum Ausdruck bringen, bemühen sich, die Annäherung an bestimmte Klassen durch ein Verhalten zu ersetzen, das um so lärmender wird, je lauter die Ereignisse sprechen. „Lärm, Bruder, Lärm“ — das ist die Losung vieler revolutionär gestimmter Leute, die von dem Wirbel der Ereignisse mitgerissen werden und weder theoretische noch soziale Stützen haben.

Zu diesen „lärmenden“ Richtungen gehören auch die „Sozialrevolutionäre“, deren Gesicht sich immer klarer abzeichnet. Und es ist wirklich schon an der Zeit, daß sich das Proletariat dieses Gesicht aufmerksam ansieht und sich restlos Rechenschaft ablegt, was diese Leute in Wirklichkeit sind, die um so eifriger seine Freundschaft suchen, je mehr sie fühlen, daß sie als besondere Richtung, ohne enge Fühlungnahme mit der wirklich revolutionären Gesellschaftsklasse nicht existieren können.

Drei Umstände haben vor allem dazu beigetragen, das Gesicht der Sozialrevolutionäre ins wahre Licht zu rücken. Erstens die Spaltung zwischen der revolutionären Sozialdemokratie und dem Opportunismus, der unter dem Banner der „Kritik des Marxismus“ sein Haupt erhebt. Zweitens die Tötung Sipjagins durch Balmaschow und der neue Stimmungsumschwung mancher Revolutionäre zugunsten des Terrors. Drittens und hauptsächlich die jüngste Bewegung in der Bauernschaft, welche die Leute, die gewohnheitsmäßig zwischen zwei Stühlen sitzen und keinerlei Programm haben, gezwungen hat, *post factum** mit irgend etwas, das einem Programm halbwegs ähnlich sieht, an die Öffentlichkeit zu treten. Untersuchen wir diese drei Umstände, freilich mit dem Vorbehalt, daß wir in einem Zeitungsartikel nur kurz die Hauptpunkte der Beweisführung umreißen können und wahrscheinlich in einer Zeitschrift oder Broschüre gründlicher darauf eingehen müssen.

Mit einer grundsätzlich-theoretischen Erklärung sind die Sozialrevolutionäre erst in Nr. 2 des „Westnik Russkoi Rewoluzii“ an die Öffentlichkeit getreten, und zwar in dem nicht gezeichneten redaktionellen Artikel: „Die internationale Entwicklung und die Krise des Sozialismus“. Wir empfehlen diesen Artikel aufs wärmste allen denen, die eine klare Vorstellung von völliger theoretischer Prinzipienlosigkeit und Wankelmütigkeit (wie auch von der Kunst, diese mit einem Wortschwall zu verdecken) haben wollen. Der ganze Inhalt dieses höchst bemerkenswerten Artikels kann in wenigen Worten wiedergegeben werden. Der Sozialismus ist zu einer Weltmacht geworden, der Sozialismus (= Marxismus) spaltet sich jetzt infolge des Krieges der Revolutionäre (der „Orthodoxen“) gegen die Opportunisten (die „Kritiker“). Wir, die Sozialrevolutionäre, haben „natürlich“ mit dem Opportunismus nie sympa-

* nachträglich. *Die Red.*

thisiert, aber wir springen und tanzen vor Freude über die „Kritik“, die uns vom Dogma befreit hat, wir wollen dieses Dogma ebenfalls revidieren — und obwohl wir noch keine Spur von Kritik (außer bürgerlich-opportunistischer) aufzuweisen haben, obwohl wir noch nicht das geringste revidiert haben, muß uns diese Freiheit von jeder Theorie doch als ausgesprochenes Verdienst angerechnet werden. Es muß uns um so mehr als Verdienst angerechnet werden, weil wir als Leute, die frei von jeder Theorie sind, ganz entschieden für eine allgemeine Vereinigung eintreten und alle grundsätzlich-theoretischen Streitigkeiten aufs schärfste verurteilen. „Eine ernste revolutionäre Organisation“, versichert uns todernt der „Westnik Russkoi Rewoluzii“ (Nr. 2, S. 127), „würde auf die Lösung von Streitfragen der sozialen Theorie verzichten, die ewig Unfrieden stiften, was natürlich die Theoretiker nicht hindern soll, deren Lösung zu suchen“ — oder einfacher: Der Schriftsteller mag schreiben, wie's kommt, der Leser mag lesen, wie's kommt, wir aber wollen uns, solange die andern sich herumstreiten, über den frei gewordenen leeren Platz freuen.

Eine ernste Analyse dieser Theorie der Enthaltung vom Sozialismus (nur wegen Auseinandersetzungen) kommt selbstverständlich nicht in Frage. Unseres Erachtens verpflichtet die Krise des Sozialismus alle halbwegs ernstern Sozialisten gerade dazu, der Theorie gesteigerte Aufmerksamkeit zuzuwenden, entschlossener eine streng bestimmte Haltung einzunehmen und sich schärfer von den schwankenden und unzuverlässigen Elementen abzugrenzen. Nach Meinung der Sozialrevolutionäre aber ist es für uns Russen, da „sogar die Deutschen“ sich spalten und auseinanderlaufen, geradezu Gottes Gebot, darauf stolz zu sein, daß wir selber nicht wissen, wohin wir treiben. Unseres Erachtens verliert eine revolutionäre Richtung, wenn die Theorie fehlt, ihre Daseinsberechtigung und ist unweigerlich, früher oder später, zum politischen Bankrott verurteilt. Nach Meinung der Sozialrevolutionäre aber ist es eine recht gute, „für die Vereinigung“ besonders günstige Sache, wenn die Theorie fehlt. Wir werden uns, wie man sieht, mit ihnen nicht verständigen können, denn wir sprechen verschiedene Sprachen. Eine Hoffnung ist geblieben: vielleicht wird Herr Struve sie zur Vernunft bringen, der ebenfalls (nur etwas ernster) von der Abschaffung des Dogmas spricht und der meint, es sei „unsere“ Sache (wie auch die Sache jeder Bourgeoisie, die sich an das Proletariat wendet), nicht zu trennen, sondern zu vereinen. Werden die

Sozialrevolutionäre mit Hilfe des Herrn Struve nicht doch einmal einsehen, welche *wirkliche Bedeutung* ihr Standpunkt der Befreiung vom Sozialismus zum Zwecke der Vereinigung und der Vereinigung aus Anlaß der Befreiung vom Sozialismus hat?

Gehen wir zum zweiten Punkt über, zur Frage des Terrors.

Die Sozialrevolutionäre, die den Terror verteidigen, dessen Untauglichkeit durch die Erfahrung der russischen revolutionären Bewegung so klar bewiesen ist, sind eifrigst bemüht zu erklären, daß sie den Terror nur zusammen mit der Arbeit unter den Massen anerkennen und daß daher die Argumente, mit denen die russischen Sozialdemokraten die Zweckmäßigkeit einer solchen Kampfmethodik widerlegt haben (und für lange Zeit widerlegt haben), sich nicht auf sie beziehen. Hier wiederholt sich eine Geschichte, die ihrer Einstellung zur „Kritik“ sehr ähnlich sieht. Wir sind keine Opportunisten, schreien die Sozialrevolutionäre und legen gleichzeitig das Dogma des proletarischen Sozialismus — auf Grund keiner anderen als einer opportunistischen Kritik — zu den Akten. Wir wiederholen nicht die Fehler der Terroristen, wir lenken nicht ab von der Arbeit unter den Massen, versichern die Sozialrevolutionäre und empfehlen gleichzeitig der Partei aufs wärmste solche Aktionen wie die Tötung Sipjagins durch Balmaschow, obwohl jedermann ausgezeichnet weiß und sieht, daß diese Tat in keinerlei Verbindung mit den Massen stand und nach der Art, wie sie vollbracht wurde, auch nicht stehen konnte, daß die Leute, die diese Tat vollbrachten, gar nicht auf eine bestimmte Aktion oder Unterstützung der Menge gerechnet und gehofft hatten. Die Sozialrevolutionäre bemerken naiverweise nicht, daß ihre Neigung zum Terror ursächlich aufs engste mit der Tatsache zusammenhängt, daß sie von Anfang an abseits von der Arbeiterbewegung standen und auch weiterhin abseits von ihr stehen, ohne auch nur bestrebt zu sein, zur Partei der ihren Klassenkampf führenden revolutionären Klasse zu werden. Eifriges Schwören veranlaßt einen sehr oft, aufzuhorchen und die Aufrichtigkeit dessen anzuzweifeln, was eine so scharfe Würze erfordert. Und ich muß häufig an die Worte denken: Werden sie denn des Schwörens nicht müde?, wenn ich die Beteuerungen der Sozialrevolutionäre lese: Durch den Terror rücken wir die Arbeit unter den Massen nicht in den Hintergrund. Beteuern das doch dieselben Leute, die von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, welche die Massen tatsächlich auf die

Beine bringt, bereits abgerückt sind und auch weiterhin von ihr abrücken, wobei sie sich an Bruchstücke beliebiger Theorien klammern.

Als ausgezeichnete Illustration des Gesagten kann das von der „Partei der Sozialrevolutionäre“ herausgegebene Flugblatt vom 3. April 1902 dienen. Es ist die lebendigste, den unmittelbaren Führern am nächsten stehende, zuverlässigste Quelle. „Die Stellung zur Frage des terroristischen Kampfes deckt sich“ in diesem Flugblatt nach dem wertvollen Zeugnis der „Rewoluzionnaja Rossija“ (Nr. 7, S. 24) „vollständig mit der Ansicht der Partei.“*

Das Flugblatt vom 3. April kopiert mit bemerkenswerter Treue die Schablone der „neuesten“ Beweisführung der Terroristen. Vor allem springen einem die Worte ins Auge: „Wir rufen zum Terror auf nicht anstatt der Arbeit unter den Massen, sondern gerade für diese Arbeit und zugleich mit ihr.“ Und zwar springen sie ins Auge, weil sie in dreimal so großen Lettern gedruckt sind wie der übrige Text (was die „Rewoluzionnaja Rossija“ natürlich nachahmt). In der Tat, wie einfach: man braucht nur „nicht anstatt, sondern zugleich“ fett zu drucken — und alle Einwände der Sozialdemokraten, alle Lehren der Geschichte fallen sofort in sich zusammen. Aber man nehme sich die Mühe, das ganze Flugblatt durchzulesen, und man wird sehen, daß die fettgedruckten Beteuerungen Mißbrauch treiben mit dem Namen der Massen. — Die Zeit, „da das Arbeitervolk aus dem Dunkel hervortreten“ und in „machtvoller Volksbewegung das eiserne Tor zerschmettern wird, bricht“ — „leider!“ (buchstäblich

* Allerdings macht die „Rewoluzionnaja Rossija“ auch hier eigenartige Seiltänzerkunststücke. Einerseits — „deckt sich vollständig“, andererseits — eine Anspielung auf „Übertreibungen“. Einerseits erklärt die „Rewoluzionnaja Rossija“, daß dieses Flugblatt nur von „einer Gruppe“ der Sozialrevolutionäre ausgehe, andererseits besteht die *Tatsache*, daß dieses Flugblatt die Unterschrift trägt: „Herausgegeben von der *Partei* der Sozialrevolutionäre“, und außerdem wird der Wahlspruch eben der „Rewoluzionnaja Rossija“ wiederholt („Im Kampfe erwirbst du dein Recht“). Wir verstehen, daß es der „Rewoluzionnaja Rossija“ unangenehm ist, diesen heiklen Punkt zu berühren, aber wir meinen, daß es geradezu unanständig ist, in solchen Fällen Verstecken zu spielen. Der revolutionären Sozialdemokratie war die Existenz des Okonomismus auch unangenehm, aber sie hat ihn öffentlich entlarvt und niemals jemanden irrezuführen versucht.

so: leider!) „noch nicht so bald an, und furchtbar ist der Gedanke; wie viele Opfer es dabei geben wird!“ Bringen diese Worte: „leider noch nicht so bald“ etwa nicht ein völliges Unverständnis für die Massenbewegung und einen Unglauben an sie zum Ausdruck? Ist diese Behauptung etwa nicht absichtlich zum Hohn auf die Tatsache ersonnen, daß das Arbeitervolk sich bereits zu erheben beginnt? Und schließlich, selbst wenn diese abgedroschene Behauptung ebenso begründet wäre, wie sie in Wirklichkeit unsinnig ist, so würde sich aus ihr besonders handgreiflich die Untauglichkeit des Terrors ergeben, denn *ohne* das Arbeitervolk sind alle Bomben machtlos, offenkundig machtlos.

Man höre weiter: „Jeder terroristische Schlag nimmt gleichsam der Selbstherrschaft einen Teil ihrer Kraft und verlagert (!) diese ganze Kraft (!) auf die Seite der Freiheitskämpfer.“ „Und wird der Terror systematisch (!) durchgeführt, so ist es klar, daß unsere Waagschale schließlich das Übergewicht haben wird.“ Ja, ja, es ist für jeden klar, daß wir es hier mit dem größten Vorurteil der Terroristen in seiner größten Form zu tun haben: der politische Mord „verlagert die Kraft“ ganz von selbst! Hier haben wir einerseits die Theorie von der Verlagerung der Kraft, und andererseits — „nicht anstatt, sondern zugleich“ ... Werden sie denn des Schwörens nicht müde?

Aber das sind erst die Blüten. Die Früchte kommen noch. „Gegen wen soll sich der Schlag richten?“ fragt die Partei der Sozialrevolutionäre und antwortet: Gegen die Minister, nicht gegen den Zaren, denn „der Zar wird es nicht zum Äußersten kommen lassen“ (!! woher wissen sie das??), außerdem „ist das auch leichter“ (so heißt es wörtlich!): „Kein Minister kann sich im Schloß verschanzen wie in einer Festung.“ Und diese Beweisführung schließt mit folgender Erwägung, die es verdient, als Musterbeispiel der sozialrevolutionären „Theorie“ verewigt zu werden: „Gegen die Volksmenge hat die Selbstherrschaft Soldaten, gegen die revolutionären Organisationen — die geheime und die öffentliche Polizei, was wird sie aber retten ...“ (Wen sie? die Selbstherrschaft? der Verfasser hat, ohne es zu merken, die Selbstherrschaft bereits jenem Minister gleichgesetzt, den man leichter treffen kann!) „... vor einzelnen Personen oder kleinen Zirkeln, die sich unaufhörlich, ohne sogar einander zu kennen (!!), zum Angriff vorbereiten und angreifen? Keine Macht wird gegen die Unauffindbarkeit helfen. Unsere Aufgabe ist also klar: Jeden mächtigen

Gewalttäter der Selbstherrschaft durch das einzige Mittel absetzen, das die Selbstherrschaft uns gelassen hat (!) — durch den Tod.“ Wieviel Berge von Papier die Sozialrevolutionäre auch verschreiben mögen, um zu versichern, daß sie durch ihre Terrorpropaganda die Arbeit unter den Massen nicht hintansetzen, nicht desorganisieren, es wird ihnen nicht gelingen, durch ihren Wortschwall die Tatsache zu widerlegen, daß die wirkliche Mentalität des heutigen Terroristen gerade durch das angeführte Flugblatt richtig wiedergegeben wird. Die Theorie von der Verlagerung der Kraft findet ihre natürliche Ergänzung in der Theorie von der Unaufindbarkeit, einer Theorie, die nicht nur die ganze Erfahrung der Vergangenheit, sondern auch jeden gesunden Menschenverstand endgültig auf den Kopf stellt. Daß die einzige „Hoffnung“ der Revolution die „Menge“ ist, daß gegen die Polizei einzig und allein eine revolutionäre Organisation kämpfen kann, die (in der Tat, nicht in Worten) diese Menge führt, ist eine Binsenwahrheit. Eine Schande, das beweisen zu müssen! Und nur Leute, die alles vergessen und absolut nichts hinzugelernt haben, konnten den „umgekehrten“ Schluß ziehen und sich zu dem hanebüchernen, himelschreienden Blödsinn versteigen, daß die Selbstherrschaft vor der Menge durch die Soldaten „gerettet“ werden könne, vor den revolutionären Organisationen durch die Polizei, daß es aber vor Einzelgängern, die auf die Minister Jagd machen, *keine Rettung* gebe!!

Diese hanebüchene Behauptung, der es, davon sind wir überzeugt, verschieden sein wird, Berühmtheit zu erlangen, ist durchaus kein bloßes Kuriosum. Nein, sie ist sehr lehrreich, weil sie den Grundfehler der Terroristen, den diese mit den Ökonomen gemein haben (vielleicht muß man schon sagen: mit den einstigen Vertretern des seligen Ökonomismus?), kühn ad absurdum führt und dadurch entlarvt. Dieser Fehler besteht, worauf wir schon oft hingewiesen haben, im *Nichtverstehen* des Hauptmangels unserer Bewegung. Da die Bewegung sich ungewöhnlich rasch entwickelt hat, sind die Führer hinter den Massen zurückgeblieben, die revolutionären Organisationen haben sich der revolutionären Aktivität des Proletariats nicht gewachsen gezeigt, sie sind unfähig, den Massen voranzugehen und sie zu führen. Daß ein solches Mißverhältnis besteht, daran wird kein gewissenhafter Mensch zweifeln, der die Bewegung auch nur einigermaßen kennt. Ist dem aber so, so ist auch klar, daß die heutigen Terroristen in Wirklichkeit umgestülpte Ökonomen sind, die

in ein ebenso unvernünftiges, aber entgegengesetztes Extrem verfallen. In einer Zeit, wo es den Revolutionären an Kräften und Mitteln zur Führung der sich bereits erhebenden Masse *mangelt*, zu einem Terror aufzurufen, der in der Organisierung von Anschlägen auf Minister durch Einzelgänger und voneinander nichts wissende Zirkel besteht — das bedeutet, *eben dadurch* die Arbeit unter den Massen nicht nur einzustellen, sondern auch direkt zu desorganisieren. — Wir Revolutionäre „sind gewohnt, uns schüchtern in einem Haufen zusammenzudrängen“, lesen wir in dem Flugblatt vom 3. April, „und sogar (NB) der neue, kühne Geist, der in den letzten zwei, drei Jahren zu spüren ist, hat bisher mehr die Stimmung der Menge als der Einzelgänger gehoben“. Diese Worte enthalten viel unabsichtlich ausgesprochene Wahrheit. Und gerade diese Wahrheit schlägt die Prediger des Terrorismus aufs Haupt. Aus dieser Wahrheit zieht jeder denkende Sozialist den Schluß: Man muß entschlossener, kühner und organisierter, muß als Haufen handeln. Die Sozialrevolutionäre aber orakeln: „Schieß, unauffindbarer Einzelgänger, denn der Haufen wird leider noch nicht bald so weit sein, und außerdem gibt es Soldaten gegen den Haufen.“ Das ist der Gipfel der Unvernunft, meine Herren!

In dem Flugblatt fehlt auch nicht die Theorie vom exzitierenden Terror. „Jeder Zweikampf eines Helden weckt in uns allen Kampfgeist und Mut“, sagt man uns. Wir aber wissen aus der Vergangenheit und sehen in der Gegenwart, daß *nur* neue Formen der Massenbewegung oder das Erwachen neuer Schichten der Masse zum selbständigen Kampf wirklich *in allen* Kampfgeist und Mut wecken. Die Zweikämpfe aber, gerade insoweit sie Balmaschowsche *Zweikämpfe* bleiben, rufen unmittelbar nur eine rasch vorübergehende Sensation hervor, während sie mittelbar sogar zur Apathie, zum passiven Abwarten des nächsten *Zweikampfes* führen. Man versichert uns weiter, daß „jeder Blitz des Terrors den Geist erleuchtet“, was wir bedauerlicherweise an der Partei der Sozialrevolutionäre, die den Terror predigt, nicht wahrgenommen haben. Man tischt uns die Theorie von großer und kleiner Arbeit auf: „Wer mehr Kraft, mehr Gelegenheit und Entschlossenheit hat, der soll sich nicht mit kleiner (!) Arbeit begnügen; er soll ein großes Werk suchen und sich ihm hingeben — der Propaganda des Terrors unter den Massen (!), der Vorbereitung schwieriger ...“ (die Theorie der Unauffindbarkeit ist schon vergessen!) „... terroristischer

Aktionen.“ Wie außerordentlich klug, nicht wahr: das Leben eines Revolutionärs hingeben für einen Racheakt an dem Schurken Sipjagin, an dessen Stelle der Schurke Plehwe tritt — das ist große Arbeit. Die Massen aber *beispielsweise* zu einer bewaffneten Demonstration vorbereiten — das ist kleine Arbeit. Und genau das setzt die „Rewoluzionnaja Rossija“ in Nr. 8 auseinander, wenn sie erklärt, es sei „leicht“, von bewaffneten Demonstrationen „als von etwas in einer unbestimmt fernen Zukunft Liegendem zu schreiben und zu reden“, „doch hatten alle diese Redereien bisher rein theoretischen Charakter“. Wie gut kennen wir diese Sprache von Leuten, die frei sind von dem Zwang fester sozialistischer Überzeugungen, von der lästigen Erfahrung jedweder Volksbewegung! Das unmittelbar Handgreifliche und Sensationelle der Ergebnisse verwechseln sie mit dem Praktischen. Die Forderung, unbeugsam auf dem Klassenstandpunkt zu stehen und den Massencharakter der Bewegung zu wahren, ist für sie ein „unbestimmtes“, „Theoretisieren“. Bestimmtheit ist in ihren Augen: jedem Stimmungsumschwung sklavisch folgen und... und infolgedessen unweigerlich bei jedem Umschwung hilflos dastehen. Es beginnen Demonstrationen — und von diesen Leuten kommt ein blutrünstiger Wortschwall, ein Gefasel über den Anfang vom Ende. Die Demonstrationen hören auf — sie lassen die Hände sinken und brechen, ehe sie sich die Schuhsohlen abgelaufen haben, in Geschrei aus: „Das Volk wird leider noch nicht so bald...“ Eine neue Niedertracht der zaristischen Gewalttäter — und sie verlangen, daß man ihnen ein „bestimmtes“ Mittel zeige, das als erschöpfende *Antwort* gerade auf diese Gewalttat dienen könne, ein Mittel, das eine sofortige „Verlagerung der Kraft“ ermögliche, und stolz versprechen sie diese Verlagerung! Solche Leute verstehen nicht, daß schon allein dieses Versprechen der „Verlagerung“ der Kraft politisches Abenteuerertum ist und daß ihr Abenteuerertum von ihrer Prinzipienlosigkeit herrührt.

Die Sozialdemokratie wird stets vor Abenteuerertum warnen und unerbittlich Illusionen entlarven, die zwangsläufig mit völliger Enttäuschung enden. Wir dürfen nicht vergessen, daß eine revolutionäre Partei nur dann ihren Namen verdient, wenn sie *in der Tat* die Bewegung der revolutionären Klasse leitet. Wir dürfen nicht vergessen, daß jede Volksbewegung unendlich mannigfaltige Formen annimmt, daß sie ständig neue Formen herausbildet, alte abstreift, Modifikationen oder neue Kombina-

tionen alter und neuer Formen hervorbringt. Und es ist unsere Pflicht, an diesem Prozeß der Herausarbeitung von Methoden und Mitteln des Kampfes aktiv teilzunehmen. Als sich die Studentenbewegung zuspitzte, riefen wir die Arbeiter auf, den Studenten zu Hilfe zu kommen („Iskra“ Nr. 2)*, ohne die Formen der Demonstrationen vorauszusagen, ohne als ihr Ergebnis eine sofortige Verlagerung der Kraft oder eine Erleuchtung des Geistes oder eine besondere Unauffindbarkeit zu versprechen. Als die Demonstrationen sich eingebürgert hatten, riefen wir zu ihrer Organisation, zur Bewaffnung der Massen auf, stellten wir die Aufgabe, den Volksaufstand vorzubereiten. Ohne auch nur im geringsten Gewalt und Terror grundsätzlich abzulehnen, forderten wir, an der Vorbereitung solcher Formen der Gewaltanwendung zu arbeiten, die auf die unmittelbare Beteiligung der Massen berechnet sein und diese Beteiligung gewährleisten sollten. Wir verschließen unsere Augen nicht vor der Schwierigkeit dieser Aufgabe, aber wir werden tatkräftig und hartnäckig an ihr arbeiten, ohne uns durch die Einwände beirren zu lassen, daß dies eine „unbestimmt ferne Zukunft“ sei. Ja, meine Herren, wir sind auch für die zukünftigen und nicht nur für die vergangenen Formen der Bewegung. Wir ziehen eine langwierige und schwierige Arbeit an dem, was eine Zukunft hat, der „leichten“ Wiederholung dessen vor, was bereits von der Vergangenheit verurteilt worden ist. Wir werden stets die Leute entlarven, die den Krieg gegen die Schablonen des Dogmas im Munde führen, in Wirklichkeit aber nichts aufzuweisen haben als die Schablonen der wurmstichigsten und schädlichsten Theorien von der Verlagerung der Kraft, vom Unterschied zwischen großer und kleiner Arbeit und natürlich auch der Theorie vom Zweikampf, vom Duell. „Wie einst in den Schlachten der Völker deren Führer im Zweikampf die Entscheidung herbeigeführt haben, so werden auch die Terroristen im Zweikampf mit der Selbstherrschaft Rußland die Freiheit erobern.“ So schließt das Flugblatt vom 3. April. *Solche* Phrasen braucht man nur nachzudrucken, um sie zu widerlegen.

Wer wirklich seine revolutionäre Arbeit in Verbindung mit dem Klassenkampf des Proletariats leistet, der weiß, sieht und fühlt sehr wohl, wieviel unmittelbare, direkte Anforderungen des Proletariats (und der

* Siehe Werke, Bd. 4, S. 416—421. *Die Red.*

Volksschichten, die fähig sind, es zu unterstützen) unbefriedigt bleiben. Der weiß, daß in zahllosen Orten, in riesigen Gebieten das Arbeitervolk buchstäblich zum Kampfe drängt, daß aber seine Begeisterung aus Mangel an Aufklärungsschriften und Führern, an Kräften und Mitteln der revolutionären Organisationen nutzlos verpufft. Und wir drehen uns — wir sehen, daß es so ist — in demselben verfluchten fehlerhaften Kreis, der wie ein böses Verhängnis so lange auf der russischen Revolution gelastet hat. Einerseits verpufft die revolutionäre Begeisterung der ungenügend aufgeklärten und unorganisierten Massen wirkungslos. Andererseits verpuffen die Schüsse der „unauffindbaren Einzelgänger“ wirkungslos, die den Glauben an die Möglichkeit verlieren, in Reih und Glied zu marschieren, Hand in Hand mit der Masse zu arbeiten.

Aber dem Übel ist durchaus noch abzuhelpfen, Genossen! Der Verlust des Glaubens an die wirkliche Arbeit ist nur eine seltene Ausnahme. Die Leidenschaft für den Terror ist nicht mehr als eine flüchtige Stimmung. Die Sozialdemokraten müssen ihre Reihen noch fester schließen, und wir werden die Kampforganisation der Revolutionäre und den Massenheroismus des russischen Proletariats zu einem einheitlichen Ganzen zusammenschweißen!

Im nächsten Artikel wollen wir das Agrarprogramm der Sozialrevolutionäre behandeln.

II

Die Stellung der Sozialrevolutionäre zur Bauernbewegung bietet besonderes Interesse. Gerade in der Agrarfrage haben sich sowohl die Vertreter des alten russischen Sozialismus als auch ihre liberal-volkstümlicherischen Nachfolger und die in Rußland zahlreichen Anhänger der opportunistischen Kritik, die lärmend versichern, der Marxismus sei in diesem Punkte durch die „Kritik“ bereits endgültig aus seinen Stellungen vertrieben, stets für besonders stark gehalten. Und unsere Sozialrevolutionäre reißen den Marxismus sozusagen nach Strich und Faden: „Dogmatische Vorurteile... überlebte, vom Leben längst zerschlagene Dogmen... die revolutionäre Intelligenz hat ihre Augen vor dem Dorfe

verschlossen, die revolutionäre Arbeit unter der Bauernschaft ist von der Orthodoxie verboten worden“ und vieles Ähnliche mehr. Es ist heutzutage Mode, die Orthodoxie anzurempeln. Zu welcher Abart der Anrempeler soll man jedoch jene rechnen, die *vor Beginn* der Bauernbewegung *keine Zeit gefunden haben*, ihr eigenes Agrarprogramm auch nur anzudeuten? Als die „Iskra“ schon in Nr. 3* ihr Agrarprogramm umriß, wußte der „Westnik Russkoi Rewoluzii“ nur zu brummen: „Bei einer solchen Fragestellung wird noch eine unserer Meinungsverschiedenheiten ganz erheblich verwischt“, wobei der Redaktion des „Westnik Russkoi Rewoluzii“ das kleine Mißgeschick zustieß, daß sie gerade die Fragestellung der „Iskra“ („Hineintragen des Klassenkampfes ins Dorf“) absolut nicht verstand. Jetzt beruft sich die „Rewoluzionnaja Rossija“ nachträglich auf die Broschüre „Eine aktuelle Frage“, obwohl auch sie kein Programm enthält, sondern nur eine Lobhudelei auf so „berühmte“ Opportunisten wie Hertz.

Und dieselben Leute, die vor Beginn der Bewegung sowohl mit der „Iskra“ als auch mit Hertz einverstanden waren, treten am Tage nach dem Bauernaufstand mit einem Manifest „des Bauernbundes (!) der Partei der Sozialrevolutionäre“ an die Öffentlichkeit, wobei in diesem Manifest keine einzige Silbe zu finden ist, die den Bauern wirklich aus dem Herzen gesprochen wäre, es wiederholt nur wörtlich, was man hunderte Male bei den Volkstümlern, Liberalen und „Kritikern“ gelesen hat . . . Man sagt, Tapferkeit bezwinde Städte. Das stimmt, meine Herren Sozialrevolutionäre, aber nicht von einer solchen Tapferkeit zeugt eure dick aufgetragene Reklame.

Wir haben gesehen, daß der Haupt„vorzug“ der Sozialrevolutionäre in ihrer Freiheit von der Theorie besteht, ihre Hauptkunst — in der Fähigkeit, zu reden, um nichts zu sagen. Wenn man aber ein Programm vorlegen will, muß man wohl oder übel Stellung nehmen. Man muß z. B. „das Dogma der russischen Sozialdemokraten vom Ende der achtziger und Beginn der neunziger Jahre, daß es außer dem städtischen Proletariat keine revolutionäre Kraft gibt“, über Bord werfen. Was ist das doch für ein bequemes Wörtchen: „Dogma“! Es genügt, die Theorie des Gegners ein wenig zu entstellen, diese Entstellung mit dem Popanz des „Dogmas“ zu verdecken — und fertig ist der Laden!

* Siehe Werke, Bd. 4, S. 422—430. *Die Red.*

Der ganze moderne Sozialismus, beginnend mit dem „Kommunistischen Manifest“, fußt auf der unbestreitbaren Wahrheit, daß die einzige wirklich revolutionäre Klasse der kapitalistischen Gesellschaft das Proletariat ist. Die übrigen Klassen können revolutionär sein und sind es auch manchmal, aber nur zum Teil und nur unter bestimmten Bedingungen. Fragt sich, was soll man von Leuten halten, die diese Wahrheit in ein Dogma der russischen Sozialdemokraten einer bestimmten Epoche „verwandelt“ haben und nun versuchen, dem naiven Leser einzureden, dieses Dogma beruhe „ausschließlich auf dem Glauben, daß der offene politische Kampf in ferner Zukunft liege“?

Gegen die Marxsche Lehre von der einzigen wirklich revolutionären Klasse der modernen Gesellschaft führen die Sozialrevolutionäre die Dreieinigkeit „Intelligenz, Proletariat und Bauernschaft“ ins Feld, womit sie ihre hoffnungslose Begriffsverwirrung enthüllen. Stellt man die Intelligenz dem Proletariat und der Bauernschaft gegenüber, so bedeutet das, daß man sie als eine bestimmte soziale Schicht, als eine Gruppe von Personen betrachtet, die eine soziale Stellung einnehmen, welche ebenso bestimmt ist wie die soziale Stellung der Lohnarbeiter und der Bauern. Als eine solche Schicht aber ist die russische Intelligenz gerade eine bürgerliche und kleinbürgerliche Intelligenz. In Hinsicht auf diese Schicht hat Herr Struve durchaus recht, wenn er seine Zeitung als Organ der russischen Intelligenz bezeichnet. Meint man aber jene Intellektuellen, die *noch keine bestimmte soziale Stellung eingenommen haben* oder aber vom Leben aus ihrer normalen Stellung *bereits hinausgeworfen worden sind* und auf die Seite des Proletariats übergehen, so ist es völlig unsinnig, diese Intelligenz dem Proletariat gegenüberzustellen. Wie jede andere Klasse der modernen Gesellschaft bringt das Proletariat nicht nur seine eigene Intelligenz hervor, es gewinnt auch Anhänger aus allen Kreisen der Gebildeten. Der Feldzug der Sozialrevolutionäre gegen das grundlegende „Dogma“ des Marxismus beweist wieder einmal nur, daß die ganze Kraft dieser Partei in dem Häuflein jener russischen Intellektuellen verkörpert ist, die sich zwar vom Alten abgewandt, dem Neuen aber noch nicht zugewandt haben.

Was die Bauernschaft anbelangt, so sind die Gedankengänge der Sozialrevolutionäre hier noch verworrener. Was ist allein diese Fragestellung wert: „Welche Gesellschaftsklassen treten überhaupt (!) stets (!) für die

bestehende...“ (nur die autokratische? oder überhaupt die bürgerliche?) „... Ordnung ein, verteidigen sie und sind der Revolutionierung unzugänglich?“ Eigentlich kann man auf diese Frage nur mit einer Gegenfrage antworten: Welche Elemente der Intelligenz treten überhaupt stets für den bestehenden Gedankenwirrwarr ein, verteidigen ihn und sind einer bestimmten sozialistischen Weltanschauung unzugänglich? Die Sozialrevolutionäre aber wollen auf eine unernste Frage eine ernste Antwort geben. Sie zählen zu „diesen“ Klassen erstens die Bourgeoisie, denn deren „Bedürfnisse sind befriedigt“. Dieses alte Vorurteil, wonach die Bedürfnisse der russischen Bourgeoisie bereits so weit befriedigt seien, daß es bei uns eine bürgerliche Demokratie nicht gebe und nicht geben könne (vgl. „Westnik Russkoi Rewoluzii“ Nr. 2, S. 132/133) ist jetzt Gemeingut der Ökonomen und Sozialrevolutionäre geworden. Noch einmal: Wird ihnen nicht vielleicht Herr Struve Vernunft beibringen?

Zweitens rechnen die Sozialrevolutionäre zu diesen Klassen die „kleinbürgerlichen Schichten“, „deren Interessen individualistisch, nicht klassenmäßig bestimmt sind und sich nicht in die Formeln eines reformerischen oder eines revolutionären sozial-politischen Programms einfügen“. Woher sie das nehmen, mag Allah wissen. Daß das Kleinbürgertum die bestehende Ordnung keineswegs überhaupt und stets verteidigt, sondern im Gegenteil nicht selten sogar gegen die Bourgeoisie (nämlich wenn es sich dem Proletariat anschließt) und sehr häufig gegen den Absolutismus revolutionär auftritt und fast immer soziale Reformprogramme formuliert, das weiß jedermann. Unser Verfasser hat einfach „möglichst viel“ gegen das Kleinbürgertum gequasselt, der „Lebensregel“ folgend, die Turgenjew in einem seiner „Gedichte in Prosa“ einem „alten Gauner“ in den Mund legt: Möglichst laut über die Laster schimpfen, mit denen man sich selber behaftet fühlt. Eben weil die Sozialrevolutionäre fühlen, daß die einzige soziale Basis ihres Sitzens zwischen zwei Stühlen allenfalls nur einige kleinbürgerliche Schichten der Intelligenz sein können, deshalb schreiben sie über das Kleinbürgertum so, als bezeichne dieser Terminus nicht eine soziale Kategorie, sondern sei einfach eine polemische Redewendung. Außerdem möchten sie gern den unangenehmen Punkt umgehen, daß sie die Zugehörigkeit der heutigen Bauernschaft, als Ganzes genommen, zu den „kleinbürgerlichen Schichten“ nicht begreifen. Wollt ihr nicht versuchen, uns einmal über diesen Punkt aufzuklären, werte Her-

ren Sozialrevolutionäre? Wollt ihr uns nicht sagen, warum ihr, obzwar ihr Brocken der Theorie des russischen Marxismus wiederkaut (z. B. über die fortschrittliche Bedeutung der bäuerlichen Wanderarbeit), eure Augen davor verschließt, daß derselbe Marxismus die kleinbürgerliche Struktur der russischen Bauernwirtschaft nachgewiesen hat? Wollt ihr uns nicht auseinandersetzen, wie es möglich sein soll, daß „Eigentümer oder Halbeigentümer“ in der modernen Gesellschaft nicht zu den kleinbürgerlichen Schichten gehören?

Nein, die Hoffnung ist vergeblich! Die Sozialrevolutionäre werden nicht antworten, werden zum Kern der Sache nichts Sachliches sagen und nichts erklären, denn sie haben sich (wiederum gleich den Ökonomen) ein für allemal die Taktik zu eigen gemacht, durch Abwesenheit zu glänzen, sobald es um die Theorie geht. Die „Rewoluzionnaja Rossija“ zeigt auf den „Westnik Russkoi Rewoluzii“ — das sei seine Sache (vgl. Nr. 4, Antwort an die „Sarja“), der „Westnik Russkoi Rewoluzii“ aber erzählt den Lesern von den Heldentaten der opportunistischen Kritik und droht und droht und droht, noch schärfere Kritik zu üben. Das ist ein bißchen arg wenig, meine Herrschaften!

Die Sozialrevolutionäre haben dem verderblichen Einfluß der modernen sozialistischen Lehren gegenüber ihre Unschuld bewahrt. Sie haben die guten alten Methoden des Vulgärsozialismus restlos beibehalten. Wir haben es mit einer neuen geschichtlichen Tatsache zu tun, mit einer neuen Bewegung in einer bestimmten Volksschicht. Sie untersuchen die Lage dieser Schicht nicht, sie setzen sich nicht das Ziel, die Bewegung dieser Schicht aus ihrem Charakter und aus ihrem Verhältnis zu der sich entwickelnden ökonomischen Struktur der gesamten Gesellschaft zu erklären. Das alles ist für sie leeres Dogma, überlebte Orthodoxie. Bei ihnen wird das einfache gemacht. Wovon sprechen die Vertreter der sich erhebenden Schicht selber? Vom Boden, von Landzuteilung, von Landumteilung. Na also, was wollt ihr noch mehr? Hier habt ihr das „halbsozialistische Programm“, das „vollkommen richtige Prinzip“, „die lichte Idee“, „das Ideal, das in Keimform bereits im Kopfe des Bauern lebt“ usw. Man muß „dieses Ideal nur reinigen und ausgestalten“, die „reine Idee des Sozialismus“ herauschälen. Du glaubst es nicht, lieber Leser? Du hältst es für unwahrscheinlich, daß dieser volkstümlerische Trödel wieder ans Tageslicht gezerrt wird von Leuten, die so munter wiederholen, was sie

gerade im letzten Buch gelesen haben? Aber es ist Tatsache, und alle von uns zitierten Kostproben sind der Erklärung „des Bauernbundes“ in Nr. 8 der „Rew. Rossija“ entnommen.

Die Sozialrevolutionäre machen der „Iskra“ den Vorwurf, sie habe, als sie die Bauernbewegung als letzte Rebellion der Bauernschaft bezeichnete, damit zu früh den Totengesang angestimmt: Die Bauernschaft, belehren sie uns, könne auch an der sozialistischen Bewegung des Proletariats teilnehmen. Dieser Vorwurf zeigt anschaulich die ganze Gedankenverwirrung der Sozialrevolutionäre. Sie haben nicht einmal begriffen, daß die demokratische Bewegung gegen die Überreste der Leibeigenschaft und die sozialistische Bewegung gegen die Bourgeoisie zwei ganz verschiedene Dinge sind. Da sie das Wesen der Bauernbewegung nicht verstehen, konnten sie auch nicht begreifen, daß die Worte der „Iskra“, die ihnen einen solchen Schrecken eingejagt haben, sich nur auf die erste Bewegung beziehen. Daß die untergehenden Kleinproduzenten (darunter die Bauern) an der sozialistischen Bewegung des Proletariats teilnehmen können und müssen, hat die „Iskra“ in ihrem Programm nicht nur gesagt, sie hat auch die Bedingungen für diese Teilnahme genau festgelegt. Die gegenwärtige Bauernbewegung ist aber keineswegs eine sozialistische, gegen die Bourgeoisie und den Kapitalismus gerichtete Bewegung. Sie vereinigt im Gegenteil die bürgerlichen und die proletarischen Elemente der Bauernschaft, die im Kampf gegen die Überreste der Leibeigenschaft tatsächlich einig sind. Die gegenwärtige Bauernbewegung führt zur Errichtung nicht einer sozialistischen und nicht einer halbsozialistischen, sondern einer bürgerlichen Ordnung auf dem Lande, und sie wird diese Ordnung herbeiführen, nachdem sie die bereits fertige bürgerliche Grundlage unseres Dorfes von den Fesseln der Leibeigenschaft befreit haben wird.

Im übrigen ist das alles für die Sozialrevolutionäre ein Buch mit sieben Siegeln. Sie versichern der „Iskra“ sogar ganz ernsthaft, daß die Freimachung des Weges für die Entwicklung des Kapitalismus ein leeres Dogma sei, denn die „Reformen“ (der sechziger Jahre) „haben ja für die Entwicklung des Kapitalismus vollkommen (!) freien (!) Spielraum geschaffen“. Was so ein fixer Kerl doch alles zusammenschreiben kann, der beherrscht ist von seiner fixen Feder und sich einbildet, der „Bauernbund“ könne sich alles leisten: der Bauer wird sich da nicht zurechtfinden! Aber denken Sie bitte einmal nach, werter Herr Verfasser: Haben Sie nie davon

gehört, daß die Überreste der Leibeigenschaft die Entwicklung des Kapitalismus aufhalten? finden Sie nicht, daß das sogar fast eine Tautologie ist? und haben Sie nicht irgendwo einmal etwas gelesen von den Überresten der Leibeigenschaft im heutigen russischen Dorf?

Die „Iskra“ sagt, daß die bevorstehende Revolution eine bürgerliche Revolution sein wird. Die Sozialrevolutionäre entgegnen: Sie wird „vor allem eine politische und bis zu einem gewissen Grade eine demokratische Revolution sein“. Vielleicht versuchen die Verfasser dieser reizenden Entgegnung, uns zu erklären, ob es jemals in der Geschichte eine bürgerliche Revolution gegeben hat, ob überhaupt eine bürgerliche Revolution denkbar ist, die nicht „bis zu einem gewissen Grade eine demokratische“ wäre? Ja, auch das Programm der Sozialrevolutionäre selber (die ausgleichende Nutzung des Bodens, der ins Eigentum der Gesellschaft übergegangen ist) geht noch nicht über den Rahmen eines bürgerlichen Programms hinaus, denn bei Aufrechterhaltung der Warenproduktion und Zulassung der Privatwirtschaft, sei es auch auf gemeinsamem Boden, werden die kapitalistischen Verhältnisse in der Landwirtschaft keineswegs beseitigt.

Je leichtfertiger sich die Sozialrevolutionäre zu den elementarsten Wahrheiten des modernen Sozialismus verhalten, um so leichter verfassen sie „höchst elementare Deduktionen“ und brüsten sich noch, daß eben darauf ihr „Programm hinausläuft“. Untersuchen wir nacheinander ihre drei Deduktionen, die wahrscheinlich auf lange Zeit ein Denkmal für die Geistesschärfe und die Tiefe der sozialistischen Überzeugungen der Sozialrevolutionäre bleiben werden.

Deduktion Nr. 1: „Schon jetzt gehört ein großer Teil des russischen Territoriums dem Staate — nötig ist, daß das gesamte Territorium dem Volke gehört.“ „Schon jetzt“ hängen uns die rührenden Hinweise auf das staatliche Grundeigentum in Rußland in den Schriften der Polizei-Volkskämmler (à la Sasonow u. a.) und der verschiedenen Kathederreformer⁴⁷ zum Halse heraus. „Nötig ist“, daß hinter diesen Herrschaften Leute dreinzotteln, die sich Sozialisten und sogar Revolutionäre nennen. „Nötig ist“, daß Sozialisten die scheinbare Allmacht des „Staates“ betonen (wobei sie sogar vergessen, daß ein großer Teil der staatlichen Ländereien in unbewohnten Randgebieten des Landes liegt), nicht aber den Klassengegensatz zwischen der halbleibeigenen Bauernschaft und dem Häuflein privi-

legierter großer Grundeigentümer, die das Gros des besten Kulturlandes besitzen und mit denen der „Staat“ stets ein Herz und eine Seele war. Unsere Sozialrevolutionäre, die sich einbilden, daß sie die reine Idee des Sozialismus herauschälen, beschmutzen in Wirklichkeit diese Idee durch ihre unkritische Einstellung zur alten Volkstümlerrichtung.

Deduktion Nr. 2: „Schon jetzt geht der Boden vom Kapital auf die Arbeit über — nötig ist, daß der Staat diesen Prozeß vollendet.“ Je tiefer in den Wald, um so dichter die Bäume. Machen wir noch einen Schritt weiter zur Polizei-Volkstümlerei, fordern wir den (Klassen-!) „Staat“ auf, den bäuerlichen Landbesitz überhaupt zu erweitern. Das ist bemerkenswert sozialistisch und erstaunlich revolutionär. Was kann man aber auch von Leuten erwarten, die den Ankauf und die Pachtung des Bodens durch die Bauern nicht als Übergang des Bodens von den Gutsherren auf die Dorfbourgeoisie bezeichnen, sondern als Übergang „vom Kapital auf die Arbeit“. Erinnern wir diese Leute wenigstens an die Angaben über die tatsächliche Verteilung des „auf die Arbeit übergehenden“ Grund und Bodens; 6 bis 9 Zehntel des gesamten gekauften Bauernlandes und 5 bis 8 Zehntel des gepachteten Landes sind in den Händen der Besitzer *des fünften Teiles der Bauernhöfe*, d. h. in den Händen einer kleinen Minderheit von wohlhabenden Bauern konzentriert. Danach beurteile man, wieviel Wahrheit in den Worten der Sozialrevolutionäre steckt, wenn sie behaupten, daß sie auf die wohlhabenden Bauern „gar nicht rechnen“, sondern nur auf die „rein werktätigen Schichten“.

Deduktion Nr. 3: „Der Bauer hat bereits Land und nutzt es meist in ausgleichender Verteilung — nötig ist, daß diese werktätige Nutzung bis zu Ende durchgeführt wird . . . und durch die Entwicklung von Genossenschaften aller Art in kollektiver landwirtschaftlicher Produktion ihre Krönung findet.“ Kratzt den Sozialrevolutionär, und der Herr W. W.⁴⁸ kommt zum Vorschein! Sobald es um konkrete Dinge geht, kommen alle die alten Vorurteile der Volkstümlerrichtung, die sich unter der Hülle glattzüngiger Redensarten unversehrt erhalten haben, ans Tageslicht. Staatlicher Bodenbesitz — vom Staat zu Ende geführter Übergang des Grund und Bodens an die Bauernschaft — Dorfgemeinde — Genossenschaftswesen — Kollektivismus: in diesem prachtvollen Schema der Herren Sasonow, Jusow, N.-on⁴⁹, der Sozialrevolutionäre, der Hofstetter, Totomianz u. a. — in diesem Schema fehlt nur eine winzige Kleinigkeit. Es gibt

darin weder den sich entwickelnden Kapitalismus noch den Klassenkampf. Woher sollte auch diese Kleinigkeit in den Köpfen von Leuten kommen, deren ganzes ideologisches Gepäck aus den alten Lumpen der Volkstümlerrichtung und den eleganten Flickern der Modekritik besteht? Hat nicht Herr Bulgakow *selber* gesagt, im Dorf sei kein Platz für den Klassenkampf? Wird es nicht sowohl die Liberalen wie auch die „Kritiker“ und überhaupt alle diejenigen befriedigen, für die der Sozialismus nicht mehr ist als ein traditionelles Aushängeschild, wenn man den Klassenkampf durch „Genossenschaften aller Art“ ersetzt? Und warum sollte man nicht versuchen, einfältige Leute mit der Versicherung zu beruhigen: „Uns liegt natürlich jede Idealisierung der Dorfgemeinde fern“, obwohl diese Versicherung begleitet ist von einem kolossalen Wortschwall über „die kolossale Organisation der Mir-Bauernschaft“* und darüber, daß „in gewisser Beziehung keine Klasse in Rußland so zum rein (!) politischen Kampf gedrängt wird wie gerade die Bauernschaft“, daß die Grenzen und Kompetenzen der bäuerlichen Selbstbestimmung (!) viel weiter gezogen sind als jene der Semstvos, daß diese Verbindung einer „umfassenden“ ... (bis zum Dorfbauer reichenden?) ... „Selbsttätigkeit“ mit dem Fehlen „elementarster Bürgerrechte“ „gleichsam eigens erfunden worden ist, um ... die politischen Instinkte und Gewohnheiten des sozialen Kampfes zu wecken und zu üben (!)“. Wem es nicht gefällt, der höre nicht zu, aber ...

„Man muß blind sein, um nicht zu sehen, wieviel leichter es ist, von den Traditionen der dorfgemeindlichen Verwaltung des Bodens zur Idee der Sozialisierung des Bodens überzugehen.“ Ist nicht das Gegenteil der Fall, meine Herren? Sind nicht diejenigen hoffnungslos blind und taub, die bis jetzt nicht wissen, daß gerade die mittelalterliche Abgeschlossenheit der halb leibeigenschaftlichen Dorfgemeinde, welche die Bauernschaft in winzige Vereinigungen zersplittert und das Landproletariat an Händen und Füßen fesselt, die überlieferte Trägheit, Verschüchterung und Verwilderung unterstützt? Widerlegt ihr euch nicht selber, wenn ihr den Nutzen der Wanderarbeit anerkennt, welche die vielgepriesene ausgleichende Wirkung der dorfgemeindlichen Traditionen bereits zu drei Vierteln zerstört und diese Traditionen auf nichts als Polizeischikanen reduziert hat?

Das Minimalprogramm der Sozialrevolutionäre, das auf der oben analysierten Theorie fußt, ist ein wahres Kuriosum. Dieses „Programm“

* Mir — die alte russische Dorfgemeinde. *Der Übers.*

enthält zwei Punkte: 1. „die Sozialisierung des Grund und Bodens, d. h. sein Übergang in das Eigentum der gesamten Gesellschaft und in die Nutzung der Werktätigen“; 2. „die Entwicklung von öffentlichen Vereinigungen und wirtschaftlichen Genossenschaften aller Art in der Bauernschaft...“ (zum „rein“ politischen Kampf?) „... zur allmählichen Befreiung der Bauernschaft aus der Macht des Geldkapitals...“ (und Auslieferung an die Macht des Industriekapitals?) „... und zur Vorbereitung der künftigen kollektiven landwirtschaftlichen Produktion“. Wie die Sonne in einem Tropfen Wasser, so spiegelt sich in diesen beiden Punkten der ganze Geist des modernen „Sozialrevolutionarismus“ wider. In der Theorie — die revolutionäre Phrase an Stelle eines durchdachten und in sich geschlossenen Systems von Anschauungen, in der Praxis — das hilflose Aufgreifen des einen oder anderen in Mode gekommenen Heilmittelchens anstatt der Beteiligung am Klassenkampf — das ist alles, was sie aufzuweisen haben. Um im *Minimal*programm die Sozialisierung des Grund und Bodens und das Genossenschaftswesen *nebeneinander*zustellen, dazu gehörte, wir sagen es offen, eine seltene Zivilcourage. Unser Minimalprogramm: einerseits Babeuf, andererseits Herr Lewitski.⁵⁰ Das ist unnachahmlich.

Könnte man dieses Programm ernst nehmen, so müßten wir sagen, daß die Sozialrevolutionäre durch ihr Wortgeklingel sich selber und auch die Bauern betrügen. Denn es ist ein Betrug, wenn man behauptet, daß „Genossenschaften aller Art“ in der modernen Gesellschaft eine revolutionäre Rolle spielen und den Kollektivismus, nicht aber die Stärkung der Dorfbourgeoisie vorbereiten. Es ist ein Betrug, wenn man behauptet, daß der „Bauernschaft“ die Sozialisierung des Grund und Bodens als das „Minimum“, als etwas ebenso greifbar Nahes in Aussicht gestellt werden kann wie die Genossenschaften. Jeder Sozialist würde unseren Sozialrevolutionären klarmachen, daß die Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden jetzt nur der unmittelbare Auftakt zur Aufhebung des Privateigentums überhaupt sein kann, daß die alleinige Übergabe des Grund und Bodens in die „Nutzung der Werktätigen“ das Proletariat noch nicht zufriedenstellen würde, denn Millionen und Dutzende Millionen ruinierter Bauern sind schon nicht mehr in der Lage, den Boden zu bewirtschaften, selbst wenn sie ihn hätten. Die Versorgung dieser ruinierten Millionen mit Gerät, Vieh usw. würde aber bereits die Sozialisierung aller Produktionsmittel sein und die sozialistische Revolution des Proletariats

erforderlich machen, nicht aber eine Bauernbewegung gegen die Überreste der Leibeigenschaft. Die Sozialrevolutionäre verwechseln die Sozialisierung des Grund und Bodens mit seiner bürgerlichen Nationalisierung. Letztere ist, abstrakt betrachtet, auch auf der Basis des Kapitalismus, ohne Aufhebung der Lohnarbeit denkbar. Aber gerade das Beispiel derselben Sozialrevolutionäre bestätigt anschaulich die Wahrheit, daß man den einzig revolutionären Grundsatz des Klassenkampfes verwischt und Wasser auf die Mühlen jeder Art von Bürokratismus gießt, wenn man in einem Polizeistaat die Forderung aufstellt, den Grund und Boden zu nationalisieren.

Damit nicht genug, treiben die Sozialrevolutionäre geradewegs ins reaktionäre Fahrwasser, wenn sie sich auflehnen gegen die in unserm Programmentwurf enthaltene Forderung: „Aufhebung aller Gesetze, die den Bauern in der freien Verfügung über sein Land beschränken.“ Im Namen des volkstümlichen Vorurteils von der „dorfgemeindlichen Basis“ und dem „ausgleichenden Prinzip“ sprechen sie den Bauern ein so „elementares Bürgerrecht“ ab wie das Verfügungsrecht über den eigenen Grund und Boden; verschließen sie unbekümmert ihre Augen vor der ständischen Abgeschlossenheit der wirklichen Dorfgemeinde, werden sie zu Verteidigern der Polizeiverbote, der vom „Staat“ eingesetzten und gestützten... Landeshauptleute! Wir glauben, daß nicht nur Herr Lewitski, sondern auch Herr Pobedonoszew nicht sehr erschrecken wird über die Forderung nach Sozialisierung des Grund und Bodens zwecks seiner ausgleichenden Nutzung, da ja diese Forderung als ein Minimum aufgestellt wird, neben dem sowohl die Genossenschaften als auch die Verteidigung der polizeilichen Fesselung des Bauern an seinen, ihm vom Staate zum Lebensunterhalt zugewiesenen Landanteil figurieren.

Möge das Agrarprogramm der Sozialrevolutionäre eine Lehre und Warnung für alle Sozialisten sein, ein anschauliches Beispiel dafür, wozu Ideen- und Prinzipienlosigkeit führt, die manche leichtfertige Leute Freiheit vom Dogma nennen. Sobald es um konkrete Dinge ging, hatten die Sozialrevolutionäre keine von den drei Bedingungen vorzuweisen, die zur Aufstellung eines konsequenten sozialistischen Programms erforderlich sind: weder eine klare Idee vom Endziel noch eine richtige Erkenntnis des Weges, der zu diesem Ziel führt, noch eine genaue Vorstellung von der wirklichen Sachlage im gegenwärtigen Augenblick und von den nächsten Aufgaben dieses Augenblicks. Das Endziel des Sozialismus haben sie nur

verdunkelt, indem sie die Sozialisierung des Grund und Bodens mit seiner bürgerlichen Nationalisierung verwechselten und die primitive bäuerliche Vorstellung von der kleinen ausgleichenden Bodennutzung mit der Lehre des modernen Sozialismus vom Übergang aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum und von der Organisierung der sozialistischen Produktion durcheinanderbrachten. Ihre Vorstellung von dem Weg, der zum Sozialismus führt, wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß sie den Klassenkampf durch die Entwicklung der Genossenschaften ersetzen. Bei der Beurteilung des gegenwärtigen Standes der Agrarentwicklung Rußlands haben sie eine Kleinigkeit vergessen: die Überreste der Leibeigenschaft, die schwer auf unserm Dorf lasten. Die berühmte Dreieinigkeitslehre, die ihre theoretischen Ansichten zum Ausdruck bringt: Intelligenz und Proletariat und Bauernschaft — ist ergänzt worden durch die nicht weniger berühmte „programmatische“ Dreieinigkeitslehre: Sozialisierung des Grund und Bodens — Genossenschaften — Fesselung an den Landanteil.

Man vergleiche damit das Programm der „Iskra“, das dem gesamten kämpfenden Proletariat ein einheitliches Endziel zeigt, ohne dieses auf ein „Minimum“ zu reduzieren, ohne es um der Anpassung an die Anschauungen einiger rückständiger Schichten des Proletariats oder der Kleinproduzenten willen zu degradieren. Der Weg zur Erreichung dieses Ziels ist der gleiche in Stadt und Land — der Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie. Doch außer diesem Klassenkampf wird in unserm Dorf noch ein anderer Kampf fortgesetzt: der Kampf der gesamten Bauernschaft gegen die Überreste der Leibeigenschaft. Und in diesem Kampf verspricht die Partei des Proletariats ihre Unterstützung der gesamten Bauernschaft, ist sie bemüht, dem revolutionären Drang der Bauern das richtige Ziel zu weisen und ihren Aufstand gegen ihren wirklichen Feind zu richten, denn die Partei hält es für unehrlich und unwürdig, die Bauern wie Unmündige zu behandeln und ihnen zu verheimlichen, daß sie gegenwärtig und unverzüglich nur die völlige Beseitigung aller Spuren und Überreste der Leibeigenschaft, nur die Säuberung des Weges für den breiteren und schwierigeren Kampf des ganzen Proletariats gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft erreichen können.

„Iskra“ Nr. 23, 1. August
und Nr. 24, 1. September 1902.

Nach dem Text der „Iskra“.

BRIEF AN DAS MOSKAUER KOMITEE

Liebe Genossen! Wir haben Ihren Brief erhalten, in welchem Sie dem Verfasser von „Was tun?“ Ihren Dank aussprechen und den Beschluß über den zwanzigprozentigen Abzug zugunsten der „Iskra“ mitteilen. Auch ich danke Ihnen herzlich für die Bekundung Ihrer Sympathie und Solidarität. Für einen illegalen Schriftsteller ist das um so wertvoller, als er gezwungen ist, unter Verhältnissen zu arbeiten, die ihm dem Leser stark entfremden. Jeder Meinungs-austausch, jede Mitteilung über den Eindruck, den dieser oder jener Artikel, diese oder jene Broschüre auf die verschiedenen Leserschichten macht, ist für uns von großer Wichtigkeit, und wir werden sehr dankbar sein, wenn man uns nicht nur über den Stand der Dinge im engeren Sinne schreibt, nicht nur zwecks Veröffentlichung, sondern auch, damit sich der Schriftsteller nicht vom Leser losgelöst fühlt.

In Nr. 22 der „Iskra“ haben wir Ihren Beschluß über den zwanzigprozentigen Abzug zugunsten der „Iskra“ veröffentlicht. Ihren Dank an Lenin haben wir freilich nicht zu veröffentlichen gewagt, denn 1. haben Sie ihn gesondert abgestattet, ohne den Wunsch zu äußern, ihn gedruckt zu sehen, und 2. eignete sich wohl auch die Form dieses Dankes nicht recht für die Presse. Aber glauben Sie bitte nicht, daß es für uns nicht wichtig wäre, Erklärungen von Komitees über ihr Einverständnis mit diesen oder jenen Ansichten zu veröffentlichen. Im Gegenteil, gerade jetzt, da wir alle an die Vereinigung der revolutionären Sozialdemokratie denken, *ist das besonders wichtig*. Es wäre sehr erwünscht, daß das Moskauer Komitee seinem Einverständnis mit meinem Buch die Form einer *Erklärung* gäbe, die dann sofort in der „Iskra“ erscheinen würde. Es ist hohe Zeit, daß die

Komitees ihre Stellung zu den Parteifragen offen darlegen, daß sie mit der Taktik des stillschweigenden Einverständnisses brechen, die in der „dritten Periode“ vorherrschend war. Das ist die allgemeine Erwägung, die für eine offene Erklärung spricht. Im besonderen aber bin ich z. B. *in der Presse beschuldigt worden* (von der Gruppe „Borba“ in ihrem „Listok“ [Das Blatt]), daß ich die Redaktion der „Iskra“ zum russischen Zentralkomitee machen, daß ich die „Agenten“ „kommandieren“ wolle usw. Das ist eine offenkundige Entstellung dessen, was in „Was tun?“ gesagt ist, aber ich habe keine Lust, immer wieder in der Presse zu wiederholen: „ihr entstellt“. Ich denke, jetzt sollten sich die in Rußland tätigen Praktiker äußern, die *ganz genau wissen*, daß das „Kommandieren“ der „Iskra“ nicht über Ratschläge und Meinungsäußerungen hinausgeht, und die *sehen*, daß die in „Was tun?“ dargelegten *organisatorischen* Ideen die aktuelle, brennende Tagesfrage der *wirklichen* Bewegung zum Ausdruck bringen. Ich denke, diese Praktiker sollten selbst das Wort verlangen und laut erklären, wie *sie* zu der Frage stehen, wie sie durch die Erfahrungen ihrer Arbeit zu denselben Ansichten über die organisatorischen Aufgaben gelangen wie wir.

Ihren Dank für „Was tun?“ haben wir so aufgefaßt und konnten wir natürlich nur so auffassen, daß Sie in diesem Buch die Antworten auf *Ihre eigenen* Fragen gefunden haben, daß Sie *selber* aus der *unmittelbaren* Kenntnis der Bewegung jene Überzeugung von der Notwendigkeit einer kühneren, umfassenderen, stärker *zusammengefaßten*, besser zentralisierten, enger um *eine* zentrale Zeitung gruppierten Arbeit gewonnen haben — der auch in diesem Buch Ausdruck verliehen ist. Und wenn dem so ist, wenn Sie tatsächlich zu einer solchen Überzeugung gekommen sind, wäre es wünschenswert, daß das Komitee dies laut und offen erklärt und auch andere Komitees auffordert, mit ihm zusammen in der gleichen Richtung zu arbeiten, sich an dieselbe „Richtschnur“ zu halten, sich dieselben nächsten parteiorganisatorischen Ziele zu setzen.

Wir hoffen, Genossen, daß Sie es für möglich halten werden, diesen Brief in einer Vollversammlung des gesamten Komitees zu verlesen, und daß Sie uns Ihren Beschluß zu den einschlägigen Fragen mitteilen. (Nebenbei will ich hinzufügen, daß das Petersburger Komitee uns gleichfalls seine Solidarität bekundet hat und jetzt an eine ebensolche Erklärung denkt.)

Haben Sie genügend Exemplare von „Was tun?“ bekommen? Haben es die Arbeiter gelesen, und wie haben sie darauf reagiert?

Ich drücke allen Genossen fest die Hand und wünsche ihnen vollen Erfolg.

Ihr *Lenin*

Geschrieben am 11. (24.) August 1902.

*Zuerst veröffentlicht 1922
in P. N. Lepeschinskis Buch
„Am Wendepunkt“.*

Nach dem Manuskript.

VORWORT
ZUR ZWEITEN AUFLAGE DER BROSCHÜRE
„DIE AUFGABEN DER RUSSISCHEN
SOZIALDEMOKRATEN“

Es sind genau fünf Jahre her, seitdem die vorliegende Broschüre geschrieben wurde, die jetzt, da die Agitation es erfordert, in zweiter Auflage erscheint. In dieser kurzen Zeitspanne hat unsere junge Arbeiterbewegung einen so gewaltigen Schritt vorwärts getan, in der Lage der russischen Sozialdemokratie und im Stand ihrer Kräfte sind so tiefgehende Änderungen eingetreten, daß es wohl seltsam erscheinen mag, wie sich das Bedürfnis nach dem einfachen Nachdruck einer alten Broschüre einstellen konnte. Haben sich denn „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“ 1902 im Vergleich zu 1897 nicht im geringsten geändert? Ist denn der Verfasser, der damals erst das Fazit „der ersten Erfahrungen“ seiner Parteitätigkeit zog, in seinen Ansichten über diese Aufgaben um keinen Schritt weitergekommen?

Solche (oder ähnliche) Fragen werden wahrscheinlich bei mehr als einem Leser auftauchen, und zur Beantwortung dieser Fragen müssen wir auf die Broschüre „Was tun?“ verweisen und einiges dort Gesagte ergänzen. Verweisen — auf die Ansichten, welche der Verfasser über die gegenwärtigen Aufgaben der Sozialdemokratie dargelegt hat; ergänzen — das dort (S. 31/32, 121, 138*) Gesagte über die Bedingungen, unter denen die jetzt neuaufgelegte Broschüre geschrieben wurde, und über ihr Verhältnis zu einer besonderen „Periode“ in der Entwicklung der russischen Sozialdemokratie. Von solchen Perioden habe ich in der genannten Broschüre („Was tun?“) im ganzen vier genannt, wobei die letzte sich auf „den Bereich der Gegenwart, zum Teil der Zukunft“ bezog; als dritte

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 399—401, 515/516, 538. Die Red.

Periode wurde die Herrschaft (oder mindestens weite Verbreitung) der „ökonomistischen“ Richtung seit 1897/1898 bezeichnet, als zweite die Jahre 1894—1898 und als erste die Jahre 1884—1894. In der zweiten Periode sehen wir — im Gegensatz zur dritten — keine Meinungsverschiedenheiten in den Kreisen der Sozialdemokraten selbst. Die Sozialdemokratie war damals ideologisch einheitlich, und damals wurde auch der Versuch unternommen, eine praktische, organisatorische Einheit (Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands) zu erzielen. Die Hauptaufmerksamkeit der Sozialdemokraten war damals nicht auf die Klärung und Lösung dieser oder jener inneren Parteifragen gerichtet (wie in der dritten Periode), sondern auf den ideologischen Kampf mit den Gegnern der Sozialdemokratie einerseits und auf die Entfaltung der praktischen Parteiarbeit andererseits.

Zwischen der Theorie und der Praxis der Sozialdemokraten gab es damals nicht jenen Antagonismus, der in der Zeit des „Ökonomismus“ bestand.

Die vorliegende Broschüre widerspiegelt somit die Besonderheiten der damaligen Lage und der damaligen „Aufgaben“ der Sozialdemokratie. Die Broschüre ruft zur Vertiefung und Erweiterung der praktischen Arbeit auf, sie sieht keine „Hindernisse“ hierfür in der Ungeklärtheit irgendwelcher allgemeinen Ansichten, Grundsätze und Theorien und keine (damals auch nicht vorhandene) Schwierigkeiten in der Verbindung des politischen Kampfes mit dem ökonomischen. Die Broschüre wendet sich mit ihren grundsätzlichen Ausführungen an die Gegner der Sozialdemokratie, an die Narodowolzen und die Volksrechtler, und sucht die Mißverständnisse und Vorurteile zu zerstreuen, die diese Leute veranlassen, sich von der neuen Bewegung fernzuhalten.

Und heute, da die Periode des „Ökonomismus“ offensichtlich ihrem Ende entgegengeht, erweist sich nun, daß die Stellung der Sozialdemokraten jener vor fünf Jahren wieder ähnlich ist. Gewiß, die Aufgaben, vor denen wir jetzt stehen, sind entsprechend dem gewaltigen Anwachsen der Bewegung in der Zwischenzeit unvergleichlich komplizierter geworden — doch die wichtigsten Besonderheiten des gegenwärtigen Augenblicks reproduzieren auf breiterer Grundlage und in größerem Maßstab die Besonderheiten der „zweiten“ Periode. Das Mißverhältnis zwischen unserer Theorie, dem Programm, den taktischen Aufgaben und der Praxis ver-

schwindet, je mehr der Okonomismus verschwindet. Wir können und müssen wieder kühn zur Vertiefung und Erweiterung der praktischen Arbeit aufrufen, denn die Klärung der theoretischen Voraussetzungen für diese Arbeit ist bereits in hohem Maße vollzogen. Wir müssen wieder unsere besondere Aufmerksamkeit den nichtsozialdemokratischen illegalen Richtungen in Rußland zuwenden, wobei wir es im Grunde mit denselben — freilich viel weiter entwickelten, besser herausgebildeten, „reiferen“ — Richtungen zu tun haben wie auch in der ersten Hälfte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Die Narodowolzen haben sich im Prozeß ihrer Mauserung in „Sozialrevolutionäre“ verwandelt, als wollten sie allein schon durch diese Bezeichnung zeigen, daß sie auf halbem Wege stehengeblieben sind. Vom Alten (dem „russischen“ Sozialismus) haben sie sich abgewandt, dem Neuen (der Sozialdemokratie) aber nicht zugewandt. Die einzige Theorie des revolutionären Sozialismus, welche die Menschheit heute kennt, d. h. den Marxismus, verwerfen sie auf Grund einer bürgerlichen („Sozialisten“!) und opportunistischen („Revolutionäre“!) Kritik. Ihre Ideen- und Prinzipienlosigkeit führt sie in der Praxis zu einem „revolutionären Abenteuerertum“, das seinen Ausdruck findet in ihrem Bestreben, solche sozialen Schichten und Klassen wie die Intelligenz, das Proletariat und die Bauernschaft auf eine Stufe zu stellen, ferner in ihrer marktschreierischen Propaganda des „systematischen“ Terrors, in ihrem berühmten Agrar-Minimalprogramm (Sozialisierung des Grund und Bodens — Genossenschaften — Fesselung an den Landanteil. Siehe „Iskra“ Nr. 23 und 24*), in ihrem Verhältnis zu den Liberalen (siehe „Rewoluzionnaja Rossija“ Nr. 9 und die Rezension des Herrn Shitlowski über das „Oswoboshdenije“⁵¹ in Nr. 9 der „Sozialistischen Monatshefte“⁵²) und in vielem anderen, wovon wir wohl noch wiederholt zu sprechen haben werden. In Rußland gibt es noch so viele soziale Elemente und Bedingungen, welche die Wankelmütigkeit der Intellektuellen nähren, bei radikal gestimmten Persönlichkeiten den Wunsch hervorrufen, das überlebte Alte mit dem leblosen Neumodischen in Einklang zu bringen, und diese Leute hindern, ihre Sache mit dem Klassenkampf des Proletariats zu verbinden, daß die russische Sozialdemokratie so lange gezwungen sein wird, sich mit einer Richtung oder mit Richtungen wie der „sozialrevolutionären“ auseinanderzu-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 178—199. *Die Red.*

setzen, bis die kapitalistische Entwicklung und die Zuspitzung der Klassegegensätze ihnen jeden Boden entziehen werden.

Die Volksrechtler, die sich 1897 durch eine nicht geringere Verschwommenheit ausgezeichnet haben (siehe weiter unten, S. 20—22)* als die jetzigen Sozialrevolutionäre, sind infolgedessen sehr rasch von der Bildfläche verschwunden. Doch ihre „nüchterne“ Idee — die Forderung nach politischer Freiheit vollständig vom Sozialismus zu trennen — ist nicht gestorben und konnte nicht sterben, denn in Rußland sind unter den verschiedensten Schichten der Groß- und der Kleinbourgeoisie die liberaldemokratischen Strömungen sehr stark und verstärken sich immer mehr. Darum wurde das liberale „Oswoboshdenije“, das die Vertreter der bürgerlichen Opposition in Rußland um sich scharen möchte, zum legitimen Erben der Volksrechtler, zu ihrem entschiedenen, folgerichtigen und gereiften Fortsetzer. Und so unvermeidlich es ist, daß das alte Rußland der Zeit vor der Reform, die patriarchalische Bauernschaft und der alte Schlag der Intelligenz — die es fertigbringt, sich gleichermaßen für die Dorfgemeinde und die landwirtschaftlichen Genossenschaften wie für die „unauffindbaren“ Terroristen zu begeistern — siechen und vergehen, ebenso unvermeidlich ist es, daß die besitzenden Klassen des kapitalistischen Rußlands, die Bourgeoisie und das Kleinbürgertum, wachsen und gedeihen — nebst ihrem nüchternen Liberalismus, der zu erkennen beginnt, daß es unvorteilhaft ist, die stumpfsinnige, barbarische, kostspielige und vor dem Sozialismus keineswegs schützende absolutistische Regierung auszuhalten, nebst ihrer Forderung nach europäischen Formen des Klassenkampfes und der Klassenherrschaft und nebst ihrem (in der Epoche des Erwachens und des Wachstums des Proletariats) angeborenen Bestreben, ihre bürgerlichen Klasseninteressen durch die Leugnung des Klassenkampfes überhaupt zu verdecken.

Wir haben daher allen Grund, uns bei den Herren liberalen Gutsbesitzern zu bedanken, die den Versuch machen, eine „konstitutionelle Semstwopartei“ ins Leben zu rufen. Erstens — beginnen wir mit dem minder Wichtigen — bedanken wir uns bei ihnen dafür, daß sie der russischen Sozialdemokratie Herrn Struve abgenommen und ihn endgültig aus einem Quasi-Marxisten in einen Liberalen verwandelt haben, wodurch sie uns helfen, an einem lebendigen Beispiel vor der ganzen Welt die

* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 320/321, russ. *Die Red.*

wahre Bedeutung des Bernsteinianertums im allgemeinen und des russischen Bernsteinianertums im besonderen zu zeigen. Zweitens wird uns das „Oswoboshdenije“, das bestrebt ist, verschiedene Schichten der russischen Bourgeoisie zu bewußten Liberalen zu machen, dadurch helfen, die Verwandlung immer größerer Massen von Arbeitern in bewußte Sozialisten zu beschleunigen. Bei uns gab es und gibt es so viel verschwommenen, liberal-volkstümmlerischen Quasi-Sozialismus, daß im Vergleich damit die neue liberale Richtung einen unverkennbaren Schritt vorwärts bedeutet. Es wird jetzt sehr leicht sein, den Arbeitern die liberale und demokratische Bourgeoisie Rußlands vor Augen zu führen und die Notwendigkeit einer selbständigen politischen Arbeiterpartei, die einen Teil der internationalen Sozialdemokratie bildet, zu erklären — es wird jetzt sehr einfach sein, die Intellektuellen aufzufordern, ihre Stellung klar zu bestimmen: Liberalismus *oder* Sozialdemokratie; die halbschlächtigen Theorien und Richtungen werden zwischen den Mühlsteinen dieser beiden wachsenden und erstarkenden „Antipoden“ sehr rasch zermalmt werden. Drittens — und das ist natürlich die Hauptsache — werden wir den Liberalen Dank wissen, *wenn* sie durch ihre Opposition das Bündnis der Selbstherrschaft mit einigen Schichten der Bourgeoisie und der Intelligenz ins Wanken bringen. Wir sagen „wenn“, denn durch ihr Liebäugeln mit der Selbstherrschaft, durch ihre Anpreisung der friedlichen Kulturarbeit, durch ihren Krieg gegen die „tendenziösen“ Revolutionäre usw. bringen die Liberalen weniger die Selbstherrschaft ins Wanken als vielmehr den Kampf gegen die Selbstherrschaft. Indem wir jede Halbheit der Liberalen, jeden Versuch ihrerseits, mit der Regierung zu liebäugeln, unentwegt und unverzüglich entlarven, werden wir eben dadurch diese verräterische Seite der politischen Tätigkeit der Herren liberalen Bourgeois abschwächen, werden wir dadurch die üble Seite ihrer Tätigkeit paralisieren und der nützlichen größere Ergebnisse sichern.

Somit haben sowohl die Narodowolzen als auch die Volksrechtler sehr große Fortschritte gemacht, was die Entwicklung, Bestimmung und Herausbildung ihrer wahren Bestrebungen und ihrer wahren Natur betrifft. Der Kampf, der in der ersten Hälfte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ein Kampf zwischen kleinen Zirkeln der revolutionären Jugend war, wird jetzt wieder aufgenommen als entschlossener Kampf reifer politischer Richtungen und echter politischer Parteien.

Angesichts dessen wird die Neuauflage der „Aufgaben“ vielleicht auch in der Beziehung nicht ohne Nutzen sein, daß sie den neuen Mitgliedern die jüngste Vergangenheit der Partei in Erinnerung ruft und die Entstehung jener Sonderstellung der Sozialdemokratie unter den anderen Richtungen zeigt, die erst jetzt ganz klar geworden ist, daß sie ihnen hilft, die ihrem Wesen nach gleichartigen, aber verwickelteren „Aufgaben“ des gegenwärtigen Augenblicks klarer und deutlicher zu erkennen.

Die Sozialdemokratie steht jetzt vor der besonders dringenden Aufgabe, jeder Zerfahrenheit und Schwankung in ihren Reihen ein Ende zu machen, sich fester zusammenzuschließen und sich organisatorisch unter dem Banner des revolutionären Marxismus zu verschmelzen — alle ihre Anstrengungen auf die Vereinigung sämtlicher an der praktischen Arbeit teilnehmenden Sozialdemokraten, auf die Vertiefung und Erweiterung ihrer Tätigkeit zu richten und zugleich ihr ernstes Augenmerk darauf zu lenken, daß möglichst breiten Massen von Intellektuellen und Arbeitern die wahre Bedeutung der beiden obengenannten Richtungen, mit denen die Sozialdemokratie seit langem zu tun hat, klargemacht werde.

August 1902

*Zuerst veröffentlicht im Dezember 1902
in einer von der Auslandsliga
der russischen Sozialdemokratie
herausgegebenen Broschüre.*

Nach dem Text der Broschüre.

DER ENTWURF ZU EINEM NEUEN STREIKGESETZ

Uns ist ein neues Geheimdokument zugestellt worden: eine Denkschrift des Finanzministeriums „Über die Revision der Gesetzesartikel, die Streiks und vorzeitige Lösung von Lohnverhältnissen unter Strafe stellen, sowie über die wünschenswerte Gründung von Arbeiterorganisationen zu Zwecken der Selbsthilfe“. Angesichts des Umfangs dieser Denkschrift und der Notwendigkeit, daß möglichst breite Schichten der Arbeiterklasse sie kennenlernen, geben wir sie als Broschüre heraus.⁵⁸ Jetzt wollen wir nur kurz den Inhalt dieses interessanten Dokuments darlegen und auf seine Bedeutung hinweisen.

Die Denkschrift beginnt mit einem kurzen Abriss der Geschichte unserer Fabrikgesetzgebung, erwähnt die Gesetze vom 3. Juni 1886 und vom 2. Juni 1897⁵⁴ und geht dann zu der Frage über, ob man die strafrechtliche Verfolgung wegen Niederlegung der Arbeit und wegen Streiks abschaffen soll. Das Finanzministerium vertritt die Ansicht, daß die Androhung von Haft oder Gefängnis, wenn ein Arbeiter seine Arbeitsstelle eigenmächtig verläßt oder wenn mehrere Arbeiter sich verabreden, die Arbeit niederzulegen, ihren Zweck verfehlt. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wird, wie die Erfahrung gezeigt hat, dadurch nicht gewährleistet; diese Drohung erbittert die Arbeiter nur, denn sie überzeugt sie von der Ungerechtigkeit des Gesetzes. Die Anwendung dieser Gesetze ist sehr schwierig „angesichts der außerordentlichen Belastung, welche die Hunderte, ja mitunter Tausende von Prozessen“ mit sich bringen, wenn man gegen jeden Arbeiter, der seine Arbeit niederlegt, vorgehen will, und angesichts des Umstands, daß es für den Fabrikanten nachteilig ist, ohne Arbeiter zu bleiben, wenn man diese wegen Streiks

ins Gefängnis sperrt. Die Brandmarkung des Streiks als Verbrechen ruft ein übermäßig eifriges Eingreifen der Polizei hervor, das mehr Schaden als Nutzen bringt, mehr Schwierigkeiten und Scherereien für die Fabrikbesitzer als Erleichterungen. Die Denkschrift schlägt vor, alle Strafen für eigenmächtiges Verlassen der Fabrik durch den einzelnen Arbeiter und für friedliche Streiks (die weder von Gewalttätigkeit noch von Störung der öffentlichen Ordnung u. dgl. begleitet sind) abzuschaffen. Strafen sollen, nach dem Muster der ausländischen Gesetze, nur „für Gewalttätigkeiten, Drohungen oder *Verunglimpfungen* (!) festgesetzt werden, begangen von einem Arbeitgeber oder einem Arbeiter in bezug auf die Person oder das Eigentum eines andern, um diesen — entgegen seinen freien und gesetzmäßigen Absichten — zu zwingen oder zu hindern“, die Arbeit zu diesen oder jenen Bedingungen zu verrichten. Mit andern Worten, an Stelle der strafrechtlichen Verfolgung von Streiks wird die strafrechtliche Verfolgung der Behinderung von „Arbeitswilligen“ in Aussicht genommen.

Was die Selbsthilfevereine anbelangt, so beklagt sich das Finanzministerium über die Willkür der Verwaltungsbehörden auf diesem Gebiet (die sich namentlich in Moskau gezeigt habe, wo der Verein der Mechaniker sogar Anspruch auf eine „Vermittlerrolle“ zwischen den Arbeitern und den Behörden erhob) und verlangt die Festlegung eines Normalstatuts für diese Vereine auf gesetzgeberischem Wege sowie Erleichterungen für ihre Gründung.

Somit ist der allgemeine Charakter der neuen Denkschrift des Finanzministeriums zweifellos liberal, und ihren Mittelpunkt bildet der Vorschlag, die strafrechtliche Verfolgung wegen Streiks abzuschaffen. Wir wollen hier nicht den Inhalt des ganzen „Gesetzesentwurfs“ eingehend untersuchen (es wird besser sein, das nach Veröffentlichung der Denkschrift in ihrem vollen Wortlaut zu tun), sondern die Aufmerksamkeit des Lesers auf den Charakter und die Bedeutung dieses Liberalismus lenken. Der Vorschlag, den Arbeitern eine gewisse Streik- und Organisationsfreiheit zu gewähren, ist weder in unserer liberalen Publizistik noch auch in den Plänen offizieller Regierungskommissionen etwas Neues. Anfang der sechziger Jahre machte die Stakelberg-Kommission, als sie die Fabrik- und Handwerksordnung überprüfte, den Vorschlag, Gewerbegerichte aus gewählten Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer zu errichten und den Arbeitern eine gewisse Organisationsfreiheit zu gewähren. In den

achtziger Jahren sah die mit der Ausarbeitung eines neuen Strafgesetzbuches beauftragte Kommission die Aufhebung der strafrechtlichen Verfolgung wegen Streiks vor. Doch der jetzige Entwurf des Finanzministeriums unterscheidet sich wesentlich von den vorangegangenen, und dieser Unterschied bleibt selbst dann noch ein äußerst wichtiges Zeichen der Zeit, wenn die Vorschläge des neuen Entwurfs ebenso unter den Tisch fallen sollten wie alle früheren. Der wesentliche Unterschied, der für den neuen Entwurf kennzeichnend ist, besteht darin, daß er eine unvergleichlich breitere Basis hat: man spürt darin nicht nur die Stimme einiger fortgeschrittener Theoretiker und Ideologen der Bourgeoisie, sondern die Stimme einer ganzen Schicht von Industriepraktikern. Das ist nicht mehr der Liberalismus einzelner „humaner“ Beamten und Professoren, das ist der hausbackene, einheimische Liberalismus der Moskauer Kaufleute und Industriellen. Diese Tatsache erfüllt mein Herz, ich sage es offen, mit hohem patriotischem Stolz: der Groschen-Liberalismus des Kaufmanns bedeutet viel mehr als der Taler-Liberalismus des Beamten. Und das Bemerkenswerteste in der Denkschrift sind nicht die Übelkeit erregenden Schwätzereien über die Freiheit des Vertrags und über den Nutzen des Staates, sondern jene praktischen Erwägungen der Fabrikanten, die hinter der traditionell-juristischen Argumentation hervorlugen.

Es ist unerträglich! Wir haben es satt! Misch dich nicht ein! — das ist es, was der russische Fabrikant der russischen Polizei durch den Mund des Verfassers der ministeriellen Denkschrift sagt. In der Tat, man höre folgende Überlegungen:

„Nach Ansicht der Polizeiorgane, die in der Unklarheit und Verworrenheit des geltenden Gesetzes eine Stütze findet, ist jeder Streik nicht eine natürliche wirtschaftliche Erscheinung, sondern unbedingt eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Dabei wäre es, wenn eine ruhigere Auffassung von Arbeitsniederlegungen in den Fabriken und Werken Platz greifen und man Streiks nicht einer Störung der öffentlichen Ordnung gleichsetzen würde, viel leichter, ihre wirklichen Ursachen zu klären, die berechtigten und begründeten Anlässe von den unberechtigten und unbegründeten zu trennen und entsprechende Maßnahmen für eine friedliche Verständigung der Partner zu treffen. Bei einer solchen normaleren Ordnung kämen Abwehr- und Unterdrückungsmaßnahmen nur dann zur Anwendung, wenn Tatsachen vorlägen, die von einer Störung

der Ordnung zeugen.“ Die Polizei untersucht nicht die Ursachen eines Streiks, sie kümmert sich *nur* um seine Beendigung, wozu sie eine ihrer beiden Methoden anwendet: entweder sie zwingt die Arbeiter (durch Verhaftungen, Ausweisungen und andere Maßnahmen, „bis zur Anwendung militärischer Gewalt einschließlich“), die Arbeit wiederaufzunehmen, oder sie veranlaßt die Unternehmer, Zugeständnisse zu machen. „Man kann nicht sagen, daß auch nur eine dieser Methoden“ den Herren Fabrikanten „zusagen würde“: die erste „sät Erbitterung in den Kreisen der Arbeiter“, die zweite „festigt in den Arbeitern die äußerst schädliche Überzeugung, daß ein Streik das sicherste Mittel ist, die Erfüllung ihrer Wünsche auf jeden Fall durchzusetzen“. „Die Geschichte der Streiks, die im Laufe des letzten Jahrzehnts stattgefunden haben, liefert zahlreiche Beispiele für den Schaden, der aus dem Bestreben erwächst, aller auftauchenden Schwierigkeiten um jeden Preis schnellstens Herr zu werden. Voreilige Verhaftungen riefen mitunter eine solche Verbitterung unter den bis dahin vollkommen ruhigen Arbeitern hervor, daß Kosaken eingreifen mußten, wonach natürlich selbst von der Befriedigung berechtigter Forderungen der Streikenden keine Rede mehr sein konnte. Andererseits riefen die Fälle einer raschen Befriedigung unberechtigter Forderungen der Arbeiter durch Druck auf die Fabrikanten unweigerlich ähnliche Streiks in anderen Industrieunternehmen hervor, so daß man dort das Mittel der Zugeständnisse nicht mehr anwenden konnte, sondern zur militärischen Gewalt greifen mußte, was den Arbeitern völlig unbegreiflich zu sein pflegt und ihnen die Überzeugung einflößt, daß das Verhalten der Behörden ihnen gegenüber ungerecht und willkürlich ist...“ Daß die Polizei irgendwann sogar unberechtigte Forderungen der Arbeiter durch Druck auf die Fabrikanten befriedigt hätte, ist natürlich eine Übertreibung der Herren Kapitalisten, die damit sagen wollen, daß sie manchmal den Streikenden, wenn sie selbst mit ihnen verhandelten, weniger zugestehen würden, als sie unter dem Druck des drohenden Gespenstes „einer Störung der staatlichen Ruhe und Ordnung“ wohl oder übel zugestehen müssen. Die Denkschrift versetzt dem Innenministerium einen Seitenhieb, weil es in dem Zirkular vom 12. August 1897, das „ohne Einverständnis des Finanzministeriums herausgegeben wurde“ (hier also liegt der Hund begraben!), bei jedem Streik sowohl Verhaftungen und Ausweisungen als auch Überweisung von Verfahren an die Staatspolizei vorschreibt. „Die obersten Verwaltungs-

behörden“, fährt die Denkschrift fort, die Klagen der Fabrikanten darzulegen, „gehen noch weiter (als das Gesetz) und messen allen“ (hervorgehoben im Original) „Streikfällen geradezu staatliche Bedeutung bei . . . Indessen ist im Grunde jeder Streik (vorausgesetzt, daß er nicht von Gewalttätigkeiten begleitet ist) eine rein wirtschaftliche Erscheinung, die durchaus natürlich ist und die öffentliche Ruhe und Ordnung in keiner Weise bedroht. Die Aufrechterhaltung der letzteren muß in diesen Fällen in Formen zum Ausdruck kommen, wie sie bei Volksvergnügungen, Festveranstaltungen, Schaustellungen und ähnlichen Ereignissen üblich sind.“

Das ist die Sprache echter Manchester-Liberaler⁵⁵, die den Kampf zwischen Kapital und Arbeit für eine rein natürliche Erscheinung erklären, mit bemerkenswerter Offenheit den „Handel mit Arbeitskraft“ dem „Handel mit Waren“ gleichsetzen (an einer anderen Stelle der Denkschrift) und die Nichteinmischung des Staates fordern, dem sie die Rolle eines Nacht- (und Tag-)wächters zuschieben. Und was besonders wichtig ist — es war niemand anders als unsere Arbeiter, die die russischen Fabrikanten zu diesem liberalen Standpunkt gezwungen haben. Die Arbeiterbewegung ist so machtvoll angewachsen, daß Streiks tatsächlich eine „natürliche wirtschaftliche Erscheinung“ geworden sind. Der Kampf der Arbeiter hat so hartnäckige Formen angenommen, daß die Einmischung des Polizeistaates, der jede Äußerung dieses Kampfes verbietet, sich tatsächlich als schädlich erwiesen hat nicht nur für die Arbeiter (ihnen ist daraus nie etwas anderes als Schaden erwachsen), sondern auch für die Fabrikanten selbst, zu deren Gunsten diese Einmischung erfolgte. Die Arbeiter machten die polizeilichen Verbote praktisch wirkungslos — doch die Polizei mischte sich auch weiterhin ein (weil sie eben in einem absolutistischen Staate nicht anders kann) und fiel im Gefühl ihrer Ohnmacht aus einem Extrem in das andere: bald militärische Gewalt, bald Zugeständnisse, bald viehisch rohes Vorgehen, bald Umschmeicheln. Je wirkungsloser die polizeiliche Einmischung wurde, desto peinlicher empfanden die Fabrikanten die Willkür der Polizei, desto mehr neigten sie zu der Überzeugung, daß es für sie *nachteilig* sei, diese Willkür zu unterstützen. Der Konflikt zwischen einem gewissen Teil der Großindustriellen und der allmächtigen Polizei spitzte sich immer mehr zu und nahm vor allem in Moskau scharfe Formen an, wo das System des Umschmeicheln der Arbeiter besonders üppige Blüten trieb. Die Denkschrift beschwert sich ausdrücklich über die Mos-

kauer Verwaltungsbehörde, die mit Arbeiterbesprechungen und mit dem Arbeiterhilfsverein in der Maschinenindustrie ein gefährliches Spiel getrieben habe. Um die Arbeiter zu ködern, war man genötigt, dem Rat dieses Vereins ein gewisses Vermittlerrecht einzuräumen – und die Fabrikanten bäumten sich sofort dagegen auf. „Zunächst hatte sich dieser Rat“, lautet nach ihrem Diktat die Denkschrift, „an die Beamten der Fabrikinspektion gewandt, dann aber, als er sah, daß diese seine Kompetenz in der eigenmächtig übernommenen Vermittlerrolle nicht anerkannten, wandte er sich an den Oberpolizeimeister, der die erhaltenen Eingaben nicht nur entgegennimmt, sondern sie auch auf dem gesetzlichen Wege weiterleitet, wodurch er die Befugnisse sanktioniert, die der Rat sich anmaßt.“ Die Fabrikanten protestieren gegen administrative Einzelverfügungen und fordern die Einführung einer neuen Ordnung durch ein Gesetz.

Der Liberalismus der Fabrikanten geht vorläufig allerdings über einen sehr engen, auf ihr Gewerbe beschränkten Rahmen nicht hinaus, ihre Feindschaft gegen die Polizeiwillkür beschränkt sich auf einzelne, für sie unvorteilhafte extreme Fälle, ohne sich gegen die eigentlichen Grundlagen der bürokratischen Willkürherrschaft zu wenden. Aber die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands und der ganzen Welt, welche die Klassengegensätze in den kapitalistischen Ländern verschärft, wird dafür sorgen, daß diese Feindschaft wächst, ihre Anlässe sich mehren und sie sich vertieft. Die Stärke des Proletariats liegt ja gerade darin, daß seine Zahl und Geschlossenheit kraft des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses selbst zunimmt, während sich in der Groß- und der Kleinbourgeoisie die Scheidung und Zersplitterung der Interessen stetig verstärkt. Um diesem „natürlichen“ Vorzug des Proletariats Rechnung tragen zu können, muß die Sozialdemokratie jeden Widerstreit der Interessen in den herrschenden Klassen aufmerksam verfolgen und ausnutzen, nicht nur um greifbare Vorteile für diese oder jene Schicht der Arbeiterklasse herauszuschlagen, sondern auch um die gesamte Arbeiterklasse aufzuklären, um aus jedem neuen sozial-politischen Geschehnis eine nützliche Lehre zu ziehen.

Der praktische Vorteil der von den liberalen Fabrikanten vorgeschlagenen Gesetzesänderung für die Arbeiter ist zu offensichtlich, als daß man darauf näher einzugehen brauchte. Das ist zweifellos ein Zugeständnis an die wachsende Stärke der Arbeiter, ein Verzicht des Gegners auf eine seiner Stellungen, welche das revolutionäre Proletariat faktisch bereits so gut

wie erobert hat und welche die weiter blickenden Führer der feindlichen Armee nicht länger verteidigen wollen. Dieses winzige Zugeständnis ist freilich kaum der Rede wert: Erstens wäre es lächerlich, zu glauben, es könne *wirkliche* Freiheit – Streikfreiheit – geben, solange keine politische Freiheit herrscht. Das Recht auf Verhaftungen und Ausweisungen ohne Gerichtsurteil verbleibt der Polizei und wird ihr verbleiben, solange die Selbstherrschaft besteht. Aber die Aufrechterhaltung dieses Rechtes bedeutet die Aufrechterhaltung von neun Zehnteln all jener polizeilichen Ränke, Schamlosigkeiten und Willkürakte, die jetzt sogar die Fabrikanten anzuwidern beginnen. Zweitens macht das Finanzministerium auch auf dem engbegrenzten Gebiet der eigentlichen Fabrikgesetzgebung nur einen sehr zaghaften Schritt vorwärts, wobei es jenen deutschen Gesetzentwurf nachahmt, den die deutschen Arbeiter eine „Zuchthausvorlage“ genannt haben, und *besondere* Strafen für „Gewalttätigkeiten, Drohungen und Verunglimpfungen“ beibehält, die mit Lohnverträgen zusammenhängen, als gäbe es nicht *allgemeine* Strafgesetze, die diese Vergehen ahnden! Aber die russischen Arbeiter werden es verstehen, auch ein kleines Zugeständnis für die Festigung ihrer Stellung, für die Stärkung und Ausweitung ihres großen Kampfes um die Befreiung der werktätigen Menschheit von der Lohnsklaverei auszunutzen.

Was die nützliche Lehre anbelangt, die wir aus der neuen Denkschrift ziehen, so müssen wir vor allem vermerken, daß uns der Protest der Fabrikanten gegen das mittelalterliche Streikgesetz an einem kleinen Einzelbeispiel das allgemeine Mißverhältnis zwischen den Interessen der aufstrebenden Bourgeoisie und des überlebten Absolutismus zeigt. Das müßte alle jene Leute zum Nachdenken veranlassen, die (wie die Sozialrevolutionäre) bis heute vor den Elementen der *bürgerlichen* Opposition in Rußland noch ängstlich die Augen verschließen und nach wie vor behaupten, den „Interessen“ der russischen Bourgeoisie sei (im allgemeinen!) Genüge getan. Es erweist sich, daß die Polizeiwillkür bald mit diesen, bald mit jenen Interessen selbst solcher bürgerlicher Schichten in Konflikt gerät, die von der zaristischen Polizei am unmittelbarsten *geschützt* werden und die jedes Lockerlassen der dem Proletariat angelegten Zügel *unmittelbar* materiell zu schädigen *droht*.

Es zeigt sich, daß eine wirklich revolutionäre Bewegung die Regierung nicht nur unmittelbar dadurch desorganisiert, daß sie die ausgebeuteten

Massen aufklärt, anfeuert und zusammenschweißt, sondern auch mittelbar dadurch, daß sie den wurmstichigen Gesetzen den Boden entzieht, daß sie selbst jenen Leuten den Glauben an die Selbstherrschaft nimmt, die mit ihr, möchte man meinen, aufs engste versippt sind, daß sie „Familiestreitigkeiten“ in dieser Sippe immer häufiger macht und die Festigkeit und Geschlossenheit im Lager der Feinde durch Zwistigkeiten und Schwankungen ersetzt. Um aber solche Ergebnisse zu erzielen, ist eine Bedingung notwendig, die unsere Sozialrevolutionäre nie begreifen konnten: dazu ist notwendig, daß die Bewegung wirklich revolutionär ist, d. h., daß sie immer breitere Schichten der wirklich revolutionären Klasse zu neuem Leben erweckt, daß sie das geistig-politische Antlitz dieser Klasse und mit ihrer Hilfe auch das Antlitz aller, die mit ihr in Berührung kommen, wirklich umgestaltet. Könnten die Sozialrevolutionäre diese Wahrheit erkennen, so würden sie begreifen, welchen praktischen Schaden ihre Ideen- und Prinzipienlosigkeit in den Grundfragen des Sozialismus stiftet, so würden sie begreifen, daß Leute, die da predigen, gegen eine Volksmenge habe die Selbstherrschaft Soldaten, gegen Organisationen die Polizei, und nur einzelne Terroristen, die Minister und Gouverneure beseitigen, seien in Wahrheit nicht zu fassen — daß solche Leute nicht die Kräfte der Regierung, sondern der Revolution desorganisieren.

Der neue „Schritt“ der Fabrikantenbehörde vermittelt noch eine weitere nützliche Lehre. Diese Lehre besteht darin, daß man es verstehen muß, jeden, selbst einen Groschen-Liberalismus, praktisch auszunutzen, daß man dabei aber „verdammte aufpassen“ muß, damit dieser Liberalismus durch seine verlogene Fragestellung die Volksmassen nicht korrumpiere. Ein Beispiel dafür ist Herr Struve. Die Diskussion mit ihm möchten wir betiteln: „Wie die Liberalen die Arbeiter belehren wollen und wie die Arbeiter die Liberalen belehren müssen.“ Herr Struve, der in Nr. 4 des „Oswoboshdenije“ die von uns besprochene Denkschrift zu veröffentlichen begonnen hat, sagt dort unter anderem, der neue Entwurf sei ein Ausdruck der „Staatsklugheit“, der es aber wohl kaum gelingen werde, die Mauer der Willkür und des Unverstands zu durchbrechen. Nein, so ist es nicht, Herr Struve. Der Entwurf des neuen Streikgesetzes ist ein Produkt nicht der „Staatsklugheit“, sondern der Fabrikanten. Nicht darum ist dieser Entwurf erschienen, weil der Staat die Hauptgrundsätze des bürgerlichen Rechtes (die bürgerliche „Freiheit und Gleichheit“ der Un-

ternehmer und der Arbeiter) „anerkannt“ hätte, sondern weil die Aufhebung der Strafen wegen Streiks für die Fabrikanten vorteilhaft geworden ist. Die juristischen Formeln und durchaus beweiskräftigen Begründungen, die nunmehr das Finanzministerium „selbst“ gibt („Oswoboshdenije“ Nr. 4, S. 50), sind seit langem in der russischen Literatur und sogar in den Arbeiten der Regierungskommissionen zu finden — aber das alles verstaubte in Aktenschränken, solange nicht die *Industrieherren* ihre Stimme erhoben, denen die Arbeiter die Sinnlosigkeit der alten Gesetze *praktisch vordemonstriert* hatten. Wir betonen diese entscheidende Bedeutung der Fabrikantenvorteile und der Fabrikanteninteressen nicht deshalb, weil das etwa unserer Meinung nach die Bedeutung der Regierungspläne abschwächt — im Gegenteil, wir haben bereits gesagt, daß wir darin eine Erhöhung ihrer Bedeutung erblicken. Aber das Proletariat muß in seinem Kampf gegen die ganze heutige Gesellschaftsordnung vor allem lernen, die Dinge direkt und nüchtern zu sehen, die wahren Beweggründe der „hohen Staatsakte“ aufzudecken und unermüdlich jene verlogenen, schwülstigen Phrasen von „Staatsklugheit“ usw. zu entlarven, die von gerissenen Polizeibeamten aus Berechnung, von gelehrten Liberalen aber aus Kurzsichtigkeit in die Welt gesetzt werden.

Ferner rät Herr Struve den Arbeitern, in der Agitation für die Aufhebung der Strafen wegen Streiks „zurückhaltend“ zu sein. „Je zurückhaltende sie (diese Agitation) der Form nach sein wird“, predigt Herr Struve, „um so mehr wird sie an Bedeutung gewinnen.“ Der Arbeiter wird sich bei dem ehemaligen Sozialisten für solche Ratschläge bestens bedanken. Es ist dies die traditionelle Moltschalinsche* Leisetreterweisheit der Liberalen — gerade dann Zurückhaltung zu predigen, wenn die Regierung (in irgendeiner Teilfrage) eben erst zu schwanken begonnen hat. Man müsse zurückhaltender sein, um die Durchführung der begonnenen Reform nicht zu stören, um nicht abzuschrecken, um den günstigen Augenblick auszunützen, wenn der erste Schritt bereits getan ist (die Denkschrift verfaßt ist!) und wenn die Erkenntnis der Notwendigkeit von Reformen seitens einer Behörde „sowohl der Regierung selbst als auch der Gesellschaft (!) den unwiderleglichen (?) Beweis liefert“, daß diese Reformen „berechtigt und zeitgemäß“ (?) sind. So urteilt Herr Struve

* Moltschalin — Held aus Gribojedows Komödie „Verstand schafft Leiden“. Der Übers.

über den von uns untersuchten Entwurf, so haben die russischen Liberalen stets geurteilt. Nicht so urteilt die Sozialdemokratie. Seht ihr, wird sie sagen, selbst unter den Fabrikanten beginnt manch einer schon zu begreifen, daß die europäischen Formen des Klassenkampfes besser sind als die asiatische Polizeiwillkür. Selbst die Fabrikanten haben wir durch unseren hartnäckigen Kampf gezwungen, an der Allmacht der absolutistischen Prätorianergarden zu zweifeln. Daher mutig vorwärts! Verbreitet möglichst weit die erfreuliche Kunde von der Unsicherheit in den Reihen des Feindes, nutzt das geringste Schwanken in seinem Lager aus, nicht um Moltschalinsche „Zurückhaltung“ zu üben, sondern um eure Forderungen noch stärker zu betonen. Auf Rechnung der Schuld, mit der die Regierung vor dem Volke belastet ist, will man euch für hundert Rubel eine Kopeke abzahlen. Nutzt die erhaltene Kopeke aus, um immer lauter die ganze Schuldsomme einzufordern, um die Regierung endgültig zu diskreditieren, um unsere Kräfte für den *entscheidenden* Schlag gegen sie vorzubereiten.

„Iskra“ Nr. 24,
1. September 1902.

Nach dem Text der „Iskra“.

BRIEF AN DIE REDAKTION DES
„JUSHNY RABOTSCHI“⁵⁶

Liebe Genossen! Ihr ausführlicher Brief hat uns alle außerordentlich gefreut. Schicken Sie bitte möglichst rasch die versprochenen Ergänzungen, und schreiben Sie uns öfter. Wir hoffen, bald einen Genossen zwecks eingehenderer und endgültiger Verhandlungen zu Ihnen senden zu können, und beschränken uns vorläufig auf das Wichtigste.

Sie haben tausendmal recht, wenn Sie sagen, daß wir uns möglichst bald, ja sofort zu einer Organisation von gesamtrossischem Charakter zusammenschließen müssen, die sich das Ziel setzt, die ideologische Einheit der Komitees und die praktische, organisatorische Einheit der Partei vorzubereiten. Wir haben unsererseits bereits ziemlich wichtige Schritte in dieser Richtung getan, und zwar dank dem Umstand, daß das Petersburger Komitee sich völlig auf den Boden der „Iskra“ gestellt, eine gedruckte Erklärung hierüber abgegeben und sich de facto (das natürlich ganz *entre nous**) mit der russischen „Iskra“-Organisation verschmolzen hat, deren Mitglieder sehr einflußreiche Stellen in der Zentralgruppe des Komitees erhielten. Erreichen wir eine ebenso vollständige Übereinstimmung und vollständige Verschmelzung mit dem Süden, so wird die faktische Einigung der Partei zu drei Viertel ihrer Verwirklichung nähergerückt sein. Man muß sich damit sehr beeilen. Wir werden sofort Maßnahmen ergreifen, damit erstens Mitglieder der Russischen „Iskra“-Organisation zu Ihnen kommen, um Abmachungen zu treffen, und damit zweitens hier eine Verbindung mit Tschernyschew hergestellt wird. Sie müssen Ihrerseits die Herausgabe (oder den Abdruck in der „Iskra“) Ihrer grundsätzlichen Erklärung, die Ihre Stellung in der Partei eindeutig festlegt, beschleunigen

* unter uns. *Die Red.*

und alle Maßnahmen zur faktischen Verschmelzung mit der Russischen „Iskra“-Organisation treffen.

Zum Schluß einige Worte über die von Ihnen aufgeworfenen Fragen. Was die Bauernschaft und das Agrarprogramm anbelangt, so bleibt uns unklar, womit Sie eigentlich in unserem Entwurf des Agrarprogramms unzufrieden sind und welche Änderungen Sie wünschen. Präzisieren Sie das bitte! Haben Sie Nr. 4 der „Sarja“ mit dem Artikel über das Agrarprogramm* gesehen? Überhaupt sind Ihre Bemerkungen über die Schnitzer der „Iskra“ ein Beweis dafür, wie wichtig es ist, unseren Verkehr lebhafter und regelmäßiger zu gestalten, damit wir zu voller Einmütigkeit gelangen. Wir haben so schrecklich wenig Kräfte, daß nur der engste Zusammenschluß *aller* Sozialdemokraten unseren Erfolg im Kampf sowohl gegen die „Abenteurer“ als auch gegen die Regierung gewährleisten kann. Und doch haben wir z. B. von Ihren Ansichten, von Ihrer praktischen Arbeit bisher fast nichts gewußt — ist das etwa in Ordnung? Oder ist es in Ordnung, daß Sie z. B. jetzt für sich allein Schritte zur Regelung des Transports unternehmen, und wir das gleiche tun — auch für uns allein? (Schreiben Sie ausführlicher, was Sie unternommen haben, wie und wo, welche Mittel vorhanden sind usw.) Denselben Umstand, d. h. den Mangel an Kräften muß man in Betracht ziehen, wenn man die Frage erörtert, ob es ein besonderes Organ geben, ob der „Jushny Rabotschi“ weiterbestehen, ob er in „Russki Rabotschi“ [Der russische Arbeiter] umgewandelt werden soll. Alle Seiten dieser Angelegenheit müssen sehr genau abgewogen werden. Überlegen Sie, woher die Kräfte für zwei Organe nehmen, wo wir ausgezeichnet wissen, daß sie schon für eines nicht ausreichen. Werden Sie nicht Petersburg (den Petersburger „Iskra“-Gegnern) einen Anstoß geben, die „Rabotschaja Mysl“ ebenfalls als „aufklärendes“, volkstümliches usw. Blatt herauszugeben? — und das in einem Augenblick, da Petersburg sich anschickt, die „Rabotschaja Mysl“ einzustellen und endlich ernsthaft an der „Iskra“ mitzuarbeiten. Wird unter Ihren Plänen nicht Ihre Absicht leiden, von Rußland aus eine regelmäßige literarische Mitarbeit an der „Iskra“ zu organisieren — ohne diese Mitarbeit aber kann die „Iskra“ kein wirkliches Parteiorgan werden, und vergessen Sie nicht, daß wir hierfür außer Ihnen kaum jemanden in Aussicht haben. Und wenn nicht Iskristen diese Sache in ihre Hand nehmen, wer wird es

* Siehe den vorliegenden Band, S. 95—140. *Die Red.*

sonst tun und wann? Und schließlich prüfen Sie recht sorgfältig die Frage, ob die Aufgaben aufklärer, propagandistischer, populärer, auf den „Durchschnittsarbeiter“ (wie Sie sich ausdrücken) berechneter Druckschriften vereinbar sind mit den Aufgaben einer Zeitung. Besondere Druckschriften für den Durchschnittsarbeiter und für die Masse sind notwendig, das unterliegt keinem Zweifel, aber das können nur Flugblätter und Broschüren sein, denn es ist *unmöglich*, in einer Zeitung dem Durchschnittsarbeiter *jede* Frage wirklich richtig *auseinanderzusetzen*. Dazu müßte man *vom Anfang*, beim Abc beginnen und, nachdem die Frage allseitig durchgekaut ist, bis zu Ende gehen. Eine Zeitung ist wohl kaum imstande, das zu tun, selbst wenn sie in idealer Weise mit literarischen Kräften versorgt ist. Vergessen Sie schließlich nicht, daß Ihr Beginnen, ob Sie das wollen oder nicht, von gesamtrossischer Bedeutung sein wird und daß die Redereien, die Vorstellungen, die Theorien über *besondere* Zeitungen „für die Intelligenz“ und „für die Arbeiter“ eine verhängnisvolle Rolle spielen können, und zwar nicht nur unabhängig von Ihrem Willen, sondern sogar trotz Ihrer persönlichen Gegenwirkung. Leute wie Sie gibt es ja unter den russischen Sozialdemokraten nur verschwindend wenige, während es in der Masse der russischen Sozialdemokraten noch sehr, sehr viel Engstirnigkeit aller Art gibt. Wir denken natürlich nicht daran, uns in einer so wichtigen Frage auf diese flüchtigen Bemerkungen zu beschränken, nur bitten wir Sie, die Entscheidung nicht zu überstürzen und allseitig zu prüfen. Die Aufrechterhaltung einer besonderen Gruppe (der Redaktion des „Jushny Rabotschi“) halten wir sogar für *wünschenswert*, wenigstens bis zum Parteitag, aber diese Gruppe sollte sich mit ihrer Zeitung nicht übereilen.

Geschrieben am 3. (16.) September 1902.

Zuerst veröffentlicht 1924 in der
Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“ Nr. 3.

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN EINEN GENOSSEN
ÜBER UNSERE
ORGANISATORISCHEN AUFGABEN⁵⁷

*Geschrieben im September 1902.
Zuerst vervielfältigt 1902
mit dem Hektographen.*

*Nach dem Text der vom
ZK der SDAPR 1904
herausgegebenen Broschüre.*

Россійская Соціалъдемократическая Рабочая Партія.

ПРОЛЕТАРИИ ВСѢХЪ СТРАНЪ, СОЕДИНЯЙТЕСЬ!

Письмо къ товарищу

О нашихъ
организационныхъ задачахъ

Н. Ленина

ИЗДАНИЕ ЦЕНТРАЛЬНАГО КОМИТЕТА Р.С.-Д. Р. ПАРТИИ

ЖЕНЕВА
Типографія Партии, Rue de la Coulouvrenière, 27.
1904

Umschlag von W. I. Lenins Broschüre
„Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben“
1904

Verkleinert

Lieber Genosse! Mit Vergnügen erfülle ich Ihre Bitte, an Ihrem Entwurf zur „Organisation der St. Petersburger revolutionären Partei“ Kritik zu üben. (Sie hatten vermutlich die Organisation der Petersburger Arbeit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands im Auge.) Die von Ihnen aufgeworfene Frage ist so wichtig, daß sich an ihrer Erörterung alle Mitglieder des St. Petersburger Komitees, ja überhaupt alle russischen Sozialdemokraten beteiligen müssen.

Vor allem möchte ich feststellen, daß ich vollkommen mit Ihrer Erklärung einverstanden bin, warum die frühere („bündlerische“, wie Sie sie nennen) Organisation des „Kampfbundes“ nichts taugt. Sie weisen auf das Fehlen einer ernsten Schulung und revolutionären Erziehung bei den fortgeschrittenen Arbeitern hin, auf das sogenannte Wahlsystem, das die Leute vom „Rabotscheje Delo“ unter Berufung auf die „demokratischen“ Grundsätze so stolz und hartnäckig verteidigen, und auf die Entfremdung der Arbeiter von aktiver Tätigkeit.

Ja, so ist es: 1. das Fehlen einer ernsten Schulung und revolutionären Erziehung (nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei den Intellektuellen), 2. eine unangebrachte und übertriebene Anwendung des Wahlprinzips und 3. die Entfremdung der Arbeiter von aktiver *revolutionärer* Tätigkeit — darin besteht tatsächlich der Hauptmangel nicht nur der St. Petersburger, sondern auch vieler anderer örtlicher Organisationen unserer Partei.

Ich teile vollständig Ihre Grundauffassung von den organisatorischen Aufgaben und schließe mich auch Ihrem Organisationsentwurf an, soweit mir seine Hauptzüge aus Ihrem Brief klargeworden sind.

Und zwar bin ich vollkommen Ihrer Ansicht, daß die Aufgaben der gesamtrussischen Arbeit und der Gesamtpartei überhaupt besonders betont werden müssen; bei Ihnen kommt das darin zum Ausdruck, daß der erste Punkt Ihres Entwurfs lautet: „Das leitende Zentrum der Partei“ (und nicht nur eines Komitees oder Bezirks) „ist die Zeitung ‚Iskra‘, die unter den Arbeitern ständige Berichterstatte hat und mit der inneren Arbeit der Organisation eng verbunden ist.“ Ich möchte nur bemerken, daß die Zeitung der *ideologische* Führer der Partei sein kann und muß, daß sie die theoretischen Wahrheiten, die taktischen Leitsätze, die allgemeinen organisatorischen Ideen, die allgemeinen Aufgaben der Gesamtpartei in diesem oder jenem Augenblick zu entwickeln hat. Die unmittelbare *praktische* Führung der Bewegung aber kann nur in den Händen einer besonderen zentralen Gruppe liegen (nennen wir sie kurzerhand Zentralkomitee), die mit allen Komitees *persönlich* in Verbindung steht, alle besten revolutionären Kräfte aller russischen Sozialdemokraten in sich vereinigt und alle gesamtparteilichen Angelegenheiten *leitet*, so die Verteilung von Literatur, die Herausgabe von Flugblättern, die Verteilung der Kräfte, die Betrauung von Personen und Gruppen mit der Leitung besonderer Unternehmungen, die Vorbereitung gesamtrussischer Demonstrationen und des Aufstands usw. Angesichts der Notwendigkeit, strengste Konspiration zu üben und die Kontinuität der Bewegung zu wahren, kann und muß unsere Partei *zwei* führende Zentren haben: das ZO (Zentralorgan) und das ZK (Zentralkomitee). Das erste soll die ideologische, das zweite die unmittelbare und praktische Führung in Händen haben. Die Einheit der Aktion und die notwendige Verbundenheit dieser Gruppen sollen nicht nur durch das einheitliche Parteiprogramm gesichert sein, sondern auch *durch die Zusammensetzung beider Gruppen* (es ist erforderlich, daß beiden Gruppen, dem ZO sowohl wie dem ZK, Leute angehören, unter denen volle Einmütigkeit herrscht) und durch die Veranstaltung regelmäßiger und ständiger Besprechungen zwischen ihnen. Nur dann wird einerseits das ZO dem Zugriff der russischen Gendarmen entzogen und seine Festigkeit und Stetigkeit gewährleistet sein – und andererseits wird das ZK *stets* in allen wesentlichen Fragen mit dem ZO übereinstimmen und genug Freiheit haben, um die gesamte praktische Seite der Bewegung *unmittelbar zu leiten*.

Es wäre daher wünschenswert, daß der erste Punkt des Statuts nicht nur

(wie Ihr Entwurf) darauf hinweist, welches Parteiorgan als führend anerkannt wird (das ist natürlich ein notwendiger Hinweis), sondern auch darauf, daß die jeweilige örtliche Organisation es sich zur Aufgabe macht, an der Schaffung, Unterstützung und Festigung der zentralen Körperschaften, ohne die unsere Partei als Partei nicht bestehen kann, aktiv mitzuarbeiten.

Weiter sagen Sie im zweiten Punkt vom Komitee, es solle „die örtliche Organisation anleiten“ (vielleicht wäre es besser, zu sagen: „die gesamte örtliche Arbeit und alle örtlichen Organisationen der Partei“, aber ich will mich bei Einzelheiten der Formulierung nicht aufhalten), und es müsse sowohl aus Arbeitern wie aus Intellektuellen bestehen, denn deren Trennung in zwei Komitees sei schädlich. Das ist durchaus und unbedingt richtig. Es darf nur ein Komitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands geben, und ihm müssen politisch vollauf bewußte Sozialdemokraten angehören, die sich ganz der sozialdemokratischen Tätigkeit widmen. Man soll sich besonders darum bemühen, daß möglichst viele Arbeiter zu politisch vollauf bewußten Berufsrevolutionären werden und ins Komitee kommen.* Besteht ein *einheitliches* und nicht zwiespältiges Komitee, so gewinnt die Forderung, daß die Komiteemitglieder viele Arbeiter *persönlich* kennen, besondere Bedeutung. Um alles leiten zu können, was in der Arbeiterschaft vor sich geht, muß man die Möglichkeit haben, überall hinzugelangen, muß man sehr viele Leute kennen, muß man alle Wege und Schliche kennen usw. usf. Dem Komitee müssen daher nach Möglichkeit alle bedeutenden *Führer* der Arbeiterbewegung aus der Mitte der Arbeiterschaft selbst angehören, das Komitee muß *alle* Bereiche der örtlichen Bewegung leiten und *alle* örtlichen Einrichtungen, Kräfte und Mittel der Partei verwalten. Sie sagen nichts darüber, wie das Komitee gebildet werden soll — sicher werden wir auch hier miteinander übereinstimmen, daß dafür kaum besondere Regeln erforderlich sind. Wie das Komitee zusammzusetzen ist — das ist schon Sache der Sozialdemokraten an Ort und Stelle. Allenfalls könnte man darauf aufmerksam machen, daß das Komitee auf Beschluß der Mehrheit (oder Zweidrittelmehrheit usw.) seiner

* Man soll sich bemühen, ins Komitee Arbeiterrevolutionäre aufzunehmen, die die meisten Verbindungen und den besten „Ruf“ in der Arbeitermasse haben.

Mitglieder ergänzt wird, daß es dafür sorgen muß, sein Verbindungsmaterial an einem (in revolutionärer Beziehung) zuverlässigen und (in politischer Beziehung) sicheren Ort aufzubewahren, daß es ferner von vornherein für Ersatzmitglieder Sorge zu tragen hat. Sobald wir ein ZO und ein ZK haben, dürfen neue Komitees nur unter ihrer Mitwirkung und mit ihrer Zustimmung gegründet werden. Die Zahl der Komiteemitglieder soll möglichst nicht sehr groß sein (damit diese Mitglieder ein hohes Niveau haben und sich besser auf den revolutionären Beruf spezialisieren können), doch muß sie genügen, um *alle* Arbeitsbereiche zu erfassen und gründliche Besprechungen sowie feste Beschlüsse zu gewährleisten. Sollte sich erweisen, daß die Komiteemitglieder ziemlich zahlreich sind und es für sie daher gefährlich ist, häufig zusammenzukommen, so sollte man vielleicht aus dem Komitee eine besondere, sehr kleine (sagen wir fünf Personen oder noch weniger) *leitende* Gruppe aussondern, der unbedingt der Sekretär und die Mitglieder, die sich für die praktische Leitung der gesamten Arbeit am besten eignen, angehören müßten. Für diese Gruppe wäre es *besonders wichtig*, sich für den Fall der Verhaftung Ersatzleute zu sichern, damit die Arbeit keine Unterbrechung erleidet. Die Vollversammlungen des Komitees würden die Maßnahmen der geschäftsführenden Gruppe bestätigen, ihre Zusammensetzung bestimmen usw.

Weiterhin schlagen Sie folgende, dem Komitee *nachgeordnete*, ihm unterstellte Einrichtungen vor: 1. Diskussion (Beratungen der „besten“ Revolutionäre), 2. bezirksweise organisierte Zirkel mit 3. jedem von ihnen angegliederten Propagandistenzirkeln, 4. Betriebszirkel und 5. „Vertreterzusammenkünfte“ von Delegierten der Betriebszirkel des betreffenden Bezirks. Ich bin ganz wie Sie der Meinung, daß *alle* weiteren Einrichtungen (und es muß außer den von Ihnen genannten noch sehr viele und sehr verschiedenartige geben) dem Komitee untergeordnet sein müssen und daß es Bezirksgruppen (für sehr große Städte) und Betriebsgruppen (stets und überall) geben muß. In einigen Einzelheiten aber bin ich, wie es scheint, mit Ihnen nicht ganz einverstanden. Was z. B. die „Diskussion“ anbelangt, so denke ich, eine solche Einrichtung ist *überhaupt überflüssig*. Alle „besten Revolutionäre“ sollen dem Komitee angehören oder besondere Funktionen ausüben (Druckerei, Transport, Wanderagitation, Organisation, z. B. eines Paßbüros oder eines Stoßtrupps zum Kampf gegen Spitzel und Provokateure oder von Gruppen im Heer usw.).

„Beratungen“ werden sowohl im Komitee als auch in jedem Bezirk stattfinden, in jedem Betriebszirkel, Propagandistenzirkel, Gewerkschaftszirkel (der Weber, Mechaniker, Lederarbeiter u. a.), Studentenzirkel, Literaturzirkel usw. Wozu also eine besondere Einrichtung für Beratungen?

Weiter. Sie haben vollständig recht, wenn Sie verlangen, daß „allen, die es wünschen“, die Möglichkeit geboten werden soll, unmittelbar an die „Iskra“ zu schreiben. Nur darf man dieses „unmittelbar“ nicht so verstehen, daß man „allen, die es wünschen“, die Adresse der Redaktion mitteilt und Zutritt zu ihr gibt, sondern es ist so aufzufassen, daß der Redaktion die Briefe von allen, die es wünschen, zu übergeben (oder zu übersenden) sind. Die Adressen müssen zwar einem ziemlich breiten Kreis zugänglich gemacht werden, aber immerhin nicht allen, die es wünschen, sondern nur zuverlässigen Revolutionären, die sich durch konspirative Geschicklichkeit auszeichnen — immerhin vielleicht nicht nur eine Adresse pro Bezirk, wie Sie vorschlagen, sondern mehrere; ferner ist es notwendig, daß alle, die an der Arbeit teilnehmen, daß ausnahmslos sämtliche Zirkel das Recht haben, ihre Beschlüsse, Wünsche, Anfragen sowohl dem Komitee als auch dem ZO und dem ZK zur Kenntnis zu bringen. Wenn wir das gewährleisten, so werden wir erschöpfende Beratungen aller Parteiarbeiter erreichen, ohne so schwerfällige und unkonspirative Einrichtungen zu schaffen, wie es die „Diskussion“ wäre. Natürlich muß man außerdem noch bemüht sein, persönliche Besprechungen möglichst vieler und verschiedener Personen zu veranstalten — aber das ist einzig eine Frage der Konspiration. Allgemeine Versammlungen und Zusammenkünfte sind in Rußland nur ab und zu in Ausnahmefällen möglich, und man muß außerordentlich vorsichtig sein, wenn man zu diesen Versammlungen „die besten Revolutionäre“ heranzieht, denn für Provokateure und Spitzel ist es stets leichter, sich in allgemeine Versammlungen einzuschleichen und einem Versammlungsteilnehmer nachzuspionieren. Ich denke, es wäre vielleicht am besten, so vorzugehen: Wenn es möglich ist, große (sagen wir, von 30 bis 100 Personen) allgemeine Versammlungen zu veranstalten (z. B. im Sommer im Wald oder in einer eigens hierfür bereitgestellten konspirativen Wohnung), dann soll das Komitee einen oder zwei der „besten Revolutionäre“ dorthin entsenden und für eine gute Zusammensetzung der Versammlung Sorge tragen, d. h. beispielsweise dafür, daß eine mög-

lichst große Zahl zuverlässiger Mitglieder von Betriebszirkeln usw. eingeladen wird. Man darf aber diese Versammlungen nicht zu einer festen Einrichtung machen, sie nicht im Statut verankern, man darf sie nicht regelmäßig veranstalten und nicht so, daß alle Versammlungsteilnehmer alle Anwesenden kennen, d. h. wissen, daß alle „Vertreter“ von Zirkeln sind usw.; aus diesem Grunde bin ich nicht nur gegen „Diskussionen“, sondern auch gegen „Vertreterzusammenkünfte“. Anstatt dieser beiden Einrichtungen würde ich vorschlagen, beispielsweise folgende Regel aufzustellen. Das Komitee trägt Sorge für die Veranstaltung großer Versammlungen, an denen möglichst viele praktisch in der Bewegung Tätige und überhaupt alle Arbeiter teilnehmen. Zeit, Ort, Anlaß und Zusammensetzung der Versammlung werden von dem Komitee bestimmt, das für die konspirative Organisation solcher Unternehmungen verantwortlich ist. Selbstverständlich sollen dadurch von Arbeitern veranstalteten Zusammenkünften bei Ausflügen, im Wald usw., die noch weniger den Charakter ständiger Einrichtungen tragen, keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Vielleicht wäre es noch besser, hiervon im Statut gar nicht zu reden.

Was weiter die Bezirksgruppen anbelangt, so stimme ich Ihnen diesbezüglich durchaus zu, daß es zu ihren wichtigsten Aufgaben gehört, die *Verteilung* der Literatur richtig zu organisieren. Ich denke, die Bezirksgruppen müssen hauptsächlich die *Vermittler* sein zwischen den Komitees und den Betrieben, Vermittler und sogar in erster Linie *Übermittler*. Die konspirative Organisation eines richtigen Vertriebs der Literatur, die sie vom Komitee erhalten, hat ihre Hauptaufgabe zu sein. Und diese Aufgabe ist im höchsten Grade wichtig, denn wenn man die regelmäßige Verbindung einer besonderen Bezirksgruppe von Austrägern mit allen Betrieben des Bezirks, mit möglichst vielen *Arbeiterwohnungen* des Bezirks sichert, so wird das von ungeheurer Bedeutung sowohl für Demonstrationen als auch für den Aufstand sein. Eine rasche und richtige Übermittlung von Druckschriften, Flugblättern, Aufrufen usw. so einrichten, daß sie reibungslos erfolgt und hierfür ein ganzes Netz von Agentenschulen — das heißt den *größeren* Teil der Vorbereitungsarbeiten für künftige Demonstrationen oder für den Aufstand leisten. Im Augenblick der Erregung, des Streiks, der Gärung ist es bereits zu spät, den Literaturvertrieb in Gang zu bringen — das kann man nur allmählich lernen, indem man es *unbedingt* jeden Monat zwei- bis dreimal übt. Gibt es keine

Zeitung, so kann und muß man es mit Flugblättern üben, keineswegs aber darf man zulassen, daß dieser Vertriebsapparat untätig ist. Man muß danach trachten, diesen Apparat bis zu einem solchen Grad der Vollkommenheit auszubauen, daß man in einer Nacht die gesamte Arbeiterbevölkerung St. Petersburgs informieren und sozusagen mobilisieren kann. Das ist durchaus keine utopische Aufgabe, wenn man die Flugblätter systematisch von der Zentralstelle an die engeren Vermittlungszirkel und über sie an die Austräger weiterleitet. Meines Erachtens sollte man die Funktionen der Bezirksgruppe über ihre Rolle als reine Vermittlungs- und Übermittlungsstelle hinaus nicht erweitern, oder richtiger, man sollte es nur mit größter Vorsicht tun — es könnte sonst die Konspiration und die Einheitlichkeit der Arbeit gefährden. Beratungen über alle Parteifragen werden natürlich auch in den Bezirkszirkeln stattfinden, *Entscheidungen* über allgemeine Fragen der örtlichen Bewegung darf aber nur das Komitee treffen. Selbständigkeit sollte der Bezirksgruppe nur in technischen Fragen der Weiterleitung und des Vertriebs zugestanden werden. Die Zusammensetzung der Bezirksgruppe muß vom Komitee bestimmt werden, d. h., das Komitee *ernannt* ein oder zwei seiner Mitglieder (oder auch Nichtmitglieder) zu Delegierten für den einen oder andern Bezirk und beauftragt diese Delegierten, eine *Bezirksgruppe zu bilden*, deren sämtliche Mitglieder wiederum vom Komitee sozusagen im Amte bestätigt werden. Die Bezirksgruppe ist eine Zweigstelle des Komitees, die nur von diesem ihre Vollmachten erhält.

Ich gehe zur Frage der Propagandistenzirkel über. Bei der Armut an propagandistischen Kräften dürfte es wohl kaum möglich und auch kaum wünschenswert sein, sie getrennt in jedem Bezirk einzurichten. Die Propaganda muß vom gesamten Komitee in einheitlichem Geiste durchgeführt werden, sie muß straff zentralisiert sein, darum stelle ich mir die Sache so vor: Das Komitee beauftragt einige seiner Mitglieder, eine Propagandistenzirkelgruppe zu bilden (die eine Zweigstelle oder *Einrichtung des Komitees* sein wird). Diese Gruppe, die in konspirativer Beziehung die *Dienste* der Bezirksgruppen in Anspruch nimmt, soll *in der ganzen Stadt*, in dem ganzen Gebiet, das dem Komitee „unterstellt“ ist, Propaganda treiben. Sollte es notwendig sein, so kann diese Gruppe noch Untergruppen bilden, also gewissermaßen diesen oder jenen Teil ihrer Funktionen abtrennen, das alles aber nur mit Zustimmung des Komitees; das Komitee muß

stets und unbedingt das Recht haben, seinen Delegierten in jede Gruppe oder Untergruppe und in jeden Zirkel zu entsenden, der mit der Bewegung irgendwie in Berührung kommt.

In der gleichen Form der Beauftragung, in der Form von Zweigstellen oder Einrichtungen des Komitees, müssen alle die mannigfaltigen Gruppen organisiert sein, die im Dienste der Bewegung stehen — die Gruppen der Studenten- und der Gymnasialjugend oder die, sagen wir, Gruppen unterstützender Beamten, die Transport-, Druckerei- und Paßgruppen, die Gruppen zur Beschaffung von konspirativen Wohnungen, die Gruppen zur Beobachtung von Spitzeln, die Gruppen von Militärpersonen, die Gruppen zur Beschaffung von Waffen, die Gruppen zur Organisation z. B. eines „gewinnbringenden finanziellen Unternehmens“ usw. Die ganze Kunst der konspirativen Organisation muß darin bestehen, *alle und alles* auszunutzen, „allen und jedem Arbeit zu geben“, gleichzeitig aber die *Führung* der gesamten Bewegung in der Hand zu behalten, und zwar selbstverständlich nicht kraft der Machtbefugnisse, sondern kraft des Ansehens, kraft der Energie, der größeren Erfahrung, der größeren Vielseitigkeit, der größeren Begabung. Diese Bemerkung bezieht sich auf den möglichen und üblichen Einwand, daß eine straffe Zentralisation die Sache allzu leicht zugrunde richten kann, wenn der Zentralstelle *zufällig* ein mit sehr großen Machtbefugnissen ausgestatteter *unfähiger* Mensch angehört. Das ist natürlich möglich, aber das Mittel dagegen ist keinesfalls Wählbarkeit und Dezentralisation, die in der revolutionären Arbeit unter der Selbstherrschaft in nennenswertem Umfange völlig unzulässig, ja geradezu schädlich sind. Das Mittel dagegen gibt kein Statut, es kann nur gegeben werden durch „kameradschaftliche Einwirkung“, angefangen mit Resolutionen all der vielen Untergruppen, fortgesetzt mit deren Anträgen an das ZO und das ZK und (im schlimmsten Falle) bis zum *Sturz* des völlig unfähigen Machtorgans. Das Komitee muß danach trachten, eine möglichst weitgehende Arbeitsteilung durchzuführen, eingedenk dessen, daß für verschiedene Seiten der revolutionären Arbeit verschiedene Fähigkeiten erforderlich sind, daß manchmal ein Mensch, der als Organisator völlig unbrauchbar ist, ein unersetzlicher Agitator sein kann, oder ein Mensch, der sich für die strenge konspirative Disziplin nicht eignet, ein ausgezeichnete Propagandist usw.

Übrigens, was die Propagandisten anbelangt, so möchte ich noch einige

Worte gegen die herkömmliche Überfüllung dieses Berufs mit wenig befähigten Leuten und das dadurch bedingte Sinken des Niveaus der Propaganda sagen. Bei uns gilt manchmal ganz wahllos jeder Student als Propagandist, und die ganze Jugend verlangt, man solle ihr „einen Zirkel geben“ usw. Dagegen müßte man kämpfen, denn dadurch wird sehr viel Schaden angerichtet. Wahrhaft prinzipienfeste und fähige Propagandisten gibt es *sehr wenige* (und um ein solcher Propagandist zu werden, heißt es tüchtig lernen und Erfahrung sammeln), und diese Leute muß man zu Fachleuten machen, voll einsetzen und sorgfältig hüten. Man muß sie jede Woche mehrere Vorlesungen halten lassen und sie rechtzeitig in andere Städte zu schicken wissen, wie man überhaupt dafür sorgen soll, daß geschickte Propagandisten verschiedene Städte bereisen. Die Masse der jungen Leute aber, die eben erst zu arbeiten beginnen, soll man mehr zu praktischen Unternehmungen heranziehen, die bei uns — im Vergleich zu der optimistisch als „Propaganda“ bezeichneten Studentengeschäftigkeit in den Zirkeln — oft vernachlässigt werden. Für ernste praktische Unternehmungen ist natürlich ebenfalls eine gründliche Schulung erforderlich, doch findet sich hier leichter auch für „Anfänger“ ein Betätigungsfeld.

Jetzt zu den Betriebszirkeln. Sie sind für uns besonders wichtig, liegt doch die ganze Hauptkraft der Bewegung darin, daß die Arbeiter der Großbetriebe organisiert sind, denn die großen Betriebe (und Fabriken) umfassen nicht nur zahlenmäßig, sondern noch viel mehr dem Einfluß, der Entwicklung, der Kampffähigkeit nach den ausschlaggebenden Teil der gesamten Arbeiterklasse. Jeder Betrieb muß unsere Festung sein. Und deshalb muß jede „Betriebs“organisation der Arbeiter nach innen ebenso konspirativ und nach außen ebenso „verzweigt“ sein, d. h. in ihren äußeren Beziehungen ihre Fühler ebenso weit und nach den verschiedensten Richtungen austrecken wie jede revolutionäre Organisation. Ich betone, daß auch hier unbedingt eine Gruppe von revolutionären Arbeitern der Kern und der Führer, der „Herr im Hause“ sein muß. Mit der Tradition des reinen Arbeiter- oder Gewerkschaftstypus der sozialdemokratischen Organisationen müssen wir *auch* in den „Betriebs“zirkeln vollständig brechen. Die Betriebsgruppe oder das Betriebs-(Fabrik-)Komitee (um es von den anderen Gruppen, deren es sehr viele geben muß, zu unterscheiden) soll aus einer sehr kleinen Anzahl von *Revolutionären* bestehen, die ihre Aufträge und Vollmachten zur Entfaltung der gesamten sozialdemo-

kratischen Arbeit im Betrieb *unmittelbar vom Komitee* erhalten. Alle Mitglieder des Betriebskomitees müssen sich als Agenten des Komitees betrachten; sie sind verpflichtet, sich allen seinen Anordnungen zu fügen, sie sind verpflichtet, alle „Gesetze und Bräuche“ der „kämpfenden Armee“ zu beachten, in die sie eingetreten sind und die sie zur Kriegszeit ohne Erlaubnis der vorgesetzten Stelle zu verlassen kein Recht haben. Die Zusammensetzung des Betriebskomitees ist daher von außerordentlich großer Bedeutung, und es muß eine der Hauptsorgen des Komitees sein, diese Unterkomitees richtig zu organisieren. Ich stelle mir die Sache so vor: Das Komitee beauftragt diese oder jene seiner Mitglieder (plus, nehmen wir an, diese oder jene Arbeiter, die aus irgendwelchen Gründen dem Komitee nicht angehören, aber dank ihrer Erfahrung, ihrer Menschenkenntnis, ihrer Klugheit und ihren Verbindungen nützlich sein können), überall Unterkomitees in den Betrieben zu gründen. Die Kommission berät sich mit den Bezirksbevollmächtigten, bestimmt eine Reihe von Zusammenkünften, prüft die Kandidaten für die Betriebsunterkomitees auf Herz und Nieren, unterzieht sie einem „hochnotpeinlichen“ Kreuzverhör, stellt sie, falls nötig, auf die Probe, bemüht sich hierbei, *möglichst viele* Kandidaten für das Unterkomitee des betreffenden Betriebs selbst unmittelbar kennenzulernen und zu prüfen, und schlägt schließlich dem Komitee vor, eine bestimmte Zusammensetzung jedes Betriebszirkels zu bestätigen oder einen bestimmten Arbeiter zu bevollmächtigen, das ganze Unterkomitee zusammenzustellen, die Mitglieder auszuwählen und vorzuschlagen. Auf diese Weise wird das Komitee selbst bestimmen, wer von diesen Agenten die Verbindung mit ihm aufrechterhält *und wie* er es tut (in der Regel durch die Bezirksbevollmächtigten; doch kann diese Regel auch ergänzt oder abgeändert werden). Angesichts der Wichtigkeit dieser Betriebsunterkomitees müssen wir soweit wie möglich danach streben, daß *jedes* Unterkomitee sowohl eine Adresse hat, durch die es sich an das ZO wenden kann, als auch eine sichere *Aufbewahrungsstelle* für sein Verbindungsmaterial (d. h., daß Informationen, die zur sofortigen Wiederherstellung des Unterkomitees im Falle von Verhaftungen erforderlich sind, möglichst regelmäßig und ausführlich der zentralen Parteileitung zur Aufbewahrung an einer Stelle übermittelt werden, wo die russischen Gendarmen nicht eindringen können). Selbstverständlich muß diese Adressenübermittlung vom Komitee auf Grund eigener Erwägungen

und Unterlagen vorgenommen werden, nicht aber auf Grund eines nicht bestehenden Rechts auf „demokratische“ Verteilung dieser Adressen. Schließlich ist vielleicht der Hinweis nicht überflüssig, daß es manchmal notwendig oder *zweckmäßiger sein wird*, nicht ein Betriebsunterkomitee aus mehreren Mitgliedern zu bilden, sondern sich auf die Ernennung eines Agenten des Komitees (und eines Ersatzmannes) zu beschränken. Sobald ein Betriebsunterkomitee gebildet ist, muß es zur Gründung einer ganzen Reihe von Betriebsgruppen und -zirkeln mit verschiedenen Aufgaben, unterschiedlich strenger Konspiration und mehr oder weniger festgefügtter Form schreiten; beispielsweise Zirkel zum Austragen und zur Verbreitung von Literatur (eine der wichtigsten Funktionen, die so geregelt werden muß, daß wir unsere eigene richtiggehende Post haben, daß nicht nur die Methoden der Verbreitung, sondern auch das Austragen in die Wohnungen erprobt und geprüft ist, daß man unbedingt alle Wohnungen und die Wege zu ihnen kennt), Zirkel zum Lesen illegaler Literatur, Zirkel zur Beobachtung von Spitzeln*, Zirkel eigens zur Leitung der Gewerkschaftsbewegung und des wirtschaftlichen Kampfes, Zirkel von Agitatoren und Propagandisten, die es verstehen, Gespräche anzuknüpfen und sie lange *völlig legal* zu führen (über Maschinen, über die Inspektion usw.), damit sie ungefährdet und öffentlich sprechen, die Leute aushorchen und den Boden sondieren können usw.** Das Betriebsunterkomitee muß danach streben, den ganzen Betrieb, einen möglichst großen Teil der Arbeiter durch ein Netz von allen möglichen Zirkeln (oder Agenten) zu erfassen. Die Vielzahl dieser Zirkel, die Möglichkeit, einen Wanderpropagandisten in sie einzuführen, vor allem aber

* Wir müssen den Arbeitern einschärfen, daß die Tötung von Spitzeln, Provokateuren und Verrätern zwar manchmal eine unbedingte Notwendigkeit sein kann, daß es jedoch äußerst unerwünscht und falsch wäre, daraus ein System zu machen; wir müssen bemüht sein, eine Organisation zu schaffen, die fähig ist, Spitzel dadurch *unschädlich* zu machen, daß man sie entlarvt und verfolgt. Ausrotten kann man die Spitzel nicht, wohl aber *kann und muß man* eine Organisation schaffen, welche die Spitzel auskundschaftet und die Arbeitermasse *erzieht*.

** Erforderlich sind auch Kampfzirkel, die bei Demonstrationen, bei Befreiungsaktionen aus Gefängnissen usw. Arbeiter verwenden, die beim Militär gedient haben oder besonders kräftig und gewandt sind.

die richtige und regelmäßige Arbeit zur *Verbreitung von Druckschriften* und zur Beschaffung von Informationen und Korrespondenzen hat der Maßstab zu sein für die erfolgreiche Tätigkeit des Unterkomitees.

Der allgemeine Typus der Organisation muß also meines Erachtens folgender Art sein: An der Spitze der gesamten örtlichen Bewegung, der gesamten örtlichen sozialdemokratischen Arbeit steht das Komitee. Von ihm gehen folgende, ihm untergeordnete Einrichtungen und Zweigstellen aus: erstens ein *Netz ausführender Agenten*, das (nach Möglichkeit) die ganze Arbeitermasse erfaßt und in Form von *Bezirksgruppen* und Betriebs- (Fabrik-) Unterkomitees organisiert ist. Dieses Agentennetz wird in friedlichen Zeiten Broschüren, Flugblätter, Aufrufe und konspirative Mitteilungen des Komitees verbreiten, in Zeiten des Kampfes Demonstrationen und ähnliche kollektive Aktionen veranstalten. Zweitens gehen von dem Komitee alle möglichen Zirkel und Gruppen aus, die im Dienste der Gesamtbewegung stehen (Propaganda, Transport, allerhand konspirative Unternehmungen usw.). Alle Gruppen, Zirkel, Unterkomitees usw. haben als Einrichtungen oder Zweigstellen des Komitees zu gelten. Manche von ihnen werden offen den Wunsch aussprechen, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands beizutreten, und werden ihr, die Bestätigung des Komitees vorausgesetzt, auch beitreten, sie werden (im Auftrage des Komitees oder im Einverständnis mit ihm) bestimmte Funktionen übernehmen und sich verpflichten, die Anordnungen der Parteiorgane zu befolgen, sie werden alle Rechte von Parteimitgliedern erhalten, als nächste Kandidaten für das Komitee betrachtet werden usw. Andere werden der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands nicht beitreten, ihre Stellung wird weiter die von Zirkeln sein, die von Parteimitgliedern eingerichtet werden oder sich an die eine oder andere Parteigruppe anlehnen usw.

In allen *inneren* Angelegenheiten sind die Mitglieder *aller* dieser Zirkel selbstverständlich ebenso gleichberechtigt, wie es die Komiteemitglieder untereinander sind. Die einzige Ausnahme hiervon wird sein, daß das Recht der *persönlichen* Verbindung mit dem örtlichen Komitee (wie auch mit dem ZK und dem ZO) nur derjenige (oder diejenigen) haben wird, der von diesem Komitee hierfür bestimmt ist. In jeder anderen Beziehung wird ein solcher Verbindungsmann mit den übrigen gleichberechtigt sein, die dasselbe Recht haben, sich (allerdings nicht persönlich) sowohl an das

örtliche Komitee wie an das ZK und an das ZO zu wenden. Die erwähnte Ausnahme wird also im Grunde gar keine Verletzung der Gleichberechtigung sein, sondern nur ein notwendiges Zugeständnis an die unbedingten Erfordernisse der Konspiration. Ein Komiteemitglied, das eine Mitteilung „seiner“ Gruppe an das Komitee, das ZK oder das ZO nicht weiterleitet, wird sich geradezu einer Verletzung der Parteipflicht schuldig machen. Was ferner den konspirativen Charakter und das organisatorische Gefüge der verschiedenen Zirkel anbelangt, so wird das von der Art ihrer Funktionen abhängen; dementsprechend wird es hier die verschiedenartigsten Organisationen geben (von der „strengsten“, engen, in sich abgeschlossenen bis zur „freiesten“, breiten, offenen, lose organisierten). Für die Gruppe der Austräger z. B. ist größte Konspiration und militärische Disziplin erforderlich. Für die Gruppe der Propagandisten ist Konspiration ebenfalls erforderlich, militärische Disziplin aber in weit geringerem Maße. Für die Gruppe von Arbeitern, die legale Druckschriften lesen oder Aussprachen über berufliche Nöte und Wünsche veranstalten, ist noch weniger Konspiration erforderlich usw. Die Gruppen der Austräger müssen der SDAPR angehören und eine gewisse Anzahl von Mitgliedern und Funktionären der Partei kennen. Eine Gruppe, welche die Arbeitsbedingungen in verschiedenen Berufszweigen studiert und entsprechende gewerkschaftliche Forderungen ausarbeitet, muß nicht unbedingt der SDAPR angehören. Eine Gruppe von Studenten, Offizieren oder Angestellten, die sich *unter Teilnahme* von einem oder zwei Parteimitgliedern mit Selbstbildung befaßt, darf manchmal sogar überhaupt nicht von deren Zugehörigkeit zur Partei wissen usw. In einer Beziehung aber müssen wir *unbedingt maximale Organisiertheit* der Arbeit in allen diesen Untergruppen verlangen, und zwar: Jedes Parteimitglied, das daran teilnimmt, ist für die Durchführung der Arbeit in diesen Gruppen formell verantwortlich und verpflichtet, *alle* Maßnahmen zu treffen, damit die Zusammensetzung einer jeden solchen Gruppe, das gesamte *Getriebe* ihrer Arbeit und der ganze Inhalt dieser Arbeit dem ZK und dem ZO *möglichst offen vor Augen liegen*. Das ist notwendig, damit erstens die Zentralstelle ein *vollständiges* Bild von der gesamten Bewegung hat, damit sie zweitens aus einem möglichst großen Personenkreis eine Auswahl zur Besetzung verschiedener Parteifunktionen treffen kann, damit drittens (durch Vermittlung der Zentralstelle) alle ähnlichen Gruppen in ganz Rußland an dem

Beispiel einer Gruppe lernen können, und schließlich, damit das Eindringen von Lockspitzeln und zweifelhaften Elementen verhindert wird — mit einem Wort, das ist unbedingt und in allen Fällen dringend notwendig.

Wie erreicht man das? Regelmäßige Berichte an das Komitee, Mitteilungen an das ZO über einen möglichst großen Teil des Inhalts einer möglichst großen Zahl dieser Berichte, Veranstaltung von Besuchen aller möglichen Zirkel durch Mitglieder des ZK und des örtlichen Komitees, schließlich *obligatorische* Hinterlegung der Verbindungen mit diesem Zirkel, d. h. der Namen und Adressen einiger Mitglieder dieses Zirkels, an einem sicheren Ort (und im Parteibüro beim ZO und ZK). Nur dann, wenn Berichte eingereicht und Verbindungen übermittelt werden, darf man anerkennen, daß ein Parteimitglied, das an einem bestimmten Zirkel teilnimmt, seine Pflicht erfüllt hat; nur dann wird die Partei als Ganzes in der Lage sein, von jedem einzelnen Zirkel, der praktische Arbeit leistet, zu *lernen*; nur dann brauchen uns Verhaftungen nicht zu schrecken, denn wenn Verbindungen mit den verschiedenartigsten Zirkeln vorhanden sind, wird es für einen Delegierten unseres ZK immer leicht sein, *sofort* Ersatzleute zu finden und die Arbeit wieder in Gang zu bringen. Eine Verhaftung des Komitees wird dann nicht den ganzen Apparat zerstören, sondern nur die Führer herausreißen, für die aber schon Ersatz vorhanden ist. Man soll uns nicht entgegen, daß die Übermittlung von Berichten und Verbindungen aus Gründen der Konspiration unmöglich sei: man muß nur den Willen haben, dann ist die Möglichkeit, Mitteilungen und Verbindungen zu übergeben (oder zu übersenden), *stets* vorhanden und *wird stets vorhanden sein*, solange wir Komitees, ein ZK oder ein ZO haben.

Wir sind jetzt zu einem sehr wichtigen Grundsatz der gesamten Parteiorganisation und Parteitätigkeit gekommen: Wenn hinsichtlich der ideologischen und der praktischen *Leitung* der Bewegung und des revolutionären Kampfes des Proletariats eine *möglichst große Zentralisation* erforderlich ist, so ist hinsichtlich der *Information* der zentralen Parteistelle (und folglich auch der Gesamtpartei überhaupt) über die Bewegung, hinsichtlich der *Verantwortlichkeit* vor der Partei eine *möglichst große Dezentralisation* erforderlich. Die Bewegung leiten muß eine möglichst kleine Anzahl möglichst gleichartiger Gruppen erfahrener und erprobter Berufsrevolutionäre. An der Bewegung teilnehmen muß eine möglichst

große Anzahl möglichst verschiedenartiger und mannigfaltiger Gruppen aus den verschiedensten Schichten des Proletariats (und anderer Volksklassen). Die zentrale Parteistelle muß von jeder einzelnen dieser Gruppen stets nicht nur genaue Angaben über ihre Tätigkeit, sondern auch möglichst *vollständige Angaben über ihre Zusammensetzung* in Händen haben. Wir müssen die Leitung der Bewegung zentralisieren. Wir müssen auch (und gerade zu *diesem Zweck*, denn ohne Information ist eine Zentralisation unmöglich) die *Verantwortlichkeit* jedes einzelnen Parteimitglieds, jedes Mitarbeiters, jedes der Partei angehörenden oder sich an sie anlehnenden Zirkels *der Partei gegenüber* möglichst stark *dezentralisieren*. Diese Dezentralisation ist die notwendige Voraussetzung der revolutionären Zentralisation und *deren unerläßliches Korrektiv*. Erst wenn die Zentralisation bis zu Ende durchgeführt ist und wir ein ZO und ein ZK haben, wird die Möglichkeit des Verkehrs jeder kleinsten Gruppe mit ihnen — und nicht nur die Möglichkeit des Verkehrs, sondern auch die durch langjährige Praxis erarbeitete *Regelmäßigkeit* des Verkehrs mit dem ZO und dem ZK — die Möglichkeit trauriger Folgen einer zufällig mißglückten Zusammensetzung des einen oder anderen örtlichen Komitees ausschalten. Jetzt, wo wir die tatsächliche Einigung der Partei und die Schaffung einer wirklich zentralen Leitung unmittelbar in Angriff nehmen, müssen wir uns besonders fest einprägen, daß *diese Leitung machtlos sein wird*, wenn wir nicht gleichzeitig *eine maximale Dezentralisation* durchführen, sowohl hinsichtlich der Verantwortung ihr gegenüber als auch hinsichtlich ihrer Unterrichtung über alle Räder und Rädchen der Parteimaschine. Eine solche Dezentralisation ist nichts anderes als die Kehrseite jener *Arbeitsteilung*, die, wie allgemein anerkannt, eine der lebenswichtigsten praktischen Erfordernisse unserer Bewegung ist. Die offizielle Anerkennung einer bestimmten Organisation als der führenden, die Gründung formaler ZKs werden unsere Bewegung noch lange nicht wirklich einheitlich machen, werden noch keine festgefügte Kampfpartei schaffen, wenn die zentrale Parteistelle nach wie vor von der unmittelbaren praktischen Arbeit *verdrängt* sein wird durch örtliche Komitees vom alten Schlag, d. h. durch Komitees, denen einerseits ein ganzer Haufen von Leuten angehört, die sich mit allen möglichen Angelegenheiten befassen, ohne sich einzelnen Funktionen der revolutionären Arbeit zu widmen, ohne für besondere Aktionen verantwortlich zu sein und ohne

die einmal begonnene, gut durchdachte und gut vorbereitete Sache zu Ende zu führen, die eine Unmenge von Zeit und Kraft in scheinradikaler Geschäftigkeit vergeuden, während es andererseits eine ganze Menge Studenten- und Arbeiterzirkel gibt, von denen die eine Hälfte dem Komitee überhaupt nicht bekannt ist und die andere Hälfte ebenso schwerfällig ist wie das Komitee, ebensowenig spezialisiert ist, keine berufliche Erfahrung erarbeitet, die Erfahrung der anderen Gruppen nicht ausnutzt und genauso wie das Komitee mit endlosen Beratungen „über alles“, mit Wahlen und mit der Abfassung von Statuten beschäftigt ist. Damit die Zentralstelle gut arbeiten kann, müssen die örtlichen Komitees *sich umgestalten*, müssen sie zu spezialisierten und „sachlicher“ arbeitenden Organisationen werden, die es in der einen oder anderen praktischen Funktion zu wirklicher „Vollendung“ bringen. Damit die Zentralstelle nicht nur (wie es bisher der Fall war) beraten, überreden, diskutieren, sondern das Orchester wirklich dirigieren kann, ist es erforderlich, daß man genau weiß, wer wo welche Geige spielt, wo und wie er welches Instrument spielen gelernt hat oder lernt, wer wo und warum falsch spielt (wenn die Musik in den Ohren kratzt) und wen man, wie und wohin, zur Beseitigung des Mißklangs versetzen muß usw. Heute — das muß offen gesagt werden — wissen wir entweder gar nichts über die *wirkliche innere Arbeit* eines Komitees, abgesehen von seinen Flugblättern und allgemein gehaltenen Briefen, oder wir wissen es von Freunden und guten Bekannten. Es wäre aber doch lächerlich zu glauben, daß sich eine große Partei, die fähig ist, die russische Arbeiterbewegung zu führen, und die den allgemeinen Ansturm auf die Selbstherrschaft vorbereitet, hierauf beschränken könnte. Die Verringerung der Zahl der Komiteemitglieder, die Betrauung möglichst eines jeden von ihnen mit einer bestimmten besonderen Funktion, für die er verantwortlich ist und Rechenschaft ablegen muß, die Gründung einer besonderen, zahlenmäßig sehr kleinen leitenden Zentralstelle, die Schaffung eines Netzes ausführender Agenten, die das Komitee mit jedem Großbetrieb, jeder Fabrik verbinden, für die regelmäßige Verbreitung der Literatur sorgen und der Zentralstelle ein genaues Bild dieser Verbreitung und aller Zusammenhänge der Arbeit geben, schließlich die Gründung zahlreicher Gruppen und Zirkel, die verschiedene Funktionen übernehmen oder Leute zusammenfassen, die der Sozialdemokratie nahe stehen, ihr helfen und sich zu Sozialdemokraten entwickeln, wobei die

Tätigkeit (und Zusammensetzung) dieser Zirkel dem Komitee und der Zentralstelle stets bekannt sein muß — darin hat die Umgestaltung des St. Petersburger und aller übrigen Parteikomitees zu bestehen, und deshalb ist die Frage des Statuts von so geringer Bedeutung.

Ich habe mit der Analyse des Statutenentwurfs begonnen, um anschaulicher zu zeigen, worauf meine Vorschläge abzielen. Und es wird dem Leser nun, hoffe ich, klargeworden sein, daß man im Grunde wohl auch *ohne Statut* auskommen kann, wenn man es durch regelmäßige Berichterstattung über jeden Zirkel, über jeden Arbeitsbereich ersetzt. Was kann man im Statut schreiben? Das Komitee leitet alle (das ist auch ohnehin klar). Das Komitee wählt eine leitende Gruppe (das ist nicht immer notwendig, wenn es aber notwendig ist, so kommt es nicht auf das Statut an, sondern auf die *Unterrichtung* der Zentralstelle über die Zusammensetzung dieser Gruppe und die Ersatzleute). Das Komitee verteilt die einzelnen Arbeitsgebiete unter seine Mitglieder und beauftragt jedes, dem Komitee regelmäßig Bericht zu erstatten und das ZO und das ZK über den Gang der Arbeit zu unterrichten (auch hier ist es wichtiger, die Zentralstelle über die vorgenommene Verteilung zu unterrichten, als im Statut eine Regel festzulegen, die bei unserem Kräftenmangel *häufig* nicht zur Anwendung kommen wird). Das Komitee muß genau bestimmen, wer ihm als Mitglied angehört. Das Komitee wird durch Kooptation ergänzt. Das Komitee ernennt Bezirksgruppen, Betriebsunterkomitees und die und die Gruppen (wollte man alles Wünschenswerte aufzählen, so würde man nie damit fertig, sie aber im Statut auch nur annähernd aufzuzählen, hat keinen Zweck; es genügt, wenn man der Zentralstelle über ihre Gründung Mitteilung macht). Die Bezirksgruppen und Unterkomitees gründen die und die Zirkel... Die Abfassung eines solchen Statuts ist heute um so weniger nützlich, als wir, was die Tätigkeit verschiedener solcher Gruppen und Untergruppen anbelangt, fast keine (an vielen Orten überhaupt keine) allgemeine Parteierfahrung haben, um aber eine solche Erfahrung zu sammeln, bedarf es keines Statuts, sondern der Einrichtung einer, wenn man so sagen darf, innerparteilichen Berichterstattung. Jede örtliche Organisation verschwendet jetzt mindestens einige Abende auf das Statut. Wenn statt dessen jeder diese Zeit ausnützen würde, um der *Gesamtpartei* einen ausführlichen und wohlüberlegten Bericht über seine besondere Funktion zu erstatten, so würde die Sache hundertfach gewinnen.

Und nicht nur deshalb sind Statuten nutzlos, weil die revolutionäre Arbeit nicht immer eine feste Form zulässt. Nein, eine feste Form ist notwendig, und wir müssen uns bemühen, der gesamten Arbeit nach Möglichkeit eine *feste Form* zu geben. Und eine feste Form ist in bedeutend größerem Umfang zulässig, als man gemeinhin annimmt, aber sie ist nicht durch Statuten zu erreichen, sondern nur und ausschließlich (wir wiederholen das immer und immer wieder) durch genaue Unterrichtung der zentralen Parteistelle: erst dann wird sich eine reale feste Form herausbilden, die mit realer Verantwortlichkeit und (Partei-)Öffentlichkeit verbunden ist. Wer von uns weiß denn nicht, daß *ernste* Konflikte und Meinungsverschiedenheiten bei uns im Grunde nie durch Abstimmung „laut Statut“, sondern durch Kampf und durch die Drohung „fortzugehen“ entschieden werden? Die Geschichte der *Mehrheit* unserer Komitees ist in den letzten drei, vier Jahren des Parteilebens angefüllt mit solchem inneren Kampf. Es ist sehr schade, daß dieser Kampf in keine feste Form gefügt worden ist; er hätte sonst weit mehr zur Belehrung der Partei und zur Vermittlung von Erfahrungen an unsere Nachfolger beigetragen. Aber eine *derartige* nützliche und notwendige feste Form wird durch kein Statut, sondern ausschließlich durch die *Parteiöffentlichkeit* geschaffen. Unter der Selbstherrschaft kann es bei uns kein anderes Mittel und kein anderes Werkzeug der *Parteiöffentlichkeit* geben als die regelmäßige Information der zentralen Parteistelle.

Erst wenn wir lernen, von dieser Öffentlichkeit weitgehend Gebrauch zu machen, werden wir tatsächlich Erfahrungen sammeln über das Funktionieren dieser oder jener Organisationen, und nur auf Grund solch umfassender und vieljähriger Erfahrungen können Statuten zustande kommen, die *keine Papierstatuten* sind.

POLITISCHER KAMPF UND POLITISCHE KANNEGIESSEREI

Der Innenpolitik der russischen Regierung kann man im gegenwärtigen Augenblick wohl am wenigsten Mangel an Entschlossenheit und an Bestimmtheit vorwerfen. Der Kampf gegen den inneren Feind ist in vollem Gange. Schwerlich sind jemals in der Vergangenheit Festungen, Gefängnisse, Arrestlokale der Polizeireviere und selbst provisorisch in Gefängnisse umgewandelte Privathäuser und -wohnungen derart mit Verhafteten überfüllt gewesen. Es fehlt an Raum, um alle Festgenommenen unterzubringen, es ist unmöglich, ohne Ausrüstung außerordentlicher „Expeditionen“, mit den gewöhnlichen „Transporten“ alle Verbannten nach Sibirien zu verschicken, es gibt keine Kräfte und Mittel, um ein einheitliches Regime für alle Häftlinge durchzuführen, die durch die schrankenlose Willkür der kopflosen und dünkelhaften Ortsbehörden zu höchster Empörung, zu Protesten, zu Kampf und Hungerstreik getrieben werden. Die obersten Behörden aber, die es dem kleinen Kropfzeug überlassen, mit den bereits festgenommenen inneren Feinden abzurechnen, arbeiten eifrig weiter an der „Verbesserung“ und Reorganisation der Polizei, um den Kampf gegen die Wurzeln und Fäden der Bewegung fortzusetzen. Es ist ein offener und wirklicher Krieg, den immer größere Massen der russischen Bürger nicht nur beobachten, sondern auch mehr oder weniger unmittelbar zu spüren bekommen. Hinter der Vorhut der fliegenden Polizei- und Gendarmerieabteilungen rückt langsam, aber sicher auch das schwere Geschütz der Gesetzgebung vor. Man betrachte die Gesetze vom letzten Monat — es springen einem vor allem die neuen Verordnungen ins Auge, welche die letzten Reste der finnischen Freiheiten beseitigen, und dann wohl noch das umfassende Gesetz über die Unterstützungskassen

des Adels. Die erste dieser Maßnahmen untergräbt vollkommen die Selbständigkeit der finnischen Gerichte und des Senats, sie gibt dem Generalgouverneur die Möglichkeit, alles zu wissen, alles zu erfahren, d. h., sie macht Finnland faktisch zu einer der vielen rechtlosen und getretenen russischen Provinzen. Von nun an — bemerkt die polizeiamtliche „Finlandska Gasetä“ [Finnländische Zeitung] — besteht Hoffnung auf eine „harmonische“ Tätigkeit aller örtlichen Institutionen... Man weiß wirklich nicht, ist das eine schadenfrohe Verhöhnung des wehrlosen Gegners, der den niederträchtigsten und entscheidenden Schlag erhalten hat, oder ein salbungsvolles Gewäsch im Geiste des Juduschka Golowljow*.

Das zweite der genannten Gesetze ist ein neues Erzeugnis derselben Sonderkommission für Angelegenheiten des Adelsstandes, die dem Vaterland bereits die Plünderung der sibirischen Ländereien („die Einführung des Großgrundbesitzes in Sibirien“⁵⁸) beschert hat. Während einer schweren Handels- und Industriekrise, bei vollständiger Verelendung des Dorfes, da Millionen Arbeiter und Bauern bitterste Not leiden, hungern und darben, kann man sich selbstverständlich keine bessere Verwendung der Volksgelder vorstellen als Geschenke für die unglücklichen adligen Herren Gutsbesitzer. Die Regierung wird jeder Unterstützungskasse des Adels erstens einmalig eine bestimmte Summe geben („nach Ermessen seiner Majestät des Kaisers“!) und zweitens zehn Jahre lang einen Zuschuß gewähren, und zwar in Höhe der Summe, welche die Adligen der betreffenden Gegend selber aufbringen werden. Die Kasse wird diejenigen unterstützen, denen es schwerfällt, ihre Schuldzinsen zu bezahlen. Die Herren Adligen können unbekümmert Anleihen aufnehmen, nachdem man ihnen einen so bequemen Weg gewiesen hat, das Geld zur Tilgung der Schulden aus der Tasche des Volkes zu nehmen.

Und wie absichtlich, als wollte man das Fazit dieser Politik der Hetze, der Gewalt und des Raubes ziehen, um sie zu verallgemeinern und zu heiligen, erschienen nun die Reden des Zaren an die Adligen, die Semstwoleute, die Bauern und die Arbeiter (in Kursk und St. Petersburg). Den Adligen sprach der Zar seinen Dank aus für treuen Dienst „nach bestem Wissen und Gewissen“ und gelobte, unermüdlich für die Festigung

* Hauptfigur des Romans „Die Herren Golowljow“ von Saltykow-Schtschedrin. *Der Übers.*

des Großgrundbesitzes, „der seit jeher die Stütze der Ordnung und der moralischen Stärke Rußlands gewesen ist“, sorgen zu wollen. Zu den Semstwoleuten sagte der Zar weder von der Stütze noch von der moralischen Stärke Rußlands, noch gar vom Dienst nach bestem Wissen und Gewissen auch nur ein Wort. Er erklärte ihnen kurz und bündig, ihre „Mission“ sei „die örtliche Verwaltungstätigkeit auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Erfordernisse“, und nur wenn sie das nie vergäßen, nur wenn sie diese Mission erfolgreich erfüllten, könnten sie seiner Gunst sicher sein. Das war eine recht klare Antwort auf die konstitutionellen Neigungen der Semstwoleute, es war eine deutliche Warnung (oder richtiger, eine Herausforderung), eine Drohung, ihnen die „Gunst“ zu entziehen, falls sie die Grenzen der „örtlichen Verwaltungstätigkeit auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Erfordernisse“ auch nur im geringsten überschreiten sollten.

Den Bauern erteilte der Zar schon ganz unverhüllt eine Rüge wegen „Aufruhr“ und „Plünderung der Gutshöfe“. Die viehische Auspeitschung und Folterung der von Hunger und Verzweiflung zum Aufstand getriebenen Bauern nannte er eine „verdiente Strafe“ und erinnerte an die Worte Alexanders III., der befohlen hatte, „den Adelsmarschällen zu gehorchen“. Und zu den Arbeitern schließlich sprach der Zar schlechthin von „den Feinden“, *seinen* Feinden, die auch die Feinde der Arbeiter sein müßten.

Also, die Adligen sind die treuen Diener und seit jeher die Stütze der Ordnung. Die Semstwoleute (oder der Semstwoadel?) verdienen eine Warnung. Die Bauern erhalten eine Rüge und den Befehl, dem Adel zu gehorchen. Den Arbeitern gegenüber wird klipp und klar die Frage der *Feinde* gestellt. Lehrreiche Reden! Lehrreich ist es, diese Reden miteinander zu vergleichen, und es wäre sehr wünschenswert, daß möglichst große Volksmassen durch Aufrufe, Flugblätter, Aussprachen in Zirkeln und Versammlungen sowohl den genauen Wortlaut als auch die wahre Bedeutung dieser Reden kennenlernen. Einfache erläuternde Anmerkungen zum Text dieser Reden könnten als ausgezeichnetes Material dienen für die Agitation selbst im unwissendsten Teil der zurückgebliebensten Schichten der Arbeiterklasse, der kleinen Händler und Gewerbetreibenden sowie der Bauernschaft. Aber nicht nur für das „unwissende“ Volk, sondern auch für viele aufgeklärte und gebildete russische Spießbürger wäre es nützlich, über die Zarenreden gut nachzudenken — ganz besonders für

die Spießbürger aus den Kreisen der Liberalen im allgemeinen und der Semstwoleute im besonderen. Nicht oft hört man aus dem Munde gekrönter Häupter eine so bestimmte Anerkennung, Bestätigung und Verkündung des inneren Krieges: des Krieges verschiedener Bevölkerungsklassen, des Krieges gegen die inneren Feinde. Und eine offene Anerkennung der Tatsache des Krieges ist ein ausgezeichnetes Mittel gegen alle und jede Art politischer Kannegießerei, d. h. gegen die Versuche, den Krieg zu vertuschen, zu umgehen, zu dämpfen, oder gegen die Versuche, seine Bedeutung abzuschwächen und zu verkleinern.

Die politische Kannegießerei, von der wir sprechen, äußert sich sowohl auf seiten der Regierung als auch auf seiten der friedlichen Opposition und hin und wieder sogar bei den Revolutionären (in diesem letzten Fall allerdings in einer besonderen Form, die den andern nicht ähnlich ist). Seitens der Regierung ist es ein bewußtes Kokettieren, Bestechung und Korrumpierung, kurzum, jenes System, das den Namen „Subatowiade“ erhalten hat. Das Versprechen, mehr oder weniger großzügige Reformen durchzuführen, die tatsächliche Bereitschaft, einen winzigen Bruchteil des Versprochenen zu verwirklichen, und die Forderung, dafür auf den politischen Kampf zu verzichten — das ist das Wesen der Subatowiade. Heute sehen sogar schon manche Semstwoleute ein, daß die Besprechungen des Herrn Innenministers Plehwe mit dem Herrn D. N. Schipow (dem Vorsitzenden des Moskauer Semstwoamts) der Beginn einer „Semstwo-Subatowiade“ sind. Plehwe verspricht, dem Semstwo „mehr Wohlwollen“ entgegenzubringen (vgl. „Oswoboshdenije“ Nr. 7), er verspricht, zu Beginn des nächsten Jahres eine Beratung der Vorsitzenden der Semstwoämter zur „Lösung aller Fragen betreffend Errichtung von Semstwoinstitutionen“ einzuberufen, und fordert dafür, daß die Semstwoleute „aufhören, von einer Vertretung in den höheren Regierungsinstitutionen zu reden“. Man sollte meinen, die Sache sei vollkommen klar: ein ganz unbestimmtes Versprechen, die Forderung aber derart, daß ihre Erfüllung die Wünsche der Semstwoleute undurchführbar macht. Gegen diesen politischen Betrug, diese Gaukelei und Demoralisierung kann es nur eines geben: schonungslose Entlarvung der Betrüger und entschlossener politischer (d. h. unter den russischen Verhältnissen *revolutionärer*) Kampf gegen den autokratischen Polizeistaat. Unsere Semstwoleute freilich zeigen sich, soweit man nach dem „Oswoboshdenije“ urteilen kann, dieser

Aufgabe noch nicht gewachsen. Auf Kannegießerei antworten sie mit Kannegießerei, und ihr Organ strotzt von Wankelmut. In Nr. 7 des „Oswoboshdenije“ sieht man diesen Wankelmut besonders klar, weil sich nicht nur die Redaktion zu dieser Frage äußert, sondern auch einige Mitarbeiter, mit denen die Redaktion mehr oder minder nicht einverstanden ist. Im redaktionellen Leitartikel wird die Ansicht, daß Plehwe's Versprechungen eine Falle und eine Subatowiade sind, nur als die Ansicht einzelner Semstwoleute angeführt, und gleich daneben die Ansicht anderer Semstwoleute mitgeteilt, die „geneigt sind, den Weisungen des Herrn Ministers Folge zu leisten“ (!!). Die Redaktion denkt nicht im Traum daran, gegen die Semstwo-Subatowiade einen Feldzug zu eröffnen. Sie hat die Semstwoleute vor „Zugeständnissen“ an die Regierung gewarnt (in Nr. 5 und 6), aber sie ist nicht aufgetreten mit einer entschiedenen Verurteilung der Herren Schipow und Co., die dem Rat des alten Polizeifuchses gefolgt waren und aus dem Programm der Frühjahrstagung der Semstvos den Punkt 4 gestrichen hatten (der auf die Notwendigkeit hinwies, die Sonderkommission zur Beratung über die Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Industrie durch gewählte Semstwodelegierte zu ergänzen). Die Redaktion zieht in ihrem Leitartikel nicht den Schluß, daß das Eingehen eines Teils der Semstwoleute auf die niederträchtigen Köderversuche der Polizei eine Herabwürdigung des Semstvos ist, sondern meint, allein die Tatsache von Verhandlungen der Regierung mit dem Semstwo „beweist, daß das Semstwo schon jetzt eine ‚Vertretung‘ (!!)

darstellt“ und daß die von Herrn Plehwe versprochene „Tagung“ (Herr Plehwe hat doch wohl nur von einer „Beratung“ gesprochen?) „auf jeden Fall wünschenswert ist“, denn sie „wird nicht umhinkönnen, in den Beziehungen zwischen Semstwo und Regierung Klarheit zu schaffen“. Die Redaktion ist „fest davon überzeugt, daß die Semstwowolpolitiker verstehen werden, auf der Tagung als das aufzutreten, was sie sein müssen — als Vertreter der Bevölkerung — und nicht als Handlanger der Minister in Wirtschaftsfragen“. Urteilt man nur auf Grund dieses redaktionellen Leitartikels, so muß man im Gegenteil fest davon überzeugt sein, daß sich die Semstwoleute wieder als „Handlanger“ der Polizeibehörde erweisen werden, als die sich die Herren Schipow und Co. schon erwiesen haben (solange eine andere Semstwoströmung sie nicht zurückdrängen oder umwandeln wird).

Von der politischen Kannegießerei im Leitartikel erholt man sich mit Vergnügen bei den weiteren Artikeln der Mitarbeiter, des Herrn Anton Starizki und noch mehr des Herrn Semstwoabgeordneten T. Herr Starizki nennt die Handlungsweise der Herren Schipow und Co. einen „Fehltritt“ und rät den Semstwoleuten, „nicht voreilig ihr Erstgeburtsrecht in Gestalt einer Tagung zu verpfänden, der Herr Plehwe das Gepräge gibt“. Er rät, sich nicht ködern zu lassen und nicht zu kannegießern. Die Redaktion macht die Anmerkung: „Wir sind mit dem Verfasser des Artikels im allgemeinen einverstanden“, da sie offenbar findet, man dürfe die politische Kannegießerei im besonderen nicht so einseitig verurteilen.*

Der zweite Mitarbeiter rebelliert bereits offen gegen die ganze Haltung des „Oswoboshdenije“, er greift dessen Halbschlächtigkeit und Unentschlossenheit an, verurteilt so verlogene Phrasen wie den Hinweis auf die „Volksanarchie“ und erklärt, daß „man sich nicht mit halben Maßnahmen zufriedengeben darf, daß man sich entschließen muß, bis zu Ende zu gehen“, daß „es notwendig ist, mit den lakeienhaften halben Maßnahmen der legalen Opposition Schluß zu machen“... „ohne vor Opfern zurückzusehen“, und daß „wir (die Semstwoleute) keinen wesentlichen Beitrag zur politischen Befreiung Rußlands leisten können, wenn wir nicht Revolutionäre werden“. Wir begrüßen von ganzem Herzen diese ehrlichen und energischen Worte des Herrn Semstwoabgeordneten und raten dringend allen, die sich für diese Frage interessieren, sich mit seinen Ausführungen bekannt zu machen. Der Herr Semstwoabgeordnete bestätigt *vollkommen* das von uns in der „Iskra“ über das Programm des „Oswoboshdenije“ gefällte Urteil. Noch mehr: Sein Artikel beweist nicht nur die Richtigkeit unseres Standpunkts, sondern auch die Zweckmäßigkeit unserer schroffen Brandmarkung der Halbschlächtigkeit des Liberalismus. Es erweist sich, daß es auch in den innersten Semstwokreisen Leute gibt, denen alle Winkelzüge zuwider sind und die wir — durch eine

* In der uns soeben zugegangenen Nr. 8 des „Oswoboshdenije“ sehen wir bereits eine entschiedenere Verurteilung der Kannegießerei und des Fehltritts des Herrn Schipow. Wir gratulieren! Ob der Vorfall mit diesem ehrenwerten Politiker die Redaktion wohl veranlassen wird, die Wurzeln der „politischen Kannegießerei“ in ihren Grundanschauungen über das Verhältnis des Liberalismus zu den revolutionären Richtungen zu suchen?

schonungslose Kritik dieser Winkelzüge von unserem Standpunkt aus — nach Kräften unterstützen müssen.

Der Redakteur des „Oswooshdenije“ ist natürlich mit dem Semstwo-abgeordneten Herrn T. nicht einverstanden und erklärt achtungsvoll, aber entschieden: „Vieles betrachten wir mit anderen Augen . . .“ Allerdings! Und was sind die Einwände der Redaktion? Sie laufen alle auf zwei Hauptpunkte hinaus: erstens zieht Herr Struve „grundsätzlich“ friedliche Wege vor, zum Unterschied, wie er meint, von einigen Revolutionären; zweitens wirft er diesen Revolutionären Mangel an Duldsamkeit vor. Betrachten wir diese Einwände.

In dem Artikel „Anlässlich eines Vorwurfs“ führt Herr Struve (der Artikel ist gezeichnet: Die Red.) meinen Artikel in Nr. 2—3 der „Sarja“ („Die Verfolger des Semstvos und die Hannibale des Liberalismus“) an. Ihm mißfallen natürlich insbesondere die Worte: „würde das Volk wenigstens einmal der Regierung eine gründliche Lektion erteilen“, so hätte dies eine „gigantische historische Bedeutung“*. Herr Struve ist, wie man sieht, ganz und gar nicht damit einverstanden, daß eine gewaltsame Revolution einer friedlichen Reform vorzuziehen ist. Die entschlossensten russischen Revolutionäre, sagt er, haben grundsätzlich den friedlichen Weg vorgezogen, und diese ruhmreiche Tradition kann durch keinerlei Doktrin ausgelöscht werden.

Man kann sich schwer etwas vorstellen, das verlogener und erkünstelter wäre als diese Behauptung. Begreift Herr Struve wirklich nicht, daß der aufständische Sklave das Recht hat, vom Vorzug eines Friedens mit dem Sklavenhalter zu sprechen, daß aber der Sklave, der sich vom Aufstand lossagt, in schmachvolle Heuchelei verfällt, wenn er dieselben Worte wiederholt? „Die Elemente der Revolution in Rußland sind leider *oder glücklicherweise* noch nicht herangereift“, sagt Herr Struve, und dieses Wort „glücklicherweise“ verrät ihn mit Haut und Haar.

Was aber die ruhmreichen Traditionen des revolutionären Denkens anbelangt, so sollte Herr Struve lieber schweigen. Wir brauchen nur auf die berühmten Schlußworte des „Kommunistischen Manifests“⁵⁹ hinzuweisen. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß Engels dreißig Jahre nach dem Erscheinen des „Manifests“, als die deutschen Arbeiter eines

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 62. Die Red.

Bruchteils jener Rechte beraubt wurden, die das russische Volk niemals besessen hat, Dühring folgende Abfuhr erteilte:

„Für Herrn Dühring ist die Gewalt das absolut Böse, der erste Gewaltsakt ist ihm der Sündenfall, seine ganze Darstellung ist eine Jammerpredigt über die hiermit vollzogene Ansteckung der ganzen bisherigen Geschichte mit der Erbsünde, über die schmäbliche Fälschung aller natürlichen und gesellschaftlichen Gesetze durch diese Teufelsmacht, die Gewalt. Daß die Gewalt aber noch eine andre Rolle in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, daß sie, in Marx' Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht, daß sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbne politische Formen zerbricht — davon kein Wort bei Herrn Dühring. Nur unter Seufzen und Stöhnen gibt er die Möglichkeit zu, daß zum Sturz der Ausbeutungswirtschaft vielleicht Gewalt nötig sein werde — leider! denn jede Gewaltsanwendung demoralisire den, der sie anwendet. Und das angesichts des hohen moralischen und geistigen Aufschwungs, der die Folge jeder siegreichen Revolution war! Und das in Deutschland, wo ein gewaltsamer Zusammenstoß, der dem Volk ja aufgenötigt werden kann, wenigstens den Vorteil hätte, die aus der Erniedrigung des Dreißigjährigen Kriegs in das nationale Bewußtsein gedrungne Bedientenhaftigkeit auszutilgen. Und diese matte, saft- und kraftlose Predigerdenkweise macht den Anspruch, sich der revolutionärsten Partei aufzudrängen, die die Geschichte kennt?“⁶⁰

Gehen wir zum zweiten Punkt, zum Mangel an Duldsamkeit über. Erforderlich ist „gegenseitiges Verständnis“, „volle Aufrichtigkeit“ und „weitgehende Duldsamkeit“ gegenüber den verschiedenen Richtungen — belehrt uns Herr Struve salbungsvoll (ähnlich zahlreichen Sozialrevolutionären und Vertretern der Öffentlichkeit). Aber was tun, fragen wir ihn, wenn unsere volle Aufrichtigkeit Ihnen als mangelnde Duldsamkeit erscheint? Wenn wir z. B. der Meinung sind, daß die Tätigkeit des „Oswoboshdenije“ zwei Seiten hat: eine nützliche und eine schädliche, verräterische, verpflichtet uns dann die volle Aufrichtigkeit nicht zu einem schonungslosen Kampf gegen diese zweite Seite seiner Tätigkeit? Verpflichtet sie uns nicht zum Kampf gegen das Abenteuerertum (auch Politikasterium) der Sozialrevolutionäre, das bei ihnen sowohl in den Fragen der Theorie des Sozialismus als auch in ihrer Einstellung zum Klassenkampf

durch ihre gesamte Taktik zum Ausdruck kommt? Liegt auch nur eine Spur von politischem Sinn in der Forderung, diesen Kampf dem zuliebe zu schwächen und zu lähmen, was jene Leute, gegen die sich ja der Kampf richtet, Duldsamkeit zu nennen belieben?

Es wäre an der Zeit, meine Herren, mit dem geziert-naiven Getue aufzuhören! Es wäre an der Zeit, die Binsenwahrheit zu begreifen, daß eine wirkliche (und nicht nur in Worten bestehende) Kampfgemeinschaft gegen den gemeinsamen Feind nicht durch politische Kannegießerei verbürgt wird, nicht durch das, was der verstorbene Stepnjak einmal Sich-selbst-Beschneiden und Sich-vor-sich-selbst-Verstecken genannt hat, nicht durch die konventionelle Lüge gegenseitiger diplomatischer Anerkennung, sondern durch die tatsächliche Beteiligung am Kampf, durch die tatsächliche Einheit des Kampfes. Als der Kampf der deutschen Sozialdemokraten gegen die militaristisch-polizeiliche und feudal-klerikale Reaktion und der Kampf einer wirklichen Partei, die sich auf eine bestimmte Klasse des Volkes (z. B. auf die liberale Bourgeoisie) stützte, tatsächlich gemeinsame Wege einschlugen, da wurde die Aktionsgemeinschaft ohne Phrasendrescherei über gegenseitige Anerkennung hergestellt. Von der Anerkennung einer für alle offensichtlichen und greifbaren Tatsache spricht man nicht (wir bitten ja auch niemanden um die Anerkennung der Arbeiterbewegung!). Nur Leute, die politischen Kampf mit politischer Kannegießerei verwechseln, können glauben, daß der „Ton“ einer Polemik imstande sei, ein wirkliches politisches Bündnis zu verhindern. Aber solange wir an Stelle einer wirklichen Beteiligung an unserem Kampf nur ausweichende Redensarten hören, an Stelle einer wirklichen Annäherung irgendeiner andern Gesellschaftsschicht oder Klasse an unseren Kampf nur eine Abenteuer-taktik sehen — solange wird kein Schwall drohender oder jammernder Worte die „gegenseitige Anerkennung“ auch nur um Haaresbreite näherbringen.

„Iskra“ Nr. 26,
15. Oktober 1902.

Nach dem Text der „Iskra“.

ÜBER DEMONSTRATIONEN⁶¹

Uns scheint, der Briefschreiber stellt die Frage etwas allzu geradlinig und unterschätzt die organisatorische Seite der Demonstrationen. In diesem wichtigsten Punkt haben wir noch sehr wenig getan, und es gilt, die Kräfte vor allem und am meisten für die Organisation einzusetzen. Solange wir nicht über fest zusammengeschweißte revolutionäre Organisationen verfügen, die fähig sind, einige Trupps ausgewählter Leute in Marsch zu setzen und so eine Demonstration allseitig zu leiten — solange sind Fehlschläge unausbleiblich. Wird sich aber erst eine solche Organisation bilden und im Verlauf der Arbeit selbst, durch wiederholte Erfahrungen, festigen — dann wird sie (und nur sie) die Frage lösen können, wann und wie man sich bewaffnen muß, wann und wie man von der Waffe Gebrauch machen muß. Diese Organisation wird eine ernste Arbeit zu leisten haben, um die „Schnelligkeit der Mobilisierung“ (ein sehr wichtiger Umstand, den der Briefschreiber mit vollem Recht hervorgehoben hat) zu beschleunigen, um die Zahl der aktiven Demonstranten zu vergrößern, um die Ordner auszubilden, um die Agitation unter den Massen zu verbreitern, um die „Menge der Neugierigen“ zur Teilnahme „an der Aktion“ heranzuziehen und um die Truppen zu „verführen“. Eben deshalb, weil ein Schritt wie der Übergang zum bewaffneten Straßenkampf „schröff“ und weil er „früher oder später unvermeidlich“ ist, kann und darf ihn nur eine starke revolutionäre Organisation machen, welche die Bewegung *unmittelbar* leitet.

*Geschrieben Ende Oktober 1902.
Zum erstenmal veröffentlicht.*

Nach dem Manuskript.

VULGARSOZIALISMUS UND VOLKSTÜMLEREI, WIEDERBELEBT DURCH DIE SOZIALREVOLUTIONÄRE

Der Spott zeigt seine nützliche Wirkung. In den Artikeln, betitelt „Revolutionäres Abenteuerertum“*, haben wir unserer festen Überzeugung Ausdruck gegeben, daß unsere Sozialrevolutionäre ihre theoretische Stellung nie klipp und klar festlegen wollen. Um diese boshafte und ungerichte Annahme zu widerlegen, beginnt die „Rewoluzionnaja Rossija“ in Nr. 11 eine Artikelreihe unter dem Titel „Programmfragen“. Unseren Glückwunsch! Besser spät als nie. Wir begrüßen im voraus alle Artikel der „Rew. Rossija“ über „Programmfragen“ und versprechen, aufmerksam darauf zu achten, ob man aus ihnen tatsächlich irgendein Programm herauslesen kann.

Wir wollen uns zu diesem Zweck den ersten Artikel „Der Klassenkampf im Dorf“ näher ansehen, müssen jedoch vorher bemerken, daß unsere Gegner sich immer wieder über die Maßen . . . „hinreißen“ lassen, wenn sie erklären (Nr. 11, S. 6), „unser Programm ist aufgestellt“. Das stimmt ja gar nicht, meine Herren! Ihr habt noch keinerlei Programm aufgestellt, d. h., ihr habt weder eine abgeschlossene und parteiamtliche Darlegung eurer Ansichten gegeben (eines Programms im engeren Sinne des Wortes oder wenigstens eines Programmentwurfs) noch auch nur eure Stellung festgelegt zu solchen grundlegenden „Programmfragen“ wie der Frage des Marxismus und der opportunistischen Kritik an ihm, des russischen Kapitalismus und der Lage, der Bedeutung und der Aufgaben des durch ihn erzeugten Proletariats usw. Über „euer Programm“ wissen wir weiter nichts, als daß ihr eine gänzlich unbestimmte Stellung einnehmt

* Siehe den vorliegenden Band, S. 178—199. *Die Red.*

zwischen der revolutionären Sozialdemokratie und der opportunistischen Strömung einerseits und *zwischen* dem russischen Marxismus und der russischen liberal-volkstümlerischen Richtung andererseits.

In welch unlösbare Widersprüche ihr euch infolge dieses krampfhaften Bemühens, euch zwischen zwei Stühle zu setzen, verstrickt, das werden wir euch auch in der von euch gewählten Frage gleich zeigen. „Es ist nicht so, daß wir die Zugehörigkeit der heutigen Bauernschaft als Ganzes zu den kleinbürgerlichen Schichten nicht verstehen, nein, wir erkennen sie nicht an“, schreibt die „*Rew. Rossija*“ (Nr. 11). „Für uns teilt sich die Bauernschaft scharf in zwei grundsätzlich verschiedene Kategorien: 1. die werktätige Bauernschaft, die von der Ausbeutung der eigenen Arbeitskraft lebt (!??), und 2. die Dorfbourgeoisie — die mittlere und die kleine —, die in höherem oder geringerem Maße von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft lebt.“ Die Theoretiker der Sozialrevolutionäre, die das „wesentliche Unterscheidungsmerkmal“ der Klasse der Bourgeoisie in der „Quelle des Einkommens“ (die Ausnutzung der unbezahlten Arbeit anderer Menschen) erblicken, finden eine „ungeheure grundsätzliche Ähnlichkeit“ zwischen dem Landproletariat und den „selbständigen Landwirten“, die von ihrer eigenen Arbeit mit eigenen Produktionsmitteln leben. „Die Grundlage der Existenz dieser wie jener ist die *Arbeit* als eine bestimmte polit-ökonomische Kategorie. Das zum ersten. Zweitens werden die einen wie die andern unter den modernen Verhältnissen *schonungslos ausgebeutet*.“ Darum müssen sie in die *eine* Kategorie der werktätigen Bauernschaft zusammengefaßt werden.

Wir haben die Ausführungen der „*Rew. Rossija*“ absichtlich so ausführlich wiedergegeben, damit der Leser sich gut in sie hineindenken und ihre theoretischen Prämissen beurteilen kann. Die Haltlosigkeit dieser Prämissen springt in die Augen. Das wesentliche Unterscheidungsmerkmal der verschiedenen Gesellschaftsklassen in der Quelle ihres Einkommens suchen heißt an die erste Stelle die Distributionsverhältnisse rücken, die doch in Wirklichkeit das Resultat der Produktionsverhältnisse sind. Auf diesen Fehler hat Marx vor langem hingewiesen und die Leute, die ihn nicht sahen, Vulgärsozialisten genannt. Das wesentliche Unterscheidungsmerkmal der Klassen ist ihr Platz in der gesellschaftlichen Produktion und folglich ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln. Die Aneignung des einen oder anderen Teils der gesellschaftlichen Produktionsmittel

und ihre Verwendung in der privaten Wirtschaft, in einer Wirtschaft für den Verkauf des Produkts — das ist der wesentliche Unterschied zwischen der einen Klasse der modernen Gesellschaft (der Bourgeoisie) und dem Proletariat, das keine Produktionsmittel besitzt und seine Arbeitskraft verkauft.

Gehen wir weiter. „Die Grundlage der Existenz dieser wie jener ist die Arbeit als eine bestimmte politökonomische Kategorie.“ Eine bestimmte politökonomische Kategorie ist nicht die Arbeit, sondern nur die gesellschaftliche Form der Arbeit, die gesellschaftliche Struktur der Arbeit, oder anders ausgedrückt: das Verhältnis zwischen den Menschen je nach ihrer Beteiligung an der gesellschaftlichen Arbeit. Es wird hier in anderer Form der gleiche Fehler des Vulgärsozialismus wiederholt, den wir bereits analysiert haben. Wenn die Sozialrevolutionäre erklären: „Das Wesen der Wechselbeziehungen zwischen dem Landwirt und dem Landarbeiter einerseits, zwischen dem selbständigen Landwirt und den Geldverleihern, den Kulaken, andererseits, ist ein und dasselbe“, so wiederholen sie in vollem Umfang den Fehler etwa des deutschen Vulgärsozialismus, der beispielsweise durch den Mund Mülbergers erklärte, das Wesen der Beziehungen zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter sei dasselbe wie zwischen dem Hausbesitzer und dem Mieter. Unsere Mülberger sind genauso unfähig, die grundlegenden und die abgeleiteten Formen der Ausbeutung voneinander zu trennen, und beschränken sich auf Redensarten über die „Ausbeutung“ im allgemeinen. Unsere Mülberger verstehen genauso wenig, daß gerade die Ausbeutung der Lohnarbeit die Basis der gesamten modernen Räuberordnung ist, daß gerade sie die Teilung der Gesellschaft in unversöhnlich gegensätzliche Klassen hervorruft und daß man nur vom Standpunkt *dieses* Klassenkampfes alle übrigen Erscheinungsformen der Ausbeutung folgerichtig bewerten kann, ohne in Verschwommenheit und Prinzipienlosigkeit zu verfallen. Unsere Mülberger müssen daher bei den russischen Sozialisten, denen die Geschlossenheit ihrer Bewegung und der „gute Ruf“ ihres revolutionären Banners teuer sind, auf einen ebenso entschlossenen und schonungslosen Widerstand stoßen, wie ihn der deutsche Mülberger zu spüren bekommen hat.

Um die Verworrenheit der „Theorie“ unserer Sozialrevolutionäre noch deutlicher zu zeigen, wollen wir an dieselbe Frage auch von der praktischen Seite herangehen und versuchen, die zur Erörterung stehende Frage durch

konkrete Beispiele zu erläutern. Erstens *arbeitet* die gewaltige Mehrheit des Kleinbürgertums stets und überall, und sie wird stets und überall ausgebeutet. Warum sollte man es sonst auch zu den Übergangs- und Zwischenschichten rechnen? Zweitens *arbeiten* in der Gesellschaft der Warenwirtschaft genauso wie die Bauern auch die kleinen Handwerker und Kaufleute und werden ebenso wie jene ausgebeutet. Wollen nun etwa unsere Sozialrevolutionäre an Stelle der „engen“ Kategorie des Proletariats auch eine „Kategorie“ der „werkstätigen“ handel- und gewerbetreibenden Bevölkerung schaffen? Drittens mögen die Sozialrevolutionäre — damit sie die Bedeutung des bei ihnen so unbeliebten „Dogmas“ verstehen lernen — einmal versuchen, sich den in Stadtnähe wohnenden Bauern vorzustellen, der von seiner Arbeit und dem Verkauf verschiedener landwirtschaftlicher Erzeugnisse lebt, ohne Lohnarbeiter zu verwenden. Wir hoffen stark, selbst eingefleischte Volkstümler werden nicht zu bestreiten wagen, daß ein solcher Bauer zum Kleinbürgertum gehört und daß es unmöglich ist, ihn in einer Klasse (wohlgemerkt, es handelt sich hier eben um die Klasse, nicht um die Partei) mit den Lohnarbeitern zu „vereinigern“. Und besteht auch nur der kleinste grundsätzliche Unterschied zwischen der Lage eines handeltreibenden Vorortlandwirts und der Lage eines beliebigen kleinen Landwirts in der Gesellschaft der sich entwickelnden Warenwirtschaft?

Es fragt sich nun, wodurch sich diese (milde ausgedrückt) Annäherung der Herren Sozialrevolutionäre an den Vulgärsozialismus erklären läßt? Ist das vielleicht eine zufällige Besonderheit des betreffenden Autors? Um diese Annahme zu widerlegen, braucht man nur folgende Stelle aus Nr. 11 der „Rew. Rossija“ anzuführen: „Man möchte meinen“, ruft der Verfasser aus, „es handle sich hier nur um verschiedene Grade ein und derselben wirtschaftlichen Kategorie“ (Groß- und Kleinbourgeois) „und nicht um einen grundsätzlichen Unterschied“ (hört! hört!) „zweier Kategorien: der Arbeitswirtschaft und der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaft!“ Wir können uns kaum eine vollständigere und anschaulichere Bestätigung des von uns in dem Artikel „Revolutionäres Abenteuerertum“ Gesagten vorstellen: Kratzt den Sozialrevolutionär, und der Herr W. W. kommt zum Vorschein. Jedem, der die Entwicklung des gesellschaftlich-politischen Denkens in Rußland auch nur einigermaßen kennt, wird die Stellung der Sozialrevolutionäre aus diesem einen Satz klar. Bekanntlich lag jenem

blaßrosa Quasi-Sozialismus, mit dem sich die in unserer gebildeten Gesellschaft vorherrschende liberal-volkstümlerische Richtung schmückte (und auch jetzt noch schmückt), die Idee von dem diametralen Gegensatz zwischen der bäuerlichen „Arbeitswirtschaft“ und der bürgerlichen Wirtschaft zugrunde. Diese Idee, in ihren verschiedenen Schattierungen von den Herren Michailowski, W. W., Nik.-on u. a. bis ins einzelne ausgearbeitet, war eine jener Grundfesten, gegen die sich die Kritik des russischen Marxismus richtete. Um der ruinierten und unterdrückten Bauernschaft zu helfen, sagten wir, muß man es verstehen, sich von Illusionen frei zu machen und der Wirklichkeit ins Auge zu schauen, welche die nebelhaften Träume von einer Arbeitswirtschaft (oder „Volksproduktion“?) zerstört und uns die *kleinbürgerliche Struktur* der Bauernwirtschaft zeigt. Wie überall, so ist auch bei uns die Entwicklung und Festigung der kleinen Arbeitswirtschaft nur möglich auf dem Wege ihrer Verwandlung in eine kleinbürgerliche Wirtschaft. Diese Verwandlung geht tatsächlich vor sich, und die *wirkliche* reale Tendenz des werktätigen Bauern zum kleinen Unternehmertum ist durch das Leben selbst unwiderlegbar bewiesen. Wie alle Kleinproduzenten fallen demnach auch unsere Bauern unter die Kategorie der Kleinbürger, insofern sich die Warenwirtschaft entwickelt: sie spalten sich in die Minderheit der Unternehmer und die Masse des Proletariats, das mit den „Kleineigentümern“ durch eine ganze Reihe von Übergangsstufen der Halbarbeiter und Halbeigentümer verbunden ist (diese Übergangsformen bestehen in allen kapitalistischen Ländern und in allen Zweigen der Industrie).

Wie haben sich nun die Sozialrevolutionäre zu dieser Ablösung einer Strömung des sozialistischen Denkens durch eine andere, zum Kampfe zwischen dem alten russischen Sozialismus und dem Marxismus gestellt? Solange es möglich war, haben sie ganz einfach versucht, einer sachlichen Analyse der Frage aus dem Wege zu gehen. Als das aber nicht mehr ging, als man von den Leuten, die eine besondere „Partei“ gründen wollten, bestimmte Erklärungen verlangte, als man sie — sowohl durch Spott als auch durch die offene Beschuldigung der Prinzipienlosigkeit — zu einer Antwort zwang, da begannen sie ganz einfach, die alte Volkstümlertheorie der „Arbeitswirtschaft“ und die alten Fehler des Vulgärsozialismus zu wiederholen. Noch einmal: Eine bessere Bestätigung unserer gegen die Sozialrevolutionäre erhobenen Beschuldigung der völligen Prinzipienlosigkeit

als den Artikel in Nr. 11, der die Theorie der „Arbeitswirtschaft“ mit der Theorie des Klassenkampfes zu „vereinigen“ sucht, konnten wir wahrhaftig nicht erwarten.

*

Als Kuriosum führen wir noch an, daß in Nr. 11 der „Rew. Rossija“ der Versuch gemacht wird, den Entschluß, einer grundsätzlichen Polemik auszuweichen, auf „schickliche“ Art zu erklären. In dem Artikel „Revolutionäres Abenteuerertum“ hat die „Iskra“ angeblich falsch zitiert. Zum Beispiel? Zum Beispiel läßt sie das Wort „stellenweise“ weg (der Boden geht stellenweise vom Kapital an die Arbeit über). Wie entsetzlich! Man läßt ein nicht zur Sache gehöriges Wort weg! Oder will die „Rew. Rossija“ vielleicht behaupten, daß das Wort „stellenweise“ *auch nur die geringste* Beziehung hat zu der Frage, wie man den Übergang des Bodens im *allgemeinen einschätzt* (ob das ein bürgerlicher Prozeß ist oder nicht)? Soll sie es versuchen!

Weiter. Die „Iskra“ hat ein Zitat bei den Worten „durch den Staat“ abgebrochen, obgleich weiter steht: „natürlich nicht den heutigen“. Die „Iskra“ hat sogar noch Schlimmeres getan (fügen wir von uns aus hinzu): sie hat sich erdreistet, diesen Staat einen *Klassenstaat* zu nennen. Wollen unsere in ihren „heiligsten Gefühlen gekränkten“ Gegner vielleicht behaupten, daß in dem von uns analysierten „Minimalprogramm“ *von einem anderen* als dem Klassenstaat die Rede sein konnte?

Schließlich führte die „Iskra“ noch das Flugblatt vom 3. April an, in dem die „Rew. Rossija“ *selbst* die Beurteilung des Terrors für übertrieben hielt. — Ja, auch wir haben diesen Vorbehalt der „Rew. Rossija“ *angeführt*, aber von uns aus hinzugefügt, daß wir darin „Seiltänzerkunststücke“ und unklare Anspielungen erblicken. Die „Rew. Rossija“ ist damit sehr unzufrieden und ergeht sich in Erklärungen und Mitteilungen von Einzelheiten (wodurch sie *in der Tat* beweist, daß eine Erklärungen heischende Unklarheit bestand). Und wie sind diese Erklärungen? In dem Flugblatt vom 3. April seien auf Verlangen der Partei *Änderungen* vorgenommen worden. Diese Änderungen habe man jedoch als „ungenügend betrachtet“ und deshalb aus dem Flugblatt das Signum „die Partei“ entfernt. Aber die Worte „herausgegeben von der Partei“ sind geblieben, und das andere (das „echte“) Flugblatt, ebenfalls vom 3. April, erwähnt mit keinem Wort Meinungsverschiedenheiten oder Übertreibungen. Die „Rew. Rossija“, die

diese Erklärungen bringt und dabei fühlt, daß sie die Berechtigung der von der „Iskra“ (durch die Worte: Seiltänzerkunststücke und Anspielungen) erhobenen Forderung, Erklärungen zu geben, nur bestätigen, fragt sich selbst: Wie konnte die Partei in ihrer Druckerei ein Flugblatt herausbringen, mit dem sie nicht einverstanden ist? Die Antwort der „Rew. Rossija“ lautet: „Ganz genauso wie unter der Firma der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands das ‚Rabotscheje Delo‘, die ‚Iskra‘, die ‚Rabotschaja Mysl‘ und die ‚Borba‘⁶² gedruckt werden.“ Ausgezeichnet! Aber erstens werden bei uns die verschiedenartigen Publikationen eben nicht in einer Druckerei der „Partei“, sondern in den Druckereien von Gruppen gedruckt. Zweitens haben wir, als bei uns die „Rabotschaja Mysl“, das „Rabotscheje Delo“ und die „Iskra“ zusammen herauskamen, das selbst als *Zerfahrenheit* bezeichnet. Man beachte, was sich hieraus ergibt: Die Sozialdemokratie deckt *bei sich* die Zerfahrenheit selber auf, geißelt sie und bemüht sich, sie durch ernste theoretische Arbeit zu beseitigen; die Sozialrevolutionäre dagegen beginnen ihre Zerfahrenheit erst einzugestehen, *nachdem* sie überführt sind, und prahlen bei dieser Gelegenheit wieder einmal mit ihrer Weitherzigkeit, die es ihnen erlaubt hat, aus Anlaß ein und desselben politischen Ereignisses an ein und demselben Tage zwei Flugblätter herauszugeben, in denen die politische Bedeutung dieses Ereignisses (eines neuen Terroraktes) direkt entgegengesetzt kommentiert wird. — Da die Sozialdemokraten wissen, daß bei ideologischer Zerfahrenheit nichts Gutes herauskommt, haben sie es vorgezogen, „sich zuerst voneinander abzugrenzen, um sich dann zu vereinigen“*, wodurch sie der späteren Vereinigung sowohl Dauerhaftigkeit als auch Fruchtbarkeit sichern. Die Sozialrevolutionäre dagegen, die ihr „Programm“ auf verschiedene Weise auslegen, „jeder, so gut er kann“**, spielen mit der

* Siehe Werke, Bd. 4, S. 351/352. *Die Red.*

** Man vergleiche nur „Unsere Aufgaben“ des ehemaligen „Bundes der Sozialrevolutionäre“ mit dem „Manifest“ der ehemaligen „Partei der Sozialrevolutionäre“ (darüber in Nr. 5 der „Iskra“), ferner mit der redaktionellen Erklärung in Nr. 1 des „Westnik Russkoi Rewoluzii“, mit den „programmatischen“ Aufsätzen in Nr. 7–11 der „Rew. Rossija“ und mit der Broschüre „Freiheit“, herausgegeben von der sogenannten „Arbeiterpartei zur politischen Befreiung Rußlands“, über deren Vereinigung mit der Partei der Sozialrevolutionäre in der „Rew. Rossija“ vor kurzem berichtet wurde.

Fiktion einer „praktischen“ Einigkeit und erklären uns von oben herab: Nur bei euch Sozialdemokraten gibt es allerlei „Gruppen“, wir aber haben eine Partei! Sehr richtig, meine Herren, aber die Geschichte lehrt uns, daß das Verhältnis zwischen „Gruppen“ und Parteien manchmal so ist wie das Verhältnis zwischen den mageren und den fetten Kühen des Pharaos. Es gibt eben verschiedene „Parteien“. So hat es eine „Arbeiterpartei zur politischen Befreiung Rußlands“ gegeben, und doch ist ihr zweijähriges Bestehen ebenso spurlos vorübergegangen wie ihr Verschwinden.

*„Iskra“ Nr. 27,
1. November 1902.*

Nach dem Text der „Iskra“.

ÜBER DIE AUFGABEN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN BEWEGUNG⁶³

Wenn doppelzüngiges Kokettieren sowohl mit der Arbeiterklasse als auch mit der „legalen“ Opposition Hand in Hand geht mit dem Auftreten einer Horde tollwütiger Schufte vom Schlage eines Wal oder Obolenski, dann bedeutet das, daß die Regierung jene Massen und jene Schichten des Volkes demoralisieren und zersplittern möchte, die niederzuzwingen sie außerstande ist, wobei sie, um sich die Aufgabe zu erleichtern, die wenig zahlreichen revolutionären Kräfte zur Jagd auf jeden einzelnen dieser Schufte verleiten will. Unwichtig ist dabei, ob diese oder jene Vertreter der Regierung sich dessen überhaupt bewußt sind oder wie klar sie sich dessen bewußt sind. Wichtig ist, daß die Taktik, zu welcher die Regierung durch ihre ganze riesige politische Erfahrung und ihren Polizeiinstinkt gedrängt wird, *in Wirklichkeit* eben diese Bedeutung hat. Wenn die revolutionäre Bewegung zutiefst eindringt in die wirklich revolutionären Volksklassen, wenn sie zudem nicht nur in die Tiefe, sondern auch in die Breite wächst, so daß sie in Kürze zu einer unbesiegbaren Kraft zu werden verheißt, dann ist es für die Regierung vorteilhaft, die besten revolutionären Kräfte zur Jagd auf die kleineren Anführer bei den empörendsten Gewalttaten zu provozieren. Aber wir dürfen uns nicht provozieren lassen. Wir dürfen nicht gleich bei den ersten Donnerschlägen des wahrhaft revolutionären Volksgewitters den Kopf verlieren und blindlings drauflosstürmen, wir dürfen nicht, um unsere Vernunft und unser Gewissen zu entlasten, die ganze Erfahrung Europas und die Erfahrung Rußlands, alle einigermaßen fest umrissenen sozialistischen Überzeugungen, alle Ansprüche auf eine prinzipientreue, Abenteuer abholde Taktik über Bord werfen. Kurzum, wir dürfen nicht zulassen, daß der Versuch gelingt,

das Narodowolzentum zu restaurieren und dessen sämtliche theoretischen und praktischen Fehler zu wiederholen, dieser Versuch, den die Sozialrevolutionäre gemacht haben und immer wieder aufs neue machen. Auf die Demoralisierung der Massen, auf die Provozierung der Revolutionäre dürfen wir nicht mit einem „Programm“ antworten, das den allerschädlichsten alten Fehlern wie auch neuen Schwankungen des Denkens Tür und Tor öffnet, nicht mit einer Taktik, die jene Isolierung der Revolutionäre von den Massen verstärkt, welche die Hauptursache unserer Schwäche ist, unseres Unvermögens, den Entscheidungskampf sofort aufzunehmen. Wir müssen antworten mit der Festigung der Verbindung zwischen den Revolutionären und dem Volk, die Herstellung einer solchen Verbindung aber kann heutzutage nicht anders erfolgen als durch die Entwicklung und Stärkung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Nur die Arbeiterbewegung rüttelt die wirklich revolutionäre und fortgeschrittene Klasse auf, die in einem Zusammenbruch der heutigen politischen und sozialen Zustände nichts zu verlieren hat, die Klasse, die das letzte und unvermeidliche Produkt dieser Zustände darstellt, die Klasse, die allein der unbedingte und unveröhnliche Feind dieser Zustände ist. Nur gestützt auf die Theorie des revolutionären Marxismus und auf die Erfahrungen der internationalen Sozialdemokratie, können wir unsere revolutionäre Bewegung mit der Arbeiterbewegung verschmelzen und eine unüberwindliche sozialdemokratische Bewegung ins Leben rufen. Nur im Namen einer Partei, die tatsächlich zur Arbeiterpartei geworden ist, können wir, ohne unseren Überzeugungen untreu zu werden, alle fortschrittlichen Elemente des Landes zur revolutionären Arbeit aufrufen, alle Werktätigen, alle Mühseligen und Beladenen zur Unterstützung des Sozialismus aufrufen.

Geschrieben im November 1902.

Nach dem Manuskript.

*Zuerst veröffentlicht 1939 in der
Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“ Nr. 1.*

DIE HAUPTTHESE GEGEN DIE SOZIALREVOLUTIONÄRE

Die Hauptthese, die ich gegen die Sozialrevolutionäre und zur Beurteilung aller Seiten der Tätigkeit (und des gesamten Wesens) dieser Richtung aufstelle, besteht in folgendem: *Die ganze Richtung der Sozialrevolutionäre und ihre ganze Partei sind nichts anderes als ein Versuch der kleinbürgerlichen Intelligenz, unsere Arbeiterbewegung und folglich auch die ganze sozialistische und die ganze revolutionäre Bewegung in Rußland zu eskamotieren.*

Ich beeile mich zu erklären, warum ich in dieser für mich so wichtigen These das wenig gebräuchliche und zweifellos den meisten Lesern unverständliche Fremdwort nicht vermeiden konnte. Eskamotieren heißt eigentlich betrügen, sich durch Betrug die Früchte fremder Arbeit aneignen und so diese ganze Arbeit zunichte machen, begaunern, nasführen und dergleichen mehr. Man erkennt unschwer, weshalb ich russische Ausdrücke verwerfen und ein Fremdwort wählen mußte. Wörter wie „begaunern, nasführen, betrügen“ rufen in uns zwangsläufig die Vorstellung einer vorsätzlichen, bewußten Lüge wach — das zum ersten, und zweitens die Vorstellung eigennütziger, ehrloser Motive seitens dessen, der sich dieser Lüge bedient. Indessen bin ich weit davon entfernt, den Sozialrevolutionären etwas wie eine bewußte Lüge oder ehrlose Beweggründe vorwerfen zu wollen. Mitnichten! Ich bezweifle nicht, daß die Sozialrevolutionäre als Richtung, als „Partei“, *einzig und allein* deshalb entstehen (oder sich seit dem Narodowolzentum halten), in der letzten Zeit wachsen und einigermaßen festen Fuß fassen konnten, weil sie unzweifelhaft revolutionär gesinnte, ja von heldenmütiger Selbstverleugnung beseelte Menschen für sich gewannen, Menschen, die in der aufrichtigsten Weise ge-

willt sind, für die Interessen der Freiheit und die Interessen des Volkes ihr Leben hinzugeben. Aber der Umstand, daß Menschen aufrichtig und überzeugt eine bestimmte sozial-politische Stellung einnehmen, entscheidet noch keineswegs die Frage, ob diese Stellung nicht unbedingt falsch und innerlich widerspruchsvoll ist. Muß nicht die edelste Tätigkeit, die von dieser Stellung ausgeht, durch ihre Resultate (obzwar ohne Wissen und gegen den Willen der Handelnden) unausbleiblich zu einer „Eskamotierung“ der Arbeiterbewegung werden, sie vom rechten Wege abbringen, in eine Sackgasse führen usw.?

Ich will versuchen, meinen Gedanken an einem Beispiel zu erläutern. Man stelle sich vor, daß wir uns in einem riesigen, finsternen und feuchten, dichten und fast jungfräulichen Wald befinden. Man stelle sich vor, daß die Kultivierung des gesamten vom Wald bedeckten oder eingeschlossenen Landstrichs nur durch die Niederbrennung des Waldes ermöglicht wird und daß es in diesem Walde ungeheuer schwer ist, Feuer anzuzünden und zu nähren. Man muß das Holz trocknen, das überall in solcher Masse vorhanden ist, das aber so schwer anbrennt und in der dumpfig feuchten Atmosphäre so leicht und oft wieder erlischt. Man muß den leicht entzündbaren Brennstoff zusammentragen. Man muß das Feuer (das Brennen) nähren, es behüten, jeden neu aufsprühenden Funken umhegen, die Flamme stetig lodern lassen und systematisch, beharrlich jenen allgemeinen Brand vorbereiten, ohne welchen der feuchte und finstere Wald nicht aufhören wird, ein Wald zu sein. Und diese Arbeit ist sehr mühevoll, nicht nur wegen der äußeren, der atmosphärischen Bedingungen, sondern auch deshalb, weil es nur sehr wenig gibt von diesem einzigen vollauf geeigneten Brennstoff, der unter keinen Umständen zu brennen aufhört, der sich tatsächlich entzündet hat und schon mit stetiger Flamme brennt, ungleich jenen zahlreichen Irrlichtern, die keine innere Kraft haben und die auch in der Vergangenheit so oft aufgeflammt sind, um nach kurzem Brennen wieder zu erlöschen. Und nun, da dieser grundlegende Brennstoff schon so weit in Brand geraten ist, daß er eine allgemeine Erhöhung der Temperatur hervorgerufen und damit auch der Masse der anderen, irrlichternden Feuerchen Kraft und Helligkeit verliehen hat — da erscheinen mit einemmal Leute, die mit Aplomb erklären: Welche Engstirnigkeit, an das veraltete Dogma vom

einzig grundlegenden, einzig unbedingt zuverlässigen Brennstoff zu glauben! Wie schablonenhaft, alle übrigen Feuerchen nur als Nebenelemente, nur als Hilfsmittel zu betrachten und es als Pflicht anzusehen, sich unbedingt und um jeden Preis, vor allem und am meisten nur an diesen einen Brennstoff zu halten! Wie einseitig, ewig den wirklichen allgemeinen Waldbrand vorzubereiten, vorzubereiten, vorzubereiten und es diesen empörenden Schuften, den Baumwipfeln zu gestatten, Feuchtigkeit und Dunkel zu beschützen und zu unterstützen. Man muß Raketen abschießen, welche die Baumwipfel abschlagen, sie versengen, allen dunklen Kräften Schrecken einjagen und eine tolle Sensation hervorrufen, eine unerhörte Erregung, Begeisterung, Exzitation. Und diese Leute machen sich munter ans Werk. Mit einem Seufzer der Erleichterung werfen sie die überholten Vorurteile von diesem unbequemen grundlegenden Brennstoff über Bord. Seelenruhig nehmen sie all und jeden in ihre Mitte auf, ohne sich über Ansichten, Meinungen, Überzeugungen oder Zukunftsziele Gedanken zu machen: wir sind eine Partei der Tat, und es ist uns ganz gleich, ob manche von uns sich an Auffassungen klammern, die auf ein Löschen des Brandes hinauslaufen. Dreist fordern sie Kritiklosigkeit all den Feuerchen und dem Raketenschießen gegenüber, geringschätzig setzen sie sich über die Lehren der Vergangenheit hinweg: es gibt doch heute bedeutend mehr Brennstoff, und daher ist äußerste Leichtfertigkeit erlaubt!... Kann man bei all dem Schaden, den solche Menschen der Bewegung zufügen, also annehmen, daß sie einfache Betrüger sind? Keinesfalls. Sie sind durchaus keine Betrüger, sie sind lediglich... Pyrotechniker.

Hierin besteht unter anderem meine Antwort an jene Sozialrevolutionäre, die ganz einfach den Ausdruck Abenteuer mit dem Ausdruck Spitzbube (Herr Rafailow in Genf) und Gauner (Herr Shitlowski in Bern) übersetzten. Meine Herren, habe ich ihnen geantwortet, man darf nicht alles gleich im Sinne des Strafgesetzbuches auffassen! Man darf Abenteuer einer revolutionären Richtung, einer innerlich widerspruchsvollen, prinzipienlosen, unbeständigen Richtung, die Gehaltlosigkeit hinter Großtuerei verbirgt und daher unvermeidlich zum Bankrott verurteilt ist, nicht verwechseln mit Abenteuern von Hochstaplern, die ausgezeichnet wissen, daß sie strafbare Handlungen begehen und gewärtig sein

müssen, der Gaunerei überführt zu werden. Wir haben euch des Abenteueriums bezichtigt und klipp und klar gesagt (siehe Nr. 23 und 24 der „Iskra“*), daß dies eurer völligen Prinzipienlosigkeit in allen Grundfragen des internationalen Sozialismus entspringt, dem unglaublichen Wirrwarr der Anschauungen in eurem hastig zusammengebrauten und dem „Kunden“ mit einer pikanten Soße servierten Agrarprogramm, der Unbeständigkeit und Unbegründetheit eurer terroristischen Taktik. Und da antwortet ihr: Hört, hört, man schimpft uns Abenteurer, Spitzbuben, Gauner, man kränkt uns, man beleidigt uns! Aber dieses Geschrei, sehr verehrte Herren, sieht doch eigentlich sehr danach aus, als hättet ihr im Grunde nichts zu erwidern.

Es fragt sich nun, wie ist der Beweis zu führen für die Richtigkeit der von mir aufgestellten These? Welche charakteristischen Unterscheidungsmerkmale der gesamten Richtung der Sozialrevolutionäre soll ich aufzeigen, um meine in dieser These gegebene Einschätzung ihrer ganzen Richtung zu rechtfertigen? Ist diese Einschätzung richtig, so wird (hoffentlich) kein einziger auch nur einigermaßen gewissenhafter und ernsthafter Sozialist bestreiten, daß es notwendig ist, eine solche Richtung entschieden und schonungslos zu bekämpfen und ihre ganze Schädlichkeit vor möglichst breiten Volksschichten restlos aufzudecken. Und damit wir diese Frage von allen Seiten und bis auf den Grund klären können, schlage ich vor, vor allem und am meisten die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, woraus sich die *Antworten* auf diese Frage ergeben müssen. Mögen diejenigen, die wünschen, die Richtigkeit der Einschätzung zu widerlegen, sich nicht auf „Beschwerden“ oder „Korrekturen“ beschränken, sondern ebenfalls unumwunden antworten: Was für Punkte müßten *ihrer* Meinung nach bewiesen werden, um die Richtigkeit der aufgestellten These zu bestätigen?

Der Angelpunkt dieser These (Eskamotierung der Arbeiterbewegung durch die kleinbürgerliche Intelligenz) ist die Tatsache der Eskamotierung, mit andern Worten: des grundlegenden Widerspruchs zwischen den Prinzipien, dem Programm der „Partei“ und ihrem wirklichen Verhalten zum Prozeß der Revolutionierung der modernen Gesellschaft. Der Widerspruch besteht darin, daß die Partei der „Sozialrevolutionäre“ in Wirklichkeit durchaus nicht auf dem Standpunkt des revolutionären wissen-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 178—199. *Die Red.*

schaftlichen Sozialismus (= Marxismus) steht, weder in Fragen der internationalen noch in Fragen der russischen Bewegung. In Wirklichkeit ist die „Partei“ gekennzeichnet durch volle Prinzipienlosigkeit in allen wichtigsten prinzipiellen Fragen des modernen Sozialismus.*

*Geschrieben November
bis Dezember 1902.*

*Zuerst veröffentlicht 1936 in der
Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“ Nr. 7.*

Nach dem Manuskript.

* Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

NEUE EREIGNISSE UND ALTE FRAGEN

Der kurze „Stillstand“, der die letzten zwei oder drei Vierteljahre unserer revolutionären Bewegung von der vorangegangenen Zeit ihrer raschen und stürmischen Entwicklung unterschieden hat, geht anscheinend seinem Ende entgegen. So kurz dieser „Stillstand“ auch war und so klar jeder aufmerksame und erfahrene Beobachter auch sehen konnte, daß das Fehlen offener Äußerungen der Massenempörung der Arbeiter (in einer so beschränkten Zeitspanne) keineswegs ein Aufhören des Wachstums dieser Empörung in die Breite und Tiefe bedeutet, ertönten nichtsdestoweniger in unserer Intelligenz, die zwar revolutionär gestimmt ist, aber häufig weder eine ständige Verbindung mit der Arbeiterklasse noch eine feste Grundlage klar umrissener sozialistischer Überzeugungen hat, einerseits zahlreiche Stimmen des Kleinmuts und des Unglaubens an die proletarische Massenbewegung, anderseits Stimmen zugunsten einer Wiederholung der alten Taktik einzelner politischer Morde als einer jetzt notwendigen und nicht zu umgehenden Methode des politischen Kampfes. In den wenigen Monaten, die seit den Demonstrationen der vorjährigen Saison vergangen sind, hat sich bei uns bereits eine „Partei“ der „Sozialrevolutionäre“ bilden können, die ein Geplärre angestimmt hat über den entmutigenden Eindruck der Demonstrationen und die sagt, „das Volk wird leider noch nicht so bald“, es sei *natürlich* leicht, von der Bewaffnung der Massen zu reden und zu schreiben, jetzt aber müsse man zum „individuellen Widerstand“ greifen und dürfe sich nicht der dringenden Notwendigkeit des Terrors einzelner entziehen mit abgedroschenen Hinweisen auf immer dieselbe, ein und dieselbe (für den Intellektuellen, der frei ist vom „dogmatischen“ Glauben an die

Arbeiterbewegung, langweilige und „reizlose“!) Aufgabe der Agitation unter den Massen des Proletariats und der Organisation des Massenansturms.

Da aber bricht in Rostow am Don einer der — auf den ersten Blick — gewöhnlichsten und „alltäglichsten“ Streiks aus und führt zu Ereignissen, die augenfällig die ganze Sinnlosigkeit und die ganze Schädlichkeit des von den Sozialrevolutionären unternommenen Versuchs aufzeigen, das Narodowolzentum mit allen seinen theoretischen und taktischen Fehlern zu restaurieren. Der Streik, der mit rein wirtschaftlichen Forderungen begonnen und viele Tausende Arbeiter erfaßt hat, entwickelt sich rasch zu einem politischen Ereignis, obgleich organisierte revolutionäre Kräfte in äußerst ungenügendem Maße daran teilnehmen. Volksmengen, die nach dem Zeugnis mancher Teilnehmer die Zahl von 20000—30000 erreichten, veranstalten politische Versammlungen, die durch ihren Ernst und ihre Organisiertheit Erstaunen erregen und in denen sozialdemokratische Flugblätter verlesen und leidenschaftlich erörtert, politische Reden gehalten und ganz zufälligen und unaufgeklärten Vertretern des werktätigen Volkes die Abc-Wahrheiten des Sozialismus und des politischen Kampfes auseinandergesetzt werden, Versammlungen, in denen praktischer und „anschaulicher“ Unterricht im Umgang mit den Soldaten und im Herantreten an die Soldaten erteilt wird. Behörden und Polizei verlieren den Kopf (vielleicht zum Teil infolge der Unzuverlässigkeit der Truppen?) und sind nicht imstande zu verhindern, daß im Laufe einiger Tage politische Massenkundgebungen unter freiem Himmel stattfinden, wie Rußland sie noch nie gesehen hat. Und als schließlich Militär aufgeboten wird, setzt ihm die Menge erbitterten Widerstand entgegen, und die Ermordung eines Genossen wird am nächsten Tage zum Anlaß einer politischen Demonstration an seinem Sarge... Übrigens sehen die Sozialrevolutionäre die Sache wahrscheinlich in einem andern Licht, und von ihrem Standpunkt wäre es wohl „zweckmäßiger“ gewesen, wenn die sechs in Rostow ermordeten Genossen ihr Leben für einen Anschlag gegen diesen oder jenen Polizeischurken hingegeben hätten?

Wir aber meinen, daß nur Massenbewegungen, die mit einem allen klar sichtbaren Wachstum des politischen Bewußtseins und der revolutionären Aktivität der Arbeiterklasse verbunden sind, die Bezeichnung *wirklich revolutionärer* Handlungen verdienen und imstande sind, wirklich

ermutigend auf diejenigen einzuwirken, die für die russische Revolution kämpfen. Wir sehen hier nicht den vielgepriesenen „individuellen Widerstand“, dessen Verbindung mit der Masse lediglich in wortreichen Erklärungen, gedruckten Urteilsverkündigungen usw. besteht. Wir sehen den wirklichen Widerstand der Menge, und die Unorganisiertheit, die schlechte Vorbereitung, die Spontaneität dieses Widerstands erinnern uns daran, wie töricht es ist, wenn man seine revolutionären Kräfte überschätzt, und wie verbrecherisch, wenn man die Aufgabe vernachlässigt, diese vor unseren Augen tatsächlich kämpfende Menge immer besser zu organisieren und vorzubereiten. Nicht durch Schüsse Anlaß zur Empörung, Stoff für die Agitation und für das politische Denken schaffen, sondern den Stoff, den das russische Leben im Überfluß liefert, bearbeiten, ausnutzen, in die eigene Hand nehmen lernen — das ist die eines Revolutionärs einzig würdige Aufgabe. Die Sozialrevolutionäre können sich nicht genug rühmen, wie groß die „agitierende“ Wirkung der politischen Morde sei, über die sowohl in den liberalen Salons als auch in den Kneipen des einfachen Volkes so viel getuschelt wird. Ihnen macht es nichts aus (sind sie doch nicht belastet mit irgendwelchen engen Dogmen einer halbwegs klar umrissenen sozialistischen Theorie!), die politische Erziehung des Proletariats zu ersetzen (oder wenigstens zu ergänzen) durch das Hervorrufen einer politischen *Sensation*. Wir jedoch halten *nur* solche Ereignisse für geeignet, eine wirklich und ernstlich „agitierende“ (aufrüttelnde) und nicht nur aufrüttelnde, sondern auch (und das ist viel wichtiger) erzieherische Wirkung auszuüben, in denen die Masse selbst handelnd auftritt, Ereignisse, die durch die Stimmung der Masse hervorgerufen, nicht aber zu einem „besonderen Zweck“ von dieser oder jener Organisation inszeniert werden. Wir meinen, daß ein ganzes Hundert Zarenmorde nie eine so aufrüttelnde und erzieherische Wirkung ausüben kann wie diese einzige Beteiligung von Zehntausenden Arbeitern an Versammlungen, in denen ihre lebenswichtigen Interessen und der Zusammenhang der Politik mit diesen Interessen besprochen werden — wie diese Teilnahme am Kampf, durch den wirklich neue und noch „unberührte“ Schichten des Proletariats zu bewußterem Leben, zu breiterem revolutionärem Kampf *erweckt* werden. Man spricht uns von der Desorganisation der Regierung (die gezwungen ist, die Herren Sipjagin durch die Herren Plehwe zu ersetzen

und sich die niederträchtigsten Schurken für ihren Dienst „auszusuchen“), wir aber sind überzeugt, daß man durch die *Aufopferung* auch eines einzigen Revolutionärs, und sei es für zehn Schurken, nur die eigenen Reihen desorganisiert, die ohnehin spärlich sind, so spärlich, daß sie nicht all die Arbeit leisten können, nach der bei den Arbeitern „Nachfrage“ besteht. Wir meinen, daß man von einer wirklichen Desorganisation der Regierung dann und nur dann sprechen kann, wenn die durch den Kampf selbst wirklich organisierten breiten Massen die Regierung dazu bringen, den Kopf zu verlieren; wenn die Berechtigung der von den Führern der Arbeiterklasse erhobenen Forderungen den Massen auf der Straße klar wird und sogar einem Teil der zur „Befriedung“ eingesetzten Truppen klarzuwerden beginnt; wenn dem militärischen Vorgehen gegen Zehntausende von Menschen ein Schwanken der Behörden vorangeht, die keinerlei reale Möglichkeit haben, sich ein Bild zu machen, wozu dieses militärische Vorgehen führen wird; wenn die Menge sieht und fühlt, daß die auf dem Felde des Bürgerkriegs Gefallenen ihre eigenen Genossen sind, ein Teil ihrer selbst, und neuen Haß in sich anhäuft, den Wunsch nach entschlossenerem Ringen mit dem Feind. Nicht der einzelne Schurke, nein, das ganze gegenwärtige Regime tritt dann schon als Feind des Volkes auf, gegen das die örtlichen und die Petersburger Behörden, die Polizei, die Kosaken und das Militär zu Felde ziehen, ganz zu schweigen von den Gendarmen und den Gerichten, die wie immer alle Volksaufstände ergänzen und abschließen.

Ja, die Aufstände. Wie entfernt dem Augenschein nach der Anfang dieser Streikbewegung in einer entlegenen Provinzstadt von einem „wirklichen“ Aufstand auch war, so lassen doch ihre Fortsetzung und ihr Finale unwillkürlich gerade den Gedanken an einen Aufstand aufkommen. Die Alltäglichkeit des Streikanlasses, die Geringfügigkeit der von den Arbeitern aufgestellten Forderungen beleuchten besonders grell sowohl die gewaltige Kraft der Solidarität des Proletariats, das sofort erkannte, daß der Kampf der Eisenbahnarbeiter seine gemeinsame Sache ist, als auch seine Empfänglichkeit für politische Ideen, für die politische Propaganda, und seine Bereitschaft, in offener Schlacht gegen die Truppen bis zuletzt jene Rechte auf ein freies Leben, eine freie Entwicklung zu verteidigen, die bereits zum elementaren Gemeingut aller denkenden Arbeiter geworden

sind. Und tausendmal recht hätte das Don-Komitee, wenn es in seinem Flugblatt, das wir weiter unten vollständig abdrucken, „allen Bürgern“ erklärte, daß der Rostower Streik ein erster Schritt zur allgemeinen Erhebung der russischen Arbeiter für die Forderung der politischen Freiheit sei.⁶⁴ Bei derartigen Ereignissen beobachten wir tatsächlich mit eigenen Augen, wie der allgemeine bewaffnete Volksaufstand gegen die absolutistische Regierung nicht nur als Idee in den Köpfen und Programmen der Revolutionäre heranreift, sondern auch als unvermeidlicher, praktisch-natürlicher, *nächster* Schritt der Bewegung selbst, als Ergebnis der wachsenden Empörung, der wachsenden Erfahrung, der wachsenden Kühnheit der Massen, die von der russischen Wirklichkeit so wertvolle Lehren, eine so ausgezeichnete Erziehung erhalten.

Der unvermeidliche und natürliche Schritt, sagte ich – und will gleich einen Vorbehalt machen: *Nur wenn* wir uns nicht erlauben, auch nur einen Fußbreit abzuweichen von der sich uns immer mehr aufzwingenden, unabwendbar vor uns stehenden Aufgabe, diesen sich bereits erhebenden Massen zu helfen, damit sie sich kühner und einmütiger erheben, ihnen nicht zwei, sondern Dutzende von Straßenrednern und Führern zu geben, eine wirkliche Kampforganisation zu schaffen, die fähig ist, die Massen zu lenken, und nicht eine sogenannte „Kampforganisation“, die nur un-auffindbare Einzelgänger lenkt (wenn sie das tut). Schwer ist diese Aufgabe, das ist wahr, aber wir können mit vollem Recht die in der letzten Zeit so oft und so unglücklich zitierten Worte von Marx abwandeln und sagen: „Jeder Schritt *wirklicher* Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend“ individueller Attentate und Widerstandsaktionen, ist wichtiger als *hundert Organisationen und „Parteien“*, die nur aus Intellektuellen bestehen.⁶⁵

Neben den Rostower Kämpfen treten unter den politischen Tatsachen der letzten Zeit die Zuchthausurteile gegen Demonstranten in den Vordergrund. Die Regierung hat beschlossen, alle Einschüchterungsmittel anzuwenden, von Prügel- bis zu Zuchthausstrafen. Und welche ausgezeichnete Antwort haben ihr die Arbeiter erteilt, deren Reden vor Gericht wir weiter unten wiedergeben⁶⁶ – wie lehrreich ist diese Antwort für alle jene, die sich heiser schrien über die entmutigende Wirkung der Demonstrationen, nicht um zur weiteren Arbeit auf demselben Wege anzuspornen,

sondern um den berüchtigten individuellen Widerstand zu predigen! Diese Reden sind eine hervorragende, aus den tiefsten Tiefen des Proletariats kommende Erläuterung zu solchen Ereignissen wie den Rostowern, sie sind zugleich eine bemerkenswerte Erklärung („eine öffentliche Manifestation“, würde ich sagen, wenn dies nicht ein spezifischer Polizeiausdruck wäre), die in die langwierige und schwierige Arbeit an den „wirklichen“ Schritten der Bewegung ungeheuer viel Ermutigung hineinträgt. Bemerkenswert ist in diesen Reden die einfache, treffend genaue Schilderung, wie sich der Übergang vollzieht von den alltäglichsten, *millionen- und hundertmillionenfach* wiederkehrenden Tatsachen „des Drucks, des Elends, der Knechtung, der Degradation, der Ausbeutung“ der Arbeiter in der modernen Gesellschaft zum Erwachen ihres Bewußtseins, zum Anwachsen ihrer „Empörung“ und zur revolutionären Offenbarung dieser Empörung (ich habe die Ausdrücke, die ich gebrauchen *mußte*, um die Reden der Nishni-Nowgoroder Arbeiter zu kennzeichnen, in Anführungszeichen gesetzt, denn es sind dieselben berühmten Worte von Marx auf den letzten Seiten des ersten Bandes des „Kapitals“, die bei den „Kritikern“, den Opportunisten, Revisionisten usw. so viele lärmende und erfolglose Versuche hervorgerufen haben, die Sozialdemokraten zu widerlegen und sie der Lüge zu überführen).

Gerade weil einfache, ihrer Entwicklungsstufe nach durchaus nicht fortgeschrittene Arbeiter diese Reden gehalten haben, weil sie nicht einmal als Mitglieder irgendeiner Organisation gesprochen haben, sondern als Leute aus der Masse, gerade weil sie sich nicht auf ihre persönlichen Überzeugungen berufen haben, sondern auf Tatsachen aus dem Leben jedes Proletariats oder Halbproletariats in Rußland — gerade darum üben ihre Schlußfolgerungen: „deshalb sind wir bewußt zur Demonstration gegen die absolutistische Regierung gegangen“ eine so ermutigende Wirkung aus. Die Alltäglichkeit und die „Massenhaftigkeit“ der Tatsachen, aus denen sie diesen Schluß zogen, geben die Gewähr dafür, daß zu diesem Schluß Tausende, Zehntausende und Hunderttausende gelangen können und unbedingt gelangen werden, wenn wir es verstehen, die systematische, prinzipienfeste und allseitige revolutionäre (sozialdemokratische) Einwirkung auf sie fortzusetzen, zu erweitern und zu festigen. Wir sind bereit, ins Zuchthaus zu gehen für den Kampf gegen die politische und

wirtschaftliche Knechtschaft, denn wir haben den Hauch der Freiheit verspürt — sagten vier Nishni-Nowgoroder Arbeiter. Wir sind bereit, in den Tod zu gehen — antworteten ihnen gleichsam die Tausende in Rostow, als sie sich für einige Tage die Freiheit politischer Versammlungen erkämpften und eine ganze Reihe militärischer Attacken auf die unbewaffnete Volksmenge abschlugen.

In diesem Zeichen wirst du siegen! — bleibt uns nur übrig, allen denen zu sagen, die Augen haben zu sehen und Ohren zu hören.

„Iskra“ Nr. 29,
1. Dezember 1902.

Nach dem Text der „Iskra“.

AN DIE MITTELSCHÜLER⁶⁷

Wir begrüßen von ganzem Herzen die energische Initiative der Schüler und möchten ihnen unsererseits folgenden kameradschaftlichen Ratschlag geben. Seid bestrebt, zum Hauptziel eurer Organisation die Selbstschulung zu machen, damit ihr zu überzeugten, standhaften und konsequenten Sozialdemokraten werdet. Trennt so streng wie möglich diese äußerst wichtige und notwendige Vorbereitungsarbeit von der unmittelbaren praktischen Tätigkeit. Seid bestrebt, beim Eintritt (und vor dem Eintritt) in die kämpfende Armee die engsten (und konspirativsten) Verbindungen mit einer örtlichen oder der gesamtrussischen sozialdemokratischen Organisation anzuknüpfen, damit ihr die Arbeit nicht isoliert aufzunehmen braucht, damit ihr schon nicht mehr von vorne beginnen müßt, sondern das bereits früher Geleistete fortsetzen, euch sofort in Reih und Glied einordnen und die Bewegung vorwärtstreiben könnt, um sie auf eine höhere Stufe zu heben.

„Iskra“ Nr. 29,
1. Dezember 1902.

Nach dem Manuskript.

UBER DIE GRUPPE „SWOBODA“

Wie die Herren „revolutionären Sozialisten“ sich zur Analyse der sachlichen Meinungsverschiedenheiten verhalten, ersieht man aus folgendem. In der Broschüre „Was tun?“ hat Lenin die „Swoboda“ ausdrücklich herausgefordert, als er ihr vorschlug, die These zu widerlegen, daß für die *Verbreiterung und Festigung der Arbeit unter den Massen* eine „Organisation der Revolutionäre“ notwendig ist. An derselben Stelle wurde Herrn Nadeshdin ausführlich auseinandergesetzt, wie schädlich und unziemlich theoretischer Leichtsinn, programmatische Unbeständigkeit („revolutionärer Sozialist“ und zugleich beinahe Sozialdemokrat!), taktisches Hin- und Herschwanken zwischen Revolutionismus und Ökonomismus, zwischen Terrorismus und proletarischem Klassenkampf sind. Dort wurde unverblümt darauf hingewiesen und auch nachgewiesen, daß die „Swoboda“ *zur Demagogie herabsinkt*.* Herr Nadeshdin hat es vorgezogen, der ausdrücklichen Herausforderung aus dem Wege zu gehen. Statt einen ehrlichen Kampf mit offenem Visier auszufechten, zog dieser edle Krieger es vor, aus dem Hinterhalt der organisatorischen Fehde vorzubrechen. In der „Zeitschrift für Arbeiter“ (??) setzt die Gruppe „Swoboda“ ihre Ansichten nicht auseinander, sie geifert nur und hetzt die „Massen“ gegen die „Organisation der Revolutionäre“ auf und versichert ihnen, daß die „Iskra“ den „gesunden Stamm“ des Ökonomismus umhaue. Sich sachlich auseinandersetzen — das ist ja nur ein Zeitvertreib von Intellektuellen. Für die „Massen“ genügt es, gegen das „Kommandieren“ zu wettern und Possen zu reißen — wie „der Magen braucht Fressen, der Geist heilige Messen“, „grober Kommissstiefel“, „Schweinehirn und vernagelte Stirn“,

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 467—484. *Die Red.*

„Gehirnerweichung“, „Schweinerüssel“, „am Schlafittchen packen und die Zähne einschlagen“ u. dgl. mehr. (Siehe „Otkliki“ [Das Echo], S. 30–55.) Die „Massen“literatur würdigen unsere Herren revolutionären Sozialisten und sozialistischen Revolutionäre nach wie vor zu einer Boulevardliteratur herab, und für dieses ihr Verdienst fordern sie für sich das Recht, bei allen ernstesten Parteifragen Zerfahrenheit und Zersetzung zu säen. Das Programm ist doppelte Buchführung, die Taktik ist doppelte Buchführung, die praktische Tätigkeit ist Demagogie — da habt ihr das Konterfei der „revolutionär-sozialistischen“ Gruppe „Swoboda“.

„Iskra“ Nr. 30,
15. Dezember 1902.

Nach dem Text der „Iskra“.

BRUCHSTÜCK EINES ARTIKELS GEGEN DIE SOZIALREVOLUTIONÄRE

Die Verschmelzung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung (diese *einzig* Garantie einer gefestigten und wirklich revolutionären Bewegung) ist nicht leicht, und es ist kein Wunder, daß ihr Zustandekommen von verschiedenen Schwankungen begleitet ist — schrieben wir vor genau zwei Jahren im ersten Artikel der ersten Nummer der „Iskra“*. Und wenn der Kampf gegen eine Richtung (Strömung) notwendig war, die zwar den richtigen Weg gewählt, ihre Aufgaben auf diesem Weg aber falsch ausgelegt hatte, um wieviel notwendiger ist da der Kampf gegen eine Richtung, die eine Verschmelzung eines auch nur einigermaßen unverfälschten und durchdachten Sozialismus mit der Arbeiterbewegung nicht einmal ins Auge faßt. Ohne soziale Basis, ohne jede Verbindung mit einer bestimmten Gesellschaftsklasse, versucht sie ihre innere Kraftlosigkeit hinter großspurigem Elan zu verbergen, hinter der „Breite“ des Programms, *das heißt* hinter einer prinzipienlosen Kombination der verschiedenartigsten und sich widersprechenden Programme, die gerade wegen dieser ihrer Eigenschaft gleichermaßen anwendbar sind sowohl auf die Intelligenz als auch auf das Proletariat und auf die Bauernschaft. Dabei braucht man hinter der Intelligenz en masse** wie auch hinter der liberalen Opposition keine Gesellschaftsklasse zu sehen (zumal sich die liberal-volkstümliche Richtung, an welcher der alte russische Sozialismus nicht Kritik zu üben vermochte, wozu auch die heutigen Sozialrevolutionäre nicht fähig sind, als klassenlos ausgibt). An die Bauernschaft kann man herantreten ohne jede Lösung der „vertrackten“ Fragen ihrer Lebensgrundlagen, ihres

* Siehe Werke, Bd. 4, S. 367. *Die Red.*

** in ihrer Masse. *Die Red.*

Platzes in der gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklung Rußlands und der ganzen Welt, kann man herantreten mit allgemeinen revolutionären und sozialistischen (auf den ersten Blick sozialistischen) Phrasen, die möglichst keiner der herkömmlichen und landläufigen Lösungen der Bauernfrage widersprechen sollen. Die stürmische Zeit, die wir gegenwärtig durchmachen, in der bald hier, bald dort der Kampf aufflammt, ermöglicht es, „im Lärm“ dieses Kampfes unbemerkt all und jede prinzipielle Frage zu umgehen und sich mit der sympathisierenden Unterstützung aller seiner Erscheinungsformen, mit dem Austüfteln „individuellen Widerstands“ in einer Zeit verhältnismäßiger Stille zu begnügen. Das Ergebnis ist eine Richtung, die sehr revolutionär ist ihren Phrasen nach, aber durchaus nicht revolutionär ihren tatsächlichen Anschauungen und ihren Verbindungen mit der revolutionären Klasse nach, die revolutionär ist in der Heftigkeit ihrer Angriffe gegen die Regierung, gleichzeitig aber völlig unfähig, die allgemeine Taktik dieser Regierung richtig zu beurteilen und auf diese Taktik die gebührende Antwort zu geben. In Wirklichkeit läßt sich unschwer erkennen, daß diese Taktik trotz aller Saltos und Schwankungen, trotz aller Verwirrung der Regierung in diesen oder jenen Einzelfällen, im großen und ganzen deutlich zwei Hauptlinien der Selbstverteidigung aufweist.

Geschrieben im Dezember 1902.

*Zuerst veröffentlicht 1939 in der
Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“ Nr. 1.*

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES SCHREIBENS
DES RUSSISCHEN ORGANISATIONSKOMITEES
AN DIE AUSLANDSLIGA, DEN AUSLANDSBUND
UND DAS AUSLANDSKOMITEE DES „BUND“

In Ausführung des Beschlusses der Frühjahrskonferenz (1902) der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands wendet sich das *Organisationskomitee* an die Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie, den „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten“ und das Auslandskomitee des „Bund“ mit dem Vorschlag, eine Auslandsabteilung des Organisationskomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zu bilden.

Die Funktionen dieser Auslandsabteilung des russischen Organisationskomitees sollen in folgendem bestehen:

1. Ausarbeitung der Frage: Vertretung der ausländischen sozialdemokratischen Organisationen auf dem Parteitag. Die endgültige Entscheidung hierüber hängt vom russischen Organisationskomitee und dann vom Parteitag selbst ab; 2. Unterstützung der Organisierung des Parteitags vom Ausland aus (z. B. Geld, Pässe usw.) und 3. Vorbereitung der Vereinigung der ausländischen sozialdemokratischen Organisationen, die im Interesse der Partei und der gesamten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Rußland so dringend erforderlich ist.

*Geschrieben Dezember 1902
bis Januar 1903.*

Zum erstenmal veröffentlicht.

Nach dem Manuskript.

ÜBER DIE BERICHTE DER KOMITEES UND GRUPPEN DER SDAPR AN DEN ALLGEMEINEN PARTEITAG ⁶⁸

Ein Mitglied des Organisationskomitees wandte sich an mich mit der Bitte, eine Liste der Fragen zu senden, auf die in den Berichten der Komitees und Gruppen unserer Partei an den II. Parteitag eine Antwort erwünscht wäre. Ich füge unten als Muster eine Liste solcher Fragen bei, möchte aber vorher einige Worte über die Länge dieser Liste sagen. Selbstverständlich sind Berichte über *alle* Gebiete der sozialdemokratischen Arbeit *erwünscht*, und deshalb müßte ein idealer Bericht eine fast endlose Zahl von Fragen umfassen. Daß es möglich wäre, so vollständige Berichte vorzulegen, ist natürlich undenkbar. Trotzdem halte ich es aber für sehr wichtig und notwendig, daß sich das Organisationskomitee bemüht, jedes Komitee und jede Gruppe mit *dem ganzen Umfang* der für den Parteitag interessanten (und nötigen) Fragen bekannt zu machen. Unser II. Parteitag wird noch mehr als der erste den Charakter eines *Gründungsparteitags* haben — und deshalb muß man alle Anstrengungen machen, um möglichst vollständige und gediegene Berichte zu erhalten. Je größer der *Teil* des idealen Berichtsprogramms ist, den jede Gruppe erfüllt, um so vollständiger und genauer wird die Bewegung als Ganzes auf unserem Parteitag vertreten sein, um so dauerhafter werden die Ergebnisse des Parteitags sein.

Es ist notwendig, daß mit der Vorbereitung der Berichte, ihrer Erörterung in den Komitees und Gruppen usw. möglichst lange Zeit vor dem Parteitag begonnen wird. Dabei wäre es äußerst wichtig, daß die Komitees und Gruppen 1. die Abfassung des Berichts unter viele Mitglieder verteilen; daß sie 2. *sofort* nach Fertigstellung eines *jeden* Teils des Berichts eine Abschrift davon (ohne etwa den *ganzen* Bericht abzuwarten)

ins Ausland, d. h. an einen sicheren Ort senden; daß sie 3. danach streben, nicht nur die jetzigen, sondern auch die früheren, nicht nur die aktiven, sondern auch die ausgeschiedenen, d. h. die in der Verbannung und im Ausland lebenden Mitglieder zu dieser Arbeit heranzuziehen. Solche Genossen können beauftragt werden, entweder über einen bestimmten Fragenkomplex oder über einen bestimmten Zeitabschnitt, in welchem sie noch im Komitee oder in der Gruppe tätig waren, Berichte zu verfassen. Solche Berichte oder Teile von Berichten können die Aufgabe der Delegierten auf dem Parteitag sehr erleichtern. Selbstverständlich sollen sich die Delegierten auch die Parteiliteratur zunutze machen, die eine Menge von Antworten auf die Berichtsfragen enthält, d. h. danach streben, diese Literatur zusammenzufassen, aus allem Wesentlichen darin einen Auszug zu machen, die Fehler zu berichtigen, das zu ergänzen, hinzuzufügen, was aus konspirativen Rücksichten nicht veröffentlicht werden konnte usw. (für eine solche Arbeit ist es auch sehr wichtig, die früheren Mitglieder der Komitees und Gruppen heranzuziehen, die sich zeitweilig im Ausland aufhalten). Hinsichtlich der Konspiration ist übrigens zu bemerken, daß auf manche Fragen keine schriftlichen Antworten verfaßt werden können und dürfen, denn das wäre eine Enthüllung von Geheimnissen. Doch die Antworten auf diese Fragen müssen trotzdem unbedingt von den Komitees und Gruppen überlegt, vorbereitet und erörtert werden, denn auf dem Parteitag wird ein Bericht über diese Fragen *unbedingt erforderlich* sein (wenn nicht in pleno* des Parteitags, so vor einer besonderen Kommission, vor dem Zentralkomitee usw.).

Um eine möglichst große Anzahl von Personen zur Abfassung der Berichte heranzuziehen, wäre es wünschenswert, die *Liste* der Fragen *selbst* (zusammen mit den Ergänzungen einzelner Komitees, Gruppen oder Genossen) *möglichst weit* zu verbreiten, wobei vor dem breiten Kreis der Sozialdemokraten nur die Tatsache geheimgehalten zu werden braucht, daß diese Fragen und Berichte für den zweiten Parteitag bestimmt sind.

Schließlich erhebt sich die Frage: Über welchen Zeitabschnitt soll sich der Bericht erstrecken? Formal gesprochen: über die Zeit vom I. bis zum II. Parteitag, d. h. von 1898 bis 1903. Da aber der erste Parteitag unvoll-

* in der Vollsitzung. *Die Red.*

ständig war, allzu kurz dauerte und unter sehr ungünstigen Bedingungen tagte, wäre es wünschenswert, die Berichte auch auf die Zeit vor 1898 auszudehnen.

Es wird vielleicht auch nicht überflüssig sein, darauf hinzuweisen, daß die sehr ausführliche Liste von Fragen für den Bericht keinesfalls in dem Sinne ausgelegt werden darf, als würde auf dem Parteitag der Genosse der beste Delegierte sein, der die Geschichte der Bewegung am besten kennt oder überhaupt am fähigsten ist, alle diese Fragen zu beantworten. Der Parteitag soll praktische Bedeutung haben für die Vereinigung der Bewegung und ihr einen starken Anstoß geben, und als die besten Delegierten haben jene Genossen zu gelten, die, wenn auch neu in der Bewegung, am tatkräftigsten und einflußreichsten sind und sich der revolutionären Arbeit am meisten widmen. Die Berichte aber können aus den Arbeiten vieler Personen zusammengesetzt werden, außerdem wird es sich vielleicht in verschiedenen Fällen als möglich erweisen, nicht nur einen Vertreter zu delegieren; besonders erwünscht wäre es, einer großen Zahl von Arbeitern die Möglichkeit zu geben, als Delegierte am Parteitag teilzunehmen.

Ich führe jetzt die Liste der Fragen an, die in acht Abschnitte oder Gruppen geteilt sind (die Einteilung der einzelnen Fragen und sogar der Gruppen von Fragen ist oft eine künstliche und nur der bequemeren Übersicht halber vorgenommen worden, denn alle Fragen hängen aufs engste zusammen).

I. DIE ARBEITERBEWEGUNG, IHRE GESCHICHTE UND IHR GEGENWÄRTIGER STAND

1. Kurze Charakterisierung der Verhältnisse und des Standes der Industrie. Zahlenmäßige Stärke, Zusammensetzung, Verteilung und andere Besonderheiten des örtlichen Proletariats (des in Industrie, Handel, Kunstgewerbe usw., vielleicht auch in der Landwirtschaft beschäftigten).

2. Wie weit sind die Arbeiter von der sozialistischen Agitation erfaßt? Welche Bezirke? Betriebe? Fabriken? Hausarbeiter usw. Möglichst ein-

gehend die Ausdehnung dieses Kreises von Arbeitern seit Beginn der Bewegung schildern.

3. Möglichst vollständige Aufzählung der Streiks, die stattgefunden haben, und ausführliche Beschreibung jedes halbwegs bedeutenden Streiks. Erwünscht sind zusammenfassende Angaben.

4. Hat es außer Streiks hervorstechende Fälle von Boykott und anderen kollektiven Aktionen* der Arbeiter gegeben? Einzelheiten darüber.

5. Welche Arbeiterzirkel haben bestanden und bestehen? Welche Kasernen? Selbstbildungsvereine? Arbeiterorganisationen? Gewerkschaftsverbände? Möglichst vollständige Beschreibung aller derartigen Vereinigungen, ihr struktureller Typus, ihre vorwiegende Zusammensetzung, zahlenmäßige Stärke, Dauer des Bestehens, Art ihres Funktionierens, Ergebnisse der Erfahrungen in dieser Hinsicht usw.

6. Hat es Versuche gegeben, legale Arbeitervereine zu gründen? Ausführliche Angaben über jeden solchen Versuch und seine Ergebnisse, seinen Einfluß, sein Schicksal, seinen gegenwärtigen Stand und seine Bedeutung. Dasselbe von den Subatowvereinen. Wurde versucht, die legalen Vereine zu sozialdemokratischen Zwecken auszunutzen?

7. Einfluß der gegenwärtigen Krise? Ihre Charakterisierung vor allem nach Angaben der Arbeiter. Die Erwerbslosen, ihre Stimmung, die Agitation unter ihnen usw.

II. DIE GESCHICHTE

DER ÖRTLICHEN SOZIALISTISCHEN ZIRKEL, DAS ERSTE AUFTRETEN DER SOZIALDEMOKRATEN UND DER KAMPF DER RICHTUNGEN UNTER IHNEN

8. Waren zur Zeit des ersten Auftretens der Sozialdemokraten noch Spuren der alten sozialistischen Organisationen vorhanden? Worin bestanden und welchen Einfluß hatten sie? Wann setzte die Propaganda und Agitation in der Arbeiterklasse ein, und wer begann sie? Die Narodowolzen? Ihr Verhältnis zu den Sozialdemokraten?

* Kollektive Eingaben? Öffentliche Versammlungen? Teilnahme an öffentlichen „Manifestationen“? usw. usf.

9. Wann und unter welchen Umständen tauchten einzelne Sozialdemokraten oder sozialdemokratische Zirkel auf? Möglichst eingehend *jeden* Zirkel beschreiben (entsprechend dem jeweiligen Programm), seine Bedeutung und seinen Einfluß auf die nach ihm entstandenen Zirkel.

10. Wie haben sich die sozialdemokratischen Anschauungen in den örtlichen Zirkeln herausgebildet und weiterentwickelt? Der Einfluß anderer (Städte) Gegenden? der Auslandsliteratur? der Literatur des legalen Marxismus (und der „Kritik des Marxismus“)? Den Einfluß der ersten, zweiten und dritten möglichst eingehend charakterisieren.

11. Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie. Haben sie vor der Veröffentlichung des Manifests von 1898 bestanden? Worin kamen sie konkret zum Ausdruck? Gibt es Dokumente darüber? Wie wurde das Manifest aufgenommen? Welche und wessen Proteste oder Unzufriedenheit hat es hervorgerufen? In welcher konkreten Form sind die sogenannten „ökonomistischen“ Anschauungen aufgetaucht? Wie haben sie sich entwickelt und verbreitet? Es ist sehr wichtig, das möglichst genau und dokumentarisch in bezug auf jede ökonomistische „Ära“ in der örtlichen Bewegung zu schildern. Wie sind die Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung der verschiedenen Parteiorgane und im Kampf zwischen ihren Anhängern zum Ausdruck gekommen? Und zwar der „Rabotschaja Gaseta“⁶⁹ (1897), des im Ausland gedruckten „Rabotnik“⁷⁰ und seines „Listok“, der „Rabotschaja Mysl“, des „Rabotscheje Delo“, der „Iskra“, der „Sarja“, der „Borba“, der „Shisn“⁷¹ usw. usf.

11 *bis*. Hat es Spaltungen und Streitigkeiten zwischen den Arbeitern und der „Intelligenz“ innerhalb der Sozialdemokratie gegeben? Es ist sehr wichtig, ihre Ursachen und Auswirkungen zu klären.

12. Wie wurde der Kampf der Richtungen in den örtlichen Zirkeln geführt? Nur unter den sozialdemokratischen Intellektuellen? oder auch unter den Arbeitern? in nahestehenden Studentenkreisen? Sind sie in Spaltungen zum Ausdruck gekommen? in der Bildung separater Gruppen? Entbrannte der Kampf um allgemeine grundsätzliche Fragen? um den Inhalt der Flugblätter? um die Frage der Demonstrationen? über die Stellung zur Studentenbewegung? wegen der 1.-Mai-Forderungen?

Der Verlauf und die Folgen des Kampfes der Richtungen und die gegenwärtige Lage der Dinge in dieser Hinsicht sind möglichst eingehend zu schildern.

III. DIE ORGANISATION DES ÖRTLICHEN KOMITEES, DER ÖRTLICHEN GRUPPEN UND ZIRKEL

13. Die überwiegende Zusammensetzung des Komitees (resp. der Gruppe, des Zirkels und, wenn es viele sind, jedes einzelnen)? Studenten? Arbeiter? Wird es durch Wahl ergänzt (und wie?) oder anders? Bestehen getrennte Komitees der Intellektuellen und der Arbeiter? Besondere technische, propagandistische, agitatorische Gruppen? Literarische, zentrale, regionale, lokale, ausführende Gruppen? Ihre Wechselbeziehungen nach dem „Statut“ (wenn es ein solches gibt) und in Wirklichkeit? Allgemeine Versammlungen, ihr Wirkungsbereich, ihre Häufigkeit und Besucherzahl? Organisation der Beziehungen zu anderen Städten und zum Ausland (d. h. besondere Leute, Gruppen oder außerhalb der Gruppen stehende Personen usw.)? Organisation des Literaturvertriebs? Organisation der Reisen?

Fazit der Erfahrungen in organisatorischer Beziehung und vorherrschende Ansichten über die Organisationsgrundsätze in den Komitees, bei den Intellektuellen und den Arbeitern?

Besonders wichtig ist es, die Ursachen und *Folgen* der Entstehung besonderer Komitees der Intellektuellen und der Arbeiter (Betriebs-, Handwerker- usw. Komitees) ausführlich klarzulegen.

14. Ausdehnung der Arbeit auf benachbarte und andere Gegenden? In welcher Form erfolgte sie: organisiert oder zufällig? Hat es Versuche gegeben, *Bezirksorganisationen* zu bilden oder sich daran zu beteiligen?

Art der Verbindungen mit anderen Gegenden.

Geschichte des Entstehens und Funktionierens der Bezirksorganisationen. Zusammensetzung des zentralen Bezirkskomitees? Sein Verhältnis zu den örtlichen Komitees? Geldsammlungen? Bezirkskassen? Literaturlager? Einfluß der Bezirksorganisationen auf den Umfang der Arbeit und deren Kontinuität, Verbindung mit den örtlichen Komitees usw. usf.

15. Die Finanzen des Komitees? Zusammenfassende Angaben über Einkünfte und Ausgaben (laut Abrechnungen, wenn solche vorhanden sind) während der ganzen Zeit des Bestehens? Das gewöhnliche und durchschnittliche Budget, die Art der Quellen, Sammlungen unter Arbeitern, Besteuerung der Mitglieder, Bezahlung der Literatur, Unterhal-

tungsabende, Spenden usw. (Einfluß des „Oswoboshdenije“ und der Sozialrevolutionäre in dieser Beziehung).

Umfang und Art der Ausgaben: Technik? Unterhalt von Leuten? Reisen? usw.

IV. CHARAKTER, INHALT UND UMFANG DER ÖRTLICHEN ARBEIT

16. Propaganda. Zusammensetzung der Propagandisten(zirkel), ihre Zahl und Wirkungsweise? Gibt es unter ihnen Arbeiter? Überwiegen Studenten? Besteht eine Kontrolle und Anleitung durch erfahrenere Genossen? Die üblichen Programme der Vorträge, ihre Veränderung im Laufe der Zeit? Die Aufnahme durch die Arbeiter, deren Wünsche nach Behandlung dieses oder jenes Gegenstandes? Gibt es Erfahrungen, was die Entscheidung von Referenten mit guten Vorträgen in verschiedene Städte, verschiedene Bezirke usw. betrifft? Zusammensetzung und Zahl, Häufigkeit und Umstände der Zusammenkünfte zu Lesezwecken?

17. Ökonomische Agitation. Wann hat die Herausgabe von Flugblättern begonnen? Läßt sich die Zahl aller herausgegebenen Flugblätter und Exemplare (annähernd) berechnen? Welche Bezirke, Betriebe und Arbeitszweige sind von dieser Agitation erfaßt? Wie werden die Flugblätter verfaßt und bestätigt? Die Teilnahme der Arbeiter hieran? Die Technik der Herausgabe und der *Verbreitung*? Gibt es Arbeiter, die sie austragen? Wie weit wird die Nachfrage nach Flugblättern befriedigt?

18. Politische Agitation. Der Übergang von der ökonomischen? Wann hat er begonnen? Hat er Proteste hervorgerufen? Wann erschienen die ersten politischen Flugblätter? Gab es eine Zeit, in der *nur* ökonomische Flugblätter herausgegeben wurden? Fragestellung und Anlässe der politischen Agitation? Möglichst ausführlich ihre Ausdehnung schildern, sowohl nach der Art der Flugblätter als auch nach den Verbreitungssphären. Erwünscht sind Dokumente, denn es ist wichtig, *alle Fälle* der politischen Agitation und alle ihre Sphären zu kennen. Ist sie nur unter Arbeitern oder auch in anderen Klassen getrieben worden (s. weiter unten)? Methoden und Vorgang der Abfassung von Flugblättern, Nachfrage nach Flugblättern, inwieweit wird sie befriedigt? Welche Flugblätter werden mehr gebraucht, örtliche oder allgemeine?

19. Literatur. Welche illegalen Schriften werden verbreitet? Sie aufzählen, den Grad ihrer Verbreitung, die Stellungnahme des Komitees und der Arbeiter (resp. des Leserpublikums überhaupt) zu jeder Schrift (Brochure usw.) aufzeigen. Zeit der Verbreitung, Nachfrage, in welchen Schichten vorwiegend und nach welcher Literatur?

Arten der Verteilung, gemeinsames Lesen in Zirkeln? Welche Dinge erforderten Erläuterungen seitens der Intelligenz? Wird das Lesen mit Erklärungen umfassend praktiziert? welcher Werke vor allem?

20. Örtliche und allgemeine Parteiorgane. Die Geschichte des örtlichen Organs: Häufigkeit des Erscheinens? Zahl der Exemplare? Wie war die publizistische Mitarbeit organisiert? Das Sammeln und Aufbewahren (Verlust?) von Materialien? Organisation der Mitarbeit an den örtlichen und den allgemeinen Parteiorganen? Besondere literarische Gruppen? „Reporter“? Verbindung mit Schriftstellerkreisen? Art der Übersendung von Korrespondenzen? durch das Komitee? durch Privatpersonen und in welchem Umfang? Versuche, Studenten und Verbannte auszunutzen?

Schlußfolgerungen und Wünsche betreffend die Parteiorgane.

21. Maifeiern. Geschichte jeder Maifeier und Lehren für die Zukunft.

22. Demonstrationen. Zusammenfassende Angaben über jede Demonstration. Versuche der Organisation im allgemeinen? Von Widerstand im besonderen? Bewaffnung? Diesbezügliche Ansichten der Arbeiter und überhaupt der „Praktiker“?

Ergänzung und Überprüfung der Parteiliteratur über Demonstrationen. Heutige Einstellung zu dieser Frage.

V. VERHÄLTNIS ZU DEN REVOLUTIONÄREN (INSBESONDERE DEN SOZIALDEMOKRATISCHEN) GRUPPEN ANDERER RASSEN UND NATIONALITÄTEN

23. Gibt es Arbeiter anderer Nationalitäten und Rassen? Die Arbeit unter ihnen? organisiert oder zufällig? in welcher Sprache? Verhältnis zu den sozialdemokratischen Gruppen, die am selben Ort in einer anderen Sprache arbeiten? Erwünscht ist eine genaue und eingehende Darstellung dieser Beziehungen. Bestehen Meinungsverschiedenheiten? in der grund-

sätzlichen Frage des nationalen Programms? taktische? organisatorische? Welche Beziehungen sind zum Zwecke der gemeinsamen Arbeit erwünscht? Möglichkeit eines *einzig*en Parteiorgans? Ist eine Föderation erwünscht und von welchem Typus?

VI. DRUCKEREIEN, TRANSPORTE UND KONSPIRATIVER AUFBAU DER ARBEIT

24. Druckereien. Erfahrungen ihrer Einrichtung. Aufwendungen an Geld und Menschen. Produktivität. Bedarf an örtlichen (für Flugblätter?) und an allgemeinen für viele Städte? Technische, organisatorische, finanzielle, konspirative Seite dieser Sache?

25. Transporte. Hat es diesbezüglich Verbindungen gegeben? Unternehmungen? Die Geschichte jeder einzelnen von ihnen und ausführliche Angaben über die Organisation, den Verlauf, die Ergebnisse und Zukunftsaussichten. Erwünschte Organisation.

26. Konspiration. Konspirative Wohnungen? Vereinbarte Zeichen? Gibt es illegale Genossen? Beschaffung von Pässen? Erfahrungen in dieser Hinsicht? Gibt es Verbindungen zu diesem Zweck?

Veranstaltung von Zusammenkünften?

Beobachtung von Spitzeln? Der Kampf gegen Spitzel und Provokateure? Seine Formen, die früheren und die wünschenswerten.

Chiffren. Briefwechsel zwischen Städten, innerhalb der Stadt, mit dem Ausland?

Vorträge über die Frage: „Wie hat man sich bei Vernehmungen zu verhalten?“ Bedarf an einer solchen und an ähnlichen Broschüren?

Archive des Komitees. Hat es Archive gegeben, und sind sie erhalten geblieben, früher? jetzt?

VII. VERBINDUNGEN UND TÄTIGKEIT IN ANDEREN SCHICHTEN DER BEVÖLKERUNG ALS DER ARBEITERKLASSE

27. Arbeit unter der Bauernschaft? Bestehen einzelne Verbindungen? genaue Angaben darüber? Wie wurden sie angeknüpft, und wie werden

sie unterhalten, mit welchen Bauern? mit landwirtschaftlichen Arbeitern? Rolle der Arbeiter, die aufs Land abwandern?

Versuche der Propaganda? der Verbreitung von Broschüren? von Flugblättern? welcher, mit welchem Erfolg?

Gegenwärtige Lage und Zukunftsaussichten.

28. Die Studentenschaft. Zufällige und persönliche oder organisierte Beeinflussung? Kommen aus der Studentenschaft viele Sozialdemokraten? Bestehen Verbindungen mit Studentenzirkeln, Landsmannschaften, Bundesräten? Wie werden diese Beziehungen unterhalten? Vorträge? Verbreitung von Literatur? Vorherrschende Stimmung in der Studentenschaft und die Geschichte des Wechsels verschiedener Stimmungen.

Stellung zu den Studentenunruhen?

Teilnahme der Studenten an Demonstrationen? Versuche, sich vorher darüber zu verständigen?

Die Studenten als Propagandisten, ihre Schulung?

29. Mittelschulen, Gymnasien, Seminare usw., Handelsschulen? Art der Verbindungen mit den Schülern? Stellung zu dem neuen Aufschwung der Bewegung in den Kreisen der Schüler? Versuche, Zirkel und Kurse zu organisieren? Hat es (und wie oft) unter den Gymnasiasten, die eben die Schule abgeschlossen (oder nicht abgeschlossen) haben, Sozialdemokraten gegeben? Zirkel, Vorträge? Verbreitung von Literatur?

30. Verbindungen mit der „Gesellschaft“? Bestanden sie früher, und bestehen sie jetzt? Unter welchen Schichten? Auf Grund von Geldsammlungen? der Verbreitung von Literatur? zwecks Schaffung legaler Bibliotheken? zur Sammlung von Materialien und Korrespondenzen? Veränderungen in der Einstellung der „Gesellschaft“ zur Sozialdemokratie. Nachfrage nach sozialdemokratischer Literatur? Verbindungen mit Beamtenkreisen? mit Post-, Telegrafien- und Eisenbahnangestellten? mit Fabrikinspektoren? mit Polizeibeamten? mit Geistlichen usw.?

Erwünscht ist auch eine Information über die Erfahrungen, die einzelne Komiteemitglieder in ihren persönlichen Beziehungen zu verschiedenen Schichten gemacht haben.

31. Verbindungen in Militärkreisen? Rolle der sozialdemokratischen Intellektuellen und Arbeiter, die zum Heeresdienst eingezogen waren. Verbindungen mit Offizieren und Soldaten? Wie werden diese Verbindungen unterhalten und ausgenutzt? Bedeutung dieser Verbindungen in

agitatorischer, propagandistischer, organisatorischer und sonstiger Beziehung?

Über diese und die vorhergehenden Fragen sind besonders ausführliche Angaben erwünscht, da die Frage neu und es notwendig ist, viele vereinzelte Schritte zu verallgemeinern und miteinander zu verbinden.

VIII. DER STAND DER NICHTSOZIALDEMOKRATISCHEN REVOLUTIONÄREN UND OPPOSITIONELLEN STRÖMUNGEN UND DAS VERHÄLTNISS ZU IHNEN

32. Die liberalen und die liberal-volkstümlerischen Richtungen. In der Gesellschaft? In der Studentenschaft? Das „Oswoboshdenije“, seine Verbreitung (in der Studentenschaft? unter den Arbeitern?) und sein Einfluß? Bestehen Zirkel von Anhängern des „Oswoboshdenije“? Ihr Verhältnis zu den Sozialdemokraten.

Das Interesse der sozialdemokratischen Kreise für das „Oswoboshdenije“ und ihr Standpunkt zu ihm. Wird es für Propaganda- und Agitationszwecke ausgenutzt?

Gemeinsame Versammlungen mit Polemik?

33. Die Sozialrevolutionäre. Ausführliche Geschichte ihres Auftauchens am betreffenden Ort? Wann? Aus den Kreisen der Narodowolzen? Übergang zu den Sozialrevolutionären? Einfluß des „Ökonomismus“? Art ihrer Verbindungen und Zusammensetzung der Zirkel? Veteranen? Studenten? Arbeiter? Der Kampf gegen die Sozialdemokraten, sein Verlauf und die Methoden seiner Führung?

Vereinigte Gruppen von Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären. Ihre ausführliche Geschichte, Angaben über die Arbeit, über *Flugblätter*, Resolutionen der Gruppen usw.

Besondere Ursachen für die Schwäche oder Stärke der Sozialrevolutionäre? Hang zum Terror — in der Studentenschaft? in Arbeiterkreisen?

Arbeit der Sozialrevolutionäre unter der Bauernschaft? Art ihrer Verbindungen und ihrer Tätigkeit dort? Einfluß ihres „Agrarprogramms“?

34. Sonstige Gruppen und Richtungen. Die „Swoboda“, die „Arbeiter-

partei zur politischen Befreiung Rußlands", die Machaiskileute⁷², die Anhänger des „Rabotscheje Snamja“ [Das Arbeiterbanner] usw. Kennzeichnung der Anschauungen, das Verhältnis zu den Sozialdemokraten, Angaben über ihre Verbindungen und ihre Arbeit.

Geschrieben Dezember 1902
bis Januar 1903.

Zuerst veröffentlicht 1924
in der Zeitschrift
„Proletarskaja Rewoluzija“ Nr. 1.

Nach dem Manuskript.

DIE MOSKAUER SUBATOWLEUTE IN PETERSBURG

In den „Moskowskije Wedomosti“ (Nr. 345 vom 15. Dezember 1902) ist ein Brief des Arbeiters F. A. Slepow „an den Herausgeber“ veröffentlicht, den wir nachstehend *im vollen Wortlaut* wiedergeben. Erstens wollen wir unseren sehr verehrten „Kollegen von der Feder“, den Redakteur der „Moskowskije Wedomosti“ Herrn Gringmut, der ein so interessantes Schriftstück veröffentlicht hat, etwas aufmuntern. Einer Aufmunterung aber bedarf Herr Gringmut zweifellos, denn seine hochnützliche Tätigkeit der Lieferung (und Beleuchtung) von Stoff für die revolutionäre Agitation ist in letzter Zeit irgendwie schwächer, matter geworden... es ist weniger Schwung darin. Man muß sich mehr Mühe geben, Kollege! Zweitens ist es für die Petersburger Arbeiter jetzt im höchsten Grade wichtig, jeden Schritt der Subatowleute zu verfolgen und darüber, wie sich die mit Spitzeln verbrüdeten Arbeiter mit ehemaligen, jetzigen und künftigen Generalen, aristokratischen Damen und „echt russischen“ Intellektuellen unterhalten, regelmäßig Nachrichten zu sammeln, sie möglichst weit zu verbreiten und all und jedem eingehend zu erläutern.

Hier der Brief, den wir mit einigen Anmerkungen in Klammern versehen:

„Geehrter Herr! Würden Sie es wohl für möglich halten, in den von allen echt russischen Menschen geschätzten ‚Moskowskije Wedomosti‘ folgendes zu veröffentlichen:

Am 10. dieses Monats fand in Petersburg, in den Räumen des ‚Russischen Vereins‘⁷⁸, eine Sitzung der Mitglieder des Rates dieses ‚Russischen Vereins‘ statt, die ausschließlich Fragen gewidmet war, welche das Leben der russischen Industriearbeiter betreffen. Von den bekanntesten Ver-

tretern der Petersburger Gesellschaft waren anwesend: der ehemalige stellvertretende Generalgouverneur von Warschau General K. W. Komarow, Generalkontrolleur A. W. Wassiljew, Oberst A. P. Weretennikow, Graf Apraksin, der ehemalige Generalgouverneur von Kiew Graf A. P. Ignatjew, Graf P. A. Golenischtschew-Kutusow, General Sabudski, Admiral Nasimow, Nikolai Wjatscheslawitsch von Plehwe, Mitglied des Rates beim Volksbildungsministerium I. P. Chruschtschow, Professor des Generalstabs Solotarjow, W. S. Kriwenko, Graf N. F. Heyden, General Demjanenkow, Propst Ornatski und andere Vertreter der Kirche; es waren auch Damen der höchsten Petersburger Kreise anwesend, ferner von der Stadtverwaltung der Bürgermeister Leljanow und der Stadtverordnete Dechterew. Von Vertretern der Presse — der Redakteur des ‚Swet‘ [Das Licht] W. W. Komarow, der Redakteur des ‚Russki Westnik‘ [Russischer Bote] W. L. Welitschko, der Mitarbeiter des ‚Nowoje Wremja‘ [Neue Zeit] Syromjatnikow, der ehemalige Redakteur des ‚Prawitelstwenny Westnik‘ [Regierungsbote] K. K. Slutschewski, der Redakteur und Herausgeber der Zeitschrift ‚Oskolki‘ [Splitter] Lejkin, der Maler Karasin u. a. — Die Sitzung wurde eröffnet mit einem Bericht über die Lage der Industriearbeiter, den der Arbeiter I. S. Sokolow verlas (siehe über ihn in Nr. 30 der „Iskra“, wo auf Grund von Angaben des „Swet“ eine ziemlich vollständige Liste der Petersburger Subatarbeiter veröffentlicht ist. *Red. der „Iskra“*). Der Referent schilderte vor allem die gegenwärtige Lage der Arbeiterklasse in den Industriestädten, ihre materiellen und geistigen Nöte, ihr Streben nach Wissen usw. (Schade, daß der Bericht des Herrn Sokolow nicht veröffentlicht worden ist! Es wäre interessant zu sehen, wie er das Streben der Arbeiter nach Wissen „schildern“ konnte, ohne von den polizeilichen Verfolgungen dieses Strebens zu sprechen. *Red. der „Iskra“*.) Dann hatten Vertreter der Moskauer Arbeiter (wäre es nicht richtiger, zu sagen: Vertreter der Moskauer Geheimpolizei? Ist nicht auch Ihre Reise, Herr Slepow, und die Ihrer Kollegen nach Petersburg von der Polizei finanziert worden? *Red. der „Iskra“*), unter denen auch ich mich befand, die Ehre, an der Sitzung des ‚Russischen Vereins‘ teilzunehmen und der ehrenwerten Versammlung über die Lage der Dinge in der Arbeiterwelt Moskaus zu berichten. In unserem Bericht sprachen wir vor allem im Namen der russischen Arbeiter den Mitgliedern des ‚Russischen Vereins‘ unsern tiefgefühlten Dank dafür aus, daß sie Vertretern der Ar-

beiter die Möglichkeit gaben, über die Lage zu berichten, in der sich die russische Arbeiterklasse gegenwärtig befindet. Weiter baten wir die Vertreter der höchsten russischen Gesellschaft, der Bildung der russischen Arbeiter ernste Aufmerksamkeit zu schenken (na ja, natürlich! Gerade von den höchsten Klassen hat der Arbeiter Bildung zu erwarten — mit Hilfe der Knute wahrscheinlich! *Red. der „Iskra“*), da sie sich in einem durchaus nicht befriedigenden Zustand befindet, was von böswilligen Personen erfolgreich zu Zwecken der sozialistischen Propaganda ausgenutzt wird (wenn der Mangel an Bildung für die Sozialisten vorteilhaft ist, warum schließt dann die Regierung die Schulen für Arbeiter, warum schließt sie die Lesehallen? Etwas stimmt da nicht, Herr Slepow! *Red. der „Iskra“*), wodurch sie nicht nur den Arbeitern, sondern dem ganzen Russischen Reich Schaden zufügen. — Dann bemühten wir uns, die Aufmerksamkeit der ehrenwerten Versammlung auf den Umstand zu lenken, daß die Moskauer Fabrikanten und Unternehmer nicht mit der Idee der Moskauer Arbeiter sympathisieren, sich zu einer engen Familie zusammenzuschließen und eigene Hilfskassen zu gründen, die so wichtig sind, um die auf den Arbeitern lastende Not zu lindern. In Verbindung damit baten wir die Teilnehmer der ehrenwerten Versammlung, in Regierungskreisen die Frage eines Kredits für die Hilfskassen der Arbeiter aufzuwerfen (siehe die Rede des Nishni-Nowgoroder Arbeiters Samylin vor Gericht in Nr. 29 der „Iskra“, in der Samylin berichtet, wie er wegen seiner Teilnahme an einem ökonomischen Zirkel verhaftet wurde. Da habt ihr eure Bildung, da habt ihr eure Kassen! *Red. der „Iskra“*). Zweifellos würde die Unterstützung der Arbeiter in ihren materiellen Nöten die beste Widerlegung der böswilligen Propaganda in ihren Reihen sein (meint Herr Slepow — wie gut doch der Name zu ihm paßt!* — im Ernst, daß der fortgeschrittene Arbeiter um erbärmlicher Almosen willen auf sein Streben nach Freiheit verzichten wird? Die rückständige, unwissende Masse aber „in ihren materiellen Nöten zu unterstützen“, sind selbst die höchstgestellten Beschützer der Subatowleute nicht imstande, denn eine solche Unterstützung setzt voraus, daß man die ganze Gesellschaftsordnung ändert, die auf der Enterbung der Massen beruht. *Red. der „Iskra“*). Diese falschen ‚Gönner‘ der Arbeiter sagen in der Regel, daß die Arbeiter ihr Leben nur

* Slepow ist abgeleitet von Slepoi — der Blinde. *Der Übers.*

durch Revolten, Empörung, Widerstand gegen die Behörden usw. verbessern können. Zu unserem Unglück hat, wie alle wissen, eine solche Hetze mitunter Erfolg. Eine friedliche Besserung der Lebensbedingungen der Arbeiter würde diese Agitatoren am besten widerlegen. — Dann hatten wir die Ehre, der ehrenwerten Versammlung zu berichten, daß in Moskau trotz der großen Arbeitslosigkeit die sozialistische Propaganda in letzter Zeit ihre Wirksamkeit völlig eingebüßt hat (wir aber haben erst vor kurzem von ungeheuer vielen Verhaftungen in Moskau gehört! Wozu sollte man und wen sollte man verhaften, wenn die Propaganda ihre Wirksamkeit eingebüßt hätte?? *Red. der „Iskra“*), und zwar eben deshalb, weil die Arbeiter schon beginnen, sich zu organisieren, weil sie den Verein für gegenseitige Hilfe, die Konsumgenossenschaft haben, und weil die wohlwollende Aufmerksamkeit der Behörden bereits auf die Nöte der Arbeiter gerichtet ist und es ermöglicht hat, allgemeinbildende Vorträge usw. für sie zu veranstalten. — Außer allem oben Gesagten berichteten wir der Versammlung auch über Vorfälle in Moskau, bei denen wir als Vermittler und Schlichter zwischen Arbeitern und Fabrikbesitzern auftraten und Unruhen nicht nur beilegten, sondern auch verhüteten, wo solche auszubrechen drohten, so z. B. im Hakental-Werk, im Betrieb der Gebr. Bromley und in der Dobrow-Nabgolz-Fabrik. Wir wiesen ferner auf den Streik der Arbeiter in den Metallwerken Goujon hin, wo die Arbeiter der Walzstraße und der Nagelschmiede zwar die Arbeit niederlegten, aber dank unserer Einmischung sich nicht zu Unruhen hinreißen ließen und dann, auf unseren kameradschaftlichen Rat hin, die Arbeit wieder aufnahmen (solche „kameradschaftlichen“ Ratschläge bekommen die Arbeiter bei jedem Streik genug zu hören, sowohl von der Polizei wie auch von den Fabrikinspektoren, die immer bitten und betteln, „die Arbeit wieder aufzunehmen“. Das sind nicht kameradschaftliche, sondern polizeiliche Ratschläge. *Red. der „Iskra“*).

Die Mitglieder des ‚Russischen Vereins‘ hörten unsere Berichte wohlwollend an (warum sollten sie auch nicht wohlwollend Arbeiter anhören, die der Polizei bei ihrer Arbeit helfen! *Red. der „Iskra“*) und viele äußerten sich in dem Sinne, daß man sich über die Arbeiterfrage ernsthaft Gedanken machen und den Arbeitern die Möglichkeit und die Mittel geben müsse, sich dem Einfluß der sozialistischen Lehre zu entziehen (ein interessantes Bild: Generale und Pfaffen, Subatowspitzel und dem Polizeigeist

treu ergebene Publizisten sind zusammeng gekommen, um dem Arbeiter zu „helfen“, sich dem Einfluß der sozialistischen Lehre zu entziehen! — und nebenbei auch zu helfen, die unvorsichtigen Arbeiter, die sich ködern lassen, herauszufischen. *Red. der „Iskra“*), indem man ihnen — unter Kontrolle der gesetzlichen Bestimmungen der Regierung und unter Führung jenes Teils der Intelligenz, der seine Heimat wahrhaft liebt und ihr Wohl und Gedeihen erstrebt — Selbsttätigkeit gewährt (eine schöne Selbsttätigkeit unter Kontrolle der Polizei! Nein, die Arbeiter verlangen jetzt schon Selbsttätigkeit unter der Bedingung der Nichteinmischung der Polizei, der freien Wahl solcher Intellektueller zu ihren Führern, denen sie, die Arbeiter, vertrauen. *Red. der „Iskra“*). W. W. Komarow, A. W. Wassiljew, Oberst Weretennikow, Herr Dechterew, der Maler Karasin, Fürst D. P. Golizyn und viele andere zeigten außerordentlich großes Verständnis für die Arbeiterfrage. Es wurden Gedanken geäußert über die Notwendigkeit, besondere Räte der Arbeiter mit einem Zentralrat an der Spitze zu gründen, die durch Verhinderung von Mißverständnissen zwischen Arbeitern und Fabrikbesitzern segensreich wirken würden. Herr Dechterew meinte, daß man dem beipflichten soll, weil die Menge nie einsichtsvoll handeln kann und weil auf die Menge der Arbeiter am besten Arbeiter selbst einwirken können; als Beispiel führte er solche in Frankreich bestehende ähnliche Einrichtungen an, welche die oben aufgezeigten Aufgaben mit Erfolg erfüllen. (Ja, die Räte der Arbeiter haben in Frankreich und in ganz Europa Erfolg. Das ist wahr. Aber sie haben darum Erfolg, weil die Arbeiter dort im Besitz der politischen Freiheit sind, weil sie ihre Verbände, ihre Zeitungen, ihre gewählten Vertreter in den Parlamenten haben. Meint Herr Dechterew wirklich, die Petersburger Arbeiter seien so einfältig, daß sie das nicht wüßten? *Red. der „Iskra“*.) — Die Frage von Regierungskrediten für Hilfskassen der Arbeiter wurde von den Mitgliedern des ‚Russischen Vereins‘ ebenfalls mit Wohlwollen aufgenommen. Die Sitzung endete damit, daß beschlossen wurde, eine besondere Kommission zur Erörterung von Maßnahmen auf diesem Gebiet zu wählen. — Wir hoffen, daß Sie, Herr Redakteur, als echt russischer Mann uns Arbeitern ebenfalls wohlwollend gegenüberstehen und daß Sie gestatten, das oben Erzählte in Ihrer Zeitung mitzuteilen, damit sich unsere besten Leute alle zusammenschließen zum gemeinsamen Kampf gegen die Feinde unserer Heimat, die in die Volksmassen Wirren hineinragen,

den Samen des Bruderzwistes säen und die Treue zu dem durch Jahrhunderte geheiligten Vermächtnis der alten Zeit, die Achtung und Ehrfurcht vor der Obrigkeit schwächen. — Wir haben den festen Glauben, daß es auch in Rußland Menschen gibt, die bereit sind, ihre Kräfte dem Dienste des Vaterlandes zu weihen, auf seinem Altar ihre Kräfte und Fähigkeiten zu opfern und in einmütigem Zusammenschluß der Unwahrheit und dem Bösen in Rußland ein unüberwindliches Bollwerk entgegenzustellen.

F. A. Slepow, Arbeiter“.

Zum Schluß mußte sich Herr Slepow doch noch verplappern! Die ganze Linderung der Nöte der Arbeiter, das ganze Wohlwollen der Regierung läuft nur auf eins hinaus: Aus Arbeitern sollen Gruppen zum Kampf gegen den Sozialismus gebildet werden. Ja, das ist wahr. Und es wird für die Arbeiter sehr interessant sein, zu erfahren, daß ihnen neben Knute und Gefängnis, Verbannung und Zuchthaus auch noch die Herren Subatowarbeiter „Achtung und Ehrfurcht vor der Obrigkeit“ einbläuen werden. In öffentlichen Versammlungen wird kein vernünftiger Arbeiter das sagen, was er denkt — das hieße sich einfach der Polizei ausliefern. Durch *unsere* Zeitungen, *unsere* Flugblätter und *unsere* Versammlungen aber können und müssen wir erreichen, daß der neue Subatowfeldzug einzig und allein dem Sozialismus Nutzen bringt.

„Iskra“ Nr. 31,
1. Januar 1903.

Nach dem Text der „Iskra“.

MITTEILUNG ÜBER DIE BILDUNG DES „ORGANISATIONSKOMITEES“ ⁷⁴

Vor vier Jahren haben sich mehrere russische sozialdemokratische Organisationen zur „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“ zusammenschlossen und eine Art Organisationsplan sowie allgemeine Grundsätze für ihre Tätigkeit ausgearbeitet, die in dem von der Partei herausgegebenen „Manifest“ dargelegt sind. Leider war dieser erste Versuch nicht von Erfolg gekrönt: die notwendigen Voraussetzungen zur Schaffung einer einheitlichen, starken sozialdemokratischen Partei, die unbeirrt für die Befreiung des Proletariats von jeder Art Ausbeutung und Unterdrückung kämpft, waren noch nicht gegeben. Einerseits bildeten sich die Formen der praktischen Tätigkeit der russischen Sozialdemokratie eben erst heraus; die Sozialdemokratie, die vor kurzem den Weg des Kampfes beschritten hatte, suchte noch nach Wegen für die beste Durchführung ihrer theoretischen Auffassungen, sie bewegte sich noch mit schüchternen, unsicheren Schritten. Die ihrer Tätigkeit zugrunde liegende Arbeiterbewegung, die in gewaltigen Streiks ihren Ausdruck gefunden hatte, war eben erst mit jenem hellen Glanz aufgeflammt, der vielen die Augen blendete, ihnen die so klaren und bestimmten Aufgaben und Ziele der revolutionären Sozialdemokratie verdunkelte und sie verleitete, sich für den eng gewerkschaftlichen Kampf zu begeistern. Andererseits machten die unaufhörlichen Repressalien der Regierung gegen die noch nicht erstarkten und noch nicht genügend fest verwurzelten sozialdemokratischen Organisationen jede Kontinuität, jede Tradition ihrer Tätigkeit zunichte.

Dennoch ist dieser mißglückte Versuch nicht spurlos vorübergegangen. Die Idee einer organisierten politischen Partei des Proletariats, die unseren Vorgängern vorgeschwebt hatte, ist seither zum Leitstern und zum ersehnten Ziel aller klassenbewußten Sozialdemokraten geworden. Im Laufe dieser vier Jahre wurden mehrfach Versuche unternommen, diese uns von den ersten sozialdemokratischen Führern als Vermächtnis hinterlassene Idee zu verwirklichen. Aber bis heute stehen wir noch ebenso desorganisiert da wie vor vier Jahren.

Indessen stellt das Leben immer höhere Anforderungen an uns. Machten es sich die ersten Führer der Partei zur Aufgabe, die in den Arbeitermassen schlummernden revolutionären Kräfte zu wecken, so stehen wir vor der viel komplizierteren Aufgabe, den erwachenden Kräften die nötige Richtung zu weisen, uns an ihre Spitze zu stellen und sie zu leiten. Wir müssen bereit sein, wenn nicht heute, so morgen den Ruf zu vernehmen: „Führt uns, wohin ihr uns gerufen habt!“ und wehe, wenn uns dieser Augenblick überraschend kommt, wenn er uns so zersplittert, so unvorbereitet antrifft, wie wir es gegenwärtig noch sind. Man sage uns nicht, daß wir den Ernst der Lage übertreiben. Wer fähig ist, mehr als die leicht bewegte Oberfläche zu sehen, wer fähig ist, zu erkennen, was in der Tiefe vor sich geht, der wird uns nicht der Übertreibung verdächtigen.

Aber der Ernst der Lage wird noch durch andere Umstände verschärft. Wir erleben einen bedeutsamen geschichtlichen Augenblick. Das Erwachen der Arbeiterklasse im Zusammenhang mit dem allgemeinen Gang des russischen Lebens hat verschiedene Gesellschaftsschichten auf den Plan gerufen. Mehr oder weniger bewußt sind sie bestrebt, sich zu organisieren, um so oder anders am Kampf gegen das überlebte Regime teilzunehmen. Willkommen! Die Sozialdemokratie kann nur jeden begrüßen, der sich diesem Kampf anschließt. Aber sie muß scharf darauf achten, daß sie nicht zum Hammer in den Händen solcher Verbündeter wird, daß diese Verbündeten sie nicht vom Haupttätigkeitsfeld verdrängen, ihr nicht die führende Rolle im Kampf gegen die Selbstherrschaft entwinden und vor allem den revolutionären Kampf in seiner Vorwärtsbewegung nicht hindern, ihn nicht vom rechten Weg ablenken. Daß diese Gefahr kein Schreckbild ist, begreift jeder, der den revolutionären Kampf der letzten Jahre aufmerksam verfolgt hat.

Die russische Sozialdemokratie steht also gegenwärtig vor einer gewaltigen Aufgabe, welche die Kräfte der örtlichen Komitees und sogar der Bezirksorganisationen weit übersteigt. Die örtlichen Organisationen mögen noch so vollkommen sein, sie werden trotzdem diese Aufgabe nicht meistern können, denn sie ist bereits über den örtlichen Rahmen hinausgewachsen. Sie kann nur mit den gemeinsamen Kräften aller zu einer einzigen zentralisierten und disziplinierten Armee zusammengeschlossenen russischen Sozialdemokraten besetztigt werden. Wer aber soll die Initiative ergreifen zu diesem Zusammenschluß?

Diese Frage wurde im vergangenen Jahr erörtert, und zwar in einer Konferenz von Vertretern des Petersburger „Kampfbundes“, des Zentralkomitees der vereinigten Komitees und Organisationen des Südens, der „Iskra“-Organisation, der Zentralkomitees (des russischen und des ausländischen) des „Bund“, des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten“⁷⁵ und verschie-

dener anderer Organisationen. Die Konferenz beauftragte die Vertreter mehrerer Organisationen, ein Organisationskomitee zu bilden, das die Aufgabe übernehmen sollte, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands faktisch wiederherzustellen.

In Ausführung dieses Beschlusses gründeten die Vertreter des Petersburger „Kampfbundes“, der „Iskra“-Organisation und der Gruppe des „Jushny Rabotschi“*⁵⁶ das Organisationskomitee, das sich als erste und wichtigste Aufgabe stellt, die *Voraussetzungen zur Einberufung eines Parteitags zu schaffen*.

Da aber die Einberufung des Parteitags sehr große Schwierigkeiten bietet und beträchtliche Zeit erfordert, übernimmt das Organisationskomitee bis zum Wiederaufbau einer zentralen Parteiorganisation einige allgemeine Funktionen (die Herausgabe von Flugblättern für ganz Rußland, den allgemeinen Transport und die technischen Angelegenheiten, die Herstellung von Verbindungen zwischen den Komitees usw.).

Selbstverständlich steht das Organisationskomitee, das auf private Initiative einzelner Organisationen entstanden ist, nur zu jenen Organisationen in einem bindenden Verhältnis, die es bereits bevollmächtigt haben oder es noch bevollmächtigen werden. Allen übrigen Komitees und Gruppen gegenüber ist es eine Privatorganisation, die ihnen ihre Dienste anbietet.

Groß und verantwortungsvoll ist die Aufgabe, die das Organisationskomitee zu übernehmen sich entschlossen hat, und wenn es trotzdem wagt, das zu tun, so nur deshalb, weil die Notwendigkeit der Vereinigung zu dringend ist, die Zersplitterung sich zu sehr bemerkbar macht und eine weitere Desorganisiertheit die allgemeine Sache zu sehr gefährdet. Das Organisationskomitee, das jetzt seine Tätigkeit aufnimmt, ist der Meinung, daß der Erfolg dieser Tätigkeit in hohem Maße von der Einstellung der sozialdemokratischen Komitees und Organisationen ihm gegenüber abhängen wird, und eben diese Einstellung wird für das Komitee das Kriterium sein, inwieweit es den gegenwärtigen Augenblick richtig eingeschätzt hat.

Dezember 1902

Das Organisationskomitee

*

* An den „Bund“ war ebenfalls die Aufforderung ergangen, seinen Vertreter in das Organisationskomitee zu entsenden, aber aus uns unbekanntem Gründen hat der „Bund“ auf diese Einladung nicht geantwortet. Wir hoffen, daß diese Gründe rein zufällige sind und daß der „Bund“ nicht zögern wird, seinen Vertreter zu schicken.

Die Erklärung des neugebildeten Organisationskomitees unserer Partei spricht genügend klar für sich selbst, und es erübrigt sich, viele Worte über die große Bedeutung des vollzogenen Schritts zu verlieren. Die Vereinigung, die Wiederherstellung der Einheit der Partei ist die dringendste, eine sofortige Lösung erheischende Aufgabe der russischen Sozialdemokraten. Diese Aufgabe ist sehr schwierig, denn was wir brauchen, ist nicht die Vereinigung einiger Grüppchen revolutionär gesinnter Intellektueller, sondern der Zusammenschluß aller führenden Kräfte der Arbeiterbewegung, die eine ganze große Klasse der Bevölkerung zu selbständigem Leben und Kampf aufgerüttelt hat. Wir brauchen eine Vereinigung auf der Grundlage strenger prinzipieller Einmütigkeit, zu der sich alle oder doch die überwiegende Mehrheit der Komitees, Organisationen und Gruppen, der Intellektuellen und der Arbeiter, die in verschiedenen Verhältnissen unter verschiedenen Bedingungen tätig und manchmal auf ganz verschiedenen Wegen zu ihren sozialdemokratischen Überzeugungen gelangt sind, bewußt und entschieden durchringen müssen. Eine solche Vereinigung kann man keinesfalls dekretieren, man kann sie auch nicht auf einmal bewerkstelligen, nur durch Resolutionen einer Delegiertenversammlung, man muß sie vielmehr systematisch, Schritt für Schritt vorbereiten und erarbeiten, so daß der allgemeine Parteitag das schon Getane festigen und verbessern, das Begonnene fortsetzen, die feste Grundlage für die weitere, umfassendere und tiefergehende Arbeit ausbauen und in aller Form bestätigen kann. Wir begrüßen es daher ganz besonders, daß das Organisationskomitee mit weiser Zurückhaltung und Bescheidenheit an seine Arbeit herangeht. Ohne auf ein bindendes Verhältnis zur Gesamtmasse der russischen Sozialdemokraten Anspruch zu erheben, beschränkt sich das OK darauf, ihnen allen *seine Dienste anzubieten*. Mögen ausnahmslos alle russischen Sozialdemokraten, die Komitees und Zirkel, die Organisationen und Gruppen, die aktiven Genossen und die zeitweilig Ausgeschiedenen (Verbannten usw.) sich beeilen, diesem Ruf zu folgen, sich bemühen, mit dem OK unmittelbare und lebendige Beziehungen anzuknüpfen, und sich aufs energischste daran machen, die ganze riesige Vereinigungsarbeit tatkräftig zu unterstützen. Wir müssen erreichen, daß es *keine einzige* Gruppe der russischen Sozialdemokraten gibt, die nicht mit dem OK in Verbindung stünde, die nicht in kameradschaftlicher Einmütigkeit mit ihm zusammen arbeitete. Weiter übernimmt das OK, das die Vorbereitung und Einberu-

fung eines allgemeinen Parteitags als seine vordringliche, seine Hauptaufgabe betrachtet, auch einige allgemeine Funktionen im Dienst der gesamten Bewegung. Wir sind überzeugt, daß sich kein Sozialdemokrat finden wird, der die dringende Notwendigkeit dieser Erweiterung der Funktionen des OK nicht anerkennt, denn das ist nur das erweiterte Anerbieten seiner Dienste – ein Anerbieten, das tausendfach geäußerten Wünschen entgegenkommt, ein Vorschlag, nicht auf irgendwelche „Rechte“ zu verzichten, sondern lediglich in der Praxis möglichst rasch die Isolierung zu überwinden und zusammen eine Reihe gemeinsamer Unternehmungen in Angriff zu nehmen. Endlich halten wir auch die entschiedene Erklärung des OK, daß die Einberufung des Parteitags große Schwierigkeiten bietet und lange Zeit erfordert, für völlig richtig und angebracht. Das heißt natürlich keineswegs, daß die Einberufung des Parteitags hinausgeschoben werden soll. Mitnichten! Geht man von der Dringlichkeit des Parteitags aus, so würden wir selbst die Frist von einem Monat als übermäßig „lang“ bezeichnen. Vergewähren wir uns aber unsere Arbeitsbedingungen und die Notwendigkeit einer ernsthaften Vertretung der Gesamtbewegung auf dem Parteitag, so wird auch eine fünf-, ja zehnmal so lange Frist keinen auch nur einigermaßen erfahrenen Parteiarbeiter entmutigen.

Wünschen wir also dem Werk der baldigen Vereinigung und Wiederherstellung der Partei allen Erfolg, beweisen wir unser Einverständnis nicht nur in Worten, sondern auch durch sofortige Taten aller und jedes einzelnen. Es lebe die russische, es lebe die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!

„Iskra“ Nr. 32,
15. Januar 1903.

Nach dem Text der „Iskra“.

EINIGE GEDANKEN ZUM BRIEF VON 7 z. 6 f.⁷⁶

Ich schreibe unter dem frischen Eindruck des Briefes, den ich von Ihnen erhalten und soeben gelesen habe. Er hat mich durch sein unüberlegtes Geschwätz derart empört, daß ich mich des Wunsches nicht erwehren kann, offen meine Meinung zu sagen. Geben Sie bitte meine Antwort an den Verfasser des Briefes weiter und sagen Sie, er solle die scharfe Sprache nicht übelnehmen. Es ist ja nicht für die Presse bestimmt.

Der Brief ist meines Erachtens einer Antwort wert, weil er einen charakteristischen Zug in der Stimmung vieler heutiger Revolutionäre besonders grell beleuchtet. Auf Anweisungen warten, *alles* von oben, von anderen, von draußen verlangen, hilflos die Achseln zucken beim Anblick von Mißerfolgen, die der eigenen Untätigkeit entspringen, sich beschweren und klagen und Rezepte erfinden, die das Übel billig und einfach heilen sollen.

Denkt Euch nichts aus, meine Herrschaften! Wenn *Ihr selber* untätig seid, wenn Ihr vor Eurer Nase Spaltungen zuläßt und dann stöhnt und ächzt und klagt, *dann werden keine Rezepte helfen*. Und es ist höchst unvernünftig, uns deswegen mit Beschwerden zu überschütten. Glaubt nicht, daß wir uns durch Eure Vorwürfe und Angriffe beleidigt fühlen: wir sind daran gewöhnt, jawohl, verdammt gewöhnt, so daß sie uns kaltlassen!

„Massen“literatur, „Dutzende Pud“ – dieser Euer Kampftruf ist nichts anderes als ein *ausgedachtes Rezept*, das Euch von außen her von Eurer eigenen Untätigkeit heilen soll. Glaubt mir, daß solche Rezepte *nie und nimmer* wirken werden! Wenn Ihr selber nicht energisch und beweglich werdet, so wird Euch niemand und nichts helfen können. Es ist recht töricht zu schreien: *Gebt* uns dies und das, *stellt* uns das und jenes *zu*,

denn *Ihr selber müßt nehmen und zustellen*. Es ist nutzlos, deswegen uns zu schreiben, denn wir können das von hier aus nicht tun, Ihr aber könnt und müßt es tun: ich spreche von der Zustellung der bei uns vorhandenen und von uns herausgegebenen Literatur.

Gewisse örtliche „Funktionäre“ (so nennt man sie wohl, weil sie nicht funktionieren), die nur einige Nummern der „Iskra“ gesehen haben und nichts dazu tun, sie in *Massen* zu erhalten und zu verbreiten, denken sich einen einfachen Vorwand aus: Das ist nicht das Richtige. Gebt uns eine *Massenliteratur* für die Massen! Kaut uns alles vor und legt es uns in den Mund, hinunterschlucken werden wir es dann vielleicht selber.

Wie phänomenal dumm mutet dieses Geplärr denjenigen an, der weiß und sieht, daß sie, diese örtlichen „Funktionäre“, nicht einmal das zu verbreiten verstehen, was vorhanden ist. Kommt einem nicht das Lachen, wenn man liest: Gebt uns Dutzende Pud! wenn Ihr *nicht einmal versteht, fünf Pud* zu nehmen und zu verteilen? Tut doch zunächst das, verehrte „Eintagsschwärmer“ (denn der erste Mißerfolg macht Euch an allem irre, selbst an allen Euren Überzeugungen!). Tut das, und wenn Ihr das nicht einmal, sondern Dutzende Male getan haben werdet, dann wird Hand in Hand mit der Nachfrage auch die Verlagstätigkeit *wachsen*.

Ich sage: Sie wird wachsen, denn Euer Geplärr nach Massenliteratur (ohne Kritik und Sinn übernommen von den Sozialrevolutionären, den Leuten der „Swoboda“ und allerlei konfusen, nicht funktionierenden „Funktionären“) beruht darauf, daß Ihr eine winzige . . . eine ganz winzige Kleinigkeit vergessen habt, nämlich die Tatsache, daß Ihr es nicht versteht, *auch nur ein Hundertstel* jener Massenliteratur zu nehmen und zu verbreiten, die wir jetzt herausgeben. Ich nehme eine der letzten Listen eines unserer wenigen (armselig, erbärmlich, beschämend wenigen) Transporte zur Hand. *Die Reden von Nishni-Nowgorod, der Kampf in Rostow, eine Broschüre über Streiks, Dikstein** — ich will mich darauf beschränken. Vier, ganze vier Bagatellen! Wie wenig!!

* Das ist alt! schreit Ihr. Jawohl. Alle Parteien, die eine *gute* volkstümliche Literatur haben, verbreiten *alte* Sachen — Guesde und Lafargue, Bebel, Bracke, Liebknecht usw. — *jahrzehntelang*. Hört Ihr: *jahrzehntelang!* Und *nur die volkstümliche Literatur ist gut, nur die taugt etwas, die jahrzehntelang* Dienste leistet. Denn die volkstümliche Literatur ist eine Reihe von *Lehrbüchern für das Volk*, Lehrbücher aber behandeln die Anfangsgründe, die sich

Ja, sehr wenig! Ja, wir müßten vierhundert haben und nicht vier.

Gestattet aber, daß ich Euch frage, ob Ihr es fertiggebracht habt, *wenigstens diese vier Sachen in Zehntausenden von Exemplaren* zu verbreiten? Nein, das habt Ihr nicht fertiggebracht. Ihr habt es nicht einmal verstanden, sie in Hunderten von Exemplaren zu verbreiten. Und *deshalb* schreit Ihr: *Gebt uns Dutzende Pud!* (Niemand wird Euch jemals etwas *geben*, wenn Ihr nicht versteht, es zu *nehmen*: vergeßt das nicht.)

Habt Ihr es verstanden, jene *Hunderte* von Exemplaren auszunutzen, die man Euch *zugestellt, ins Haus gebracht, in den Mund gelegt hat??* Nein, Ihr habt es nicht verstanden. Ihr habt es nicht einmal fertiggebracht, durch diese Kleinigkeit die *Massen* mit der Sozialdemokratie zu verbinden. Wir erhalten monatlich Dutzende und Hunderte von Flugblättern, *Mitteilungen, Korrespondenzen und Briefen aus allen Ecken und Enden* Rußlands, wir haben aber *keine einzige* (überlegt Euch einmal den genauen Sinn dieser genauen Worte: „keine einzige“!) Mitteilung erhalten über die Verbreitung dieser Hunderte von Exemplaren in der *Masse*, über den Eindruck auf die *Masse*, über Äußerungen der *Masse*, über Aussprachen in der *Masse* über *diese* Dinge! Ihr versetzt uns in die peinliche Lage, daß der Schriftsteller schreibt, wie's kommt, und der Leser (der Intellektuelle) liest, wie's kommt — und dann donnert und wettert dieser Maulaffen feilhaltende Leser gegen den Schriftsteller, weil er (der Schriftsteller!!!) nicht allerorts und allerwärts „Dutzende Pud“ liefert. Der Mensch, dessen ganze Aufgabe darin besteht, den Schriftsteller mit der Masse zu *verbinden*, sitzt da wie ein aufgeplusterter Truthahn und schreit: *Gebt uns Massenliteratur*. Dabei *versteht er nicht einmal, den hundertsten Teil* dessen auszunutzen, was vorhanden ist.

Ihr werdet natürlich sagen, daß zum Beispiel die „Iskra“, dieses unser Haupterzeugnis, mit den Massen gar *nicht verbunden werden kann*, daß das überhaupt unmöglich ist. Ich weiß, daß Ihr das sagen werdet. Ich habe das hundertmal gehört und stets geantwortet, daß das nicht wahr ist, daß das eine Ausflucht ist, Drückebergerei, Unfähigkeit und Schlafmützigkeit, *in einem halben Jahrhundert* nicht ändern. Die „volkstümliche“ Literatur, die Euch „fasziniert“ und die von der „Swoboda“ und den Sozialrevolutionären monatlich pudweise herausgebracht wird, ist *Schund* und *Schwindel*. Schwindler machen immer viel Aufhebens und Lärm, und gewisse einfältige Leute halten das für Energie.

der Wunsch, daß einem die gebratenen Tauben direkt in den Mund fliegen.

Ich weiß aus Tatsachen, daß tatkräftige Leute es *verstanden haben*, die „Iskra“ (diese, nach Ansicht ziemlich windiger Intellektueller, erzintellektuelle „Iskra“) mit der *Masse* selbst so rückständiger, wenig entwickelter Arbeiter zu „verbinden“, wie es die Arbeiter der zentralen Industriegouvernements sind. Ich habe *Arbeiter* gekannt, die selber die „Iskra“ unter der (dortigen) Masse verbreiteten und nur sagten, daß der Vorrat nicht reiche. Ich hörte vor ganz kurzem einen „Soldaten vom Schlachtfeld“ erzählen, wie in einem dieser entlegenen Fabrikstädtchen in Zentralrußland die „Iskra“ in vielen Zirkeln, in Versammlungen von zehn bis fünfzehn Menschen gelesen wird, wobei das Komitee und die Unterkomitees jede Nummer vorher *selber* lesen und gemeinsam *bestimmen*, wie jeder Artikel in agitatorischer Hinsicht auszunutzen ist. Sie haben es verstanden, sogar die armseligen fünf bis acht (Maximum *acht!!*) Exemplare auszunutzen, die sie mit Ach und Krach erhielten, weil die an der Grenze sitzenden ungeschickten Funktionäre nicht funktionierten (jene Funktionäre, die nicht einmal Empfangsstellen für die Transporteure einrichten können und darauf hoffen, daß der Schriftsteller ihnen nicht nur Artikel gebären wird, sondern auch geschickte Leute!).

Sagt bitte, Hand aufs Herz: Haben viele von Euch *jedes* erhaltene (Euch zugestellte, zu Euch gebrachte) Exemplar der „Iskra“ so ausgenutzt? Ihr schweigt? Nun, so will ich Euch sagen: Nur eins von *Hunder-*ten der (durch die Fügung des Schicksals und die Untätigkeit der „Leser“) nach Rußland gelangenden Exemplare wird so ausgenutzt, daß man jede Notiz vom Standpunkt ihrer agitatorischen Bedeutung erörtert, daß man jede Notiz in Arbeiterzirkeln liest, *in allen* Zirkeln *aller* Arbeiter, die in der betreffenden Stadt überhaupt die Gewohnheit haben, zusammenzukommen. Und da schreien die Leute, die es nicht verstehen, auch nur den hundertsten Teil des in ihre Hände gelangenden Materials zu *verarbeiten*: Gebt uns Dutzende Pud!! Schtschedrins Formel (der Schriftsteller schreibt, wie's kommt) schätzt den „Leser“ noch viel, viel zu optimistisch ein!!

Der heutige Leser (der intellektuelle Sozialdemokrat) ist so weit gekommen, daß er sich über die *Schriftsteller* beschwert, weil die Intellektuellen an Ort und Stelle Schlafmützen sind und die Arbeiter „kommandieren“, ohne etwas für sie zu tun. Die Beschwerde ist gerecht-

fertigt, tausendmal gerechtfertigt, aber . . . wendet sie sich an die richtige Adresse? Wollt Ihr uns nicht gestatten, diese Beschwerde an den Absender zurückzuschicken und doppeltes Strafporto von ihm zu erheben?? Wo habt Ihr denn Eure Augen, werte Herren Beschwerdeführer? Wenn Eure Freunde es nicht verstehen, die „Iskra“ zum Vorlesen in den Arbeiterzirkeln auszunutzen, wenn sie es nicht verstehen, Leute für die Zustellung und Weiterleitung der Literatur auszuwählen, wenn sie es nicht verstehen, den Arbeitern zu helfen, selber zu diesem Zweck Zirkel zu bilden, warum jagt Ihr dann solche ungeschickten Freunde nicht schimpflich davon?? Überlegt doch bloß, in welcher reizenden Lage Ihr Euch bringt, wenn Ihr Euch bei uns über Eure eigene Ungeschicklichkeit beschwert??

Es ist Tatsache, daß die „Praktiker“ auch nicht den hundertsten Teil dessen ausnutzen, was sie nehmen können. Und nicht weniger unzweifelhaft ist die Tatsache, daß es nur eine Ausflucht und Drückebergerei ist, wenn sich diese Praktiker besondere Sorten von „Massen“literatur ausdenken. In dem Brief von 7 z. 6 f. werden „uns“ (natürlich uns) zum Beispiel drei Sorten empfohlen:

1. Eine volkstümliche Zeitung. Zerkaut jede Tatsache so, daß sie einem ohne Verdauung bekommt. So, daß wir, die „Funktionäre“, überhaupt keinen Magen zu haben brauchen.

Was tut's, daß die Welt bisher eine solche „volkstümliche“ „Zeitung“ noch niemals gesehen hat, denn eine Zeitung antwortet auf alles, volkstümliche Literatur aber lehrt nur einiges wenige. Was tut's, daß alle unsere Muster einer solchen Literatur, von der „Rabotschaja Mysl“ bis zu den diversen „Wperjod“⁷⁷, „Rabotscheje Delo“, „Krasnoje Snamja“⁷⁸ u. a., sich unvermeidlich und zwangsläufig als Zwitter erwiesen haben, daß sie weder Zeitungen noch volkstümlich waren. Was tut's, daß alle Versuche, „Arbeiter“zeitungen zu schaffen, nur die sinnlose Teilung der Bewegung in eine intellektuelle und eine proletarische genährt haben und stets nähren werden (eine Teilung, hervorgerufen durch die Schwachköpfigkeit und Ungeschicklichkeit der Intellektuellen, die sich dazu versteigen, von zu Hause Tausende Meilen weit Beschwerden über ihre eigene Ungeschicklichkeit zu senden!). Was tut's, daß alle Versuche, „Arbeiter“zeitungen zu schaffen, bisher nur Handwerkskerei und besondere, tief sinnige, Kasaner und Charkower Theorien gezeugt haben und stets zeugen werden.

Das alles ist weiter nicht schlimm. Geben doch die *faszinierende* „Swoboda“ und die *faszinierenden* („der Atem stockt einem“) Sozialrevolutionäre volkstümliche Zeitungen und Zwitter von Zeitungen und Zeitschriften — und uff, welche Masse! — heraus!! „Narodnoje Delo“ [Die Volksache], „Krasnoje Snamja“, „Swoboda“ — Zeitschrift für Arbeiter, „Otkliki“ [Das Echo] — Zeitung und Zeitschrift für Arbeiter, „Lutschina“ [Der Kienspan] — für Bauern, „Rabotschaja Mysl“ — Genfer Zeitung der Petersburger Arbeiter!! Was tut's, daß all dies — Mist ist, dafür ist es *Massenmist*.

Ihr aber habt nur die eine „Iskra“, das ist doch langweilig! 31 Nummern, und alle heißen sie „Iskra“, während bei den faszinierenden Leuten auf zwei Nummern eines Titels (Mist) sofort drei Nummern eines anderen Titels (Mist) kommen. Ja, das ist Energie, das ist amüsant, das ist neu! Unsere Sozialdemokraten dagegen...

2. Auch Broschüren haben „sie“ immer wieder neue. Jeder Nachdruck gilt als Broschüre, und all das wird marktschreierisch angepriesen, die Bogen werden zusammengezählt (eine Million Bogen: siehe Nr. 16 der „Rewoluzionnaja Rossija“. Sie haben den Rekord geschlagen! Champions!).

Und bei uns?! Nachdrucke gelten nicht als Broschüren — Intellektuellen-, Literatenmanieren!! Alte, uralte Dikstein-Broschüren werden neu herausgegeben — wo doch alle jungen Mädchen in Paris und in Tschernigow wissen, daß *zehn* neue Broschüren (Mist) hundertmal mehr bedeuten als eine alte, aber gute Broschüre.

Das ist nur bei den Deutschen im Schwange, daß man zum Beispiel im Jahre 1903 zum *elften* Male „Unsere Ziele“ von Bebel herausgibt, die er vor 34 Jahren geschrieben hat!! Wie langweilig! Unsere „faszinierenden“ Sozialrevolutionäre lachen sich darüber denn auch halbtot. Unsere örtlichen „Funktionäre“ aber verstehen es nicht, die *alten* Plechanowschen Broschüren (vor zwanzig Jahren geschrieben: altes Zeug! ins Archiv!) oder auch „irgendeine“ (eine!) Broschüre über Streiks⁷⁹ und über Wittes Denkschrift auszunutzen!

Ich spreche schon gar nicht davon, daß der örtliche „Funktionär“ keinen Finger gerührt hat, um von den in der Verbannung lebenden Schriftstellern *gute* Broschüren zu bekommen, *um die Mitarbeit der örtlichen Literaten an der „Iskra“ zu organisieren*. Wozu denn? Es ist viel leichter, sich

zu beschweren, als eine so mühselige Sache in Gang zu bringen! Und der Leser von heute nennt sich, ohne zu erröten, „Iskrist“, weil er an die „Iskra“ Beschwerden schreibt. Und er macht sich nicht die kleinsten Gewissensbisse darüber, daß für die „Iskra“ zu 99/100 immer dieselben $3\frac{1}{2}$ Leute schreiben. Und er überlegt sich nicht lange, daß man die „Iskra“ nicht einstellen darf, daß das vierzehntägige Erscheinen von eineinhalb bis zwei Bogen immerhin viel Mühe erfordert. Und dennoch ruft er mit geradezu unvergleichlicher Leichtfertigkeit aus: 31 Nummern, und immer noch gibt es viele Dummköpfe im Lande und ungeschickte Leute, die nörgeln!! Ein wahrhaft vernichtendes Argument... Aber wen und was vernichtet es?

3. Flugblätter.

Gebt uns Flugblätter! Die Komitees können es nicht!! Schreibt Flugblätter, stellt sie zu, bringt sie her (und verbreitet sie?)!

Hm... ja, das ist durchaus konsequent. Ich sperre den Mund auf, und ihr schüttet hinein: das ist die neue Formel für die Beziehungen zwischen dem „Schriftsteller“ und dem „iskristischen“ Praktiker! Sich zu der Behauptung versteigen, daß örtliche Flugblätter die Kräfte der örtlichen Organisationen (die aus Maulaffen feilhaltenden „Funktionären“ bestehen?) übersteigen, daß diese Flugblätter aus dem Ausland geliefert werden müssen, das ist wirklich *die Höhe*. Das setzt dem ganzen Brief von 7 z. 6 f. (meiner Meinung nach) eine so unübertreffliche Krone auf, daß ich nur mit dieser „Krone“ schließen kann. Denn diese strahlende Krone würde durch Ergänzungen oder Erläuterungen nur an Glanz verlieren.

Geschrieben in der zweiten Januarhälfte 1903.

Zuerst veröffentlicht 1924 in der
Zeitschrift „*Molodaja Gwardija*“
(Die junge Garde) Nr. 2—3.

Nach dem Manuskript.

ZUR ERKLÄRUNG DES „BUND“

Soeben erhielten wir Nr. 106 der „Poslednije Iswestija“ [Die letzten Nachrichten] des „Bund“ (vom 3. Februar/21. Januar), welche die Mitteilung von einem außerordentlich wichtigen, entscheidenden und im höchsten Maße beklagenswerten Schritt des „Bund“ enthält. In Rußland ist, wie sich herausstellt, eine Erklärung des Zentralkomitees des „Bund“ zur Mitteilung des Organisationskomitees erschienen. Richtiger wäre übrigens zu sagen: eine Erklärung zu der *Fußnote* in der Mitteilung des OK, denn *hauptsächlich* auf diese eine Fußnote beziehen sich die Ausführungen in der Erklärung des „Bund“.

Es handelt sich um folgendes. Wie unsere Leser wissen, sagte das OK in dieser entsetzlichen „Fußnote“, die (angeblich!) die ganze Aufregung verursacht hat, buchstäblich:

„An den ‚Bund‘ war ebenfalls die Aufforderung ergangen, seinen Vertreter in das Organisationskomitee zu entsenden, aber aus uns unbekanntem Gründen hat der ‚Bund‘ auf diese Einladung nicht geantwortet. Wir hoffen, daß diese Gründe rein zufällige sind und daß der ‚Bund‘ nicht zögern wird, seinen Vertreter zu schicken.“*

Es fragt sich: Was kann natürlicher und harmloser sein als diese Fußnote? Wie konnte das OK anders handeln? Über den „Bund“ mit Schweigen hinwegzugehen, wäre eine Unwahrheit gewesen, denn das OK hat ihn nicht ignoriert und konnte ihn nicht ignorieren, solange er auf Grund des Parteitagbeschlusses von 1898 der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands angehört. Wollte man aber nicht mit Schweigen über den „Bund“

* Siehe den vorliegenden Band, S. 303. *Die Red.*

hinweggehen, so mußte man sagen, daß wir ihn eingeladen hatten. Das ist doch wohl klar? Und noch klarer ist, daß das OK, wenn es die Ursachen des Schweigens des „Bund“ nicht kannte, eben so und nicht anders sagen mußte: „aus uns unbekanntem Gründen“. Durch das Hinzufügen der Worte: „Wir hoffen, daß diese Gründe *rein zufällige* sind und daß der ‚Bund‘ nicht zögern wird, seinen Vertreter zu schicken“, hat das OK klipp und klar seinen Wunsch zum Ausdruck gebracht, *zusammen mit dem „Bund“* an der Organisierung des Parteitags und am Wiederaufbau der Partei zu arbeiten.

Es leuchtet ein, daß der „Bund“, wenn er diesen Wunsch geteilt hätte, nur seinen Vertreter zu entsenden brauchte, der sowohl auf konspirativem Wege als auch in der gedruckten Erklärung *eingeladen* worden war. Anstatt dessen *eröffnet* der „Bund“ *eine Polemik* gegen die Fußnote (!!) und legt in einer *besonderen* Presseerklärung *getrennt* seine Meinungen und Ansichten über die Aufgaben des OK und über die Bedingungen für die Einberufung des Parteitags dar. Bevor wir auf die „Polemik“ des „Bund“ eingehen, bevor wir seine Ansichten analysieren, müssen wir gegen die Veröffentlichung einer besonderen Presseerklärung durch den „Bund“ auf das entschiedenste *protestieren*, denn dieses Vorgehen verletzt die elementarsten Regeln der *gemeinsamen* revolutionären Arbeit und insbesondere der Organisationsarbeit. Eins von beiden, meine Herren: entweder ihr *wollt nicht* in einem *gemeinsamen* OK mitarbeiten, dann wird sich natürlich niemand über euer getrenntes Auftreten beklagen. Oder ihr wollt mitarbeiten, dann seid ihr *verpflichtet*, eure Ansichten nicht getrennt, nicht vor der Öffentlichkeit, sondern vor den Genossen im OK darzulegen, und nur das OK als Ganzes gibt öffentliche Erklärungen ab.

Der „Bund“ weiß natürlich ausgezeichnet, daß sein Auftreten sämtlichen Regeln einer kameradschaftlichen Erledigung *gemeinsamer* Angelegenheiten ins Gesicht schlägt, und er versucht, zu folgender mehr als schwachen Rechtfertigung seine Zuflucht zu nehmen: „Da wir keine Möglichkeit hatten, unsere Ansichten über die Aufgaben des bevorstehenden Parteitags, sei es durch persönliche Teilnahme an der Beratung, sei es durch Teilnahme an der Abfassung der ‚Mitteilung‘, zum Ausdruck zu bringen, sind wir genötigt, diese Lücke wenigstens bis zu einem gewissen Grade durch die vorliegende Erklärung auszufüllen.“ Es fragt sich, ob der „Bund“ allen Ernstes behaupten möchte, daß er „keine Möglichkeit hatte“,

einen Brief ans OK zu schicken? Oder an das St. Petersburger Komitee? Oder an die „Iskra“-Organisation, an den „Jushny Rabotschi“? Und einen Delegierten zu einer dieser Organisationen zu schicken war ebenfalls unmöglich? Hat der „Bund“ versucht, auch nur einen dieser „unmöglich“-schwierigen Schritte zu unternehmen — besonders schwierig vermutlich für eine so schwächliche, unerfahrene und aller Verbindungen bare Organisation, wie es der „Bund“ ist?

Kein Versteckenspielen, meine Herren! Das ist sowohl unklug als auch unwürdig. Ihr seid getrennt aufgetreten, weil ihr getrennt auftreten *wolltet*. Und ihr wolltet getrennt auftreten, um euren *Entschluß*, das Verhältnis zu den russischen Genossen auf eine *neue* Grundlage zu stellen, sofort zu demonstrieren und durchzuführen, den Entschluß nämlich, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands nicht gemäß dem Statut von 1898 *anzugehören*, sondern in einem *föderativen* Bündnis mit ihr zu stehen. Anstatt diese Frage eingehend und allseitig vor dem ganzen Parteitag zu *erörtern*, wie wir es tun wollten, *die wir uns schon zu lange von der Fortsetzung der von uns begonnenen Polemik über die Föderations- und Nationalitätenfrage zurückgehalten hatten*⁸⁰, wie zweifellos alle oder doch die überwiegende Mehrheit der russischen Genossen es tun wollten — anstatt dessen habt ihr die gemeinsame Erörterung *durchkreuzt*. Ihr seid nicht aufgetreten als der Genosse Petersburgs, des Südens, der „Iskra“, der gewillt ist, gemeinsam mit diesen Organisationen (sowohl *vor dem Parteitag* als auch *auf dem Parteitag*) über die beste Form der Beziehungen zu beraten — ihr seid getrennt von allen Mitgliedern der SDAPR aufgetreten, *als ein Lager für sich*, das dieser ganzen Partei *seine Bedingungen* stellt.

Liebe läßt sich nicht erzwingen, sagt ein russisches Sprichwort. Wenn der „Bund“ nicht in jener sehr engen Verbindung mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands bleiben will, die der Parteitag von 1898 richtig festgelegt hat, dann wird er natürlich die alten Beziehungen nicht aufrechterhalten. Wir bestreiten ihm nicht das „Recht“, seine Meinung und seinen Wunsch durchzusetzen (wir lassen uns ohne äußerste Not überhaupt nicht auf Erörterungen über „Rechte“ in der revolutionären Sache ein). Aber wir bedauern sehr, daß der „Bund“ jedes Taktgefühl verloren hat und seine Auffassung durch getrenntes öffentliches Auftreten kundgibt, nachdem man ihn in eine gemeinsame Organisation (das

OK) eingeladen hat, *die im voraus keinerlei abschließende Meinung über diese Frage äußert* und den Parteitag eben zur Erörterung all und jeder Meinung einberuft.

Der „Bund“ wollte alle, die in dieser Frage anderer Ansicht sind, *provokieren, ihre Meinung sofort zu äußern*. Nun gut! Das werden wir selbstverständlich nicht ablehnen. Wir werden dem russischen Proletariat sagen und dem jüdischen insbesondere wiederholen, daß die jetzigen Führer des „Bund“ einen ersten politischen Fehler begehen, den die Zeit, die Erfahrung und das Wachstum der Bewegung zweifellos korrigieren werden. Einst hat der „Bund“ den Okonomismus unterstützt, die Spaltung im Ausland gefördert und Beschlüsse angenommen, wonach der ökonomische Kampf das *beste* Mittel der politischen Agitation ist. Wir haben uns dagegen gewandt und diese Auffassung bekämpft. Und der Kampf hat geholfen, die alten Fehler zu korrigieren, von denen jetzt wahrscheinlich keine Spur mehr übriggeblieben ist. Wir haben die terroristischen Neigungen bekämpft, die offenbar noch viel rascher vorübergegangen sind. Wir sind überzeugt, daß auch die nationalistischen Stimmungen vorübergehen werden. Das jüdische Proletariat wird zu guter Letzt begreifen, daß seine lebenswichtigsten Interessen den *engsten* Zusammenschluß mit dem russischen Proletariat in *einer* Partei erfordern, daß es die Höhe der Unvernunft ist, vorher entscheiden zu wollen, ob sich die Entwicklung des Judentums in einem freien Rußland von seiner Entwicklung in einem freien Europa unterscheiden wird, daß der „Bund“ (innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands) nicht über die Forderung jener vollständigen Autonomie in allen das jüdische Proletariat betreffenden Angelegenheiten hinausgehen darf, die der Parteitag von 1898 vollauf anerkannt und niemand jemals bestritten hat.

Aber kehren wir zur Erklärung des „Bund“ zurück. Die Fußnote in der „Mitteilung“ des OK wird darin als „zweideutig“ bezeichnet. Das ist eine Unwahrheit, die hart an Verleumdung grenzt. Das ZK des „Bund“ gibt ein paar Zeilen weiter selber zu, daß „die Gründe für das Fehlen unseres Vertreters auf der Konferenz rein zufällige waren“. Und was hat das OK gesagt? Es hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Vertreter des „Bund“ nur aus zufälligen Gründen nicht erschienen ist. Ihr bestätigt selber diese Annahme und erbot euch zugleich darüber. Weshalb? Weiter. Das Zufällige im voraus zu wissen, ist niemandem gegeben. Die

Worte des Auslandskomitees des „Bund“, das OK habe die Gründe *gekannt*, die das Erscheinen des Vertreters verhinderten, sind also völlig unbegründet. Das Auslandskomitee des „Bund“ spielt überhaupt die unanständigste Rolle in dieser Geschichte: es ergänzt die Erklärung des ZK des „Bund“ durch seine eigenen Erdichtungen, die im offenen Widerspruch selbst zu den Worten des ZK stehen! Wie konnte das Auslandskomitee des „Bund“ wissen, daß das OK die Gründe für die Abwesenheit des „Bund“ *gekannt* habe, wo doch das Zentralkomitee (und nicht das Auslandskomitee) des „Bund“ eingeladen war? Wo doch das Zentralkomitee des „Bund“ selbst die Gründe für seine Abwesenheit rein zufällige nennt??

„Wir sind überzeugt“, sagt das ZK des „Bund“, „daß diese zufälligen Gründe uns nicht hätten hindern können, zu antworten, wenn die Veranstalter der Konferenz sich etwas mehr angestrengt hätten...“ Wir möchten jeden unvoreingenommenen Menschen fragen: Wenn zwei Genossen, die im Begriffe stehen, im OK zusammenzukommen, einmütig anerkennen, daß die Gründe, die das Zusammentreffen verhindert haben, „rein zufällige“ waren, ist es dann angängig, ist es anständig, eine öffentliche Polemik darüber zu eröffnen, wer an dem Nichterscheinen die größere Schuld trägt? Von uns aus wollen wir bemerken, daß wir schon längst (natürlich nicht in der Presse, sondern in einem Brief) unser Bedauern über die Abwesenheit des „Bund“ zum Ausdruck gebracht haben und daß uns mitgeteilt wurde, der „Bund“ sei *zweimal* eingeladen worden: erstens durch einen Brief und zweitens durch eine persönliche, über das...er Komitee des „Bund“ gegangene Mitteilung.

Der Delegierte sei *fast einen Monat nach* der Konferenz gekommen, beklagt sich der „Bund“. Ja, das ist ein furchtbares Verbrechen und natürlich der Veröffentlichung wert, denn es veranschaulicht besonders deutlich die Akkuratess des „Bund“, der sich selber zwei Monate später nicht dazu aufgerafft hat, einen Delegierten zu entsenden!

Der Delegierte habe „sein Versprechen nicht gehalten“, die „Mitteilung“ des OK im Manuskript oder im Druckabzug, aber *unbedingt* noch vor der Verbreitung zu schicken... Wir raten unseren russischen Genossen, mit gewissen Leuten nicht ohne Protokolle zu verhandeln. Auch uns hatte die „Iskra“-Organisation versprochen, sowohl das Manuskript als auch ein gedrucktes Exemplar der „Mitteilung“ zu senden, und trotz-

dem bekamen wir das Manuskript überhaupt nicht und den Druckabzug *sehr viel später* zu sehen als die Mitglieder von Organisationen, die in keiner Verbindung mit der „Iskra“-Organisation stehen. Mögen die Bundisten darüber entscheiden, ob es von uns anständig wäre, wenn wir der „Iskra“-Organisation in der Presse vorwerfen wollten, sie habe ihr Versprechen gebrochen? Der Delegierte des OK hat dem ZK des „Bund“ versprochen, sofort an den Genossen, der den Druck der „Mitteilung“ besorgte, zu schreiben, daß er den Druck aufhalten solle: das war *in Wirklichkeit* das Versprechen (soweit wir nach unseren Informationen urteilen können). Es wurde gehalten, aber es war nicht mehr möglich, den Druck aufzuhalten, denn es blieb keine Zeit, um sich mit dem technischen Apparat zu verständigen.

Wir fassen zusammen: Die Initiatoren des OK haben Briefe geschrieben, durch das ...er Komitee persönlich eine Nachricht übermittelt und außerdem einen Delegierten an das ZK des „Bund“ geschickt, der „Bund“ aber hat monatelang *keinen einzigen* Brief geschickt, ganz zu schweigen von der Entsendung eines Delegierten! Und doch tritt der „Bund“ in der Presse mit Anklagen auf! Und das Auslandskomitee des „Bund“ versichert merkwürdigerweise, die Veranstalter der Konferenz hätten sich „merkwürdig“ benommen, ihre Handlungen stünden in schroffem Widerspruch zu ihrem Ziel, sie hätten „Eilfertigkeit“ an den Tag gelegt (das Zentralkomitee des „Bund“ macht ihnen umgekehrt den Vorwurf der Langsamkeit!), sie wollten den „Eindruck hervorrufen“, als habe sich der „Bund“ „indifferent verhalten“!!

Es bleibt uns noch übrig, einige Worte über die gegen das OK erhobene Anklage zu sagen, es habe die „*einzig richtige* Schlußfolgerung“ nicht gezogen, die da lautet: „Da eine Partei faktisch nicht existiert, so muß der bevorstehende Parteitag ein konstituierender sein, und darum müssen sämtliche in Rußland bestehenden sozialdemokratischen Organisationen sowohl der russischen als auch aller anderen Nationalitäten das Recht haben, an ihm teilzunehmen.“ Der „Bund“ versucht, die für ihn unangenehme Tatsache zu umgehen, daß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands zwar keine einheitliche Zentralstelle hat, aber in einer Reihe von Komitees und Organen besteht, und daß sie ein „Manifest“ und die Beschlüsse des ersten Parteitags besitzt, auf dem unter anderem auch im Namen des jüdischen Proletariats Leute auftraten, die noch keine Fort-

schritte in ökonomistischen, terroristischen und nationalistischen Schwankungen gemacht hatten. Eben dadurch, daß der „Bund“ formell das „Recht“ „aller“ Nationalitäten auf die Gründung der längst gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands verkündet, bestätigt er anschaulich, daß er den ganzen Staub nur wegen der berüchtigten „Föderation“ aufgewirbelt hat. Aber nicht dem „Bund“ steht es an, diese Frage aufzuwerfen, und nicht von „Rechten“ sollte hier unter ernsthaften Revolutionären die Rede sein. Daß auf der Tagesordnung der Zusammenschluß und die Vereinigung des Grundkerns der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands steht, das weiß jedermann. Selbstverständlich ist die Vertretung „aller“ Nationalitäten auf dem Parteitag zu begrüßen, dabei darf man jedoch nicht vergessen, daß an eine *Erweiterung* des Kerns oder an sein Bündnis mit anderen Organisationen erst zu denken ist, *nachdem die Bildung dieses Kerns abgeschlossen* (oder zumindest seine zweifelsfreie Festigung erfolgt) ist. Solange wir selber organisatorisch noch nicht geeinigt sind und den richtigen Weg noch nicht unumstößlich beschritten haben, wird eine Vereinigung mit uns „allen anderen“ Nationalitäten nichts bieten! Und die Entscheidung über die Frage der *Möglichkeit* (und nicht des „Rechts“, meine Herren!) einer Vertretung „aller anderen“ Nationalitäten auf unserm Parteitag hängt ab von einer ganzen Reihe taktischer und organisatorischer Schritte des OK und der russischen Komitees, hängt mit einem Wort ab vom Erfolg der Tätigkeit des OK. Daß aber der „Bund“ von Anfang an bemüht war, dem OK Knüppel zwischen die Beine zu werfen, das ist eine geschichtliche Tatsache.

„Iskra“ Nr. 33,
1. Februar 1903.

Nach dem Text der „Iskra“.

DAS MANIFEST DER ARMENISCHEN SOZIALDEMOKRATEN

Im Kaukasus hat sich eine neue sozialdemokratische Organisation gebildet: der „*Bund der armenischen Sozialdemokraten*“. Dieser Bund hat, wie uns bekannt ist, vor mehr als einem halben Jahr seine praktische Tätigkeit begonnen und besitzt bereits ein eigenes Organ in armenischer Sprache. Wir haben Nr. 1 dieses Organs erhalten, das sich „*Proletariat*“ nennt und am Kopf den Vermerk trägt: „*Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands*“. Es enthält eine Reihe von Artikeln, Notizen und Korrespondenzen, welche die sozialen und politischen Verhältnisse schildern, denen der „*Bund der armenischen Sozialdemokraten*“ seine Entstehung verdankt, und in allgemeinen Zügen das Programm seiner Tätigkeit umreißen.

Im Leitartikel, der „*Manifest der armenischen Sozialdemokraten*“ betitelt ist, lesen wir: „*Der ‚Bund der armenischen Sozialdemokraten‘, ein Zweig der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, die das ganze Gebiet Rußlands mit ihrem dichten Netz überzogen hat, ist in seiner Tätigkeit mit dieser Partei vollkommen solidarisch und wird mit ihr zusammen für die Interessen des Proletariats Rußlands im allgemeinen und des armenischen im besonderen kämpfen.*“ Weiter weisen die Verfasser auf die rasche Entwicklung des Kapitalismus im Kaukasus und auf die ihrer Tragweite und Vielseitigkeit nach ungeheuerlichen Folgen hin, die diesen Prozeß begleiten, und gehen dann zur gegenwärtigen Lage der Arbeiterbewegung im Kaukasus über. In den Industriezentren des Kaukasus, in Baku, Tiflis und Batum, mit ihren kapitalistischen Großbetrieben und ihrem zahlreichen Fabrikproletariat, hat diese Bewegung bereits tief Wurzel gefaßt. Aber der Kampf der kaukasischen Arbeiter gegen die

Unternehmer ist natürlich infolge ihres äußerst niedrigen Kulturstandes bisher mehr oder weniger unbewußt, spontan gewesen. Es bedurfte einer Kraft, die imstande war, die zersplitterten Kräfte der Arbeiter zu vereinigen, ihren Forderungen eine klar umrissene Form zu geben und in ihnen das Klassenbewußtsein herauszuarbeiten. Eine solche Kraft ist der Sozialismus. — Nach einer kurzen Darlegung der Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus setzt der Bund dann seine Stellung zu den heutigen Strömungen in der internationalen und insbesondere in der russischen Sozialdemokratie auseinander. „Die Verwirklichung des sozialistischen Ideals“, heißt es im Manifest, „ist unseres Erachtens weder durch die wirtschaftliche Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse noch durch politische und soziale Teilreformen denkbar, sie ist nur möglich, wenn die ganze bestehende Gesellschaftsordnung von Grund aus geändert wird, und zwar durch eine soziale Revolution, deren notwendiger Prolog die politische Diktatur des Proletariats sein muß.“ Weiter weist der Bund darauf hin, daß das in Rußland bestehende politische Regime jeder sozialen Bewegung und insbesondere der Arbeiterbewegung feindlich ist, und erklärt, daß er sich die politische Erziehung des armenischen Proletariats und dessen Gewinnung für den Kampf des gesamten russischen Proletariats zum Sturz der zaristischen Selbstherrschaft zur nächsten Aufgabe macht. Der Bund leugnet nicht glattweg die Notwendigkeit wirtschaftlicher Teilkämpfe der Arbeiter gegen die Unternehmer, aber er mißt ihnen keine selbständige Bedeutung bei. Er erkennt diesen Kampf an, soweit er die materielle Lage der Arbeiter bessert und in ihnen die Herausbildung des politischen Selbstbewußtseins und der Klassensolidarität fördert.

Besonders interessant ist für uns die Stellung des Bundes zur nationalen Frage. „Im Hinblick darauf“, heißt es im Manifest, „daß zum Bestand des Russischen Reiches viele verschiedene Völkerschaften gehören, die sich auf verschiedenen Stufen der kulturellen Entwicklung befinden, und in der Erkenntnis, daß nur eine breite Entwicklung der örtlichen Selbstverwaltung die Interessen dieser verschiedenartigen Elemente sichern kann, halten wir es für notwendig, im künftigen freien Rußland eine föderative (hervorgehoben von uns) Republik zu errichten. Was den Kaukasus anbelangt, so werden wir angesichts der extremen Vielstämmigkeit seiner Bevölkerung danach streben, alle örtlichen sozialistischen Elemente und alle Arbeiter, die den verschiedenen Nationalitäten angehören, zu-

sammenzuschließen; wir werden danach streben, eine einheitliche starke sozialdemokratische Organisation zu schaffen, um den Kampf gegen die Selbstherrschaft erfolgreicher führen zu können. Im künftigen Rußland erkennen wir für alle Nationen das Recht auf freie Selbstbestimmung an, denn in der nationalen Freiheit sehen wir nur eine der Formen der bürgerlichen Freiheit überhaupt. Von diesem Satz ausgehend und dem bereits erwähnten Umstand Rechnung tragend, daß die kaukasische Bevölkerung sich aus vielen Stämmen zusammensetzt, zwischen denen es keine geographischen Grenzen gibt, halten wir es nicht für tragbar, die Forderung der politischen Autonomie für die kaukasischen Völkerschaften in unser Programm aufzunehmen; wir fordern nur die Autonomie im kulturellen Leben, d. h. die Freiheit der Sprache, der Schulen, der Bildung usw.“

Wir begrüßen von ganzem Herzen das Manifest des „Bundes der armenischen Sozialdemokraten“ und besonders seinen beachtenswerten Versuch, eine richtige Lösung der nationalen Frage zu finden. Es wäre sehr wünschenswert, daß man diesen Versuch zu Ende führt. Die zwei Grundprinzipien, an die sich alle Sozialdemokraten Rußlands in der nationalen Frage halten müssen, hat der Bund vollkommen richtig *umrissen*. Das ist erstens die Forderung nicht der nationalen Autonomie, sondern der politischen und bürgerlichen Freiheit und der vollständigen Gleichberechtigung; das ist zweitens die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes für jede Nationalität, die zum Bestand des Reiches gehört. Aber diese beiden Prinzipien werden vom „Bund der armenischen Sozialdemokraten“ noch nicht ganz folgerichtig angewandt. In der Tat, kann man von *ihrem Standpunkt aus* die Forderung einer *föderativen* Republik erheben? Eine Föderation setzt autonome nationale politische Einheiten *voraus*, der Bund aber lehnt die Forderung der nationalen Autonomie ab. Um ganz folgerichtig zu sein, mußte der Bund die Forderung der *föderativen* Republik aus seinem Programm streichen und sich auf die Forderung der demokratischen Republik schlechthin beschränken. Es ist nicht Sache des Proletariats, Föderalismus und nationale Autonomie zu *propagieren*, es ist nicht Sache des Proletariats, Forderungen aufzustellen, die unweigerlich auf die Forderung hinauslaufen, einen autonomen *Klassenstaat* zu bilden. Sache des Proletariats ist es, möglichst breite *Massen* der Arbeiter aller Nationalitäten möglichst fest zusammenzuschweißen, sie in einer *möglichst breiten Arena* zum Kampf für die demokratische Republik und den Sozialismus zusammen-

zuschweißen. Und wenn die staatliche Arena, die uns heute zur Verfügung steht, durch eine Reihe empörender Gewalttaten geschaffen worden ist, gestützt und erweitert wird, so dürfen wir — eben zum erfolgreichen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung jeder Art — die Kräfte der *Arbeiterklasse*, die am meisten unterdrückt und am kampffähigsten ist, nicht zersplittern, sondern müssen sie vereinigen. Die Forderung nach Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes für jede Nationalität bedeutet an und für sich nur, daß wir, die Partei des Proletariats, uns immer und unbedingt *gegen jeden Versuch* auflehnen müssen, die Selbstbestimmung des Volkes durch *Gewalt oder Ungerechtigkeit* von außen zu beeinflussen. Wenn wir diese unsere negative Pflicht (des Kampfes und Protestes gegen die Gewalt) stets erfüllen, so sorgen wir selber von uns aus für die Selbstbestimmung nicht der Völker und Nationen, sondern des *Proletariats* innerhalb jeder Nationalität. Somit muß das allgemeine, grundlegende, stets verbindliche Programm der Sozialdemokraten Rußlands nur in der Forderung der vollständigen Gleichberechtigung der Staatsbürger (unabhängig von Geschlecht, Sprache, Religion, Rasse, Nationalität usw.) und ihres Rechtes auf freie demokratische *Selbstbestimmung* bestehen. Was hingegen die *Unterstützung* der Forderungen nach *nationaler* Autonomie betrifft, so ist diese Unterstützung durchaus keine bleibende, programmatische Pflicht des Proletariats. Diese Unterstützung kann für das Proletariat nur in einzelnen, außerordentlichen Fällen notwendig werden. Hinsichtlich der armenischen Sozialdemokratie ist das Nichtvorhandensein solcher außerordentlichen Umstände vom „Bund der armenischen Sozialdemokraten“ selber anerkannt worden.

Wir hoffen, zur Föderations- und Nationalitätenfrage noch zurückzukehren.* Jetzt aber wollen wir schließen, indem wir das neue Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands — den „Bund der armenischen Sozialdemokraten“ — noch einmal begrüßen.

„Iskra“ Nr. 33,
1. Februar 1903.

Nach dem Text der „Iskra“.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 452—461. Die Red.

BRAUCHT DAS JUDISCHE PROLETARIAT EINE „SELBSTÄNDIGE POLITISCHE PARTEI“ ?

In Nr. 105 (vom 28./15. Januar 1903) der vom „Auslandskomitee des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterverbands in Litauen, Polen und Rußland“ herausgegebenen Zeitung „Poslednije Iswestija“ finden wir in dem kleinen Aufsatz „Aus Anlaß einer Flugschrift“ (gemeint ist die Flugschrift des Jekaterinoslawer Komitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands) folgende ebenso erstaunliche wie wichtige und wahrhaft „folgeschwere“ Behauptung: „Das jüdische Proletariat hat sich im ‚Bund‘ als selbständige (sic!*) politische Partei konstituiert (sic!).“

Das haben wir bis jetzt nicht gewußt. Das ist etwas Neues.

Bisher war der „Bund“ ein Bestandteil der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, und noch (noch!) in Nr. 106 der „Poslednije Iswestija“ finden wir eine Erklärung des Zentralkomitees des „Bund“ mit der Überschrift „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands“. Allerdings hat der „Bund“ auf seinem letzten, dem IV. Kongreß beschlossen, seinen Namen zu ändern (ohne auch nur den Wunsch zu äußern, die Meinung der russischen Genossen über die Benennung dieses oder jenes Teils der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands anzuhören) und neue, *föderative* Beziehungen im Statut der Russischen Partei „durchzusetzen“. Das Auslandskomitee des „Bund“ hat diese Beziehungen sogar schon „durchgesetzt“, wenn man seinen Austritt aus dem „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten“ und den Abschluß eines föderativen Vertrages mit dem Auslandsbund so bezeichnen kann.

Doch der „Bund“ selbst erklärte ganz entschieden, als die „Iskra“ gegen

* so! Die Red.

die Beschlüsse seines IV. Kongresses polemisierte, daß er nur die Absicht habe, *seine Wünsche und Beschlüsse* innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands *durchzusetzen*, d. h., er gab unumwunden und kategorisch zu, daß er ein Teil der SDAPR bleibt, bis diese Partei ein neues Statut annimmt, bis sie neue Formen der Beziehungen zum „Bund“ ausarbeitet.

Und nun stellt sich plötzlich heraus, daß sich das jüdische Proletariat bereits als *selbständige* politische Partei *konstituiert hat!* Wir wiederholen noch einmal: Das ist etwas Neues.

Ebenso neu ist der grimmige und törichte Angriff des Auslandskomitees des „Bund“ gegen das Jekaterinoslawer Komitee. Wir haben endlich (*wenn auch leider mit großer Verspätung*) dessen Flugschrift erhalten und können ohne Zaudern sagen, daß der Angriff gegen eine *solche* Flugschrift *zweifellos* einen wichtigen politischen Schritt des „Bund“ darstellt.* Dieser Schritt steht in vollem Einklang mit der Erklärung des „Bund“, er sei eine selbständige politische Partei, und wirft noch greller Licht auf das Gesicht und die Handlungsweise dieser neuen Partei.

Leider hindert uns Raummangel, die Jekaterinoslawer Flugschrift ganz abzudrucken (sie würde etwa zwei Spalten der „Iskra“ beanspruchen**), und wir beschränken uns auf die Bemerkung, daß diese ausgezeichnete Flugschrift den jüdischen Arbeitern *der Stadt Jekaterinoslaw* (wir werden gleich erklären, warum wir diese Worte unterstreichen) die Stellung der Sozialdemokraten zum Zionismus und zum Antisemitismus vortrefflich auseinandersetzt. Dabei ist die Flugschrift so besorgt, so kameradschaftlich besorgt um die Gefühle, Stimmungen und Wünsche der jüdischen Arbeiter, daß sie die Notwendigkeit des Kampfes unter dem Banner der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands *„sogar zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung eurer“* (die Flugschrift wendet sich an die jüdischen Arbeiter) *„nationalen Kultur“*, *„sogar im rein nationalen Interesse“* (unterstrichen und kursiv gedruckt in der Flugschrift selbst) besonders betont und hervorhebt.

* Vorausgesetzt natürlich, daß das Auslandskomitee des „Bund“ in dieser Frage die Ansichten des gesamten „Bund“ zum Ausdruck bringt.

** Wir beabsichtigen, diese Flugschrift und den Angriff des Auslandskomitees des „Bund“ gegen sie in einer Broschüre zu veröffentlichen, deren Drucklegung von uns vorbereitet wird.

Und trotzdem fällt das Auslandskomitee des „Bund“ (fast hätten wir gesagt, das Zentralkomitee der neuen Partei) über diese Flugschrift her, weil sie mit keinem Wort den „Bund“ erwähnt. Das ist also ihr einziges, dafür aber unverzeihliches, furchtbares Verbrechen. Deshalb wird dem Jekaterinoslawer Komitee Mangel an „politischem Sinn“ vorgeworfen. Die Jekaterinoslawer Genossen werden gerügt, weil sie „den Gedanken von der Notwendigkeit einer besonderen Organisation“ (welch tiefer und wichtiger Gedanke!) „der Kräfte (!) des jüdischen Proletariats immer noch nicht verdaut haben“, weil sie „immer noch den sinnlosen Traum hegen, sie könnten ihn (den ‚Bund‘) irgendwie loswerden“, weil sie „das nicht minder schädliche (als das zionistische) Märchen“ verbreiten, der Antisemitismus sei mit den bürgerlichen, nicht aber mit den proletarischen Schichten und den Interessen dieser Schichten verbunden. Deshalb wird dem Jekaterinoslawer Komitee empfohlen, „sich frei zu machen von der schlechten Gewohnheit, die selbständige jüdische Arbeiterbewegung totzuschweigen“ und „sich mit der Tatsache abzufinden, daß der ‚Bund‘ existiert“.

Es fragt sich nun: Liegt hier wirklich ein Verbrechen des Jekaterinoslawer Komitees vor? Hätte es wirklich unbedingt den „Bund“ erwähnen müssen? Auf diese Fragen kann man nur verneinend antworten, schon aus dem einfachen Grunde, weil die Flugschrift nicht an die „jüdischen Arbeiter“ im allgemeinen gerichtet ist (wie das Auslandskomitee des „Bund“ fälschlicherweise behauptet), sondern an die „jüdischen Arbeiter der Stadt Jekaterinoslaw“ (das Auslandskomitee des „Bund“ hat vergessen, die drei letzten Worte anzuführen!). In Jekaterinoslaw gibt es aber gar keine Organisation des „Bund“. (Und überhaupt hat der IV. Kongreß des „Bund“ in bezug auf Südrußland beschlossen, in jenen Städten, wo die jüdischen Organisationen in den Parteikomitees vertreten sind und ihre Bedürfnisse ohne Absonderung von diesen Komitees durchaus befriedigt werden können, keine gesonderten Komitees des „Bund“ zu gründen.) Da die jüdischen Arbeiter in Jekaterinoslaw nicht in einem besonderen Komitee organisiert sind, steht demnach ihre Bewegung (die von der gesamten Arbeiterbewegung dieses Gebiets nicht zu trennen ist) voll und ganz unter der Leitung des Jekaterinoslawer Komitees, das sie der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands unmittelbar unterordnet, und diese muß sie zur Arbeit für die Gesamtpartei auffordern, nicht aber für deren

einzelne Teile. Unter diesen Umständen war das Jekaterinoslawer Komitee offensichtlich nicht nur nicht verpflichtet, den „Bund“ zu erwähnen, sondern hätte im Gegenteil, wenn es ihm eingefallen wäre, „die Notwendigkeit einer besonderen Organisation der Kräfte“ (das wäre eher und wahrscheinlicher eine Organisation der *Kraftlosigkeit**) „des jüdischen Proletariats“ zu predigen (wie die Bundisten wollen), einen gewaltigen Fehler begangen und nicht nur dem Parteistatut, sondern auch den Interessen der Einheit des proletarischen Klassenkampfes direkt zuwider gehandelt.

Weiter. Dem Jekaterinoslawer Komitee wird vorgeworfen, es sei in der Frage des Antisemitismus mangelhaft „orientiert“. Das Auslandskomitee des „Bund“ offenbart wahrhaft kindische Auffassungen von den großen sozialen Bewegungen. Das Jekaterinoslawer Komitee spricht von der *internationalen* antisemitischen Bewegung der *letzten Jahrzehnte* und bemerkt, daß „diese Bewegung von Deutschland nach anderen Ländern übergreifen und überall gerade in den bürgerlichen, nicht aber in den proletarischen Schichten der Bevölkerung Anhänger gefunden hat“. — „Das ist ein nicht minder schädliches Märchen“ (als die zionistischen Märchen), zertet ganz erbost das Auslandskomitee des „Bund“. Der Antisemitismus „hat in der Arbeitermasse Wurzeln geschlagen“, wofür der „orientierte“ „Bund“ zwei Tatsachen als Beweis anführt: 1. die Beteiligung von Arbeitern am Pogrom in Czenstochau und 2. die Handlungsweise von 12 (*zwölf!*) christlichen Arbeitern in Shitomir, die Streikbrecherdienste leisteten und drohten, „alle Juden abzuschlachten“. — Das sind wirklich schwerwiegende Beweise, insbesondere der letzte! Die Redaktion der „Poslednije Iswestija“ ist so daran gewöhnt, mit großen Streiks von 5 oder 10 Mann zu operieren, daß sie die Handlungsweise von 12 rückständigen Arbeitern in Shitomir als Maßstab heranzieht für die Verbindung des internationalen Antisemi-

* Eben solch einer „Organisation der Kraftlosigkeit“ dient der „Bund“, wenn er Ausdrücke gebraucht wie z. B.: unsere Genossen aus den „christlichen Arbeiterorganisationen“. Das ist ebenso toll wie der ganze Ausfall gegen das Jekaterinoslawer Komitee. Wir kennen keine „christlichen“ Arbeiterorganisationen. Die Organisationen, die zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands gehören, haben unter ihren Mitgliedern nie religiöse Unterschiede gemacht, haben sie nie nach ihrer Religion gefragt und *werden* sie nie danach fragen — auch dann nicht, wenn der „Bund“ sich *tatsächlich* als „selbständige politische Partei konstituiert“.

tismus mit diesen oder jenen „Bevölkerungsschichten“. Das ist wirklich ein Glanzstück! Hätten die Bundisten, statt ihren törichten und lächerlichen Zorn am Jekaterinoslawer Komitee auszulassen, ein wenig über diese Frage nachgedacht und wenigstens die von ihnen kürzlich in jiddischer Sprache herausgegebene Broschüre Kautskys über die soziale Revolution⁸¹ zu Rate gezogen, so hätten sie die *unzweifelhafte* Verbindung des Antisemitismus mit den Interessen gerade der kapitalistischen, nicht aber der proletarischen Bevölkerungsschichten begriffen. Und hätten sie noch etwas mehr nachgedacht, so wären sie auch dahintergekommen, daß der soziale Charakter des heutigen Antisemitismus sich nicht ändert durch die Tatsache, daß an diesem oder jenem Pogrom nicht nur Dutzende, sondern sogar Hunderte unorganisierter und zu neun Zehnteln noch völlig unaufgeklärter Arbeiter teilnehmen.

Das Jekaterinoslawer Komitee wandte sich (und zwar mit vollem Recht) gegen das Märchen der Zionisten von der Ewigkeit des Antisemitismus, der „Bund“ aber hat durch seine erboste Berichtigung nur die Frage verwirrt und unter den jüdischen Arbeitern Ideen ausgestreut, die zur *Trübung* ihres Klassenbewußtseins führen.

Vom Standpunkt des Kampfes der gesamten Arbeiterklasse Rußlands für die politische Freiheit und den Sozialismus ist der Ausfall des „Bund“ gegen das Jekaterinoslawer Komitee der Gipfel der Unvernunft. Vom Standpunkt des „Bund“ als selbständige politische Partei“ wird dieser Ausfall begreiflich: Wagt es nicht, „jüdische“ Arbeiter irgendwo zusammen und untrennbar verbunden mit „christlichen“ Arbeitern zu organisieren! Wagt es nicht, euch im Namen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands oder ihrer Komitees unmittelbar, „unter Umgehung der zuständigen Stellen“, ohne Vermittlung des „Bund“, ohne Erwähnung des „Bund“, an die jüdischen Arbeiter zu wenden!

Und diese tief bedauerliche Tatsache ist ja kein Zufall. Hattet ihr in Angelegenheiten, die das jüdische Proletariat betreffen, statt Autonomie einmal „Föderation“ verlangt, so *mußtet* ihr wohl oder übel auch den „Bund“ zu einer „selbständigen politischen Partei“ erklären, um die Möglichkeit zu haben, diese Föderation *um jeden Preis* durchzusetzen. Doch den „Bund“ zu einer selbständigen politischen Partei erklären, das heißt den Grundfehler in der nationalen Frage in einer Weise ad absurdum führen, die unbedingt und unvermeidlich als Ausgangspunkt dienen wird

für einen Umschwung in den Anschauungen des jüdischen Proletariats und der jüdischen Sozialdemokraten überhaupt. Die „Autonomie“ im Statut von 1898 sichert der jüdischen Arbeiterbewegung alles, was sie nur braucht: Propaganda und Agitation in jiddischer Sprache, eigene Literatur, eigene Kongresse, Aufstellung besonderer Forderungen in Entwicklung des einen gemeinsamen sozialdemokratischen Programms, Befriedigung der örtlichen Nöte und Bedürfnisse, die sich aus den besonderen Bedingungen des jüdischen Lebens ergeben. In allem übrigen ist die vollständige und engste Verschmelzung mit dem russischen Proletariat notwendig, das verlangen die Interessen des Kampfes des gesamten Proletariats Rußlands. Und dem ureigenen Wesen der Sache nach ist jede Angst vor einer „Majorisierung“ bei einer solchen Verschmelzung unbegründet, denn vor einer Majorisierung in besonderen Fragen der *jüdischen* Bewegung sichert gerade die Autonomie, in Fragen des Kampfes gegen die Selbstherrschaft aber, des Kampfes gegen die Bourgeoisie ganz Rußlands müssen wir als einige, zentralisierte Kampforganisation auftreten, müssen wir uns auf das gesamte Proletariat stützen, ohne Unterschied der Sprache und der Nationalität, auf das durch die ständige gemeinsame Lösung der theoretischen und praktischen, der taktischen und organisatorischen Fragen zusammengeschweißte Proletariat. Wir dürfen keine Organisationen schaffen, die getrennt marschieren, die ihre eigenen Wege gehen; wir dürfen die Kraft unseres Ansturms nicht durch Zersplitterung in zahlreiche selbständige politische Parteien schwächen, keine Entfremdung und Absonderung in unsere Reihen hineinragen, um nachher die künstlich eingempfte Krankheit mit den Pflastern der vielgepriesenen „Föderation“ zu heilen.

„Iskra“ Nr. 34,
15. Februar 1903.

Nach dem Text der „Iskra“.

DIE MARXISTISCHEN AUFFASSUNGEN
VON DER AGRARFRAGE IN EUROPA
UND IN RUSSLAND ⁸²

Geschrieben im Februar 1903.

*Zuerst veröffentlicht 1932 im
Lenin-Sammelband XIX.*

Nach dem Manuskript.

PROGRAMM DER VORLESUNGEN

Vorlesung I. *Allgemeine Theorie der Agrarfrage*. Entstehung der kapitalistischen Landwirtschaft. Verschiedene Entwicklungsformen der warenproduzierenden Landwirtschaft und die Entstehung der Klasse landwirtschaftlicher Lohnarbeiter. Die Rententheorie von Marx. Der bürgerliche Charakter der Lehren der sogenannten kritischen Schule (der Herren Bulgakow, Hertz, David, Tschernow, zum Teil Maslow u. a.), die versucht, die Tatsache des Tributs, den die Grundeigentümer von der Gesellschaft erheben, durch Naturgesetze zu erklären (in der Art des berüchtigten Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag). Widersprüche des Kapitalismus in der Landwirtschaft.

Vorlesung II. *Klein- und Großbetrieb in der Landwirtschaft*.

Die Bemühungen der sogenannten kritischen Schule, die Sklaverei des Kleinproduzenten in der modernen Gesellschaft zu vertuschen. Analyse der monographischen Untersuchungen, die von dieser Schule völlig verkehrt aufgefaßt wurden (M. Hecht, K. Klawki, Auhagen).

Vorlesung III. *Fortsetzung*. Die Badische Enquete. Vollkommene Bestätigung der marxistischen Auffassungen durch ihre Ergebnisse. Die allgemeinen Daten der deutschen Agrarstatistik. Das Märchen von der latifundialen Entartung des Großkapitals. Maschinen in der Landwirtschaft. Größte Verschlechterung des Zugviehs in den mittleren Bauernwirtschaften. Genossenschaften in der Landwirtschaft; die deutschen Massendaten von 1895 über die Molkereigenossenschaften. Unterschied zwischen den Genossenschaften in der Landwirtschaft und den Trusten in der Industrie der Form nach, ein Unterschied, der die sogenannte kritische Schule daran hinderte, zu begreifen, daß diese wie jene ihrem gesellschaftlich-ökonomischen Inhalt nach völlig gleichartig sind.

Vorlesung IV. *Die Agrarfrage in Rußland*. Grundlagen der volkstümlichen Weltanschauung und ihre geschichtliche Bedeutung als einer primitiven Form der Agrardemokratie. Zentrale Bedeutung der Frage der Bauernschaft (Dorfgemeinde und Volksproduktion). Zerfall der Bauernschaft in Dorfbourgeoisie und Landproletariat. Methoden zum Studium dieses Vorgangs und seine Bedeutung. Ablösung der Fronwirtschaft durch die kapitalistische Wirtschaft. Reaktionärer Charakter der volkstümlichen Anschauungen. Erfordernisse der geschichtlichen Gegenwart: Beseitigung der Überreste der Leibeigenschaft und freie Entfaltung des Klassenkampfes im Dorf.

KONSPEKT DER ERSTEN VORLESUNG

Allgemeine Theorie

Marx' Theorie von der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise betrifft ebenso die Landwirtschaft wie die Industrie. Die Hauptmerkmale des Kapitalismus und seine verschiedenen Formen in Landwirtschaft und Industrie dürfen nicht verwechselt werden.

Untersuchen wir, worin die charakteristischen Hauptmerkmale und die besonderen Formen des Prozesses bestehen, der das kapitalistische System der Landwirtschaft erzeugt. Die Entstehungsursache dieses Prozesses ist eine doppelte: 1. die Warenproduktion und 2., daß nicht nur das Produkt, sondern auch die Arbeitskraft Ware ist. Wird diese Kraft in den Austausch einbezogen, so wird die ganze Produktion kapitalistisch, entsteht die besondere Klasse des Proletariats. Das Wachstum der Warenproduktion und die Entwicklung der Lohnarbeit vollziehen sich in der Landwirtschaft in anderer Form als in der Industrie, daher könnte hier die Anwendung der Marxschen Theorie als verfehlt erscheinen, aber man muß wissen, in welcher Form die Landwirtschaft kapitalistisch wird. Zu diesem Zweck muß man vor allem 2 Erscheinungen klären:

- I. Wie entwickelt sich die warenproduzierende Landwirtschaft? und
- II. Wie vollzieht sich die Entstehung der Arbeiterklasse?

I. Das rasche Anwachsen der industriellen Bevölkerung und der Umstand, daß die produzierten Güter auf den Markt gebracht werden, ist die Grunderscheinung dieses Prozesses. Für eine breite Entwicklung der

warenproduzierenden Landwirtschaft ist demnach eine breite Entwicklung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung erforderlich. Dieser Prozeß äußert sich in verschiedenen Formen und ist in den Ländern zu beobachten, die Getreide ein- und ausführen. Indessen ruft in den Industrieländern die rasche Zunahme der Industriebevölkerung einen Getreidemangel hervor, d. h. die Unmöglichkeit, bei unverändertem System der Technik ohne Getreideeinfuhr aus anderen Ländern auszukommen. Die erhöhte Nachfrage nach Getreide bei gleichzeitigem Privateigentum am gesamten Grund und Boden führt zur Bildung des Monopolpreises.

Das ist wichtig für die Erklärung der Rente.

Der eigentliche Entstehungsprozeß der warenproduzierenden Landwirtschaft vollzieht sich nicht ganz so wie in der Fabrikindustrie: in der Industrie geht das in einfacher und geradliniger Form vor sich, in der Landwirtschaft hingegen sehen wir etwas anderes: da überwiegt ein Gemisch von warenproduzierender und nicht warenproduzierender Landwirtschaft. Hier kommen verschiedene Formen zusammen. In jedem Gebiet wird hauptsächlich *ein* bestimmtes Produkt auf den Markt gebracht. Einerseits ist die Produktion des Gutsbesitzers und insbesondere des Bauern eine Warenproduktion, andererseits behält sie ihren konsumtiven Charakter.

Die Notwendigkeit, sich Geld zu verschaffen, bewirkt den Übergang von der Naturalwirtschaft zur Warenwirtschaft. Die Macht des Geldes lastet nicht nur in Westeuropa, sondern auch in Rußland auf den Bauern. Wie die Semstwestatistik zeigt, erreicht selbst dort, wo die Überreste der patriarchalischen Wirtschaft sehr stark sind, die Unterordnung des Bauern unter den Markt riesige Ausmaße.

II. Der Entstehungsprozeß der Lohnarbeiterklasse ist gekennzeichnet durch den Zerfall der Bauernschaft in 2 Schichten: 1. Farmer, die die Landwirtschaft als Industrie betrachten, und 2. Lohnarbeiter. Dieser Prozeß wird oft Differenzierung der Bauernschaft genannt. Besonders in Rußland ist er sehr augenfällig zutage getreten. Beobachtet wurde er indessen von den Ökonomen schon zur Zeit des Feudalsystems.

Besonderheiten der Entstehung.

Dieser Prozeß vollzieht sich ungleichmäßig. Zugleich mit der Bildung der Lohnarbeiterklasse gewahren wir das Fortbestehen des patriarchalischen und die Bildung eines neuen, des kapitalistischen Systems. Die

Lohnarbeiterklasse ist so oder anders mit dem Grund und Boden verbunden: folglich werden die Formen des Prozesses sehr mannigfaltig sein.

Über die Herrschaft der kapitalistischen Landwirtschaft

Die Rente

Die Bevölkerung eines kapitalistischen Landes gliedert sich in 3 Klassen: 1. Lohnarbeiter, 2. Grundeigentümer und 3. Kapitalisten. Bei der Untersuchung des Systems ist von örtlichen Sonderfällen abzusehen, in denen es eine derart ausgebildete Teilung noch nicht zu geben braucht.

Die grundlegende Einteilung des Produkts erfolgt nach Marx in notwendiges und Mehrprodukt. Einen bestimmten Teil dieses Mehrprodukts stellt denn auch die Grundrente dar, nämlich jenen Teil, der nach Abzug des Durchschnittsprofits auf das Kapital übrigbleibt. Der Durchschnittsprofit wird aber in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft unter dem Einfluß der Konkurrenz gebildet, die das Mehrprodukt unter die Kapitalisten nicht proportional zur Zahl der Arbeiter, sondern proportional zur Höhe des in dem Unternehmen investierten Gesamtkapitals verteilt.

Die Bildung des Durchschnittsprofits untersucht Marx im III. Band des „Kapitals“. Auf Bodenflächen von verschiedener Fruchtbarkeit wird das Kapital verschiedenen Profit abwerfen: auf dem schlechteren Boden wird der Profit kleiner, auf dem besseren größer, also Surplusprofit sein. (Schon vor Marx hatte Ricardo den Grundstock der Rententheorie gelegt.) Infolge des Preismonopols auf dem Getreidemarkt und der allgemein unzureichenden Getreidemenge wird der Preis durch den schlechtesten Boden bestimmt. Den Profitüberschuß, den man auf Boden besserer Qualität oder auf nahe dem Markt gelegenen Boden im Vergleich zu schlechterem und entlegenerem Boden erhält, wird nach Marx *Differentialrente* genannt.

Die Rente wird den Farmern von den Grundeigentümern abgenommen.

Die verschiedene Höhe des Surplusprofits kann zweifacher Art sein: 1. jene, die sich aus dem Unterschied der Fruchtbarkeit und 2. jene, die sich aus unterschiedlicher Kapitalanlage ergibt. Weiter. Außer dem Monopol der privaten Bodenbewirtschaftung existiert das Monopol des Privateigentums am Grund und Boden: der Grundeigentümer braucht dem

Farmer das Land nicht zu geben, solange der Getreidepreis nicht steigt, und dann nimmt er sich die *absolute* Rente, die ein elementares Monopol darstellt. Sie kann sein: 1. Monopol in reiner Form (dann darf sie, streng analysiert, nicht Rente genannt werden). 2. Die absolute Rente kann dem Surplusprofit auf das landwirtschaftliche Kapital kraft folgenden Umstands entnommen werden. In der Landwirtschaft ist die Technik niedriger und daher der Anteil des variablen (= profiterzeugenden) Kapitals höher als in der Industrie. Darum muß auch der Anteil des Profits in der Landwirtschaft höher sein als in der Industrie. Nun verhindert aber das Monopol des Grundeigentums einen Ausgleich zwischen dem hohen Profit in der Landwirtschaft und dem niedrigen Profit in der Industrie. Aus dem höheren, keinem Ausgleich unterworfenen landwirtschaftlichen Profit stammt denn auch die absolute Rente im eigentlichen Sinne des Wortes. Ihre Quelle ist die Steigerung des Getreidepreises. Die Differentialrente hingegen entstammt dem Produkt. Die letzten Jahre, durch die Einbeziehung neuer Länder in den Handel gekennzeichnet, haben zu einer Krise geführt.

Der Bodenpreis ist die im voraus errechnete, vorweggenommene Rente. Daher wird er als Einkommen von einem bestimmten Kapital betrachtet. Beim Landkauf muß ein Kapital aufgewendet werden, welches das Einkommen der Durchschnittsrente abwerfen kann. Daher hat die rasche Entwicklung der Industrie in Europa die Rente stark in die Höhe getrieben und sie fixiert.

Das kürzlich erschienene Buch Maslows „Entwicklungsbedingungen der Landwirtschaft in Rußland“ ist zu einem großen Teil der Rententheorie gewidmet, aber in dieser Frage steht Maslow auf einem völlig irrigen Standpunkt, da er die Argumente der bürgerlichen sogenannten Marx-„Kritiker“ vom Schlage des Herrn Bulgakow u. a. wiederholt. Marx hat gezeigt, daß die alte englische politische Ökonomie diese Frage allzu einfach betrachtete, nicht als einen Prozeß, der besondere historische, sondern als einen Prozeß, der natürliche Bedingungen hervorbringt, daher argumentierte sie: Die Rente wird durch den notwendigen Übergang von besserem zu schlechterem Boden gebildet. Aber auch der umgekehrte Übergang kommt vor, da Vervollkommnungen stattfinden. Die Kritiker sind von Marx zur bürgerlichen Ökonomie zurückgegangen.

Eine andere enge Auffassung der Rententheorie ist die Verbindung

des Gesetzes von der Bildung der Differentialrente mit dem Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag, dem zufolge der Profit auf ein und demselben Grundstück angeblich abnimmt. Ricardo erklärt den Übergang von besserem zu schlechterem Boden mit der *Unmöglichkeit*, immerfort größeres Kapital anzulegen. — Die russischen „Kritiker“ haben sich sämtlich zu Verteidigern der Theorie vom abnehmenden Bodenertrag aufgeworfen, ebenso wie Maslow, der in den übrigen Fragen Marxist bleiben möchte. Aber die Argumente zugunsten dieser Theorie gingen nicht über Witzeleien hinaus wie etwa: Wenn man diese Theorie nicht anerkenne, müsse man annehmen, daß man von einem Fleckchen Boden einen ganzen Staat ernähren könne.

Marx bekämpfte diese Theorie. Sie betrachtet den Kapitaleaufwand rein rechnerisch und begeht den Fehler, die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse zu ignorieren. Nimmt man an, daß die Anlage immer größeren Kapitals jederzeit möglich ist, so wäre sie richtig, aber das setzt die Umwandlung der Systeme voraus, während sich die Systeme in der Landwirtschaft jahrhundertlang halten, und das hat der Anlage von Kapital bestimmte Grenzen gesetzt. Bei unveränderter Technik ist eine weitere Anlage von Kapital unmöglich oder in nur engen Grenzen möglich. Marx weist darauf hin, daß man in der Industrie auf einer gegebenen Bodenfläche die Produktion auch nicht unbegrenzt erweitern kann: wenn das Unternehmen eine bestimmte Bodenfläche einnimmt, so muß man diese vergrößern, um es erweitern zu können. *Wenn* hingegen der Grund und Boden rationell bearbeitet wird, so muß dies die Produktion zwangsläufig verbessern, und in dieser Hinsicht, schlußfolgert Marx, bietet der Boden keineswegs einen Nachteil, sondern umgekehrt. Aber gerade dieses „*wenn*“ haben die Gegner der Marxschen Theorie ignoriert. Maslow als Pseudo-Marxist kann also mit seinen Ansichten in dieser Frage viele irreführen. Sein Buch ist eines von unzähligen Beispielen unserer Zeit — Rückschritt statt Fortschritt.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung nimmt absolut ab, aber die landwirtschaftliche Produktion schreitet fort. Im 19. Jahrhundert hing dieser Fortschritt eng zusammen mit dem Wachstum der warenproduzierenden Landwirtschaft. Er kennzeichnet einen Grundzug der gegenwärtigen kapitalistischen Ordnung, der sich darin äußert, daß in der Landwirtschaft die Konkurrenz, daß ein Markt für sie entsteht und daß die Bevölkerung

sich differenziert. Dieser Fortschritt gab der Entwicklung der Landwirtschaft einen starken Anstoß, aber jeder Schritt vorwärts war begleitet von neuen Widersprüchen, die es unmöglich machten, alle Produktivkräfte der neuen, wissenschaftlichen Landwirtschaft auszunutzen. Der Kapitalismus erzeugt die Großproduktion, die Konkurrenz und als beider Begleiterscheinung den Raubbau an den Produktivkräften des Bodens. Die Konzentration der Bevölkerung in der Stadt führt zur Entvölkerung des Landes, zu einem anormalen Stoffwechsel. Die Bodenbestellung verbessert sich nicht oder verbessert sich nicht so, wie sie sollte.

Die sozialistische Kritik hat hierauf schon seit langem aufmerksam gemacht (Marx). Herr Hertz und bei uns in Rußland später die Herren Bulgakow, Tschernow und Struve behaupteten, die Theorie von Marx, der sich auf Liebig gestützt habe, sei veraltet. Diese Meinung der „Kritiker“ ist völlig falsch. Die durch den Kapitalismus hervorgerufene Störung des Gleichgewichts zwischen der Ausbeutung des Bodens und der Düngung des Bodens unterliegt keinem Zweifel (Rolle der Trennung von Stadt und Land). Viele Schriftsteller, die nicht mit der marxistischen Theorie, sondern mit deren „Kritik“ sympathisieren, werden von ihren eigenen Angaben widerlegt. Zum Beispiel Nossig. Aus seinen Angaben geht hervor, daß die Produktivkräfte des Bodens nicht ersetzt werden, daß man dem Boden nicht zurückgibt, was man ihm nimmt. Künstlicher und tierischer Dünger sind nötig. Im Durchschnitt ist von 60 000 Kilogramm Dünger pro Hektar Boden $\frac{1}{3}$ Naturdünger erforderlich, aber das gegenwärtige Landwirtschaftssystem ist außerstande, das zu geben.

Der Einfluß des Kapitalismus in der Landwirtschaft macht sich demnach in folgendem geltend:

Er fordert die Freiheit des Lohnarbeiters und verdrängt alle Formen der alten Knechtschaft. Aber die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter bleiben unterdrückt. Der Druck hat sich verstärkt und fordert einen schärferen Kampf.

Der Kapitalismus hat den vom Grundeigentümer erhobenen Tribut, die Höhe der Differentialrente und der absoluten Rente in ungeheurem Ausmaß vergrößert. Die aufgeblähte Rente schafft ein Hindernis für das weitere Wachstum der Landwirtschaft.

DIE SELBSTHERRSCHAFT WANKT...

Die Selbstherrschaft wankt. Der Selbstherrscher gibt das selbst öffentlich vor dem Volke zu. Das ist die große Bedeutung des Zarenmanifestes vom 26. Februar, und keinerlei konventionelle Redensarten, keinerlei Vorbehalte und Ausflüchte, von denen es im Manifest wimmelt, werden die geschichtliche Bedeutung des getanen Schrittes ändern können.

Der Zar beginnt in alter Weise — *vorläufig noch* in alter Weise — „von Gottes Gnaden“ . . . und schließt mit einem halb feigen, halb heuchlerischen Hilferuf an die Menschen, die das öffentliche Vertrauen besitzen. Der Zar fühlt bereits selber, daß die Zeiten unwiederbringlich dahinschwinden, da sich in Rußland eine Regierung von Gottes Gnaden halten konnte, daß von nun an in Rußland nur eine Regierung von *Volkes Willen* eine starke Regierung sein kann.

Der Zar bekräftigt sein heiliges Gelöbnis, die jahrhundertealten Grundfesten des Russischen Reiches zu schützen. In der Übersetzung aus der Amtssprache in die einfache russische Sprache bedeutet das: die Selbstherrschaft schützen. Einst hat Alexander III. dasselbe unumwunden und offen verkündet (im Manifest vom 29. April 1881) — als die revolutionäre Bewegung abebbte und zurückging. Jetzt, wo der Kampftruf „Nieder mit der Selbstherrschaft“ immer lauter und immer eindringlicher erschallt, zieht Nikolaus II. es vor, seine Erklärung mit einem kleinen Feigenblatt zu bedecken und sich verschämt auf seinen unvergeßlichen Vater zu berufen. Ein sinnloser und schnöder Kniff! Die Frage: Sein oder Nichtsein der Selbstherrschaft ist offen gestellt und auf die Straße hinausgetragen. Und jedes Versprechen von „Reformen“ — mit Verlaub zu sagen „Reformen“! —, das mit dem Versprechen beginnt, die Selbstherrschaft zu

schützen, ist eine krasse Lüge, eine Verhöhnung des russischen Volkes. Doch es gibt keinen besseren Anlaß für das ganze Volk, die Regierungsmacht zu entlarven, als die Tatsache, daß sich eben diese Macht mit heuchlerischen und verlogenen Versprechungen an das ganze Volk wendet.

Der Zar spricht (wiederum mit einem Feigenblättchen) von der revolutionären Bewegung, er klagt darüber, daß die „Wirren“ die Bemühungen zur Hebung der Volkswohlfahrt stören, daß sie die Geister erregen, daß sie das Volk von der produktiven Arbeit abhalten und daß sie die Kräfte zugrunde richten, die dem Herzen des Zaren teuer sind, die jungen Kräfte, deren die Heimat bedarf. Und wohl *deshalb*, weil die zugrunde gehenden Teilnehmer der revolutionären Bewegung dem Herzen des Zaren teuer sind, verspricht er im gleichen Atemzuge, jede Abweichung vom normalen Gang des öffentlichen Lebens strikt zu unterbinden, d. h. das freie Wort, die Arbeiterstreiks, die Volkskundgebungen grausam zu verfolgen.

Das ist genug. Das ist mehr als genug. Die jesuitische Rede spricht für sich selbst. Wir erlauben uns nur, unserer Überzeugung Ausdruck zu geben, daß dieses „Zarenwort“, wenn es bis in die entlegensten Winkel Rußlands gedrungen ist, die großartigste Agitation für die revolutionären Forderungen sein wird. Wer noch einen Funken Ehre im Leibe hat, für den kann es auf dieses Zarenwort nur *eine* Antwort geben: Die *Forderung* der vorbehaltlosen und unverzüglichen Befreiung *aller*, die sich — mit oder ohne Gerichtsverfahren, vor oder nach einem Urteilsspruch — wegen politischer oder religiöser Angelegenheiten, wegen Streiks oder Widerstands gegen die Staatsgewalt im Gefängnis, in der Verbannung oder in Polizeihaft befinden.

Wir haben gesehen, wie doppelzünftig der Zar spricht. Betrachten wir jetzt, *wovon* er spricht.

Hauptsächlich von drei Dingen. Erstens von der religiösen Duldsamkeit. Unsere Grundgesetze, welche die Freiheit des Glaubensbekenntnisses für alle Konfessionen gewährleisten, sollen bekräftigt und gefestigt werden. Aber der orthodoxe Glaube soll der herrschende bleiben. Zweitens spricht der Zar von der Revision der Gesetze, welche die Zustände auf dem Lande betreffen, von der Mitarbeit solcher Leute hierbei, die das Vertrauen der Gesellschaft genießen, von der Zusammenarbeit aller Untertanen zwecks Festigung der sittlichen Grundpfeiler in der Familie, in der Schule und im öffentlichen Leben. Drittens spricht er von der Erleichterung des Austritts

der Bauern aus ihren Dorfgemeinschaften, von der Befreiung der Bauern aus der lästigen solidarischen Haftung.

Auf die drei Erklärungen, Versprechungen, Angebote Nikolaus II. antwortet die russische Sozialdemokratie mit drei Forderungen, die sie schon seit langem aufgestellt, stets verfochten und mit allen Kräften verbreitet hat und die man jetzt im Zusammenhang mit dem Zarenmanifest und als Antwort darauf besonders nachdrücklich betonen muß.

Erstens fordern wir die sofortige und bedingungslose gesetzliche Festlegung der Versammlungs- und Pressefreiheit und die Amnestie für alle „Politischen“ und Sektenanhänger. Solange das nicht geschehen ist, bleiben alle Worte von Toleranz, von Glaubensfreiheit ein erbärmliches Spiel und eine unwürdige Lüge. Solange die Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit nicht verkündet ist, solange wird die schmachvolle russische Inquisition nicht verschwinden, die das Bekenntnis zu einem anderen Glauben, zu anderen Meinungen, zu anderen Lehren als den vom Staat offiziell anerkannten verfolgt. Weg mit der Zensur! Weg mit dem Polizei- und Gendarmeschutz der „herrschenden“ Kirche! Für diese Forderungen wird das klassenbewußte russische Proletariat sich bis zum letzten Blutstropfen schlagen.

Zweitens fordern wir die Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten Konstituierenden Versammlung, die von allen Staatsbürgern ohne Ausnahme zu wählen ist und die in Rußland eine Regierungsform einzuführen hat, die auf Wählbarkeit beruht. Genug des Spiels mit Konferenzen von Lokalgrößen, mit Gutsbesitzerparlamenten bei den Gouverneuren, mit der repräsentativen Herrschaft der Herren Marschälle (vielleicht auch noch der Delegierten?) des Adels! Lange genug hat die allmächtige Beamtenschaft mit allen möglichen Semstwow Katze und Maus gespielt, sie bald losgelassen, bald mit ihren Sammetpfötchen gestreichelt! Solange nicht eine allgemeine Versammlung der Volksvertreter einberufen wird, solange bleibt alles Gerede von Vertrauen zur Gesellschaft, von sittlichen Grundfeilern des öffentlichen Lebens eitel Lüge und nochmals Lüge. Solange wird auch der revolutionäre Kampf der russischen Arbeiterklasse gegen die russische Selbstherrschaft nicht erlahmen.

Drittens fordern wir die sofortige und unbedingte gesetzliche Anerkennung der vollständigen Gleichberechtigung der Bauern mit allen anderen Ständen und die Einberufung von *Bauernkomitees* zwecks Beseitigung

aller Überreste der Leibeigenschaft auf dem Lande und zwecks Ergreifung ernster Maßnahmen zur Besserung der Lage der Bauernschaft.

Die Rechtlosigkeit der Bauern, die neun Zehntel der Bevölkerung Rußlands ausmachen, darf keinen Tag länger geduldet werden. Unter dieser Rechtlosigkeit leidet auch die ganze Arbeiterklasse und das ganze Land; auf dieser Rechtlosigkeit beruht die ganze asiatische Barbarei im russischen Leben; wegen dieser Rechtlosigkeit gehen ausnahmslos alle Konferenzen und Kommissionen spurlos (*oder mit Schaden für die Bauernschaft*) vorüber. Der Zar will sich auch jetzt durch die alten „Konferenzen“ von Beamten und Adligen loskaufen, der Zar spricht sogar von einer „starken Regierung“, welche die Tätigkeit der Lokalgrößen leiten soll. Die Bauern haben am Beispiel der Landeshauptleute zur Genüge erfahren, was diese „starke Regierung“ bedeutet. Die Bauern haben nicht umsonst, nachdem ihnen die Wohltaten der Adelskomitees zuteil geworden, vierzig Jahre der Not, des Elends und des chronischen Hungers durchgemacht. Die Bauern werden jetzt verstehen, daß alle „Reformen“ und Verbesserungen ein Betrug bleiben, wenn sie nicht *von den Bauern selbst* durchgeführt werden. Die Bauern werden verstehen — und wir werden ihnen helfen, es zu verstehen —, daß nur die *Bauernkomitees* fähig sind, nicht allein die solidarische Haftung, sondern auch alle anderen Überreste der Fron und der Leibeigenschaft, die bis in das zwanzigste Jahrhundert hinein Millionen und aber Millionen des Volkes knechten, tatsächlich zu beseitigen. Den städtischen Arbeitern genügt vollauf die Versammlungs- und die Pressefreiheit: wir werden diese Freiheiten schon auszunutzen wissen!! Für die Bauern aber, die in weltabgeschiedenen Winkeln verstreut, die geduckt und verwildert sind, ist das zu wenig — und die Arbeiter müssen ihnen helfen, müssen ihnen klarmachen, daß sie unvermeidlich und unentrinnbar erbärmliche Sklaven bleiben werden, wenn sie ihr Schicksal nicht selbst in die Hand nehmen, wenn sie nicht — als ersten und wichtigsten Schritt — die Gründung von *Bauernkomitees* zur wirklichen und nicht nur betrügerischen Befreiung der Bauern durchsetzen.

Erfahrene und kluge Leute haben längst beobachtet, daß es in einer revolutionären Zeit keinen gefährlicheren Augenblick für eine Regierung gibt als den Beginn von Zugeständnissen, den Beginn von Schwankungen. Das russische politische Leben der letzten Jahre hat das glänzend bestätigt. Die Regierung zeigte sich unsicher in der Frage der Arbeiterbewe-

gung, als sie die Subatowiade vom Stapel ließ, und sie blamierte sich, denn sie gab der revolutionären Agitation ausgezeichnete Trümpfe in die Hand. Die Regierung wollte in der Studentenfrage Zugeständnisse machen, und sie blamierte sich, denn sie brachte die Revolutionierung der Studentenschaft mit Siebenmeilenschritten vorwärts. Die Regierung wiederholt jetzt in großem Maßstab diese Taktik in allen Fragen der Innenpolitik — und sie wird sich dabei unvermeidlich blamieren, unvermeidlich den revolutionären Ansturm auf die Selbstherrschaft erleichtern, verstärken und zur Entfaltung bringen.

*

Wir müssen uns noch mit der praktischen Frage befassen, wie das Zarenmanifest vom 26. Februar zu Agitationszwecken auszunützen ist. Die russischen Sozialdemokraten haben auf die Frage nach den Kampfmitteln schon längst die Antwort gegeben: Organisation und Agitation — und sie haben sich nicht beirren lassen durch den Spott einfältiger Leute, die das „unbestimmt“ fanden und nur Schüsse für „bestimmte“ Mittel hielten. Gerade in solchen Augenblicken wie jetzt, wo sich uns unerwartet ein so dankbarer Anlaß zur Agitation im gesamten Volk bietet, ein Anlaß, der die Anspannung aller Kräfte dringend erfordert — in solchen Augenblicken empfindet man ganz besonders, daß es nach wie vor immer an ein und demselben mangelt: an der Organisiertheit, an der Fähigkeit, die Agitation rasch zu entfalten.

Doch wir werden das Versäumte noch nachholen, es mehr als einmal nachholen!

Vor allem müssen wir auf das Manifest vom 26. Februar mit gesamt-russischen und örtlichen Flugblättern antworten. Erschienen früher Flugblätter in Zehntausenden von Exemplaren für ganz Rußland, so soll man sie jetzt in Millionen von Exemplaren verbreiten, damit das ganze Volk die Antwort des klassenbewußten russischen Proletariats auf den Appell des Zaren an das Volk erfährt, damit alle unsere festumrissenen, praktischen Forderungen sehen, im Gegensatz zu der Rede des Zaren über *denselben Gegenstand*.

Ferner dürfen wir nicht zulassen, daß einzig und allein legale Versammlungen staatstreuer Semstwoleute und Adliger, Kaufleute und Professoren usw. usf. mit ehrfürchtiger Begeisterung auf das Manifest vom

26. Februar antworten. Es genügen auch nicht die Antworten, welche die Organisationen der Sozialdemokraten in ihren Flugblättern geben werden. In jedem Zirkel, in jeder Arbeiterversammlung soll eine Antwort ausgearbeitet, sollen die Forderungen der Sozialdemokratie förmlich und feierlich bestätigt werden. Die Entschlüsse dieser Arbeiter- (und wenn möglich, auch Bauern-) Versammlungen sind in den örtlichen Flugblättern zu veröffentlichen und unseren Zeitungen mitzuteilen. Alle sollen wissen, daß wir nur die Antworten der Arbeiter und Bauern selbst als Antwort des Volkes betrachten. Mögen sich schon jetzt alle Zirkel darauf vorbereiten, unsere grundlegenden Forderungen mit *Gewalt* zu unterstützen.

Weiterhin dürfen wir nicht zulassen, daß in allen möglichen Versammlungen unbehindert Dankadressen an den Zaren angenommen werden. Unsere Herren Liberalen haben die russische Volksmeinung schon zur Genüge gefälscht! Sie haben genug gelogen, indem sie nicht das sagten, was sie denken, nicht das sagten, was der ganze denkende und kampfbereite Teil des Volkes denkt! Man muß danach trachten, in ihre Versammlungen einzudringen, um auch dort seine Meinung, seinen Protest gegen die knechtelige Dankbarkeit und seine *unverfälschte* Antwort an den Zaren möglichst gründlich, öffentlich und unverhohlen zu verkünden, sie zu verkünden sowohl durch die Verbreitung von Flugblättern als auch, soweit möglich, durch öffentliche Reden in allen derartigen Versammlungen (auch wenn die Herren Vorsitzenden versuchen sollten, solche Reden zu unterbinden).

Schließlich müssen wir bestrebt sein, die Antwort der Arbeiter auch auf die Straße hinauszutragen, unsere Forderungen durch Demonstrationen zu verkünden, die Zahl, die Macht der Arbeiter, ihr Klassenbewußtsein und ihre Entschlossenheit öffentlich darzutun. Möge die bevorstehende Maifeier zusammen mit der allgemeinen Bekanntgabe unserer proletarischen Forderungen auch eine besondere, spezielle, bestimmte Antwort auf das Manifest vom 26. Februar sein!

„Iskra“ Nr. 35,
1. März 1903.

Nach dem Text der „Iskra“.

HERR STRUVE,
VON SEINEM MITARBEITER ENTLARVT

Nr. 17 des „Oswoboshdenije“ hat für die „Iskra“ im allgemeinen und für den Schreiber dieser Zeilen im besonderen viel Angenehmes gebracht. Für die „Iskra“ — weil es ihr angenehm war, einen gewissen Erfolg ihrer Bemühungen, Herrn Struve nach links zu schieben, feststellen zu können, weil es ihr angenehm war, bei Herrn S. S. eine scharfe Kritik der Halbschlächtigkeit zu finden, weil es ihr angenehm war, von der Absicht der „Oswoboshdenije“-Leute zu lesen, eine „offen und entschieden konstitutionelle Partei“ mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts im Programm zu gründen. Für den Schreiber dieser Zeilen — weil Herr S. S., der an der Ausarbeitung der Erklärung „der russischen Konstitutionalisten“ in Nr. 1 des „Oswoboshdenije“ „hervorragenden Anteil genommen hat“ und der folglich kein einfacher Mitarbeiter, sondern bis zu einem gewissen Grade sogar der *Chef* des Herrn Struve ist, uns in der Polemik *gegen Herrn Struve* unerwarteterweise einen großen Dienst erwiesen hat. Ich erlaube mir, mit diesem, dem zweiten Punkt zu beginnen. In Nr. 2—3 der „Sarja“ habe ich in dem Artikel „Die Verfolger des Semstwo und die Hannibale des Liberalismus“* gegen Herrn R. N. S., den Verfasser des Vorworts zu Wittes bekannter Denkschrift polemisiert. Ich habe dort die Zweideutigkeit der ganzen Haltung des Herrn R. N. S. nachgewiesen, der von einem Hannibalschwur des Kampfes gegen die Selbstherrschaft sprach, sich zugleich mit salbungsvollen Reden an die Machthaber, an die weisen Konservativen wandte und gleichzeitig die „Formel“ aufstellte: „Rechte und ein machtbefugtes Semstwo“ usw. usf. Die Öffentlichkeit hat jetzt

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 21—73. Die Red.

aus der zweiten Auflage der „Denkschrift“ erfahren, daß Herr R. N. S. — Herr Struve ist. Meine Kritik hat Herrn Struve im höchsten Grade mißfallen, und er fällt mit einer sehr langen und sehr zornigen „Anmerkung zur Anmerkung“ über mich her.

Sehen wir uns die Argumente des Herrn Struve näher an.

Das erste Beispiel für die „Unbegründetheit und Ungerechtigkeit“ meiner „polemischen Redeblüten“ sei der Umstand, daß ich von der Abneigung des Herrn Struve gegen die Revolutionäre gesprochen habe, trotz seiner angeblich „völlig klaren Erklärung“. Führen wir diese Erklärung ungekürzt an: „Das Zeugnis, das dem Semstwo von der Bürokratie selbst ausgestellt worden ist“, schrieb Herr Struve, „ist eine ausgezeichnete Antwort an alle diejenigen, die aus Mangel an politischer Bildung oder weil sie sich von der revolutionären Phrase hinreißen lassen, die große politische Bedeutung des russischen Semstvos und seiner legalen Kulturarbeit nicht sehen wollten und wollen.“ In einer Bemerkung zu dieser Tirade macht Herr Struve den Vorbehalt: „Mit diesen Worten wollen wir durchaus nicht die Revolutionäre verletzen, an denen man vor allem den moralischen Mut im Kampf gegen die Willkür schätzen muß.“

So sehen die „Akten in Sachen“ der unbegründeten und ungerechten Kritik aus. Wir überlassen es dem Leser, zu urteilen, wer recht hat: derjenige, der diese Erklärung für völlig klar ansah, oder derjenige, der sagte, daß Herr Struve die Sache noch verschlimmere, da er die (von ihm nicht genau bezeichneten) Revolutionäre nicht nur durch den „anonymen“ (man weiß nicht gegen wen gerichteten) Vorwurf der Unwissenheit „verletzt“, sondern überdies auch durch die Annahme, man könne sie veranlassen, die Pille des Vorwurfs der Unwissenheit zu schlucken, wenn man diese Pille durch die Anerkennung ihres „moralischen Mutes“ versüßt.

Ich will meinerseits nur sagen: Über den Geschmack läßt sich nicht streiten. Viele Liberale halten es für den Gipfel des Taktgefühls und der Weisheit, den Revolutionären Zeugnisse über ihren Mut auszustellen, während sie gleichzeitig ihr Programm einfach als Phrase, als einen Ausdruck mangelhafter Bildung behandeln, ohne auch nur eine sachliche Analyse ihrer Anschauungen vorzunehmen. Unserer Meinung nach ist das weder Taktgefühl noch Weisheit, sondern unwürdige Drückebergerei. Jeder nach seinem Geschmack. Den russischen Thiers gefallen natürlich

die salonfähig-gesitteten, parlamentarisch-untadeligen *opportunistischen Phrasen* der wirklichen Thiers.⁸³

Gehen wir weiter. Ich habe angeblich „so getan, als ob“ ich „nicht verstünde, daß die Formel ‚machtbefugtes allrussisches Semstwo‘ die Forderung nach einer Verfassung bedeutet“. Und meine Erörterungen hierüber „haben (Herrn Struve) wieder einmal bestätigt, wie weit die typische revolutionäre Phrase, und dazu noch eine böse tendenziöse, in unserer Auslandsliteratur verbreitet ist (dieser wenig anziehende literarische Stil treibt seine Blüten besonders in den Spalten der ‚Iskra‘ und der ‚Sarja‘)“, S. XII der zweiten Auflage der „Denkschrift“. Nun, was die tendenziöse Böseheit angeht, so fällt es uns schwer, darüber mit Herrn Struve zu streiten: er sieht als Vorwurf an, was wir als ein Kompliment betrachten. Als tendenziös bezeichnen die Liberalen und viele Radikale unbeugsame Festigkeit der Überzeugungen, und scharfe Kritik an irrigen Anschauungen nennen sie „Böseheit“. Dagegen kann man nichts machen. *Mea culpa, mea maxima culpa!** Ich war und werde Herrn Struve gegenüber immer „böse tendenziös“ sein. Doch nun die andere — sachliche — Beschuldigung. Habe ich so getan, als ob ich nicht verstünde, oder habe ich in der Tat nicht verstanden, oder war es unmöglich, zu verstehen? Das ist die Frage.

Ich behauptete, daß die Formel „Rechte und ein machtbefugtes Semstwo“ eine würdelose Anpassung an die politischen Vorurteile der breiten Masse der russischen Liberalen ist, daß es „kein Banner ist, das Feinde von Verbündeten zu trennen ermöglicht“ (das beachte man!), sondern „ein Fetzen, der lediglich völlig unzuverlässigen Leuten helfen wird, sich in die Bewegung einzuschleichen“ (S. 95 in Nr. 2—3 der „Sarja“**). Ich frage alle und jeden: Wo habe ich hier „so getan, als ob“?? Ich sage rundheraus, daß ich dieses Banner als einen Fetzen betrachte, und man antwortet mir: Sie tun so, als ob Sie nicht verstünden! Das ist ja nichts anderes als ein neues Ausweichen vor einer *sachlichen* Analyse der Frage, vor einer Analyse der Frage: Eignet sich die „Formel“ besser für ein Banner oder für einen Fetzen!

Damit nicht genug, kann ich jetzt dank der liebenswürdigen Hilfe des

* Meine Schuld, meine große Schuld! *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 5, S. 68. *Die Red.*

Herrn S. S. etwas viel Wichtigeres an Hand von *Tatsachen beweisen*. Ich kann beweisen, daß das von Herrn Struve eine „würdelose Anpassung“ war nicht nur im Sinne eines philisterhaften Doktrinarismus, der die Regierung durch seine Bescheidenheit milde stimmen möchte, nicht nur im Sinne des unvernünftigen Wunsches, „die Liberalen“ auf der Grundlage eines Minimums zu vereinigen, sondern auch im Sinne einer direkten, unmittelbaren „Anpassung“ an die Herrn Struve wohlbekanntem Anhänger der Selbstherrschaft. Herr S. S. entlarvt Herrn Struve schonungslos und unwiderruflich, wenn er sagt, daß „die unklare und zweideutige (hört! hört!) slawophile Losung des ‚Semski Sobor‘“ aufgestellt wird zur Erleichterung des „unnatürlichen Bündnisses“ der liberalen Konstitutionalisten mit den liberalen Anhängern einer idealen Selbstherrschaft. Herr S. S. nennt das nicht mehr und nicht weniger als „politische Seitänzerei“!! Und Herr Struve bestätigt den Empfang..., indem er die Losung des Semski Sobor als „unklar und durch ihre Unklarheit wertvoll“ (hervorgehoben von uns!) „und zugleich gefährlich“ bezeichnet.

Ein Glanzstück, nicht wahr? Als ein Sozialdemokrat eine *noch zweideutigere* Losung (machtbefugtes Semstwo) als würdelose Anpassung bezeichnete, da hüllte sich Herr Struve in die Toga der beleidigten Unschuld und säuselte geziert, man täte so, als ob man nicht verstünde. Als aber ein Liberaler, Herr S. S., *dasselbe wiederholte*, da machte Herr Struve eine höfliche Verbeugung und bestätigte dankend den Empfang! Die unklare Losung war gerade durch ihre Unklarheit *wertvoll* für Herrn Struve, der ganz ungeniert zugibt, daß er bereit ist, auch gefährliche Losungen in Umlauf zu setzen, *je nachdem, wie der Wind weht*. Scheint Herr Schipow stark und tonangebend, so spricht der Redakteur des liberalen Organs von einem machtbefugten Semstwo. Scheint Herr S. S. stark und tonangebend, so spricht der Redakteur des liberalen Organs von der Verfassung und dem allgemeinen Wahlrecht! Das ist kein übles Bild der politischen Sitten und der politischen Moral im liberalen Lager... Herr Struve vergißt nur, sich zu überlegen, welchen Wert seine Erklärungen nach dieser großartigen Metamorphose haben werden: im Januar 1901 verlangt Herr Struve „Rechte und ein machtbefugtes Semstwo“; im Dezember 1902 erklärt Herr Struve, man „täte so, als ob“ man nicht verstünde, daß das die Forderung nach einer Verfassung bedeute; im Februar 1903 erklärt Herr Struve, daß er im Grunde niemals an der Berechtigung des

allgemeinen Wahlrechts gezweifelt habe und daß die unklare Losung des Semski Sobor gerade durch ihre Unklarheit wertvoll gewesen sei. Es fragt sich: Hat jetzt nicht jeder beliebige Politiker, jeder beliebige russische Staatsbürger *das Recht*, zu behaupten, daß Herr Struve morgen *vielleicht eine neue, „durch ihre Unklarheit wertvolle“ Losung aufstellen wird??*

Gehen wir zum letzten Punkt der Antwort des Herrn Struve über: „Ist es etwa nicht eine revolutionäre Phrase“, fragt er, „oder ein ganz lebloser Doktrinarismus, wenn Herr T. P.⁸⁴ von der Bedeutung des Semstvos als eines Werkzeugs zur Festigung der Selbstherrschaft spricht?“ Herr Struve sieht hierin sowohl eine Übernahme der Idee der Slawophilen als auch eine Übereinstimmung mit Goremykin und die Herkulesssäulen einer toten Doktrin. Herr Struve ist völlig außerstande, eine *revolutionäre* Einstellung zu halben Reformen zu begreifen, die zur *Vermeidung der Revolution* unternommen werden. Herr Struve hält jeden Hinweis auf das Doppelspiel der Reformen von oben für slawophil und reaktionär, ebenso wie alle europäischen Yves Guyot die sozialistische Kritik am Privateigentum für reaktionär erklären! Da ist es natürlich kein Wunder, daß der zum Reformen *gewordene* Herr Struve die Fähigkeit verloren hat, den Doppelcharakter der Reformen und ihre Bedeutung als Werkzeug zur Festigung der Macht der Herrschenden, einer Festigung mittels oktroyierter Reformen, zu verstehen. Aber... es gab eine Zeit, da verstand Herr Struve dieses erstaunlich verzwickte Räderwerk. Das ist lange her, damals war er noch „ein ganz klein wenig Marxist“, und wir kämpften zusammen in den Spalten des seligen „Nowoje Slowo“⁸⁵ gegen die Volkstümler. Im Juliheft des Jahrgangs 1897 dieser Zeitschrift schrieb Herr Struve über N. W. Wodowosow: „Ich erinnere mich, wie wir 1890 auf der Straße — ich war soeben von einer an neuen und starken Eindrücken reichen Sommerreise aus Deutschland zurückgekehrt — auf die Sozialpolitik und die Reformpläne Wilhelms II. zu sprechen kamen. Wodowosow maß ihnen Bedeutung bei und war nicht einverstanden mit mir, für den schon damals (und jetzt um so mehr) die Bedeutung der Tatsache und der Idee der sogenannten ‚sozialen Monarchie‘ unwiderruflich im negativen Sinne entschieden war. Wodowosow faßte die *Idee* der sozialen Reform losgelöst von den realen sozialen Kräften auf, die sie erzeugen. Darum ist für ihn der katholische Sozialismus hauptsächlich eine eigenartige ideologische Bewegung zugunsten der sozialen Reform, nicht aber eine spezifische Form

der vorbeugenden Reaktion der europäischen Bourgeoisie und zum Teil der Überreste des europäischen Feudalismus gegen die wachsende Arbeiterbewegung . . ." Da sieht man: in längst entschwundenen Zeiten, in den Jahren der jugendlichen Begeisterungsfähigkeit begriff Herr Struve, daß Reformen eine vorbeugende Reaktion sein können, d. h. eine dem Sturz der herrschenden Klassen vorbeugende Maßnahme, die sich gegen die revolutionäre Klasse richtet, wenn sie auch die Lage dieser Klasse verbessert. Und jetzt frage ich den Leser: Wer hat recht? War es eine „revolutionäre Phrase“, als ich die reformerische Einseitigkeit in der Einstellung des Herrn Struve zu einer solchen Reform wie dem Semstwo entlarvte? oder ist Herr Struve *vernünftiger geworden* und hat die von ihm einstmals (angeblich unwiderruflich) verteidigte revolutionäre Stellung „unwiderruflich“ verlassen? Bin ich ein Anhänger der Slawophilen und Goremykins geworden, oder haben die „starken Eindrücke“, die Herr Struve von seiner Reise durch das sozialistische Deutschland mitbrachte, nur für einige Jahre gereicht?

Ja, ja, es gibt verschiedene Vorstellungen von der *Stärke* der Eindrücke, von der Stärke der Überzeugungen, von der Bedeutung der Überzeugungen, von der Vereinbarkeit der politischen Moral und der politischen Überzeugungstreue mit der Aufstellung von Losungen, die durch ihre Unklarheit wertvoll sind . . .

Zum Schluß kann ich nicht umhin, auf einige Erklärungen des Herrn Struve einzugehen, die den angenehmen Eindruck seiner Linksschwenkung erheblich „verdüstern“. Nachdem Herr Struve eine einzige demokratische Forderung (allgemeines Stimmrecht) aufgestellt hat, beeilt er sich schon, von einer „*liberal-demokratischen Partei*“ zu reden. Ist das nicht ein bißchen zu früh? Wäre es nicht besser, zuerst alle jene *demokratischen Umgestaltungen* genau aufzuzählen, welche die Partei nicht nur in ihrem Agrar- und Arbeiterprogramm, sondern auch in ihrem *politischen Programm unbedingt* fordert, und dann erst das Etikett aufzukleben, dann erst auf die Erhöhung vom „Rang“ der Liberalen zum Rang der liberalen Demokraten Anspruch zu erheben? Das allgemeine Stimmrecht ist ja jenes *Minimum* an Demokratismus, das sogar von manchen Konservativen, die sich (in Europa) mit den Wahlen überhaupt abgefunden haben, anerkannt wird. Über dieses Minimum geht aber Herr Struve aus irgendeinem Grunde nicht hinaus, weder in Nr. 17 noch in Nr. 18. Weiter wollen

wir nebenbei die absonderliche Bemerkung des Herrn Struve verzeichnen, daß die liberal-demokratische Partei das Problem des Sozialismus völlig beiseite lassen müsse, und zwar „vor allem deshalb, weil der Sozialismus in Wirklichkeit vorerst noch ein Problem ist“. Und nicht deshalb, hochverehrter Herr Struve, weil die „liberal-demokratischen“ Kreise der russischen Gesellschaft die Interessen von Klassen zum Ausdruck bringen, die sich den sozialistischen Forderungen des Proletariats *widersetzen*? Das — ich wiederhole — nur nebenbei, um die neuen *Methoden* der „Ablehnung“ des Sozialismus durch die Herren Liberalen zu vermerken. An sich hat Herr Struve natürlich recht, wenn er sagt, daß die liberal-„demokratische“ Partei keine sozialistische Partei ist und daß es für sie unschicklich wäre, sich für eine solche auszugeben.

Über die Taktik der neuen Partei spricht sich Herr Struve so ausweichend wie möglich aus. Das ist sehr schade. Und noch mehr ist es schade, daß er immer wieder die Notwendigkeit einer „zweieinigen Taktik“ im Sinne einer „geschickten, elastischen und untrennbaren Verbindung“ legaler und illegaler Aktionsmethoden wiederholt und betont. Bestenfalls ist das ein Umgehen der dringenden Fragen der *illegalen* Aktionsmethoden. Diese Frage ist aber dringend, weil in Wirklichkeit nur eine systematische illegale Tätigkeit das Gesicht einer *Partei* bestimmt. Schlimmstenfalls ist es jedoch eine Wiederholung der Winkelzüge, mit denen sich Herr Struve herauswand, als er von den „Rechten und einem machtbefugten Semstwo“, nicht aber von einer offen und entschieden konstitutionellen und „demokratischen“ Partei schrieb. Jede illegale Partei „verbindet“ illegale und legale Aktionen *in dem Sinne*, daß sie sich auf eine Masse von Menschen stützt, die nicht unmittelbar an der „illegalen Arbeit“ teilnehmen, daß sie legale Proteste unterstützt, legale Möglichkeiten der Propaganda, der Organisation usw. ausnutzt. Das ist allgemein bekannt und nicht darum geht es, wenn man von der Taktik einer *illegalen Partei* spricht. Es geht vielmehr darum, daß diese Partei den *Kampf* unwiderruflich anerkennt, daß sie Kampfmethoden ausarbeitet, daß die Parteimitglieder *verpflichtet sind*, sich nicht auf legale Proteste zu *beschränken*, sondern *alles und jedes* den Interessen und Forderungen des *revolutionären Kampfes* unterzuordnen. Gibt es keine systematische illegale Tätigkeit und keinen revolutionären Kampf, so gibt es auch keine *Partei*, die wirklich *konstitutionell* sein könnte (ganz zu schweigen davon, daß sie

nicht demokratisch sein könnte). Und man kann der Sache des Kampfes keinen größeren Schaden zufügen, als wenn man eine revolutionäre Arbeit, die sich auf breite Massen stützt, die breite Organisationen ausnützt und die politische Schulung legaler Politiker fördert, mit einer Arbeit *verwechselt*, die sich auf den Rahmen der Legalität *beschränkt*.

„Iskra“ Nr. 37,
1. April 1903.

Nach dem Text der „Iskra“.

AN DIE DORFARMUT

Die Ziele der Sozialdemokraten,
dargelegt für die Bauern⁸⁶

Geschrieben im März 1903.

*Zuerst veröffentlicht als
Broschüre im Mai 1903 in Genf
von der Auslandsliga der russischen
Sozialdemokratie.*

Nach dem Text der Broschüre.

РОССИЙСКАЯ СОЦІАЛДЕМОКРАТИЧЕСКАЯ РАБОЧАЯ ПАРТІЯ

Пролетаріи всѣхъ странъ, соединяйтесь!

Н. ЛЕНИНЪ

Къ деревенской бѣднотѣ.

Объясненіе для крестьянъ, чего хотятъ
соціалдемократы.

Съ предложеніемъ
Проекта программы Российской Соціалдемократической
Рабочей Партіи.

Изданіе Загран. Лиги Русск. Революціонной Соціалдемократіи.

ЖЕНЕВА

ТИПОГРАФИЯ ЛИГИ, Route Caroline, 27.
1903

Umschlag von W. I. Lenins Broschüre
„An die Dorfarmut“ — 1903

Verkleinert

1. DER KAMPF DER STÄDTISCHEN ARBEITER

Viele Bauern haben sicher schon von den Arbeiterunruhen in den Städten gehört. Manche von ihnen sind selber in den Hauptstädten und Fabriken gewesen und waren dort Zeugen von Revolten, wie die Polizei sie nennt. Andere kennen Arbeiter, die an Unruhen teilgenommen haben und von den Behörden ins Dorf abgeschoben worden sind. Dritte haben Flugblätter der Arbeiter und Broschüren über den Kampf der Arbeiter zu Gesicht bekommen. Die Vierten haben einfach Erzählungen erfahrener Leute über die Vorgänge in den Städten gehört.

Früher revoltierten nur die Studenten, jetzt aber haben sich in allen großen Städten Tausende, ja Zehntausende von Arbeitern erhoben. Am häufigsten kämpfen sie gegen die Unternehmer, gegen die Fabrikanten, die Kapitalisten. Die Arbeiter treten in Streiks, sie stellen alle gleichzeitig die Arbeit in der Fabrik ein und fordern höheren Lohn, sie fordern, daß sie nicht elf, nicht zehn Stunden täglich arbeiten müssen, sondern nur acht. Die Arbeiter fordern außerdem verschiedene andere Erleichterungen im Leben des Arbeitsmannes. Sie wollen, daß die Werkstätten besser eingerichtet und Schutzvorrichtungen an den Maschinen angebracht werden, damit sie die Arbeiter nicht zu Krüppeln machen, daß die Kinder der Arbeiter zur Schule gehen können, daß die Kranken die notwendige Hilfe in Krankenhäusern finden, daß die Arbeiterwohnungen menschenwürdige Behausungen sind und nicht Hundehütten.

Die Polizei mischt sich in den Kampf der Arbeiter ein. Die Polizei nimmt Arbeiter fest, wirft sie ins Gefängnis, verbannt sie ohne Gerichtsverfahren in ihre Heimatorte und sogar nach Sibirien. Die Regierung verbietet durch Gesetze Streiks und Arbeiterversammlungen. Aber die Arbeiter

führen den Kampf sowohl gegen die Polizei als auch gegen die Regierung. Die Arbeiter sagen: Lange genug haben wir, die Millionen des Arbeitervolkes, unsere Rücken gekrümmt! Lange genug haben wir für die Reichen gearbeitet und sind selber Bettler geblieben! Lange genug haben wir uns ausplündern lassen! Wir wollen uns zu Verbänden zusammenschließen, wir wollen alle Arbeiter zu einem großen Arbeiterbund (zur Arbeiterpartei) zusammenschließen und gemeinsam ein besseres Leben erkämpfen. Wir wollen einen neuen, einen besseren Aufbau der Gesellschaft erringen: in dieser neuen, besseren Gesellschaft soll es weder Reiche noch Arme geben, und alle sollen teilnehmen an der Arbeit. Nicht ein Häuflein Reicher, sondern alle Werktätigen sollen die Früchte der gemeinsamen Arbeit genießen. Die Maschinen und andere Vervollkommnungen sollen die Arbeit aller erleichtern und nicht einige wenige auf Kosten von Millionen und aber Millionen des Volkes bereichern. Diese neue, bessere Gesellschaft heißt *sozialistische Gesellschaft*. Die Lehre, die davon handelt, heißt *Sozialismus*. Die Vereinigungen der Arbeiter zum Kampf um diesen besseren Aufbau der Gesellschaft heißen *sozialdemokratische Parteien*. Solche Parteien bestehen öffentlich in fast allen Ländern (mit Ausnahme von Rußland und der Türkei), und unsere Arbeiter haben zusammen mit Sozialisten aus gebildeten Kreisen ebenfalls eine solche Partei gegründet: *die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands*.

Die Regierung verfolgt diese Partei, aber sie besteht im geheimen trotz allen Verboten, sie gibt ihre Zeitungen und Broschüren heraus und gründet geheime Verbände. Und die Arbeiter versammeln sich nicht nur in geheimen Zusammenkünften, sie gehen auch in Haufen auf die Straße und entrollen Banner mit der Aufschrift: „Es lebe der Achtstundentag, es lebe die Freiheit, es lebe der Sozialismus!“ Die Regierung verfolgt deswegen die Arbeiter voller Wut. Sie schickt sogar Truppen, damit diese auf die Arbeiter schießen. Russische Soldaten haben in Jaroslawl und Petersburg, in Riga, in Rostow am Don und in Slatoust russische Arbeiter getötet.

Doch die Arbeiter geben nicht nach. Sie setzen den Kampf fort. Sie sagen: Keine Verfolgungen, weder Gefängnis noch Verbannung, weder Zuchthaus noch Tod werden uns einschüchtern. Unsere Sache ist gerecht. Wir kämpfen für die Freiheit und für das Glück aller, die arbeiten. Wir kämpfen für die Erlösung der Millionen und aber Millionen des Volkes von Gewalt, Unterdrückung und Elend. Die Arbeiter werden politisch

immer bewußter. Die Zahl der Sozialdemokraten nimmt in allen Ländern rasch zu. Trotz allen Verfolgungen werden wir siegen.

Die Dorfarmut muß sich darüber klarwerden, was diese Sozialdemokraten für Leute sind, was sie wollen, und was man auf dem Lande tun muß, um ihnen im Kampf um das Glück des Volkes zu helfen.

2. WAS WOLLEN DIE SOZIALDEMOKRATEN?

Die russischen Sozialdemokraten wollen vor allem die *politische Freiheit* erringen. Die Freiheit aber brauchen sie zum breiten, offenen Zusammenschluß aller russischen Arbeiter im Kampf um den neuen, besseren, sozialistischen Aufbau der Gesellschaft.

Was ist politische Freiheit?

Um das zu verstehen, muß der Bauer zunächst seine jetzige Freiheit mit der Leibeigenschaft vergleichen. Unter der Leibeigenschaft durfte der Bauer ohne Erlaubnis des Gutsbesitzers nicht heiraten. Jetzt kann der Bauer frei heiraten, ohne jede Erlaubnis. Unter der Leibeigenschaft mußte der Bauer für seinen Herrn widerspruchslos an jenen Tagen arbeiten, die der Gutsvogt bestimmte. Jetzt kann der Bauer frei wählen, für welchen Herrn, an welchen Tagen und für welchen Lohn er arbeiten will. Unter der Leibeigenschaft durfte der Bauer ohne Erlaubnis seines Herrn das Dorf nicht verlassen. Jetzt kann der Bauer frei gehen, wohin er will, wenn der Mir ihn fortläßt, wenn er keine Steuerrückstände hat, wenn man ihm einen Paß gibt, wenn der Gouverneur oder der Kreispolizeichef ihm die Umsiedlung nicht verbietet. Der Bauer ist also auch jetzt noch nicht vollständig frei, zu gehen, wohin er will, er hat auch jetzt keine vollständige Freizügigkeit, er befindet sich noch in halber Leibeigenschaft. Wir werden weiter eingehend davon sprechen, warum der russische Bauer sich noch in halber Leibeigenschaft befindet und wie er aus dieser Lage herauskommen kann.

Unter der Leibeigenschaft durfte der Bauer ohne Erlaubnis seines Herrn kein Vermögen erwerben, durfte er keinen Boden kaufen. Jetzt kann der Bauer frei jede Art Vermögen erwerben (auch jetzt hat der Bauer noch nicht die volle Freiheit, aus dem Mir auszuscheiden, nicht die volle Freiheit, nach Belieben über sein Land zu verfügen). Unter der Leibeigen-

schaft konnte der Bauer vom Gutsherrn körperlich gezüchtigt werden. Jetzt kann der Bauer von seinem Gutsherrn nicht mehr bestraft werden, obzwar er bis heute von körperlicher Züchtigung nicht befreit ist.

Diese Freiheit heißt eben *bürgerliche* Freiheit — Freiheit in Familienangelegenheiten, in persönlichen Angelegenheiten, in Vermögensangelegenheiten. Bauer und Arbeiter können frei (wenn auch nicht völlig) ihr Familienleben einrichten, ihre persönlichen Angelegenheiten regeln, über ihre Arbeit verfügen (sich ihren Herrn wählen) und über ihr Vermögen verfügen.

Aber weder die russischen Arbeiter noch das ganze russische Volk haben bisher die Freiheit erlangt, die *das gesamte Volk* betreffenden Angelegenheiten zu regeln. Das Volk als Ganzes bleibt den Beamten ebenso leibeigen, wie die Bauern den Gutsherren leibeigen waren. Das russische Volk hat nicht das Recht, die Beamten zu wählen, es hat nicht das Recht, seine Vertreter zu wählen, die für den gesamten Staat die Gesetze verfassen würden. Das russische Volk hat nicht einmal das Recht, Zusammenkünfte zur Erörterung von *Staatsangelegenheiten* zu veranstalten. Ohne Erlaubnis der Beamten, die ohne unser Einverständnis über uns gestellt werden — wie in alter Zeit der Gutsherr ohne Einverständnis der Bauern den Vogt ernannte —, dürfen wir nicht einmal Zeitungen und Bücher drucken, dürfen wir nicht vor allen und für alle über die Angelegenheiten des gesamten Staates sprechen!

Wie die Bauern die Sklaven der Gutsbesitzer waren, so bleibt das russische Volk bis heute der Sklave der Beamten. Wie die Bauern unter der Leibeigenschaft keine bürgerliche Freiheit hatten, so hat das russische Volk bis heute keine *politische* Freiheit. Politische Freiheit bedeutet die Freiheit des Volkes, seine Angelegenheiten, die Angelegenheiten des gesamten Volkes, des Staates zu regeln. Politische Freiheit bedeutet das Recht des Volkes, seine Abgeordneten (die Deputierten) in die Reichsduma (das Parlament) zu wählen. Nur diese vom Volke selbst gewählte Reichsduma (das Parlament) hat alle Gesetze zu erörtern und zu erlassen, alle Steuern und Abgaben zu bestimmen. Politische Freiheit bedeutet das Recht des Volkes, sich seine Beamten selber zu wählen, jedwede Zusammenkunft zwecks Erörterung aller Staatsangelegenheiten zu veranstalten, ohne jede Genehmigung beliebige Bücher und Zeitungen herauszugeben.

Alle übrigen europäischen Völker haben sich die politische Freiheit längst erkämpft. Nur in der Türkei und in Rußland bleibt das Volk in der

politischen Sklaverei der Regierung des Sultans und der Regierung der zaristischen Selbstherrschaft. Die zaristische Selbstherrschaft bedeutet die unumschränkte Macht des Zaren. Das Volk nimmt am Aufbau des Staates und an seiner Verwaltung nicht den geringsten Anteil. Der Zar allein erläßt — auf Grund seiner persönlichen, unumschränkten, selbtherrlichen Macht — alle Gesetze und ernennt alle Beamten. Aber der Zar ist natürlich *gar nicht imstande*, alle russischen Gesetze und alle russischen Beamten zu *kennen*. Der Zar ist nicht einmal imstande, zu wissen, was im Staate vorgeht. Der Zar bestätigt einfach den Willen von etlichen Dutzenden der höchsten und vornehmsten Beamten. Ein einziger Mensch könnte beim besten Willen einen so gewaltigen Staat wie Rußland nicht regieren. Rußland wird nicht vom Zaren regiert — die Selbstherrschaft eines einzigen Menschen ist nur in Worten möglich! —, Rußland wird von einem Häuflein der reichsten und vornehmsten Beamten regiert. Der Zar erfährt nur das, was dieses Häuflein ihm mitzuteilen beliebt. Der Zar hat keinerlei Möglichkeit, gegen den Willen dieses Häufleins adliger Würdenträger zu handeln: der Zar ist selber Gutsbesitzer und Adliger, von Kindheit an hat er immer nur unter solchen vornehmen Leuten gelebt; sie sind es, die ihn erzogen und unterrichtet haben; vom ganzen russischen Volk weiß er nur das, was auch diese vornehmen Adligen, die reichen Gutsbesitzer und die wenigen der allerreichsten Kaufleute, die zum Zarenhof Zutritt haben, wissen.

In jeder Amtsbezirksverwaltung kann man ein Bild vorfinden, auf dem der Zar (der Vater des jetzigen, Alexander III.) dargestellt ist. Der Zar hält eine Ansprache an die Vorsteher der Amtsbezirke, die zu seiner Krönung gekommen sind. Der Zar befiehlt ihnen: „*Gehorcht euren Adelsmarschällen!*“ Und der jetzige Zar, Nikolaus II., hat das ausdrücklich wiederholt. Die Zaren geben also selber zu, daß sie den Staat nicht anders regieren können als mit Hilfe der Adligen, durch Vermittlung der Adligen. Diese Zarenreden über den Gehorsam, den die Bauern den Adligen schulden, muß man fest im Gedächtnis behalten. Man muß klar verstehen, welche Lüge dem Volke jene Leute erzählen, die sich bemühen, die Zarenregierung als die beste Regierung hinzustellen. In anderen Ländern, sagen diese Leute, ist die Regierung wählbar; dort werden die Reichen gewählt, die Reichen aber regieren ungerecht, sie bedrücken die Armen. In Rußland dagegen ist die Regierung nicht wählbar; der selbtherrliche Zar regiert

alles allein. Der Zar steht über allen, über den Armen und den Reichen. Der Zar ist, heißt es, zu allen, zu den Armen und zu den Reichen gleich gerecht.

Solche Reden sind eitel Heuchelei. Jedermann in Rußland weiß, wie die Gerechtigkeit unserer Regierung aussieht. Jeder weiß, ob bei uns ein einfacher Arbeiter oder ein Bauer, der sich als Knecht verdingt, Mitglied des Reichsrates werden kann. In allen übrigen europäischen Ländern dagegen sind auch Arbeiter von der Werkbank und Bauern vom Pflug Mitglieder der Reichsdumas (der Parlamente) geworden: und sie sprechen frei vor dem ganzen Volk vom Elendsleben der Arbeiter, sie fordern die Arbeiter auf, sich zu vereinigen und für ein besseres Leben zu kämpfen. Und niemand wagt es, solche Reden der Volksvertreter zu unterbrechen, kein Polizist wagt es, ihnen auch nur ein Haar zu krümmen.

In Rußland gibt es keine gewählte Regierung, und es regieren nicht die Reichen und Vornehmen schlechthin, sondern die allerschlimmsten von ihnen. Es regieren diejenigen, die beim Zarenhof die besten Ohrenbläser sind, die anderen am geschicktesten ein Bein stellen, die dem Zaren Lügen und Verleumdungen zutragen, ihm schmeicheln und nach dem Munde reden. Regiert wird im geheimen, das Volk weiß nicht und kann nicht wissen, welche Gesetze in Vorbereitung sind, welche Kriege man zu führen beabsichtigt, welche neuen Steuern eingeführt werden, welche Beamten ausgezeichnet werden und wofür, welche abgesetzt werden. In keinem Lande gibt es eine solche Unmenge von Beamten wie in Rußland. Und diese Beamten stehen über dem geknebelten Volk wie ein finsterner Wald — der einfache Arbeitsmann kann diesen Wald nie durchdringen, er wird nie zu seinem Recht kommen. Keine Beschwerde gegen die Beamten wegen Bestechung, Raub und Gewalttat gelangt ans Licht, denn der behördliche Amtsschimmel macht jeder Beschwerde den Garaus. Die Stimme des einzelnen Menschen dringt nie bis zum ganzen Volk vor, sie verliert sich in diesem dunklen Dickicht, wird erstickt im Polizeikerker. Das Heer der Beamten, die vom Volk nicht gewählt und dem Volk nicht rechenschaftspflichtig sind, hat ein dichtes Spinnwebnetz gesponnen, und in diesem Netz zappeln die Menschen wie Fliegen.

Die zaristische Selbstherrschaft ist die Selbstherrschaft der Beamten. Die zaristische Selbstherrschaft ist die leibeigene Abhängigkeit des Volkes von den Beamten und vor allem von der Polizei. Die zaristische Selbstherrschaft ist die Selbstherrschaft der Polizei.

Aus diesem Grunde gehen die Arbeiter auf die Straße und schreiben auf ihre Fahnen: „Nieder mit der Selbstherrschaft!“, „Es lebe die politische Freiheit!“ Aus diesem Grunde müssen auch die vielen Millionen der Dorfarmut in diesen Kampf der städtischen Arbeiter einstimmen und ihn unterstützen. Wie diese müssen auch die Landarbeiter und die besitzlosen Bauern, ohne Verfolgungen zu fürchten, ohne vor den Drohungen und Gewalttaten des Feindes zurückzuweichen, ohne sich durch anfängliche Mißerfolge einschüchtern zu lassen, den entschlossenen Kampf für die Freiheit des gesamten russischen Volkes aufnehmen und vor allem die *Einberufung einer Volksvertretung* fordern. Soll das Volk in ganz Rußland selbst seine Abgeordneten (Deputierten) wählen. Sollen diese Abgeordneten die höchste Versammlung bilden, die in Rußland eine gewählte Regierung errichten, das Volk aus der leibeigenen Abhängigkeit von den Beamten und der Polizei befreien, dem Volke das Recht der Versammlungsfreiheit, der Redefreiheit und der Pressefreiheit sichern wird!

Das ist es, was die Sozialdemokraten vor allem wollen. Das ist es, was ihre erste Forderung — *die Forderung der politischen Freiheit* — bedeutet.

Wir wissen, daß die politische Freiheit, die Freiheit von Wahlen zu einer Reichsduma (zu einem Parlament), die Freiheit der Versammlungen, die Freiheit der Presse das werktätige Volk noch nicht mit einem Schlage von Elend und Unterdrückung befreien wird. Es gibt auch kein Mittel in der Welt, das die Armen in Stadt und Land mit einem Schlage von der Arbeit für die Reichen befreien könnte. Das arbeitende Volk hat auf niemanden zu hoffen, auf niemanden zu rechnen *als nur auf sich selbst*. Den Arbeitsmann wird niemand aus seinem Elend befreien, *wenn er sich nicht selbst befreit*. Um sich aber zu befreien, müssen sich die Arbeiter im ganzen Land, in ganz Rußland zusammenschließen zu einem Bund, zu einer Partei. Aber die Millionen von Arbeitern können sich nicht zusammenschließen, wenn die selbstherrliche Polizeiregierung alle Versammlungen, alle Arbeiterzeitungen, alle Wahlen von Arbeiterdeputierten verbietet. Damit man sich vereinigen kann, muß man das Recht haben, beliebige Vereinigungen zu gründen, muß man Vereinsfreiheit, muß man politische Freiheit haben.

Die politische Freiheit wird das Arbeitervolk nicht auf einmal vom Elend erlösen, *sie wird aber den Arbeitern eine Waffe zum Kampf gegen das Elend liefern*. Es gibt kein anderes Mittel und kann kein anderes

Mittel zum Kampf gegen das Elend geben als den *Zusammenschluß der Arbeiter selbst*. Es besteht keine Möglichkeit, daß die Millionen des Volkes sich zusammenschließen, wenn es keine *politische Freiheit* gibt.

In allen europäischen Ländern, in denen das Volk sich die politische Freiheit erobert hat, haben die Arbeiter seit langem begonnen, sich zusammenzuschließen. Solche Arbeiter, die weder Land noch Werkstätten besitzen, die ihr Leben lang bei fremden Leuten Lohnarbeit verrichten — solche Arbeiter werden in ganz Europa *Proletarier* genannt. Vor mehr als fünfzig Jahren ist an das Arbeitervolk die Aufforderung ergangen, sich zusammenzuschließen. „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ — diese Worte haben in den letzten fünfzig Jahren den ganzen Erdball umflogen, diese Worte werden in Tausenden und aber Tausenden Arbeiterversammlungen wiederholt, diese Worte kann man in Millionen sozialdemokratischer Druckschriften und Zeitungen in allen Sprachen der Welt lesen.

Millionen von Arbeitern in einem Bund, in einer Partei zusammenzuschließen — das ist natürlich eine sehr, sehr schwierige Sache, die viel Zeit, Hartnäckigkeit, Ausdauer und Mut erfordert. Die Arbeiter sind durch Not und Elend niedergedrückt, sie sind abgestumpft durch die ewige Zwangsarbeit für die Kapitalisten und Gutsbesitzer, sie haben oft keine Zeit, auch nur nachzudenken darüber, warum sie ewig bettelarm bleiben, wie sie sich davon frei machen könnten. Die Arbeiter werden auf jede Art und Weise daran gehindert, sich zusammenzuschließen: entweder durch offene und brutale Gewalt in solchen Ländern wie Rußland, wo es keine politische Freiheit gibt, oder durch die Weigerung, Arbeiter zur Arbeit einzustellen, die die Lehre des Sozialismus verkünden, oder schließlich durch Betrug und Bestechung. Aber keine Gewalttaten, keine Verfolgungen können die Proletarier, die Arbeiter davon zurückhalten, für das große Werk der Befreiung des gesamten Arbeitervolkes von Elend und Unterdrückung zu kämpfen. Die Zahl der sozialdemokratischen Arbeiter wächst beständig. In Deutschland, dem uns benachbarten Staat, gibt es beispielsweise eine Regierung, die aus Wahlen hervorgegangen ist. Früher gab es auch in Deutschland eine unbeschränkte Selbstherrschaft des Königs. Aber das deutsche Volk hat schon seit langem, vor über fünfzig Jahren die Selbstherrschaft zerschlagen und sich die politische Freiheit gewaltsam genommen. Gesetze werden in Deutschland nicht von einem Häuflein Beamter erlassen wie in Rußland, sondern von einer *Versammlung der*

Volkvertreter, dem Parlament oder dem Reichstag, wie ihn die Deutschen nennen. Die Abgeordneten zu diesem Reichstag werden von allen erwachsenen Männern gewählt. Deshalb kann man berechnen, wieviel Stimmen für die Sozialdemokraten abgegeben wurden. Im Jahre 1887 wurde ein Zehntel aller Stimmen für die Sozialdemokraten abgegeben. Im Jahre 1898 (bei den letzten Wahlen zum Deutschen Reichstag) stieg die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen fast auf das Dreifache an. Bereits mehr als ein Viertel aller Stimmen wurde für die Sozialdemokraten abgegeben. Über zwei Millionen erwachsener Männer wählten sozialdemokratische Abgeordnete in das Parlament. Unter den Landarbeitern in Deutschland ist der Sozialismus noch wenig verbreitet, aber jetzt schreitet er dort besonders rasch vorwärts. Und wenn die Masse der Knechte, der Tagelöhner und der besitzlosen, verarmten Bauernschaft sich ihren Brüdern in der Stadt anschließt, dann werden die deutschen Arbeiter siegen und eine Ordnung errichten, bei der es kein Elend und keine Unterdrückung der Werktätigen gibt.

Auf welche Weise wollen nun die sozialdemokratischen Arbeiter das Volk vom Elend erlösen?

Um das zu wissen, muß man klar verstehen, woher das Elend gewaltiger Volksmassen bei den jetzigen gesellschaftlichen Zuständen kommt. Reiche Städte wachsen empor, prachtvolle Geschäfte und Häuser werden gebaut, Schienenwege gelegt, alle möglichen Maschinen und Vervollkommnungen in Industrie und Landwirtschaft eingeführt — aber die Millionen des Volkes kommen aus ihrem Elend trotzdem nicht heraus, sie arbeiten nach wie vor ihr ganzes Leben lang nur für den Unterhalt der Familie. Damit nicht genug, nimmt die Zahl der Arbeitslosen immer mehr zu. In den Dörfern wie in den Städten gibt es immer mehr Menschen, die überhaupt keine Arbeit finden können. In den Dörfern hungern sie, in den Städten vermehren sie die Scharen der Fechtbrüder und Vagabunden, sie hausen wie die Tiere in Erdhütten der städtischen Vororte oder in so furchtbaren Elendsquartieren und Kellerlöchern, wie sie am Chitrowmarkt in Moskau zu finden sind.

Wie kann das sein? Reichtum und Luxus nehmen zu, und die Millionen und aber Millionen, die durch ihre Arbeit all diese Reichtümer schaffen, leben trotzdem weiter in Armut und Elend? Die Bauern sterben Hungers, die Arbeiter finden keine Arbeit — die Händler aber führen aus Rußland

Millionen von Pud Getreide aus, die Fabriken und Werke stehen still, weil man die Waren nicht loswerden, sie nirgends absetzen kann?

Das kommt vor allem daher, daß ein riesiger Teil des Grund und Bodens, ferner die Fabriken, Betriebe, Werkstätten, Maschinen, Gebäude, Dampfschiffe — einer geringen Zahl von Reichen als Eigentum gehören. Auf diesem Boden, in diesen Fabriken und Werkstätten arbeiten viele Millionen des Volkes — aber sie gehören einigen wenigen Tausenden oder Zehntausenden von Reichen, Gutsbesitzern, Kaufleuten und Fabrikanten. An diese Reichen verdingt sich das Volk, arbeitet für sie gegen Lohn, um ein Stück Brot. Alles, was über den elenden Lebensunterhalt der Arbeiter hinaus erzeugt wird, all das fließt in die Taschen der Reichen, all das ist ihr Gewinn, ihr „Einkommen“. Alle Vorteile von den Maschinen, von den Verbesserungen in der Arbeit kommen den Grundbesitzern und Kapitalisten zugute: sie häufen Millionenschätze an, für die Arbeiter aber fallen von diesem Reichtum nur kärgliche Brosamen ab. Die Arbeiter werden zu gemeinsamer Arbeit vereinigt: auf großen Gütern und in großen Fabriken arbeiten mehrere Hundert, mitunter sogar mehrere Tausend Arbeiter. Eine solche Vereinigung der Arbeit bei Benutzung der verschiedensten Maschinen macht die Arbeit ergiebiger: ein Arbeiter schafft weit mehr, als früher Dutzende von Arbeitern geschafft hatten, die für sich allein und ohne jede Maschine arbeiteten. Aber Nutznießer dieser Ergiebigkeit, dieser Produktivität der Arbeit sind nicht alle Werk tätigen, sondern nur eine verschwindende Zahl von Großgrundbesitzern, Kaufleuten und Fabrikanten.

Oft hört man sagen, daß die Gutsbesitzer und Kaufleute dem Volk „Arbeit geben“, daß sie den armen Leuten etwas zu verdienen „geben“. Man sagt zum Beispiel, daß die benachbarte Fabrik oder der benachbarte Gutshof die ortsansässigen Bauern „ernähre“. In Wirklichkeit jedoch ernähren die Arbeiter durch ihre Arbeit sowohl sich selber als auch alle, die selbst nicht arbeiten. Aber für die Erlaubnis, auf dem Gutsbesitzerland, in der Fabrik oder an der Eisenbahn zu arbeiten, gibt der Arbeiter dem Eigentümer alles, was er erzeugt, umsonst ab und erhält selber nur so viel, daß er gerade noch notdürftig sein Leben fristen kann. Folglich geben in Wirklichkeit nicht die Gutsbesitzer und nicht die Kaufleute den Arbeitern Arbeit, sondern die Arbeiter kommen durch ihre Arbeit für den Unterhalt aller auf, da sie den größten Teil ihrer Arbeit umsonst abgeben.

Weiter. Das Elend des Volkes kommt in allen modernen Staaten daher, daß die Arbeitenden Gegenstände aller Art für den Verkauf, für den Markt anfertigen. Der Fabrikant und der Handwerker, der Gutsbesitzer und der wohlhabende Bauer stellen diese oder jene Erzeugnisse her, züchten Vieh, säen und ernten Getreide für den Verkauf, für den Erlös von Geld. Das Geld ist jetzt überall zur Hauptmacht geworden. Gegen Geld wird all und jedes Erzeugnis der menschlichen Arbeit eingetauscht. Für Geld kann man kaufen, was man will. Für Geld kann man sogar den Menschen kaufen, d. h. den besitzlosen Menschen zwingen, für den zu arbeiten, der Geld hat. Früher war der Grund und Boden die Hauptmacht — so war es unter der Leibeigenschaft; wer Land besaß, der besaß auch Stärke und Macht. Jetzt aber ist das Geld, das Kapital zur Hauptmacht geworden. Für Geld kann man Land kaufen, soviel man will. Ohne Geld kann man auch mit dem Land nicht viel anfangen: wofür soll man denn einen Pflug oder andere Geräte kaufen, wofür Vieh, Kleidung und alle möglichen anderen städtischen Waren kaufen, ganz abgesehen von der Bezahlung der Steuern? Um des Geldes willen haben fast alle Gutsbesitzer ihre Güter bei den Banken verpfändet. Um Geld zu bekommen, nimmt die Regierung in der ganzen Welt Anleihen bei reichen Leuten und Bankherren auf, und für diese Anleihen zahlt sie jährlich Hunderte Millionen von Rubeln Zinsen.

Um des Geldes willen führen jetzt alle einen erbitterten Krieg gegeneinander. Jeder bemüht sich, billig zu kaufen und teuer zu verkaufen, jeder bemüht sich, den andern zu überflügeln, möglichst viel Ware zu verkaufen, den Preis zu drücken, eine vorteilhafte Absatzstelle oder eine vorteilhafte Lieferung vor dem andern zu verheimlichen. Die kleinen Leute, der kleine Handwerker und der kleine Bauer, sind in dieser allgemeinen Rauferei um das Geld am schlimmsten daran: sie ziehen dem reichen Kaufmann oder dem reichen Bauern gegenüber stets den kürzeren. Sie haben nie Vorräte zur Verfügung, sie leben von der Hand in den Mund, sie müssen bei jeder Schwierigkeit, bei jedem Unglücksfall ihre letzte Habe versetzen oder ihr Zugvieh für einen Spottpreis verkaufen. Sind sie einmal einem Kulaken oder Wucherer in die Klauen gefallen, so gelingt es ihnen nur in den seltensten Fällen, sich von den Fesseln zu befreien, und meist werden sie vollends ruiniert. Jedes Jahr verriegeln Zehntausende und Hunderttausende von Kleinbauern und Handwerkern

ihre Häuschen, treten der Dorfgemeinschaft ihren Landanteil unentgeltlich ab und werden Lohnarbeiter, Landarbeiter, Gelegenheitsarbeiter, Proletarier. Die reichen Leute dagegen bereichern sich in diesem Kampf um das Geld immer mehr. Die reichen Leute sammeln in den Banken Millionen, ja Hunderte Millionen von Rubeln und bereichern sich nicht nur mit Hilfe ihres eigenen Geldes, sondern auch mit Hilfe des fremden Geldes, das in den Banken liegt. Für ihre zehn oder hundert Rubel, welche die kleinen Leute auf die Bank oder die Sparkasse tragen, bekommen sie drei oder vier Kopeken Zinsen pro Rubel, die Reichen aber legen diese kleinen Beträge zu Millionen zusammen, erweitern vermittels dieser Millionen ihren Umsatz und verdienen zehn und zwanzig Kopeken pro Rubel.

Deshalb sagen die sozialdemokratischen Arbeiter, daß man dem Volkseid einzig und allein dann ein Ende setzen kann, wenn man die jetzigen Zustände im ganzen Staat von Grund aus ändert und eine *sozialistische Ordnung* errichtet, das heißt, wenn man den Großgrundbesitzern ihre Güter, den Fabrikbesitzern ihre Fabriken und Werke, den Bankherren ihr Geldkapital wegnimmt, wenn man ihr *Privateigentum* aufhebt und es im ganzen Staate in den Besitz des gesamten Arbeitervolkes überführt. Dann werden über die Arbeit der Arbeiter nicht die reichen Leute verfügen, die von fremder Arbeit leben, sondern die Arbeiter selbst und die von ihnen gewählten Vertreter. Dann werden die Früchte der gemeinsamen Arbeit und die Vorteile von allen Verbesserungen und Maschinen allen Werkträgern, allen Arbeitern zugute kommen. Dann wird der Reichtum noch rascher anwachsen, denn die Arbeiter werden für sich selber besser arbeiten als für die Kapitalisten, der Arbeitstag wird kürzer, die Lebenshaltung der Arbeiter besser werden, ihr ganzes Leben sich vollständig ändern.

Aber es ist keine leichte Sache, die Zustände im ganzen Staate zu ändern. Dazu ist viel Arbeit, ist ein langer und zäher Kampf erforderlich. Alle reichen Leute, alle Eigentümer, die ganze *Bourgeoisie** werden ihre Reichtümer aus allen Kräften verteidigen. Vor die ganze *Klasse der Reichen*

* Bourgeois heißt Eigentümer. Die Bourgeoisie sind alle Eigentümer zusammen. Großbourgeois bedeutet Großeigentümer, Kleinbourgeois Kleineigentümer. Bourgeoisie und Proletariat heißt soviel wie Eigentümer und Arbeiter, Reiche und Besitzlose, Leute, die von fremder Arbeit leben, und Leute, die gegen Lohn für andere arbeiten.

werden sich schützend die Beamten und die Truppen stellen, denn die Regierung selber befindet sich ja in den Händen der reichen Klasse. Die Arbeiter müssen sich wie ein Mann zusammenschließen zum Kampf gegen alle, die von fremder Arbeit leben; die Arbeiter müssen sich selbst und alle Besitzlosen zu *einer einheitlichen Klasse der Arbeitenden, zu einer einheitlichen Klasse der Proletarier* vereinigen. Der Kampf wird nicht leicht sein für die Klasse der Arbeitenden, aber dieser Kampf wird unweigerlich mit dem Siege der Arbeiter enden, weil die Bourgeoisie oder die Leute, die von fremder Arbeit leben, einen verschwindend kleinen Teil des Volkes bilden. Die Klasse der Arbeitenden aber ist die gewaltige Mehrheit des Volkes. Die Arbeiter gegen die Eigentümer — das bedeutet Millionen gegen Tausende.

Und die Arbeiter in Rußland beginnen bereits, sich für diesen großen Kampf in einer einheitlichen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zusammenzuschließen. Wie schwer es auch ist, sich im geheimen zu vereinigen, ohne daß die Polizei davon weiß, so erstarkt und wächst diese Vereinigung dennoch. Hat sich aber das russische Volk erst die politische Freiheit erobert, so wird die Vereinigung der Arbeiterklasse, die Sache des Sozialismus unvergleichlich raschere Fortschritte machen, noch raschere als bei den deutschen Arbeitern.

3. REICHTUM UND ELEND, EIGENTUMER UND ARBEITER AUF DEM LANDE

Wir wissen jetzt, was die Sozialdemokraten wollen. Sie wollen gegen die ganze Klasse der Reichen für die Befreiung des Volkes vom Elend kämpfen. In den Dörfern aber ist bei uns das Elend nicht geringer, eher sogar noch größer als in den Städten. Wie groß das Elend auf dem Lande ist, davon wollen wir hier nicht sprechen: jeder Arbeiter, der auf dem Lande gewesen ist, und jeder Bauer weiß sehr gut Bescheid über Not, Hunger, Kälte und Verelendung auf dem Lande.

Der Bauer weiß aber nicht, *warum* er Not und Hunger leidet, *warum* er verelendet und *wie* er sich aus dieser Not befreien kann. Um das zu wissen, muß man vor allem begreifen, woher alle Not und alles Elend in Stadt und Land kommen. Wir haben schon kurz davon gesprochen und gesehen, daß die besitzlosen Bauern und die Landarbeiter sich mit den

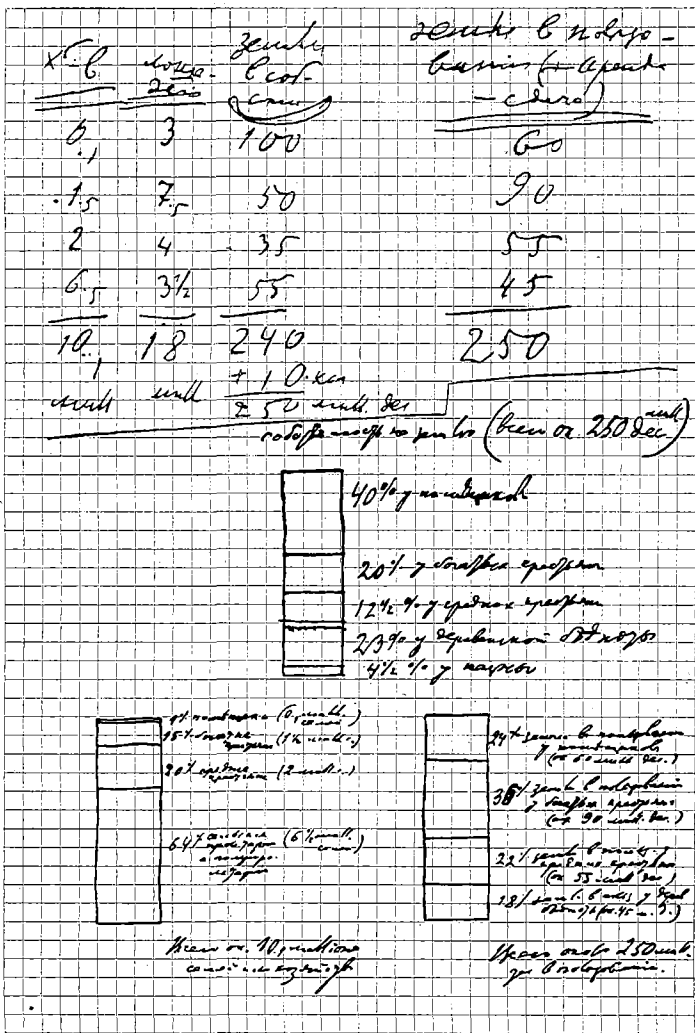
städtischen Arbeitern vereinigen müssen. Aber das genügt nicht. Man muß weiter wissen, wer sich auf dem Lande den Reichen, den Eigentümern, und wer sich den Arbeitern, den Sozialdemokraten anschließen wird. Man muß wissen, ob es viele Bauern gibt, die es nicht schlechter als die Gutsbesitzer verstehen, Kapital zu erraffen und von fremder Arbeit zu leben. Wenn man sich darin nicht ganz genau auskennt, so wird kein Gerede über das Elend zu etwas führen, und die Dorfarmut wird nicht begreifen, *wer* auf dem Lande sich miteinander und mit den Arbeitern der Städte vereinigen soll und *was* zu machen ist, damit das ein *sicheres* Bündnis wird, damit der Bauer außer vom Gutsbesitzer nicht auch noch von seinesgleichen — dem reichen Bauern — übers Ohr gehauen wird.

Um uns darin zurechtzufinden, wollen wir jetzt sehen, wie groß auf dem Lande die Macht der Gutsbesitzer und wie groß die Macht der reichen Bauern ist.

Beginnen wir mit den Gutsbesitzern. Über ihre Macht kann man vor allem nach der Menge des Bodens urteilen, der sich in ihrem Privateigentum befindet. Die gesamten Ländereien im Europäischen Rußland, die Landanteile der Bauern und die Ländereien im Privateigentum zusammen genommen, betragen gegen 240 Millionen Desjatinen* (die fiskalischen Ländereien, von denen wir besonders sprechen werden, nicht inbegriffen). Von diesen 240 Millionen Desjatinen befinden sich in den Händen der Bauern, d. h. im Besitz von *über zehn Millionen Höfen*, 131 Millionen Desjatinen Anteil land. In den Händen der Privateigentümer dagegen, d. h. im Besitz von *weniger als einer halben Million Familien*, befinden sich 109 Millionen Desjatinen. Somit kämen, selbst wenn man den Durchschnitt nehmen wollte, auf eine Bauernfamilie 13 Desjatinen, auf eine Privateigentümerfamilie dagegen 218 Desjatinen! Aber die Ungleichheit in der Verteilung des Bodens ist noch viel größer, wie wir gleich sehen werden.

Von den 109 Millionen Desjatinen der Privateigentümer sind *sieben Millionen Apanageländereien*, d. h. Privateigentum der Zarenfamilie. Der Zar mit seiner Familie ist der erste unter den Gutsbesitzern, er ist der

* Alle diese und die folgenden Zahlen über die Bodenmenge sind bereits sehr veraltet. Sie beziehen sich auf die Jahre 1877/1878. Aber neuere Zahlen liegen nicht vor. Die russische Regierung kann sich nur im dunkeln halten, darum werden bei uns so selten vollständige und wahrheitsgetreue Angaben über das Leben des Volkes in allen Teilen des Staates gesammelt.



Berechnung des Bodenbesitzes nach Klassengruppierungen, aufgestellt von W. I. Lenin bei den Vorarbeiten zur Broschüre „An die Dorfarnut“ — 1903

Verkleinert

größte Gutsbesitzer Rußlands. *Eine Familie hat mehr Land als eine halbe Million Bauernfamilien!* Ferner besitzen die Kirchen und Klöster gegen *sechs Millionen Desjatinen Land*. Unsere Pfaffen predigen den Bauern Uneigennützigkeit und Enthaltbarkeit, selber aber haben sie auf geraden und krummen Wegen eine ungeheure Menge Boden an sich gerafft.

Weiter gehören etwa zwei Millionen Desjatinen Land Städten und Siedlungen und ebensoviel verschiedenen Handels- und Industriegesellschaften. 92 Millionen Desjatinen Land (die genaue Zahl beträgt 91 605 845, aber wir wollen der Einfachheit halber runde Zahlen nehmen) gehören *weniger als einer halben Million (481 358) Privateigentümerfamilien*. Die Hälfte dieser Familien besteht aus ganz kleinen Eigentümern; jede von ihnen besitzt weniger als zehn Desjatinen Land. Und sie alle zusammen besitzen weniger als eine Million Desjatinen. *Sechzehntausend Familien* aber besitzen je *über tausend Desjatinen Land*; zusammen besitzen sie *fünfundsechzig Millionen Desjatinen*. Welche unermesslichen Bodenmengen in den Händen der Großgrundbesitzer angehäuft sind, ersieht man noch daraus, daß von *etwas weniger als tausend Familien (924) jede über zehntausend Desjatinen Land* besitzt und alle zusammen über *siebenundzwanzig Millionen Desjatinen* verfügen! Eintausend Familien besitzen ebensoviel wie zwei Millionen Bauernfamilien.

Es ist klar, daß Millionen und aber Millionen des Volkes Not und Hunger leiden *müssen* und daß sie *immer* Not und Hunger leiden werden, solange ein paar Tausend Reiche so unermessliche Bodenmengen im Besitz haben. Es ist klar, daß auch die Staatsmacht, die Regierung selbst (sei es auch die Zarenregierung) solange nach der Pfeife dieser Großgrundbesitzer tanzen wird. Es ist klar, daß die Dorfarmut von niemandem und von nirgends Hilfe zu erwarten hat, solange sie sich nicht selber vereinigt, sich nicht zu einer Klasse zusammenschließt zum zähen, verzweifelten Kampf gegen diese Gutsbesitzerklasse.

Hier muß bemerkt werden, daß bei uns sehr viele Leute (und sogar viele gebildete Leute) eine ganz falsche Meinung von der Stärke der Gutsbesitzerklasse haben, wenn sie sagen, daß der „Staat“ noch weit mehr Land besitze. „Schon jetzt“, sagen diese schlechten Berater der Bauern, „gehört ein großer Teil des Territoriums (d. h. des ganzen Landes)

Rußlands dem Staate (diese Worte sind der Zeitung „Rewoluzionnaja Rossija“ Nr. 8, S. 8, entnommen). Der Fehler dieser Leute ist folgendermaßen entstanden. Sie haben gehört, daß bei uns, im Europäischen Rußland, 150 Millionen Desjatinen dem Fiskus gehören. Das ist richtig. Aber sie haben vergessen, daß diese 150 Millionen Desjatinen fast durchweg aus *Ödland und Wald im Hohen Norden* bestehen — in den Gouvernements Archangelsk, Wologda, Olonez, Wjatka und Perm. Dem Fiskus sind also nur solche Ländereien geblieben, die bisher für die Wirtschaft vollkommen untauglich waren. An nutzbarem Boden dagegen besitzt der Fiskus *weniger als vier Millionen Desjatinen*. Und diese nutzbaren fiskalischen Ländereien (zum Beispiel im Gouvernement Samara, wo es besonders viel davon gibt) werden sehr billig, für einen Spottpreis an die Reichen verpachtet. Die Reichen nehmen sich Tausende und Zehntausende Desjatinen von diesem Boden und vergeben ihn dann zu einem Wucherpreis an die Bauern.

Nein, es sind ganz schlechte Berater der Bauern, die sagen: Dem Fiskus gehört viel Land. In Wirklichkeit haben die privaten Großgrundbesitzer (darunter auch der Zar persönlich) viel guten Boden, und diese Großgrundbesitzer haben auch den Fiskus in der Hand. Und solange die Dorfarmut es nicht versteht, sich zu vereinigen und durch ihre Vereinigung zu einer achtungsgebietenden Macht zu werden, solange bleibt der „Staat“ immer der gehorsame Diener der Gutsbesitzerklasse. Und es darf auch nicht vergessen werden: Früher waren fast nur die Adligen Gutsbesitzer. Die Adligen haben auch jetzt eine Menge Land (115 000 Adlige besaßen 1877/1878 volle 73 Millionen Desjatinen). Aber zur Hauptmacht ist jetzt das Geld geworden, das Kapital. Ungeheuer viel Land haben die Kaufleute und die wohlhabenden Bauern aufgekauft. Man nimmt an, daß die Adligen im Laufe von dreißig Jahren (von 1863 bis 1892) für über sechshundert Millionen Rubel Land eingebüßt (d. h. mehr verkauft als gekauft) haben. Die Angehörigen des Kaufmanns- und des Ehrenbürgerstandes aber haben für 250 Millionen Rubel Land erworben. Die Bauern, Kosaken und „sonstige ländliche Einwohner“ (so nennt unsere Regierung die Leute einfachen Standes zum Unterschied von den „wohlgeborenen“ und „feinen Leuten“) haben für 300 Millionen Rubel Land erworben. Folglich kaufen sich die Bauern in ganz Rußland jedes Jahr durchschnittlich für 10 Millionen Rubel Land als Privateigentum zu.

Es gibt also verschiedene Bauern: die einen leiden Not und Hunger, die anderen werden reich. Also mehren sich stetig die reichen Bauern, die selber Gutsbesitzer werden möchten und für die Reichen, gegen die Arbeiter Partei ergreifen werden. Und die Dorfarmut, die sich mit den städtischen Arbeitern vereinigen will, muß darüber gut nachdenken, sie muß wissen, ob es viele solcher reichen Bauern gibt, wie groß ihre Macht ist und welchen Bund wir zum Kampf gegen diese Macht brauchen. Wir haben soeben die schlechten Berater der Bauern erwähnt. Diese schlechten Berater pflegen zu sagen: Die Bauern haben schon einen Bund. Dieser Bund ist der Mir, die Dorfgemeinschaft. Der Mir ist eine große Macht. Diese Vereinigung durch den Mir verknüpft die Bauern eng miteinander; die Organisation (d. h. die Vereinigung, der Bund) der Mir-Bauernschaft ist kolossal (d. h. riesig, unermesslich groß).

Das ist nicht wahr. Das ist ein Märchen. Wenn auch von guten Leuten erdacht, ist es dennoch ein Märchen. Wenn wir auf Märchen hören, so werden wir unserer Sache, dem Bündnis der Dorfarmut mit den städtischen Arbeitern, nur schaden. Jeder Dorfbewohner soll sich gut umschauen: sieht die Mir-Vereinigung, sieht die Bauerngemeinschaft einem Bund der Armut zum Kampf gegen *alle* Reichen, gegen *alle*, die von fremder Arbeit leben, ähnlich? Nein, sie sieht ihm nicht ähnlich und kann ihm nicht ähnlich sehen. In jedem Dorf, in jeder Dorfgemeinschaft gibt es viele Landarbeiter, viele verarmte Bauern, und es gibt Reiche, die selber Landarbeiter halten und sich „für ewig“ Boden kaufen. Diese Reichen sind auch Mitglieder der Dorfgemeinschaft, und sie spielen in ihr die erste Geige, weil sie eine Macht darstellen. Brauchen wir aber einen Bund, dem die Reichen angehören, in dem die Reichen den Ton angeben? Mitnichten. Wir brauchen einen Bund *zum Kampf* gegen die Reichen. Folglich ist die Mir-Vereinigung für uns völlig unbrauchbar.

Wir brauchen eine freiwillige Vereinigung, einen Bund nur solcher Leute, die begriffen haben, daß sie sich mit den städtischen Arbeitern vereinigen müssen. Die Dorfgemeinschaft aber ist keine freiwillige, sondern eine vom Staat befohlene Vereinigung. Der Gemeinschaft gehören nicht nur jene Leute an, die für die Reichen arbeiten, die vereint gegen die Reichen kämpfen wollen. Ihr gehören alle möglichen Leute an, nicht aus freiem Willen, sondern weil ihre Eltern auf diesem Boden gelebt, für diesen Gutsbesitzer gearbeitet haben, weil die Obrigkeit sie in dieser

Gemeinschaft eingetragen hat. Die armen Bauern können aus der Gemeinschaft nicht ohne weiteres austreten, sie können in die Gemeinschaft nicht ohne weiteres einen Fremden aufnehmen, den die Polizei in einem andern Amtsbezirk eingetragen hat, den wir aber für unseren Bund vielleicht gerade hier brauchen. Nein, wir benötigen einen ganz andern Bund, eine freiwillige Vereinigung nur von Arbeitern und armen Bauern zum Kampf gegen alle, die von fremder Arbeit leben.

Die Zeiten, in denen der Mir eine Macht war, sind längst dahin. Und diese Zeiten werden nie wiederkehren. Der Mir war eine Macht, als es unter den Bauern fast keine Knechte und sonstigen Arbeiter gab, die nun auf der Suche nach Verdienst ganz Rußland durchstreifen, als es unter ihnen auch fast keine Reichen gab, als der Druck der Fronherren auf allen gleich stark lastete. Jetzt aber ist das Geld zur Hauptmacht geworden. Um des Geldes willen bekämpfen sich auch die Mitglieder ein und derselben Dorfgemeinschaft wie wilde Tiere. Die geldkräftigen Bauern bedrängen und plündern ihre Genossen aus der eigenen Dorfgemeinschaft mehr als mancher Gutsbesitzer. Was wir jetzt brauchen, ist keine Mir-Vereinigung, sondern eine Vereinigung gegen *die Macht des Geldes*, gegen die Macht des Kapitals, ein Bund aller Landarbeiter und aller besitzlosen Bauern verschiedener Dorfgemeinschaften, ein Bund der gesamten Dorfarmut und der städtischen Arbeiter zum Kampf sowohl gegen die Gutsbesitzer wie auch gegen die reichen Bauern.

Wie groß die Macht der Gutsbesitzer ist, haben wir gesehen. Jetzt gilt es zu prüfen, ob es viele reiche Bauern gibt und wie groß ihre Macht ist.

Über die Macht der Gutsbesitzer haben wir nach der Größe ihrer Güter geurteilt, nach der Bodenmenge, die sie besitzen. Die Gutsbesitzer verfügen frei über ihren Boden, kaufen und verkaufen ihn nach ihrem Ermessen. Deshalb kann ihre Macht auf Grund der Bodenmenge, die sie besitzen, sehr genau beurteilt werden. Die Bauern dagegen haben bis jetzt bei uns noch nicht das Recht, über ihren Boden frei zu verfügen, sie leben bis heute noch in halber Leibeigenschaft, sind an ihre Dorfgemeinschaft gebunden. Darum kann man über die Macht der reichen Bauern nicht auf Grund der Größe ihres Anteillandes urteilen. Es sind nicht ihre Landanteile, an denen sie sich bereichern: sie *kaufen* viel Boden auf, sie kaufen ihn sowohl „für ewig“ (d. h. als ihr Privateigentum) als auch „für Jahre“ (d. h., sie pachten ihn), sie kaufen ihn den Gutsbesitzern ab und

auch ihresgleichen, den Bauern, die ihren Boden aufgeben, die aus Not ihre Landanteile verpachten. Am richtigsten wird es daher sein, die reichen, mittleren und besitzlosen Bauern nach der Zahl ihrer Pferde zu unterscheiden. Ein Bauer, der viele Pferde besitzt, ist fast immer ein reicher Bauer; hält er viel Zugvieh, so heißt das, daß er viel Land bestellt, daß er außer seinem Anteil noch anderen Boden besitzt und auch Geld vorrätig hat. Zudem haben wir die Möglichkeit, zu erfahren, wieviel pferdereiche Bauern es in ganz Rußland (im Europäischen Rußland, ohne Sibirien und ohne den Kaukasus) gibt. Man darf natürlich nicht vergessen, daß man nur vom Durchschnitt in ganz Rußland sprechen kann: in den einzelnen Kreisen und Gouvernements gibt es sehr große Unterschiede. In der Nähe der Städte zum Beispiel trifft man oft reiche Bauern, die nur ganz wenig Pferde besitzen. Sie treiben meist Gartenbau, der sehr vorteilhaft ist; andere halten wenig Pferde, dafür aber viele Kühe und verkaufen die Milch. Es gibt überall in Rußland auch solche Bauern, die sich nicht am Boden, sondern an Handelsgeschäften bereichern; sie errichten Ölschlagereien, Graupenmühlen und andere Betriebe. Jeder, der auf dem Lande wohnt, kennt die reichen Bauern seines Dorfes oder Bezirks sehr gut. Wir müssen aber wissen, wieviel es von ihnen in ganz Rußland gibt, wie groß ihre Macht ist, damit der arme Bauer nicht aufs Geratewohl geht, nicht mit verbundenen Augen, damit er vielmehr genau weiß, wie seine Freunde und wie seine Feinde aussehen.

Wir wollen nun also ermitteln, ob es viele pferdereiche und viele pferdearme Bauern gibt. Wir haben schon gesagt, daß die Zahl der Bauernhöfe in Rußland auf rund *zehn Millionen* geschätzt wird. Sie besitzen jetzt insgesamt wahrscheinlich an die *fünfzehn Millionen* Pferde (vor etwa vierzehn Jahren waren es *siebzehn Millionen*, aber heute sind es weniger). Durchschnittlich kommen also auf *zehn Höfe fünfzehn* Pferde. Die ganze Sache ist aber die, daß die einen, und zwar wenige, viele Pferde besitzen, die anderen, und zwar sehr viele, dagegen nur sehr wenige oder überhaupt keine. Die Zahl der pferdelosen Bauern beträgt *mindestens drei Millionen*, dazu kommen etwa *dreieinhalb Millionen*, die nur *ein Pferd* besitzen. Das sind entweder völlig zugrunde gerichtete oder besitzlose Bauern. Wir nennen sie Dorfarmut. Solcher Bauern gibt es also *sechseinhalb* von zehn Millionen, d. h. *fast zwei Drittel!* Dann kommen die mittleren Bauern, die ein Gespann Zugvieh besitzen. Solcher gibt es *etwa*

zwei Millionen Höfe, und sie haben etwa vier Millionen Pferde. Ihnen folgen die reichen Bauern, die mehr als ein Gespann Zugvieh besitzen. Hiervon gibt es *anderthalb Millionen Höfe*, die aber *siebeneinhalb Millionen Pferde* haben.* Das bedeutet: ungefähr der sechste Teil der Höfe hat die Hälfte aller Pferde in seinem Besitz.

Wenn wir das wissen, können wir ziemlich genau über die Macht der reichen Bauern urteilen. An Zahl gibt es ihrer sehr wenige: in den verschiedenen Dorfgemeinden, den verschiedenen Amtsbezirken werden wohl ein bis anderthalb Dutzend auf hundert Höfe kommen. Aber diese wenigen Höfe sind die reichsten. Darum erweist es sich, daß sie in ganz Rußland fast ebensoviel Pferde besitzen wie alle übrigen Bauern zusammen genommen. Folglich beträgt die ihnen gehörende Saatfläche auch fast die Hälfte der gesamten Saatfläche der Bauern. Diese Bauern ernten also viel mehr Getreide, als ihre Familien brauchen. Sie verkaufen sehr viel Getreide. Ihnen dient das Getreide nicht nur zur Ernährung, sondern vor allem für den Verkauf, für den Erlös von Geld. Solche Bauern können Geld anhäufen. Sie legen es in die Sparkassen und Banken. Sie kaufen sich Boden als Eigentum. Wir haben schon gesagt, wieviel Boden in ganz Rußland jährlich von Bauern gekauft wird; fast alle diese Landflächen gelangen in den Besitz dieser wenigen reichen Bauern. Die Dorfarmut kann nicht daran denken, Land zu kaufen, sie muß sehen, wie sie sich durchschlägt. Sie hat ja oft nicht genug Geld für Brot, wie könnte sie da

* Wir wiederholen noch einmal, daß wir hier annähernde, durchschnittliche Zahlen nehmen. Vielleicht beträgt die Zahl der reichen Bauern nicht genau anderthalb Millionen, sondern einviertel Millionen oder eindreiviertel Millionen oder sogar zwei Millionen. Das macht keinen großen Unterschied. Es handelt sich hier nicht darum, jedes Tausend oder Hunderttausend zu berücksichtigen, es handelt sich darum, genau zu erfassen, wie groß die Macht der reichen Bauern ist und in welcher Lage sie sich befinden, damit man seine Feinde und seine Freunde unterscheiden kann, damit man sich nicht durch allerlei Ammenmärchen und leere Worte betrügen läßt, sondern die Lage der Armen und insbesondere die Lage der Reichen genau kennenlernt.

Mag jeder ländliche Arbeiter sich seinen Amtsbezirk und die benachbarten Amtsbezirke genau ansehen. Er wird sich überzeugen, daß unsere Berechnung richtig ist, daß sich durchschnittlich überall dasselbe ergibt: auf je hundert Höfe kommen zehn, höchstens zwanzig reiche Bauern, an die zwanzig mittlere Bauern, alle übrigen sind arme Bauern.

Land kaufen. Darum helfen die verschiedenen Banken im allgemeinen, und die Bauernbank im besonderen keineswegs allen Bauern, Land zu erwerben (wie mitunter Bauernfänger oder gar zu große Einfaltspinsel versichern), sondern nur einer verschwindenden Anzahl von Bauern, nur den reichen. Darum sagen auch jene schlechten Berater der Bauern, die wir erwähnt haben, über den Bodenkauf der Bauern die Unwahrheit, wenn sie behaupten, daß der Boden vom Kapital auf die Arbeit übergehe. Auf die Arbeit, d. h. auf den besitzlosen Arbeitsmenschen, kann der Boden nie übergehen, denn für den Boden zahlt man Geld. Von überschüssigem Geld aber kann bei den armen Bauern keine Rede sein. Der Boden geht nur auf die reichen Bauern über, die Geld haben, auf das Kapital, nur auf solche Leute, gegen die die Dorfarmut im Bündnis mit den städtischen Arbeitern kämpfen muß.

Nicht genug damit, daß die reichen Bauern den Boden für ewig kaufen, sie sind es auch vorwiegend, die Boden für Jahre mieten, die Boden pachten. Sie nehmen den Boden der Dorfarmut weg, indem sie große Grundstücke pachten. Zum Beispiel wurde in einem Kreis des Gouvernements Poltawa (im Kreis Konstantinograd) berechnet, wieviel Land die reichen Bauern gepachtet haben. Und was stellte sich heraus? Es gab nur ganz wenige, die 30 oder mehr Desjatinen gepachtet hatten, es kamen ihrer nur zwei auf je 15 Höfe. Aber diese reichen Bauern hatten die Hälfte des ganzen Pachtlandes an sich gerafft, auf jeden reichen Bauern kamen 75 Desjatinen Pachtland! Oder im Gouvernement Taurien wurde berechnet, wieviel von dem Boden, den die Bauern durch den *Mir*, die Dorfgemeinschaft, vom Fiskus gepachtet hatten, die reichen Bauern für sich nahmen. Es zeigte sich, daß die reichen Bauern — an Zahl nicht mehr als ein Fünftel der Höfe — sich drei Viertel des ganzen Pachtlandes angeeignet hatten. Der Boden wird überall nach dem Geld zugeteilt, Geld aber pflegen nur die wenigen reichen Bauern zu haben.

Viel Boden wird jetzt auch von den Bauern selber verpachtet. Sie geben ihr Anteilland auf, weil sie kein Vieh, kein Saatgut, rein nichts haben, um die Wirtschaft zu führen. Ohne Geld kann man heute auch mit dem Boden nichts anfangen. Im Kreis Nowousensk des Gouvernements Samara zum Beispiel pachten ein oder auch zwei von je drei reichen Bauernhöfen Anteilland in ihrer eigenen oder in einer fremden Gemeinde. Verpachtet wird das Land von den Bauern, die nur ein Pferd oder gar keins be-

sitzen. Im Gouvernement Taurien verpachtet nicht weniger als ein *Drittel* der Bauernhöfe ihre Anteile. Der *vierte* Teil aller bäuerlichen Anteile, eine Viertelmillion Desjatinen, wird verpachtet. Und von dieser Viertelmillion geraten 150 000 Desjatinen (drei Fünftel) in die Hände der reichen Bauern! Wir können hier wiederum sehen, ob die Mir-Vereinigung, die Dorfgemeinschaft, für die Dorfarmut tauglich ist. Wer in der Dorfgemeinschaft das Geld hat, der hat auch die Macht. Wir aber brauchen eine Vereinigung der Dorfarmut aus allen Dorfgemeinschaften.

Wie durch das Geschwätz über den Bodenkauf, so werden die Bauern auch durch das Gerede über den billigen Kauf von Pflügen, Mähmaschinen und allen möglichen anderen vervollkommenen Geräten betrogen. Es werden Semstwolager errichtet, Artels gebildet, und man sagt: Die vervollkommenen Geräte werden die Lage der Bauernschaft bessern. — Das ist glatter Betrug. Alle diese besseren Geräte gelangen nur in die Hände der Reichen, während die Armen fast nichts erhalten. Sie haben andere Sorgen als Pflüge und Mähmaschinen, sie müssen zusehen, wie sie ihr nacktes Leben fristen! Diese ganze „Hilfe für die Bauern“ ist eine Hilfe für die Reichen und weiter nichts. Der Masse der Armen aber, die weder Land noch Vieh, noch Vorräte haben, ist dadurch nicht geholfen, daß die besseren Geräte billiger werden. In einem Kreis des Gouvernements Samara wurde zum Beispiel gezählt, wieviel verbesserte Geräte die reichen und wieviel die armen Bauern haben. Es erwies sich, daß ein *Fünftel* der Höfe, d. h. die wohlhabendsten Bauern, fast *drei Viertel* aller verbesserten Geräte, die armen Bauern, die *Halbte* der Höfe, dagegen alles in allem nur den *dreißigsten Teil* besitzen. Die Zahl der Höfe, die kein Pferd oder nur eines haben, beträgt in diesem Kreis 10 000 von insgesamt 28 000 Höfen; und diese 10 000 Höfe besitzen alles in allem nur *sieben* von den 5724 verbesserten Geräten aller Bauernhöfe im ganzen Kreis. Sieben Geräte von 5724 — das ist der Anteil der Dorfarmut an all diesen Verbesserungen der Wirtschaft, an der Verbreitung von Pflügen und Mähmaschinen, die angeblich der „gesamten Bauernschaft“ helfen! Das ist es, was die Dorfarmut von den Leuten zu erwarten hat, die von einer „Verbesserung der bäuerlichen Wirtschaft“ faseln!

Schließlich besteht eine der wichtigsten Besonderheiten der reichen Bauernschaft darin, daß sie *Knechte und Tagelöhner dingt*. Ebenso wie die Gutsbesitzer leben auch die reichen Bauern von fremder Arbeit. Ebenso

wie die Gutsbesitzer werden sie immer reicher, weil die Masse der Bauernschaft zugrunde gerichtet wird und verelendet. Ebenso wie die Gutsbesitzer sind sie bestrebt, aus ihren Landarbeitern möglichst viel Arbeit herauszupressen und ihnen möglichst wenig zu zahlen. Wenn nicht Millionen von Bauern völlig zugrunde gerichtet und gezwungen wären, bei fremden Leuten Arbeit zu suchen, sich zu verdingen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, dann könnten die reichen Bauern nicht existieren, könnten sie ihre Wirtschaft nicht aufrechterhalten. Dann könnten sie nirgends „heimgefallene“ Landanteile zusammenklauben, nirgends Arbeiter für sich finden. In ganz Rußland aber dängen die anderthalb Millionen reicher Bauern sicherlich mindestens *eine Million* Knechte und Tagelöhner. Es ist klar, daß in dem großen Kampf zwischen der Klasse der Eigentümer und der Klasse der Besitzlosen, zwischen den Unternehmern und den Arbeitern, zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat, die reichen Bauern sich auf die Seite der Eigentümer, gegen die Arbeiterklasse stellen werden.

Jetzt kennen wir die Lage und die Macht der reichen Bauernschaft. Untersuchen wir nun, wie die Dorfarmut lebt.

Wir haben bereits gesagt, daß zur Dorfarmut die gewaltige Mehrheit, fast zwei Drittel aller Bauernhöfe in ganz Rußland gehören. Vor allem beträgt die Zahl der pferdelosen Höfe auf keinen Fall weniger als *drei Millionen* — wahrscheinlich sogar mehr, jetzt wohl schon dreieinhalb Millionen. Jedes Hungerjahr, jede Mißernte richtet Zehntausende von Wirtschaften zugrunde. Die Bevölkerung nimmt zu, sie lebt in immer drangvollerer Enge, der beste Boden befindet sich aber bereits gänzlich in den Händen der Gutsbesitzer und reichen Bauern. Mit jedem Jahr werden immer mehr Leute zugrunde gerichtet, sie gehen in die Städte und in die Fabriken, verdingen sich als Landarbeiter, verrichten Gelegenheitsarbeiten. Der pferdelose Bauer ist ein Bauer, der bereits völlig mittellos geworden ist. Er ist ein Proletarier. Er lebt (solange er lebt, richtiger gesagt, nicht lebt, sondern sich irgendwie durchschlägt) nicht vom Boden, nicht von der Wirtschaft, sondern von der *Lohnarbeit*. Er ist der leibliche Bruder des städtischen Arbeiters. Der pferdelose Bauer kann auch mit dem Boden nichts anfangen: die Hälfte der pferdelosen Höfe *verpachtet ihre Landanteile*, mitunter geben sie diese sogar umsonst der Dorfgemeinschaft zurück (ja zahlen selber noch etwas drauf!), weil sie nicht imstande sind, den Boden zu bestellen. Der pferdelose Bauer bebaut vielleicht eine Des-

jatine, wenn es hoch kommt — zwei. Er muß immer Korn hinzukaufen (wenn er Geld dafür hat), denn das eigene Korn reicht für seine Ernährung niemals aus. Nicht viel besser haben es auch die Bauern, die ein Pferd besitzen. Ihrer gibt es in ganz Rußland etwa dreieinhalb Millionen Höfe. Natürlich kommen Ausnahmen vor, und wir haben bereits gesagt, daß es hier und da Bauern gibt, die nur ein Pferd besitzen und doch ihr Auskommen haben oder sogar reich sind. Aber wir sprechen nicht von Ausnahmen, nicht von einzelnen Gegenden, sondern von ganz Rußland. Nimmt man die Gesamtmasse der Bauern, die nur ein Pferd besitzen, so ist das zweifellos eine Masse, die in Armut und Elend lebt. Der Bauer mit einem Pferd bebaut sogar in den landwirtschaftlichen Gouvernements nur drei, vier, selten fünf Desjatinen; mit seinem eigenen Korn kommt auch er nicht aus. Selbst in guten Jahren ernährt er sich nicht besser als ein pferdeloser Bauer, er hat also nie satt zu essen, er hungert ständig. Die Wirtschaft befindet sich in völligem Verfall, das Vieh ist schlecht, es mangelt an Futter, die Kräfte reichen nicht aus, den Boden gehörig zu pflegen. Für seine ganze Wirtschaft (mit Ausnahme des Viehfutters) kann der Bauer mit einem Pferd — zum Beispiel im Gouvernement Woronesh — nicht mehr als *zwanzig Rubel im Jahr* ausgeben! (Der reiche Bauer gibt *zehnmal soviel* aus.) Zwanzig Rubel im Jahr — für die Pacht des Bodens, für den Ankauf von Vieh, für die Instandsetzung des Pfluges und der sonstigen Geräte, für den Hirten und für alles übrige! Ist das etwa eine Wirtschaft? Das ist doch nur Schinderei, nur Mühe und Qual, die reine Zuchthausarbeit. Es ist klar, daß es auch unter den Bauern mit einem Pferd solche gibt — und es sind nicht wenige —, die *ihre Landanteile verpachten*. Wer bettelarm ist, der hat auch vom Boden nicht viel Nutzen. Geld ist nicht vorhanden, und der Boden bringt nicht nur kein Geld, sondern auch nicht den notdürftigen Unterhalt ein. Geld aber braucht man für alles: für die Nahrung, die Kleidung, die Wirtschaft, die Steuern. Im Gouvernement Woronesh zahlt der nur ein Pferd besitzende Bauer allein an Steuern gewöhnlich *achizehn Rubel*, dabei hat er aber alles in allem, für alle Ausgaben höchstens 75 Rubel im Jahr zur Verfügung. Hier kann man nur zum Hohn von Bodenkauf, von verbesserten Geräten, von Bauernbanken sprechen: das ist ganz und gar nicht für die Dorfarmut ersonnen. Woher aber Geld nehmen? Nun, man ist gezwungen, einen „Nebenwerb“ zu suchen. Der nur ein Pferd besitzende Bauer kann sich ebenso

wie der pferdelose Bauer nur mit Hilfe von „Nebenerwerb“ über Wasser halten. Was aber bedeutet das — „Nebenerwerb“? Das bedeutet Arbeit bei fremden Menschen, Lohnarbeit. Das bedeutet, daß der nur ein Pferd besitzende Bauer zur Hälfte aufgehört hat, Landwirt zu sein, daß er Lohnarbeiter, Proletarier geworden ist. Darum nennt man solche Bauern auch *Halbproletarier*. Sie sind gleichfalls die leiblichen Brüder des städtischen Arbeiters, denn auch sie werden von allen möglichen Besitzern nach Strich und Faden ausgeplündert. Auch für sie gibt es keinen anderen Ausweg, keine andere Rettung, als sich mit den Sozialdemokraten zusammenschließen zum Kampf gegen alle Reichen, gegen alle Eigentümer. Wer arbeitet am Bau der Eisenbahnen? Wen plündern die Bauunternehmer aus? Wer geht zum Holzfällen und Flößen? Wer verdingt sich als Knecht? Wer als Tagelöhner? Wer verrichtet die schwerste Arbeit in den Städten und Häfen? Durchweg die Dorfarmut. Durchweg die Bauern ohne Pferd oder mit nur einem Pferd. Durchweg die Landproletarier und Halbproletarier. Und welch eine Menge solcher Leute gibt es in Rußland! Man hat berechnet, daß in ganz Rußland (mit Ausnahme von Sibirien und dem Kaukasus) jährlich acht, mitunter auch neun *Millionen* Pässe ausgestellt werden. Das sind alles Wanderarbeiter. Das sind nur dem Namen nach Bauern, in Wirklichkeit aber Lohnarbeiter. Sie müssen sich alle mit den städtischen Arbeitern zu einem Bund zusammenschließen, und jeder Strahl des Lichtes und des Wissens, der ins Dorf fällt, wird diesen Bund stärken und festigen.

Noch etwas darf beim „Nebenerwerb“ nicht vergessen werden. Allerlei Beamte und Leute, die wie Beamte denken, sprechen gern davon, daß der Bauer, der Mushik, zwei Dinge „braucht“: Grund und Boden (nur nicht sehr viel — man wüßte ja auch nicht, wo man viel hernehmen sollte, denn die Reichen haben schon alles an sich gerissen!) und „Nebenerwerb“. Um dem Volk zu helfen, sagen sie, müsse man daher auf dem Lande mehr Gewerbebezüge einführen, mehr „Nebenerwerb geben“. Solche Reden sind pure Heuchelei. Für die Dorfarmut bedeutet Nebenerwerb Lohnarbeit. Dem Bauern „Nebenerwerb geben“ heißt ihn in einen Lohnarbeiter verwandeln. Eine schöne Hilfe, das muß man schon sagen! Für die reichen Bauern gibt es einen anderen „Nebenerwerb“, der Kapital erfordert — zum Beispiel die Errichtung einer Mühle oder eines anderen Betriebes, den Kauf einer Dreschmaschine, den Handel und ähnliches. Diesen

Nebenerwerb der Geldsäcke mit der *Lohnarbeit* der Dorfarmut in einen Topf werfen heißt die Dorfarmut betrügen. Für die Reichen ist ein solcher Betrug natürlich vorteilhaft; es ist für sie vorteilhaft, die Sache so hinzustellen, als wären alle Arten von „Nebenerwerb“ den Kräften und Mitteln *aller* Bauern angemessen. Wer aber der Dorfarmut wirklich Gutes wünscht, der sagt ihr *die ganze Wahrheit und nur die Wahrheit*.

Wir müssen nun noch etwas über die Mittelbauern sagen. Wir haben schon gesehen, daß in ganz Rußland durchschnittlich jener Bauer als Mittelbauer gelten kann, der ein Gespann Zugvieh hat, und daß von zehn Millionen Bauernhöfen etwa zwei Millionen auf solche Höfe entfallen. Der Mittelbauer steht in der Mitte zwischen dem Reichen und dem Proletarier — darum heißt er auch Mittelbauer. Er lebt auch mittelmäßig: in einem guten Jahr schlägt er aus der Wirtschaft gerade soviel heraus, wie er braucht, aber die Not sitzt ihm immer im Nacken. Ersparnisse hat er entweder gar keine oder nur sehr geringe. Darum steht seine Wirtschaft auf unsicherem Boden. Geld zu beschaffen ist schwer: seine Wirtschaft wirft nur sehr selten soviel Geld ab, wie er braucht, und auch das recht kärglich. Aber einen Nebenerwerb suchen bedeutet den Hof verlassen, die Wirtschaft vernachlässigen. Viele Mittelbauern kommen dennoch ohne Nebenerwerb keinesfalls aus: sie müssen sich als Lohnarbeiter verdingen, die Not zwingt sie, sich in die Knechtschaft der Gutsbesitzer zu begeben, Schulden zu machen. Seine Schulden aber wird der Mittelbauer fast nie mehr los, denn sichere Einkünfte, wie der reiche Bauer, hat er nicht. Hat er also erst einmal Schulden gemacht, so hat er sich damit gleichsam die Schlinge um den Hals gelegt. Aus den Schulden kommt er nicht wieder heraus, bis er schließlich ganz zugrunde gerichtet ist. Der Mittelbauer begibt sich meist in die Knechtschaft des Gutsbesitzers, denn der Gutsbesitzer braucht für die anfallenden Arbeiten einen Bauern, der nicht ruiniert ist, der ein Pferdegespann und alle für die Wirtschaft notwendigen Geräte besitzt. Sein Dorf zu verlassen, fällt dem Mittelbauern schwer; deshalb läßt er sich von den Gutsbesitzern knechten — für Korn und Weiderecht, für die Pacht von Bodenabschnitten und für ein Gelddarlehen im Winter. Außer dem Gutsbesitzer und dem Wucherer bedrängt den Mittelbauern auch der reiche Nachbar: er wird ihm stets den Boden vor der Nase wegschnappen und keine Gelegenheit versäumen, ihm auf jede Art und Weise an die Wand zu drücken. Und so lebt der Mittelbauer: nicht Fisch und

nicht Fleisch. Er ist weder ein richtiger, echter Hofbesitzer noch ein Arbeiter. Alle Mittelbauern möchten Großbauern, wollen Eigentümer werden, aber das gelingt nur sehr, sehr wenigen. Äußerst gering ist die Zahl jener, die sogar ständig oder zeitweilig Landarbeiter beschäftigen und selber danach streben, aus fremder Arbeit Gewinn zu ziehen, auf dem Rücken anderer zu den Reichen aufzusteigen. Die meisten Mittelbauern aber können nicht im Traum daran denken, jemanden zu dingen — sie müssen sich selber verdingen.

Überall, wo zwischen Reichen und Armen, zwischen Eigentümern und Arbeitern der Kampf beginnt, steht der Mittelbauer in der Mitte und weiß nicht, wohin er gehen soll. Die Reichen locken ihn auf ihre Seite: Du bist doch auch ein Hofbesitzer, ein Eigentümer, du hast mit diesen Habenichtsen, den Arbeitern nichts zu tun. Die Arbeiter aber sagen: Die Reichen werden dich betrügen und ausplündern, es gibt für dich keine andere Rettung, als uns in unserem Kampf gegen alle Reichen beizustehen. Dieser Streit um den Mittelbauern ist überall im Gange, in allen Ländern, wo sozialdemokratische Arbeiter für die Befreiung des Arbeitervolkes kämpfen. In Rußland beginnt dieser Streit eben erst. Darum müssen wir diese Angelegenheit besonders gut prüfen und klar verstehen, mit welchen Betrügereien die Reichen den Mittelbauern zu ködern suchen, wie wir diese Betrügereien aufdecken und dem Mittelbauern helfen können, seine wahren Freunde zu finden. Wenn die russischen sozialdemokratischen Arbeiter von Anfang an den richtigen Weg beschreiten, so wird es uns viel eher als den deutschen Genossen, den deutschen Arbeitern gelingen, ein festes Bündnis des arbeitenden Landvolkes mit den Arbeitern der Städte zu schaffen und rasch den Sieg über alle Feinde der Werktätigen zu erringen.

4. WOHIN SOLL DER MITTELBAUER GEHEN? AUF DIE SEITE DER EIGENTÜMER UND REICHEN ODER AUF DIE SEITE DER ARBEITER UND BESITZLOSEN?

Alle Eigentümer, die ganze Bourgeoisie ist bemüht, die Mittelbauern dadurch auf ihre Seite hinüberzuziehen, daß sie ihnen alle möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaft verspricht (billige Pflüge, Bauern-

banken, Einführung von Futtergrasanbau, wohlfeilen Verkauf von Vieh, Düngemitteln und dergleichen mehr) und die Bauern zu Teilnehmern an verschiedenen landwirtschaftlichen Vereinen (Genossenschaften, wie sie in den Druckschriften heißen), an Vereinigungen der unterschiedlichsten Landwirte zwecks Verbesserung der Wirtschaft macht. So will die Bourgeoisie die Mittel- und sogar die Kleinbauern, ja sogar die Halbproletarier vom Bündnis mit den Arbeitern abhalten und sie dazu bringen, für die Reichen, für die Bourgeoisie in deren Kampf gegen die Arbeiter, gegen das Proletariat Partei zu ergreifen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter antworten darauf: die Verbesserung der Wirtschaft ist eine gute Sache. Es ist nichts Schlimmes dabei, wenn man billig Pflüge kauft; jetzt ist sogar jeder gewitzte Kaufmann bestrebt, möglichst billig zu verkaufen, um Käufer anzulocken. Wenn man aber den armen und den mittleren Bauern sagt, die Verbesserung der Wirtschaft und die Verbilligung der Pflüge werde ihnen allen helfen, der Not zu entrinnen und sich auf eigene Füße zu stellen, ohne daß die reichen Leute auch nur angetastet werden, so ist das Betrug. Aus all diesen Verbesserungen, Verbilligungen und Genossenschaften (Vereinigungen zum Verkauf und Einkauf von Waren) ziehen die Reichen den weitaus größeren Nutzen. Die Reichen werden immer stärker, sie bedrängen die Dorfarmut wie auch die Mittelbauern immer mehr. Solange die Reichen reich bleiben, solange sie den größten Teil des Bodens, des Viehs, der Geräte, des Geldes in ihren Händen halten — solange werden nicht nur die armen, sondern auch die mittleren Bauern ihre Not *nie* überwinden. Der eine oder andere Mittelbauer wird mit Hilfe dieser Verbesserungen und der Genossenschaften zu den Reichen aufsteigen, aber das ganze Volk und die Masse der Mittelbauern werden noch tiefer in Not versinken. Damit *alle* Mittelbauern reich werden, muß man die Reichen verjagen, das aber kann nur der Bund der städtischen Arbeiter mit der Dorfarmut.

Die Bourgeoisie sagt dem mittleren (und sogar dem armen) Bauern: Wir werden dir billigen Boden, billige Pflüge verkaufen, du aber verkauf uns deine Seele, du verzichte dafür auf den Kampf gegen alle Reichen.

Der sozialdemokratische Arbeiter sagt: Wenn sie tatsächlich billig verkaufen, warum dann nicht kaufen, so man das Geld dazu hat: das ist eine reine Geschäftsangelegenheit. Seine Seele aber soll man niemals verkaufen.

Auf den Kampf im Bunde mit den städtischen Arbeitern gegen die gesamte Bourgeoisie verzichten, das heißt ewig in Not und Elend bleiben. Durch die Verbilligung der Waren macht der Reiche noch größeren Gewinn, bereichert er sich noch mehr. Wer aber sowieso ohne Geld dasitzt, dem werden auch keine billigen Waren helfen, solange er dieses Geld der Bourgeoisie nicht abgenommen hat.

Nehmen wir ein Beispiel. Die Anhänger der Bourgeoisie machen viel Aufhebens von allen möglichen Genossenschaften (Vereinigungen zum billigen Einkauf und vorteilhaften Verkauf). Es gibt sogar Leute, die sich „Sozialrevolutionäre“ nennen und im Gefolge der Bourgeoisie ebenfalls schreien, daß der Bauer Genossenschaften am dringendsten brauche. Man beginnt, auch bei uns in Rußland allerlei Genossenschaften zu gründen, aber es gibt bei uns erst sehr wenige, und es wird nur wenige geben, solange wir nicht die politische Freiheit haben. In Deutschland dagegen gibt es sehr viele bäuerliche Genossenschaften. Man sehe aber, wem diese Genossenschaften am meisten nützen. In ganz Deutschland sind 140 000 Landwirte Mitglieder von Genossenschaften zum Verkauf von Milch und Molkereiprodukten, und diese 140 000 Landwirte (wir nehmen der Einfachheit halber wiederum runde Zahlen) besitzen 1 100 000 Kühe. Die Zahl der Kleinbauern beträgt in ganz Deutschland *vier Millionen*. Von ihnen sind nur 40 000 Mitglieder von Genossenschaften: auf hundert Kleinbauern kommt also *nur einer*, der von diesen Genossenschaften Gebrauch macht. Diese 40 000 Kleinbauern besitzen im ganzen 100 000 Kühe. Ferner beträgt die Zahl der mittleren Landwirte, der Mittelbauern — *eine Million*; davon sind 50 000 Mitglieder von Genossenschaften (also fünf von hundert), und sie besitzen 200 000 Kühe. Die Zahl der reichen Landwirte (d. h. der Gutsbesitzer und der Großbauern zusammen) schließlich beträgt *eine Drittelmillion*; davon sind 50 000 Mitglieder von Genossenschaften (also *siebzehn* von hundert!), und sie besitzen 800 000 Kühe!

Da sieht man, wem die Genossenschaften vor allem und am meisten nützen. So werden die Bauern von den Leuten genasführt, die ein großes Geschrei machen über die Rettung der Mittelbauern mit Hilfe aller möglichen derartigen Vereinigungen zum billigen Ankauf und vorteilhaften Verkauf. Wahrhaftig, um einen Spottpreis möchte die Bourgeoisie den Bauern „loskaufen“ von den Sozialdemokraten, die sowohl die Dorfarmut als auch den Mittelbauern auf ihre Seite rufen.

Auch bei uns werden allerlei Käse- und Sammelmolkereien gegründet. Auch wir haben genug Leute, die schreien: Artels und Mir-Vereinigungen und Genossenschaften — das ist es, was der Bauer braucht. Man sehe sich aber an, wem diese Artels, diese Genossenschaften, diese Mir-Pachten Nutzen bringen. Bei uns haben von hundert Höfen mindestens zwanzig überhaupt keine Kühe; etwa dreißig haben je eine Kuh: diese Bauern verkaufen die Milch aus bitterer Not, ihre Kinder bleiben ohne Milch, hungern und sterben wie die Fliegen. Die reichen Bauern haben dagegen drei, vier oder noch mehr Kühe, und diese reichen Bauern besitzen die Hälfte aller den Bauern gehörenden Kühe. Wem bringen also die Käse- und Sammelmolkereien Nutzen? Offensichtlich vor allem den Gutsbesitzern und der Dorfbourgeoisie. Offensichtlich ist es für diese vorteilhaft, daß die Mittelbauern und die Dorfarmut ihnen nacheifern, daß als Mittel zur Rettung aus der Not nicht der Kampf aller Arbeiter gegen die gesamte Bourgeoisie betrachtet wird, sondern das Bestreben einzelner Kleinbesitzer, aus ihrer Notlage herauszukommen und zu den Reichen aufzusteigen.

Dieses Bestreben wird von allen Anhängern der Bourgeoisie, die so tun, als seien sie Anhänger und Freunde der Kleinbauern, in jeder Weise unterstützt und gefördert. Und viele einfältige Leute erkennen den Wolf im Schafpelz nicht und machen den bürgerlichen Betrug mit in dem Glauben, dem Klein- und Mittelbauern zu nützen. So wird zum Beispiel in Büchern und Reden zu beweisen versucht, daß der Kleinbetrieb der vorteilhafteste, der ergiebigste sei, daß der Kleinbetrieb blühe; angeblich gibt es deshalb überall so viele Kleinbesitzer in der Landwirtschaft, angeblich klammern sie sich deshalb so fest an die Scholle (und nicht weil der ganze bessere Boden sich im Besitz der Bourgeoisie befindet, weil das ganze Geld sich ebenfalls in ihren Händen befindet, während die armen Bauern sich ihr Leben lang auf kleinen Bodenstücken zusammendrängen und abrackern müssen!). Die Kleinbauern brauchen nicht viel Geld, sagen diese Schönredner; die Klein- und Mittelbauern sind haushälterischer und fleißiger als die Großbauern, außerdem verstehen sie es, einfacher zu leben: anstatt Heu für das Vieh zuzukaufen, behelfen sie sich mit Stroh; anstatt eine teure Maschine zu kaufen, werden sie früher aufstehen, länger arbeiten und ebensoviel leisten wie die Maschine; anstatt für jede Instandsetzung fremden Leuten Geld zu zahlen, werden sie am Feiertag selber die Axt zur Hand nehmen und den Zimmermann spielen — das stellt sich viel

billiger als beim Großbesitzer; anstatt ein teures Pferd oder einen Ochsen zu füttern, werden sie sich beim Pflügen mit einer Kuh behelfen — in Deutschland pflügen alle Kleinbauern mit Kühen, und gar bei uns ist das Volk so verelendet, daß es den Pflügen nicht nur Kühe, sondern sogar Menschen vorzuspannen beginnt! Und wie vorteilhaft ist das! wie billig! Wie lobenswert ist es, daß die Mittel- und Kleinbauern so fleißig, so eifrig sind, daß sie so einfach leben, keine Streiche machen, nicht an den Sozialismus, sondern nur an ihre Wirtschaft denken! Nicht den Arbeitern streben sie nach, die Streiks gegen die Bourgeoisie veranstalten, sondern den Reichen — anständige Leute wollen sie werden! Ja, wenn alle so eifrig, so fleißig wären, wenn sie anspruchslos leben, sich des Trunks enthalten, recht viel Geld sparen, weniger für bunten Kattun ausgeben und weniger Kinder in die Welt setzen wollten, dann würden alle gut leben, und es würde keine Not und kein Elend geben!

So honigsüße Reden hält die Bourgeoisie dem Mittelbauern, und es gibt einfältige Leute, die an diese Reden glauben und sie nachplappern!* In Wirklichkeit sind diese honigsüßen Reden ein einziger Betrug, eine einzige Verhöhnung der Bauern. Die Not, die bittere Not, welche die mittleren und die armen Bauern zwingt, von früh bis spät zu arbeiten, mit jedem Stück Brot zu knausern, auf jede noch so kleine Geldausgabe zu verzichten — nennen diese Schönredner eine billige und vorteilhafte Wirtschaft. Natürlich, was kann „billiger“ und „vorteilhafter“ sein, als drei Jahre lang die gleiche Hose zu tragen, im Sommer ohne Stiefel herumzulaufen, den Hakenpflug mit einer Schnur zusammenzubinden und die Kuh mit faulem Dachstroh zu füttern. Man müßte einen beliebigen Bourgeois oder reichen Bauern in so eine „billige“ und „vorteilhafte“ Wirtschaft hineinsetzen — dem würden wohl bald seine honigsüßen Reden vergehen!

* Bei uns in Rußland heißen die einfältigen Leute, die für die Bauern nur das Beste wollen, aber trotzdem diese honigsüßen Reden im Munde führen, „Volkstümler“ oder auch „Anhänger des Kleinbetriebs“. Hinter ihnen zotteln aus Unverstand die „Sozialrevolutionäre“ drein. Auch in Deutschland gibt es nicht wenig Schönredner. Einer von ihnen, Eduard David, hat vor kurzem ein dickes Buch geschrieben. In diesem Buch sagt er, der Kleinbetrieb sei unvergleichlich vorteilhafter als der Großbetrieb, weil der Kleinbauer keine überflüssigen Ausgaben mache und zum Pflügen keine Pferde halte, sondern mit derselben Kuh auskomme, die auch die Milch gibt.

Die Leute, die den Kleinbetrieb über den grünen Klee loben, wollen manchmal dem Bauern Nutzen bringen, in Wirklichkeit aber bringen sie ihm nur Schaden. Mit ihren schönen Reden betrügen sie den Bauern ebenso, wie eine Lotterie das Volk betrügt. Ich werde gleich erzählen, was eine Lotterie ist. Nehmen wir an, ich besitze eine Kuh, die 50 Rubel wert ist. Ich will diese Kuh durch eine Lotterie verlosen und biete allen Lose zu einem Rubel an. Für einen Rubel kann man eine Kuh erstehen! Die Leute fliegen darauf, die Silberstücke rollen nur so. Sind hundert Rubel beisammen, so veranstalte ich die Ziehung: auf wen das Los fällt, der hat die Kuh für einen Rubel gewonnen, alle anderen gehen leer aus. Ist den Leuten die Kuh „billig“ zu stehen gekommen? Nein, sehr teuer, denn es ist doppelt soviel bezahlt worden, wie sie wert ist, denn zwei Menschen (der die Lotterie veranstaltet und der die Kuh erstanden hat) haben sich ohne jede Arbeit bereichert, und zwar auf Kosten von neunundneunzig Menschen, die ihr Geld verloren haben. Wer also sagt, eine Lotterie sei vorteilhaft für das Volk, der betrügt ganz einfach das Volk. Und genauso betrügt die Bauern jeder, der ihnen die Erlösung von Not und Elend durch verschiedene Genossenschaften (Vereinigungen für vorteilhaften Verkauf und billigen Einkauf), durch allerlei Verbesserungen der Wirtschaft, durch Banken und ähnliche Dinge verspricht. Wie in der Lotterie einer gewonnen hat, während alle anderen Verlierer sind, so auch hier: ein Mittelbauer hat es fertiggebracht, reich zu werden, neunundneunzig seiner Kameraden aber haben ihr ganzes Leben hindurch den Rücken gekrümmt, ohne aus der Not herauszukommen, und sind sogar in noch größeres Elend geraten. Sehe sich jeder Dorfbewohner in seiner Gemeinde und in seinem ganzen Bezirk gut um: Gibt es viele Mittelbauern, die reich werden und die Not vergessen? Und wie viele gibt es, die der Not ihr Leben lang nicht entrinnen können? Wie viele gibt es, die zugrunde gerichtet werden und die Dörfer verlassen? Bei uns gibt es in ganz Rußland, wie wir gesehen haben, nicht mehr als zwei Millionen mittlerer Bauernwirtschaften. Nehmen wir an, die Zahl der verschiedenen Vereinigungen zum billigen Einkauf und vorteilhaften Verkauf stiege gegenüber der jetzigen Zahl auf das Zehnfache. Was wäre die Folge? Hoch gerechnet, würden hunderttausend Mittelbauern zu Reichtum gelangen. Was bedeutet das aber? Das bedeutet: von hundert Mittelbauern sind fünf reich geworden. Und die übrigen fünfundneunzig? Sie haben es ebenso schwer,

ja viele noch weit schwerer als früher! Die Dorfarmut aber ist noch mehr verelendet!

Die Bourgeoisie, das ist klar, will nichts weiter, als daß möglichst viele Mittel- und Kleinbauern den Reichen nacheifern, daß sie an die Möglichkeit *glauben*, sich ohne Kampf gegen die Bourgeoisie aus der Not zu retten, daß sie auf ihren eigenen Eifer, ihre Knausrigkeit, ihre Bereicherung *bauen* und nicht auf das Bündnis mit den Arbeitern in Stadt und Land. Die Bourgeoisie bemüht sich aus Leibeskräften, diesen trügerischen Glauben, diese trügerische Hoffnung im Bauern zu schüren, ihn mit allerlei schönen Reden einzulullen.

Um den Betrug aller dieser Schönredner aufzudecken, genügt es, ihnen drei Fragen zu stellen.

Erste Frage. Kann sich das arbeitende Volk von Not und Elend befreien, wenn in Rußland von zweihundertvierzig Millionen Desjatinen nutzbaren Bodens hundert Millionen Desjatinen Privateigentümern gehören? Wenn die sechzehntausend größten Grundeigentümer fünfundsechzig Millionen Desjatinen besitzen?

Zweite Frage. Kann sich das arbeitende Volk von Not und Elend befreien, wenn sich anderthalb Millionen reicher Bauernhöfe (von insgesamt zehn Millionen Höfen) die Hälfte der gesamten Saatfläche der Bauern, aller Pferde und alles Viehs der Bauern und weit über die Hälfte aller Vorräte und Geldersparnisse der Bauern angeeignet haben? Wenn diese Dorfbourgeoisie immer reicher und reicher wird, die arme und die mittlere Bauernschaft bedrängt und sich an der fremden Arbeit von Knechten und Tagelöhnern bereichert? Wenn sechseinhalb Millionen Bauernhöfe zugrunde gerichteten armen Bauern gehören, die immer hungrig sind und ihr kärgliches Stück Brot durch jede Art Lohnarbeit verdienen müssen?

Dritte Frage. Kann sich das arbeitende Volk von Not und Elend befreien, wenn das Geld zur Hauptmacht geworden ist, wenn man für Geld alles kaufen kann: Fabriken, Grund und Boden und sogar Menschen als Lohnarbeiter, als Lohnsklaven? Wenn man ohne Geld weder leben noch wirtschaften kann? Wenn der Kleinbesitzer, der arme Bauer, einen Kampf gegen den Großbesitzer führen muß, um Geld zu erlangen? Wenn ein paar Tausend Gutsbesitzer, Kaufleute, Fabrikanten und Bankherren Hunderte Millionen von Rubeln in ihren Besitz gebracht haben und außerdem

über alle Banken verfügen, in denen Tausende Millionen von Rubeln zusammenströmen?

Diese Fragen kann man nicht mit schönen Reden über die Vorteile des Kleinbetriebs oder der Genossenschaften abtun. Auf diese Fragen kann es nur eine Antwort geben: Die wirkliche „Genossenschaft“, die das arbeitende Volk retten kann, ist der *Bund* der Dorfarmut mit den sozialdemokratischen Arbeitern der Städte zum Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie. Je rascher ein solcher Bund sich ausdehnen und erstarken wird, um so rascher wird der Mittelbauer die ganze Verlogenheit der bürgerlichen Versprechungen verstehen, um so rascher wird sich der Mittelbauer auf unsere Seite stellen.

Die Bourgeoisie weiß das, und deshalb begnügt sie sich nicht mit schönen Reden, sondern verbreitet außerdem alle möglichen Lügen über die Sozialdemokraten. Sie sagt, die Sozialdemokraten wollten den mittleren und armen Bauern ihr Eigentum wegnehmen. *Das ist eine Lüge.* Die Sozialdemokraten wollen nur den großen Hofbesitzern, *nur denjenigen, die von fremder Arbeit leben*, das Eigentum wegnehmen. Die Sozialdemokraten werden kleinen und mittleren Hofbesitzern, *die keine Arbeiter dinge*n, niemals das Eigentum wegnehmen. Die Sozialdemokraten schützen und verteidigen die Interessen des gesamten arbeitenden Volkes, nicht nur der städtischen Arbeiter, deren Einsicht am größten und deren Zusammenschluß am festesten ist, sondern auch der Landarbeiter sowie der kleinen Handwerker und Bauern, wenn diese keine Arbeiter dinge und nicht den Reichen nachlaufen, nicht auf die Seite der Bourgeoisie übergehen. *Die Sozialdemokraten kämpfen für alle Verbesserungen im Leben der Arbeiter und Bauern*, die schon jetzt, solange wir die Herrschaft der Bourgeoisie noch nicht gebrochen haben, überhaupt möglich sind und die diesen Kampf gegen die Bourgeoisie erleichtern werden. Aber die Sozialdemokraten betrügen den Bauern nicht, sie sagen ihm die *ganze Wahrheit*, sie sagen im voraus und unumwunden, daß man das Volk durch keine Verbesserungen aus Not und Elend retten kann, solange die Bourgeoisie herrscht. Damit das *ganze Volk* weiß, was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen, haben die Sozialdemokraten ihr *Programm* aufgestellt. Ein Programm ist eine kurze, klare und genaue Darlegung *alles dessen, was die Partei anstrebt und wofür sie kämpft*. Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige Partei, die ein klares und genaues Programm auf-

gestellt hat, damit das ganze Volk es sehe und kenne, damit in der Partei nur Leute seien, die wirklich für die Befreiung des gesamten arbeitenden Volkes vom Joch der Bourgeoisie kämpfen wollen, und zwar Leute, die richtig verstehen, wer sich zu einem solchen Kampf zusammenschließen muß und wie dieser Kampf zu führen ist. Außerdem sind die Sozialdemokraten der Meinung, daß man im Programm geradeheraus, offen und genau erklären muß, *woher die Not und das Elend des arbeitenden Volkes kommen* und warum der Bund der Arbeiter immer umfassender und immer stärker wird. Es genügt nicht zu sagen, dem Volk geht es schlecht, und zum Aufruhr zu rufen; das kann jeder Schreihals tun, aber es hilft nicht viel. Es ist notwendig, daß das arbeitende Volk klar begreift, *warum* es Not leidet und *mit wem es sich verbünden* muß zum Kampf für die Befreiung von der Not.

Wir haben schon gesagt, was die Sozialdemokraten wollen; wir haben gesagt, woher Not und Elend des Arbeitervolkes kommen; wir haben gesagt, gegen wen die Dorfarmut kämpfen und mit wem sie sich zu einem solchen Kampf vereinigen muß.

Jetzt wollen wir sagen, *welche Verbesserungen* sowohl im Leben der Arbeiter als auch im Leben der Bauern wir durch unseren Kampf *sofort* erringen können.

5. WELCHE VERBESSERUNGEN ERSTREBEN DIE SOZIALDEMOKRATEN FÜR DAS GESAMTE VOLK UND FÜR DIE ARBEITER?

Die Sozialdemokraten kämpfen für die Befreiung des gesamten arbeitenden Volkes von jeder Ausplünderung, von jeder Unterdrückung, von jeder Ungerechtigkeit. Um sich befreien zu können, muß sich die Arbeiterklasse vor allem zusammenschließen. Um sich aber zusammenschließen zu können, muß man die Freiheit haben, sich zu vereinigen, das Recht haben, sich zu vereinigen, muß man *politische Freiheit* haben. Wir haben schon gesagt, daß die Regierung der Selbstherrschaft die Knechtung des Volkes durch Beamtschaft und Polizei bedeutet. Das ganze Volk, ausgenommen das Häuflein der Höflinge und der Geldprotzen und Würden-

träger, die Zutritt zum Hofe haben, braucht daher politische Freiheit. Doch am meisten brauchen die Arbeiter und Bauern politische Freiheit. Die reichen Leute können sich von der Willkür, von dem Dünkel der Beamten und der Polizei loskaufen. Die reichen Leute können mit einer Beschwerde bis zu den höchsten Stellen vordringen. Daher erlauben sich Polizei und Beamte viel seltener Schikanen gegen reiche Leute als gegen die Armen. Die Arbeiter und Bauern haben kein Geld, um sich von der Polizei und den Beamten loszukaufen, niemand hat ein Ohr für ihre Beschwerden, es übersteigt ihre Kraft, Prozesse zu führen. Die Arbeiter und Bauern werden sich von der Willkür, den Schröpfungen und Schmähungen der Polizei und der Beamten nie frei machen können, solange es im Staat keine *gewählte Regierung*, solange es keine *Versammlung der Volksdeputierten* gibt. Nur eine solche Versammlung der Volksdeputierten kann das Volk von der Knechtung durch die Beamten befreien. Jeder denkende Bauer muß für die Sozialdemokraten sein, die von der Zarenregierung als erstes und wichtigstes die *Einberufung einer Versammlung der Volksdeputierten* fordern. Alle, ohne Unterschied des Standes, ohne Unterschied, ob reich oder arm, sollen sich an der Wahl der Volksdeputierten beteiligen. Die Wahl soll frei sein, die Beamten dürfen sie in keiner Weise stören; für den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl haben Vertrauensleute zu sorgen, nicht aber Polizeiwachtmeister und Landeshauptleute. Dann werden die Deputierten des gesamten Volkes die Möglichkeit haben, alle Nöte des Volkes zu erörtern und bessere Zustände in Rußland herbeizuführen.

Die Sozialdemokraten verlangen, daß die Polizei niemanden ohne Gerichtsverfahren ins Gefängnis werfen darf. Für willkürliche Verhaftungen müssen die Beamten streng bestraft werden. Um dem eigenmächtigen Vorgehen der Beamten ein Ende zu machen, muß man durchsetzen, daß das Volk selber die Beamten wählt, daß jeder das Recht hat, jeden Beamten unmittelbar bei Gericht zu verklagen. Denn was für einen Sinn hat es, sich über den Wachtmeister beim Landeshauptmann oder über den Landeshauptmann beim Gouverneur zu beschweren? Natürlich wird der Landeshauptmann den Wachtmeister, der Gouverneur den Landeshauptmann nur decken, und schließlich kriegt man noch den Beschwerdeführer beim Kragen. Man wird ihn ins Gefängnis sperren oder nach Sibirien schicken. Erst dann werden wir die Beamten in die Schranken weisen

können, wenn bei uns in Rußland (wie in allen anderen Staaten) jeder das Recht hat, sowohl bei der Volksvertretung als auch bei einem gewählten Gericht Beschwerde zu führen und von seinen Nöten offen zu sprechen oder in den Zeitungen zu schreiben.

Das russische Volk befindet sich bis heute noch in leibeigener Abhängigkeit von den Beamten. Ohne Erlaubnis der Beamten darf das Volk weder Versammlungen veranstalten noch Bücher oder Zeitungen herausgeben! Ist das nicht eine leibeigene Abhängigkeit? Wenn man keine Versammlung frei veranstalten, kein Buch frei veröffentlichen darf, wie soll man da mit den Beamten und den Reichen fertig werden? Selbstverständlich verbieten die Beamten jedes wahrheitsgetreue Buch, jedes wahre Wort über die Not des Volkes. Auch dieses Büchlein muß die Sozialdemokratische Partei geheim drucken und geheim verbreiten: jeden, bei dem man dieses Buch findet, wird man vor Gericht zerren und ins Gefängnis werfen. Aber die sozialdemokratischen Arbeiter haben keine Angst davor: sie drucken immer mehr Bücher, welche die Wahrheit sagen, und geben sie dem Volk immer öfter zu lesen. Und keine Gefängnisse, keine Verfolgungen werden den Kampf für die Freiheit des Volkes aufhalten!

Die Sozialdemokraten fordern, daß man die Stände aufhebt, daß alle Staatsbürger völlig gleichberechtigt sind. Jetzt haben wir abgabefreie und abgabepflichtige, privilegierte und nichtprivilegierte Stände, adlig Blut und bäurisch Blut; und für das gemeine Volk gibt es sogar noch die Rute. In keinem anderen Land werden die Arbeiter und Bauern so erniedrigt. In keinem anderen Land, nur in Rußland, gibt es verschiedene Gesetze für die verschiedenen Stände. Es ist Zeit, daß auch das russische Volk für jeden Bauern *dieselben Rechte* verlangt, die der Adlige genießt. Ist es nicht eine Schande, daß über vierzig Jahre nach der Aufhebung der Leibeigenschaft die Rute immer noch geschwungen wird, daß es immer noch einen *abgabepflichtigen* Stand gibt?

Die Sozialdemokraten fordern für das Volk vollständige Freizügigkeit und Gewerbefreiheit. Was bedeutet das: *Freizügigkeit*? Das bedeutet, daß der Bauer das Recht haben soll, zu gehen, wohin er will, sich anzusiedeln, wo es ihm paßt, sich in jedem beliebigen Dorf oder jeder beliebigen Stadt niederzulassen, ohne jemanden um Erlaubnis fragen zu müssen. Das bedeutet, daß auch in Rußland die Pässe abgeschafft werden sollen (in den anderen Ländern gibt es schon längst keine Pässe mehr), daß kein

Polizeiwachtmeister, kein Landeshauptmann das Recht haben darf, dem Bauern zu verbieten, sich anzusiedeln und zu arbeiten, wo es ihm beliebt. Der russische Bauer ist noch so sehr von den Beamten geknechtet, daß er nicht frei in die Stadt übersiedeln, nicht frei in ein anderes Gebiet auswandern darf. Der Minister verfügt, daß die Gouverneure keine *eigenmächtigen* Umsiedlungen zulassen sollen! Der Gouverneur weiß besser als der Bauer, wohin der Bauer zu gehen hat! Der Bauer ist ein kleines Kind, ohne die Obrigkeit darf er keinen Schritt machen! Ist das nicht eine leibeigene Abhängigkeit? Ist das nicht eine Verhöhnung des Volkes, wenn jedes adlige Herrensöhnchen, das sein Vermögen verpraßt hat, erwachsene Landwirte herumkommandiert?

Es gibt ein Buch „*Mißernte und Volksnot*“ (Hungersnot), das der jetzige „Landwirtschaftsminister“, Herr Jermolow, geschrieben hat. In diesem Buch steht schwarz auf weiß: Der Bauer darf seinen Wohnsitz nicht wechseln, wenn die Herren Gutsbesitzer am Ort Arbeitskräfte benötigen. Der Minister sagt das offen, ohne sich zu schämen, er glaubt, der Bauer wird diese Reden nicht hören und sie nicht verstehen. Warum die Leute fortlassen, wenn die Herren Gutsbesitzer billige Arbeiter brauchen? Je beengter der Raum, auf dem das Volk lebt, um so vorteilhafter für die Gutsbesitzer, denn um so größer ist die Not, um so billiger werden sich die Leute verdingen, um so demütiger werden sie alle Schikanen ertragen. Früher sorgte der Vogt für des Gutsherrn Vorteil, jetzt sorgen dafür der Landeshauptmann und der Gouverneur. Früher wurde man auf Geheiß des Vogtes im Pferdestall geprügelt, jetzt geschieht das auf Befehl des Landeshauptmanns in der Verwaltung des Amtsbezirks.

Die Sozialdemokraten fordern, daß das stehende Heer abgeschafft und an seiner Stelle die Volkswehr eingeführt, daß das ganze Volk bewaffnet wird. Das stehende Heer ist ein Heer, das vom Volke getrennt ist und dafür ausgebildet wird, auf das Volk zu schießen. Würde man den Soldaten nicht mehrere Jahre lang in die Kaserne einsperren und ihn dort unmenschlich drillen, könnte er dann auf seine Brüder, die Arbeiter und Bauern, wohl schießen? Könnte der Soldat wohl gegen die hungernden Bauern marschieren? Zur Verteidigung des Staates gegen einen feindlichen Überfall braucht man kein stehendes Heer, dazu genügt eine Volkswehr. Wenn jeder Staatsbürger bewaffnet ist, dann braucht Rußland keinen Feind zu fürchten. Das Volk aber wäre erlöst vom Druck des

Militärs: für das Militär werden jährlich Hunderte Millionen von Rubeln ausgegeben, alle diese Gelder werden dem Volke abgenommen, darum sind auch die Steuern so hoch und wird das Leben immer schwerer. Das Militär stärkt noch mehr die Macht der Beamten und der Polizei über das Volk. Das Militär ist notwendig, um fremde Völker zu plündern, zum Beispiel, um den Chinesen Land wegzunehmen. Das Volk hat es darum nicht leichter, sondern infolge der neuen Steuern noch schwerer. Die Ersetzung des stehenden Heeres durch die Bewaffnung des gesamten Volkes würde allen Arbeitern und allen Bauern eine große Erleichterung bringen.

Eine ebenso große Erleichterung wäre für sie die *Aufhebung der indirekten Steuern*, die von den Sozialdemokraten angestrebt wird. Indirekte Steuern nennt man solche Steuern, die nicht direkt vom Boden oder von der Wirtschaft erhoben werden, sondern die das Volk *indirekt* zahlt, in Form höherer Preise für die Waren. Der Fiskus besteuert Zucker, Schnaps, Petroleum, Streichhölzer und verschiedene andere Gebrauchsgegenstände; diese Steuern zahlt der Händler oder der Fabrikant dem Fiskus, aber selbstverständlich zahlt er sie nicht von seinem eigenen Geld, sondern von dem Geld, das ihm die Käufer zahlen. Der Preis von Schnaps, Zucker, Petroleum, Streichhölzern geht in die Höhe, und jeder, der eine Flasche Schnaps oder ein Pfund Zucker kauft, zahlt nicht nur den Preis der Ware, sondern auch die Steuer darauf. Wenn ihr zum Beispiel vierzehn Kopeken für ein Pfund Zucker zahlt, so beträgt die Steuer (ungefähr) vier Kopeken: der Zuckerfabrikant hat diese Steuer schon an die Staatskasse abgeführt und treibt nun die gezahlte Summe von jedem Käufer wieder ein. Die indirekten Steuern sind somit Steuern auf die Gebrauchsgüter, Steuern, die der Käufer in Form erhöhter Warenpreise zahlt. Man sagt manchmal, die indirekten Steuern seien die gerechtesten: wieviel jeder kauft, soviel zahlt jeder. Aber das ist nicht wahr. Die indirekten Steuern sind die ungerechtesten Steuern, denn es fällt den Armen viel schwerer, sie zu zahlen, als den Reichen. Die Reichen haben ein Einkommen, das zehnmal, mitunter sogar hundertmal so groß ist wie das Einkommen der Arbeiter oder der Bauern. Braucht der Reiche aber hundertmal soviel Zucker? Zehnmal soviel Schnaps oder Streichhölzer oder Petroleum? Natürlich nicht. Eine reiche Familie kauft zweimal, höchstens dreimal soviel Petroleum, Schnaps oder Zucker wie eine arme. Das bedeutet aber, daß der Reiche von seinem

Einkommen einen *geringeren Teil* in Form von Steuern bezahlt als der Arme. Nehmen wir an, das Einkommen eines armen Bauern beträgt zweihundert Rubel im Jahr; nehmen wir an, er kauft für sechzig Rubel Waren, die besteuert und deshalb teurer sind (auf Zucker, Streichhölzer, Petroleum wird eine *Akzise* erhoben, d. h., der Fabrikant zahlt die Steuer, noch bevor die Ware auf den Markt kommt; für Schnaps, der Staatsmonopol ist, hat der Fiskus unmittelbar den Preis erhöht; für Baumwollstoffe, Eisen und andere Waren ist der Preis gestiegen, weil billige Auslandswaren nach Rußland nicht ohne hohe Zölle hereingelassen werden). Von diesen sechzig Rubel beträgt die Steuer *zwanzig Rubel*. Der arme Mann gibt also von jedem Rubel seines Einkommens *zehn Kopeken* als indirekte Steuern ab (außer den direkten Steuern, den Ablöse-, Fronzins- und Grundsteuern, den vom Semstwo, Amtsbezirk und Mir erhobenen Steuern). Der reiche Bauer aber hat ein Einkommen von tausend Rubel; besteuerte Waren kauft er für hundertfünfzig Rubel; an Steuern zahlt er (von diesen hundertfünfzig) *fünfzig Rubel*. Folglich gibt der reiche Bauer von jedem Rubel seines Einkommens als indirekte Steuer nur *fünf Kopeken* ab. Je reicher jemand ist, um so *weniger* indirekte Steuern zahlt er von seinem Einkommen. Darum sind die indirekten Steuern die *ungerechtesten*. Die indirekten Steuern sind eine Besteuerung der Armen. Die Bauern und Arbeiter machen zusammen neun Zehntel der Gesamtbevölkerung aus, und sie zahlen neun Zehntel oder acht Zehntel aller indirekten Steuern. Von dem Gesamteinkommen aber erhalten die Bauern und Arbeiter sicher nicht mehr als vier Zehntel! Und deswegen fordern die Sozialdemokraten die Abschaffung der indirekten Steuern und die Einführung einer *progressiven* Einkommen- und Erbschaftssteuer. Das bedeutet: Je höher das Einkommen, um so höher soll die Steuer sein. Wer ein Einkommen von tausend Rubel hat, der soll eine Kopeke vom Rubel bezahlen, wer zweitausend hat, zwei Kopeken und so weiter. Die niedrigsten Einkommen (zum Beispiel Einkommen unter vierhundert Rubel) bleiben überhaupt unbesteuert. Die reichsten Leute zahlen die höchsten Steuern. Eine solche Steuer, die *Einkommensteuer* oder, richtiger, die *progressive Einkommensteuer* wäre viel gerechter als die indirekten Steuern. Darum streben die Sozialdemokraten die Abschaffung der indirekten Steuern und die Einführung der progressiven Einkommensteuer an. Aber es ist klar, daß alle Eigentümer, die ganze Bourgeoisie das nicht will und sich dem widersetzt.

Nur ein festes Bündnis der Dorfarmut mit den städtischen Arbeitern kann der Bourgeoisie diese Verbesserung *abzwingen*.

Schließlich besteht eine sehr wichtige Verbesserung für das ganze Volk, insbesondere aber für die Dorfarmut, in dem *unentgeltlichen Unterricht* für die Kinder, den die Sozialdemokraten fordern. Gegenwärtig gibt es auf dem Lande viel weniger Schulen als in den Städten, und außerdem haben überall nur die reichen Klassen, nur die Bourgeoisie, die Möglichkeit, ihren Kindern eine gute Bildung zu geben. Nur der unentgeltliche und pflichtmäßige Unterricht *für alle Kinder* kann das Volk wenigstens zum Teil von der jetzigen Unwissenheit befreien. Die Dorfarmut aber leidet besonders unter der Unwissenheit und bedarf besonders der Bildung. Jedoch müssen wir natürlich eine echte, freie Bildung haben, und nicht eine solche, wie die Beamten und Pfaffen sie wollen.

Die Sozialdemokraten verlangen ferner, daß jeder das uneingeschränkte Recht haben soll, sich vollkommen frei zu einem beliebigen Glauben zu bekennen. Von den europäischen Staaten haben nur Rußland und die Türkei noch schmachvolle Gesetze gegen Leute, die sich nicht zum orthodoxen Glauben bekennen, gegen Raskolniki, Sektierer und Juden. Diese Gesetze verbieten entweder überhaupt einen bestimmten Glauben, oder sie verbieten, ihn zu verbreiten, oder sie berauben Menschen eines bestimmten Glaubens verschiedener Rechte. Alle diese Gesetze sind denkbar ungerecht, äußerst bedrückend und schmachvoll. Jeder muß die volle Freiheit haben, sich nicht nur zu jedem beliebigen Glauben zu bekennen, sondern auch jeden beliebigen Glauben zu verbreiten und den Glauben zu wechseln. Kein Beamter darf auch nur das Recht haben, irgendwen nach seinem Glauben zu fragen: das ist Sache des Gewissens, und niemand darf sich da einmischen. Es darf keinen „herrschenden“ Glauben und keine „herrschende“ Kirche geben. Alle Glaubensbekenntnisse, alle Kirchen müssen vor dem Gesetz gleich sein. Für den Lebensunterhalt der Geistlichen der verschiedenen Glaubensbekenntnisse können diejenigen aufkommen, die zu der betreffenden Glaubensgemeinschaft gehören, der Staat aber darf aus staatlichen Geldern keinen einzigen Glauben unterstützen, darf für den Lebensunterhalt keines einzigen Geistlichen aufkommen, weder eines orthodoxen noch eines der Raskolniki oder der Sektierer oder irgendeines anderen. Das ist es, wofür die Sozialdemokraten kämpfen, und solange diese Maßnahmen nicht ohne jede Ausflucht, ohne jedes

Hintertürchen durchgeführt sind, wird das Volk sich von den schmachvollen Polizeiverfolgungen wegen des Glaubens und von den nicht weniger schmachvollen Polizeialmosen für einen bestimmten Glauben nicht befreien können.

*

Wir haben auseinandergesetzt, welche Verbesserungen die Sozialdemokraten für das ganze Volk und insbesondere für die Armen erstreben. Jetzt wollen wir sehen, welche Verbesserungen sie für die Arbeiter, nicht nur für die Arbeiter der Fabriken und Städte, sondern auch für die Landarbeiter erreichen wollen. Die Arbeiter der Fabriken und Werke leben enger, dichter zusammengedrängt; sie arbeiten in großen Werkstätten; sie können die Hilfe von Sozialdemokraten aus gebildeten Kreisen leichter in Anspruch nehmen. Aus all diesen Gründen haben die städtischen Arbeiter viel früher als alle anderen den Kampf gegen die Unternehmer aufgenommen und wesentliche Verbesserungen, darunter die Erlassung von Fabrikgesetzen, erzwungen. Aber die Sozialdemokraten führen einen Kampf um ebensolche Verbesserungen für *alle* Arbeiter: für die Kustare, die sowohl in den Städten wie in den Dörfern zu Hause für die Unternehmer arbeiten, für die Lohnarbeiter, die bei kleinen Meistern und Handwerkern beschäftigt sind, für die Bauarbeiter (Zimmerleute, Maurer u. a.), für die Forstarbeiter, für die ungelernten Arbeiter *und desgleichen für die Landarbeiter*. All diese Arbeiter beginnen sich jetzt in ganz Rußland nach dem Vorbild der Fabrikarbeiter und mit deren Hilfe zum Kampf um bessere Lebensbedingungen, um einen kürzeren Arbeitstag, *um höhere Löhne* zu vereinigen. Und die sozialdemokratische Partei stellt sich die Aufgabe, *alle* Arbeiter in ihrem Kampf um ein besseres Leben zu unterstützen, ihnen allen bei der Organisierung (Zusammenfassung) der tatkräftigsten und zuverlässigsten Arbeiter in festen Vereinigungen zu helfen, ihnen durch die Verbreitung von Schriften und Flugblättern, durch die Entsendung erfahrener Arbeiter zu den Neulingen und überhaupt durch alles, was in ihren Kräften steht, zu helfen. Erobern wir erst die politische Freiheit, so werden wir auch in der Versammlung der Volksdeputierten unsere eigenen Leute, Arbeiterdeputierte, Sozialdemokraten haben, und sie werden gleich ihren Genossen in anderen Ländern Gesetze zugunsten der Arbeiter fordern.

Wir wollen hier nicht *alle* Verbesserungen aufzählen, welche die sozialdemokratische Partei für die Arbeiter anstrebt; diese Verbesserungen sind im Programm aufgezählt und in der Schrift „Die Arbeitersache in Rußland“ ausführlich auseinandergesetzt. Hier genügt es wohl, die wichtigsten dieser Verbesserungen zu nennen. Der Arbeitstag darf acht Stunden nicht überschreiten. Ein Tag in der Woche muß immer arbeitsfrei sein und der Erholung dienen. Die Überstundenarbeit muß völlig verboten werden, ebenso die Nacharbeit. Die Kinder müssen bis zu 16 Jahren unentgeltlichen Unterricht erhalten und dürfen deshalb bis Erreichung dieses Alters nicht zur Lohnarbeit zugelassen werden. In gesundheitsschädlichen Industriezweigen dürfen keine Frauen beschäftigt werden. Für jeden Unfall bei der Arbeit muß der Unternehmer die Arbeiter entschädigen, zum Beispiel bei Unfällen, die den an Dreschkästen, Kornschwingen usw. Arbeitenden zustoßen. Der Lohn muß allen Lohnarbeitern regelmäßig *wöchentlich* ausgezahlt werden und nicht zweimonatlich oder vierteljährlich, wie es oft bei Landarbeitern geschieht. Es ist für die Arbeiter sehr wichtig, daß sie ihren Lohn pünktlich jede Woche bekommen, und zwar unbedingt in barem Geld, nicht in Waren. Die Unternehmer lieben es sehr, den Arbeitern auf Rechnung des Lohnes allerlei Ramschwaren zu Wucherpreisen aufzuzwingen; um diesem Mißstand ein Ende zu machen, muß es unbedingt gesetzlich verboten werden, den Arbeitslohn in Waren auszuzahlen. Ferner müssen die Arbeiter eine Altersrente vom Staat bekommen. Die Arbeiter erhalten durch ihre Arbeit alle reichen Klassen und den ganzen Staat, daher haben sie ein nicht geringeres Recht auf Pension als die Beamten, die eine solche beziehen. Damit die Unternehmer ihre Stellung nicht mißbrauchen und die Vorschriften, die zugunsten der Arbeiter erlassen sind, nicht verletzen können, müssen Inspektoren nicht nur für die Fabriken, sondern auch für die großen Gutswirtschaften, überhaupt für alle Unternehmen, die Lohnarbeit verwenden, ernannt werden. Aber diese Inspektoren dürfen keine Beamten sein, nicht von Ministern oder Gouverneuren ernannt werden, nicht im Dienste der Polizei stehen. Die Inspektoren müssen *gewählte Arbeitervertreter* sein; der Staat muß den Vertrauensleuten der Arbeiter, die von den Arbeitern selbst frei gewählt werden, Gehalt zahlen. Und diese gewählten Arbeiterdeputierten haben auch dafür zu sorgen, daß die Arbeiterwohnungen gut instand gehalten werden, daß die Unternehmer die Arbeiter nicht zwingen, in irgend-

welchen Bretterschuppen oder Erdhütten zusammengepfercht zu hausen (wie es oft bei den Landarbeitern der Fall ist), daß die Vorschriften über die Arbeitsruhe eingehalten werden und so weiter. Dabei darf man nicht vergessen, daß auch gewählte Arbeiterdeputierte keinerlei Nutzen bringen werden, solange es keine politische Freiheit gibt, solange die Polizei allmächtig und dem Volke nicht verantwortlich ist. Jeder weiß, daß die Polizei heutzutage nicht nur Arbeiterdeputierte ohne Gerichtsverfahren verhaftet, sondern überhaupt jeden Arbeiter, der es wagt, für alle zu sprechen, Gesetzesverletzungen aufzudecken und die Arbeiter zum Zusammenschluß aufzurufen. Aber wenn wir erst die politische Freiheit haben, dann werden die Arbeiterdeputierten sehr viel Nutzen bringen.

Allen, die Lohnarbeiter beschäftigen (den Fabrikanten, Gutsbesitzern, Bauunternehmern und reichen Bauern), muß *strengstens verboten* werden, eigenmächtig irgendwelche Abzüge vom Lohn der Arbeiter zu machen, zum Beispiel Abzüge für Ausschuß, Abzüge in Form von Geldstrafen usw. Es ist eine Ungesetzlichkeit, eine Willkür, daß Unternehmer *eigenmächtig* Lohnabzüge machen. Der Unternehmer darf den Lohn des Arbeiters unter keinerlei Vorwand und durch keinerlei Abzüge schmälern. Der Unternehmer darf nicht selber zu Gericht sitzen und das Urteil vollstrecken (ein schöner Richter, der die Abzüge vom Lohn der Arbeiter in die eigene Tasche steckt!), er muß sich vielmehr an ein *wirkliches Gericht* wenden, und dieses Gericht muß zu gleichen Teilen aus gewählten Deputierten der Arbeiter und der Unternehmer bestehen. Nur solche Gerichte können alle Beschwerden der Unternehmer über die Arbeiter und der Arbeiter über die Unternehmer in gerechter Weise prüfen.

Das sind die Verbesserungen, welche die Sozialdemokraten für die gesamte Arbeiterklasse anstreben. Die Arbeiter auf jedem Gut, auf jedem Hof, bei jedem Bauunternehmen sollen danach trachten, zusammen mit zuverlässigen Leuten zu besprechen, welche Verbesserungen sie anstreben, welche Forderungen sie aufstellen müssen (in verschiedenen Betrieben, auf verschiedenen Gütern, bei verschiedenen Bauunternehmern werden die Forderungen der Arbeiter natürlich verschieden sein).

Die *sozialdemokratischen Komitees* helfen den Arbeitern in ganz Rußland, ihre Forderungen klar und deutlich abzufassen sowie gedruckte Flugblätter herauszugeben, in denen diese Forderungen dargelegt sind, damit alle Arbeiter und auch die Unternehmer und die Behörden sie kennen.

Wenn die Arbeiter einmütig, wie ein Mann, für ihre Forderungen eintreten, dann sind die Unternehmer gezwungen, nachzugeben und zuzustimmen. In den Städten haben die Arbeiter auf diesem Wege schon viele Verbesserungen durchgesetzt, und jetzt beginnen auch die Kustare, die Arbeiter im Handwerk und in der Landwirtschaft sich zusammenzuschließen (zu organisieren) und für ihre Forderungen zu kämpfen. Solange wir keine politische Freiheit haben, führen wir diesen Kampf im geheimen, verborgen vor der Polizei, die alle Flugblätter und alle Vereinigungen der Arbeiter verbietet. Sobald wir aber die politische Freiheit erringen, werden wir diesen Kampf in noch breiterem Umfang und in aller Öffentlichkeit führen, damit sich das ganze Arbeitervolk in ganz Rußland vereinigt und sich einmütig gegen die Unterdrückung zur Wehr setzt. Je mehr Arbeiter sich in der *sozialdemokratischen Arbeiterpartei* zusammenschließen, um so größer wird ihre Macht sein, um so rascher werden sie auch die vollständige Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung, von jeder Lohnarbeit, von jeder Arbeit für die Bourgeoisie erkämpfen.

*

Wir haben schon gesagt, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für *alle Bauern* Verbesserungen erstrebt. Wir wollen jetzt sehen, welche Verbesserungen sie für alle Bauern erstrebt.

6. WELCHE VERBESSERUNGEN ERSTREBEN DIE SOZIALDEMOKRATEN FÜR ALLE BAUERN?

Damit alle Werktätigen vollständig befreit werden, muß die Dorfarmut im Bündnis mit den städtischen Arbeitern den Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie, darunter auch gegen die reichen Bauern führen. Die reichen Bauern werden danach trachten, ihren Landarbeitern möglichst wenig zu zahlen und sie möglichst lange und schwer arbeiten zu lassen, die Arbeiter in Stadt und Land dagegen werden danach streben, daß die Landarbeiter auch vom reichen Bauern einen besseren Lohn erhalten und weniger, mit

Ruhepausen, arbeiten. Die Dorfarmut muß also ihre besonderen Vereinigungen gründen, ohne die reichen Bauern — wir haben davon schon gesprochen und werden es immer wiederholen.

In Rußland aber bleiben alle Bauern in ihrer Gesamtheit, die reichen wie die armen, in vieler Hinsicht immer noch leibeigen: sie alle bilden den *niedereren, gemeinen, abgabenpflichtigen Stand*; sie alle sind geknechtet durch Polizeibeamte und Landeshauptleute; sie alle arbeiten sehr oft nach wie vor für den Gutsherrn, um die abgetrennten Bodenstücke, die Tränke, die Weide, die Wiese benutzen zu dürfen — ganz genauso, wie sie zur Zeit der Leibeigenschaft für den Gutsherrn arbeiteten. *Alle* Bauern wollen sich von dieser neuen Leibeigenschaft frei machen, *alle* wollen gleichberechtigt sein, *alle* hassen die Gutsbesitzer, von denen sie auch heute noch gezwungen werden, *Frondienste zu leisten* — den Herren Adligen die Nutzung des Bodens, der Weide, der Tränke, der Wiese „abzuarbeiten“, „Flurschäden“ durch Arbeit abzugelten und die Frauen für ein „Dankeschön“ zur Mahd zu schicken. Die Dorfarmut leidet unter all dieser Abarbeit noch mehr als der reiche Bauer. Der reiche Bauer kann sich manchmal loskaufen von der Arbeit für den Gutsherrn, meist aber werden auch die reichen Bauern von den Gutsbesitzern hart bedrängt. Folglich muß die Dorfarmut gegen ihre Rechtlosigkeit, gegen jeden Frondienst, gegen jede Abarbeit zusammen mit den reichen Bauern kämpfen. Von *jeder* Knechtschaft, von *jedem* Elend werden wir uns erst dann befreien, wenn wir die *ganze* Bourgeoisie (darunter auch die reichen Bauern) bezwungen haben. Aber es gibt eine Knechtschaft, von der wir uns schon *vorher* befreien werden, weil diese Knechtschaft auch dem reichen Bauern schwer zu schaffen macht. Es gibt bei uns in Rußland noch viele Gegenden und Bezirke, in denen ausnahmslos alle Bauern bis auf den heutigen Tag durchweg wie Leibeigene leben. Darum müssen alle russischen Arbeiter und alle Dorfarmen *mit beiden Händen, nach zwei Seiten hin den Kampf führen*: mit der einen Hand — *den Kampf gegen alle Bourgeois*, im Bunde mit allen Arbeitern; mit der andern Hand — *den Kampf gegen die Beamten auf dem Lande, gegen die Gutsbesitzer, die Fronberren*, im Bunde mit allen Bauern. Wenn die Dorfarmut nicht ihre eigene Vereinigung, getrennt von den reichen Bauern, gründen wird, dann werden die reichen Bauern sie betrügen, sie hintergehen, selber zu Gutsbesitzern aufsteigen, den armen Schlucker aber seinem Schicksal überlassen, ja ihm auch die Freiheit der Vereini-

gung vorenthalten. Wenn die Dorfarmut nicht zusammen mit den reichen Bauern gegen die Fronknechtschaft kämpft, dann wird sie an die Scholle gebunden, gefesselt bleiben, dann wird sie auch nicht die volle Freiheit erlangen, sich mit den städtischen Arbeitern zu vereinigen.

Die Dorfarmut muß zunächst gegen die Gutsbesitzer einen Schlag führen und wenigstens die schlimmste, schädlichste Knechtung durch die Gutsbesitzer abschütteln; dabei werden viele reiche Bauern und Anhänger der Bourgeoisie auf seiten der Dorfarmut sein, denn allen hängt der Hochmut der Gutsbesitzer zum Halse heraus. Aber sobald wir die Macht der Gutsbesitzer beschnitten haben, wird der reiche Bauer sofort zeigen, wer er ist, er wird seine Klauen nach allem ausstrecken, diese Klauen aber sind raffgierig und haben schon jetzt viel zusammengerafft. Es heißt also auf der Hut sein und mit den städtischen Arbeitern ein festes, unverbrüchliches Bündnis schließen. Die städtischen Arbeiter werden helfen, dem Gutsbesitzer seine alten Herrenmanieren auszutreiben und auch den reichen Bauern ein wenig zur Vernunft zu bringen (wie sie auch ihre Herren Fabrikanten schon ein wenig zur Vernunft gebracht haben). Ohne das Bündnis mit den städtischen Arbeitern wird die Dorfarmut sich *nie* von jeder Knechtschaft, von jederlei Not und Elend befreien; außer ihnen wird ihr *niemand* dabei helfen, und außer auf sich selber kann sie auf niemanden rechnen. Aber es gibt Verbesserungen, die wir vorher durchsetzen werden, die wir sofort bekommen können, gleich zu Beginn dieses großen Kampfes. Es gibt in Rußland viel Knechtschaft, die es in anderen Ländern längst nicht mehr gibt, und von dieser Knechtung durch die Beamten, dieser Knechtung durch die Fronherren kann sich *die gesamte russische Bauernschaft unverzüglich* befreien.

Wir wollen jetzt sehen, welche Verbesserungen die sozialdemokratische Arbeiterpartei vor allem und in erster Linie erstrebt, um die gesamte russische Bauernschaft wenigstens von der schlimmsten Fronknechtschaft zu befreien und um der Dorfarmut die Hände frei zu machen für den Kampf gegen die gesamte russische Bourgeoisie.

Die erste Forderung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist die sofortige Aufhebung aller Ablösezahlungen, aller Fronzinsabgaben, aller Lasten, die der „abgabepflichtigen“ Bauernschaft aufgebürdet sind. Als die Adelskomitees und die Adelsregierung des russischen Zaren die Bauern aus der leibeigenen Abhängigkeit „befreiten“, da zwang man die Bauern,

für ihren eigenen Boden, für den Boden, den die Bauern seit jeher bestellt hatten, *Ablöse*gelder zu zahlen! Das war *Raub*. Die Adelskomitees plünderten mit Hilfe der Zarenregierung die Bauern glatt aus. In viele Gegenden schickte die Regierung Militär, um die Urbarialurkunden⁸⁷ mit *Gewalt* einzuführen, um gegen die Bauern, die die beschnittenen „Bettel“-anteile nicht annehmen wollten, mit militärischen Exekutionen vorzugehen. Ohne Hilfe des Militärs, ohne Folterungen und Erschießungen hätten die Adelskomitees die Bauern nie so frech ausplündern können, wie sie es zur Zeit der Befreiung aus der leibeigenen Abhängigkeit taten. Die Bauern dürfen nie vergessen, wie die Gutsbesitzer-, die Adelskomitees sie betrogen und ausgeplündert haben, denn auch jetzt noch ernannt die Zarenregierung stets Adels- oder Beamtenkomitees, wenn es sich um neue Gesetze über die Bauern handelt. Vor kurzem hat der Zar ein Manifest erlassen (am 26. Februar 1903): Darin verspricht er, die Gesetze über die Bauern zu überprüfen und zu verbessern. Wer wird überprüfen? Wer wird verbessern? — Wieder die Adligen, wieder die Beamten! Die Bauern werden immer die Betrogenen sein, solange sie nicht erreichen, daß *Bauernkomitees* zur Verbesserung des Bauernlebens geschaffen werden. Die Gutsbesitzer, Landeshauptleute und alle möglichen Beamten haben mit den Bauern genug Schindluder getrieben! Schluß mit dieser leibeigenen Abhängigkeit von jedem Polizeiwachtmeister, von jedem adligen Trunkenbold, den man Landeshauptmann, Kreispolizeichef oder Gouverneur nennt! Die Bauern müssen verlangen, daß man ihnen die Freiheit gibt, ihre Angelegenheiten *selber* zu regeln, über neue Gesetze *selber* nachzudenken, sie *selber* vorzulegen und durchzuführen. Die Bauern müssen freie, wählbare *Bauernkomitees* fordern — solange sie das nicht erreichen, werden die Adligen und Beamten sie stets betrügen und ausplündern. Niemand wird die Bauern von den blutsaugerischen Beamten befreien, wenn die Bauern sich nicht selber befreien, wenn sie sich nicht vereinigen, um ihr Schicksal in die *eigene* Hand zu nehmen.

Die Sozialdemokraten fordern nicht nur die vollständige und sofortige Aufhebung der Ablöse- und Fronzinszahlungen sowie aller sonstigen Lasten, sie fordern außerdem noch die *Rückgabe* aller dem Volke abgenommenen Ablöse^{gelder} *an das Volk*. Die Bauern ganz Rußlands haben seit ihrer Befreiung aus der Leibeigenschaft durch die Adelskomitees Hunderte Millionen Rubel gezahlt. Diese Gelder müssen die Bauern zurück-

fordern. Soll die Regierung den adligen Großgrundbesitzern eine besondere Steuer auferlegen, sollen den Klöstern und dem Apanagenamt (d. h. der Zarenfamilie) die Ländereien weggenommen werden, soll die Versammlung der Volksdeputierten über diese Gelder zugunsten der Bauern verfügen. Nirgends in der Welt gibt es eine solche Erniedrigung, eine solche Verelendung der Bauern, ein so fürchterliches Hinsterben von Millionen Bauern durch den Hungertod wie in Rußland. Der Bauer ist bei uns dem Hungertod preisgegeben, weil ihn schon die Adelskomitees ausgeplündert haben, weil man ihn seither Jahr für Jahr plündert, weil man den alten, an die Erben der alten Fronherren zu zahlenden Tribut aus ihm herauspreßt, Ablöseghelder und Fronzinsen aus ihm herauspreßt. Mögen diejenigen, die plündern, dafür auch die Verantwortung tragen! Man nehme eben von den adligen Großgrundbesitzern das Geld, das nötig ist, um den Hungernden eine ernste Hilfe zu erweisen. Der hungernde Bauer braucht kein Almosen, keine Bettelgroschen. Er verlange die Rückgabe jener Gelder, die er jahraus, jahrein an die Gutsbesitzer und den Staat gezahlt hat. Dann werden die Versammlung der Volksdeputierten und die Bauernkomitees imstande sein, den Hungernden eine wirkliche, ernste Hilfe zu erweisen.

Weiter. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei fordert die sofortige und vollständige Aufhebung der solidarischen Haftung und *aller Gesetze, die den Bauern in der freien Verfügung über seinen Boden beschränken*. Das Zaren-Manifest vom 26. Februar 1903 verspricht die Aufhebung der solidarischen Haftung. Jetzt ist bereits ein Gesetz erlassen worden, das sie aufhebt. Aber das genügt nicht. Man muß außerdem sofort *alle Gesetze* aufheben, die den Bauern in der freien Verfügung über seinen Boden beschränken. Sonst wird der Bauer auch ohne die solidarische Haftung nicht ganz frei sein, wird er halb leibeigen bleiben. Der Bauer muß die *volle Freiheit* erlangen, über seinen Boden zu verfügen: ihn wegzugeben und zu verkaufen, wem er will, ohne irgend jemanden zu fragen. Das aber gestattet der Ukas des Zaren nicht: alle Angehörigen des Adels-, des Kaufmanns- und des Bürgerstandes können über den Boden frei verfügen, der Bauer aber nicht. Der Bauer ist ein kleines Kind. Man muß ihm den Landeshauptmann zur Seite stellen, damit er auf ihn aufpaßt wie ein Kindermädchen. Man muß dem Bauern verbieten, seinen Landanteil zu verkaufen, sonst wird er das Geld verprassen! — So urteilen die Fronherren, und

es gibt einfältige Leute, die ihnen glauben und, obzwar sie den Bauern Gutes wünschen, sagen, man müsse ihnen verbieten, den Boden zu verkaufen. Sogar die Volkstümler (von denen wir früher gesprochen haben) und die Leute, die sich „Sozialrevolutionäre“ nennen, fallen darauf herein und meinen, unser Bauer solle lieber noch ein klein wenig leibeigen bleiben, aber den Boden nicht verkaufen dürfen.

Die Sozialdemokraten sagen: Das ist bloße Heuchelei, bloßer Herrendünkel, nichts als Schönrederei! Wenn wir den Sozialismus erkämpft haben, wenn die Arbeiterklasse die Bourgeoisie besiegt hat, dann wird der ganze Grund und Boden Gemeingut sein, dann wird *niemand* das Recht haben, Boden zu verkaufen. Nun, und bis dahin? Der Adlige und der Kaufmann dürfen verkaufen, der Bauer aber nicht!? Der Adlige und der Kaufmann sind frei, der Bauer aber soll immer noch halb leibeigen bleiben!? Der Bauer soll die hohe Obrigkeit immer noch um Erlaubnis bitten!?

Das ist nichts als Betrug — durch schöne Reden verbrämt, aber trotzdem Betrug.

Solange man dem Adligen und dem Kaufmann erlaubt, Boden zu verkaufen, solange muß auch der Bauer das *volle Recht* haben, seinen Boden zu verkaufen und *vollständig frei* über ihn zu verfügen, genauso wie der Adlige und der Kaufmann.

Wenn die Arbeiterklasse die gesamte Bourgeoisie besiegt hat, dann wird sie den Großgrundbesitzern den Boden wegnehmen, dann wird sie auf den großen Gütern *genossenschaftliche Betriebe* einrichten, damit die Arbeiter das Land zusammen, gemeinsam bestellen und die Männer ihres Vertrauens frei zu Geschäftsführern wählen. Alle möglichen Maschinen werden ihnen zur Erleichterung der Arbeit dienen, und so werden sie schichtweise, nicht mehr als acht (oder auch nur sechs) Stunden täglich arbeiten. Dann wird auch der Kleinbauer, der den Wunsch hat, in alter Weise allein zu wirtschaften, nicht für den Markt wirtschaften, nicht für den Verkauf an den erstbesten, sondern für die Genossenschaften der Arbeiter: der Kleinbauer wird der Genossenschaft der Arbeiter Brot, Fleisch und Gemüse liefern, die Arbeiter aber werden ihm, ohne Geld dafür zu verlangen, Maschinen, Vieh, Düngemittel und Kleidung geben, alles, was er braucht. Dann wird es keinen Kampf zwischen Großbesitzern und Kleinbesitzern wegen des Geldes geben, keine Lohnarbeit für

fremde Leute, sondern alle Arbeitenden werden für sich arbeiten, alle Verbesserungen in der Arbeit und alle Maschinen werden den Arbeitern selber zugute kommen, werden ihre Arbeit erleichtern, ihr Leben verbessern.

Doch jeder vernünftige Mensch versteht, daß man den Sozialismus nicht mit einem Schlag erringen kann: dazu muß ein erbitterter Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie, gegen all und jede Regierung geführt werden, dazu müssen alle städtischen Arbeiter in ganz Rußland und zusammen mit ihnen die Dorfarmut zu einem festen, unverbrüchlichen Bund vereinigt werden. Das ist eine große Sache, und eine solche Sache ist es wert, daß man ihr das ganze Leben weiht. Solange wir jedoch den Sozialismus noch nicht errungen haben, wird der Großbesitzer stets gegen den Kleinbesitzer einen Kampf wegen des Geldes führen: soll nun der Großbesitzer frei sein, auch den Boden zu verkaufen, der Kleinbauer aber nicht? Wir wiederholen: Die Bauern sind keine kleinen Kinder und werden sich von niemandem herumkommandieren lassen; die Bauern müssen *alle Rechte*, ohne jede Einschränkung alle Rechte erhalten, welche die Adligen und die Kaufleute haben.

Man hört auch sagen: Der Bauer hat kein eigenes Land, sein Land ist Gemeinbesitz. Man kann nicht jedem erlauben, Gemeinschaftsboden zu verkaufen. — Auch das ist eitel Betrug. Haben nicht auch die Adligen und die Kaufleute Vereinigungen? Schließen sich nicht auch Adlige und Kaufleute zu Gesellschaften zusammen, kaufen sie nicht gemeinsam Grundstücke und Fabriken und was sie sonst wollen? Warum werden denn für die Gesellschaften der Adligen keine Beschränkungen ausgeklügelt, während jeder Polizeilump darauf ausgeht, für den Bauern Beschränkungen und Verbote auszuklügeln? Nie ist den Bauern von den Beamten Gutes zuteil geworden, sie wurden von ihnen stets nur geprügelt, geschöpft und beschimpft. Nie werden die Bauern Gutes zu erwarten haben, solange sie nicht alle ihre Angelegenheiten in die eigene Hand nehmen, solange sie sich nicht volle Gleichberechtigung und volle Freiheit erkämpfen. Wollen die Bauern, daß ihr Boden Gemeinbesitz ist, so darf niemand sie hindern, sie werden nach freiem Übereinkommen eine Gemeinschaft bilden, aus wem sie wollen und wie sie wollen, und werden ihren Gemeinschaftsvertrag abfassen, wie sie wollen, vollkommen frei. Und kein Beamter soll sich erdreisten, in die Angelegenheiten der Bauerngemeinschaft seine Nase

hineinzustecken. Und niemand soll sich erdreisten, den Bauern zum Narren zu halten und Beschränkungen oder Verbote für ihn auszuklügeln.

*

Schließlich erstreben die Sozialdemokraten noch eine, und zwar wichtige Verbesserung für die Bauern. Sie wollen jetzt sofort, unverzüglich die Knechtung der Bauern durch die Gutsherren, die Fronknechtschaft, einschränken. Alle Knechtschaft können wir natürlich nicht beseitigen, solange auf der Welt Not herrscht, die Not aber läßt sich nicht beseitigen, solange der Boden und die Fabriken sich in den Händen der Bourgeoisie befinden, solange das Geld die Hauptmacht auf Erden ist, solange die *sozialistische Gesellschaft* nicht errichtet ist. Aber in den russischen Dörfern hat sich noch viel besonders schlimme Knechtschaft erhalten, die es in anderen Ländern nicht gibt, wenn auch der Sozialismus dort noch nicht eingeführt ist. In Rußland gibt es noch viel *Fronknechtschaft*, die für alle Gutsbesitzer von Nutzen ist, die auf allen Bauern lastet, die jetzt sofort, unverzüglich, in erster Linie vernichtet werden kann und muß.

Wir wollen erklären, welche Knechtschaft wir als Fronknechtschaft bezeichnen.

Jeder Dorfbewohner kennt solche Fälle. Das Gutsbesitzerland liegt neben dem Bauernland. Den Bauern hat man bei ihrer Befreiung notwendige Bodenstücke weggenommen, Weide und Wiese abgeschnitten, Wald und Tränke abgeschnitten. Der Bauer kann ohne diese abgetrennten Bodenstücke, ohne Weide, ohne Tränke nichts anfangen. Ob er will oder nicht, er muß zum Gutsbesitzer gehen und ihn bitten, das Vieh zur Tränke durchzulassen oder einen Weideplatz abzutreten u. dgl. mehr. Der Gutsbesitzer aber führt keine eigene Wirtschaft und hat vielleicht gar kein Geld, er lebt nur davon, daß er die Bauern knechtet. Die Bauern arbeiten unentgeltlich für ihn, um die abgetrennten Bodenstücke nutzen zu dürfen, sie pflügen sein Land mit ihren Pferden, ernten seine Kornfelder und Wiesen ab, dreschen für ihn, fahren mancherorts sogar ihren eigenen Dünger, den Bauerdünger, aufs Herrenland, bringen Leinwand, Eier und allerlei Geflügel ins Herrenhaus. Ganz wie zur Zeit der Leibeigenschaft! Damals haben die Bauern für den umsonst gearbeitet, auf dessen Stammgut sie lebten, und jetzt arbeiten sie sehr oft für den Guts-

herrn umsonst, um denselben Boden nutzen zu dürfen, den sie bei ihrer Befreiung durch die Adelskomitees verloren haben. Das ist derselbe Frondienst wie ehemals. Die Bauern selber nennen diese Arbeit in manchen Gouvernements Fron- oder Herrendienst. Und das bezeichnen wir eben als Fronknechtschaft. Die Adelskomitees der Gutsbesitzer richteten es bei der Aufhebung der Leibeigenschaft absichtlich so ein, daß ihnen die Möglichkeit blieb, die Bauern in alter Weise zu knechten; sie beschnitten absichtlich die Bauernanteile und keilten das Land der Gutsbesitzer dazwischen ein, so daß der Bauer nicht einmal seine Hühner hinauslassen kann; sie siedelten absichtlich die Bauern auf den schlechtesten Boden um, versperrten absichtlich den Weg zur Tränke durch Gutsbesitzerland — mit einem Wort, sie richteten es so ein, daß die Bauern in einer Falle saßen, daß man die Bauern wie früher mit bloßen Händen einfangen konnte. Und wieviel Dörfer haben wir noch — sie sind nicht zu zählen —, wo die Bauern die Gefangenen der benachbarten Gutsbesitzer sind, dieselben Gefangenen, die sie unter der Leibeigenschaft waren. In solchen Dörfern sind reiche wie arme Bauern an Händen und Füßen gebunden und dem Gutsbesitzer auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Der arme Bauer leidet darunter noch viel mehr als der reiche. Der reiche Bauer hat manchmal eigenen Grund und Boden und schickt an seiner Statt einen Tagelöhner zur Fronarbeit, der arme Bauer aber ist dem Gutsbesitzer wehrlos ausgeliefert, und dieser macht mit ihm, was er will. Der arme Bauer kommt bei solcher Knechtschaft nicht zu Atem, er kann wegen dieser Arbeit für den Gutsherrn auch nicht auf Erwerb ausziehen, er kann nicht im entferntesten daran denken, sich mit der ganzen Dorfarmut und mit den städtischen Arbeitern frei in einem Bund, in einer Partei zu vereinigen.

Es fragt sich nun, gibt es ein Mittel, um diese Knechtschaft jetzt sofort, unverzüglich abzuschaffen? Die sozialdemokratische Arbeiterpartei schlägt den Bauern zwei Mittel zur Erreichung dieses Zieles vor. Aber wir wollen noch einmal wiederholen, daß nur der Sozialismus die ganze Dorfarmut von all und jeder Knechtschaft befreien kann, denn solange die Reichen die Macht haben, werden sie die Armen immer so oder anders bedrücken. Man kann die ganze Knechtschaft nicht mit einem Schlag beseitigen, aber man kann die schlimmste, die schmachvollste, die Fronknechtschaft, die auf den armen, den mittleren und sogar den reichen Bauern lastet, stark

einschränken, kann eine sofortige Erleichterung für die Bauernschaft erzielen.

Dazu gibt es zwei Mittel.

Das erste Mittel sind frei gewählte Gerichte aus Vertrauensleuten der Landarbeiter und armen Bauern einerseits, der reichen Bauern und Gutsbesitzer andererseits.

Das zweite Mittel sind frei gewählte *Bauernkomitees*. Diese Bauernkomitees müssen nicht nur das Recht haben, alle erdenklichen Maßnahmen zur Abschaffung des Frondienstes, zur Vernichtung der Überreste der Leibeigenschaft zu erörtern und zu beschließen, sie müssen auch das Recht haben, die *abgetrennten Bodenstücke zu beschlagnahmen und sie den Bauern zurückzugeben*.

Betrachten wir diese beiden Mittel etwas eingehender. Die aus Vertrauensleuten frei gewählten Gerichte werden alle Fälle von Beschwerden der Bauern, daß sie geknechtet werden, zu prüfen haben. Diese Gerichte werden das Recht haben, den Pachtzins herabzusetzen, wenn ihn die Gutsbesitzer, die Not der Bauern ausnutzend, zu hoch angesetzt haben. Diese Gerichte werden das Recht haben, die Bauern von übermäßigen Zahlungen zu befreien — hat zum Beispiel der Gutsbesitzer den Bauern im Winter für Sommerarbeit zum halben Lohn gedungen, so wird das Gericht die Angelegenheit prüfen und einen gerechten Lohn festsetzen. Ein solches Gericht muß natürlich aus frei gewählten Vertrauensleuten, nicht aus Beamten bestehen, vor allem aber müssen die Landarbeiter und armen Bauern darin ihre gewählten Vertreter haben, und zwar nicht weniger als die reichen Bauern und Gutsbesitzer. Diese Gerichte werden auch alle Streitfälle zwischen Arbeitern und Unternehmern regeln. Gibt es solche Gerichte, so wird es den Arbeitern und der ganzen Dorfarmut leichter fallen, ihre Rechte zu verteidigen, sie werden sich leichter zusammenschließen und genau in Erfahrung bringen können, welche Leute geeignet sind, fest und treu für die Dorfarmut und die Arbeiter einzutreten.

Das zweite Mittel ist noch wichtiger. Das sind freie *Bauernkomitees*, gewählt aus Vertrauensleuten der Landarbeiter, der armen, mittleren und reichen Bauern in jedem Kreis (oder auch mehrere Komitees in einem Kreis, wenn die Bauern es für notwendig halten; vielleicht werden sie sogar in jedem Amtsbezirk und in jedem großen Dorf ein Komitee ins Leben rufen). Niemand weiß so gut wie die Bauern selber, welche Knecht-

schaft sie bedrückt. Niemand wird besser als die Bauern selber die Gutsbesitzer entlarven können, die bis auf den heutigen Tag von der Fronknechtschaft leben. Die Bauernkomitees werden prüfen, welche abgetrennten Äcker, Wiesen oder Weiden u. dgl. mehr den Bauern ungerechterweise weggenommen worden sind, sie werden prüfen, ob man diese Bodenstücke entschädigungslos zurücknehmen oder denen, die sie gekauft haben, auf Kosten der adligen Großgrundbesitzer eine Entschädigung zahlen soll. Die Bauernkomitees werden die Bauern wenigstens aus jenen Fallgruben befreien, in welche sehr viele Adels-, Gutsbesitzerkomitees sie hineingetrieben haben. Die Bauernkomitees werden die Bauern von der Einmischung der Beamten befreien, sie werden zeigen, daß die Bauern ihre Angelegenheiten selber regeln wollen und können, sie werden den Bauern helfen, ihre Nöte miteinander zu besprechen und die Leute herauszufinden, die fähig sind, treu zur Dorfarmut und zum Bündnis mit den städtischen Arbeitern zu stehen. Die Bauernkomitees sind der *erste Schritt* dazu, daß auch in den entlegensten Dörfern die Bauern sich auf eigene Füße stellen und ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen.

Deshalb warnen die sozialdemokratischen Arbeiter die Bauern:

Glaubt keinen Adelskomitees, keinen Beamtenkommissionen.

Fordert eine allgemeine Versammlung der Volksdeputierten.

Fordert die Gründung von Bauernkomitees.

Fordert die volle Freiheit, beliebige Bücher und Zeitungen zu veröffentlichen.

Wenn ausnahmslos alle das Recht haben werden, frei und ohne Furcht vor jemandem ihre Ansichten und Wünsche auszusprechen, sowohl in der allgemeinen Versammlung der Volksdeputierten als auch in den Bauernkomitees und in den Zeitungen, dann wird sich sehr bald zeigen, wer sich auf die Seite der Arbeiterklasse und wer sich auf die Seite der Bourgeoisie stellt. Die gewaltige Mehrheit der Menschen macht sich jetzt überhaupt keine Gedanken darüber, manche verheimlichen ihre wahre Meinung, manche kennen sie selber noch nicht, manche üben vorsätzlichen Betrug. Dann aber werden alle anfangen, darüber nachzudenken, man wird nichts mehr zu verheimlichen brauchen, und die ganze Sache wird sich bald klären. Wir haben schon gesagt, daß die Bourgeoisie die reichen Bauern auf ihre Seite ziehen wird. Je rascher und je mehr es gelingt, die Fronknechtschaft abzuschaffen, je mehr wirkliche Freiheit sich die Bauern

erkämpfen, um so rascher wird sich die Dorfarmut zusammenschließen, um so rascher wird sich auch die reiche Bauernschaft mit der ganzen Bourgeoisie vereinigen. Und sollen sie sich ruhig miteinander vereinigen: wir fürchten das nicht, obgleich wir ausgezeichnet wissen, daß die reiche Bauernschaft durch diese Vereinigung stärker wird. Wir werden uns ja auch vereinigen, und *unser Bund* — der Bund der Dorfarmut mit den städtischen Arbeitern — wird unvergleichlich größer sein, wird ein Bund von vielen Millionen gegen einen Bund von Hunderttausenden sein. Wir wissen auch, daß sich die Bourgeoisie bemühen wird (sie bemüht sich schon jetzt!), auch die mittleren und sogar die kleinen Bauern auf ihre Seite zu ziehen, daß sie sich bemühen wird, sie zu betrügen, zu ködern, zu spalten, jedem von ihnen zu versprechen, daß sie ihm den Aufstieg zu den Reichen ermöglicht. Wir haben bereits gesehen, mit welchen Mitteln und welchem Betrug die Bourgeoisie den Mittelbauern zu ködern sucht. Wir müssen daher der Dorfarmut im voraus die Augen öffnen, im voraus ihr gesondertes Bündnis mit den städtischen Arbeitern gegen die gesamte Bourgeoisie stärken.

Sehe sich jeder Dorfbewohner gut um. Wie oft schimpfen die reichen Bauern über die Herren, über die Gutsbesitzer! Wie beschwerten sie sich über die Bedrückung des Volkes und darüber, daß das Herrenland brachliegt! Wie gerne reden sie (unter vier Augen) darüber, daß die Bauern sich eigentlich das Land aneignen müßten!

Darf man glauben, was die reichen Bauern sagen? Nein. Sie wollen den Boden nicht für das Volk, sondern für sich. Sie haben auch jetzt schon viel Boden — gekauften und gepachteten — zusammengerafft, das genügt ihnen aber noch nicht. *Folglich wird die Dorfarmut nicht lange zusammen mit den reichen Bauern gegen die Gutsbesitzer zu marschieren haben.* Nur den ersten Schritt können wir mit ihnen zusammen machen, dann aber heißt es getrennt marschieren.

Aus diesem Grunde muß der erste Schritt von den andern Schritten und von unserm letzten, dem wichtigsten Schritt klar getrennt werden. Der erste Schritt auf dem Lande ist die vollständige Befreiung der Bauern, ihre vollständige Gleichberechtigung, die Gründung von Bauernkomitees zwecks Rückgabe der Bodenabschnitte. Unser letzter Schritt aber in Stadt und Land wird darin bestehen: *Wir werden den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie den ganzen Grund und Boden und alle Fabriken wegnehmen*

und die sozialistische Gesellschaft errichten. Zwischen dem ersten und dem letzten Schritt werden wir noch viele Kämpfe ausfechten müssen, und wer den ersten Schritt mit dem letzten verwechselt, der schädigt diesen Kampf, der streut, ohne es selber zu wissen, der Dorfarmut Sand in die Augen.

Den ersten Schritt wird die Dorfarmut mit allen Bauern zusammen machen: vielleicht werden manche Kulaken abspringen, vielleicht wird es unter hundert Bauern einen geben, dem keine Knechtschaft zuwider ist. Aber die große Masse wird hier noch für ein und dasselbe kämpfen: gleiche Rechte braucht die gesamte Bauernschaft. Die Knechtung durch die Gutsbesitzer bindet alle an Händen und Füßen. Den letzten Schritt aber werden niemals alle Bauern zusammen machen: hier wird sich bereits die ganze reiche Bauernschaft gegen die Landarbeiter stellen. Hier brauchen wir bereits das feste Bündnis der Dorfarmut mit den *sozialdemokratischen Arbeitern der Städte*. Wer den Bauern sagt, daß sie den ersten und den letzten Schritt auf einmal tun können, der betrügt sie. Der vergißt den großen Kampf der Bauern untereinander, den großen Kampf zwischen der Dorfarmut und den reichen Bauern.

Aus diesem Grunde versprechen die Sozialdemokraten den Bauern nicht *sofort* ein Land, in dem Milch und Honig fließt. Aus diesem Grunde fordern die Sozialdemokraten vor allem volle Freiheit für den Kampf, für den großen, breiten, das ganze Volk umfassenden Kampf der gesamten Arbeiterklasse gegen die gesamte Bourgeoisie. Aus diesem Grunde verweisen die Sozialdemokraten auf diesen *ersten* als einen *kleinen, aber sicheren Schritt*.

Manche Leute denken, unsere Forderung der Gründung von Bauernkomitees zur Einschränkung der Knechtschaft und Rückgabe der Bodenabschnitte sei eine Art Mauer, eine Art Wand, die bedeute: Bis hierher und nicht weiter. Solche Leute haben sich sehr schlecht in die Ziele der Sozialdemokraten hineingedacht. Die Forderung, Bauernkomitees zur Einschränkung der Knechtschaft und Rückgabe der Bodenabschnitte zu gründen, ist keine Wand. Sie ist eine *Tür*. Diese Tür muß man zunächst durchschreiten, *um dann weiterzugehen*, um auf einem offenen, breiten Weg *bis zu Ende* zu gehen, bis zur vollständigen Befreiung des gesamten werktätigen Arbeitervolkes in Rußland. Solange die Bauernschaft diese Tür nicht durchschritten hat, bleibt sie in Unwissenheit, in Knechtschaft, ohne volle Rechte, ohne vollständige, wahre Freiheit, sie wird nicht einmal endgültig feststellen können, wer in ihren eigenen Reihen ein Freund des

arbeitenden Menschen und wer sein Feind ist. Darum zeigen die Sozialdemokraten auf diese Tür und sagen, daß vor allem der ganze Mir, das ganze Volk gegen diese Tür anrennen und sie restlos einschlagen muß. Nun gibt es freilich Leute — Volkstümler und Sozialrevolutionäre nennen sie sich —, die ebenfalls das Beste der Bauern wollen; sie lärmen, schreien, fuchteln mit den Händen und möchten helfen, aber *diese Tür sehen sie nicht!* Diese Leute sind sogar so blind, daß sie sagen: Man soll dem Bauern gar nicht das Recht geben, über seinen Boden frei zu verfügen! Sie wollen das Beste des Bauern, urteilen aber mitunter genauso wie die Fronherren! Von solchen Freunden ist nicht viel Hilfe zu erwarten. Was nützt es, daß man das Beste der Bauern will, wenn man die Tür nicht klar sieht, die zuerst eingeschlagen werden muß? Was nützt es, daß man ebenfalls den Sozialismus erstrebt, wenn man nicht sieht, wie der Weg zu finden ist zum freien Kampf des Volkes für den Sozialismus nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land, nicht nur gegen die Gutsbesitzer, sondern auch *gegen die reichen Bauern innerhalb der Dorfgemeinschaft, innerhalb des Mir?*

Aus diesem Grunde weisen die Sozialdemokraten so hartnäckig auf diese nächste und erste Tür hin. Nicht darin besteht jetzt die Schwierigkeit, daß man allerlei gute Wünsche ausspricht, sondern darin, daß man den Weg richtig zeigt, daß man klar versteht, *wie der erste Schritt zu machen ist.* Daß der russische Bauer geknechtet ist, daß der russische Bauer halb leibeigen geblieben ist — darüber sprechen und schreiben alle Freunde der Bauern schon seit vierzig Jahren. Wie unverschämt die Gutsbesitzer mittels der Bodenabschnitte die Bauern plündern und knechten — darüber haben schon lange vor dem Auftreten der Sozialdemokraten in Rußland alle Freunde der Bauern viele Bücher geschrieben. Daß man den Bauern jetzt sofort, unverzüglich helfen, daß man sie wenigstens einigermaßen aus der Knechtschaft befreien muß — das sehen jetzt schon alle ehrlichen Leute, davon beginnen sogar die Beamten unserer Polizeiregierung zu reden. Die ganze Frage ist die: *Wie muß man ans Werk gehen, wie den ersten Schritt machen, gegen welche Tür zuallererst Sturm laufen?*

Auf diese Frage geben verschiedene Leute (von denen, die dem Bauern wohlwollen) zwei verschiedene Antworten. Jeder Landproletarier muß sich bemühen, beide Antworten klar zu begreifen und sich eine bestimmte

und feste Meinung zu bilden. Die eine Antwort geben die Volkstümpler und die Sozialrevolutionäre. Vor allem muß man, sagen sie, in der Bauernschaft alle möglichen Genossenschaften entwickeln. Die Mir-Vereinigung muß man stärken. Der einzelne Bauer soll nicht das Recht erhalten, über seinen Boden frei zu verfügen. Die Mir-Gemeinschaft soll mehr Rechte haben, und der ganze Grund und Boden in Rußland soll nach und nach zu Mir-Land werden. Den Bauern soll man beim Ankauf von Boden jederlei Erleichterung gewähren, damit der Grund und Boden leichter vom Kapital auf die Arbeit übergeht.

Die andere Antwort geben die Sozialdemokraten. Der Bauer muß sich in erster Linie alle, ausnahmslos alle Rechte erkämpfen, die der Adlige und der Kaufmann besitzen. Der Bauer muß das volle Recht haben, über seinen Boden frei zu verfügen. Zwecks Abschaffung der niederträchtigsten Knechtschaft müssen Bauernkomitees zur Rückgabe der Bodenabschnitte gegründet werden. Nicht die Mir-Vereinigung brauchen wir, sondern das Bündnis der Dorfarmut aus den verschiedenen Dorfgemeinschaften in ganz Rußland, das Bündnis der Landproletarier mit den Stadtproletariern. Genossenschaften aller Art und Landankauf durch den Mir werden immer den reichen Bauern den größeren Nutzen bringen, während sie die Mittelbauern nur täuschen.

Die russische Regierung sieht, daß man das Los der Bauern erleichtern muß, sie möchte aber mit kleinen Zugeständnissen davonkommen und alles durch Beamte erledigen lassen. Die Bauern müssen auf der Hut sein, denn die Beamtenkommissionen werden sie ebenso betrügen, wie die Adelskomitees sie betrogen haben. Die Bauern müssen die Wahl freier Bauernkomitees fordern. Nein, die Bauern dürfen nicht von den Beamten Erleichterungen erwarten, sie müssen ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen. Mag zunächst nur ein Schritt gemacht werden, mag man sich zunächst nur von der schlimmsten Knechtschaft befreien — wenn die Bauern nur ihre Kraft zu spüren beginnen, wenn sie sich nur frei verständigen und vereinigen. Kein ehrlicher Mensch kann leugnen, daß die abgetrennten Bodenstücke oft der widerwärtigsten Fronknechtschaft dienen. Kein ehrlicher Mensch kann leugnen, daß unsere Forderung die nächstliegende und gerechteste Forderung ist: die Bauern sollen ihre *eigenen* Komitees frei wählen, ohne Einmischung der Beamten, um jeder Fronknechtschaft ein Ende zu machen.

In den freien Bauernkomitees (und genauso in der freien allrussischen Deputiertenversammlung) werden die Sozialdemokraten sofort und aus allen Kräften das gesonderte Bündnis der Landproletarier mit den Stadtproletariern festigen. Die Sozialdemokraten werden alle Maßnahmen zugunsten der Landproletarier verteidigen und diesen helfen, nach dem ersten Schritt möglichst rasch und möglichst einmütig den zweiten und den dritten Schritt zu machen, und so weiter, bis zum Ende, bis zum vollen Sieg des Proletariats. Kann man aber schon jetzt, sofort sagen, welche Forderung morgen, für den zweiten Schritt, auf der Tagesordnung stehen wird? Nein, das kann man nicht sagen, weil wir nicht wissen, wie sich morgen die reichen Bauern und die vielen gebildeten Leute verhalten werden, die sich mit aller Art Genossenschaften und dem Übergang des Bodens vom Kapital auf die Arbeit befassen.

Vielleicht können sie nicht gleich morgen mit den Gutsbesitzern eine gemeinsame Sprache finden, und sie werden die Gutsbesitzermacht bis zu Ende zerschlagen wollen. Ausgezeichnet. Den Sozialdemokraten ist das sehr erwünscht, und sie werden den Land- und Stadtproletariern raten, zu fordern, daß der ganze Grund und Boden den Gutsbesitzern weggenommen und dem freien Volksstaat übergeben wird. Die Sozialdemokraten werden scharf aufpassen, daß die Landproletarier dabei nicht betrogen, daß sie noch mehr gestärkt werden zum endgültigen Kampf für die vollständige Befreiung des Proletariats.

Vielleicht aber wird es ganz anders kommen. Es ist sogar wahrscheinlicher, daß es anders kommt. Die reichen Bauern und viele gebildete Leute können sich morgen schon, sobald die schlimmste Knechtschaft eingeschränkt und gemildert ist, mit den Gutsbesitzern vereinigen, und dann wird das gesamte Landproletariat die gesamte Dorfbourgeoisie gegen sich haben. Dann wäre es lächerlich, nur gegen die Gutsbesitzer zu kämpfen. Dann müssen wir gegen die gesamte Bourgeoisie kämpfen und vor allem möglichst viel Freiheit und Spielraum für diesen Kampf fordern, dann müssen wir fordern, daß dem Arbeiter das Leben erleichtert wird, um ihm seinen Kampf zu erleichtern.

Auf jeden Fall, ob es nun so oder anders kommt, ist es unsere erste, unsere wichtigste und dringendste Aufgabe, *das Bündnis der ländlichen Proletarier und Halbproletarier mit den städtischen Proletariern zu festigen*. Für dieses Bündnis brauchen wir sofort und unverzüglich *die volle*

politische Freiheit für das Volk, die volle Gleichberechtigung der Bauern und die Abschaffung der Fronknechtschaft. Und wenn dieses Bündnis zustande kommt und erstarkt — dann werden wir all und jeden Betrug, durch den die Bourgeoisie den Mittelbauern zu ködern sucht, ohne Mühe aufdecken, dann werden wir leicht und rasch gegen die gesamte Bourgeoisie, gegen alle Kräfte der Regierung den zweiten, den dritten und den letzten Schritt tun, dann werden wir unbeirrt zum Sieg vorwärtsschreiten und rasch die vollständige Befreiung des gesamten arbeitenden Volkes erzwingen.

7. DER KLASSENKAMPF AUF DEM LANDE

Was ist der *Klassenkampf*? Das ist der Kampf des einen Teils des Volkes gegen den anderen Teil, der Kampf der Masse der Entrechteten, Unterdrückten und Werk tätigen gegen die Privilegierten, die Unterdrücker und Müßiggänger, der Kampf der Lohnarbeiter oder Proletarier gegen die Eigentümer oder die Bourgeoisie. Auch im russischen Dorf hat es diesen großen Kampf stets gegeben, und es gibt ihn auch jetzt, obzwar nicht alle ihn sehen, nicht alle seine Bedeutung begreifen. Als die Leibeigenschaft bestand — da kämpfte die ganze Masse der Bauern gegen ihre Unterdrücker, gegen die Klasse der Gutsbesitzer, die von der Zarenregierung geschützt, verteidigt und unterstützt wurden. Die Bauern konnten sich nicht vereinigen, die Bauern waren damals vollständig niedergedrückt durch ihre Unwissenheit, die Bauern hatten keine Helfer und Brüder unter den städtischen Arbeitern, aber trotzdem kämpften die Bauern, so gut sie es verstanden und vermochten. Die Bauern ließen sich nicht schrecken durch die bestialischen Verfolgungen der Regierung, sie fürchteten keine Exekutionen und Kugeln, die Bauern glaubten den Pfaffen nicht, die sich schier überschlugen, um zu beweisen, daß die Leibeigenschaft von der Heiligen Schrift gebilligt und von Gott zum Gesetz erhoben worden sei (wörtlich sagte so seinerzeit der Metropolit Philaret!), die Bauern erhoben sich bald hier, bald dort, und schließlich gab die Regierung nach, weil sie einen allgemeinen Aufstand aller Bauern fürchtete.

Die Leibeigenschaft wurde aufgehoben, aber nicht ganz. Die Bauern blieben rechtlos, sie blieben der niedere, abgabepflichtige, gemeine Stand, sie blieben in den Klauen der Fronknechtschaft. Und die Bauernschaft ist

nach wie vor in Wallung, sie will nach wie vor die vollständige, die wahre Freiheit. Indessen hat nach der Aufhebung der Leibeigenschaft bereits ein neuer Klassenkampf eingesetzt, der *Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie*. Die Reichtümer mehrten sich, Eisenbahnen und große Fabriken wurden gebaut, die Städte wurden noch bevölkerter und noch glanzvoller, aber alle diese Reichtümer riß eine ganz geringe Anzahl von Leuten an sich, das Volk dagegen verarmte, verelendete, hungerte immer mehr und ging zu fremden Menschen auf Lohnarbeit. Die Arbeiter der Städte nahmen den neuen großen Kampf aller Armen gegen alle Reichen auf. Die Arbeiter der Städte schlossen sich zusammen zur *sozialdemokratischen Partei* und führen nun ihren Kampf hartnäckig, standhaft und einträchtig; Schritt um Schritt gewinnen sie Boden, bereiten sich zum großen Endkampf vor und fordern politische Freiheit für das ganze Volk.

Schließlich hielten es auch die Bauern nicht mehr aus. Im Frühjahr des vorigen Jahres, des Jahres 1902, erhoben sich die Bauern des Poltawaer, des Charkower und anderer Gouvernements und zogen gegen die Gutsbesitzer, schlossen deren Getreidespeicher auf, verteilten deren Hab und Gut unter sich, gaben den Hungrigen Getreide, das die Bauern gesät und geerntet, das sich aber die Gutsbesitzer angeeignet hatten, und verlangten eine Neuverteilung des Grund und Bodens. Die Bauern konnten die maßlose Unterdrückung nicht mehr ertragen und wollten ihr Los verbessern. Die Bauern gelangten zu dem Schluß — dem ganz richtigen Schluß —, daß es besser ist, im Kampf gegen die Unterdrücker zu sterben, als ohne Kampf Hungers zu sterben. Aber die Bauern errangen kein besseres Los. Die Zarenregierung erklärte sie einfach für Aufrührer und Räuber (weil sie den räuberischen Gutsbesitzern das von denselben Bauern gesäte und geerntete Getreide wegnahmen!), die Zarenregierung schickte Truppen gegen sie aus wie gegen Feinde, und die Bauern wurden geschlagen. Auf die Bauern wurde geschossen, viele wurden getötet, die Bauern wurden viehisch ausgepeitscht, zu Tode geprügelt, derart mißhandelt, wie nicht einmal die Türken ihre Feinde — die Christen — mißhandeln. Die Zarensendlinge, die Gouverneure, trieben es am schlimmsten, wie richtige Henker. Die Soldaten vergewaltigten die Frauen und Töchter der Bauern. Und schließlich waren es die Bauern, die man vor das Gericht der Beamten stellte, waren es die Bauern, die man zwang, zugunsten der Gutsbesitzer achthunderttausend Rubel zu zahlen, und vor Gericht, vor diesem

schmachvollen geheimen Folterkammergericht, wurde den Verteidigern nicht einmal erlaubt, zu erzählen, wie die Zarensendlinge, der Gouverneur Obolenski und andere Zarenknechte, die Bauern gequält und mißhandelt hatten.

Die Bauern kämpften für eine gerechte Sache. Die russische Arbeiterklasse wird stets das Andenken der Märtyrer ehren, die von den Zarenknechten erschossen und zu Tode geprügelt worden sind. Diese Märtyrer waren Kämpfer für die Freiheit und das Glück des Arbeitervolkes. Die Bauern wurden geschlagen, aber sie werden sich immer wieder erheben, die erste Niederlage wird ihnen nicht den Mut rauben. Die klassenbewußten Arbeiter werden alles tun, was in ihren Kräften steht, damit möglichst viel Arbeitervolk in den Städten und Dörfern von dem Kampf der Bauern erfährt und sich zu einem neuen, einem erfolgreicherem Kampf vorbereitet. Die klassenbewußten Arbeiter werden aus allen Kräften bemüht sein, den Bauern klarzumachen, warum der erste Bauernaufstand (1902) niedergeschlagen worden ist und was man tun muß, damit die Bauern und Arbeiter und nicht die Zarenknechte den Sieg davontragen.

Der Bauernaufstand wurde niedergeschlagen, weil er der Aufstand einer unwissenden, unbewußten Masse war, ein Aufstand ohne bestimmte, klare politische Forderungen, d. h. ohne die Forderung, die Staatsordnung zu ändern. Der Bauernaufstand wurde niedergeschlagen, weil er nicht vorbereitet war. Der Bauernaufstand wurde niedergeschlagen, weil die Proletarier der Dörfer mit den Proletariern der Städte noch nicht verbündet waren. Das sind die drei Ursachen des ersten Mißerfolgs der Bauern. Für einen erfolgreichen Aufstand ist es notwendig, daß er eine bewußte und vorbereitete Aktion ist, daß er ganz Rußland erfaßt und im Bunde mit den städtischen Arbeitern unternommen wird. Und jeder Schritt des Arbeiterkampfes in den Städten, jede sozialdemokratische Schrift oder Zeitung, jede Rede eines klassenbewußten Arbeiters vor den Landproletariern bringt uns der Zeit näher, da der Aufstand sich wiederholen, da er mit einem Sieg enden wird.

Die Bauern haben sich gefühlsmäßig erhoben, einfach deshalb, weil sie ihre Leiden nicht mehr ertragen konnten, weil sie nicht stumm und ohne Widerstand sterben wollten. Die Bauern haben so sehr gelitten unter Raub, Unterdrückung und Quälerei aller Art, daß sie wenigstens einen Augenblick lang an die dunklen Gerüchte über die Gnade des Zaren

glauben mußten, daß sie glauben mußten, jeder vernünftige Mensch werde die Verteilung des Kornes unter die Hungrigen — unter diejenigen, die ihr Leben lang für andere gearbeitet haben, die das Getreide gesät und geerntet haben, jetzt aber neben den „herrschaftlichen“ Getreidespeichern Hungers sterben — als gerecht anerkennen. Die Bauern hatten anscheinend vergessen, daß die Reichen, die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie, von dem besten Boden, von allen Fabriken und Werken eben deshalb Besitz ergriffen haben, damit das hungrige Volk genötigt ist, für sie zu arbeiten. Die Bauern hatten vergessen, daß zur Verteidigung der Klasse der Reichen nicht nur Pfaffenpredigten gehalten werden, sondern sich auch die ganze Zarenregierung mit der ganzen Meute von Beamten und Soldaten erhebt. Die Zarenregierung hat die Bauern daran erinnert. Die Zarenregierung hat den Bauern mit viehischer Grausamkeit gezeigt, was die Staatsmacht ist, wem sie dient, wen sie schützt. Wir müssen die Bauern nur recht oft an diese Lehre erinnern, dann werden sie leicht verstehen, warum eine *Aenderung der Staatsordnung*, warum die *politische Freiheit* notwendig ist. Die Bauernaufstände werden aufhören, gefühlsmäßige Ausbrüche zu sein, sobald immer größere Massen des Volkes das verstehen werden, sobald jeder verständige und denkende Bauer sich der *drei Hauptforderungen* bewußt wird, für die man vor allem kämpfen muß. Die erste Forderung ist die *Einberufung einer allgemeinen Versammlung von Deputierten des Volkes zur Errichtung einer vom Volk gewählten und nicht selbstherrlichen Regierung in Rußland*. Die zweite Forderung ist die *Freiheit für alle und jeden, beliebige Bücher und Zeitungen herauszugeben*. Die dritte Forderung ist die *gesetzliche Anerkennung der vollen Gleichberechtigung der Bauern mit den übrigen Ständen und die Einberufung von gewählten Bauernkomitees, vor allem zur Abschaffung jeglicher Fronknechtschaft*. Das sind die wichtigsten, die grundlegenden Forderungen der Sozialdemokraten, und den Bauern wird es jetzt gar nicht schwerfallen, diese Forderungen zu verstehen und zu begreifen, womit man den Kampf für die Volksfreiheit *beginnen muß*. Haben aber die Bauern diese Forderungen begriffen, so werden sie auch begreifen, daß man sich vorher lange, hartnäckig und beharrlich zum Kampf *vorbereiten muß*, und zwar nicht einzeln, sondern zusammen mit den sozialdemokratischen Arbeitern der Städte.

Sammele jeder politisch bewußte Arbeiter und Bauer die vernünftigsten,

zuverlässigsten und mutigsten Freunde um sich. Bemühe er sich, ihnen zu erklären, was die Sozialdemokraten wollen, damit alle verstehen, welchen Kampf man führen und was man fordern muß. Die bewußten Sozialdemokraten sollen die Bauern allmählich, vorsichtig, aber unentwegt in ihrer Lehre unterweisen, ihnen sozialdemokratische Schriften zu lesen geben und diese Schriften in kleinen Zusammenkünften zuverlässiger Leute erläutern.

Doch die sozialdemokratische Lehre muß nicht nur an Hand von Büchern, sondern auch an jedem Beispiel, an jedem Fall von Unterdrückung und Ungerechtigkeit, dessen Zeuge wir sind, erläutert werden. Die sozialdemokratische Lehre ist die Lehre vom Kampf gegen jede Unterdrückung, gegen jeden Raub, gegen jede Ungerechtigkeit. Nur der ist ein echter Sozialdemokrat, der die Ursachen der Unterdrückung kennt und *in jeder Lebenslage gegen jeden Fall von Unterdrückung kämpft*. Wie ist das zu tun? Die bewußten Sozialdemokraten müssen in ihrer Stadt, in ihrem Dorf zusammenkommen und selber darüber entscheiden, wie das getan werden soll, um der ganzen Arbeiterklasse möglichst viel Nutzen zu bringen. Als Beispiel will ich ein oder zwei Fälle anführen. Nehmen wir an, ein sozialdemokratischer Arbeiter sei zu Besuch in sein Dorf gekommen, oder ein x-beliebiger sozialdemokratischer Arbeiter sei aus der Stadt in ein fremdes Dorf verschlagen worden. Das Dorf befindet sich, wie eine Fliege im Spinnweben, ganz in den Klauen des benachbarten Gutsbesitzers, es steckt lebenslang in der Knechtschaft und kann dieser Knechtschaft nicht entinnen. Der Arbeiter muß sofort die gescheitesten, vernünftigsten und zuverlässigsten Bauern auswählen, die nach der Wahrheit suchen und nicht vor dem ersten Polizeihund Reißaus nehmen, und diesen Bauern erklären, woher ihre ausweglose Knechtschaft kommt. Er muß ihnen erzählen, wie die Gutsbesitzer in den Adelskomitees die Bauern betrogen und bestohlen haben, muß ihnen von der Macht der Reichen und ihrer Unterstützung durch die Zarenregierung erzählen, muß ihnen von den Forderungen der sozialdemokratischen Arbeiter erzählen. Haben die Bauern diese einfachen Zusammenhänge begriffen, so muß man gemeinsam gut überlegen, ob man diesem Gutsbesitzer nicht einen einmütigen Widerstand entgegensetzen kann, ob die Bauern nicht ihre dringendsten und wichtigsten Forderungen aufstellen sollen (wie die Arbeiter in den Städten den Fabrikanten ihre Forderungen stellen). Knechtet

dieser Gutsbesitzer ein großes Dorf oder mehrere kleinere Dörfer, so wäre es am besten, durch Vertrauensleute vom nächsten sozialdemokratischen Komitee ein *Flugblatt* zu beschaffen: in dem Flugblatt wird das sozialdemokratische Komitee, wie es sich gehört, von Anfang an schildern, unter welcher Knechtschaft die Bauern leiden und was sie in erster Linie fordern (daß sie für die Bodenpacht nicht so viel zu zahlen brauchen oder daß sie, wenn sie sich im Winter verdingen, den vollen Lohn erhalten, nicht den halben, oder daß sie für Flurschaden nicht so verfolgt, so bedrängt werden, oder verschiedene andere Forderungen). Aus einem solchen Flugblatt werden alle lesekundigen Bauern genau erfahren, worum es geht, und es auch denen, die nicht lesen können, erklären. Dann werden die Bauern klar erkennen, daß die Sozialdemokraten zu ihnen stehen, daß die Sozialdemokraten jeden Raub verurteilen. Dann werden die Bauern zu verstehen beginnen, welche Erleichterungen — und seien sie noch so gering — jetzt sofort durchgesetzt werden können, wenn man einmütig zusammensteht, und welche großen Verbesserungen im ganzen Staat durch den gewaltigen Kampf zusammen mit den sozialdemokratischen Arbeitern der Städte erkämpft werden müssen. Dann werden sich die Bauern immer mehr zu diesem gewaltigen Kampf vorbereiten, sie werden lernen, daß man zuverlässige Leute finden, daß man gemeinsam für seine Forderungen eintreten muß. Vielleicht wird es hie und da gelingen, einen Streik auszurufen, wie es die städtischen Arbeiter tun. Allerdings ist das auf dem Lande schwieriger, aber dennoch manchmal möglich. Auch in anderen Ländern hat es erfolgreiche Streiks gegeben, zum Beispiel zur Erntezeit, wenn die Gutsbesitzer und reichen Landwirte Arbeitskräfte brauchen wie das liebe Brot. Wenn die Dorfarmut zum Streik vorbereitet ist, wenn sich alle über die gemeinsamen Forderungen längst geeinigt haben, wenn diese Forderungen in Flugblättern klargemacht oder einfach in Zusammenkünften gut auseinandergesetzt worden sind, dann werden alle einmütig zusammenstehen, und der Gutsbesitzer wird nachgeben oder sich zumindest im Räubern etwas mäßigen müssen. Ist der Streik einmütig und zur Erntezeit angesetzt, so können die Gutsbesitzer und selbst die Behörden mit ihren Truppen schwerlich etwas ausrichten — die Zeit vergeht, dem Gutsbesitzer droht schwerer Verlust, und er wird bald einlenken. Natürlich ist das etwas Neues. Etwas Neues gelingt oft nicht gleich am Anfang. Die Arbeiter in den Städten verstanden

es auch nicht gleich von Anfang an, einen einmütigen Kampf zu führen, sie wußten auch nicht gleich, welche Forderungen sie gemeinsam aufstellen sollten, sie zerschlugen einfach die Maschinen und zerstörten die Fabriken. Jetzt aber haben die Arbeiter gelernt, vereint zu kämpfen. Jede neue Sache muß erst gelernt sein. Jetzt verstehen die Arbeiter, daß man nur dann sofort Erleichterungen erringen kann, wenn man vereint vorgeht — dadurch gewöhnt sich das Volk an die einmütige Gegenwehr und bereitet sich immer mehr zum großen Entscheidungskampf vor. So werden auch die Bauern lernen, wie man sich gegen die grausamsten Plünderer zur Wehr setzen, wie man einmütig Erleichterungen fordern und wie man sich allmählich, standhaft und überall zur großen Schlacht um die Freiheit vorbereiten muß. Die Zahl der politisch bewußten Arbeiter und Bauern wird immer größer, die Vereinigungen der ländlichen Sozialdemokraten werden immer stärker werden, und jeder Fall von Knechtung durch die Gutsbesitzer, von Schröpfung durch die Pfaffen, von polizeilichen Greuelthaten und von behördlichen Schikanen wird dem Volke immer mehr die Augen öffnen, es an die vereinte Gegenwehr und an den Gedanken gewöhnen, daß es notwendig ist, eine Änderung der Staatsordnung mit Gewalt herbeizuführen.

Wir haben schon ganz am Anfang dieser Schrift gesagt, daß das Arbeitervolk der Städte jetzt auf die Straßen und Plätze geht und in aller Öffentlichkeit *Freiheit* verlangt, daß es auf sein Banner schreibt und ruft: „Nieder mit der Selbstherrschaft!“ Bald wird der Tag kommen, da das Arbeitervolk sich in den Städten nicht nur erheben wird, um mit Rufen durch die Straßen zu ziehen, sondern sich zum gewaltigen Endkampf erheben wird, da die Arbeiter wie ein Mann sagen werden: „Wir fallen im Kampf oder erringen die Freiheit!“, da an die Stelle von Hunderten im Kampf Getöteter und Gefallener Tausende neuer, noch entschlossenerer Kämpfer treten werden. Auch die Bauern werden sich dann erheben, werden sich in ganz Rußland erheben und den Arbeitern der Städte zu Hilfe eilen, werden sich für die Freiheit der Arbeiter und Bauern bis zu Ende schlagen. Keine Zarenregimenter werden dann standhalten können. Der Sieg wird auf seiten des Arbeitervolkes sein, und die Arbeiterklasse wird die breite Heerstraße zur Befreiung aller Werkätigen von jeder Unterdrückung beschreiten, die Arbeiterklasse wird von der Freiheit Gebrauch machen, um für den Sozialismus zu kämpfen!

DAS PROGRAMM
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
RUSSLANDS,
VORGESCHLAGEN VON DER ZEITUNG „ISKRA“
ZUSAMMEN MIT DER ZEITSCHRIFT „SARJA“

Wir haben schon gesagt, was ein Programm ist, warum es notwendig ist, warum einzig und allein die sozialdemokratische Partei ein bestimmtes und klares Programm hat. Endgültig annehmen kann das Programm nur unser Parteitag, das heißt die Versammlung der Vertreter aller Parteiarbeiter. Jetzt wird ein solcher Parteitag gerade vom Organisationskomitee vorbereitet. Aber sehr viele Komitees unserer Partei haben schon offen erklärt, daß sie mit der „Iskra“ einverstanden sind, daß sie die „Iskra“ als führende Zeitung anerkennen. Darum kann unser Entwurf des Programms bis zum Parteitag durchaus zur Aufklärung über die Ziele der Sozialdemokraten dienen, und wir halten es für notwendig, diesen Entwurf unserer Schrift ungekürzt beizulegen.

Natürlich wird nicht jeder Arbeiter ohne Erläuterung alles verstehen, was im Programm gesagt ist. Viele große Sozialisten haben an der Schaffung der sozialdemokratischen Lehre gearbeitet, die von Marx und Engels vollendet ward, vieles haben die Arbeiter aller Länder durchgemacht, bis sie die Erfahrung gewannen, die wir verwerten, die wir unserem Programm zugrunde legen wollen. Deshalb muß der Arbeiter die sozialdemokratische Lehre gut kennenlernen, um jedes Wort des Programms, seines Programms, seines Kampfbanners zu verstehen. Und die Arbeiter verstehen und erfassen das sozialdemokratische Programm besonders leicht, weil dieses Programm das ausspricht, was jeder denkende Arbeiter gesehen und durchgemacht hat. Lasse sich niemand dadurch abschrecken, daß es „schwierig“ ist, das Programm sofort zu verstehen: je weiter jeder Arbeiter liest und je länger er nachdenkt, je mehr Erfahrung er im Kampf sammelt, desto besser wird er es verstehen. Aber jeder soll über das ganze Programm der Sozialdemokraten nachdenken und sich ein Urteil bilden, jeder soll stets *all das, was die Sozialdemokraten wollen und was sie über die Befreiung des ganzen Arbeitervolkes denken*, im Gedächtnis behalten. Die Sozialdemokraten wollen, daß jedermann die ganze Wahrheit bis

zuletzt klar und genau kennt und weiß, was die sozialdemokratische Partei ist.

Wir können hier nicht das ganze Programm ausführlich erläutern. Dazu bedarf es einer besonderen Schrift. Wir wollen nur kurz umreißen, was im Programm gesagt ist, und raten dem Leser, sich zwei Werke zur Hilfe zu beschaffen. Das eine ist ein ins Russische übersetztes Buch des deutschen Sozialdemokraten Karl Kautsky mit dem Titel „*Das Erfurter Programm*“. Das zweite ist das Buch des russischen Sozialdemokraten L. Martow „*Die Arbeitersache in Rußland*“. Diese Schriften werden helfen, unser ganzes Programm zu verstehen.

Nun wollen wir jeden Teil unseres Programms mit einem besonderen Buchstaben bezeichnen (siehe das Programm weiter unten) und angeben, wovon in jedem Teil die Rede ist.

A) Am Anfang ist davon die Rede, daß das Proletariat in der ganzen Welt für seine Befreiung kämpft und daß das russische Proletariat nur ein Trupp der Weltarmee der Arbeiterklasse aller Länder ist.

B) Weiter ist davon die Rede, wie die bürgerlichen Verhältnisse in fast allen Ländern der Welt, darunter auch in Rußland, sind. Wie die Mehrheit der Bevölkerung, die für die Grundeigentümer und Kapitalisten arbeitet, in Not und Elend lebt, wie die kleinen Handwerker und Bauern zugrunde gerichtet werden, während die großen Fabriken sich entwickeln, wie das Kapital sowohl den Arbeiter selbst als auch seine Frau und seine Kinder unterjocht, wie sich die Lage der Arbeiterklasse verschlechtert und wie Arbeitslosigkeit und Elend wachsen.

C) Dann ist die Rede von der Vereinigung der Arbeiter, von ihrem Kampf, von dem großen Kampfziel: der Befreiung aller Unterdrückten, der vollständigen Beseitigung jeder Unterjochung der Armen durch die Reichen. Hier wird auch erklärt, warum die Arbeiterklasse immer stärker wird, warum sie alle ihre Feinde, alle Verteidiger der Bourgeoisie unbedingt besiegen wird.

D) Ferner ist davon die Rede, wozu in allen Ländern sozialdemokratische Parteien gegründet worden sind, wie sie der Arbeiterklasse kämpfen helfen, die Arbeiter zusammenfassen und anleiten, sie aufklären und zu dem großen Kampf vorbereiten.

E) Weiter ist davon die Rede, warum das Volk in Rußland noch schlechter lebt als in andern Ländern, welch großes Übel die Selbstherrschaft

des Zaren ist, wie wir sie vor allem stürzen und in Rußland eine gewählte Volksregierung errichten müssen.

F) Welche Verbesserungen soll die gewählte Regierung dem ganzen Volke bringen? Wir sprechen davon in unserer Schrift, und auch im Programm ist davon die Rede.

G) Dann wird in dem Programm darauf hingewiesen, welche Verbesserungen man für die gesamte Arbeiterklasse sofort erkämpfen muß, damit sie besser lebt und mehr Freiheit hat, für den Sozialismus zu kämpfen.

H) Besonders sind im Programm die Verbesserungen angeführt, die in erster Linie für alle Bauern errungen werden müssen, damit die Dorfarmut den Klassenkampf gegen die Dorfbourgeoisie wie gegen die gesamte Bourgeoisie Rußlands leichter und freier führen kann.

I) Schließlich warnt die sozialdemokratische Partei das ganze Volk davor, irgendwelchen Versprechungen oder schönen Reden der Polizei und der Beamten Glauben zu schenken, und fordert es auf, entschlossen für die sofortige Einberufung einer allgemeinen freien Versammlung von Deputierten des Volkes zu kämpfen.

LES BEAUX ESPRITS SE RENCONTRENT

(Was ungefähr heißt: Verwandte Seelen finden sich)

Das russische sozialistische Denken und die russische revolutionäre Bewegung sind im Juni 1902 um das berühmte Agrar-Minimalprogramm unserer Sozialrevolutionäre (Vergenossenschaftung und Sozialisierung) bereichert worden. Das deutsche Buch des bekannten Opportunisten (oder auch Bernsteinianers) Eduard David „Sozialismus und Landwirtschaft“ ist im Februar 1903 erschienen. Offenbar kann keine Rede davon sein, daß man das spätere Erzeugnis des opportunistischen Denkens als Original der vorhergegangenen Übungen des „sozialrevolutionären“ Denkens zu betrachten hat. Wie ist aber dann die erstaunliche, ins Auge springende Ähnlichkeit und sogar grundsätzliche Gleichheit des Programms der russischen Sozialrevolutionäre mit dem der deutschen Opportunisten zu erklären? Ist etwa gar die „Rewoluzionnaja Rossija“ das „Original“ und das (nach Meinung eines Berichterstatters der „Russkije Wedomosti“) „kapitale“ Werk Davids — eine Kopie? Zwei Grundgedanken, und ihnen entsprechend zwei Hauptprogrammpunkte, ziehen sich wie ein roter Faden durch das ganze „Werk“ Davids. Er verherrlicht die landwirtschaftlichen Genossenschaften, von denen er alles Heil erwartet, und verlangt von der Sozialdemokratie, sie solle deren Entwicklung fördern, ohne (ganz wie unsere Sozialrevolutionäre) den bürgerlichen Charakter dieser Vereinigungen der Kleingrundbesitzer mit den Klein- und Großkapitalisten in der Landwirtschaft zu merken. David fordert die Umwandlung der landwirtschaftlichen Großbetriebe in Kleinbetriebe; er spricht begeistert von der Einträglichkeit und Zweckmäßigkeit, der Sparsamkeit und Ergiebigkeit der Wirtschaft „des Arbeitsbauern“*, wobei er das übergeordnete

* „des Arbeitsbauern“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Eigentumsrecht der Gesellschaft am Boden und die Nutzung des Bodens durch diese kleinen „Arbeitsbauern“ hervorhebt. Wahrhaftig, der deutsche Opportunist hat ein Plagiat an den russischen „Sozialrevolutionären“ begangen! Den kleinbürgerlichen Charakter des „Arbeitsbauern“ in der modernen Gesellschaft, seine Zwitterstellung, Übergangstellung zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sein Bestreben, durch Sparsamkeit, Eifer, Unterkonsumtion und Überarbeit etwas „Besseres“ (d. h. ein echter Bourgeois) zu werden, sein Bestreben, die Arbeitskraft des ländlichen „Arbeitsmannes“ auszubeuten — das alles sehen natürlich weder der deutsche kleinbürgerliche Opportunist noch die russischen kleinbürgerlichen „Sozialrevolutionäre“.

Ja, ja, les beaux esprits se rencontrent, und das eben ist die Lösung der auf den ersten Blick so schwierigen Aufgabe: festzustellen, wo die Kopie und wo das Original ist. Ideen, welche die Bedürfnisse, Interessen, Bestrebungen und Wünsche einer bestimmten Klasse zum Ausdruck bringen, liegen in der Luft, und keine Mannigfaltigkeit der Einkleidung, keine Abwandlung der bald opportunistischen, bald „sozialrevolutionären“ Phrase ist imstande, die Gleichheit dieser Ideen zu verhüllen. Der Pferdefuß läßt sich nicht verbergen.

In allen europäischen Ländern, darunter auch in Rußland, schreiten die „Bedrängung“ und der Niedergang des Kleinbürgertums unaufhaltsam vorwärts, was nicht immer in seiner offenen und unmittelbaren Verdrängung Ausdruck findet, aber in der überwiegenden Zahl der Fälle zur Einschränkung seiner Rolle im wirtschaftlichen Leben, zur Verschlechterung seiner Existenzbedingungen, zur Steigerung seiner wirtschaftlichen Unsicherheit führt. Alles hat sich gegen das Kleinbürgertum verschworen: der technische Fortschritt der industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe, die Entwicklung der großen Warenhäuser, das Wachstum der Unternehmerverbände, der Kartelle und Truste und sogar das Wachstum der Konsumgenossenschaften und Kommunalbetriebe. Zugleich mit dieser „Bedrängung“ des Kleinbürgertums in Landwirtschaft und Industrie entsteht und entwickelt sich ein „neuer Mittelstand“, wie die Deutschen sagen, eine neue kleinbürgerliche Schicht, die Intelligenz, deren Leben in der kapitalistischen Gesellschaft auch immer schwieriger wird und die in ihrer Masse diese Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt des Kleinproduzenten betrachtet. Es ist ganz natürlich, daß das völlig unvermeidlich eine weite

Verbreitung und ständige Neuentstehung kleinbürgerlicher Ideen und Lehren in den mannigfaltigsten Formen zur Folge hat. Es ist ganz natürlich, daß der russische „Sozialrevolutionär“, völlig im Banne der Ideen der kleinbürgerlichen Volkstümlerrichtung, sich als „verwandte Seele“ des europäischen Reformisten und Opportunisten erweist, der, wenn er konsequent sein will, unvermeidlich beim Proudhonismus landet. Mit diesem Ausdruck hat denn auch Kautsky vollkommen richtig das Programm und den Standpunkt Davids charakterisiert.

Wir sagten: „Wenn er konsequent sein will“, und sind damit bei der wesentlichen Besonderheit angelangt, welche die heutigen Sozialrevolutionäre sowohl von den alten russischen Volkstümlern als auch zumindest von einigen europäischen Opportunisten unterscheidet — eine Besonderheit, die man nur als Abenteuerertum bezeichnen kann. Das Abenteuerertum denkt nicht an Konsequenz, es will nur den Moment einfangen, nur den Kampf der Ideen ausnutzen, um seine Ideenlosigkeit zu rechtfertigen und aufrechtzuerhalten. Der alte russische Volkstümler wollte konsequent sein und bekannte sich zu seinem besonderen Programm, verteidigte und predigte es. David will konsequent sein und lehnt sich entschieden auf gegen die ganze „marxistische Agrartheorie“, predigt entschieden die Umwandlung der Großbetriebe in Kleinbetriebe, bekennt sich dazu, ohne sich wenigstens davor zu fürchten, mutig zu seiner Meinung zu stehen, ohne sich davor zu fürchten, offen als Anhänger des Kleinbetriebs aufzutreten. Unsere „Sozialrevolutionäre“ sind... wie könnte man das möglichst milde ausdrücken?... viel „vernünftiger“. Sie lehnen sich niemals entschieden gegen Marx auf — Gott behüte! Im Gegenteil, sie werfen fortwährend mit Zitaten von Marx und Engels um sich und versichern mit Tränen in den Augen, daß sie mit ihnen *fast* in allem einverstanden seien. Sie ziehen auch nicht gegen Liebknecht und Kautsky ins Feld, im Gegenteil, sie sind tief und aufrichtig davon überzeugt, daß Liebknecht ein Sozialrevolutionär, bei Gott, ein Sozialrevolutionär war. Sie treten nicht als grundsätzliche Anhänger des bäuerlichen Kleinbetriebs auf, im Gegenteil, sie ereifern sich für die „Sozialisierung des Grund und Bodens“, und nur versehentlich entschlüpft ihnen das Geständnis, daß diese allumfassende, russisch-holländische Sozialisierung alles bedeuten kann, was man will: den Übergang des Bodens in gesellschaftliches Eigentum und die Nutzung durch die Werktätigen (ganz wie bei David!) oder einfach den

Übergang des Bodens in die Hände der Bauern oder schließlich, schon ganz „einfach“: die unentgeltliche Zuteilung eines Stückchens Land . . .

Die „vernünftigen“ Methoden unserer Sozialrevolutionäre sind uns schon so wohlbekannt, daß wir uns zum Schluß erlauben, ihnen einen guten Rat zu geben.

Ihr seid in keine sehr angenehme Lage geraten, meine Herren, das muß man sagen. Die ganze Zeit habt ihr versichert, daß ihr weder mit dem Opportunismus und dem Reformismus im Westen noch mit der kleinbürgerlichen Vorliebe für den „einträglichen“ Kleinbetrieb etwas zu tun habt — und plötzlich erscheint das Buch eines offenkundigen Opportunisten und Anhängers des Kleinbetriebs, der mit rührender Skrupulosität euer „sozialrevolutionäres“ Programm „kopiert“! Das ist wirklich eine heikle Lage. Aber macht euch keine Sorgen: es ist leicht, sich herauszuwinden. Ihr braucht nur . . . Kautsky zu zitieren.

Der Leser glaube nicht, daß hier ein Schreibfehler vorliegt. Durchaus nicht. Kautsky zieht gegen den Proudhonisten David ins Feld, und *gerade deshalb* müssen die mit David einverstandenen Sozialrevolutionäre Kautsky zitieren, genauso, wie sie schon einmal Engels zitiert haben. Man nehme Nr. 14 der „Rewoluzionnaja Rossija“ zur Hand, und man wird dort auf Seite 7 lesen, daß die „Änderung“ der sozialdemokratischen Taktik gegenüber der Bauernschaft von einem der Väter des wissenschaftlichen Sozialismus, von Engels, „legitimiert worden ist“ (!!) — von Engels, der gegen die französischen Genossen, die ihre Taktik geändert hatten, ins Feld gezogen war! Wie kann diese, eines Taschenspielers würdige Behauptung bewiesen werden? Sehr einfach. Erstens muß man Engels' Worte „zitieren“, aus denen hervorgeht, daß er entschieden auf seiten der Kleinbauern steht (und verschweigen, daß dieser selbe Gedanke im Programm der russischen Sozialdemokraten zum Ausdruck kommt, das alle Werktätigen ins Lager des Proletariats ruft!). Man muß zweitens aus Anlaß der „Zugeständnisse an das Bernsteinianertum“, die von den französischen Genossen gemacht wurden, als sie ihre Taktik änderten, sagen: „Siehe die ausgezeichnete Kritik dieser Zugeständnisse bei Engels“. Wir raten den Herren Sozialrevolutionären, genau dieselbe erprobte Methode auch jetzt anzuwenden. Davids Buch hat die Änderung der Taktik in der Agrarfrage legitimiert. Jetzt muß man wohl oder übel zugeben, daß man mit dem Programm der „Vergenossenschaftung und Sozialisierung“ in den

Reihen der sozialdemokratischen Partei bleiben kann; nur Dogmatiker und Orthodoxe können das übersehen. Andererseits muß man aber zugeben, daß David zum Unterschied von den edlen Sozialrevolutionären einige Zugeständnisse an das Bernsteinianertum macht. „*Siehe die ausgezeichnete Kritik dieser Zugeständnisse bei Kautsky.*“

Wirklich, meine Herren, versucht es, vielleicht habt ihr noch einmal Glück.

„*Iskra*“ Nr. 38,
15. April 1903.

Nach dem Text der „Iskra“.

ANTWORT AUF EINE KRITIK UNSERES PROGRAMMENTWURFS

Genosse X.⁸⁸ lehnt den dritten und den vierten Punkt des Agrarteils unseres Entwurfs ab und legt seinen Entwurf vor, der alle Punkte wie auch die allgemeine Einleitung zum Agrarprogramm modifiziert. Betrachten wir zuerst die Einwände des Genossen X. gegen unseren Entwurf und dann seinen eigenen Entwurf.

Gegen den dritten Punkt wendet Genosse X. ein, daß die von uns vorgeschlagene Konfiskation der Klostergüter (wir würden gerne hinzufügen: auch der Kirchengüter) und Apanageländereien die Verschleuderung dieser Ländereien zu einem Spottpreis an die Kapitalisten bedeuten würde. Gerade die Plünderer der Bauern würden diese Ländereien für das zusammengeplünderte Geld aufkaufen, sagt er. Wir bemerken dazu, daß Genosse X., wenn er vom Verkauf der konfiszierten Güter spricht, willkürlich einen Schluß zieht, der in unserem Programm noch nicht enthalten ist. Konfiskation bedeutet Beschlagnahme des Eigentums ohne Entschädigung. Nur von einer solchen Beschlagnahme ist bei uns die Rede. Ob diese Ländereien verkauft werden sollen, an wen und wie, in welcher Weise und zu welchen Bedingungen — darüber ist in unserem Programmentwurf kein Wort gesagt. Wir binden uns nicht die Hände, sondern behalten uns vor, die zweckmäßigste Form der Verfügung über die beschlagnahmten Vermögen dann festzulegen, wenn sie beschlagnahmt, wenn alle sozialen und politischen Bedingungen dieser Beschlagnahme klar sein werden. Der Entwurf des Genossen X. unterscheidet sich in dieser Beziehung von dem unseren, denn er verlangt nicht nur die Beschlagnahme, sondern auch die Überführung der beschlagnahmten Ländereien „in den Besitz des demokratischen Staates zur zweckmäßigsten Nutzung durch die Bevölkerung“.

Genosse X. schließt also *eine* Form der Verfügung über die beschlagnahmten Ländereien (den Verkauf) aus und legt keine bestimmte Form genau fest (denn es bleibt unklar, worin die „zweckmäßigste“ Nutzung besteht oder bestehen wird oder bestehen soll und welche Klassen der „Bevölkerung“, und zu welchen Bedingungen, das Nutzungsrecht erhalten werden). Somit bringt Genosse X. ohnehin keine volle Klarheit in die Frage, wie über die beschlagnahmten Ländereien zu verfügen ist (und das kann auch nicht im voraus festgelegt werden), er schließt aber den Verkauf als eine der Verfügungsarten zu Unrecht aus. Es wäre falsch, zu sagen, daß die Sozialdemokratie unter allen Umständen und immer gegen den Verkauf sein werde. In einem polizeilichen Klassenstaat, sei es auch ein konstitutioneller, kann die Klasse der Eigentümer oft eine viel zuverlässigere Stütze der Demokratie sein als die Klasse der Pächter, die von diesem Staate abhängt. Das einerseits. Andererseits aber wird die Möglichkeit, daß sich die Beschlagnahme in „ein Geschenk an die Kapitalisten“ verwandelt, in unserem Entwurf viel mehr berücksichtigt (soweit das überhaupt in einer programmatischen Fassung geschehen kann) als in dem Entwurf des Genossen X. In der Tat, nehmen wir das Schlimmste an: nehmen wir an, daß die Arbeiterpartei trotz allen ihren Bemühungen nicht imstande gewesen ist, die Willkür und Raffgier der Kapitalisten zu zähmen.* In diesem Fall gewährt die Fassung des Genossen X. der kapitalistischen Klasse der „Bevölkerung“ freien Spielraum, die beschlagnahmten Güter am „zweckmäßigsten“ zu nutzen. Unsere Fassung dagegen, welche die Grundforderung nicht mit der Form ihrer Realisierung verbindet, sieht eine streng festgelegte Verwendung der bei einer solchen Realisierung einlaufenden Summen vor. Wenn Genosse X. sagt, daß „die Sozialdemokratische Partei nicht die Aufgabe übernehmen darf, im voraus zu entscheiden, in welcher konkreten Form die Volksvertretung den Bodenfonds, über den sie verfügt, ausnutzen wird“, so verwechselt er zwei verschiedene Dinge: die *Art* der Realisierung (mit andern Worten: „die Form der Nutzung“) des Fonds und die *Verwendung* der bei der Realisierung einlaufenden Summen. Genosse X., der die Frage der Verwendung dieser Summen völlig offenläßt und sich, wenn auch nur zum Teil, in der Frage der Art der Realisierung

* *Gelingt* es uns aber, sie zu zähmen, so wird sich auch der Verkauf nicht in eine Verschleuderung und in ein Geschenk an die Kapitalisten verwandeln.

die Hände bindet, verschlechtert dadurch unseren Entwurf in zweifacher Hinsicht.

Ebenso hat Genosse X. unseres Erachtens unrecht, wenn er uns entgegnet: „Man kann auch nicht die Ablöseghelder von den Adligen zurück- erhalten, da viele von ihnen alles vergeudet haben.“ Das ist eigentlich gar kein Einwand, denn wir schlagen ja kein einfaches „Zurück- erhalten“ vor, wir schlagen vielmehr eine besondere Steuer vor. Genosse X. bringt selbst in seinem Artikel Angaben dafür, daß die Großgrundbesitzer einen besonders großen Teil des Bauernlandes zu ihren Gunsten „abgetrennt“, daß sie sich mitunter bis zu drei Vierteln des Bauernlandes angeeignet haben. Daher ist die Forderung, gerade den adligen Großgrundbesitzern eine besondere Steuer aufzuerlegen, vollkommen berechtigt. Ebenso berechtigt ist es, den auf diese Weise eingegangenen Summen jene besondere Verwendung zu geben, die wir fordern, denn außer der allgemeinen Aufgabe, dem Volk alle Einkünfte des Staates zurückzuerstatten (eine Aufgabe, die nur im Sozialismus vollständig zu verwirklichen ist), wird dem befreiten Rußland unvermeidlich noch die besondere und sehr dringende Aufgabe er- stehen, die Lebenshaltung der Bauern zu heben, die Aufgabe, jener Masse bettelarmer und hungriger Menschen, die unter unserem absolutistischen Regime so übermäßig rasch anwächst, ernsthaft zu helfen.

Gehen wir nun zum vierten Punkt über, den Genosse X. gänzlich ab- lehnt, obgleich er ausschließlich seinen ersten Teil — über die Boden- abschnitte — betrachtet und kein Wort über den zweiten Teil sagt, der die Beseitigung der Überreste der Leibeigenschaft vorsieht, die in verschiede- nen Gegenden des Reiches verschieden sind. Beginnen wir mit einer for- malen Bemerkung des Verfassers: Er sieht einen Widerspruch darin, daß wir die Aufhebung der Stände und die Gründung von Bauern-, d. h. stän- dischen Komitees verlangen. In Wirklichkeit liegt hier nur scheinbar ein Widerspruch vor: zur Aufhebung der Stände ist die „Diktatur“ des unter- sten, des unterdrückten Standes erforderlich — ebenso wie zur Aufhebung der Klassen überhaupt, darunter auch der Proletarierklasse, die Diktatur des Proletariats erforderlich ist. Unser ganzes Agrarprogramm strebt die Aufhebung der leibeigenschaftlichen und ständischen Überlieferungen auf dem Gebiet der Agrarverhältnisse an, zu diesem Zweck aber kann man einzig und allein an den untersten Stand appellieren, an die durch die Überreste der Leibeigenschaft Unterdrückten.

Dem Wesen nach besteht der Haupteinwand des Verfassers in folgendem: „Es ist kaum zu beweisen“, daß die Bodenabschnitte die Hauptgrundlage des Abarbeitssystems sind, denn die Größe dieser Bodenabschnitte hing davon ab, ob die Bauern unter der Leibeigenschaft Zinsbauern waren und folglich viel Land hatten oder ob sie Fronbauern waren und folglich wenig Land hatten. „Die Größe der Bodenabschnitte und ihre Bedeutung ist bedingt durch die Verkettung geschichtlicher Verhältnisse“, und im Kreis Wolsk zum Beispiel ist der prozentuale Anteil der Bodenabschnitte auf kleinen Gütern verschwindend gering, auf großen Gütern dagegen ungeheuer groß. So urteilt der Verfasser, ohne zu merken, daß er sich von der eigentlichen Frage entfernt. Zweifellos sind die Bodenabschnitte äußerst ungleichmäßig verteilt, und zwar abhängig von der Verkettung verschiedenster Bedingungen (darunter auch einer solchen Bedingung wie des Fron- oder des Zinssystems unter der Leibeigenschaft). Was wird aber dadurch bewiesen? Ist nicht auch das Abarbeitssystem sehr ungleichmäßig verteilt? Wird nicht auch sein Bestehen durch die Verkettung verschiedenster geschichtlicher Bedingungen bestimmt? Der Verfasser versucht, den *Zusammenhang* zwischen den Bodenabschnitten und dem Abarbeitssystem zu widerlegen, er spricht jedoch nur von den Ursachen, die zur Abtrennung der Bodenstücke geführt haben, und von deren unterschiedlicher Größe, ohne etwas über diesen Zusammenhang zu sagen. Nur einmal stellt der Verfasser eine Behauptung auf, die zum Kern seiner These vordringt, aber gerade mit dieser Behauptung hat er *vollkommen unrecht*. „Folglich“, sagt er, das Fazit aus seinen Betrachtungen über den Einfluß des Zins- beziehungsweise des Fronsystems ziehend, „werden dort, wo die Bauern Fronbauern waren (*hauptsächlich im zentralen Landwirtschaftsgebiet*) diese Bodenabschnitte verschwindend klein sein, während dort, wo sie Zinsbauern waren, das gesamte Gutsbesitzerland aus ‚Bodenabschnitten‘ bestehen kann.“ Die von uns hervorgehobenen Worte enthalten einen schweren Fehler, der die ganze Beweisführung des Verfassers über den Haufen wirft. Gerade im zentralen Landwirtschaftsgebiet, diesem Hauptzentrum des Abarbeitssystems und aller möglichen Überreste der Leibeigenschaft, sind die Bodenabschnitte nicht „verschwindend klein“, sondern ungeheuer groß, es wurde weit mehr abgetrennt als im Nichtschwarzerdegebiet, wo das Zinssystem die Fronarbeit überwog. Hier einige Angaben zu dieser Frage, die mir ein Genosse übermittelt hat, der von Beruf Stati-

stiker ist. Er verglich die Angaben des „Militärstatistischen Handbuchs“ über den Grundbesitz der Gutsbauern vor der Reform mit den Angaben der Grundbesitzstatistik von 1878 und stellte so die Größe der Bodenabschnitte in jedem Gouvernement fest. Dabei zeigte sich, daß in den neun nicht zum Schwarzerdegebiet gehörenden Gouvernements* die Gutsbauern vor der Reform 10 421 000 Desjatinen, im Jahre 1878 aber nur 9 746 000 Desjatinen besaßen, d. h. daß 675 000 Desjatinen oder 6,5 Prozent des Grund und Bodens, also durchschnittlich 72 800 Desjatinen in einem Gouvernement, abgetrennt wurden. In den vierzehn Schwarzerde-gouvernements** dagegen besaßen die Bauern 12 795 000 Desjatinen, nach der Reform blieben ihnen 9 996 000 Desjatinen, d. h., 2 799 000 oder 21,9 Prozent, durchschnittlich 199 100 Desjatinen in einem Gouvernement, wurden abgetrennt. Eine Ausnahme bildet nur das dritte, das Steppengebiet, wo die Bauern in den fünf Gouvernements*** 2 203 000 Desjatinen besaßen, von denen ihnen 1 580 000 Desjatinen verblieben, wo also 623 000 Desjatinen oder 28,3 Prozent, durchschnittlich 124 600 Desjatinen in einem Gouvernement, abgetrennt wurden.† Dieses Gebiet bildet eine Ausnahme, denn hier überwiegt das kapitalistische System gegenüber dem Abarbeitssystem, während der prozentuale Anteil der Bodenabschnitte am höchsten ist. Aber diese Ausnahme bestätigt eher die allgemeine Regel,

* Pskow, Nowgorod, Twer, Moskau, Wladimir, Smolensk, Kaluga, Jaroslawl und Kostroma.

** Orjol, Tula, Rjasan, Kursk, Woronesh, Tambow, Nishni-Nowgorod, Simbirsk, Kasan, Pensa, Saratow, Tschernigow, Charkow und Poltawa (37% des Bodens abgetrennt).

*** Cherson, Jekaterinoslaw, Taurien, Dongebiet (annähernde Berechnung) und Samara.

† Vergleichen wir diese Angaben über die Bodenabschnitte in den drei Gebieten mit den Angaben über den Prozentsatz der Fronbauern von der Gesamtzahl der Bauern (an Hand der Unterlagen der Redaktionskommissionen: siehe Enzyklopädisches Wörterbuch, Bd. 32, S. 686, den Aufsatz „Bauern“), so erhalten wir folgendes Verhältnis. Nichtschwarzerdegebiet (9 Gouvernements): Bodenabschnitte — 6,5%, Fronbauern — 43,9% (im Durchschnitt der Angaben über die 9 Gouvernements). Zentrales Schwarzerdegebiet (14 Gouvernements): Bodenabschnitte — 21,9%, Fronbauern — 76,0%. Steppengebiet (5 Gouvernements): Bodenabschnitte — 28,3%, Fronbauern — 95,3%. Das Verhältnis ist also nicht so, wie es Genosse X. haben will, sondern genau umgekehrt.

denn hier wurde der Einfluß der Bodenabschnitte wettgemacht durch so ausschlaggebende Momente wie die Tatsache, daß trotz den Bodenabschnitten sehr große Landanteile den Bauern gehören und daß ein sehr großer freier Bodenfonds zum Pachten vorhanden ist. Somit ist der Versuch des Verfassers, den Zusammenhang zwischen den Bodenabschnitten und dem Abarbeitssystem zu bestreiten, völlig mißlungen. Im großen und ganzen unterliegt es keinem Zweifel, daß das Zentrum des Abarbeitssystems in Rußland (das zentrale Schwarzerdegebiet) zugleich auch das Zentrum der Bodenabschnitte ist. Wir unterstreichen die Worte „im großen und ganzen“, um auf folgendes Bedenken des Verfassers zu antworten. Zu den Worten unseres Programms über die Rückgabe jener Bodenstücke, die abgetrennt worden sind und als Werkzeuge zur Knechtung dienen, stellt der Verfasser in Klammern die Frage: „Und die nicht dazu dienen?“ Wir antworten ihm, daß das Programm kein Gesetzentwurf über die Rückgabe der Bodenabschnitte ist. Wir definieren und erläutern die allgemeine Bedeutung der Bodenabschnitte und sprechen nicht über Einzelfälle. Kann man denn nach all der Volkstümlerliteratur über die Lage der Bauernschaft nach der Reform noch daran zweifeln, daß die Bodenabschnitte im großen und ganzen als Werkzeug der fronherrlichen Knechtung dienen? Kann man denn noch, fragen wir weiter, den Zusammenhang zwischen den Bodenabschnitten und dem Abarbeitssystem leugnen, wo sich doch dieser Zusammenhang aus den elementarsten Grundbegriffen über die russische Wirtschaft nach der Reform ergibt? Das Abarbeitssystem ist die Vereinigung des Frondienstes mit dem Kapitalismus, des „alten Regimes“ und der „modernen“ Wirtschaft, des Ausbeutungssystems durch Zuteilung von Boden und des Ausbeutungssystems durch Trennung vom Boden. Und welches anschaulichere Beispiel für den modernen Frondienst könnte es geben als das System der Abarbeit für die Nutzung der abgetrennten Bodenstücke (ein System, das als solches, als besonderes System, und nicht als eine Zufallserscheinung, in der Literatur der Volkstümler noch in der guten alten Zeit beschrieben wurde, als von schablonenhaften und engstirnigen Marxisten keine Rede war)? Kann man denn wirklich glauben, daß die gegenwärtige Fesselung der Bauern an die Scholle sich nur deswegen hält, weil ein Gesetz über Freizügigkeit fehlt, und nicht auch deswegen (und zum Teil gerade deswegen), weil es diese knechtende Abarbeit für die abgetrennten Bodenstücke gibt?

Der Verfasser, der durch nichts bewiesen hat, daß seine Zweifel am Bestehen eines Zusammenhangs zwischen den abgetrennten Bodenstücken und der Knechtung der Bauern stichhaltig sind, führt weiter folgendes aus: Die Rückgabe der Bodenabschnitte stellt eine Zuteilung kleiner Parzellen dar, die nicht so sehr auf den Bedürfnissen der Bauernwirtschaft wie auf geschichtlicher „Überlieferung“ beruht. Wie jede ungenügende Zuteilung von Boden (von genügender kann keine Rede sein), wird sie die Knechtschaft nicht aufheben, sondern neuschaffen, denn sie wird eine Pacht des fehlenden Grund und Bodens, eine Pacht aus Not, eine Ernährungspacht *hervorrufen*, also eine reaktionäre Maßnahme sein.

Diese Betrachtung verfehlt wiederum ihr Ziel, denn unser Programm „verspricht“ in seinem Agrarteil keineswegs die Beseitigung jeder Not überhaupt (das verspricht es nur in seinem allgemein-sozialistischen Teil), sondern lediglich die Beseitigung von (wenigstens einigen) Überresten der Leibeigenschaft. Unser Programm spricht ja gerade nicht von der Zuteilung kleiner Parzellen schlechthin, sondern von der Beseitigung wenigstens einer, bereits bestehenden, Form der Knechtschaft. Der Verfasser ist von dem Gedankengang abgewichen, der unserem Programm zugrunde liegt, und hat ihm willkürlich, fälschlich eine andere Bedeutung beigelegt. In der Tat, man betrachte seine Beweisführung. Er lehnt es ab (und in dieser Beziehung hat er natürlich recht), die Bodenabschnitte nur im Sinne von Streuländereien auszulegen, und sagt: „Sind die Bodenabschnitte eine ergänzende Zuteilung von Boden, so muß man untersuchen, ob ihre Rückgabe zur Aufhebung der Knechtschaftsverhältnisse genügt, da von diesem Standpunkt aus die Knechtschaftsverhältnisse das Ergebnis des Bodenmangels sind.“ Absolut nirgends behauptet unser Programm, daß die Rückgabe der Bodenabschnitte zur Aufhebung der Knechtschaft genüge. Die Knechtschaft in jeder Form kann erst durch die sozialistische Revolution beseitigt werden, wir aber stehen in unserem Agrarprogramm auf dem Boden der bürgerlichen Verhältnisse und fordern gewisse Maßnahmen, „um die Überreste der Leibeigenschaft zu beseitigen“ (wir sagen nicht einmal, daß man sie völlig beseitigen könnte). Der ganze Kern unseres Agrarprogramms besteht darin, daß das Landproletariat zusammen mit der reichen Bauernschaft für die Beseitigung der Überreste der Leibeigenschaft, um die Bodenabschnitte kämpfen soll. Wer diesen Satz aufmerksam prüft, der wird begreifen, wie falsch, *unangebracht* und un-

logisch solche Einwände sind wie: Warum nur für die Bodenabschnitte, da das doch nicht genügt? Weil das Proletariat mit der reichen Bauernschaft nicht weiter zusammen gehen kann und darf als bis zur Beseitigung der Leibeigenschaft, bis zur Rückgabe der Bodenabschnitte usw. Darüber hinaus wird das Proletariat im allgemeinen und das Landproletariat im besonderen *allein gehen*; nicht zusammen mit der „Bauernschaft“, nicht zusammen mit dem reichen Bauern, sondern *gegen ihn*. Nicht deshalb beschränken wir uns auf die Bodenabschnitte, weil wir dem Bauern nicht das Beste wünschen oder weil wir Angst haben, die Bourgeoisie zu erschrecken, sondern weil wir nicht wollen, daß das Landproletariat dem reichen Bauern *mehr hilft als notwendig ist*, mehr als für den Proletarier notwendig ist. Unter der Fronknechtschaft leidet sowohl der Proletarier wie auch der reiche Bauer; gegen diese Knechtschaft können und müssen sie zusammen gehen, aber gegen die *übrige* Knechtschaft wird das Proletariat allein gehen. Darum ergibt sich die Trennung der Fronknechtschaft von jeder anderen Knechtschaft in unserem Programm mit Notwendigkeit aus *der strengen Wahrnehmung der Klasseninteressen des Proletariats*. Wir würden diese Interessen verletzen, wir würden den Klassenstandpunkt des Proletariats verlassen, wenn wir in unserem Programm annehmen wollten, daß die „Bauernschaft“ (d. h. die reichen Bauern plus die Dorfarmut) über die Beseitigung der Überreste der Leibeigenschaft hinaus zusammen gehen wird. Wir würden dadurch den unbedingt notwendigen und vom Standpunkt des Sozialdemokraten wichtigsten Prozeß der endgültigen *Absonderung des Landproletariats* von der wirtschaftlich starken Bauernschaft, den Prozeß der Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins im Dorfe *aufhalten*. Wenn die Leute vom alten Glauben, die Volkstümpler, und die Leute ohne jeden Glauben und ohne jede Überzeugung, die Sozialrevolutionäre, über unser Agrarprogramm die Achseln zucken, so deshalb, weil sie (z. B. Herr Rudin und Co.) keine Ahnung haben von der tatsächlichen ökonomischen Struktur unseres Dorfes und ihrer Evolution, weil sie keine Ahnung haben von den entstehenden und fast schon bestehenden bürgerlichen Verhältnissen in der Dorfgemeinde, von der Macht der bürgerlichen Bauernschaft. Mit den alten volkstümplerischen Vorurteilen oder noch öfter mit Bruchstücken dieser Vorurteile gehen sie an unser Agrarprogramm heran und beginnen, einzelne Punkte oder deren Formulierung zu kritisieren, ohne auch nur zu begreifen,

welches Ziel unser Agrarprogramm verfolgt, für welche gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse es berechnet ist. Wenn man ihnen sagt, daß es sich in unserem Agrarprogramm nicht um den Kampf gegen die bürgerliche Ordnung handelt, sondern um die Einbeziehung des flachen Landes in das System der bürgerlichen Ordnung, dann reiben sie sich bloß die Augen, ohne (infolge der ihnen eigenen theoretischen Sorglosigkeit) zu begreifen, daß ihre Einwürfe weiter nichts sind als ein Widerhall des Kampfes zwischen der volkstümlerischen und der marxistischen Weltanschauung.

Für den Marxisten, der zur Ausarbeitung eines Agrarprogramms schreit, ist die Frage der Überreste der Leibeigenschaft im bürgerlichen und sich kapitalistisch entwickelnden russischen Dorf eine bereits gelöste Frage, und nur völlige Prinzipienlosigkeit hindert die Sozialrevolutionäre, zu erkennen, daß sie, um *sachlich* zu kritisieren, unserer Lösung dieser Frage wenigstens etwas halbwegs Zusammenhängendes und Einheitliches entgegenstellen müssen. Für einen Marxisten besteht die Aufgabe nur darin, zwei Extreme zu vermeiden: einerseits darf er nicht in den Fehler jener Leute verfallen, die behaupten, daß wir vom Standpunkt des Proletariats mit den nächsten und vorläufigen nichtproletarischen Aufgaben nichts zu tun haben; andererseits darf er nicht zulassen, daß die Teilnahme des Proletariats an der Lösung der nächsten demokratischen Aufgaben zu einer Verdunklung seines Klassenbewußtseins und seiner selbständigen Klassenrolle führt. Auf dem Gebiet der eigentlichen Bodenverhältnisse läuft diese Aufgabe darauf hinaus, im Rahmen der bestehenden Gesellschaft eine klare Losung solcher Agrarumgestaltungen aufzustellen, welche die Überreste der Leibeigenschaft am gründlichsten hinwegfegen und das Landproletariat aus der Gesamtmasse der Gesamtbauernschaft am raschesten loslösen.

Ich denke, daß unser Programm diese Aufgabe gelöst hat. Und wir lassen uns keineswegs beirren durch die Frage des Genossen X.: was tun, wenn die Bauernkomitees nicht die abgetrennten Landstücke, sondern den gesamten Grund und Boden verlangen werden? Wir verlangen selber den gesamten Grund und Boden, nur natürlich nicht, „um die Überreste der Leibeigenschaft zu beseitigen“ (auf dieses Ziel beschränkt sich der Agrarteil unseres Programms), sondern mit dem Ziel der sozialistischen Umwälzung. Und wir weisen die „Dorfarmut“ stets und unter allen Umständen unermüdlich auf dieses Ziel hin und werden es auch in Zukunft

tun. Es gibt keinen größeren Fehler als die Meinung, der Sozialdemokrat könne nur mit dem Agrarteil seines Programms auf das flache Land gehen, der Sozialdemokrat könne sein sozialistisches Banner auch nur für einen Augenblick einrollen. Wird freilich die Forderung nach dem gesamten Grund und Boden zur Forderung der Nationalisierung oder des Übergangs des Bodens an die heutige wirtschaftlich starke Bauernschaft, so werden wir diese Forderung vom Standpunkt der proletarischen Interessen unter Berücksichtigung aller Umstände beurteilen: wir können nicht im voraus sagen, ob z. B. unsere wirtschaftlich starke Bauernschaft, wenn die Revolution sie zum politischen Leben erweckt, als demokratisch-revolutionäre Partei oder als Ordnungspartei auftreten wird. Wir müssen unser Programm so abfassen, daß wir auf das Schlimmste vorbereitet sind, das Eintreten günstigerer Umstände aber wird unsere Arbeit nur erleichtern und ihr neuen Auftrieb geben.

Wir müssen noch, was diese Frage betrifft, auf folgende Betrachtung des Genossen X. eingehen. „Hierauf“, schreibt er anlässlich seiner These, daß die Zuteilung der Bodenabschnitte die Ernährungspacht stärken würde, „hierauf könnte man erwidern, daß die Zuteilung der Bodenabschnitte zwar für die Beseitigung der knechtenden Formen der Pacht *dieser* Bodenabschnitte von Bedeutung ist, nicht aber für die Vergrößerung und Stärkung der kleinen Ernährungswirtschaft. Doch es ist nicht schwer zu erkennen, daß dieser Einwand einen logischen Widerspruch enthält. Die Zuteilung winziger Parzellen ist *die Zuteilung einer ungenügenden Bodenmenge* für die Führung einer fortschreitenden Wirtschaft, aber einer genügenden für die Stärkung einer Ernährungspachtwirtschaft. Durch die Zuteilung einer ungenügenden Bodenmenge wird also die Ernährungswirtschaft gestärkt. Daß aber dadurch die knechtenden Formen der Pacht beseitigt werden, müßte erst bewiesen werden. Wir haben den Nachweis geführt, daß sie gestärkt werden, da sich dadurch die Zahl der Kleinrentenbesitzer vergrößert, die bei der Pacht des Gutsbesitzerlandes miteinander konkurrieren.“

Wir haben diese ganze Erwägung des Genossen X. ungekürzt zitiert, damit der Leser leichter urteilen kann, *wo* der wirkliche „logische Widerspruch“ liegt. Die Bauern nutzen jetzt die Bodenabschnitte in der Regel unter den Bedingungen der Fronknechtschaft. Nach Rückgabe der Bodenabschnitte werden sie diese als freie Eigentümer nutzen. Muß denn

wirklich „erst bewiesen werden“, daß durch die Rückgabe die durch diese Bodenabschnitte bedingte Fronknechtschaft *beseitigt* wird? Es handelt sich um besondere Bodenstücke, die bereits eine besondere Form der Knechtschaft geschaffen haben, der Verfasser aber ersetzt diesen speziellen Begriff durch die allgemeine Kategorie der „ungenügenden Bodenmenge“! Das heißt die Frage überspringen. Das heißt annehmen, daß die Bodenabschnitte gegenwärtig keine besondere Knechtschaft erzeugen: dann wäre ihre Rückgabe wirklich *einfach* „die Zuteilung einer ungenügenden Bodenmenge“, und dann dürften wir tatsächlich für diese Maßnahme nicht eintreten. Aber jeder sieht ausgezeichnet, daß dem nicht so ist.

Weiter. Der Verfasser wirft zu Unrecht die Fronknechtschaft (das Abarbeitssystem der Wirtschaft), die durch die Bodenabschnitte erzeugt wird, und die Ernährungspacht, die Pacht aus Not überhaupt in einen Topf. Diese Pacht gibt es in allen europäischen Ländern: in der kapitalistischen Wirtschaft treibt die Konkurrenz der Kleineigentümer und der Kleinpächter *stets und überall* die Kauf- und Pachtpreise des Bodens auf eine „knechtende“ Höhe. *Diese Art* der Knechtung werden wir nicht beseitigen können*, solange wir uns nicht vom Kapitalismus befreien. Spricht das aber gegen besondere Maßnahmen zum Kampf gegen die besonderen, rein russischen Arten der Knechtung? Genosse X. redet gerade so, als würde er sich unter Hinweis auf die Steigerung der Arbeitsintensität infolge der Kürzung des Arbeitstages gegen eine solche Kürzung wenden. Die Kürzung des Arbeitstages ist eine Teilreform, die nur eine Art der Knechtung, nämlich die Knechtung durch die Verlängerung der Arbeitszeit, beseitigt. Andere Arten der Knechtung, z. B. die Knechtung durch das „Antreiben“ der Arbeiter, werden durch *diese* Reform nicht beseitigt, und überhaupt können alle Arten der Knechtung auf dem Boden des Kapitalismus durch Reformen niemals beseitigt werden.

Wenn der Verfasser sagt: „Die Zuteilung der Bodenabschnitte ist eine reaktionäre Maßnahme, welche die Knechtschaft festigt“, so stellt er eine Behauptung auf, die in so schreiendem Widerspruch zu allen statistischen Angaben über die Bauernwirtschaft nach der Reform steht, daß er sie selber nicht aufrechterhalten kann. Er widerspricht sich selbst, denn er

* Eine Beschränkung, Eindämmung dieser Knechtschaft ist dadurch möglich, daß Gerichte das Recht erhalten, die Pachtpreise herabzusetzen, was wir in unserem Programm auch fordern.

sagt kurz vorher: „Den Kapitalismus zu züchten ist selbstverständlich nicht Sache der sozialdemokratischen Partei. Das wird unabhängig von den Wünschen irgendeiner Partei geschehen, sobald sich die bäuerliche Bodennutzung erweitert...“ Wenn aber die Erweiterung der bäuerlichen Bodennutzung im allgemeinen zur Entwicklung des Kapitalismus führt, dann ist dieses Ergebnis in noch *höherem Maße* unvermeidlich, wenn der bäuerliche Bodenbesitz sich auf Kosten spezifischer Grundstücke erweitert, die eine spezifische Fronknechtschaft erzeugen. Die Rückgabe der Bodenabschnitte wird die Lebenshaltung der Bauernschaft heben, den inneren Markt vergrößern und die Nachfrage nach Lohnarbeitern nicht nur in den Städten, sondern auch seitens der reichen Bauern und Gutsbesitzer steigern, die eine gewisse Stütze der Abarbeitswirtschaft verlieren. Was die „Züchtung des Kapitalismus“ betrifft, so ist das ein mehr als merkwürdiger Einwand. Die Rückgabe der Bodenabschnitte käme nur dann einer Züchtung des Kapitalismus gleich, wenn sie *ausschließlich* für die Bourgeoisie nützlich und notwendig wäre. Dem ist aber nicht so. Sie ist nicht weniger, eher mehr für die Dorfarmut nützlich und notwendig, die unter der Knechtschaft und der Abarbeit leidet. Auf *beiden*, dem Landproletariat wie der Dorfbourgeoisie, lastet der Druck der Fronknechtschaft, die zum großen Teil eben auf den Bodenabschnitten beruht. Das Landproletariat kann sich daher aus dieser Knechtschaft nicht befreien, wenn es nicht *zugleich* auch die Dorfbourgeoisie befreit. Nur die Herren Rudin und ähnliche Sozialrevolutionäre, die ihre Verwandtschaft mit den Volkstümlern vergessen haben, können darin eine „Züchtung“ des Kapitalismus erblicken.

Noch weniger überzeugend sind die Darlegungen des Genossen X. zu der Frage, ob die Rückgabe der Bodenabschnitte durchführbar ist. Seine Angaben über den Kreis Wolsk sprechen gegen ihn: fast ein Fünftel der Güter (18 von 99) ist in den Händen der alten Besitzer geblieben — d. h., die Bodenabschnitte könnten unmittelbar und ohne jede Ablösung in die Hände der Bauern übergehen. Ein weiteres Drittel der Güter ist ungeteilt in andere Hände übergegangen — d. h., hier müßten die Bodenabschnitte auf Kosten des adligen Großgrundbesitzes abgelöst werden. Und nur in 16 von 99 Fällen müßte man die Abschnitte von Bauern und anderen Besitzern, die den Boden stückweise erworben haben, zurückkaufen. Wir lehnen es entschieden ab, zu begreifen, warum die Rückgabe der Boden-

abschnitte unter diesen Umständen „undurchführbar“ sein soll. Betrachten wir die Angaben über das ganze Gouvernement Saratow. Vor uns liegen die neuesten „Materialien über das landwirtschaftliche Gewerbe und seine Nöte im Gouvernement Saratow“ (Saratow 1903). Der Umfang aller Bodenabschnitte der früheren Gutsbauern ist mit 600 000 Desjatinen oder 42,7 Prozent angegeben.* Wenn die Semstwowstatistiker im Jahre 1896 die Größe der Bodenabschnitte auf Grund von Auszügen aus den Urbarial- und sonstigen Urkunden feststellen konnten, warum sollten dann nicht die Bauernkomitees in einem späteren Jahr, sagen wir 1906, diese Größe noch genauer feststellen können? Und nähme man die Norm des Kreises Wolsk, so ergäbe sich, daß man den Bauern ungefähr 120 000 Desjatinen sofort und ohne jede Ablösung zurückgeben und etwa 200 000 Desjatinen aus dem Bestand der Güter, die ungeteilt in andere Hände übergegangen sind, sofort (auf Kosten des adligen Grundbesitzes) ablösen könnte. Nur bezüglich der übrigen Ländereien wäre das Verfahren der Ablösung (auf Kosten des adligen Grundbesitzes), des Austausch usw. etwas schwieriger, aber keineswegs wäre es „undurchführbar“. Welche Bedeutung für die Bauern die Rückgabe ihrer 600 000 Desjatinen hätte, ersieht man z. B. daraus, daß das gesamte gepachtete Privatland im Gouvernement Saratow Ende der neunziger Jahre gegen 900 000 Desjatinen betrug. Wir wollen selbstverständlich nicht behaupten, daß gegenwärtig alle Bodenabschnitte gepachtet werden — wir wollen nur das Verhältnis der Bodenmenge, die als Eigentum zurückgegeben werden muß, zu dem Boden, der heute *meistens* zu Schuld- und Fronknechtschaftsbedingungen gepachtet wird, anschaulich zeigen. Dieser Vergleich zeugt sehr eindringlich davon, was für einen empfindlichen Schlag die Rückgabe der Bodenabschnitte den Leibeigenschaftsverhältnissen versetzen, welchen Auftrieb sie der revolutionären Tatkraft der „Bauernschaft“ geben und — was vom

* Wir wollen bemerken, daß diese neuesten statistischen Angaben der Semstwow die Ansicht des obenerwähnten Genossen Statistikers vollkommen bestätigen, daß die von ihm mitgeteilten Zahlen über die Bodenabschnitte zu *niedrig* sind. Nach *jenen* Angaben betragen die Bodenabschnitte im Gouvernement Saratow nur 512 000 Desjatinen (= 38%). Aber auch die Zahl von 600 000 Desjatinen ist *niedriger als die wirkliche Größe der Bodenabschnitte*, denn sie erfaßt erstens *nicht alle* Dorfgemeinden der früheren Gutsbauern und zweitens *nur den nutzbaren Boden*.

Standpunkt des Sozialdemokraten das wichtigste ist — wie ungeheuer sie den geistigen und politischen Bruch zwischen dem Landproletariat und der Dorfbourgeoisie beschleunigen würde. Denn das nächste und unvermeidliche Ergebnis der Enteignungstätigkeit der Bauernkomitees wäre eben dieser entschiedene und unwiderrufliche Bruch, keineswegs aber die Vereinigung der gesamten „Bauernschaft“ auf Grund „halbsozialistischer“, „ausgleichender“ Forderungen nach dem gesamten Boden, wie es den heutigen Epigonen der Volkstümler vorschwebt. Je revolutionärer die „Bauernschaft“ gegen die Gutsbesitzer auftritt, um so rascher wird dieser Bruch erfolgen, um so tiefer wird er sein und sich dann nicht aus den statistischen Berechnungen der marxistischen Forschung ergeben, sondern aus den politischen Aktionen der Dorfbourgeoisie, aus dem Kampf der Parteien und Klassen innerhalb der Bauernkomitees.

Man beachte: Indem wir die Forderung nach Rückgabe der Bodenabschnitte aufstellen, beschränken wir unsere Aufgabe absichtlich auf den Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung; wir sind verpflichtet, das zu tun, wenn wir vom Minimalprogramm sprechen und wenn wir nicht in jene unverzeihliche, an Gaukelei grenzende Plänemacherei verfallen wollen, die einerseits die Genossenschaften, andererseits die Sozialisierung „in den Vordergrund“ rückt. Wir antworten auf eine Frage, die nicht wir gestellt haben*, auf die Frage der Reformen des morgigen Tages, die in

* Bis zu welchem Grade „nicht wir“ es sind, die die Frage der Agrarreform auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung gestellt haben, geht zum Beispiel aus folgendem Zitat hervor, das wir einem Artikel entnehmen, den einer der hervorragendsten Theoretiker der Volkstümlerrichtung, Herr W. W., und zwar in der besten Zeit seiner Tätigkeit, geschrieben hat („Otetschestwennyje Sapiski“⁸⁹, 1882, Nr. 8 und 9): „Die von uns untersuchten Zustände“, schrieb damals Herr W. W. über die Struktur unserer Landwirtschaft, „haben wir von der Leibeigenschaft geerbt... Die Leibeigenschaft ist gestürzt, aber bislang nur in rechtlicher und einigen anderen Beziehungen, die Zustände in der Landwirtschaft sind indes die alten, aus der Zeit vor der Reform, geblieben... Die Bauern konnten ihre Wirtschaft nicht ausschließlich auf ihrem verminderten Landanteil weiterführen; sie mußten unbedingt die ihnen weggenommenen Grundstücke nutzen... Um den richtigen Gang des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs zu gewährleisten, muß man dem Bauern mindestens die Nutzung jenes Landes sichern, das ihm... zur Zeit der Leibeigenschaft in dieser oder jener Weise zur Verfügung gestanden hat. Das ist das Mindestmaß

der illegalen Presse, in der „Gesellschaft“, in den Semstvos und vermutlich sogar in Regierungskreisen erörtert werden. Wir wären Anarchisten oder simple Schwätzer, wenn wir dieser dringenden, aber keineswegs sozialistischen Frage auswichen, die durch Rußlands ganze Geschichte in der Zeit nach der Reform auf die Tagesordnung gestellt wird. Wir müssen eine vom sozialdemokratischen Standpunkt aus *richtige* Lösung dieser nicht von uns gestellten Frage geben, wir müssen unsere Stellung zu jenen Agrarreformen festlegen, welche schon die ganze liberale Gesellschaft gefordert hat und ohne die sich kein vernünftiger Mensch die politische Befreiung Rußlands vorstellen kann. Und wir bestimmen *unsere* Stellung zu dieser liberalen (im wissenschaftlichen, d. h. marxistischen Sinne des Wortes liberalen) Reform, bis zuletzt getreu unserem Grundsatz, die wirklich demokratische Bewegung zu unterstützen, zugleich aber das proletarische Klassenbewußtsein unermüdlich und unentwegt zu entwickeln. Wir geben die praktische Linie für das Verhalten gegenüber einer solchen Reform, welche die Regierung oder die Liberalen, wenn nicht heute, so morgen in Angriff nehmen müssen. Wir stellen eine Losung auf, welche die Reform, die dem wirklichen Leben entspringt und nicht von der Phantasie eines verschwommenen, humanitären Allerwelts*-Sozialismus erfunden ist, einer revolutionären Lösung zutreibt.

der Wünsche, die man im Namen des Kleinbetriebs äußern kann.“ So lautet die Fragestellung bei Leuten, die an die Volkstümlerrichtung glaubten und sich offen zu ihr bekannten, nicht aber so unwürdig Verstecken spielten, wie die Herren Sozialrevolutionäre es tun. Die Sozialdemokratie hat zu dieser volkstümlerischen Einstellung sachlich Stellung genommen, wie sie es den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Forderungen gegenüber stets tut. Sie hat den positiven und fortschrittlichen Teil der Forderungen (Kampf gegen alle Überreste der Leibeigenschaft) vollständig übernommen, die kleinbürgerlichen Illusionen jedoch über Bord geworfen und gezeigt, daß die Beseitigung der Überreste der Leibeigenschaft eben die kapitalistische und keine andere Entwicklung fördern und beschleunigen wird. Gerade im Interesse der gesellschaftlichen Entwicklung, damit das Proletariat freie Hand erhält, nicht aber „im Namen des Kleinbetriebs“ stellen wir unsere Forderung nach Rückgabe der Bodenabschnitte auf, ohne uns zu verpflichten, die „kleine“ *Dorfbourgeoisie* nicht nur gegen die Leibeigenschaft, sondern auch gegen die *Großbourgeoisie* zu unterstützen.

* „Allerwelts“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Gerade an dem zuletzt erwähnten Gebrechen krankt der Programmentwurf des Genossen X. Auf die Frage, wie wir uns zu den bevorstehenden liberalen Umgestaltungen der Agrarverhältnisse verhalten sollen, gibt er keine Antwort. Dafür bietet man uns (in den Punkten 5 und 7) eine verschlechterte und widerspruchsvolle Fassung der Forderung nach Nationalisierung des Grund und Bodens. Eine widerspruchsvolle, denn die Aufhebung der Rente wird bald auf dem Wege der Steuern, bald auf dem Wege der Übergabe des Grund und Bodens an die Gesellschaft geplant. Eine verschlechterte, denn die Rente kann man nicht durch Steuern aufheben, und es ist erwünscht, daß der Grund und Boden (allgemein gesprochen) in die Hände des demokratischen Staates und nicht kleiner öffentlicher Organisationen (wie des gegenwärtigen oder eines künftigen Semstvos) gerät. Die Gründe gegen die Aufnahme der Forderung nach Nationalisierung des Grund und Bodens in unser Programm haben wir schon mehrfach angeführt und wollen sie nicht wiederholen.

Punkt 8 gehört überhaupt nicht zum praktischen Teil des Programms, Punkt 6 aber hat Genosse X. so formuliert, daß er nichts „Agrarisches“ mehr enthält. Warum er die Gerichte und die Herabsetzung des Pachtzinses streicht, bleibt unerfindlich.

Punkt 1 formuliert der Verfasser weniger klar, als es in unserem Entwurf geschehen ist, und der Zusatz: „Zum Schutze der Kleineigentümer (und nicht zur Entwicklung des Kleineigentums)“ ist wiederum nicht „agrarisches“, ungenau (es wäre unangebracht, Kleineigentümer zu schützen, die einen Lohnarbeiter beschäftigen) und überflüssig, denn soweit wir die Person und nicht das Eigentum des Kleinbürgers schützen, tun wir das durch die Forderung genau bestimmter sozialer, finanzieller und sonstiger Reformen.

Geschrieben im Juni 1903.

*Zuerst veröffentlicht im Juli 1903
in einer von der Auslandsliga der
russischen Sozialdemokratie
herausgegebenen Broschüre.*

Nach dem Text der Broschüre.

DIE NATIONALE FRAGE IN UNSEREM PROGRAMM

Im Entwurf des Parteiprogramms haben wir die Forderung einer Republik mit demokratischer Verfassung aufgestellt, die unter anderem auch die „Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes aller Nationen, die zum Staate gehören“, gewährleistet. Diese Programmforderung schien vielen nicht genügend klar zu sein, und wir erläuterten in Nr. 33 bei der Besprechung des Manifests der armenischen Sozialdemokraten die Bedeutung dieses Punktes folgendermaßen. Die Sozialdemokratie wird stets jeden Versuch bekämpfen, durch Gewalt oder Ungerechtigkeit, welcher Art auch immer, die nationale Selbstbestimmung von außen her zu beeinflussen. Doch die bedingungslose Anerkennung des Kampfes für die Freiheit der Selbstbestimmung verpflichtet uns keineswegs, jede Forderung nach nationaler Selbstbestimmung zu unterstützen. Die Sozialdemokratie sieht als Partei des Proletariats ihre positive und wichtigste Aufgabe darin, die Selbstbestimmung nicht der Völker und Nationen, sondern des Proletariats innerhalb jeder Nationalität zu fördern. Wir müssen stets und unbedingt die *engste* Vereinigung des Proletariats aller Nationalitäten anstreben, und nur in einzelnen Ausnahmefällen können wir Forderungen, die auf die Schaffung eines neuen Klassenstaates oder auf die Ersetzung der völligen politischen Einheit eines Staates durch eine losere föderative Einheit usw. hinauslaufen, aufstellen und aktiv unterstützen.*

Diese Auslegung unseres Programms in der nationalen Frage hat unterschiedenen Protest seitens der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS)⁹⁰ hervorgerufen. In dem Artikel „Die Stellung der russischen Sozial-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 320—323. *Die Red.*

demokratie zur nationalen Frage“ („Przedświt“*, März 1903) entrüstet sich die PPS über diese „erstaunliche“ Auslegung und die „Nebelhaftigkeit“ unserer „geheimnisvollen“ Selbstbestimmung, wirft uns Doktrinarismus vor und unterschiebt uns die „anarchistische“ Auffassung, daß „der Arbeiter sich um nichts weiter zu kümmern braucht als um die vollständige Vernichtung des Kapitalismus, da ja Sprache, Nationalität, Kultur u. ä. nur bürgerliche Erfindungen sind“ usw. Es lohnt sich, mit aller Ausführlichkeit auf diese Argumentation einzugehen, der fast sämtliche Irrtümer anhaften, die in der nationalen Frage unter den Sozialisten so geläufig und so verbreitet sind.

Weshalb ist unsere Auslegung so „erstaunlich“? Weshalb erblickt man darin ein Abgehen vom „wörtlichen“ Sinn? Erfordert denn die Anerkennung des *Rechtes* der Nationen auf Selbstbestimmung die *Unterstützung* jeder Forderung jeder Nation, über sich selbst zu bestimmen? Verpflichtet doch auch die Anerkennung des *Rechtes* aller Bürger, freie Vereine zu gründen, uns Sozialdemokraten durchaus nicht, die Bildung jedes neuen Vereins zu *unterstützen*, ja, sie hindert uns keineswegs, gegen die Gründung dieses oder jenes neuen Vereins Stellung zu nehmen und dagegen zu agitieren, wenn wir sie für unzweckmäßig und unvernünftig halten. Wir gestehen selbst den Jesuiten das *Recht* der freien Agitation zu, aber wir bekämpfen (freilich nicht mit Polizeimethoden) ein Bündnis zwischen Jesuiten und Proletariern. Wenn also „Przedświt“ sagt: „Sollte diese Forderung der freien Selbstbestimmung wörtlich aufgefaßt werden (und diese Bedeutung haben wir ihr bisher beigelegt), so würde sie uns befriedigen“, dann ist es ganz offensichtlich, daß es gerade die PPS ist, die vom wörtlichen Sinn des Programms abgeht. Es steht außer Zweifel, daß ihre Schlußfolgerung vom formalen Standpunkt aus unlogisch ist.

Aber wir wollen uns nicht auf die formale Prüfung unserer Auslegung beschränken. Stellen wir die Frage auch dem Wesen nach unumwunden: Muß die Sozialdemokratie stets bedingungslos die nationale Unabhängigkeit fordern oder nur unter bestimmten Bedingungen, und zwar unter welchen? Die PPS hat diese Frage immer im Sinne der bedingungslosen Anerkennung entschieden, und wir sind daher nicht im geringsten erstaunt über ihre zärtlichen Gefühle für die russischen Sozialrevolutionäre,

* Die Morgenröte. Die Red.

die eine föderative Staatsordnung fordern und für die „vollständige und bedingungslose Anerkennung des Rechtes auf nationale Selbstbestimmung“ eintreten („Rewoluzionnaja Rossija“ Nr. 18, der Artikel „Nationale Versklavung und revolutionärer Sozialismus“). Leider ist das nicht mehr als eine jener bürgerlich-demokratischen Phrasen, die zum hundertsten und tausendsten Male die wirkliche Natur der sogenannten Partei der sogenannten Sozialrevolutionäre zeigen. Und die PPS, die sich von diesen Phrasen ködern, von diesem Flittergold blenden läßt, beweist damit ihrerseits, wie schwach in ihrer theoretischen Einsicht und in ihrer politischen Tätigkeit die Verbindung mit dem Klassenkampf des Proletariats ist. Den Interessen eben dieses Kampfes müssen wir die Forderung der nationalen Selbstbestimmung *unterordnen*. Gerade in dieser Bedingung besteht ja der Unterschied zwischen unserer Einstellung zur nationalen Frage und der bürgerlich-demokratischen Einstellung. Der bürgerliche Demokrat (und auch der in seine Fußstapfen tretende heutige sozialistische Opportunist) bildet sich ein, die Demokratie beseitige den Klassenkampf, und stellt daher seine gesamten politischen Forderungen abstrakt, summarisch, „bedingungslos“, vom Standpunkt der Interessen des „ganzen Volkes“ oder sogar vom Standpunkt des ewigen absoluten sittlichen Prinzips. Der Sozialdemokrat entlarvt schonungslos diese bürgerliche Illusion stets und überall, ob sie nun in der abstrakten idealistischen Philosophie zum Ausdruck kommt oder in der bedingungslosen Forderung nach nationaler Unabhängigkeit.

Sollte es noch notwendig sein, zu beweisen, daß der Marxist die Forderung der nationalen Unabhängigkeit nur bedingt, und zwar unter der oben angeführten Bedingung, anerkennen kann, so wollen wir die Worte eines Schriftstellers anführen, der die Forderung des polnischen Proletariats nach der Unabhängigkeit Polens vom marxistischen Standpunkt aus *verteidigt* hat. Karl Kautsky schrieb 1896 in dem Artikel „Finis Poloniae?“*: „Sobald also das Proletariat sich mit der polnischen Frage befaßt, kann es gar nicht anders, als sich zugunsten der Unabhängigkeit Polens auszusprechen, damit aber auch die Unterstützung jedes Schrittes gutzuheißen, der in dieser Richtung heute schon getan werden kann, soweit er überhaupt vereinbar ist mit den Klasseninteressen des internationalen kämpfenden Proletariats.“

* „Das Ende Polens?“ *Die Red.*

„Dieser Vorbehalt“, fährt Kautsky fort, „muß allerdings gemacht werden. Die nationale Unabhängigkeit hängt nicht so innig mit den Klasseninteressen des kämpfenden Proletariats zusammen, daß sie bedingungslos, unter allen Umständen anzustreben wäre.* Marx und Engels traten für die Einigung und Befreiung Italiens mit größter Entschiedenheit ein, das hinderte sie aber nicht, 1859 sich gegen das mit Napoleon verbündete Italien zu erklären.“ („Neue Zeit“, XIV, 2, S. 520.)

Man sieht: Kautsky lehnt kategorisch die *bedingungslose* Forderung der Unabhängigkeit der Nationen ab, er verlangt kategorisch, daß die Frage nicht nur auf den allgemein-geschichtlichen, sondern gerade auf den Klassenboden gestellt werde. Und nehmen wir die Stellung von Marx und Engels in der polnischen Frage, so sehen wir, daß auch sie diese Frage von Anfang an ebenso gestellt haben. Die „Neue Rheinische Zeitung“⁹¹ widmete der polnischen Frage viel Platz und forderte entschieden nicht nur die Unabhängigkeit Polens, sondern auch einen Krieg Deutschlands gegen Rußland um die Befreiung Polens. Gleichzeitig aber wettete Marx gegen Ruge, der im Frankfurter Parlament für die Freiheit Polens sprach, aber die polnische Frage nur mit Hilfe bürgerlich-demokratischer Phrasen über die „schmachvolle Ungerechtigkeit“, ohne jede geschichtliche Analyse lösen wollte. Marx gehörte nicht zu jenen Pedanten und Philistern der Revolution, die in revolutionären geschichtlichen Augenblicken nichts so sehr fürchten wie eine „Polemik“. Er überschüttete den „humanen“ Bürger Ruge mit schonungslosen Sarkasmen und zeigte ihm am Beispiel der Unterdrückung Südfrankreichs durch Nordfrankreich, daß nicht jede nationale Unterdrückung stets ein vom Standpunkt der Demokratie und des Proletariats gerechtfertigtes Streben nach Unabhängigkeit hervorruft. Marx berief sich auf die besonderen sozialen Bedingungen, denen zufolge „Polen... der revolutionäre Teil von Rußland, Östreich und Preußen wurde... Sogar der Adel, der zum Teil noch auf feudalem Boden stand, schloß sich mit einer beispiellosen Aufopferung der demokratisch-agrarischen Revolution an. Polen war schon der Herd der osteuropäischen Demokratie geworden, als Deutschland noch in der plattesten konstitutionellen und der überschwenglichsten philosophischen Ideologie umhertappte... Solange wir“ (Deutsche) „... Polen unterdrücken helfen, solange wir einen Teil von Polen an Deutschland schmieden, solange bleiben

* Hervorgehoben von uns.

wir an Rußland und die russische Politik geschmiedet, solange können wir den patriarchalisch-feudalen Absolutismus bei uns selbst nicht gründlich brechen. Die Herstellung eines demokratischen Polens ist die erste Bedingung der Herstellung eines demokratischen Deutschlands.“⁹²

Wir haben diese Erklärungen so ausführlich wiedergegeben, weil sie anschaulich zeigen, unter welchen geschichtlichen Bedingungen sich in der internationalen Sozialdemokratie jene Einstellung zur polnischen Frage herausgebildet hat, die fast die ganze zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts gültig blieb. Die seither veränderten Bedingungen übersehen und auf den alten Lösungen des Marxismus beharren heißt dem Buchstaben und nicht dem Geiste der Lehre treu sein, heißt die einstigen Schlüsse mechanisch wiederholen, ohne daß man versteht, die Methoden der marxistischen Forschung bei der Analyse der neuen politischen Lage anzuwenden. Damals und jetzt — die Zeit der letzten bürgerlichen revolutionären Bewegungen und die Zeit der zu allem entschlossenen Reaktion, der äußersten Anspannung aller Kräfte am Vorabend der proletarischen Revolution — sind ganz offensichtlich voneinander verschieden. *Damals* war gerade Polen als Ganzes revolutionär, nicht nur die Bauernschaft, sondern auch die Masse des Adels. Die Traditionen des Kampfes für die nationale Befreiung waren so stark und tief eingewurzelt, daß die besten Söhne Polens nach der Niederlage in der Heimat auszogen, um überall und allenthalben die revolutionären Klassen zu unterstützen. Das Andenken Dombrowskis und Wrublewskis⁹³ ist unzertrennlich verbunden mit der gewaltigsten Bewegung des Proletariats im 19. Jahrhundert, mit dem letzten — und hoffen wir, mit dem letzten mißglückten — Aufstand der Pariser Arbeiter. *Damals* war der vollständige Sieg der Demokratie in Europa tatsächlich unmöglich ohne die Wiederherstellung Polens. *Damals* war Polen wirklich ein Bollwerk der Zivilisation gegen den Zarismus, war es die Vorhut der Demokratie. *Jetzt* treten die herrschenden Klassen Polens — die Schlachta in Deutschland und Österreich, die Industrie- und Finanzmagnaten in Rußland — als Anhänger der herrschenden Klassen in den Ländern auf, die Polen unterdrücken, während Seite an Seite mit dem polnischen Proletariat, das heldenmütig die großen Traditionen des alten revolutionären Polens übernommen hat, das deutsche und das russische Proletariat um ihre Befreiung kämpfen. *Jetzt* erklären die führenden Vertreter des Marxismus im Nachbarlande, die Europas politische Entwicklung

aufmerksam verfolgen und mit dem heldenmütigen Kampf der Polen voll- auf sympathisieren, dennoch offen: „Petersburg ist heute ein viel wichtigeres revolutionäres Zentrum als Warschau, die russische revolutionäre Bewegung hat bereits eine größere internationale Bedeutung als die polnische.“ So äußerte sich Kautsky bereits 1896, als er die Zulässigkeit der Forderung nach der Wiederherstellung Polens im Programm der polnischen Sozialdemokraten verteidigte. Und 1902 kam Mehring, der die Entwicklung der polnischen Frage von 1848 bis heute erforschte, zu dem Schluß: „Wollte das polnische Proletariat die Wiederherstellung eines polnischen Klassenstaates auf seine Fahne schreiben, eines Klassenstaates, von dem die herrschenden Klassen selbst nichts wissen wollen, so würde es ein historisches Fastnachtsspiel aufführen, was wohl den besitzenden Klassen passieren mag, wie dem polnischen Adel im Jahre 1791, aber der arbeitenden Klasse nie passieren darf. Taucht diese reaktionäre Utopie nun gar auf, um diejenigen Schichten der Intelligenz und des Kleinbürgertums, in denen die nationale Agitation noch einen gewissen Widerhall findet, der proletarischen Agitation geneigt zu machen, so ist sie doppelt hinfällig, als Ausgeburt jenes verwerflichen Opportunismus, der um wichtiger und wohlfeiler Augenblickserfolge willen die dauernden Interessen der Arbeiterklasse preisgibt.

Diese Interessen gebieten durchaus, daß die polnischen Arbeiter in allen drei Teilungsstaaten mit ihren Klassengenossen ohne jeden Rückhalt Schulter an Schulter kämpfen. Die Zeiten sind vorüber, wo eine bürgerliche Revolution ein freies Polen schaffen konnte; heute ist die Wiedergeburt Polens nur möglich durch die soziale Revolution, in der das moderne Proletariat seine Ketten bricht.“⁹⁴

Wir unterschreiben diese Schlußfolgerung Mehrings ohne Bedenken. Es sei nur bemerkt, daß sie auch dann einwandfrei bleibt, wenn wir in der Argumentation nicht so weit gehen wie Mehring. Zweifellos steht die polnische Frage heute wesentlich anders als vor fünfzig Jahren. Man darf jedoch diesen gegenwärtigen Stand nicht als ewig betrachten. Zweifellos hat der Klassenantagonismus die nationalen Fragen jetzt weit in den Hintergrund gedrängt, doch darf man nicht, ohne Gefahr zu laufen, in Doktrinarismus zu verfallen, kategorisch behaupten, es sei unmöglich, daß diese oder jene nationale Frage vorübergehend in den Vordergrund des politischen Geschehens tritt. Zweifellos ist die Wiederherstellung Polens

vor dem Sturze des Kapitalismus äußerst unwahrscheinlich, aber man kann nicht sagen, daß sie ganz unmöglich sei, daß die polnische Bourgeoisie sich unter bestimmten Umständen nicht auf die Seite der Unabhängigkeit stellen könne usw. Die russische Sozialdemokratie bindet sich daher in keiner Weise die Hände. Sie rechnet mit *allen* möglichen und sogar mit *allen* überhaupt *denkbaren* Wechselfällen, wenn sie in ihrem Programm die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen verkündet. Dieses Programm schließt keineswegs aus, daß das polnische Proletariat die freie und unabhängige polnische Republik zu seiner Losung macht, selbst wenn die Wahrscheinlichkeit ihrer Verwirklichung vor dem Sozialismus verschwindend gering sein sollte. Dieses Programm fordert lediglich, daß eine wirklich sozialistische Partei das proletarische Klassenbewußtsein nicht trübe, den Klassenkampf nicht verdunkle, die Arbeiterklasse nicht durch bürgerlich-demokratische Phrasen betöre und die Einheit des heutigen politischen Kampfes des Proletariats nicht störe. Und gerade diese Bedingung, unter der allein wir die Selbstbestimmung anerkennen, ist der Kern des Ganzen. Vergeblich sucht die PPS die Sache so hinzustellen, als trenne sie von den deutschen oder den russischen Sozialdemokraten deren Ablehnung des Rechtes auf Selbstbestimmung, des Rechtes, eine freie und unabhängige Republik anzustreben. Nicht das ist es, was uns hindert, in der PPS eine wirkliche sozialdemokratische Arbeiterpartei zu sehen, sondern die Tatsache, daß sie den Klassenstandpunkt vergißt, ihn durch Chauvinismus verdunkelt und die Einheit im gegebenen politischen Kampf stört. Hier ein Beispiel, wie die PPS die Frage gewöhnlich stellt: „... wir können den Zarismus nur schwächen, indem wir Polen losreißen; stürzen müssen ihn die russischen Genossen.“ Oder weiter: „... nach der Vernichtung der Selbstherrschaft würden wir unser Schicksal einfach so bestimmen, daß wir uns von Rußland trennen.“ Man beachte, zu welch ungeheuerlichen Schlüssen diese ungeheuerliche Logik selbst vom Standpunkt der Programmforderung der Wiederherstellung Polens führt. *Weil* die Wiederherstellung Polens eine mögliche (aber unter der Herrschaft der Bourgeoisie durchaus nicht gesicherte) Folge der demokratischen Entwicklung darstellt, *darum* darf das polnische Proletariat nicht gemeinsam mit dem russischen für den Sturz des Zarismus kämpfen, sondern „nur“ für dessen Schwächung durch die Losreißen Polens. *Weil* der russische Zarismus ein immer engeres Bünd-

nis mit der Bourgeoisie und den Regierungen Deutschlands, Osterreichs usw. schließt, *darum* muß das polnische Proletariat sein Bündnis mit dem russischen, deutschen und übrigen Proletariat schwächen, mit dem es heute *gegen ein und dasselbe* Joch kämpft. Das bedeutet nichts anderes als den Verzicht auf die lebenswichtigsten Interessen des Proletariats zugunsten der bürgerlich-demokratischen Auffassung von der nationalen Unabhängigkeit. Der Zerfall Rußlands, den die PPS zum *Unterschied* von unserem Ziel, die Selbstherrschaft zu stürzen, anstreben will, ist und bleibt ein leeres Wort, solange die wirtschaftliche Entwicklung die verschiedenen Teile eines politischen Ganzen immer enger zusammenschmiedet, solange die Bourgeoisie aller Länder sich immer einmütiger gegen ihren gemeinsamen Feind, das Proletariat, und für ihren gemeinsamen Verbündeten, den Zaren, zusammenschließt. Dafür aber ist der *Zerfall der Kräfte des Proletariats*, das heute unter dem Joch dieser Selbstherrschaft leidet, eine traurige Wirklichkeit, die unmittelbare Folge des Fehlers der PPS, die unmittelbare Folge ihrer Anbetung der bürgerlich-demokratischen Formeln. Um die Augen vor diesem Zerfall des Proletariats zu verschließen, muß sich die PPS zum Chauvinismus erniedrigen und z. B. die Ansichten der russischen Sozialdemokraten wie folgt auslegen: „Wir (Polen) sollen auf die soziale Revolution warten und bis dahin das nationale Joch geduldig ertragen.“ Das ist einfach nicht wahr. Die russischen Sozialdemokraten haben nicht nur nie etwas Derartiges geraten, sondern kämpfen im Gegenteil selber gegen jede nationale Unterdrückung in Rußland und fordern das gesamte russische Proletariat dazu auf; sie nehmen nicht nur die vollständige Gleichberechtigung der Sprache, der Nationalität usw. in *ihr* Programm auf, sondern auch die Anerkennung des Rechtes jeder Nation, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Wenn wir, dieses Recht anerkennend, unsere Unterstützung der Forderungen nach nationaler Unabhängigkeit den Erfordernissen des proletarischen Kampfes *unterordnen*, so kann nur ein Chauvinist unsere Stellung mit dem Mißtrauen des Russen gegenüber dem „Fremdstämmigen“ erklären, denn in Wirklichkeit muß diese Stellung zwangsläufig dem Mißtrauen des klassenbewußten Proletariats gegen die Bourgeoisie entspringen. Die PPS ist der Ansicht, die nationale Frage *erschöpfe sich* in dem Gegensatz: „wir“ (die Polen) und „sie“ (die Deutschen, Russen usw.). Der Sozialdemokrat dagegen rückt einen anderen Gegensatz in den Vordergrund: „wir“ — die Proletarier, und „sie“ —

die Bourgeoisie. „Wir“, die Proletarier, haben dutzendmal gesehen, wie die Bourgeoisie die Interessen der Freiheit, der Heimat, der Sprache und der Nation *verrät*, wenn das revolutionäre Proletariat ihr entgegentritt. Wir haben gesehen, wie die französische Bourgeoisie im Augenblick der schwersten Unterjochung und Erniedrigung der französischen Nation zu den Preußen überlief, wie die Regierung der nationalen Verteidigung zur Regierung des Volksverrats wurde, wie die Bourgeoisie der unterdrückten Nation die Soldaten der unterdrückenden Nation zu Hilfe rief, um ihre Landsleute, die Proletarier niederzuwerfen, die gewagt hatten, die Hand nach der Macht auszustrecken. Und darum werden wir, ohne uns im geringsten durch chauvinistische und opportunistische Ausfälle beirren zu lassen, dem polnischen Arbeiter stets sagen: Nur das vollständigste und engste Bündnis mit dem russischen Proletariat ist imstande, den Anforderungen des politischen Tageskampfes gegen die Selbstherrschaft gerecht zu werden, nur ein solches Bündnis gibt die Gewähr für eine völlige politische und wirtschaftliche Befreiung.

Das, was wir über die polnische Frage gesagt haben, läßt sich voll und ganz auch auf jede andere nationale Frage anwenden. Die fluchwürdige Geschichte der Selbstherrschaft hat uns eine sehr große *Entfremdung* der Arbeiterklassen der von dieser Selbstherrschaft unterdrückten verschiedenen Völkerschaften als Erbe hinterlassen. Diese Entfremdung ist das größte Übel, das größte Hindernis im Kampf gegen die Selbstherrschaft, und wir dürfen dieses Übel nicht zum Gesetz erheben, dürfen dieser Schmach nicht die Weihe geben durch irgendwelche „Prinzipien“ von getrennten Parteien oder einer „föderativen“ Partei. Es ist natürlich einfacher und leichter, den Weg des geringsten Widerstands zu gehen und jeden sich in seinem Winkel einrichten zu lassen nach der Regel: „Die ändern gehn mich nichts an“, wie es jetzt auch der „Bund“ tun will. Je mehr wir die Notwendigkeit der Einheit erkennen, je fester wir von der Unmöglichkeit eines allgemeinen Ansturms auf die Selbstherrschaft ohne vollständige Einheit überzeugt sind, je stärker unter unseren politischen Verhältnissen die unbedingte Notwendigkeit einer zentralistischen Organisation des Kampfes hervortritt — desto weniger sind wir geneigt, uns mit einer „einfachen“, aber nur scheinbaren und ihrem Wesen nach grundfalschen Lösung der Frage zufriedenzugeben. Wenn die Schädlichkeit der Entfremdung nicht erkannt wird, wenn der Wunsch nicht vorhanden ist, im Lager

der proletarischen Partei um jeden Preis und radikal mit dieser Entfremdung Schluß zu machen — dann sind auch die Feigenblätter der „Föderation“ nicht notwendig, dann hat es überhaupt keinen Zweck, die Lösung einer Frage zu versuchen, welche die eine „Seite“ im Grunde gar nicht lösen will, dann überläßt man es besser den Lehren der lebendigen Erfahrung und der wirklichen Bewegung, die von der Selbstherrschaft unterdrückten Proletarier aller Nationalitäten zu überzeugen, daß der Zentralismus notwendig ist zum erfolgreichen Kampf gegen diese Selbstherrschaft und gegen die sich immer enger zusammenschließende internationale Bourgeoisie.

„Iskra“ Nr. 44,
15. Juli 1903.

Nach dem Text der „Iskra“.

PLAN EINES ARTIKELS
GEGEN DIE SOZIALREVOLUTIONÄRE

Über die Sozialrevolutionäre (Partei ohne Programm)

α) Prinzipien-
losigkeit

Theoretische Prinzipienlosigkeit: volkstümmlerische Vorurteile + westeuropäische opportunistische bürgerliche „Kritik“. Fehlen eines Credo*, Verdunklung des Bewußtseins. Versteckspielen . . .

β) kleinbür-
gerliche
Ideologie

Kleinbürgerliche Ideologie: demoralisiert das Klassenbewußtsein des Proletariats, macht es untauglich zu einer selbständigen Stellung gegenüber der bürgerlichen Demokratie (denn die Sozialrevolutionäre sind bestrebt, soziale und bürgerliche Demokratie — im Grunde stellen sie einen Zweig der letzteren dar — zu vermengen und durcheinanderzuwerfen).

γ) Phrase
und Bluff

Phrase in der Theorie und in der Taktik: unernstes Verhalten zur revolutionären Arbeit, Übertreibung, Aufbauschung, „Belletristik“ . . . (Abspeisung mit Nichtigkeiten in der „Volks“literatur) (Krieg gegen „Polemik“, Fehlen von Prinzipien).

δ) Terror

Taktischer Fehler, sehr grober: Terror, seine Propagierung, Schwächung der Verbindung mit der Massenbewegung.

ΣΣ**; aus allen bürgerlichen Revolutionen Europas ging die Arbeiterklasse enttäuscht hervor, denn sie hatte mit bürgerlich-demokratischen Illusionen an

* Glaubensbekenntnis, Programm, Darlegung einer Weltanschauung. *Die Red.*

** *Summa summarum. Die Red.*

- 8) Ausstreuen von Illusionen + Reakt. im volkstümlichen Teil des Programms + ideologische, politische, praktische Schädlichkeit ihnen teilgenommen. Die Sozialrevolutionäre „wiederholen“ aus Leibeskräften diese Geschichte; unsere Pflicht: dies entschieden bekämpfen, damit das russische Proletariat aus der bevorstehenden Revolution keine Enttäuschung davonträgt, sondern neue Zuversicht in seine Kräfte, größeren Mut für den ihm bevorstehenden grandioseren Kampf und den Keim einer festen, rein proletarischen Organisation.

Geschrieben im Juli 1903.

Zuerst veröffentlicht 1939 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“ Nr. 1.

Nach dem Manuskript.

II. PARTEITAG DER SDAPR⁹⁵

17. (30.) Juli—10. (23.) August 1903

*Die Reden wurden zuerst veröffentlicht
1904 in der Genfer Ausgabe der
„Protokolle des zweiten ordentlichen
Parteitags der SDAPR“.*

*Nach dem Text der „Protokolle“
und nach den Manuskripten.*

1

RESOLUTIONSENTWURF ÜBER DEMONSTRATIONEN

Der Parteitag betrachtet die Veranstaltung öffentlicher Demonstrationen gegen die Selbstherrschaft als ein äußerst wichtiges Mittel zur politischen Erziehung der Arbeitermassen. Dabei empfiehlt der Parteitag erstens, für die Demonstrationen insbesondere solche Zeitpunkte und Bedingungen auszunutzen, wenn eine Schandtat des Zarismus in besonders breiten Schichten der Bevölkerung das Gefühl der Empörung geweckt hat; zweitens, die Anstrengungen vor allem darauf zu richten, daß zur Teilnahme an den Demonstrationen breite *Massen* der Arbeiterklasse herangezogen und daß die Demonstrationen — sowohl hinsichtlich ihrer Vorbereitung als auch des Ordnerdienstes während der Demonstrationen selbst und der Leitung der Abwehr von Militär und Polizei durch die Demonstranten — möglichst gut *organisiert* werden; drittens, mit der Vorbereitung bewaffneter Demonstrationen zu beginnen, wobei die diesbezüglichen Anweisungen des ZK streng einzuhalten sind.

Der Parteitag empfiehlt ferner allen Komitees und sonstigen Parteiorganisationen, die Vorbereitung des bewaffneten Aufstands allseitig zu erörtern und aus allen Kräften danach zu streben, in den Arbeitermassen die Überzeugung zu verbreiten, daß der Aufstand notwendig und unumgänglich ist. Mit den praktischen Maßnahmen, die schon jetzt zur Vorbereitung des Aufstands ergriffen werden können, betraut der Parteitag ausschließlich und vollständig das ZK.

Geschrieben im Juni—Juli 1903.

*Zuerst veröffentlicht 1927 im
Lenin-Sammelband VI.*

Nach dem Manuskript.

2

RESOLUTIONSENTWURF
ÜBER DIE STELLUNG DES „BUND“ IN DER PARTEI

In der Erwägung, daß die vollständigste und engste Geschlossenheit des kämpfenden Proletariats sowohl zur schnellen Erreichung seines Endziels als auch für die unbeirrte Führung des politischen und wirtschaftlichen Kampfes auf dem Boden der bestehenden Gesellschaft unbedingt notwendig ist;

— daß insbesondere die vollständige Einheit des jüdischen und des nichtjüdischen Proletariats auch für den erfolgreichen Kampf gegen den Antisemitismus, diese niederträchtige Schürung der Rassenabsonderung und der nationalen Zwietracht durch Regierung und Ausbeuterklassen, dringend notwendig ist;

— daß die vollständige Verschmelzung der sozialdemokratischen Organisationen des jüdischen und des nichtjüdischen Proletariats in keiner Weise und in keiner Beziehung ein Hemmnis sein kann für die Selbständigkeit unserer jüdischen Genossen in ihrer Propaganda- und Agitationsarbeit in der einen oder anderen Sprache, in der Herausgabe von Literatur entsprechend den Bedürfnissen der betreffenden örtlichen oder nationalen Bewegung, in der Aufstellung solcher Losungen der Agitation und des unmittelbaren politischen Kampfes, die eine Anwendung und Entwicklung der allgemeinen und grundlegenden Leitsätze des sozialdemokratischen Programms über die volle Gleichberechtigung und die volle Freiheit der Sprache, der nationalen Kultur usw. usf. darstellen würden;

— lehnt der Parteitag das föderative Prinzip im Aufbau der Sozialdemokratischen Partei Rußlands entschieden ab und bestätigt das Organi-

sationsprinzip, das dem Statut von 1898 zugrunde liegt, d. h. die Autonomie der nationalen sozialdemokratischen Organisationen in Angelegenheiten, die*

Geschrieben im Juni—Juli 1903.

*Zuerst veröffentlicht 1927 im
Lenin-Sammelband VI.*

Nach dem Manuskript.

* Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

RESOLUTIONSENTWURF ÜBER DAS VERHÄLTNISS ZUR STUDIERENDEN JUGEND

Der zweite Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands begrüßt die Belebung der revolutionären Selbsttätigkeit unter der studierenden Jugend, fordert alle Parteiorganisationen auf, diese Jugend in ihrem Bestreben, sich zu organisieren, auf jede Art und Weise zu unterstützen, und empfiehlt allen Gruppen und Zirkeln der Jugend, erstens, in den Vordergrund ihrer Tätigkeit zu rücken die Erarbeitung einer einheitlichen und konsequenten sozialistischen Weltanschauung unter ihren Mitgliedern und das ernste Studium einerseits des Marxismus und anderseits der russischen Volkstümlerrichtung und des westeuropäischen Opportunismus — der Hauptströmungen unter den gegenwärtigen, miteinander ringenden führenden Richtungen; zweitens, sich in acht zu nehmen vor jenen falschen Freunden der Jugend, die sie von der ersten revolutionären Erziehung ablenken durch inhaltslose revolutionäre oder idealistische Phrasen und durch philisterhaftes Wehklagen über die Schädlichkeit und Nutzlosigkeit einer scharfen Polemik zwischen den revolutionären und den oppositionellen Richtungen, denn diese falschen Freunde verbreiten in Wirklichkeit nur Prinzipienlosigkeit und Leichtfertigkeit gegenüber der revolutionären Arbeit; drittens, sich zu bemühen, beim Übergang zur praktischen Tätigkeit rechtzeitig Verbindungen anzuknüpfen mit den sozialdemokratischen Organisationen, um deren Hinweise auszunutzen und schwerwiegende Fehler gleich zu Beginn der Arbeit nach Möglichkeit zu vermeiden.

Geschrieben im Juni—Juli 1903.

Zuerst veröffentlicht 1904 in der Genfer Ausgabe der „Protokolle des zweiten ordentlichen Parteitags der SDAPR“.

Nach dem Manuskript.

RESOLUTIONSENTWURF ÜBER DIE PARTEILITERATUR

Der Parteitag erkennt die unbedingte und dringende Notwendigkeit an, eine umfassende gemeinverständliche sozialdemokratische Literatur für alle Schichten der Bevölkerung und insbesondere für die Massen der Arbeiterklasse zu schaffen.

An die erste Stelle setzt der Parteitag die Abfassung einer Reihe von Broschüren (1–5 Druckbogen) zu jedem (theoretischen und praktischen) Punkt unseres Parteiprogramms mit einer ausführlichen Darlegung und Erläuterung der Bedeutung dieses Punktes; weiter einer Reihe von Flugschriften (1–8 Druckseiten) über die gleichen Themen zur massenhaften Verteilung und Verbreitung in Stadt und Land. Der Parteitag beauftragt die Redaktion des Zentralorgans, sofort alle Maßnahmen zur Erfüllung dieser Aufgabe zu treffen.

Was die Herausgabe einer besonderen, gemeinverständlichen Zeitung für das Volk oder für breite Schichten der Arbeiterklasse anbelangt, so hält der Parteitag, ohne diesen Plan grundsätzlich zu verwerfen, seine sofortige Verwirklichung für unzeitgemäß.

*Geschrieben im Juni–Juli 1903.
Zuerst veröffentlicht 1927 im
Lenin-Sammelband VI.*

Nach dem Manuskript.

ENTWÜRFE KLEINERER RESOLUTIONEN

Der wirtschaftliche Kampf

Der Parteitag hält es für unbedingt notwendig, den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter und ihre Gewerkschaftsverbände (in erster Linie die gesamtrussischen) in allen Fällen mit allen Mitteln zu unterstützen und zu fördern und den sozialdemokratischen Charakter des wirtschaftlichen Kampfes und der gewerkschaftlichen Bewegung der Arbeiter in Rußland von allem Anfang an zu festigen.

Der 1. Mai

Der Parteitag bestätigt die bereits zur Tradition gewordene Feier des 1. Mai und lenkt die Aufmerksamkeit aller Parteiorganisationen auf die Wahl der unter unseren Verhältnissen passendsten Zeit und Art, den internationalen Feiertag des proletarischen Befreiungskampfes zu begehen.

Der internationale Kongreß

Der Parteitag beauftragt Genossen Plechanow, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands im Internationalen Sozialistischen Sekretariat zu vertreten (an Stelle des Pariser Beschlusses über die gemeinsame Vertretung durch Plechanow und Kritschewski).

Der Parteitag beauftragt die Redaktion des Zentralorgans und das Zentralkomitee, auf Grund einer Vereinbarung zwischen ihnen (oder eines Beschlusses des Rates der Partei) die Vertretung der Sozialdemokra-

tischen Arbeiterpartei Rußlands auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam 1904 zu organisieren.

Der Terror

Der Parteitag lehnt den Terror, d. h. das System individueller politischer Morde als Mittel des politischen Kampfes entschieden ab, da es ein gegenwärtig im höchsten Maße unzweckmäßiges Mittel ist, das die besten Kräfte von der wichtigen und dringend notwendigen Organisations- und Agitationsarbeit ablenkt, die Verbindung der Revolutionäre mit den Massen der revolutionären Bevölkerungsklassen zerstört und sowohl bei den Revolutionären selbst als auch bei der Bevölkerung im allgemeinen völlig verkehrte Vorstellungen von den Aufgaben und Methoden des Kampfes gegen die Selbstherrschaft weckt.

Die Propaganda

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit aller Parteimitglieder auf die Notwendigkeit, das theoretische Niveau der Propagandisten zu heben und zwecks Zusammenfassung der propagandistischen Arbeit Gruppen von Wanderlehrern für ganz Rußland zu schaffen.

Die Verteilung der Kräfte

Der Parteitag empfiehlt allen Genossen, die aus dem Ausland nach Rußland oder aus der Verbannung an den Ort ihrer Tätigkeit reisen, besonders wenn sie keine ganz feste Verbindung mit einem bestimmten Komitee haben, möglichst beizeiten mit dem ZK oder seinen Agenten Fühlung aufzunehmen, damit das ZK die revolutionären Kräfte richtig und rechtzeitig über Rußland verteilen kann.

Geschrieben im Juni—Juli 1903.

*Zuerst veröffentlicht 1927 im
Lenin-Sammelband VI.*

Nach dem Manuskript.

6

RESOLUTIONSENTWURF
ÜBER DIE HERAUSGABE EINES ORGANS
FÜR SEKTENANHÄNGER

In der Erwägung, daß die Bewegung der Sektenanhänger in Rußland in vielen ihrer Erscheinungsformen zu den demokratischen Strömungen Rußlands gehört, lenkt der II. Parteitag die Aufmerksamkeit aller Parteimitglieder auf die Arbeit unter den Sektenanhängern, um diese für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Versuchsweise gestattet der Parteitag Genossen W. Bontsch-Brujewitsch, unter der Kontrolle der Redaktion des ZO, eine populäre Zeitung — „Sredi Sektantow“ [Unter den Sektierern] — herauszugeben, und beauftragt das ZK und die Redaktion des ZO, die notwendigen Maßnahmen für die erfolgreiche Herausgabe dieses Organs zu treffen und alle Bedingungen für sein richtiges Funktionieren zu schaffen.

Geschrieben im August 1903.

*Zuerst veröffentlicht 1904
in der Genfer Ausgabe der
„Protokolle des zweiten ordentlichen
Parteitags der SDAPR“.*

Nach dem Manuskript.

7

ENTWURF DES STATUTS DER SDAPR⁹⁶

1. Als Mitglied der Partei gilt jeder, der ihr Programm anerkennt und die Partei sowohl in materieller Hinsicht als auch durch die persönliche Betätigung in einer der Parteiorganisationen unterstützt.

2. Das oberste Organ der Partei ist der Parteitag. Er wird vom ZK (nach Möglichkeit mindestens einmal in zwei Jahren) einberufen. Das ZK ist verpflichtet, einen Parteitag einzuberufen, wenn dies von Parteikomitees oder von Komiteeverbänden, die auf dem letzten Parteitag zusammen $\frac{2}{3}$ der Stimmen hatten, verlangt wird oder wenn der Rat der Partei es fordert. Ein Parteitag gilt als beschlußfähig, wenn auf ihm mehr als die Hälfte aller zur Zeit des Parteitags bestehenden (vollberechtigten) Parteikomitees vertreten sind.

3. Eine Vertretung auf dem Parteitag steht zu: a) dem ZK, b) der Redaktion des ZO, c) allen Lokalkomitees, die nicht besonderen Verbänden angehören, d) allen Komiteeverbänden, die von der Partei anerkannt sind, und e) der Auslandsliga. Jede der aufgezählten Organisationen hat auf dem Parteitag zwei beschließende Stimmen. Neugebildete Komitees und Komiteeverbände erhalten nur dann eine Vertretung auf dem Parteitag zugestanden, wenn sie mindestens ein halbes Jahr vor dem Parteitag bestätigt worden sind.

4. Der Parteitag ernennt das ZK, die Redaktion des ZO und den Rat der Partei.

5. Das ZK vereinigt und leitet die gesamte praktische Tätigkeit der Partei und verwaltet die zentrale Parteikasse wie auch alle technischen Einrichtungen der Gesamtpartei. Es schlichtet Konflikte sowohl zwischen den

verschiedenen Organisationen und Körperschaften der Partei als auch innerhalb derselben.

6. Die Redaktion des ZO führt die Partei ideologisch: sie redigiert das ZO der Partei, das wissenschaftliche Organ und einzelne Broschüren.

7. Der Rat der Partei, der aus fünf Mitgliedern besteht, wird vom Parteitag aus Mitgliedern des ZO und des ZK ernannt. Er entscheidet bei Streitigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten zwischen der Redaktion des ZO und dem ZK über allgemein-organisatorische und taktische Fragen. Der Rat der Partei erneuert das ZK, falls dieses im vollen Bestand verhaftet wird.

8. Neue Komitees und Komiteeverbände werden vom Zentralkomitee bestätigt. Alle Komitees, Verbände, Organisationen oder Gruppen, die von der Partei anerkannt worden sind, sind jeweils für die Angelegenheiten zuständig, die sich speziell und ausschließlich auf die betreffende Ortschaft, den betreffenden Bezirk, die betreffende nationale Bewegung oder eine dieser Gruppe besonders anvertraute Funktion beziehen, wobei sie sich jedoch verpflichten, sich den Beschlüssen des ZK und des ZO unterzuordnen und an die zentrale Parteikasse Mittel in der vom ZK festgesetzten Höhe abzuführen.

9. Alle Parteimitglieder und sämtliche Personen, die irgendwie mit der Partei zu tun haben, haben das Recht zu verlangen, daß ihre Erklärungen dem ZK, dem ZO oder dem Parteitag im Original zugestellt werden.

10. Jede Parteiorganisation ist verpflichtet, sowohl dem ZK als auch der Redaktion des ZO alle Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit diese sich über ihre gesamte Tätigkeit und ihren gesamten Personalbestand unterrichten können.

11. Alle Parteiorganisationen und alle kollegialen Parteikörperschaften fassen Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit und haben das Recht der Kooptierung. Für die Kooptierung neuer Mitglieder und den Ausschluß von Mitgliedern sind zwei Drittel der Stimmen erforderlich.

12. Die Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie hat die Propaganda und Agitation im Ausland wie auch die Unterstützung der Bewegung in Rußland zum Ziel. Die Liga besitzt alle Rechte der Komitees, mit der einzigen Ausnahme, daß sie der Bewegung in Ruß-

land ihre Unterstützung ausschließlich durch Personen oder Gruppen
angedeihen läßt, die vom Zentralkomitee besonders hierfür bestimmt
werden.

*Geschrieben Ende Juni
bis Anfang Juli 1903.*

*Zuerst veröffentlicht 1904
in der Genfer Ausgabe der
„Protokolle des zweiten ordentlichen
Parteitags der SDAPR“.*

Nach dem Text der „Protokolle“.

ENTWURFE VON RESOLUTIONEN,
DIE AUF DEM PARTEITAG NICHT EINGEBRACHT
WURDEN

Austritt des „Bund“

Der Parteitag betrachtet die Weigerung der Delegierten des „Bund“, sich dem Mehrheitsbeschluß des Parteitags zu fügen, als Austritt des „Bund“ aus der SDAPR.

Der Parteitag bedauert zutiefst diesen Schritt, der seiner Überzeugung nach ein schwerwiegender politischer Fehler der...* Leiter des „jüdischen Arbeiterverbandes“ ist, ein Fehler, der sich auf die Interessen des jüdischen Proletariats und der Arbeiterbewegung unvermeidlich schädlich auswirken muß. Die von den Delegierten des „Bund“ zur Rechtfertigung ihres Schrittes angeführten Argumente bezeichnet der Parteitag in praktischer Hinsicht als völlig grundlose Befürchtungen und Verdächtigungen, durch die den russischen Sozialdemokraten Unaufrichtigkeit und Inkonsequenz der sozialdemokratischen Überzeugungen unterstellt werden, und in theoretischer Hinsicht als die Folge eines bedauerlichen Eindringens von Nationalismus in die sozialdemokratische Bewegung des „Bund“.

Der Parteitag wünscht die vollste und engste Einheit der jüdischen und der russischen Arbeiterbewegung in Rußland, einer nicht nur grundsätzlichen, sondern auch organisatorischen Einheit, von deren Notwendigkeit er fest überzeugt ist, und beschließt, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit das jüdische Proletariat sowohl mit der vorliegenden Parteitagresolution als auch überhaupt mit der Einstellung der russischen Sozialdemokratie zu jeder nationalen Bewegung gründlich bekannt gemacht wird.

* Ein Wort nicht entziffert. *Die Red.*

Einzelne Gruppen

Der Parteitag äußert sein Bedauern über das gesonderte Bestehen solcher Gruppen von Sozialdemokraten wie „Borba“, „Shisn“ und „Wolja“. Ihre Abgesondertheit muß unvermeidlich einerseits eine in der Partei unzulässige Desorganisation und andererseits bedauerliche Abweichungen von den sozialdemokratischen Anschauungen und der sozialdemokratischen Taktik in der Richtung zum sogenannten Sozialrevolutionismus (bei der „Wolja“ und teilweise bei der „Borba“ in deren Agrarprogramm) oder zum christlichen Sozialismus und zum Anarchismus (bei der „Shisn“) hervorrufen. Der Parteitag bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß sowohl die erwähnten Gruppen wie auch überhaupt alle Gruppen von Personen, die sich zur Sozialdemokratie zählen, sich in die einheitliche und organisierte russische Sozialdemokratie einreihen. Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, die notwendigen Angaben zu sammeln und einen endgültigen Beschluß zu fassen über die Stellung der erwähnten und anderer Einzelgruppen in der Partei bzw. über das Verhältnis unserer Partei zu ihnen.

Das Heer

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit aller Parteiorganisationen auf die Wichtigkeit der sozialdemokratischen Propaganda und Agitation im Heer und empfiehlt, alle Anstrengungen zu machen, damit sämtliche unter Offizieren und Soldaten vorhandenen Verbindungen schnellstens gefestigt und ausgebaut werden. Der Parteitag hält es für wünschenswert, aus den im Heer dienenden Sozialdemokraten besondere Gruppen zu bilden, die in den Lokalkomitees (als Zweige der Komiteeorganisation) oder in der Zentralorganisation (als vom Zentralkomitee unmittelbar geschaffene und ihm unmittelbar untergeordnete Einrichtungen) eine bestimmte Stellung einzunehmen haben.

Die Bauernschaft

Der Parteitag lenkt die besondere Aufmerksamkeit aller Parteimitglieder auf die Wichtigkeit der Entfaltung und Verstärkung der Arbeit unter der Bauernschaft. Es ist notwendig, der Bauernschaft (und insbesondere

dem Landproletariat) das ganze sozialdemokratische Programm in seiner Gesamtheit darzulegen und dabei die Bedeutung des Agrarprogramms als der dringlichsten und nächsten Forderungen auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung zu erläutern. Es ist notwendig, danach zu streben, daß sich aus den politisch bewußten Bauern und aufgeklärten ländlichen Arbeitern fest zusammengeschlossene Gruppen von Sozialdemokraten bilden, die mit den Parteikomitees in ständiger Fühlung stehen. Es ist notwendig, in der Bauernschaft selbst der Propaganda der Sozialrevolutionäre entgegenzuwirken, die Prinzipienlosigkeit und reaktionäre volkstümlerische Vorurteile verbreiten.

Geschrieben 5. (18.)—10. (23.) August 1903.

*Zuerst veröffentlicht 1930 im
Lenin-Sammelband XV.*

Nach dem Manuskript.

ERSTE REDE ZUR TAGESORDNUNG DES PARTEITAGS
18. (31.) JULI

Ich möchte eine Bemerkung machen. Man sagt, es sei nicht richtig, die Frage des „Bund“ an die erste Stelle zu setzen, da an erster Stelle die Berichte stehen müßten, an zweiter Stelle das Programm und erst an dritter der „Bund“. Die Erwägungen zugunsten dieser Reihenfolge halten keiner Kritik stand. Sie laufen darauf hinaus, daß die Partei als Ganzes sich über das Programm noch nicht verständigt habe: es könnte sein, daß wir gerade in der Frage des Programms auseinandergehen werden. Diese Worte wundern mich. Wir haben zwar zur Zeit kein beschlossenes Programm, aber die Annahme, es könnte in der Frage des Programms zu einem Bruch kommen, ist höchst zweifelhaft. In der Partei haben sich, soweit es sich um ihre Literatur handelt, die in letzter Zeit die Ansichten der Partei am vollständigsten widerspiegelt, solche Strömungen nicht bemerkbar gemacht. Dafür, die Frage des „Bund“ an erster Stelle zu behandeln, gibt es Gründe sowohl formaler als auch moralischer Natur. Formaler — weil wir auf dem Boden des Manifests von 1898 stehen, der „Bund“ aber den Wunsch geäußert hat, die Organisation unserer Partei von Grund aus zu ändern. Moralischer — weil viele andere Organisationen erklärt haben, daß sie in dieser Frage mit dem „Bund“ nicht einverstanden sind. Somit sind scharfe Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht, die sogar eine Polemik hervorgerufen haben. Der Parteitag kann daher nicht einmütig an die Arbeit gehen, ohne diese Meinungsverschiedenheiten beseitigt zu haben. Was die Berichte der Delegierten betrifft, so ist es möglich, daß sie in pleno* überhaupt nicht erstattet werden. Darum unterstütze ich die vom Organisationskomitee angenommene Tagesordnung.

* in der Vollsitzung. Die Red.

ZWEITE REDE ZUR TAGESORDNUNG DES PARTEITAGS
18. (31.) JULI

Nachdem sich der Parteitag über den *ersten* Punkt unserer Tagesordnung geeinigt hat, ist als einzige *strittige* Frage hinsichtlich der weiteren Tagesordnungspunkte der dritte Punkt geblieben. Dieser Punkt lautet: „Gründung eines Zentralorgans der Partei oder Bestätigung eines solchen“. Manche Genossen waren der Meinung, man solle diesen Punkt einstweilen zurückstellen, denn erstens könne man nicht vom Zentralorgan sprechen, solange nicht über die Organisation der Partei im allgemeinen und ihrer Zentralstelle im besonderen usw. entschieden sei, und zweitens hätten sich zum Kern dieser Frage schon viele Komitees geäußert. Ich halte die letzte Begründung für falsch, denn die Komitees haben auf dem Parteitag formell keine beschließende Stimme, und ihre Erklärungen sind für den Parteitag nicht bindend. Auch der andere Einwand ist falsch, denn bevor man über die organisatorischen Einzelheiten, das Parteistatut usw. beschließt, muß man die Frage der Richtung der russischen Sozialdemokratie endgültig lösen. Gerade in dieser Frage waren wir so lange getrennt, und alle uns in dieser Hinsicht *trennenden* Meinungsverschiedenheiten können nicht durch die Bestätigung des Programms allein beseitigt werden; das kann *nur* erreicht werden, wenn man sofort nach dem Programm die Frage entscheidet, welches neue Zentralorgan der Partei wir gründen oder welches alte wir mit diesen oder jenen Änderungen bestätigen sollen.

Aus diesen Gründen unterstütze ich die vom Organisationskomitee festgesetzte Tagesordnung.

11

REDE ÜBER DIE HANDLUNGSWEISE
DES ORGANISATIONSKOMITEES
18. (31.) JULI 07

Ich kann mich mit Genossen Jegorow nicht einverstanden erklären. Gerade er hat das Statut des Parteitags verletzt, gerade er verneint den Punkt über die gebundenen Mandate. Ich zweifle ebensowenig am Bestehen des Organisationskomitees, wie ich am Bestehen der „Iskra“-Organisation zweifle. Auch sie hat ihre Organisation und ihr Statut. Sobald aber das Statut des Parteitags vorlag, teilte sie ihren Delegierten mit, daß sie auf dem Parteitag volle Handlungsfreiheit haben. In welcher Lage befinden wir uns, die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission des Parteitags, die wir gestern zwei Mitglieder des Organisationskomitees, die Genossen Stein und Pawlowitsch, gehört haben und jetzt einen ganz neuen Vorschlag hören? Hier sind erfahrene Genossen anwesend, die des öfteren an internationalen Kongressen teilgenommen haben. Alle diese Genossen könnten davon erzählen, welche einen Sturm der Entrüstung es stets hervorrief, wenn Leute in den Kommissionen eines und in der Vollsitzung etwas anderes sagten.

12

REDE ÜBER DIE TEILNAHME
DER POLNISCHEN SOZIALDEMOKRATEN
AM PARTEITAG
18. (31.) JULI

Die Kommission gibt in ihrem Bericht der Meinung Ausdruck, daß die Anwesenheit der polnischen Genossen auf dem Parteitag erwünscht ist, freilich nur mit beratender Stimme. Meines Erachtens ist das vollkommen richtig, und es scheint mir durchaus zweckmäßig zu sein, daß die Resolution der Kommission eben mit dieser Erklärung beginnt. Äußerst erwünscht wäre auch die Anwesenheit der Letten und Litauer, aber leider ist das nicht durchführbar. Die polnischen Genossen hätten jederzeit ihre Bedingungen für die Vereinigung vorlegen können, aber sie haben das nicht getan. Das Organisationskomitee handelte daher richtig, als es ihnen gegenüber Zurückhaltung übte. Der hier verlesene Brief der polnischen Sozialdemokratie klärt die Frage wiederum nicht. Aus diesem Grunde schlage ich vor, die polnischen Genossen als Gäste einzuladen.

13

REDE ÜBER DIE STELLUNG DES „BUND“
IN DER SDAPR
20. JULI (2. AUGUST)

Ich möchte vor allem auf die Rede Hofmans⁹⁸ und den von ihm gebrauchten Ausdruck „kompakte Mehrheit“ eingehen. Genosse Hofman gebraucht diese Worte als Vorwurf. Meines Erachtens sollen wir uns nicht schämen, sondern stolz darauf sein, daß auf dem Parteitag eine kompakte Mehrheit vorhanden ist. Und noch stolzer werden wir sein, wenn unsere gesamte Partei eine einzige kompakte, sehr kompakte neunzigprozentige Mehrheit sein wird. (Beifall.) Die Mehrheit handelte richtig, als sie die Stellung des „Bund“ in der Partei an die erste Stelle setzte: die Bundisten bewiesen sofort die Richtigkeit dieser Handlung, als sie ihr sogenanntes Statut vorlegten und damit im Grunde eine *Föderation* vorschlugen. Gibt es in der Partei Mitglieder, die eine *Föderation* vorschlagen, und Mitglieder, die sie ablehnen, so konnte man nicht anders handeln, als die Frage des „Bund“ an die erste Stelle setzen. Liebe läßt sich nicht erzwingen, und man kann über die inneren Parteiangelegenheiten nicht sprechen, solange man nicht fest und unerschütterlich entschieden hat, ob man zusammengehen will oder nicht.

Der Kern der Streitfrage wurde in der Debatte manchmal nicht ganz richtig dargestellt. Es handelt sich darum, daß nach Ansicht vieler Parteimitglieder die *Föderation* *schädlich* ist, daß sie den Prinzipien der Sozialdemokratie in ihrer Anwendung auf die gegebene russische Wirklichkeit widerspricht. Die *Föderation* ist *schädlich*, denn sie *legalisiert* die Absonderung und Entfremdung, erhebt sie zum Prinzip, zum Gesetz. Es besteht tatsächlich eine völlige Entfremdung zwischen uns, und wir dürfen sie nicht *legalisieren*, nicht mit einem Feigenblatt verdecken, sondern müssen sie bekämpfen, wir müssen die Notwendigkeit, fest und entschlossen zur

engsten Einheit zu gelangen, entschieden anerkennen und verkünden. Darum lehnen wir grundsätzlich, gleich auf der Schwelle (nach dem bekannten lateinischen Ausdruck) die Föderation ab, darum lehnen wir *alle* obligatorischen Scheidewände zwischen uns ab. In der Partei wird es ohnehin stets verschiedene Gruppierungen geben, Gruppierungen von Genossen, die in manchen Fragen sowohl des Programms als auch der Taktik und der Organisation abweichender Meinung sind, aber es soll so sein, daß es in der Gesamtpartei nur die *eine* Teilung in Gruppen gibt, d. h., daß alle Gleichdenkenden sich in einer Gruppe vereinigen und nicht so, daß sich zuerst Gruppen in *einem Teil* der Partei bilden, getrennt von den Gruppen in einem anderen Teil der Partei, und daß sich dann die Teile der Partei vereinigen, denen verschiedene Gruppen angehören, anstatt daß sich die Gruppen mit verschiedenen Ansichten oder Schattierungen von Ansichten vereinigen. Ich wiederhole: Wir erkennen keine *obligatorischen* Scheidewände an und lehnen darum die Föderation grundsätzlich ab.

Ich komme zur Frage der Autonomie. Gen. Liber sagte, Föderation sei Zentralismus, Autonomie hingegen Dezentralismus. Hält Gen. Liber die Parteitagsdelegierten tatsächlich für sechsjährige Kinder, denen man solche Sophismen vorsetzen kann? Ist es denn nicht klar, daß Zentralismus das *Fehlen* aller Scheidewände zwischen der Zentralstelle und den entferntesten, entlegensten Teilen der Partei erfordert? Unsere Zentralstelle wird das unbedingte Recht erhalten, sich an jedes einzelne Parteimitglied unmittelbar zu wenden. Die Bundisten würden nur lachen, wenn ihnen irgend jemand *innerhalb* des „Bund“ einen „Zentralismus“ vorschläge, der es dem ZK des „Bund“ unmöglich machen würde, mit allen Kownoer Gruppen und Genossen *anders als* durch das Kownoer Komitee in Verbindung zu treten. Übrigens, was die Komitees anbelangt, so hat Gen. Liber pathetisch ausgerufen: „Wozu von der Autonomie des ‚Bund‘ als einer nur der Zentralstelle untergeordneten Organisation sprechen? Einem x-beliebigen Komitee wie dem Tulaer werdet ihr doch keine Autonomie zugestehen?“ Sie irren sich, Gen. Liber: wir werden auch einem „x-beliebigen“ Tulaer Komitee unbedingt und unweigerlich Autonomie zugestehen, Autonomie im Sinne der Freiheit von jeder kleinlichen Einmischung der Zentralstelle, wobei selbstverständlich die Pflicht der Unterordnung unter die Zentralstelle bestehen bleibt. Ich habe die Worte „kleinliche Einmischung“ dem bundistischen Flugblatt „Autonomie oder Föderation?“ entnommen. Der

„Bund“ hat diese Freiheit von „kleinlicher Einmischung“ als einen Punkt der *Bedingungen*, als eine *Forderung* an die Partei aufgestellt. Die Aufstellung solch lächerlicher Forderungen zeigt allein schon, wie verworren die Vorstellungen des „Bund“ in der Streitfrage sind. Glaubt der „Bund“ denn wirklich, die Partei werde das Bestehen einer Zentralstelle zulassen, die sich in die Angelegenheiten *ganz gleich welcher* Parteiorganisationen oder Parteigruppen „*kleinlich*“ einmischt? Läuft das nicht gerade auf das „organisierte Mißtrauen“ hinaus, von dem auf dem Parteitag bereits die Rede war? Ein solches Mißtrauen tritt in allen Anträgen und in allen Ausführungen der Bundisten zutage. In der Tat, ist zum Beispiel der Kampf für die *volle* Gleichberechtigung und sogar für die *Anerkennung* des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen nicht etwa die *Pflicht* unserer gesamten Partei? Würde also ein beliebiger Teil unserer Partei diese Pflicht nicht erfüllen, so müßte er kraft unserer Grundsätze unbedingt verurteilt werden, müßte er unbedingt eine *Korrektur* seitens der zentralen Parteikörperschaften hervorrufen. Und würde diese Pflicht bewußt und vorsätzlich nicht erfüllt, obwohl die volle Möglichkeit dazu besteht, so wäre die Nichterfüllung *Verrat*.

Weiter fragte uns Gen. Liber pathetisch: *Wie kann man beweisen, daß die Autonomie imstande ist, der Bewegung der jüdischen Arbeiter die für sie unbedingt notwendige Selbständigkeit zu sichern?* Eine merkwürdige Frage! Wie kann man beweisen, ob ein vorgeschlagener Weg der richtige ist? Das einzige Mittel ist, man geht diesen Weg und erprobt ihn in der Praxis. Auf die Frage des Gen. Liber antwortete ich: *Geht mit uns*, und wir wollen euch in der Praxis beweisen, daß alle berechtigten Forderungen nach Selbständigkeit vollkommen befriedigt werden.

Wenn um die Stellung des „Bund“ gestritten wird, dann muß ich immer an die englischen Bergarbeiter denken. Sie sind ausgezeichnet organisiert, besser als die übrigen Arbeiter. Und *deshalb* wollen sie die allgemeine Forderung des Achtstundentags, die von allen Proletariern gestellt wird, zu Fall bringen.⁹⁹ Die Bergarbeiter fassen die Einheit des Proletariats ebenso eng auf wie unsere Bundisten. Mag das traurige Beispiel der Bergarbeiter den Genossen vom „Bund“ als Warnung dienen.

14

REDE ZUM PARTEIPROGRAMM

22. JULI (4. AUGUST)

Vor allem muß ich das außerordentlich charakteristische Unvermögen des Genossen Liber feststellen, zwischen dem Adelsmarschall und der Schicht der Werktätigen und Ausgebeuteten zu unterscheiden. Dieses Unvermögen ist für die ganze Diskussion bezeichnend. Überall werden einzelne Episoden unserer Polemik und die Festlegung der prinzipiellen Grundlinien durcheinandergebracht. Man kann nicht leugnen, wie es Gen. Liber tut, daß der Übergang auch der einen oder anderen *Schicht* der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung auf die Seite des Proletariats möglich ist. Man erinnere sich, daß Marx im Hinblick auf die französischen Bauernaufstände 1852 (im „18. Brumaire“) schrieb, die Bauernschaft trete bald als Vertreter der Vergangenheit, bald als Vertreter der Zukunft auf; man könne an die Bauernschaft appellieren, und zwar nicht nur an ihr Vorurteil, sondern auch an ihr Urteil.¹⁰⁰ Man denke weiter daran, daß Marx die Erklärung der Kommunarden, die Sache der Kommune sei auch die Sache der Bauernschaft, als vollkommen richtig anerkannte.¹⁰¹ Ich wiederhole, man kann nicht daran zweifeln, daß unter bestimmten Bedingungen der Übergang der einen oder anderen Schicht der Werktätigen auf die Seite des Proletariats keineswegs unmöglich ist. Es handelt sich nur darum, diese Bedingungen genau festzulegen. Und in den Worten „sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen“ ist die Bedingung, von der die Rede ist, mit aller Genauigkeit zum Ausdruck gebracht. Gerade diese Worte grenzen uns Sozialdemokraten von allen pseudosozialistischen Strömungen überhaupt und von den sogenannten Sozialrevolutionären insbesondere auf das entschiedenste ab.

Ich gehe zu jener umstrittenen Stelle in meiner Broschüre „Was tun?“

über, die hier so viele Auslegungen hervorgerufen hat. Mir scheint, nach all diesen Kommentaren ist die Frage so weit geklärt, daß ich nur noch wenig hinzuzufügen habe. Offenbar wurde hier die grundsätzliche Stellung einer wichtigen theoretischen Frage (die Ausarbeitung der Ideologie) mit einer Episode des Kampfes gegen den Ökonomismus durcheinandergebracht. Und dabei wurde diese Episode ganz falsch wiedergegeben.

Um diese letzte Behauptung zu beweisen, kann ich mich vor allem auf die Genossen Akimow und Martynow berufen, die hier gesprochen haben. Sie haben anschaulich gezeigt, daß es sich hier gerade um eine Episode des Kampfes gegen den Ökonomismus handelt. Sie sind mit Anschauungen aufgetreten, die bereits (und mit Recht) als Opportunismus bezeichnet wurden. Sie haben sich schon zur „Widerlegung“ der Verelendungstheorie, wie auch zur „Anfechtung“ der Diktatur des Proletariats und sogar zur „Erfüllungstheorie“*, wie Gen. Akimow sich ausdrückte, verstiegen. Ich weiß allerdings nicht, was das bedeutet. Meinte Gen. Akimow damit vielleicht die „Aushöhlungstheorie“**, die „Theorie der Aushöhlung“ des Kapitalismus, d. h. eine der populärsten, landläufigsten Ideen der Bernsteinschen Theorie? Gen. Akimow hat zur Verteidigung der alten Grundlagen des Ökonomismus sogar das unglaublich originelle Argument vorgebracht, daß in unserm Programm das Wort Proletariat kein einziges Mal im Nominativ stehe. Höchstens — rief Gen. Akimow aus — steht bei ihnen das Proletariat im Genitiv. Der Nominativ ist also, wie sich zeigt, der ehrenvollste Fall, während der Genitiv hinsichtlich der Ehre an zweiter Stelle steht. Dieses Argument müßte man eigentlich — vielleicht durch eine besondere Kommission — an Gen. Rjasanow weitergeben, damit er sein erstes wissenschaftliches Werk über die Buchstaben durch eine zweite wissenschaftliche Abhandlung über die Fälle ergänzt...

Was indessen die direkten Hinweise auf meine Broschüre „Was tun?“ betrifft, so fällt es mir nicht sehr schwer, zu beweisen, daß sie aus dem Zusammenhang herausgerissen sind. Man sagt: Lenin erwähnt keine widerstreitenden Tendenzen, er behauptet ohne Einschränkung, die Arbeiterbewegung „führe“ immer zur Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie. Tatsächlich? Habe ich nicht vielleicht gesagt, die Arbeiterbewegung werde *unter gütiger Mitwirkung* der Schulze-Delitzsch und ihres

* „Erfüllungstheorie“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

** „Aushöhlungstheorie“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

gleichen zur Bürgerlichkeit hingezogen?*" Und wer ist hier unter „ihresgleichen“ zu verstehen? Niemand anders als die Ökonomen, niemand anders als die Leute, die damals zum Beispiel sagten, die bürgerliche Demokratie in Rußland sei ein Phantom. Vom bürgerlichen Radikalismus und Liberalismus jetzt zu sprechen, da alle ihre Musterbilder vor sich sehen, ist leicht und billig. Aber war es früher ebenso?

Lenin ziehe überhaupt nicht in Betracht, daß auch die Arbeiter an der Ausarbeitung der Ideologie teilnehmen. Tatsächlich? Heißt es bei mir nicht immer und immer wieder, daß gerade das Fehlen vollauf klassenbewußter Arbeiter, das Fehlen von Arbeiterführern, von Arbeiterrevolutionären der größte Mangel unserer Bewegung ist? Heißt es dort nicht, daß die Heranbildung solcher Arbeiterrevolutionäre unsere nächste Aufgabe sein muß? Wird dort nicht darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, die Gewerkschaftsbewegung zu entfalten und eine besondere Gewerkschaftsliteratur zu schaffen? Wird dort nicht ein verzweifelter Kampf geführt gegen alle Versuche, das Niveau der fortgeschrittenen Arbeiter auf das Niveau der Masse oder auf das Niveau der Durchschnittsarbeiter herabzudrücken?*

Ich komme zum Schluß. Wir alle wissen jetzt, daß die Ökonomen den Bogen nach der einen Seite überspannt haben. Um ihn wieder auszurichten, mußte man ihn nach der anderen Seite spannen, und das habe ich getan. Ich bin überzeugt, daß die russische Sozialdemokratie den durch alle Art von Opportunismus verzerrten Bogen stets energisch wieder ausrichten wird und daß unser Bogen deshalb immer der straffeste und aktionsfähigste sein wird.

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 396/397. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 5, S. 484—491, 467—484, 500—511. *Die Red.*

REFERAT ÜBER DAS PARTEISTATUT
29. JULI (11. AUGUST)

Lenin (Berichterstatter) begründet den von ihm vorgelegten Statutenentwurf. Der Grundgedanke des Statuts ist die Teilung der *Funktionen*. Darum ist z. B. die Teilung in zwei Zentralstellen nicht das Ergebnis einer örtlichen Teilung dieser Zentralstellen (Rußland und Ausland), sondern die logische Folge einer Teilung nach Funktionen. Das Zentralkomitee hat die Funktion der praktischen Führung, das Zentralorgan die Funktion der ideologischen Führung. Um aber die Tätigkeit dieser beiden Zentralstellen zu vereinigen, um ein Nebeneinanderarbeiten zu vermeiden und auch um Konflikte beizulegen, ist ein Rat notwendig, der durchaus nicht den Charakter einer reinen Schlichtungskörperschaft tragen soll. Die Paragraphen des Statuts, welche die Beziehungen zwischen dem Zentralkomitee und den Lokalkomitees betreffen und den Kompetenzbereich des Zentralkomitees festlegen, können und sollen nicht alle Punkte aufzählen, auf die sich die Kompetenz des Zentralkomitees erstreckt. Eine solche Aufzählung ist unmöglich und unzweckmäßig, denn es ist undenkbar, alle möglichen Fälle vorzusehen, und außerdem hätte es dann den Anschein, als gehörten die nicht aufgezählten Punkte nicht zur Kompetenz des Zentralkomitees. Man muß es dem Zentralkomitee selbst überlassen, seinen Kompetenzbereich zu bestimmen, denn in jeder lokalen Angelegenheit können gesamtparteiliche Interessen berührt werden, und das Zentralkomitee muß die Möglichkeit erhalten, sich in lokale Angelegenheiten einzumischen — vielleicht entgegen den lokalen Interessen, aber zum Besten der Gesamtpartei.

ERSTE REDE BEI DER ERÖRTERUNG
DES AGRARPROGRAMMS
31. JULI (13. AUGUST)

Ich will mich vor allem zu einer Einzelheit äußern, die in der Debatte erwähnt worden ist. Genosse Jegorow drückte sein Bedauern darüber aus, daß kein Referat gehalten wurde, das unsere ganze Debatte sicher beträchtlich erleichtert und gelenkt hätte. Als Berichterstatter war ich vorgesehen, und ich muß mich nun gleichsam verteidigen, weil es kein Referat gab. Und zu meiner Verteidigung möchte ich sagen, daß ich ein Referat vorliegen habe: es ist meine Antwort an Genossen X.*, die gerade auf die meistverbreiteten Einwände und Mißverständnisse eingeht, die unser Agrarprogramm hervorruft, und die an alle Parteitagsdelegierten verteilt worden ist. Ein Referat hört nicht auf, ein Referat zu sein, weil es gedruckt ist und an die Delegierten verteilt und ihnen nicht mündlich vorgetragen wird.

Ich werde jetzt zum Inhalt der Diskussionsreden übergehen, in denen leider gerade dieses Referat unberücksichtigt geblieben ist. Gen. Martynow zum Beispiel hat sogar die frühere Literatur über unser Agrarprogramm außer acht gelassen, als er immer wieder von der Wiedergutmachung eines geschichtlichen Unrechts sprach, von der überflüssigen Rückkehr zu der Zeit vor 40 Jahren, von der Vernichtung nicht des gegenwärtigen Feudalismus, sondern des Feudalismus der sechziger Jahre usw. Ich werde mich wiederholen müssen, wenn ich auf diese Argumente antworte. Wollten wir uns *nur* auf den Grundsatz der „Wiedergutmachung eines geschichtlichen Unrechts“ stützen, so würden wir uns lediglich von einer demokratischen Phrase leiten lassen. Wir berufen uns jedoch auf die rings um uns herum *bestehenden* Überreste der Leibeigenschaft, auf

* Siehe den vorliegenden Band, S. 436—451. *Die Red.*

die heutige Wirklichkeit, auf das, was den Befreiungskampf des Proletariats jetzt hindert und hemmt. Man wirft uns die Rückkehr ins graue Altertum vor. Diese Beschuldigung enthüllt nur eine Unkenntnis der allerbekanntesten Tatsachen über die Tätigkeit der Sozialdemokraten aller Länder. Überall wird von ihnen die Aufgabe gestellt und verwirklicht: zu vollenden, was die Bourgeoisie nicht zu Ende geführt hat. Eben das tun wir. Um das aber zu tun, muß man notgedrungen zur Vergangenheit zurückkehren, und die Sozialdemokraten jedes Landes tun es, sie kehren stets zu ihrem Jahr 1789, zu ihrem Jahr 1848 zurück. Ebenso können auch die russischen Sozialdemokraten nicht umhin, zu ihrem Jahr 1861 zurückzukehren, und zwar desto energischer und desto öfter, je geringer die demokratischen Umgestaltungen sind, die unsere, mit Verlaub zu sagen, Bauern „reform“ verwirklicht hat.

Was Gen. Gorin anbelangt, so macht er ebenfalls den üblichen Fehler und vergißt die real bestehende Fronknechtschaft. Gen. Gorin sagt, daß „die Hoffnung auf die Bodenabschnitte beim Kleinbauern zwangsläufig eine antiproletarische Ideologie aufrechterhält“. In Wirklichkeit ist es aber doch nicht die „Hoffnung“ auf die Bodenabschnitte, es sind vielmehr die jetzigen Bodenabschnitte, welche die Fronknechtschaft zwangsläufig aufrechterhalten, und es gibt keinen anderen Ausweg aus dieser Knechtschaft, aus dieser Fronpacht, als die Umwandlung der angeblichen Pächter in freie Eigentümer.

Schließlich hat Gen. Jegorow die Verfasser des Programms nach dessen Bedeutung gefragt. Ist das Programm, so fragte er, die Schlußfolgerung aus unseren grundlegenden Auffassungen von der ökonomischen Entwicklung Rußlands, eine wissenschaftliche Vorwegnahme des möglichen und unvermeidlichen Ergebnisses politischer Umgestaltungen (in diesem Fall könnte sich Gen. Jegorow mit uns einverstanden erklären). Oder ist unser Programm eine praktische Agitationslösung, und dann könnten wir den Sozialrevolutionären nicht den Rang ablaufen, dann müßte man dieses Programm für falsch erklären. Ich muß sagen, daß ich diese Unterscheidung, die Gen. Jegorow macht, nicht verstehe. Würde unser Programm die erste Bedingung nicht erfüllen, so wäre es falsch, und wir könnten es nicht annehmen. Ist dagegen das Programm richtig, so muß es auch eine praktisch taugliche Agitationslösung abgeben. Der Widerspruch zwischen den beiden Dilemmas des Gen. Jegorow ist nur ein scheinbarer: er kann

nicht wirklich vorhanden sein, denn eine richtige theoretische Lösung *gewährleistet* einen dauerhaften Erfolg in der Agitation. Wir aber streben gerade nach einem dauerhaften Erfolg und lassen uns durch vorübergehende Fehlschläge keineswegs beirren.

Genosse Liber hat ebenfalls längst erledigte Einwände wiederholt; er wundert sich über die „Dürftigkeit“ unseres Programms und fordert „radikale Reformen“ auch auf dem Agrargebiet. Gen. Liber hat den Unterschied zwischen dem demokratischen und dem sozialistischen Teil des Programms vergessen: daß im demokratischen Programm nichts Sozialistisches enthalten ist, legt er als „Dürftigkeit“ aus. Er hat nicht gemerkt, daß der sozialistische Teil unseres Agrarprogramms sich an anderer Stelle befindet, nämlich im Abschnitt über die Arbeiter, der sich auch auf die Landwirtschaft bezieht. Nur die Sozialrevolutionäre mit der für sie charakteristischen Prinzipienlosigkeit können demokratische und sozialistische Forderungen in einen Topf werfen, was sie auch ständig tun. Die Partei des Proletariats aber ist verpflichtet, diese beiden Dinge strengstens voneinander zu trennen und auseinanderzuhalten.

17

ZWEITE REDE BEI DER ERÖRTERUNG
DES AGRARPROGRAMMS
1. (14.) AUGUST

Bevor ich zu Einzelheiten übergehe, möchte ich auf einige allgemeine Ausführungen erwidern, vor allem auf die des Genossen Martynow. Gen. Martynow sagt, wir sollen nicht gegen den Feudalismus kämpfen, der war, sondern gegen den, der jetzt ist. Das ist richtig, aber ich erinnere an meine Antwort an X. Er berief sich auf das Gouvernement Saratow, ich nahm die Angaben über dasselbe Gouvernement Saratow, und es erwies sich folgendes: Der Umfang der Bodenabschnitte beträgt dort 600 000 Desjatinen, d. h. $\frac{2}{5}$ des gesamten Bodens, der sich unter der Leibeigenschaft im Besitz der Bauern befunden hatte, das gepachtete Land aber beträgt 900 000 Desjatinen. Folglich sind $\frac{2}{3}$ des gesamten Pachtlandes Bodenabschnitte, und wir stellen zu $\frac{2}{3}$ die Bodennutzung wieder her. Wir bekämpfen also nicht ein Gespenst, sondern ein reales Übel. Wir kämen in dieselbe Lage, wie sie in Irland besteht, wo eine moderne Bauernreform notwendig geworden ist, welche die Farmer in kleine Eigentümer verwandelt. Auf die Analogie zwischen Irland und Rußland ist schon in der ökonomischen Literatur der Volkstümmler hingewiesen worden. Gen. Gorin sagt, die von mir vorgeschlagene Maßnahme sei nicht die beste, man solle die Bauern lieber zu freien Pächtern machen. Aber er irrt sich, wenn er glaubt, daß die Umwandlung von halbfreien Pächtern in freie besser sei. Wir denken uns keinen Übergang aus, sondern schlagen einen Übergang vor, bei dem die juristische Bodennutzung der tatsächlichen angeglichen wird, und dadurch heben wir die gegenwärtigen Knechtschaftsverhältnisse auf. Martynow sagt, nicht unsere Forderungen seien dürftig, sondern der Grundsatz sei dürftig, dem sie entspringen. Doch das ähnelt den Argumenten, welche die Sozialrevolutionäre gegen uns ins Feld führen. Im Dorf

verfolgen wir zwei qualitativ verschiedene Ziele: erstens wollen wir die Freiheit bürgerlicher Verhältnisse schaffen und zweitens den proletarischen Kampf führen. Es ist unsere Aufgabe — entgegen den Vorurteilen der Sozialrevolutionäre —, den Bauern zu zeigen, wo die revolutionär-proletarische Aufgabe des bäuerlichen Proletariats beginnt. Darum sind die Einwände des Gen. Kostrow nicht stichhaltig. Man sagt uns, die Bauernschaft würde sich mit unserem Programm nicht begnügen, sie würde weiter gehen; aber das fürchten wir nicht, dafür haben wir unser sozialistisches Programm, und deshalb fürchten wir auch nicht die Umteilung des Bodens, die den Genossen Machow und Kostrow¹⁰² solchen Schrecken einjagt.

Ich komme zum Schluß. Genosse Jegorow hat unsere Hoffnung auf die Bauern eine Schimäre genannt. Nein! Wir bauen keine Luftschlösser, wir sind genügend skeptisch, und deshalb sagen wir auch dem bäuerlichen Proletarier: „Du kämpfst jetzt zusammen mit der Dorfbourgeoisie, du mußt aber stets zum Kampf gegen diese selbe Bourgeoisie bereit sein, und diesen Kampf wirst du gemeinsam mit den Industrieproletariern der Städte führen.“

Marx hat 1852 gesagt, die Bauern hätten nicht nur ein Vorurteil, sondern auch ein Urteil. Und wenn wir jetzt der Dorfarmut die Ursache ihrer Armut aufzeigen, so können wir auf einen Erfolg rechnen. Wir sind überzeugt, angesichts der Tatsache, daß die Sozialdemokratie jetzt den Kampf für die Bauerninteressen aufgenommen hat, können wir in Zukunft damit rechnen, daß die Bauernmasse sich daran gewöhnen wird, in der Sozialdemokratie die Verteidigerin ihrer Interessen zu sehen.

18

DRITTE REDE BEI DER ERÖRTERUNG
DES AGRARPROGRAMMS

1. (14.) AUGUST

Genosse Liber wundert sich ganz umsonst. Er verlangt von uns einen allgemeinen Maßstab, aber einen solchen Maßstab gibt es nicht. Man muß das eine Mal die eine Losung, das andere Mal eine andere aufstellen. Wir haben keine Schablonen. Liber bemerkt, daß unsere Forderung, die Leibeigenschaft auszurotten, mit den Forderungen der Liberalen zusammenfalle. Aber die Liberalen sagen nicht, wie diese Forderung zu verwirklichen ist. Wir dagegen sagen, daß sie nicht von der Bürokratie verwirklicht werden soll, sondern von den unterdrückten Klassen, das aber ist schon der Weg der Revolution. Darin besteht der grundlegende Unterschied zwischen uns und den Liberalen, die mit ihrem Gerede von Umgestaltungen und Reformen das Bewußtsein des Volkes dauernd „verkleistern“. Wollten wir alle Forderungen konkretisieren, welche die Ausrottung der Leibeigenschaft betreffen, so müßten wir ganze Bände füllen. Darum eben zeigen wir nur die hauptsächlichsten Formen und Arten der Knechtschaft auf. Unsere Komitees in den verschiedenen Landstrichen aber werden in Entwicklung des allgemeinen Programms ihre speziellen Forderungen aufstellen und ausarbeiten. Trotz des Hinweises, daß wir die lokalen Forderungen nicht berühren können, ist insofern falsch, als die Frage der Chisanen und der zeitweilig Verpflichteten¹⁰³ nicht nur eine lokale Frage ist. Außerdem ist davon in der Agrarliteratur die Rede.

19

VIERTE REDE BEI DER ERÖRTERUNG
DES AGRARPROGRAMMS
1. (14.) AUGUST

Genosse Liber schlägt vor, den Punkt über die Bodenabschnitte zu streichen, und zwar nur aus dem Grunde, weil ihm die Bauernkomitees nicht gefallen. Das ist sonderbar. Haben wir uns über die Hauptfrage geeinigt, daß die Bodenabschnitte die Bauern in Knechtschaft halten, so ist die Gründung von Komitees eine Teilfrage, und es wäre unlogisch, um ihretwillen den ganzen Punkt abzulehnen. Sonderbar ist auch die Frage, wie wir die Bauernkomitees beeinflussen wollen. Ich hoffe, die Sozialdemokraten werden dann mit geringeren Schwierigkeiten Parteitage veranstalten können und sich auf ihnen darüber verständigen, wie in jedem einzelnen Fall vorzugehen ist.

20

ERSTE REDE BEI DER ERÖRTERUNG
DES PARTEISTATUTS
2. (15.) AUGUST

Lenin verteidigt kurz seine Formulierung und betont dabei vor allem, daß sie den Ansporn gibt: „Organisiert euch!“ Man glaube nicht, daß die Parteiorganisationen nur aus Berufsrevolutionären bestehen dürfen. Wir brauchen die mannigfaltigsten Organisationen aller Arten, Abstufungen und Schattierungen, angefangen von außerordentlich engen und konspirativen bis zu äußerst breiten, freien, losen Organisationen*. Das unerläßliche Merkmal einer Parteiorganisation ist ihre Bestätigung durch das Zentralkomitee.

* „lose Organisationen“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

ZWEITE REDE BEI DER ERÖRTERUNG
DES PARTEISTATUTS
2. (15.) AUGUST

Ich möchte vor allem zwei Bemerkungen persönlicher Natur machen. Erstens aus Anlaß des liebenswürdigen (ich sage das ohne Ironie) Vorschlags Axelrods, „handelseinig“ zu werden. Ich würde dieser Aufforderung gern Folge leisten, denn ich halte unsere Meinungsverschiedenheit gar nicht für so wesentlich, daß davon Sein oder Nichtsein der Partei abhinge. Ein schlechter Punkt im Statut wird noch lange nicht unsern Unter gang bedeuten! Ist die Sache aber schon so weit gediehen, daß wir zwischen zwei Formulierungen zu wählen haben, so kann ich keineswegs auf meine feste Überzeugung verzichten, daß Martows Formulierung eine *Verschlechterung* des ursprünglichen Entwurfs darstellt, eine Verschlechterung, die unter bestimmten Bedingungen der Partei nicht geringen Schaden zufügen kann. Die zweite Bemerkung betrifft Genossen Brucker¹⁰⁴. Es ist ganz natürlich, daß Gen. Brucker, der überall den Grundsatz der Wählbarkeit durchzusetzen wünscht, meine Formulierung angenommen hat, die als einzige den Begriff des *Parteimitglieds* einigermaßen genau festlegt. Es ist mir daher unbegreiflich, warum Gen. Martow sich darüber freut, daß Gen. Brucker mit mir einverstanden ist. Nimmt sich denn Gen. Martow tatsächlich zur *Richtschnur* das Gegenteil dessen, was Brucker sagt, ohne dessen Beweggründe und Argumente zu untersuchen?

Zur Sache selbst übergehend, möchte ich sagen, daß Gen. Trotzki den Grundgedanken des Gen. Plechanow überhaupt nicht begriffen und daher in seinen Ausführungen den eigentlichen Kern der Frage umgangen hat. Er sprach von den Intellektuellen und den Arbeitern, vom Klassenstandpunkt und von der Massenbewegung, übersah aber die eine grundlegende Frage: Wird der Begriff des *Parteimitglieds* durch meine Formulierung

eingengt oder erweitert? Hätte er sich diese Frage gestellt, so wäre ihm ohne weiteres klargeworden, daß meine Formulierung diesen Begriff einengt, während die Martowsche, die sich (wie sich Martow selbst richtig ausdrückt) durch „Elastizität“ auszeichnet, ihn erweitert. Gerade diese „Elastizität“ öffnet in einer Periode des Parteilebens, wie wir sie durchmachen, zweifellos allen Elementen der Zerfahrenheit, der Unbeständigkeit und des Opportunismus Tür und Tor. Um diese einfache und offensichtliche Schlußfolgerung zu widerlegen, müßte man beweisen, daß es solche Elemente nicht gibt, Gen. Trotzki hat aber im Traum nicht daran gedacht, das zu tun. Das kann ja auch nicht bewiesen werden, denn jedermann weiß, daß es nicht wenige solcher Elemente gibt, daß es sie auch in der Arbeiterklasse gibt. Die Festigkeit der Linie und die Reinheit der Prinzipien der Partei zu wahren wird gerade jetzt um so dringlicher, als die in ihrer Einheit wiederhergestellte Partei sehr viele schwankende Elemente in ihre Reihen aufnehmen wird, deren Zahl mit dem Wachstum der Partei anwachsen wird. Gen. Trotzki hat den Grundgedanken meines Buches „Was tun?“ sehr falsch verstanden, als er sagte, die Partei sei keine Verschwörerorganisation (diesen Einwand erhoben auch viele andere gegen mich). Er hat vergessen, daß ich in meinem Buch eine ganze Reihe verschiedener Organisationstypen vorschlage, von den konspirativsten und engsten bis zu verhältnismäßig breiten und „freien“ (losen)*. Er hat vergessen, daß die Partei nur der Vortrupp, der Führer der gewaltigen Masse der Arbeiterklasse sein soll, die sich ganz (oder fast ganz) „unter der Kontrolle und Leitung“ der Parteiorganisationen betätigt, die aber der „Partei“ nicht ganz angehört und nicht ganz angehören darf. In der Tat, man sehe sich an, zu welchen Schlüssen Gen. Trotzki infolge seines Grundfehlers gelangt. Er sagte uns hier, wenn man immer neue Reihen von Arbeitern festnähme und alle Arbeiter erklären würden, daß sie der Partei nicht angehören, wäre unsere Partei ein recht seltsames Gebilde! Ist es nicht umgekehrt? Ist nicht der Gedankengang des Gen. Trotzki seltsam? Er betrachtet das als traurig, was jeden einigermaßen erfahrenen Revolutionär nur freuen könnte. Würden sich Hunderte und Tausende von Arbeitern, die wegen Streiks und Demonstrationen verhaftet werden, als Nichtmitglieder von Parteiorganisationen herausstellen, so bewiese das

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 476. Die Red.

nur, daß unsere Organisationen gut sind, daß wir unsere Aufgabe — einen mehr oder minder engen Kreis von leitenden Genossen konspirativ wirken zu lassen und möglichst breite Massen zur Bewegung heranzuziehen — erfüllen.

Die Wurzel des Fehlers jener, die für Martows Formulierung eintreten, liegt darin, daß sie ein Hauptübel unseres Parteilebens nicht nur ignorieren, sondern dieses Übel sogar sanktionieren. Dieses Übel besteht darin, daß es in der Atmosphäre der fast allgemeinen politischen Unzufriedenheit, unter Verhältnissen, die erfordern, die Arbeit völlig im Verborgenen zu leisten und den größten Teil der Tätigkeit in engen Geheimzirkeln und sogar in privaten Zusammenkünften zu konzentrieren, für uns höchst schwierig, ja beinahe unmöglich ist, die bloßen Schwätzer von den wirklich Arbeitenden zu unterscheiden. Und es dürfte sich kaum ein zweites Land finden, in dem die Vermengung dieser beiden Kategorien so üblich wäre und soviel Verwirrung und Schaden stiftet wie in Rußland. Nicht nur in der Intelligenz, auch in Kreisen der Arbeiterklasse leiden wir furchtbar unter diesem Übel, und die Formulierung des Gen. Martow erhebt dieses Übel zum Gesetz. In dieser Formulierung liegt unbedingt das Bestreben, *all und jeden* zum Parteimitglied zu machen; Gen. Martow mußte das selber mit Vorbehalt zugeben — „wenn ihr wollt, ja“, sagte er. Gerade das wollen wir aber nicht! Gerade deshalb wenden wir uns so entschieden gegen Martows Formulierung. Es ist besser, zehn Arbeitende bezeichnen sich nicht als Parteimitglieder (die wirklich Arbeitenden jagen Titeln nicht nach!), als daß ein Schwätzer das Recht und die Möglichkeit hat, Parteimitglied zu sein. Das ist der Grundsatz, der mir unwiderleglich erscheint und der mich veranlaßt, gegen Martow zu kämpfen. Man hat mir entgegenget, daß wir den Parteimitgliedern ja keine Rechte einräumen würden, daher könnte es auch keine Mißbräuche geben. Dieser Einwand ist absolut nicht stichhaltig: wenn bei uns nicht ausdrücklich gesagt ist, welche besonderen Rechte ein Parteimitglied erhält, so beachte man, daß wir auch keinen Hinweis auf eine Beschränkung der Rechte der Parteimitglieder geben. Das zum ersten. Zweitens aber, und das ist die Hauptsache, darf man — ganz abgesehen von den Rechten — nicht vergessen, daß jedes Parteimitglied für die Partei verantwortlich ist und daß die *Partei für jedes Mitglied die Verantwortung trägt*. Unter unseren Bedingungen der politischen Betätigung aber, da man nur von einem Keimzustand wahrer politi-

schers Organisiertheit sprechen kann, wäre es direkt gefährlich und schädlich, Nichtmitgliedern der Organisation das Recht der Mitgliedschaft zu geben und der Partei die Verantwortung für Leute aufzubürden, die der Organisation nicht angehören (und ihr vielleicht absichtlich nicht angehören). Gen. Martow war entsetzt darüber, daß jemand, der nicht Mitglied einer Parteiorganisation ist, trotz seiner energischen Arbeit nicht das Recht haben wird, sich vor Gericht als Parteimitglied zu bezeichnen. Mich schreckt das nicht. Ein ernster Schaden wäre es umgekehrt, wenn jemand, der sich als Parteimitglied bezeichnet, ohne einer Parteiorganisation anzugehören, vor Gericht in unerwünschter Weise aufträte. Es wäre unmöglich zu widerlegen, daß ein solcher Mann unter der Kontrolle und Leitung der Organisation gearbeitet hat — unmöglich eben infolge der Verschwommenheit dieses Ausdrucks. Tatsächlich — daran ist nicht zu zweifeln — werden die Worte „unter der Kontrolle und Leitung“ dazu führen, daß es *weder eine Kontrolle noch eine Leitung geben wird*. Nie wird das ZK imstande sein, eine wirkliche Kontrolle auf alle auszudehnen, die zwar arbeiten, aber keiner Organisation angehören. Unsere Aufgabe ist es, dem ZK eine *wirkliche* Kontrolle in die Hand zu geben. Unsere Aufgabe ist es, die Festigkeit, die Standhaftigkeit, die Reinheit unserer Partei zu wahren. Wir müssen danach streben, den Namen und das Ansehen eines Parteimitglieds höher, immer höher zu heben — und deshalb bin ich gegen Martows Formulierung.

REDE ZUR WAHL DER „ISKRA“-REDAKTION
7. (20.) AUGUST 1905

Genossen! Martows Rede war so merkwürdig, daß ich mich gezwungen sehe, gegen seine Fragestellung entschieden Einspruch zu erheben. Vor allem erinnere ich daran, daß Martows Protest gegen die Wahl der Redaktion und seine wie seiner Freunde Weigerung, in der zu wählenden Redaktion mitzuarbeiten, in schreiendem Widerspruch stehen zu dem, was wir alle (darunter auch Martow) sagten, als die „Iskra“ als Parteiorgan anerkannt wurde. Man entgegnete uns damals, eine solche Anerkennung habe keinen Sinn, denn man könne nicht einen bloßen Zeitungskopf bestätigen, ohne zugleich die Redaktion zu bestätigen, und Gen. Martow selbst setzte den Widersachern auseinander, daß *das falsch sei*, daß eine bestimmte politische Richtung bestätigt, die Zusammensetzung der Redaktion aber durch *nichts vorausbestimmt* werde und daß die Wahl der Redakteure noch bevorstehe, nämlich bei Punkt 24* unserer Tagesordnung**. Deshalb hatte Gen. Martow jetzt *absolut kein Recht*, von einer Einschränkung der Anerkennung der „Iskra“ zu sprechen. Deshalb zeugen Martows Worte, daß sein Eintritt in das Dreierkollegium ohne seine alten Redaktionskollegen seinen ganzen politischen Ruf beflecken würde, lediglich von einer *erstaunlichen politischen Begriffsverwirrung*. Sich auf diesen Standpunkt stellen — das heißt das Recht des Parteitags auf Neuwahlen, auf jede Änderung im Funktionärstab, auf die Umbesetzung der von ihm bevollmächtigten Kollegien leugnen. Welchen Wirrwarr eine solche Frage-

* Im Verlauf des Parteitags wurde diese Frage zu Punkt 18 der Tagesordnung. *Die Red.*

** „Tagesordnung“ hier und im weiteren bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

stellung anrichtet, ersieht man ohne weiteres am Beispiel des Organisationskomitees. Wir haben ihm das volle Vertrauen und den Dank des Parteitags ausgesprochen, aber wir haben uns gleichzeitig über den bloßen Gedanken lustig gemacht, daß der Parteitag nicht das Recht haben solle, sich über die inneren Verhältnisse des OK Klarheit zu verschaffen, wir haben gleichzeitig jede Mutmaßung zurückgewiesen, daß die alte Zusammensetzung des OK uns hindern könne, eine „unkameradschaftliche“ Änderung in dieser Zusammensetzung vorzunehmen und aus beliebigen Personen ein *neues* ZK zu bilden. Ich wiederhole noch einmal: In den Anschauungen des Gen. Martow über die Unzulässigkeit der Wahl eines *Teils* des früheren Kollegiums kommt eine erstaunliche politische Begriffsverwirrung zum Ausdruck.

Ich gehe jetzt zur Frage der „zwei Dreierkollegien“ über. Gen. Martow sagte, dieser ganze Plan der „zwei Dreierkollegien“ sei das Werk einer Person, eines Redaktionsmitglieds (und zwar sei es mein Plan), und niemand sonst trage die Verantwortung dafür. Ich *protestiere entschieden* gegen diese Behauptung und erkläre, daß sie *geradezu unwahr* ist. Ich erinnere Gen. Martow daran, daß ich mehrere Wochen vor dem Parteitag ihm und noch einem Mitglied der Redaktion offen erklärt habe, daß ich auf dem Parteitag die *freie Wahl* der Redaktion *fordern* werde. Ich verzichtete auf diese Absicht nur deshalb, weil *Gen. Martow selbst* mir statt dessen den zweckmäßigeren Plan der Wahl von „zwei Dreierkollegien“ vorschlug. Ich brachte damals diesen Plan zu Papier und schickte ihn *vor allem* Gen. Martow selbst, der ihn mir mit Abänderungen zurücksandte — hier ist er, dasselbe Exemplar, auf dem die Abänderungen Martows mit roter Tinte eingetragen sind. Eine ganze Reihe von Genossen hat nachher diesen Entwurf dutzendmal gesehen, auch alle Redaktionsmitglieder haben ihn gesehen, und *nie hat irgend jemand* formell gegen ihn protestiert. Ich sage „formell“, denn Gen. Axelrod hat, wenn ich nicht irre, einmal die private Bemerkung gemacht, daß er mit diesem Entwurf nicht sympathisiere. Aber selbstverständlich konnte eine private Bemerkung nicht als Einspruch der Redaktion gelten. Nicht zufällig hat die Redaktion vor dem Parteitag sogar formell beschlossen, einen bestimmten *siebenten* Genossen heranzuziehen, damit, falls es notwendig sein sollte, auf dem Parteitag mit einer kollektiven Erklärung aufzutreten, ein unumstößlicher Beschluß gefaßt werden könne, was in unserem Sechserkollegium so oft mißlungen ist.

Und alle Mitglieder der Redaktion wissen, daß die Ergänzung des Sechserkollegiums durch ein siebentes ständiges Redaktionsmitglied schon sehr, sehr lange der Gegenstand unserer ständigen Sorge gewesen ist. Somit war, ich wiederhole es, die Wahl von „zwei Dreierkollegien“ ein vollkommen natürlicher Ausweg, den ich mit *Wissen und Einverständnis* des Gen. Martow meinem Entwurf eingefügt habe. Und Gen. Martow hat zusammen mit Gen. Trotzki und anderen dieses System der Wahl von „zwei Dreierkollegien“ in zahlreichen internen Zusammenkünften der „Iskristen“ seither oft, sehr oft verteidigt.

Mit meiner Richtigstellung der Erklärung Martows über den privaten Charakter des Plans, „zwei Dreierkollegien“ zu bilden, beabsichtige ich jedoch keineswegs, die Feststellung desselben Martow über die „politische Bedeutung“ des Schrittes, den wir getan haben, als wir die alte Redaktion nicht bestätigten, anzutasten. Im Gegenteil, ich bin mit Gen. Martow vollständig und rückhaltlos darin einverstanden, daß dieser Schritt große politische Bedeutung hat — nur nicht jene, die Martow ihm zuschreibt. Er sagte, das sei ein Akt des Kampfes um den Einfluß auf das ZK in Rußland. Ich gehe weiter als Martow. Ein *Kampf* um den Einfluß war bisher die gesamte Tätigkeit der „Iskra“, als einer nicht parteiamtlichen Gruppe, jetzt aber handelt es sich schon um mehr, nämlich um die *organisatorische Verankerung* des Einflusses, und nicht nur um den Kampf darum. Wie weit Gen. Martow und ich hier *politisch* auseinandergehen, ist daraus ersichtlich, daß er mir diesen Wunsch, auf das ZK einen Einfluß auszuüben, als *Schuld* anrechnet, während ich es mir als *Verdienst* anrechne, daß ich bestrebt war und bin, diesen Einfluß organisatorisch zu verankern. Es stellt sich heraus, daß wir sogar verschiedene Sprachen sprechen! Welchen Zweck hätte unsere ganze Arbeit, hätten alle unsere Anstrengungen, wenn ihre Krönung derselbe alte Kampf um den Einfluß und nicht die vollständige Eroberung und Festigung des Einflusses wäre. Ja, Gen. Martow hat ganz recht: Der getane Schritt ist zweifellos *ein wichtiger politischer Schritt*, der davon zeugt, daß von den jetzt hervorgetretenen Richtungen die eine für die weitere Arbeit unserer Partei gewählt worden ist. Und mich schrecken nicht im geringsten die furchtbaren Worte vom „Belagerungszustand in der Partei“, von den „Ausnahmegesetzen gegen einzelne Personen und Gruppen“ usw. Wir können nicht nur, wir müssen gegen unbeständige und schwankende Elemente einen „Belagerungszustand“

verhängen, und unser ganzes Parteistatut, unser ganzer jetzt vom Parteitag bestätigter Zentralismus ist nichts anderes als ein „Belagerungszustand“ für die so zahlreichen Quellen der *politischen Verschwommenheit*. Gegen die Verschwommenheit brauchen wir eben Sonder-, ja sogar Ausnahmegesetze, und der vom Parteitag getane Schritt hat die politische Richtung richtig vorgezeichnet, indem er für *solche* Gesetze und *solche* Maßnahmen eine feste Grundlage schuf.

23

REDE ÜBER DAS VERHÄLTNIS
ZUR STUDIERENDEN JUGEND
10. (23.) AUGUST

Die Formel „falsche Freunde“ wird nicht allein von den Reaktionären gebraucht, und daß es solche falschen Freunde gibt, das sehen wir an den Liberalen und Sozialrevolutionären. Gerade diese falschen Freunde nähern sich der Jugend mit der Versicherung, sie brauche sich in den verschiedenen Strömungen nicht auszukennen. Wir hingegen stellen als Hauptziel die Erarbeitung einer einheitlichen revolutionären Weltanschauung, während die weitere praktische Aufgabe darin besteht, daß sich die Jugend, wenn sie sich organisiert, an unsere Komitees wendet.

DAS ZEITALTER DER REFORMEN

Ja, wir leben zweifellos in einem Zeitalter der Reformen, wie sonderbar das in Anwendung auf das heutige Rußland auch klingen mag. Ein Stillstand auf allen Gebieten der Innenpolitik, soweit sie nicht den Kampf gegen den inneren Feind betreffen, und trotzdem — oder richtiger: gerade darum — ständige und unaufhörliche Versuche von Reformen und Ansätze zu Reformen in den wundesten und brennendsten Fragen der gesellschaftlich-politischen Verhältnisse. Das Proletariat, das zum bewußten Klassenleben erwacht, tritt schon seit geraumer Zeit als wahrer, als wichtigster, als einzig unversöhnlicher Feind unserer polizeilichen Selbstherrschaft auf. Ein solcher Feind aber wie die fortgeschrittene Gesellschaftsklasse kann mit Gewalt allein, sei es auch die schonungsloseste, bestorganisierte, allseitig angewandte Gewalt, nicht bekämpft werden. Ein solcher Feind zwingt die Selbstherrschaft, mit ihm zu rechnen und Zugeständnisse zu machen, die zwar immer unaufrichtig, immer halbschlächtig, oft völlig verlogen und trügerisch, ja gewöhnlich mit mehr oder minder gut versteckten Fallstricken versehen, aber dennoch Zugeständnisse, Reformen sind, die der ganzen Zeit das Gepräge geben. Natürlich sind das nicht Reformen, die eine absteigende politische Entwicklung kennzeichnen, da die Krise überstanden, der Sturm vorbeigebraust ist und diejenigen, die Herren der Lage geblieben sind, zur Verwirklichung ihres Programms oder (was auch vorkommt) zur Verwirklichung des von ihren Gegnern übernommenen Programms schreiten. Nein, das sind Reformen einer Zeit des Aufstiegs, in welcher immer breitere Massen zum Kampf herangezogen werden, die Krise erst näherrückt und jeder Kampf, bei dem Hunderte auf dem Schlachtfeld bleiben, Tausende neuer Kämpfer gebiert, die noch erbitterter, noch mutiger, noch geschulter sind.

Solche Reformen sind immer die Anzeichen, die Vorboten einer Revolution. Zu ihnen gehören zweifellos auch die letzten, teils durchgeführten, teils erst beabsichtigten Maßnahmen der Zarenregierung: der Gesetzentwurf über die Arbeitervereinigungen zu gegenseitiger Hilfe (ein Entwurf, der von der Regierung nicht veröffentlicht und nur durch die Mitteilungen des bürgerlich-liberalen „Oswoboshdenije“ bekanntgeworden ist), die Gesetze über die Entschädigung von Arbeitern, die Unfälle erlitten haben, und über die Fabrikältesten. Auf dieses letztgenannte Gesetz wollen wir jetzt näher eingehen.

Der Kern des neuen Gesetzes besteht darin, daß die Arbeiter unter bestimmten Bedingungen das Recht auf eine Vertretung in ihrem Verkehr mit den Unternehmern, das Recht auf gewisse Anfänge einer Organisation erhalten können. Diese Rechte sind verklausuliert durch eine unglaubliche Menge polizeilicher Genehmigungen, Beschränkungen und Schikanen. In der Tat! Vor allem muß man in Betracht ziehen, daß nach dem neuen Gesetz das Recht der Arbeiter auf eine Vertretung an die Zustimmung, ja Anregung der Werkleitungen und an die Erlaubnis der Fabrik- und Bergbauämter gebunden ist. Die Fabrikbesitzer können den Arbeitern das Recht auf eine Vertretung geben, doch sind sie vom Gesetz keineswegs dazu verpflichtet, wobei das Fabrikamt die Vertretung verbieten kann, selbst wenn der Fabrikbesitzer sie befürwortet, und zwar aus beliebigen Gründen oder auch ohne jeden Grund. Auf diese Weise wird die Vertretung der Arbeiter von vornherein vollkommen und bedingungslos, unwiderruflich in das Ermessen der Unternehmer und der Polizei gestellt. Wenn Unternehmer und Polizei es für zweckmäßig und wünschenswert halten, dann können sie eine Arbeitervertretung (in sehr engem Rahmen) schaffen — das ist das Wesen der Reform. Nebenbei bemerkt, erwähnt das Gesetz mit keinem Wort eine Vertretung in den staatlichen Betrieben: in den privaten Betrieben können die Arbeitervertreter zu neuen Agenten, zu neuen Fabrikhausknechten in den Händen der Polizei werden, in den staatlichen Betrieben aber gibt es Agenten und Hausknechte stets zur Genüge! Auf diesem Gebiet fordert die Polizei keine Reform — also ist hier auch keine Reform vonnöten.

Weiter. Der Arbeitervertretung selbst ist eine ungeheuerlich entstellte Form gegeben. Die Arbeiter werden zersplittert, in Gruppen eingeteilt; die Regeln, welche bestimmen, wie die Arbeiter in Gruppen einzuteilen

sind, werden vom *Gouverneur* bestätigt, wie überhaupt alle Regeln, welche die Organisation der Vertretung nach dem neuen Gesetz betreffen. Die Fabrikanten und die Polizei können und werden selbstverständlich die Gruppen so zusammenstellen, daß die Solidarität und der Zusammenschluß der Arbeiter auf jede Art und Weise erschwert werden, daß nicht nur zwischen den einzelnen Berufen und den einzelnen Werkstätten, sondern auch zwischen den Arbeitern verschiedener Nationalität, verschiedenen Geschlechts, verschiedenen Alters, verschiedener Ausbildungsstufe, verschiedener Lohnhöhe usw. usf. Zwietracht gesät und geschürt wird. Eine Arbeitervertretung kann und wird den Arbeitern einzig und allein dann nützlich sein, wenn sie ihnen hilft, sich zu einer Masse zu vereinigen, denn die einzige Quelle der Kraft für die getretenen, unterdrückten, von der Arbeit zermürbten Lohnsklaven unserer Zivilisation ist ihre Vereinigung, ihre Organisiertheit, ihre Solidarität. Die zaristische Selbstherrschaft möchte den Arbeitern eine solche Vertretung und unter solchen Bedingungen geben, daß die Arbeiter in jeder Weise voneinander getrennt und dadurch geschwächt werden.

Die von der Polizei zusammengestellten Gruppen sollen auf Grund genauer Polizeivorschriften *Kandidaten* für die Funktion der Ältesten wählen, und zwar so viele Kandidaten, wie die Polizei zu wählen befiehlt. Die Werkleitung wird dann nach ihrem Gutdünken einen der Kandidaten bestätigen, der *Gouverneur* aber hat immer das Recht, einen Ältesten, der, wie es im Gesetz heißt, „seiner Bestimmung nicht genügt“, seines Amtes zu entheben.

Nun, dieser ganze polizeiliche Mechanismus ist nicht allzu verzwickelt! Die „Bestimmung“ der Ältesten besteht augenscheinlich darin, der Polizei nützlich, ihr gefällig zu sein. Das Gesetz sagt nichts darüber, denn von solchen Bedingungen spricht man nicht, man schafft sie. Sie zu schaffen ist mehr als einfach, da ja das Oberhaupt der örtlichen Polizei, der *Gouverneur*, das unkontrollierbare Recht erhält, unliebsame Älteste abzusetzen. Noch einmal: Wäre es nicht richtiger, einen solchen Fabrikältesten Fabrikhausknecht zu nennen? Die Polizei kann die Wahl einer sehr großen Zahl von Kandidaten anordnen, von denen nur einer bestätigt wird. Es wird z. B. befohlen, daß jede Gruppe von, sagen wir, 100 oder 50 Mann zehn oder fünf Kandidaten wählt. Wird man da nicht diese Liste von gewählten Kandidaten unter Umständen in eine Liste von Leuten ver-

wandeln können, die unter besondere Aufsicht zu stellen oder gar zu verhaften sind? Früher wurden solche Listen nur von Spitzeln angefertigt; werden jetzt *vielleicht* manchmal die Arbeiter selbst sie zusammenstellen? Der Polizei hinwiederum kann die Kandidatenliste nicht gefährlich oder auch nur unbequem werden, denn man wird immer den schlechtesten Kandidaten bestätigen, oder auch niemanden bestätigen und eine Neuwahl ansetzen.

In dem Bestreben, die Fabrikältesten so zu sichten, daß sie der polizeilichen „Bestimmung“ genügen, hat das neue Gesetz (wie die meisten russischen Gesetze) sogar weit übers Ziel hinausgeschossen. Die Kandidaten müssen mindestens 25 Jahre alt sein. Der ursprüngliche Gesetzentwurf sah ein Mindestalter von 21 Jahren vor, die höheren Regierungskreise hielten es jedoch für sicherer und staatsmännisch klüger, dieses Mindestalter noch um vier Jahre hinaufzusetzen, um die „unruhigsten Elemente der Fabrikbevölkerung“, als welche „nach Angaben des Polizeidepartements die Leute vom 17. bis zum 20. Lebensjahr zu gelten haben“, von vornherein auszuschalten (aus der erläuternden Begründung des Finanzministeriums, gekürzt im „Westnik Finansow“ [Finanzbote], ungekürzt im „Oswoboshdenije“ abgedruckt). Damit nicht genug, können die Werkleitung und die Polizei in jedem Einzelfall, d. h. für jeden einzelnen Betrieb, erstens eine Heraufsetzung der Altersgrenze und zweitens eine Mindestbeschäftigungszeit des Arbeiters im Betrieb fordern. So ist es zum Beispiel möglich, daß man ein Mindestalter von 40 Jahren und eine mindestens 15jährige Beschäftigungszeit im Betrieb fordern wird, damit jemand das Recht erhält, als Kandidat für den Posten des Ältesten gewählt zu werden! An eins freilich haben die Verfasser des Gesetzes, die so übereifrig die Interessen der Polizei wahren, anscheinend nicht gedacht: Werden die Arbeiter unter solchen Bedingungen diesen Ältesten „posten“ gern bekleiden? Ist doch der Älteste fast ebenso der Polizeiwillkür ausgeliefert wie ein dörflicher Zehntschaftsmann. Kann doch der Älteste einfach in einen Boten verwandelt werden, der den Arbeitern die Anweisungen und Erläuterungen der Werkbrigade überbringt. Wird man doch zweifellos vom Ältesten ausgesprochene Spitzeldienste und Berichte über die Versammlungen der Arbeitergruppen verlangen, die von den Ältesten einberufen werden und über deren ordnungsgemäßen Verlauf sie zu wachen haben. Dabei schweigt sich das Gesetz, in dem Bestimmungen über

die Befreiung der Ältesten von der Arbeit vorgesehen sind, damit sie ihren Pflichten nachgehen können, bescheiden darüber aus, ob und von wem die Ältesten entschädigt werden. Glauben etwa die Verfasser des Gesetzes, daß die von der Arbeit befreiten Ältesten für diese „freie“ Zeit vom Betrieb keine Bezahlung verlangen werden? Oder sollen sie vielleicht, auf Wunsch der Fabrikanten und Gouverneure, nur um der schönen Augen dieser treuen Freunde des Arbeitervolkes willen das Amt der Ältesten bekleiden?

Das Bestreben, die Ältesten zu Fabrikhausknechten zu machen, geht besonders klar auch aus dem dritten Punkt des neuen Gesetzes hervor: die Ältesten werden als Bevollmächtigte ihrer Gruppen nur für die Behandlung solcher Angelegenheiten anerkannt, welche die *Einbaltung* der Arbeitsbedingungen betreffen. Von einer *Anderung* der Arbeitsbedingungen *auch nur zu reden* haben die Ältesten *nicht das Recht!* Schöne „Bevollmächtigte“ der Arbeiterschaft sind das, das muß man schon sagen! Und wie unsinnig ist dieser Passus sogar vom Standpunkt der Urheber des Gesetzes selbst, die die „Klärung der wirklichen Wünsche und Nöte der Arbeiter“ „besonders in einer Zeit, da bereits Mißstimmungen und Unruhen aufgetreten sind“, erleichtern wollten. In neun von zehn Fällen entspringen die Unruhen gerade der Forderung, die Arbeitsbedingungen zu *ändern*, und die Ältesten von der Teilnahme hieran auszuschalten heißt ihre Rolle fast völlig bedeutungslos machen. Die Verfasser des Gesetzes haben sich in einem der zahllosen Widersprüche der Selbstherrschaft verstrickt, denn Arbeiterbevollmächtigten (wirklichen — nicht von der Polizei genehmigten Bevollmächtigten) das Recht geben, eine Änderung der Arbeitsbedingungen zu fordern, hieße die Redefreiheit und die Unantastbarkeit der Person gewähren.

Es kann überhaupt keine Rede davon sein, die Fabrikältesten als wirkliche Arbeiterbevollmächtigte anzusehen. Ein Bevollmächtigter darf nur von den Arbeitern gewählt sein, ohne jede Bestätigung durch die Polizei. Ein Bevollmächtigter muß sofort abgesetzt werden, sobald die Arbeiter, die ihn gewählt haben, ihm ihr Mißtrauen aussprechen. Ein Bevollmächtigter muß jedesmal, wenn die Arbeiter es verlangen, vor der Arbeiterversammlung erscheinen, um Rechenschaft abzulegen. Nach unserem Gesetz aber wird es allein dem Ältesten *anbeimgestellt*, die Arbeiter der Gruppe, die ihn gewählt hat, zu versammeln, wobei Zeit und Ort von der

Werkleitung festgelegt werden. Das heißt also, daß der Älteste die Versammlung nicht einberufen und die Werkleitung weder Ort noch Zeit zur Verfügung stellen muß. Es wäre wahrhaftig zweckmäßiger gewesen, von einer Arbeitervertretung erst gar nicht zu reden, als die Arbeiter mit diesem Trugbild einer Vertretung zu narren.

Die Arbeiterversammlungen flößen der Selbstherrschaft (und zwar mit Recht) einen solchen Schrecken ein, daß sie gemeinsame Versammlungen verschiedener Gruppen kategorisch verbietet. „Zur Besprechung von Angelegenheiten, die mehrere Gruppen betreffen“, verfügt das neue Gesetz, „versammeln sich ausschließlich die Ältesten dieser Gruppen.“ Für die Kapitalisten und die sie schützende Polizeiregierung wäre das wirklich sehr vorteilhaft: zahlenmäßig kleine Gruppen aus Meistern, Angestellten und hochbezahlten Arbeitern bilden, zahlenmäßig große Gruppen aus ungelerten und einfachen Arbeitern bilden — und nur Versammlungen der Ältesten verschiedener Gruppen zulassen! Doch diese Rechnung ist *ohne den Wirt* gemacht: das klassenbewußte Proletariat ist der Herr seines eigenen Schicksals, es wird diese erbärmlichen Polizeikäfige, in die man es setzen will, mit Verachtung beiseite stoßen. Die Arbeiter werden sich gemeinsam versammeln, um ihre Angelegenheiten zu besprechen, sie werden Geheimversammlungen ihrer wahren, der sozialdemokratischen Ältesten veranstalten, allen Verboten zum Trotz.

Wenn aber diese erbärmliche Reform die Keime einer Arbeitervertretung bis zu einem solchen Grade mit Polizei- und Spitzelgeist infiziert, sollten sich da die klassenbewußten Arbeiter vielleicht lieber jeder Beteiligung an den Wahlen der Fabrikältesten oder an den Versammlungen der „Gruppen“ enthalten? Unserer Meinung nach nicht. Sich der aktiven Teilnahme an der gegenwärtigen politischen Wirklichkeit, wie niederträchtig sie auch sein mag, zu enthalten ist die Taktik von Anarchisten und nicht von Sozialdemokraten. Wir werden es verstehen, wir müssen es verstehen, gegen jeden niederträchtigen Winkelzug des neuen Gesetzes, gegen jeden Spitzelstreich mittels des neuen Gesetzes den Kampf der Arbeiter auf breiter Grundlage zu entfalten — und dieser Kampf wird die rückständigsten Arbeiter wecken, wird das politische Bewußtsein aller Teilnehmer an der russischen Polizei-, Gendarmen- und Spitzel-„Arbeitervertretung“ entwickeln. Die Subatowversammlungen haben die Arbeiter noch viel stärker, viel unmittelbarer demoralisiert, als vor der Obrigkeit katz-

buckelnde Älteste sie demoralisieren werden, und dennoch schickten wir in diese Versammlungen klassenbewußte Arbeiter, die dabei selber lernten und andere lehrten, und dennoch endete diese ganze Subatowiade mit einem kläglichen Zusammenbruch, nachdem sie der Sozialdemokratie weit mehr Nutzen gebracht hatte als der Selbstherrschaft — die Odessaer Ereignisse¹⁰⁶ haben in dieser Hinsicht nicht den geringsten Zweifel gelassen.

Die Selbstherrschaft beginnt von Arbeiterversammlungen zu reden. Nutzen wir das aus, um die breiteste Propaganda und Agitation für die sozialdemokratischen Forderungen nach voller Versammlungsfreiheit zu treiben. Die Selbstherrschaft beginnt von Wahlen zu reden; nutzen wir das aus, um die Arbeitermassen mit der Bedeutung der Wahlen, mit den verschiedenen Wahlsystemen, mit allen bei Wahlen angewandten Polizeikniffen bekannt zu machen. Und sie sollen das alles nicht nur aus Büchern und Aussprachen kennenlernen, sondern auch in der Praxis. Am Beispiel der russischen, von der Polizei arrangierten Wahlen, durch die Teilnahme an diesen Wahlen* werden die klassenbewußten Arbeiter immer breitere Massen für die Wahlagitation, für die Leitung von Versammlungen, für die Verteidigung ihrer Forderungen sowohl in diesen Versammlungen als auch den Ältesten gegenüber, für die organisierte ständige Überwachung der Tätigkeit der Ältesten schulen. Die Selbstherrschaft beginnt von einer Arbeitervertretung zu reden. Nutzen wir das aus, um richtige Ideen über eine wirkliche Vertretung zu verbreiten. Vertreterin der Arbeiter kann nur eine freie *Arbeitervereinigung* sein, die viele Fabriken und viele Städte umfaßt. Eine Fabrikvertretung, eine Vertretung der Arbeiter in jeder einzelnen Fabrik, kann die Arbeiter nicht einmal im Westen, nicht einmal in freien Staaten zufriedenstellen. Die Führer der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, z. B. in Deutschland, haben sich des öfteren gegen die Fabrikvertretung gewandt. Und das ist verständlich, denn der Druck des Kapitals ist zu stark, und das Recht, Arbeiter zu entlassen — dieses geheiligte Recht des kapitalistischen freien Vertrags —, wird die Arbeitervertretung in jeder einzelnen Fabrik *immer* machtlos machen. Nur eine Arbeitervereinigung, die Arbeiter vieler Fabriken und vieler Orte ver-

* Natürlich darf man keinesfalls organisierte Arbeiter zu Ältesten wählen; als Kandidaten sind geeignete Leute aus der unorganisierten Masse aufzustellen.

einigt, beseitigt die Abhängigkeit der Arbeitervertreter vom einzelnen Fabrikanten. Nur eine Arbeitervereinigung gewährleistet alle jene Kampfmittel, die in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt möglich sind. Freie Arbeitervereinigungen sind aber nur denkbar bei *politischer Freiheit*, wenn Unantastbarkeit der Person, Versammlungsfreiheit, freie Wahl von Deputierten zu einer Volksvertretung gesichert sind.

Ohne politische Freiheit bleiben alle Formen der Arbeitervertretung ein kläglicher Betrug, bleibt das Proletariat nach wie vor im Kerker, ohne Licht und Luft, ohne den Spielraum, den es für den Kampf um seine vollständige Befreiung braucht. In diesem Kerker bricht die Regierung jetzt statt eines Fensters eine winzige Öffnung durch, wobei sie diese Öffnung so einrichtet, daß sie den Gendarmen und Spitzeln, die den Gefangenen bewachen, mehr Nutzen bringt als dem Gefangenen selbst. Und solch eine Reform wollen die Henker des russischen Volkes für eine Wohltat der Zarenregierung ausgeben! Doch die russische Arbeiterklasse wird mit Hilfe dieser Öffnung neue Kraft zum Kampf schöpfen, sie wird alle Mauern des verfluchten Kerkers in ganz Rußland dem Erdboden gleichmachen und sich im bürgerlichen demokratischen Staat eine freie Klassenvertretung erobern.

„Iskra“ Nr. 46,
15. August 1903.

Nach dem Text der „Iskra“.

DAS LETZTE WORT DES BUNDISTISCHEN NATIONALISMUS

Das Auslandskomitee des „Bund“ hat soeben eine Flugschrift mit einem Bericht über den fünften Kongreß des „Bund“ herausgegeben. Der Kongreß tagte im Juni (alten Stils). Unter seinen Beschlüssen steht an erster Stelle der „Entwurf des Statuts“ über die Stellung des „Bund“ in der Partei. Der Entwurf ist außerordentlich lehrreich und läßt vom Standpunkt der Deutlichkeit und „Entschiedenheit“ seines Inhalts nichts zu wünschen übrig. Eigentlich ist der erste Paragraph des Entwurfs schon so klar, daß die übrigen entweder eine einfache Erläuterung oder sogar völlig unnützer Ballast sind. „Der ‚Bund‘“, lautet § 1, „ist ein föderativer“ (hervorgehoben von uns) „Teil der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.“ Eine Föderation setzt einen *Vertrag* zwischen einzelnen, völlig selbständigen Ganzen voraus, die ihre Wechselbeziehungen nicht anders als durch gegenseitige freiwillige Vereinbarung regeln. Es ist daher kein Wunder, daß der „Entwurf des Statuts“ mehrmals von „*vertragschließenden Seiten*“ (§§ 3, 8 und 12) spricht. Kein Wunder, daß auf Grund dieses Entwurfs dem *Parteitag* nicht das Recht eingeräumt wird, das einen *Teil* der Partei betreffende *Statut* zu ändern, zu ergänzen oder aufzuheben. Kein Wunder, daß der „Bund“ sich eine „Vertretung“ im Zentralkomitee der Partei ausbedingt und diesem Zentralkomitee der Partei „*nur mit Zustimmung des Zentralkomitees des ‚Bund‘*“ gestattet, sich an das jüdische Proletariat zu wenden und mit einzelnen Teilen des „Bund“ zu verkehren. All dies ergibt sich mit zwingender Logik aus dem Begriff „Föderation“, aus dem Begriff „*vertragschließende Seiten*“, und hätte der fünfte Kongreß des „Bund“ einfach beschlossen, daß der „Bund“ eine selbständige nationale sozialdemokratische (oder vielleicht nationalistische

sozialdemokratische?) Partei bildet, so hätte er sich (und anderen) viel Zeit, viel Mühe und viel Papier erspart. Einerseits wäre sofort und ohne alle Umschweife klar gewesen, daß eine selbständige, gesonderte Partei ihre Beziehungen zu anderen Parteien nur als „vertragschließende Seite“ und nur auf Grund „gegenseitiger Vereinbarung“ regeln kann. Es wäre nicht nötig gewesen, alle Einzelfälle aufzuzählen, in denen eine solche Vereinbarung erforderlich ist (und es ist ja auch dem ureigenen Wesen der Sache nach unmöglich, *sämtliche* derartigen Fälle aufzuzählen, wohingegen eine unvollständige Aufzählung, wie der „Bund“ sie gibt, nur bedeutet, einer Unmenge Mißverständnissen Tür und Tor zu öffnen). Es wäre nicht nötig gewesen, Logik und Gewissen zu vergewaltigen, indem man den Vertrag zweier selbständiger Einheiten als Statut über die Stellung eines Teils der Partei bezeichnete. Diese wohlstandige und gesittete Bezeichnung („Statut über die Stellung des ‚Bund‘ in der Partei“) ist in ihrem Kern um so verlogener, als die Gesamtpartei ihre volle organisatorische Einheit faktisch noch nicht wiederhergestellt hat, während der „Bund“ als bereits konsolidierter Teil auftritt, der die Mängel der allgemeinen Organisation dazu ausnutzen will, sich noch weiter vom Ganzen zu entfernen und *dieses Ganze für immer in kleine Teile aufzuspalten*.

Andererseits hätte eine unumwundene Fragestellung die Verfasser des famosen Statutenentwurfs der Pflicht enthoben, Punkte abzufassen, in denen Rechte vorgesehen sind, die *jedem* organisierten Teil der Partei, jeder Bezirksorganisation, jedem Komitee, jeder Gruppe zustehen, z. B. das Recht, gestützt auf das Parteiprogramm, allgemeine Fragen zu entscheiden, zu denen von den Parteitagern keine Resolutionen gefaßt worden sind. Statuten mit derartigen Punkten zu schreiben ist einfach lächerlich.

Gehen wir nun dazu über, die vom „Bund“ bezogene Position ihrem Wesen nach zu beurteilen. Nachdem sich der „Bund“ einmal auf die schiefe Ebene des Nationalismus begeben hatte, mußte er naturgemäß und unausbleiblich (wenn er sich nicht von seinem grundlegenden Fehler los-sagen wollte) zur Bildung einer besonderen jüdischen Partei kommen. Dem nähert sich denn auch unmittelbar § 2 des Statuts, der dem „Bund“ das *Monopol* auf die Vertretung des jüdischen Proletariats beschert. Nach dem Wortlaut dieses Paragraphen gehört der „Bund“ der Partei als sein (des jüdischen Proletariats) *einzig* (hervorgehoben von uns) Vertreter an. Die

Tätigkeit des „Bund“ und die Organisation des „Bund“ soll durch keinerlei regionalen Rahmen eingeschränkt sein. Somit wird hier die völlige Lostrennung und Abgrenzung des jüdischen Proletariats vom nichtjüdischen Proletariat Rußlands nicht nur mit rückhaltloser Konsequenz zu *Ende* geführt, sondern auch durch einen sozusagen notariellen Vertrag, ein „Statut“, ein „Grund“ gesetz besiegelt (siehe § 12 des Entwurfs). Solche „empörenden“ Fälle wie das verwegene Vorgehen des Jekaterinoslawer Parteikomitees, das sich über den Kopf des „Bund“ (der damals in Jekaterinoslaw gar keine eigene Organisation hatte!) hinweg an die jüdischen Arbeiter wandte, sollen gemäß dem neuen Entwurf von jetzt ab unmöglich gemacht werden. Wie wenig jüdische Arbeiter es in einer Gegend auch geben mag, wie weit diese Gegend von den Zentren der bundistischen Organisation auch entfernt sein mag — kein Teil der Partei, nicht einmal das Zentralkomitee der Partei, darf es wagen, sich ohne Zustimmung des Zentralkomitees des „Bund“ an das jüdische Proletariat zu wenden! Man glaubt einfach nicht, daß ein solcher Vorschlag gemacht werden konnte, so ungeheuerlich ist dieser Monopolanspruch, besonders unter unseren russischen Verhältnissen, aber die §§ 2 und 8 (Anm.) des Statutenentwurfs lassen keinen Zweifel bestehen. Der Wunsch des „Bund“, sich noch weiter von den russischen Genossen zu entfernen, ist nicht nur aus jedem Punkt des Entwurfs herauszulesen, er kommt auch in den anderen Kongreßresolutionen zum Ausdruck. So beschloß der fünfte Kongreß zum Beispiel, einmal monatlich die „*Poslednija Iswestija*“ (herausgegeben vom Auslandskomitee des „Bund“) „in Form einer Zeitung, worin die programmatische und taktische Position des ‚Bund‘ zu erläutern wäre“, erscheinen zu lassen. Voller Ungeduld und Interesse werden wir die Erläuterung dieser Position erwarten. Der Kongreß hat den Beschluß des IV. Kongresses über die Arbeit im Süden *aufgehoben*. Bekanntlich war von dem IV. Kongreß des „Bund“ beschlossen worden, in jenen Städten des Südens, wo die jüdischen Organisationen den Parteikomitees angehören, „*keine gesonderten Komitees des ‚Bund‘ zu bilden*“ (hervorgehoben vom „Bund“). Die Aufhebung dieses Beschlusses ist ein großer Schritt zur weiteren Absonderung, ist eine direkte Herausforderung der Genossen im Süden, die unter dem jüdischen Proletariat arbeiteten und arbeiten wollten, ohne die engste Verbindung mit dem *gesamten* dortigen Proletariat aufzugeben. „Wer A gesagt hat, muß auch B sagen“ — wer sich auf den Standpunkt des Natio-

nalismus gestellt hat, der gelangt naturgemäß zu dem Wunsch, seine Nationalität, seine nationale Arbeiterbewegung mit einer chinesischen Mauer zu umgeben, der läßt sich auch dadurch nicht beirren, daß in jeder Stadt, Ortschaft und Siedlung besondere Mauern gebaut werden müssen, den bringt es nicht einmal in Verlegenheit, daß er durch seine Taktik der Entzweiung und Zersplitterung das große Vermächtnis der Annäherung und Vereinigung der Proletarier aller Nationen, aller Rassen, aller Sprachen *zunichte macht*. Welch bittere Ironie liegt nach alledem in der Resolution desselben V. Kongresses des „Bund“ über die Pogrome, in welcher die „Überzeugung“ geäußert wird, „daß *nur der gemeinsame Kampf* der Proletarier aller Nationalitäten von Grund aus die Verhältnisse ändern wird, die Ereignisse wie die Kischinjower erzeugen“ (hervorgehoben von uns). Wie unaufrichtig klingen diese Worte vom gemeinsamen Kampf, wenn wir gleich darauf ein „Statut“ präsentiert bekommen, das nicht nur die gemeinsamen Kämpfer voneinander *entfernt*, sondern diese Entfernung und Entfremdung auch organisatorisch verankert! Wie gern möchten wir den bundistischen Nationalisten den Ratschlag geben: Lernt bei den Odessaer Arbeitern, die gemeinsam streikten, zu gemeinsamen Versammlungen, zu gemeinsamen Demonstrationen gingen, ohne zuerst (o die Verwegenen!) die „Zustimmung“ des Zentralkomitees des „Bund“ zum Appell an die jüdische Nation einzuholen, die den Händlern, um sie zu beruhigen, sagten (siehe Nr. 45 der „Iskra“): „Keine Angst, keine Angst, hier ist nicht Kischinjow, wir wollen etwas ganz anderes, unter uns gibt es keine Juden und keine Russen, wir sind *alle Arbeiter*, wir haben es alle gleich schwer.“ Mögen sich die Genossen aus dem „Bund“ diese Worte überlegen, wenn es noch nicht zu spät ist, mögen sie sich gut überlegen, wohin sie gehen!

„Iskra“ Nr. 46,
15. August 1903.

Nach dem Text der „Iskra“.

MARTOWS WIDERSPRÜCHE UND ZICKZACKKURS

1. Er befahdete das Organisationskomitee wegen seiner Schwankungen und Sprünge, wegen seiner Quasi-Iskralinie – dann aber lotste er die Schwankenden und Quasi-Iskristen ins ZK hinein.

2. Er verteidigte stets die organisatorischen Ideen der „Iskra“ („Was tun?“) – und setzte den jaurèsistischen Punkt 1 des Statuts durch.

3. Er stimmte einer Erneuerung der Redaktion durch ein Dreierkollegium zu – und kämpfte dann auf dem Parteitag für ein Sechserkollegium *quand même**.

4. Er kämpfte gegen den sogenannten „Demokratismus“ – und trat für „Freiheit“ bei der Kooptierung in die Zentralstellen ein.

Geschrieben Ende August 1903.

*Zuerst veröffentlicht 1927 im
Lenin-Sammelband VI.*

Nach dem Manuskript.

* um jeden Preis. *Die Red.*

ANMERKUNGEN

¹ Das auf dem II. Parteitag der SDAPR 1903 angenommene Parteiprogramm war von der Redaktion der Leninschen „Iskra“ in den Jahren 1901–1902 ausgearbeitet worden. Das Hauptverdienst an der Ausarbeitung des Parteiprogramms gebührt Lenin.

Den ersten Programmentwurf nebst Erläuterungen dazu schrieb Lenin 1895–1896 im Gefängnis. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 77–104, russ.) Beides wurde ins Ausland an die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ gesandt. Ende 1899 bereitete Lenin in der sibirischen Verbannung einen neuen Entwurf vor (siehe Werke, Bd. 4, S. 221–248), der ebenfalls an die russischen Sozialdemokraten ins Ausland gesandt wurde.

Auf Initiative Lenins begann die Redaktion der „Iskra“ im Sommer 1901 mit der Abfassung eines Entwurfs des Parteiprogramms.

Den ursprünglichen Entwurf verfaßte G. W. Plechanow.

Nachdem sich Lenin davon überzeugt hatte, daß sowohl der ursprüngliche Entwurf wie auch die nächsten Entwürfe Plechanows unannehmbar waren, arbeitete er im Januar–Februar 1902 einen eigenen Entwurf aus. Die Redaktion der „Iskra“ benannte eine Koordinierungskommission, die auf Grund der Entwürfe Lenins und Plechanows einen einheitlichen Programmentwurf ausarbeiten sollte. Lenin setzte durch, daß in den endgültigen Programmentwurf der höchst wichtige Punkt über die Diktatur des Proletariats aufgenommen, die führende Rolle der Arbeiterklasse in der Revolution eindeutig aufgezeigt und der proletarische Charakter der Partei besonders unterstrichen wurde. Lenin schrieb auch den gesamten Agrarteil des Programms.

Der Programmentwurf wurde in Nr. 21 der „Iskra“ vom 1. Juni 1902 veröffentlicht. ¹

² Das „Erfurter Programm“ der deutschen Sozialdemokratie wurde auf dem Erfurter Parteitag im Oktober 1891 an Stelle des Gothaer Programms von

1875 angenommen, dessen Fehler Karl Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ aufgedeckt hatte.

Lenin benutzte den deutschen Text des „Erfurter Programms“ und übersetzte die von ihm zitierten Stellen selbst. 5

³ Frey — Pseudonym W. I. Lenins. 12

⁴ Gemeint ist hier folgende Stelle aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei“:

„Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.“ (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1955, S. 34.) 24

⁵ Siehe Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, Berlin 1955, S. 75. 24

⁶ Siehe Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, Berlin 1955, S. 74/75. 29

⁷ „Russkije Wedomosti“ (Russische Nachrichten) — Zeitung, die in Moskau seit 1863 von liberalen Professoren der Moskauer Universität und Semstwo-leuten herausgegeben wurde. Sie vertrat die Interessen der liberalen Gutsbesitzer und der Bourgeoisie. 1905 wurde sie zum Organ des rechten Flügels der Kadetten; 1918 wurde sie, wie auch die anderen konterrevolutionären Zeitungen, verboten. 29

⁸ K. Kautsky, „Die Revision des Programms der Sozialdemokratie in Österreich“ („Die Neue Zeit“, 1901—1902, Bd. 1, Nr. 3, S. 77). 34

⁹ Gemeint sind die Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation (I. Internationale). Die ersten „Provisorischen Statuten“ wurden von Marx ausgearbeitet und auf der Sitzung des Zentralrats am 1. November 1864 angenommen. Die „Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation“, denen diese „Provisorischen Statuten“ zugrunde lagen, wurden auf der Londoner Konferenz der Internationalen Arbeiterassoziation im September 1871 angenommen. (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1955, S. 360—363.) 35

¹⁰ Berg und Gironde — Bezeichnung der zwei politischen Gruppierungen der Bourgeoisie während der französischen bürgerlichen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts. Als Berg oder Jakobiner bezeichnete man die konsequentesten Vertreter der revolutionären Klasse der damaligen Zeit, der Bourgeoisie, die die Vernichtung des Absolutismus und Feudalismus forderten.

Zum Unterschied von den Jakobinern schwankten die Girondisten zwischen Revolution und Konterrevolution und wählten den Weg des Paktierens mit der Monarchie.

„Sozialistische Gironde“ nannte Lenin die opportunistische Strömung in der Sozialdemokratie, proletarische Jakobiner oder „Berg“ die revolutionären Sozialdemokraten. Nach der Spaltung der SDAPR in Bolschewiki und Menschewiki betonte Lenin des öfteren, daß die Menschewiki die girondistische Strömung in der Arbeiterbewegung darstellen. 36

- ¹¹ Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“, in *Ausgewählte Schriften* in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1955, S. 33. 37
- ¹² 1894 unterzog Engels in dem Artikel „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“ die opportunistischen Fehler der französischen und deutschen Sozialisten in der Agrarfrage einer scharfen Kritik. (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften* in zwei Bänden, Bd. II, Berlin 1955, S. 394–412.) 37
- ¹³ Siehe Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, Berlin 1955, S. 78. 38
- ¹⁴ „Die Neue Zeit“ — Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, die von 1883 bis 1923 in Stuttgart erschien. In den Jahren 1885–1895 veröffentlichte „Die Neue Zeit“ einige Artikel von Friedrich Engels. Dieser gab der Redaktion der Zeitschrift oft Ratschläge und kritisierte sie scharf wegen ihrer Abweichungen vom Marxismus. Angefangen von der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, nach dem Tode von Friedrich Engels, vertrat die Zeitschrift Kautskysche Auffassungen und veröffentlichte systematisch Artikel von Revisionisten. Während des imperialistischen Weltkriegs (1914–1918) bezog sie einen zentristischen Standpunkt, wodurch sie faktisch die Sozialchauvinisten unterstützte. 38
- ¹⁵ Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften* in zwei Bänden, Bd. II, Berlin 1955, S. 22. 40
- ¹⁶ Siehe Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, Berlin 1955, S. 80. 41
- ¹⁷ Der Text des Kommissionsentwurfs war das Resultat der Arbeit der Koordinierungskommission, die von der Redaktion der „Iskra“ benannt worden war, um auf Grund der früher von Lenin und Plechanow ausgearbeiteten Entwürfe einen einheitlichen Programmentwurf der SDAPR zu verfassen. Die Redaktionsmitglieder der „Iskra“ sollten zum Kommissionsentwurf des Programms ihre Bemerkungen machen, und die Koordinierungskommission sollte dann den endgültigen Programmentwurf ausarbeiten.

Die Bestätigung des Kommissionsentwurfs erfolgte in einer Redaktionsbesprechung der „Iskra“, die am 14. April in Zürich in Abwesenheit Lenins stattfand.

Die „Bemerkungen zum Programmwurf der Kommission“ sind im vorliegenden Band nach dem Leninschen Manuskript wiedergegeben. Die Stellen des Kommissionsentwurfs, die Lenin in seinen Bemerkungen analysiert und kritisiert, sind durch Unterstreichungen gekennzeichnet. 47

- ¹⁸ „Sarja“ (Die Morgenröte) — marxistische wissenschaftlich-politische Zeitschrift, die von der Redaktion der „Iskra“ in den Jahren 1901 und 1902 in Stuttgart herausgegeben wurde.

In der „Sarja“ wurden folgende Arbeiten Lenins veröffentlicht: „Zufällige Notizen“, „Die Verfolger des Semstwo und die Hannibale des Liberalismus“, die ersten vier Kapitel des Werkes „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker‘“ (unter dem Titel „Die Herren ‚Kritiker‘ in der Agrarfrage“), „Innerpolitische Rundschau“ und „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie“. Insgesamt erschienen 4 Nummern (3 Hefte) der „Sarja“: Nr. 1 im April 1901 (tatsächlich erschien Nr. 1 am 23. März n. St.), Nr. 2–3 im Dezember 1901 und Nr. 4 im August 1902. 59

- ¹⁹ Es handelt sich hier um den dritten Band des „Kapitals“ von Karl Marx. Weiter unten wird der zweite Band des „Kapitals“ erwähnt. 62

- ²⁰ „Westnik Russkoi Rewoluzii“ (Bote der Russischen Revolution) — eine Zeitschrift der Sozialrevolutionäre, die von 1901 bis 1905 im Ausland erschien. 63

- ²¹ „Russkoje Bogatstwo“ (Russischer Reichtum) — Monatsschrift, die von 1876 bis Mitte 1918 in Petersburg erschien. Anfang der neunziger Jahre wurde die Zeitschrift zu einem Organ der liberalen Volkstümpler, die Redakteure waren S. N. Kriwenko und N. K. Michailowski. Die Zeitschrift propagierte Versöhnung mit der Zarenregierung und Verzicht auf jeden revolutionären Kampf gegen die Regierung; sie führte einen erbitterten Kampf gegen den Marxismus und die russischen Marxisten. 63

- ²² Den „Abänderungsvorschlag zum Agrarteil des Programms“ legte Lenin den übrigen Redaktionsmitgliedern der „Iskra“ zur Stellungnahme vor.

Für die namentliche Abstimmung über diesen Abänderungsvorschlag fügte Lenin am Ende des Manuskripts die Pseudonyme bzw. Initialen der Redaktionsmitglieder der „Iskra“ bei:

G. W. — Plechanow; P. B. — Axelrod; W. J. — Sassulitsch; Berg — Pseudonym J. O. Martow; A. N. — Potressow. 64

- ²³ Als Kommentar zum Agrarteil des Parteiprogramms bezeichnet Lenin seine Arbeit „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 95—140.) 64
- ²⁴ Lenin zitiert aus Tschernyschewskis Roman „Der Prolog“ (siehe N. G. Tschernyschewski, *Ausgewählte Werke*, Bd. V, 1932, S. 480, russ.), in dem Tschernyschewski durch den Mund einer Romanfigur (Wolgins) seine Einschätzung der Bauern „befreiung“ zum Ausdruck bringt. 64
- ²⁵ Es handelt sich um die Ermordung des Volksbildungsministers Bogolepow durch den Studenten Karpowitsch im Februar 1901. An Stelle Bogolepows wurde der ehemalige Kriegsminister General Wannowski zum Volksbildungsminister ernannt. 66
- ²⁶ Lenin zitiert L. N. Tolstojs „Briefe über die Hungersnot“, die erstmalig, von der Zensur verstümmelt, im Januarheft der Zeitschrift „Knishki ‚Nedeli‘“ (Hefte der „Woche“) 1892 unter dem Titel „Hilfe für die Hungernden“ veröffentlicht wurden. 71
- ²⁷ „Iskra“ (Der Funke) — die erste gesamtrussische illegale marxistische Zeitung, die 1900 von Lenin gegründet wurde. Die Schaffung dieses Kampforgans der revolutionären Marxisten war „das Hauptglied in der Kette der Glieder und die Hauptaufgabe in der Kette der Aufgaben, vor denen die Partei damals stand“ (*Stalin*).

Da es wegen der polizeilichen Verfolgungen unmöglich war, in Rußland eine revolutionäre Zeitung herauszugeben, hatte Lenin bereits in der sibirischen Verbannung in allen Einzelheiten den Plan durchdacht, sie im Ausland herauszubringen. Nach der Rückkehr aus der Verbannung im Januar 1900 ging Lenin unverzüglich daran, seinen Plan zu verwirklichen.

Die erste Nummer der Leninschen „Iskra“ erschien am 11. (24.) Dezember 1900 in Leipzig, die folgenden Nummern erschienen in München, ab April 1902 in London und ab Frühjahr 1903 in Genf.

Der Redaktion der „Iskra“ gehörten an: W. I. Lenin, G. W. Plechanow, J. O. Martow, P. B. Axelrod, A. N. Potressow und W. I. Sassulitsch. Ab Frühjahr 1901 war N. K. Krupskaja Redaktionssekretärin. Faktisch war Lenin der Chefredakteur und Leiter der „Iskra“. Er veröffentlichte in der „Iskra“ Artikel über alle grundlegenden Fragen des Parteaufbaus und des proletarischen Klassenkampfes in Rußland und nahm zu den wichtigsten internationalen Ereignissen Stellung.

In einer Reihe von Städten Rußlands (Petersburg, Moskau u. a.) wurden

Gruppen und Komitees der SDAPR geschaffen, die sich zur Leninschen „Iskra“-Richtung bekannten. In Transkaukasien wurden die Ideen der „Iskra“ von der Zeitung „Brdsola“ (Der Kampf) vertreten, der ersten illegalen georgischen Zeitung der Tifliser sozialdemokratischen Organisation, ihrer Leninschen „Iskra“-Gruppe. Der Begründer und Leiter der Leninschen „Iskra“-Organisationen in Transkaukasien war J. W. Stalin in Zusammenarbeit mit W. S. Kezchoweli, A. G. Zulukidse und W. K. Kurnatowski.

Die „Iskra“-Organisationen entstanden und arbeiteten unter der unmittelbaren Leitung der von Lenin und Stalin herangebildeten Berufsrevolutionäre (N. E. Bauman, I. W. Babuschkin, S. I. Gussew, M. I. Kalinin u. a.).

Auf Initiative Lenins und unter seiner unmittelbaren Teilnahme arbeitete die Redaktion der „Iskra“ den Entwurf eines Parteiprogramms aus (veröffentlicht in Nr. 21 der „Iskra“) und bereitete den II. Parteitag der SDAPR vor, der im Juli–August 1903 stattfand.

Als der Parteitag zusammentrat, hatten sich die meisten lokalen sozialdemokratischen Organisationen Rußlands der „Iskra“ angeschlossen; sie billigten ihre Taktik, ihr Programm und ihren Organisationsplan und erkannten sie als ihr leitendes Organ an. In einem besonderen Beschluß unterstrich der Parteitag die außerordentliche Bedeutung der „Iskra“ im Kampf für die Partei und erklärte sie zum Zentralorgan der SDAPR.

Auf dem II. Parteitag wurden Lenin, Plechanow und Martow zu Redakteuren gewählt. Trotz dem Parteitagsbeschluß lehnte Martow es jedoch ab, in die Redaktion einzutreten, so daß die Nummern 46–51 der „Iskra“ unter der Redaktion Lenins und Plechanows erschienen. Später ging Plechanow zum Menschewismus über und forderte die Aufnahme aller alten, vom Parteitag abgelehnten menschewistischen Redakteure in die Redaktion der „Iskra“. Hiermit konnte sich Lenin nicht einverstanden erklären. Er trat am 1. November 1903 aus der Redaktion der „Iskra“ aus, um sich im Zentralkomitee der Partei eine feste Position zu sichern und von dieser Position aus die opportunistischen Menschewiki zu bekämpfen. Nr. 52 erschien unter der alleinigen Redaktion Plechanows. Am 26. November 1903 kooptierte Plechanow eigenmächtig, unter Verletzung des Willens des Parteitags, die früheren menschewistischen Redakteure in die Redaktion der „Iskra“. Von Nr. 52 an verwandelten die Menschewiki die „Iskra“ in ihr Organ.

„Seit dieser Zeit spricht man in der Partei von der *alten* ‚Iskra‘ als der Leninschen, bolschewistischen ‚Iskra‘ und von der *neuen* ‚Iskra‘ als der menschewistischen, opportunistischen ‚Iskra‘.“ („Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, Berlin 1955, S. 58.) 73

²⁸ Mit der „*neuzeitlerischen Lobbudelei*“ meint Lenin die reaktionäre Richtung der Presse des zaristischen Rußlands, die in der Zeitung „*Nowoje Wremja*“ (Neue Zeit) (herausgegeben von 1868 bis Oktober 1917 in Petersburg) zum Ausdruck kam.

„*Neuzeitlerisch*“ heißt hier demnach soviel wie reaktionär, käuflich, speichelleckerisch. 74

²⁹ *Bastiat* — französischer bürgerlicher Ökonom aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Bastiat propagierte den Burgfrieden und die „*Interessenharmonie*“ der verschiedenen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft. Karl Marx kritisierte die Lehre Bastiats scharf und verspottete sie in seiner Arbeit „*Carey und Bastiat*“, die er im Juli—Dezember 1857 schrieb.

Schulze-Delitzsch — deutscher Ökonom und Anhänger Bastiats. In dem Bestreben, die Arbeiter und die sich proletarisierenden Handwerker vom revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus abzuhalten, trat er für die Gründung von Genossenschaften und Spar- und Darlehnskassen ein, die angeblich imstande sein sollten, die Lage des Proletariats im Rahmen des Kapitalismus zu verbessern und die Kleingewerbetreibenden vor dem Ruin zu retten. 81

³⁰ Lenins Bericht der „*Iskra*“-Redaktion war für die Beratung (Konferenz) der Komitees der SDAPR in Belostok bestimmt, die vom 23.—28. März (5.—10. April) 1902 stattfand. Die „*Ökonomen*“ und die sie unterstützenden Bundisten beabsichtigten ursprünglich, diese Konferenz zum Parteitag zu erklären. Lenin bewies in seinem Referat, das auf der Konferenz von einem Vertreter der „*Iskra*“ verlesen wurde, daß ein solcher Parteitag unvorbereitet und nicht beschlußfähig wäre. Den Gegnern der „*Iskra*“ gelang es nicht, aus dieser Konferenz einen Parteitag zu machen. Die Konferenz bestätigte ein Flugblatt zum 1. Mai und schuf das Organisationskomitee für die Einberufung des II. Parteitags. Die meisten Delegierten der Konferenz und die Mitglieder des OK wurden sofort nach der Konferenz verhaftet. Ein neues Organisationskomitee für die Einberufung des II. Parteitags der SDAPR wurde im November des gleichen Jahres gebildet. 84

³¹ „*Nakanune*“ (Am Vorabend) — Zeitschrift der Volkstümlerrichtung; wurde in London von Januar 1899 bis Februar 1902 in russischer Sprache herausgegeben. Es erschienen 37 Nummern. Um die Zeitschrift gruppieren sich die Vertreter verschiedener kleinbürgerlicher Parteien. 85

³² Die Rede Pjotr Alexejews, eines Arbeiterrevolutionärs der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts, wurde am 10. (22.) März 1877 vor Gericht gehalten

und zuerst 1877 in London in dem Sammelband „Wperjod!“ (Vorwärts!), einer unregelmäßig erscheinenden Rundschau, veröffentlicht.⁸⁹

- ³³ „*Rabotscheje Delo*“ (Arbeitersache) — Zeitschrift der „Ökonomen“, unregelmäßig erscheinendes Organ des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten“. Die Zeitschrift wurde in Genf von April 1899 bis Februar 1902 unter der Redaktion von B. N. Kritschewski, A. S. Martynow und W. P. Iwanschin herausgegeben.

Eine Kritik der Ansichten der Gruppe „Rabotscheje Delo“ findet man in Lenins Werk „Was tun?“. (Siehe Werke, Bd. 5, S. 355—551.) 93

- ³⁴ „*Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie*“ ist ein Kommentar zu dem von Lenin geschriebenen Agrarteil des Entwurfs des Parteiprogramms, der von der „Iskra“-Redaktion vorbereitet worden war.

In der Redaktion der „Iskra“ kam es bei der Erörterung dieser Arbeit Lenins zu ernststen Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen. Plechanow und andere Redakteure wandten sich gegen die wichtigsten Thesen der Leninschen Arbeit (Hegemonie des Proletariats, Nationalisierung des Grund und Bodens usw.) und forderten, die Polemik gegen die Feinde des Marxismus zu mildern. Der Abschnitt über die Nationalisierung des Grund und Bodens und einige andere Stellen wurden nach langen Auseinandersetzungen von der Redaktion der „Iskra“ weggelassen. Die Arbeit erschien mit diesen Kürzungen in Nr. 4 der Zeitschrift „Sarja“, August 1902. In der vorliegenden Ausgabe der Werke wird sie nach Lenins ursprünglichem Manuskript veröffentlicht.

Der Zusatz am Ende der Arbeit, den Lenin als PS (Postskriptum) anmerkte, fehlt im Manuskript. Er wurde hinzugefügt, als die Arbeit in der Zeitschrift „Sarja“ erschien, und ist hier nach dem Text in der Zeitschrift angeführt. 95

- ³⁵ Lenin meint das Buch „Die Agrarfrage“ von Karl Kautsky, das in deutscher Sprache 1899 erschien. 109
- ³⁶ *Walujew-Kommission* — Kommission zur Untersuchung der Lage der Landwirtschaft in Rußland, an deren Spitze der zaristische Minister P. A. Walujew stand. In den Jahren 1872—1873 sammelte die Kommission umfangreiches Material über die Verhältnisse in der Landwirtschaft Rußlands nach der Reform. Es wurde in den „Berichten“ veröffentlicht, die 1873 in Petersburg erschienen. 119
- ³⁷ Die Kritik der opportunistischen Ansichten Nadeshdins, die auf S. 130 bis 131 des vorliegenden Bandes dargelegt ist (von den Worten: „Interessehalber sei festgestellt, daß Nadeshdin in seinem Bestreben, eben zu einem

solchen Maximum wie der Nationalisierung des Grund und Bodens zu gelangen, vom Weg abgeirrt ist..." bis zu den Worten: „Das Bestreben, um jeden Preis ‚dem Bauern verständlich‘ zu sein, hat Nadeshdin hier in den Dschungel der reaktionären kleinbürgerlichen Utopie verlockt“), wurde von der Redaktion bei der ersten Veröffentlichung in Nr. 4 der Zeitschrift „Sarja“ weggelassen. Auch die Bemerkung, die Lenin an Stelle des ausgelassenen Textes geschrieben hatte, wurde in der „Sarja“ nicht gebracht.

In der vorliegenden Ausgabe sind Text und Bemerkung nach Lenins Manuskript wiedergegeben. 131

³⁸ „*Moskowskije Wedomosti*“ (Moskauer Nachrichten) — im Jahre 1756 gegründete Zeitung; seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts vertrat die Zeitung die Ansichten der reaktionärsten monarchistischen Kreise der Gutsbesitzer und der Geistlichkeit; ab 1905 war sie ein Organ der Schwarzhunderter. Erschien bis zur Oktoberrevolution 1917. 136

³⁹ Das Vorwort zur Denkschrift Wittes schrieb P. B. Struve (unter dem Pseudonym R. N. S.). Lenin unterzog in seiner Arbeit „Die Verfolger des Semstows und die Hannibale des Liberalismus“ dieses Vorwort einer scharfen Kritik. (Siehe Werke, Bd. 5, S. 21—73.) 148

⁴⁰ Der „*Nordbund der SDAPR*“ vereinigte die sozialdemokratischen Organisationen der Gouvernements Wladimir, Jaroslawl und Kostroma (später auch Twer). Der Nordbund entstand im Sommer 1900 auf Initiative der sozialdemokratischen Gruppe von Iwanowo-Wosnessensk. Die Kerngruppe der führenden Funktionäre des Nordbundes, die wegen ihrer revolutionären Tätigkeit aus dem Zentralgebiet ausgewiesen wurde, siedelte nach Woronesh um, scharte dort Sozialdemokraten um sich und organisierte die Verbreitung illegaler Literatur. 1901 nahm der Nordbund mit der Leninschen „Iskra“ Verbindung auf. Das von Lenin kritisierte Programm wurde im Januar 1902 auf einer Konferenz in Woronesh angenommen.

In einem offenen Brief, der am 15. Februar 1903 in Nr. 34 der „Iskra“ veröffentlicht wurde, erklärte sich der Nordbund völlig solidarisch mit dem prinzipiellen und taktischen Teil des Programms der „Iskra“ und der „Sarja“ sowie mit Lenins Buch „Was tun?“ und erkannte die „Iskra“ und die „Sarja“ als die führenden Organe der SDAPR an. Nach dem II. Parteitag der SDAPR wurde der Nordbund in das Nordkomitee umgewandelt, das bis zum Juli 1905 bestand. 153

⁴¹ Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“, in *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Berlin 1955, S. 54. 158

³⁴ Lenin, Werke, Bd. 6

- ⁴² Die Broschüre „Wer wird die politische Revolution vollbringen?“ wurde von A. A. Sanin verfaßt und 1899 in dem Sammelband „Der proletarische Kampf“, Heft 1, veröffentlicht, den die „Uraler sozialdemokratische Gruppe“ herausgab. Der auf dem Boden des „Ökonomismus“ stehende Verfasser der Broschüre bestritt die Notwendigkeit, eine selbständige politische Partei der Arbeiterklasse zu schaffen, und war der Ansicht, daß die politische Revolution mittels des Generalstreiks, ohne vorherige Organisation und Vorbereitung der Massen und ohne bewaffneten Aufstand vollbracht werden könne. 162
- ⁴³ „Volkswille“ (Narodnaja Wolja) — Geheimbund der Volkstümpler; wurde 1879 zum revolutionären Kampf gegen die zaristische Selbstherrschaft gegründet.
Bald nach der Ermordung des Zaren Alexander II. (1. März 1881) durch Mitglieder der „Narodnaja Wolja“ wurde die Organisation von der Zarenregierung zerschlagen. Die meisten Volkstümpler sagten sich hiernach vom revolutionären Kampf gegen den Zarismus los und predigten Versöhnung und Verständigung mit der zaristischen Selbstherrschaft. Diese Epigonen der Volkstümlerrichtung, die liberalen Volkstümpler der achtziger und neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts, wurden zu Wortführern der Kulakeninteressen.
Eine Einschätzung der Tätigkeit der „Narodnaja Wolja“ findet sich im ersten Kapitel der „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“. 164
- ⁴⁴ „2a 3b“ — Pseudonym des Bolschewiks P. N. Lepeschinski, eines Mitglieds des Organisationskomitees für die Einberufung des II. Parteitags der SDAPR. 168
- ⁴⁵ Die Erklärung des Petersburger Komitees der SDAPR, daß es mit der Zeitung „Iskra“ und der Zeitschrift „Sarja“ solidarisch ist und beide als die führenden Organe der russischen Sozialdemokratie anerkennt, wurde im Juli 1902 als Flugblatt und dann in Nr. 26 der „Iskra“ vom 15. Oktober 1902 veröffentlicht. 169
- ⁴⁶ „Rabotschaja Mysl“ (Arbeitergedanke) — Zeitung der „Ökonomen“, die von Oktober 1897 bis Dezember 1902 erschien. Insgesamt kamen 16 Nummern heraus: die Nummern 3—11 und 16 in Berlin, die übrigen in Petersburg. Die Zeitung wurde von K. M. Tachtarew u. a. redigiert.
Eine Kritik der Ansichten der „Rabotschaja Mysl“ als einer russischen Abart des internationalen Opportunismus gab Lenin in einer Reihe seiner Schriften, besonders in Artikeln, die in der „Iskra“ veröffentlicht wurden, und in seinem Werk „Was tun?“. 175

- ⁴⁷ *Kathederreformer* (oder Kathedersozialisten) — Vertreter einer Richtung der bürgerlichen politischen Ökonomie, die in Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts entstand. Die Kathedersozialisten predigten von den Universitätskathedern einen bürgerlich-liberalen Reformismus, den sie als Sozialismus ausgaben. Sie behaupteten, der bürgerliche Staat stehe über den Klassen und sei fähig, die feindlichen Klassen miteinander auszusöhnen und allmählich den „Sozialismus“ einzuführen; die Interessen der Kapitalisten sollten dabei nicht angetastet, die Forderungen der Werktätigen aber nach Möglichkeit berücksichtigt werden. In Rußland wurden die Anschauungen der Kathedersozialisten von den „legalen Marxisten“ propagiert. 194
- ⁴⁸ *W. W.* (Pseudonym für W. P. Woronzow) — Ideologe der liberalen Volkstümlerrichtung in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts. 195
- ⁴⁹ *N.-on* oder *Nikolai-on* (Pseudonyme für N. F. Danielson) — Ideologe der liberalen Volkstümlerrichtung in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts. 195
- ⁵⁰ *Babeuf* (1760—1797) — Revolutionär und Kommunist, trat in der französischen bürgerlichen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts hervor. Er organisierte einen Geheimbund, der 1796 den Versuch unternahm, die Macht der Ausbeuterklassen zu stürzen. Babeuf erkannte die Notwendigkeit der Revolution, der gewaltsamen Aufhebung des Privateigentums und der Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung, den bewaffneten Aufstand jedoch stellte er sich vor als Verschwörung einer Handvoll Intellektueller, ohne Beteiligung der Massen, ohne Führung durch eine revolutionäre Partei.
Lewitski — liberaler Volkstümmler, gründete in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts im Gouvernement Cherson landwirtschaftliche Artels. Die Volkstümmler und die Sozialrevolutionäre hielten landwirtschaftliche Artels für ein Mittel, dem Kapitalismus zu entgehen und eine friedliche „Sozialisierung des Dorfes“ (ohne Klassenkampf und Revolution) zu erreichen. 197
- ⁵¹ „*Oswoboshdenije*“ (Die Befreiung) — Halbmonatsschrift der liberal-monarchistischen Bourgeoisie, die unter der Redaktion von P. B. Struve von 1902 bis 1905 im Ausland erschien. Die Anhänger des „*Oswoboshdenije*“ bildeten später den Kern der stärksten bürgerlichen Partei Rußlands, der Partei der Kadetten (Konstitutionellen Demokraten). 205

- ⁵² „*Sozialistische Monatshefte*“ — Zeitschrift, wichtigstes Organ der Opportunisten in der deutschen Sozialdemokratie und eines der Organe des internationalen Opportunismus. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914 bis 1918 nahm sie eine sozialchauvinistische Haltung ein. Sie erschien in Berlin von 1897 bis 1933. 205
- ⁵³ Die von Lenin erwähnte Broschüre über die Streiks erschien 1902 in Genf unter dem Titel „Selbstherrschaft und Streiks“. 209
- ⁵⁴ Das *Gesetz vom 3. (15.) Juni 1886* regelte die Belegung der Arbeiter mit Geldstrafen durch die Fabrikanten. Bis zu diesem Gesetz hatten die Fabrikanten die Geldstrafen willkürlich und in beliebiger Höhe, oft bis zur Hälfte des Arbeitslohns erhoben und sich dadurch riesige Einkünfte zugeschanzt. Unter dem Druck der Arbeiteraufstände und besonders nach dem großen Streik von 1885 in der Fabrik Morosow in Orechowo-Sujewo sah sich die zaristische Regierung genötigt, ein Gesetz über die Geldstrafen zu erlassen. Eine eingehende Analyse und Kritik dieses Gesetzes findet sich in Lenins Broschüre „Erläuterung des Gesetzes über die den Arbeitern in den Fabriken und Werken auferlegten Geldstrafen“. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 15—57, russ.)
- Das *Gesetz vom 2. (14.) Juni 1897* setzte den Arbeitstag in Industriebetrieben und Eisenbahnwerkstätten auf 11½ Stunden fest. Vor diesem Gesetz war der Arbeitstag in Rußland nicht beschränkt und dauerte bis zu 14 und 15 Stunden. Unter dem Druck der vom Leninschen „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ geführten Arbeiterbewegung sah sich die Zarenregierung genötigt, das Gesetz vom 2. Juni 1897 zu erlassen. Lenin hat das Gesetz in der Broschüre „Das neue Fabrikgesetz“ (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 243—291, russ.) ausführlich analysiert und kritisiert. 209
- ⁵⁵ „*Manchesterleute*“ — Anhänger der „Manchesterschule“ in der bürgerlichen politischen Ökonomie. Diese Bewegung entstand in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Manchester (England). Die Manchesterleute traten für den Freihandel und die Abschaffung aller Gesetze ein, welche die Entwicklung des Kapitalismus hemmten. 213
- ⁵⁶ „*Jushny Rabotschi*“ (Der Arbeiter des Südens) — sozialdemokratische Zeitung, die von der Gruppe gleichen Namens von Januar 1900 bis April 1903 illegal herausgegeben wurde; es erschienen 12 Nummern.
- Lenin rechnete die Gruppe „Jushny Rabotschi“ zu jenen Organisationen, „die zwar in Worten die ‚Iskra‘ als führendes Organ anerkannten, in Wirklichkeit aber ihre Sonderpläne verfolgten und sich durch Wankelmütigkeit

in prinzipiellen Fragen ausgezeichneten". Die Gruppe existierte bis zum II. Parteitag der SDAPR. Von den führenden Mitgliedern dieser Gruppe gingen später die meisten zu den Menschewiki über. 219 303

⁵⁷ Der „Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben“ wurde 1902 hektographiert und fand weite Verbreitung in den Parteiorganisationen. Der Sibirische Sozialdemokratische Bund gab diesen Brief im Juni 1903 unter dem Titel „Über die revolutionäre Arbeit in den Organisationen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Brief an einen Genossen)“ heraus. Das Zentralkomitee der SDAPR veröffentlichte den „Brief an einen Genossen“ im Januar 1904 als Broschüre mit einem Vor- und einem Nachwort Lenins. Dieser bereitete die Broschüre selbst zum Druck vor. Im Vorwort zur gedruckten Ausgabe der Broschüre macht Lenin darauf aufmerksam, daß man nur die Artikel in der „Iskra“ über organisatorische Fragen, das Werk „Was tun?“ und das auf dem II. Parteitag der SDAPR angenommene Parteistatut mit dem „Brief an einen Genossen“ zu vergleichen braucht, um die völlige Identität der darin vertretenen organisatorischen Ideen festzustellen. 223

⁵⁸ Lenin meint das Gesetz vom 8. (21.) Juni 1901 über die Zuteilung fiskalischer Ländereien in Sibirien an Privatpersonen. Dieses Gesetz räumte den adligen Gutsbesitzern außerordentliche Privilegien ein. Eine genaue Analyse und eine Einschätzung dieses Gesetzes gab Lenin in dem Artikel „Die Fronherren an der Arbeit“. (Siehe Werke, Bd. 5, S. 88–93.) 246

⁵⁹ Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“, in Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1955, S. 54. 251

⁶⁰ Lenin zitiert aus dem „Anti-Dühring“ von Engels. (Siehe Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft [Anti-Dühring]“, Berlin 1954, S. 225.) 252

⁶¹ „Über Demonstrationen“ ist die Antwort Lenins auf den Brief eines Studenten der Petersburger Universität anlässlich des in Nr. 25 der „Iskra“ vom 15. September 1902 veröffentlichten Leitartikels „Was tun?“.

Das Manuskript trägt keine Überschrift, die Überschrift stammt vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut (Moskau). 254

⁶² Eine eingehende Charakteristik der Gruppe „Borba“ gibt Lenin in der Notiz „Über die Gruppe ‚Borba‘“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 152.) 261

⁶³ „Über die Aufgaben der sozialdemokratischen Bewegung“ ist das Bruchstück eines Artikels, den Lenin im November 1902 geschrieben hat.

Das Manuskript trägt keine Überschrift, die Überschrift stammt vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut (Moskau). 263

- ⁶⁴ Das Flugblatt des Don-Komitees der SDAPR „An alle Bürger“, datiert vom 6. November 1902, wurde in Nr. 29 der „Iskra“ vom 1. Dezember 1902 nachgedruckt. 274
- ⁶⁵ Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften* in zwei Bänden, Bd. II, Berlin 1955, S. 9. 274
- ⁶⁶ Lenin meint die Reden der Nishni-Nowgoroder Arbeiter, die an den Demonstrationen vom 1. und 5. (14. und 18.) Mai 1902 teilgenommen hatten, vor dem zaristischen Gericht. Die Reden wurden am 28. Oktober (10. November) 1902 und an den drei folgenden Tagen gehalten, zunächst vom Nishni-Nowgoroder Komitee der SDAPR als Sonderdruck herausgegeben, dann von der „Iskra“ (Nr. 29 vom 1. Dezember 1902) unter der Überschrift „Die Nishni-Nowgoroder Arbeiter vor Gericht“ veröffentlicht und später als Broschüre herausgegeben. 274
- ⁶⁷ „An die Mittelschüler“ ist eine von Lenin verfaßte Anmerkung der „Iskra“-Redaktion zu einem Aufruf des Zentralkomitees der südrussischen Gruppe der Mittelschüler. Aufruf und Anmerkung wurden in Nr. 29 der „Iskra“ vom 1. Dezember 1902 veröffentlicht.
Das Manuskript trägt keine Überschrift. Die Überschrift stammt vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut (Moskau). 277
- ⁶⁸ Lenins Arbeit „Über die Berichte der Komitees und Gruppen der SDAPR an den allgemeinen Parteitag“ wurde in der 3. russischen Ausgabe der Werke nach einer Kopie des Leninschen Manuskripts veröffentlicht. Inzwischen wurde das Originalmanuskript Lenins aufgefunden. In der vorliegenden Ausgabe der Werke wird diese Arbeit erstmalig nach Lenins Manuskript veröffentlicht. 283
- ⁶⁹ „Rabotschaja Gaseta“ (Arbeiterzeitung) — illegales Organ der Kiewer Gruppe der Sozialdemokraten. Es erschienen zwei Nummern: Nr. 1 im August 1897 und Nr. 2 im Dezember (datiert November) desselben Jahres. Auf dem I. Parteitag der SDAPR wurde die „Rabotschaja Gaseta“ als offizielles Organ der Partei anerkannt. Nach dem Parteitag erschien die Zeitung nicht mehr, da die Druckerei von der Polizei ausgehoben und die Mitglieder des Zentralkomitees verhaftet worden waren. Über die 1899 unternommenen Versuche, sie neu herauszugeben, siehe Werke, Bd. 4, S. 201 bis 203. 287
- ⁷⁰ „Rabotnik“ (Der Arbeiter) — unregelmäßig erscheinender Sammelband, den der „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten“ auf Initiative Lenins von 1896 bis 1899 herausgab. Die erste Nummer, in der Lenins Artikel „Friedrich Engels“ veröffentlicht wurde, erschien nicht vor März 1896.

Insgesamt erschienen 6 Nummern des „Rabotnik“ in drei Heften und 10 Nummern des „Listok ‚Rabotnika‘“ (Blatt des „Arbeiters“). 287

- 71 „*Sbist*“ (Das Leben) — Monatsschrift, die von 1897 bis 1901 in Petersburg, 1902 im Ausland erschien. Ab 1899 war die Zeitschrift das Organ der „legalen Marxisten“.

Lenin veröffentlichte in dieser Zeitschrift den Artikel „Antwort an Herrn P. Neshdanow“ (Nr. 12, Dezember 1899) und zwei Artikel unter der Überschrift „Der Kapitalismus in der Landwirtschaft. (Über das Buch Kautskys und einen Artikel des Herrn Bulgakow)“ in den Nummern 1 und 2, Januar und Februar 1900. (Siehe Werke, Bd. 4, S. 151—157 und 95—150.) 287

- 72 *Machaiskileute*, *Machaiskitum* — eine dem Marxismus feindliche, anarchistische Strömung, die 1902 entstand; genannt wurde sie nach Machaiski, dem Wortführer dieser Strömung. Die Machaiskileute predigten Feindseligkeit gegenüber der revolutionären Intelligenz und bemühten sich, die Arbeiter von der marxistischen Theorie und vom revolutionären Kampf abzulenken. 294

- 73 „*Russischer Verein*“ — monarchistische Schwarzhunderter-Organisation, die im Herbst 1900 entstand und die Politik der Subatowleute unterstützte. 295

- 74 Das *Organisationskomitee (OK) für die Einberufung des II. Parteitags der SDAPR* wurde zuerst im März (April) 1902 auf der Belostoker Konferenz gewählt, aber die Mitglieder dieses Komitees (außer einem) wurden bald nach der Konferenz verhaftet. Im November 1902 wurde auf Initiative Lenins bei einer Besprechung der sozialdemokratischen Komitees in Pskow ein neues Organisationskomitee gegründet. In dem neuen Komitee befanden sich die Iskristen in der überwältigenden Mehrheit.

Unter Lenins Anleitung leistete das Organisationskomitee eine große Arbeit zur Vorbereitung des II. Parteitags. Im Februar 1903 wurde in einer in Orjol abgehaltenen Plenarsitzung der Entwurf des Statuts für die Einberufung des Parteitags angenommen.

Die Mitglieder des OK suchten nach dem Februarplenium zweimal die örtlichen Komitees auf, um ihnen bei der Arbeit zu helfen. Unter Teilnahme von Mitgliedern des OK erörterten die örtlichen Parteioorganisationen den Entwurf des Statuts für die Einberufung des Parteitags, worauf er vom Organisationskomitee bestätigt wurde.

Das Organisationskomitee bestätigte die Liste der örtlichen Organisationen, die laut des angenommenen Statuts das Recht hatten, am Parteitag teilzunehmen. Es bereitete für den Parteitag einen eingehenden schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit vor. 301

- ⁷⁵ Der „*Auslandsbund russischer Sozialdemokraten*“ wurde auf Initiative der Gruppe „Befreiung der Arbeit“ 1894 in Genf gegründet. Zu Anfang leitete die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ den Bund und redigierte seine Veröffentlichungen. Später bekamen im Auslandsbund die opportunistischen Elemente (die „Jungen“, die „Ökonomen“) die Oberhand. Im November 1898, auf der ersten Konferenz des Auslandsbundes, lehnte es die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ ab, dessen Veröffentlichungen zu redigieren. Der endgültige Bruch und der Austritt der Gruppe „Befreiung der Arbeit“ erfolgte im April 1900 auf der zweiten Konferenz des Auslandsbundes, als die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ und ihre Gesinnungsgenossen die Konferenz verließen und die selbständige Organisation „Sozialdemokrat“ gründeten. 302
- ⁷⁶ „7 z. 6 f.“ — Pseudonym des Bolschewiks F. W. Lengnik. 306
- ⁷⁷ „*Wperjod*“ (Vorwärts) — Zeitung der „ökonomistischen“ Richtung, erschien in Kiew von 1896 bis 1900. 310
- ⁷⁸ „*Krasnoje Snamja*“ (Die Rote Fahne) — Organ der „Ökonomen“, vom „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten“ an Stelle des „Rabotscheje Delo“ (Die Arbeitersache) von November 1902 bis Januar 1903 herausgegeben. Es erschienen drei Nummern dieser Zeitschrift. 310
- ⁷⁹ Lenin meint die Broschüre „Selbstherrschaft und Streiks“. 311
- ⁸⁰ Die Polemik der „Iskra“ mit dem „Bund“ über die organisatorischen Beziehungen des „Bund“ zur SDAPR wurde hervorgerufen durch den auf dem Kongreß des „Bund“ (im April 1901) gefaßten Beschluß, das föderative Prinzip des Parteaufbaus zu verfechten. Die „Iskra“ trat gegen diesen Beschluß des „Bund“ auf. Lenin übte in mehreren Artikeln und auf dem II. Parteitag scharfe Kritik am Nationalismus des „Bund“. 315
- ⁸¹ Gemeint ist die ins Jiddische übersetzte Broschüre Karl Kautskys „Die soziale Revolution“. 328
- ⁸² Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um das Programm der Vorlesungen über die Agrarfrage und einen Konspekt der ersten Vorlesung, die Lenin im Februar 1903 in der russischen Hochschule für Gesellschaftswissenschaften in Paris hielt. Diese Schule war 1901 für die im Ausland lebenden russischen Studenten gegründet worden und arbeitete legal. Die Organisatoren der Schule hegten eine offene Antipathie gegen die revolutionären Marxisten und sympathisierten mit den Vertretern der Volkstümler und der Partei der Sozialrevolutionäre. Aber Lenins Autorität als

Theoretiker der Agrarfrage war derart groß, daß der Professorenrat der Schule beschloß, zu einer Vorlesungsreihe über die Agrarfrage „den bekannten Marxisten W. Iljin (W. I. Lenin. *Die Red.*), den Verfasser der legalen Bücher ‚Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland‘ und ‚Ökonomische Studien‘“ einzuladen.

Das Programm der Vorlesungen war von Lenin im voraus ausgearbeitet und bereits vor Beginn der Vorlesungen abgesandt worden. Der im vorliegenden Band veröffentlichte Konспект der ersten Vorlesung wurde von einem Hörer der Schule während der Vorlesung gemacht und dann von Lenin redigiert. 331

⁸³ *Thiers* — französischer bürgerlicher Politiker, ein „blutdürstiger Zwerg“, wie Lenin ihn nannte, und ein unversöhnlicher Feind der Arbeiterklasse, des Sozialismus und der Demokratie. 1848 wurde Thiers der leitende Kopf der reaktionären „Ordnungspartei“, 1871 stand er an der Spitze der Regierung und schlug den Aufstand der Pariser Kommunarden grausam nieder. Karl Marx gibt eine Charakteristik Thiers in seinem Werk „Der Bürgerkrieg in Frankreich“. (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Berlin 1955, S. 446–518.) 350

⁸⁴ *J. P.* — unter diesem Pseudonym veröffentlichte Lenin 1901 in Nr. 2–3 der Zeitschrift „*Sarja*“ seine Arbeit „Die Verfolger des Semstwo und die Hannibale des Liberalismus“. (Siehe *Werke*, Bd. 5, S. 21–73.) 352

⁸⁵ „*Nowoje Slowo*“ (Neues Wort) — wissenschaftlich-literarische und politische Monatsschrift, die ab 1894 in Petersburg von den liberalen Volkstümlern und ab Frühjahr 1897 von den „legalen Marxisten“ herausgegeben wurde. Im „*Nowoje Slowo*“ wurden zwei Artikel Lenins veröffentlicht: „Zur Charakteristik des ökonomischen Romantizismus“ und „Anlässlich einer Zeitungsnotiz“. (Siehe *Werke*, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 111–242 und 292–298, russ.) Im Dezember 1897 wurde die Zeitschrift von der zaristischen Regierung verboten. 352

⁸⁶ Bei den Vorarbeiten zur Broschüre „*An die Dorfarmut*“ entwarf Lenin mehrere Varianten des Plans und einzelne Bemerkungen zur ersten Variante sowie Pläne einzelner Kapitel der Broschüre (siehe Lenin-Sammelband XIX, S. 339–356, russ.).

Über die Ziele der Broschüre „*An die Dorfarmut*“ äußerte Lenin in einem Brief an Plechanow im März 1903, daß er über das Agrarprogramm eine populäre Broschüre für die Bauern verfasse, in der er die marxistische Idee vom Klassenkampf auf dem Lande an Hand konkreter Angaben über die

vier Schichten der Landbevölkerung (Gutsbesitzer, Dorfbourgeoisie, Mittelbauern und Halbproletarier zusammen mit Proletariern) erläutere.

Der Broschüre lag der Programmentwurf der SDAPR mit einem von Lenin verfaßten Vorwort bei. Lenins Broschüre fand sehr starke Verbreitung. Sie wurde illegal aus dem Ausland nach Rußland befördert, in verschiedene Städte weitergeleitet und von dort aus auf dem Lande verbreitet. Nach unvollständigen Angaben gelangte die Broschüre allein von Mai 1903 bis Dezember 1905 in 39 Städte und 15 Gouvernements. Sie wurde in illegalen Zirkeln von Sozialdemokraten und Arbeitern studiert, im Heer und in der Flotte, von Mittelschülern und Studenten gelesen.

1904 gab das ZK der SDAPR im Ausland die Broschüre neu heraus; sie wurde auch in Rußland mehrfach nachgedruckt. Gute Arbeit leisteten bei der Herausgabe und Verbreitung dieser Broschüre wie auch anderer Schriften Lenins die transkaukasischen bolschewistischen Organisationen, die unter der Leitung Stalins standen. 1904 wurde Lenins Broschüre in Baku herausgebracht und unter den Arbeitern und Bauern weit verbreitet. 357

⁸⁷ *Urbarialurkunden* — so hießen die von den Gutsbesitzern bei der „Befreiung“ der Bauern durch die Reform von 1861 aufgesetzten Urkunden. In den Urbarialurkunden wurden der Umfang der Bodenfläche angegeben, welche die Bauern bis zur Reform in Nutzung hatten, sowie die Äcker und Weiden bezeichnet, die den bei der „Befreiung“ bestohlenen Bauern verblieben. In den Urkunden wurden ferner die Lasten aufgezählt, die die leibeigenen Bauern früher zugunsten des Gutsherrn getragen hätten. Auf Grund dieser Urbarialurkunden wurde die Höhe der von den Bauern zu leistenden Ablösezahlungen bestimmt. 408

⁸⁸ X. — Pseudonym des Menschewiks P. P. Maslow. 436

⁸⁹ „*Otetschestwenyije Sapiski*“ (Vaterländische Blätter) — Zeitschrift, die 1820 gegründet wurde und seit 1839 regelmäßig monatlich erschien. Belinski, Nekrassow, Saltykow-Schtschedrin, Jelisseejew und andere arbeiteten an der Zeitschrift mit. Um die „*Otetschestwenyije Sapiski*“ scharte sich die revolutionär-demokratische Intelligenz. Die Zeitschrift war ständig Verfolgungen durch die Zensur ausgesetzt; 1884 wurde sie von der zaristischen Regierung verboten. 449

⁹⁰ *Polnische Sozialistische Partei* (PPS) — eine 1892 gegründete kleinbürgerliche nationalistische Partei. 452

⁹¹ „*Neue Rheinische Zeitung*“ — wurde vom 1. Juni 1848 bis zum 19. Mai 1849 in Köln unter der Leitung von Karl Marx und Friedrich Engels

herausgegeben. Ihr Chefredakteur war Marx. „Keine deutsche Zeitung“, schrieb Engels, „weder vorher noch nachher, hat je die Macht und den Einfluß besessen, hat es verstanden, so die proletarischen Massen zu elektrisieren wie die ‚Neue Rheinische‘.“ (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. II, Berlin 1955, S. 313.) 455

⁹² Karl Marx/Friedrich Engels, „Die Revolution von 1848“, Berlin 1955, S. 157, 130. 456

⁹³ *Dombrowski* (Jarosław Dąbrowski) und *Wrublewski* (Walery Wróblewski) — hervorragende Führer der polnischen revolutionären Bewegung 1863—1864. Sie emigrierten nach der Niederschlagung des polnischen Aufstands nach Frankreich. 1871 waren sie Generale der Pariser Kommune. 456

⁹⁴ Lenin zitiert die Einleitung Franz Mehrings zum dritten Band der von Mehring 1902 herausgegebenen „Gesammelten Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels, 1841 bis 1850“. (Stuttgart, Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., 1902.) 457

⁹⁵ Der *II. Parteitag der SDAPR* tagte vom 17. (30.) Juli bis zum 10. (23.) August 1903. Die ersten 13 Sitzungen des Parteitags fanden in Brüssel statt. Dann wurden die Sitzungen des Parteitags wegen der polizeilichen Verfolgungen nach London verlegt. Insgesamt fanden 37 Sitzungen statt. Auf der Tagesordnung des Parteitags standen 20 Punkte, von denen die wichtigsten folgende waren: Programm der Partei, Organisation der Partei (Bestätigung des Statuts der SDAPR), Wahl des Zentralkomitees und der Redaktion des Zentralorgans (ZO) der Partei. Auf dem Parteitag waren 26 Organisationen vertreten. Insgesamt waren 43 Delegierte mit 51 beschließenden Stimmen (8 Delegierte hatten doppeltes Stimmrecht) und 14 Delegierte mit beratender Stimme anwesend.

Vorbereitet hatte den Parteitag die Leninsche „Iskra“. Lenin leistete bei der Vorbereitung des Parteitags eine gigantische Arbeit.

Lenin entwarf das Konzept für den Bericht über die Tätigkeit der „Iskra“-Organisation; er arbeitete den Entwurf des Parteistatuts aus, die Resolutionsentwürfe zu einer Reihe von Fragen, deren Behandlung auf dem Parteitag vorgesehen war, die Tagesordnung und die Geschäftsordnung des Parteitags.

Lenin befaßte sich intensiv mit den Delegierten. Er klärte die Situation und den Zustand der Organisationen an den verschiedenen Orten und erörterte gemeinsam mit den Delegierten viele Fragen, die auf dem Parteitag zur Debatte standen. In einer Versammlung der Parteitagsdelegierten hielt er ein Referat über die nationale Frage. Die Zusammensetzung des

Parteitag war nicht gleichartig. Es nahmen nicht nur Anhänger, sondern auch Gegner der „Iskra“ und wankelmütige, schwankende Elemente teil. Dadurch, daß sich Lenin vorher mit den Delegierten bekannt gemacht hatte, gewann er schon vor der Eröffnung des Parteitags ein Bild über die politische Haltung jedes einzelnen.

Lenin wurde ins Büro des Parteitags gewählt; er gehörte den wichtigsten Kommissionen an: der Programm-, der Statuten- und der Mandatsprüfungskommission. Er hielt ein Referat über das Parteistatut und sprach auf dem Parteitag zu fast allen Tagesordnungspunkten. Im Protokoll des Parteitags sind über 130 Diskussionsbeiträge, Bemerkungen und Repliken Lenins festgehalten.

Eine Einschätzung der Bedeutung des II. Parteitags der SDAPR siehe in der „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, Berlin 1955, S. 56/57.

465

⁹⁶ Der Entwurf des Statuts der SDAPR, den Lenin dem II. Parteitag vorlegte, ist nicht erhalten geblieben. Der vorliegende Band enthält den ursprünglichen Entwurf, den die Protokollkommission des II. Parteitags in die 1904 in Genf erschienenen Beilagen zum „Vollen Wortlaut der Protokolle des zweiten ordentlichen Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“ aufnahm. Die Protokollkommission des II. Parteitags bezeichnete irrtümlich den von ihr in die Beilage XI zum „Vollen Wortlaut der Protokolle“ aufgenommenen ursprünglichen Statutenentwurf Lenins als den von Lenin auf dem Parteitag eingebrachten Entwurf des Organisationsstatuts der SDAPR. (Siehe W. I. Lenin „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“, Punkt „g) Das Parteistatut. Der Entwurf des Genossen Martow.“) 475

⁹⁷ Lenins Rede über die Handlungsweise des Organisationskomitees war durch folgenden Zwischenfall hervorgerufen worden. Das Organisationskomitee hatte schon vor dem Parteitag die Forderung der Gruppe „Borba“ abgelehnt, ihren Vertreter mit beratender Stimme zum Parteitag zuzulassen. Die Mandatsprüfungskommission bestätigte den Vorschlag des OK. Nachdem dieser Beschluß der Mandatsprüfungskommission dem Parteitag mitgeteilt worden war, beantragte ein Mitglied des OK, die Sitzung zu unterbrechen, damit man diese Frage noch einmal im OK beraten könne. In der Beratung des OK während der Pause wurde mit Stimmenmehrheit (gegen eine Stimme) beschlossen, den Vertreter der Gruppe „Borba“ mit beratender Stimme einzuladen.

Die in der Rede Genannten sind: Jegorow — der Menschewik J. J. Lewin; Stein — die Menschewikin J. M. Alexandrowa; Pawlowitsch — der Bolschewik P. A. Krassikow. 483

- ⁹⁸ *Hofman* — Pseudonym des Bundisten W. Kossowski. 485
- ⁹⁹ Gemeint sind die Gewerkschaften der englischen Bergarbeiter in den Grafschaften Northumberland und Durham, die in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts durch Abkommen mit den Grubenbesitzern den Siebenstundentag für qualifizierte Arbeiter unter Tage durchgesetzt hatten, dann aber jahrelang gegen die gesetzliche Einführung des Achtstundentags für alle englischen Arbeiter auftraten. 487
- ¹⁰⁰ Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Berlin 1955, S. 309/310. 488
- ¹⁰¹ Gemeint ist folgender Satz von Karl Marx: „Die Kommune hatte vollständig recht, als sie den Bauern zurief: ‚Unser Sieg ist eure Hoffnung!‘“ (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Berlin 1955, S. 496.) 488
- ¹⁰² *Machow* — Pseudonym des Menschewiks D. P. Kalafati; *Kostrow* — Pseudonym des kaukasischen Menschewiks N. N. Shordanija. 496
- ¹⁰³ *Chisanen* hießen die landlosen Bauern Georgiens, die sich von alters her zu besonderen Vertragsbedingungen auf den Ländereien der Gutsbesitzer angesiedelt hatten. Formal waren die Chisanen keine Leibeigenen, sie genossen persönliche Freiheit, blieben jedoch ewig rechtlose Pächter. Die Bauernreform von 1861 erstreckte sich nicht auf die Chisanen; sie blieben weiterhin in völliger Abhängigkeit von den Gutsbesitzern, die ihnen noch schwerere Lasten aufbürdeten und die bisher von ihnen bewirtschafteten Grundstücke an sich rissen. Das Chisanentum wurde erst nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution abgeschafft.
- Als *zeitweilig verpflichtet* wurden diejenigen ehemaligen leibeigenen Bauern bezeichnet, die auch nach Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1861 noch Lasten (Fronzins oder Frondienst) zu tragen hatten, und zwar so lange, bis sie mit der Ablösung ihres Landanteils beim Gutsbesitzer begonnen hatten.
- Auf Vorschlag Lenins ergänzte der II. Parteitag der SDAPR den Agrarteil des Parteiprogramms durch die Forderung, „diejenigen Ländereien im Kaukasus ins Eigentum der Bauern zu überführen, die sie als zeitweilig Verpflichtete, Chisanen usw. in Nutzung haben“. 497
- ¹⁰⁴ Genosse *Brucker* — Pseudonym der Menschewikin L. P. Machnowez. 500
- ¹⁰⁵ Lenin hielt die Rede zur Wahl der „Iskra“-Redaktion in der 31. Sitzung des II. Parteitags. Bei der Bestätigung des Protokolls dieser Sitzung in der 35. Sitzung wurde mit Einverständnis Lenins eine Änderung an seiner Rede

vorgenommen. Der Anfang der Rede, von den Worten: „Genossen! Martows Rede war so merkwürdig, daß ich mich gezwungen sehe, gegen seine Fragestellung entschiedenen Einspruch zu erheben...“ bis zu den Worten: „...zeugen...lediglich von einer *erstaunlichen politischen Begriffsverwirrung*“, wurde gestrichen und durch folgende Worte ersetzt:

„Ich bitte den Parteitag um die Erlaubnis, Martow antworten zu dürfen.

Genosse Martow sagte, sein politischer Ruf sei durch diese Abstimmung befleckt worden. Wahlen haben mit einer Verunglimpfung des politischen Rufs nicht das geringste zu tun. (Zurufe: ‚Falsch! Stimmt nicht!‘ Plechanow und Lenin protestieren gegen die Unterbrechungen. Lenin bittet die Sekretäre, zu Protokoll zu nehmen, daß ihn Sassulitsch, Martow und Trotzki unterbrochen haben, und auch zu vermerken, wie oft sie ihn unterbrochen haben.)“

Im vorliegenden Band ist die Rede so veröffentlicht, wie Lenin sie niedergeschrieben und auf dem Parteitag gehalten hat. 504

¹⁰⁶ Lenin meint den Streik der Odessaer Arbeiter im Juli 1903. Entgegen den Bemühungen der örtlichen Subatoworganisation, die Arbeiter vom revolutionären Kampf zurückzuhalten, nahm der Streik einen klar ausgeprägten politischen Charakter an. Die politischen Massenstreiks von 1903 erfaßten fast den ganzen Süden Rußlands (Kiew, Jekaterinoslaw, Nikolajew, Jelisawetgrad und andere Städte).

Die Leninsche „Iskra“ ging auf die Odessaer Ereignisse ausführlich in Nr. 45 vom 1. August 1903 ein. 515

DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN
W. I. LENINS

(Januar 1902 bis August 1903)

1902

- Anfang Januar* Lenin schreibt die kritischen Bemerkungen zu dem von G. W. Plechanow verfaßten ersten Entwurf des Programms der SDAPR.
8. (21.) *Januar* Lenin kritisiert in einer Redaktionsbesprechung der „Iskra“ in München den ersten von Plechanow verfaßten Programm-entwurf und bringt seine Abänderungsvorschläge ein.
- Zwischen dem 8. und 25. Januar* Lenin verfaßt einen neuen Entwurf des Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.
(21. Januar und 7. Februar)
15. (28.) *Februar* In Nr. 17 der „Iskra“ erscheinen Lenins Artikel „Anzeichen des Bankrotts“ und „Aus dem Wirtschaftsleben Rußlands“.
- Februar, spätestens 18. Februar* Lenin macht drei Korrekturen zu dem von ihm ausgearbeiteten Entwurf des Parteiprogramms.
(3. März)
- Ende Februar bis erste Märzhälfte* Lenin schreibt die kritischen Bemerkungen zum zweiten von Plechanow verfaßten Entwurf des Programms der SDAPR.
(März)
- Februar bis erste Märzhälfte* Lenin schreibt den Artikel „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie“ — ein Kommentar zum Agrarteil des Programms der SDAPR.
- Anfang März* In Stuttgart erscheint Lenins Werk „Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung“, in dem die ideologischen Grundlagen der marxistischen Partei ausgearbeitet sind.
(Mitte März)

5. (18.) März Lenin entwirft den Bericht der „Iskra“-Redaktion und die Resolution für die Belostoker Konferenz der SDAPR, nimmt an einer Redaktionsbesprechung teil und instruiert den zur Belostoker Konferenz reisenden Delegierten der „Iskra“.
10. (23.) März In Nr. 18 der „Iskra“ wird Lenins „Brief an die Semstwoleute“ veröffentlicht.
30. März
(12. April) W. I. Lenin und N. K. Krupskaja fahren von München nach London, wohin die Herausgabe der „Iskra“ verlegt worden ist. Lenin schreibt im Zug die Bemerkungen zum Entwurf des Parteiprogramms, den die Koordinierungskommission der „Iskra“-Redaktion ausgearbeitet hat.
- Anfang April Ankunft W. I. Lenins und N. K. Krupskajas in London.
- Erste Aprilhälfte
(zweite Aprilhälfte) Lenin organisiert in London den Druck der Zeitung „Iskra“.
- April Lenin schreibt an den „Nordbund der SDAPR“ einen Brief mit kritischen Bemerkungen zum Programmentwurf des Nordbundes.
1. (14.) Mai Lenin schreibt an Plechanow einen Brief, in dem er gegen den unzulässigen Charakter und Ton der Bemerkungen protestiert, die Plechanow beim Redigieren des Artikels „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie“ gemacht hat.
1. (14.) Juni In Nr. 21 der „Iskra“ wird der Entwurf des Programms der SDAPR veröffentlicht, den die Redaktion der „Iskra“ und der Zeitschrift „Sarja“ unter führender Teilnahme Lenins ausgearbeitet hat.
- Zwischen dem
12. und 14. (25.
und 27.) Juni Lenin trifft in Paris ein.
14. (27.) Juni Lenin hält in Paris in einer Versammlung russischer politischer Emigranten ein Referat gegen die Sozialrevolutionäre.
- Zweite Junihälfte
bis Anfang Juli
(Ende Juni bis
Mitte Juli) Lenin hält sich zusammen mit seiner Mutter M. A. Uljanowa und seiner Schwester A. J. Jelisarowa in Loguivy (Nordküste Frankreichs) auf.

- Ende Juni bis
Anfang Juli
(Juli) Lenin schreibt den Artikel „Warum muß die Sozialdemokratie den Sozialrevolutionären einen entschiedenen und rücksichtslosen Kampf ansagen?“
- Vor dem 3. (16.)
und 9. (22.) Juli W. I. Lenin schreibt an I. I. Radtschenko zwei Briefe, in denen er den Arbeitsplan der Petersburger Organisation der SDAPR für die nächste Zeit umreißt.
- Juli—August Lenin schreibt den Artikel „Revolutionäres Abenteuerertum“. Der Artikel wird in den Nummern 23 und 24 der „Iskra“ veröffentlicht und später als Broschüre herausgegeben.
2. (15.) August Lenin leitet eine Besprechung mit Vertretern des Petersburger Komitees der SDAPR, der russischen „Iskra“-Organisation und des „Nordbundes der SDAPR“ und bildet den iskristischen Kern des Organisationskomitees für die Einberufung des II. Parteitags.
11. (24.) August Lenin schreibt dem Moskauer Komitee der SDAPR, das sich mit den Auffassungen, die in „Was tun?“ dargelegt sind, solidarisch erklärt hat, einen Brief, in dem er die nächsten Aufgaben des Komitees umreißt.
- August Lenins Artikel „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie“ wird in Nr. 4 der „Sarja“ veröffentlicht.
Lenin schreibt das Vorwort zur zweiten Auflage der Broschüre „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“.
1. (14.) September In Nr. 24 der „Iskra“ wird der Leitartikel Lenins „Der Entwurf zu einem neuen Streikgesetz“ veröffentlicht.
3. (16.) September Lenin schreibt an die Redaktion des „Jushny Rabotschi“ einen Brief über die Notwendigkeit, die örtlichen Komitees zu einer gesamtrossischen Organisation zu vereinigen.
6. (19.) September Im Auftrage Lenins schickt die Berliner Transportgruppe der „Iskra“ die Matrizen für die Nummern 22 und 23 der „Iskra“ nach Rußland, damit die Zeitschrift in der Bakuer illegalen Druckerei, die W. S. Kezchoweli auf Initiative J. W. Stalins eingerichtet hat, gedruckt werden kann.

- September** Lenin schreibt die Broschüre „Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben“, in welcher er die Grundsätze der „Iskra“ über den Aufbau einer Partei von neuem Typus entwickelt.
- Lenin umreißt in Aussprachen mit dem im Ausland eingetroffenen I. W. Babuschkin die nächsten Aufgaben der „Iskra“-Organisationen in Rußland.
- 15. (28.) Oktober** In Nr. 26 der „Iskra“ wird der Leitartikel Lenins „Politischer Kampf und politische Kannegießerei“ veröffentlicht.
- 28. Oktober bis 7. November (10.—20. November)** Lenin hält in Lausanne, Genf, Bern und Zürich (Schweiz) Referate, in denen er Programm und Taktik der Sozialrevolutionäre kritisiert.
- 1. (14.) November** Lenins Artikel „Vulgärsozialismus und Volkstümlerei, wiederbelebt durch die Sozialrevolutionäre“ erscheint in Nr. 27 der „Iskra“.
- 2.—3. (15.—16.) November** Auf Initiative Lenins wird in einer Besprechung in Pskow das Organisationskomitee (OK) für die Einberufung des II. Parteitags der SDAPR gebildet.
- 16. (29.) November** Lenin hält in London ein Referat; in dem er Programm und Taktik der Sozialrevolutionäre kritisiert.
- Ende November (erste Dezemberhälfte)** Lenin arbeitet einen Entwurf für das Arbeitsprogramm des II. Parteitags der SDAPR aus und übermittelt es dem Organisationskomitee. Er umreißt die nächsten Aufgaben des Organisationskomitees.
- November bis Dezember** Lenin verfaßt die Arbeit „Die Hauptthese gegen die Sozialrevolutionäre“ und den Artikel „Über die Aufgaben der sozialdemokratischen Bewegung“.
- 1. (14.) Dezember** In Nr. 29 der „Iskra“ erscheint Lenins Artikel „Neue Ereignisse und alte Fragen“.
- 14. (27.) Dezember** Lenin schreibt dem „Iskra“-Anhänger F. W. Lengnik nach Kiew einen Brief, in welchem er dafür eintritt, den Kampf gegen die „Ökonomen“ zu verstärken.

- Dezember Lenin redigiert die russische Übersetzung der Broschüre Karl Kautskys „Die soziale Revolution“, die 1903 in Genf im Druck erscheint.
- Dezember 1902 bis Januar 1903 Lenin schreibt die Arbeit „Über die Berichte der Komitees und Gruppen der SDAPR an den allgemeinen Parteitag“.
- Zweite Hälfte 1902 bis erste Hälfte 1903 Lenin leitet einen Zirkel russischer Arbeiter-Emigranten in London, die das Programm der SDAPR studieren.

1903

1. (14.) Januar In Nr. 31 der „Iskra“ erscheint Lenins Artikel „Die Moskauer Subatowleute in Petersburg“.
15. (28.) Januar In Nr. 32 der „Iskra“ erscheint Lenins Artikel „Mitteilung über die Bildung des ‚Organisationskomitees‘“.
- Ende Januar (Anfang Februar) Lenin schreibt die Artikel „Zur Erklärung des ‚Bund‘“ und „Das Manifest der armenischen Sozialdemokraten“. Die Artikel erscheinen in Nr. 33 der „Iskra“.
- Januar. Lenin schreibt die Arbeit „Einige Gedanken zum Brief von 7 z. 6 f.“ (7 z. 6 f. — Pseudonym von F. W. Lengnik), in welcher er die Führer der örtlichen Parteikomitees kritisiert, weil sie nichts für die politische Arbeit unter den Massen tun.
- 10.—13. (23. bis 26.) Februar Lenin hält an der russischen Hochschule für Gesellschaftswissenschaften in Paris vier Vorlesungen über das Thema „Die marxistischen Auffassungen von der Agrarfrage in Europa und in Rußland“.
15. (28.) Februar In Nr. 34 der „Iskra“ erscheint Lenins Artikel „Braucht das jüdische Proletariat eine ‚selbständige politische Partei‘?“, der sich gegen den bürgerlichen Nationalismus des „Bund“ richtet.
- 18.—21. Februar (3.—6. März) Lenin hält in einer Versammlung russischer politischer Emigranten in Paris ein Referat über die Agrarprogramme der Sozialrevolutionäre und der Sozialdemokraten.

24. Februar
(9. März) Lenin kehrt aus Paris nach London zurück.
1. (14.) März In Nr. 35 der „Iskra“ erscheint Lenins Artikel „Die Selbstherrschaft wankt...“
5. (18.) März Lenin spricht auf einer Kundgebung der Arbeiter von Whitechapel (Arbeiterviertel Londons) über die Pariser Kommune.
- März Lenin schreibt die Broschüre „An die Dorfarmut. Die Ziele der Sozialdemokraten, dargelegt für die Bauern“.
1. (14.) April In Nr. 37 der „Iskra“ erscheint Lenins Artikel „Herr Struve, von seinem Mitarbeiter entlarvt“.
15. (28.) April In Nr. 38 der „Iskra“ erscheint Lenins Artikel „Les beaux esprits se rencontrent. (Was ungefähr heißt: Verwandte Seelen finden sich)“, der gegen die Sozialrevolutionäre gerichtet ist.
- Ende April
(Anfang Mai) W. I. Lenin und N. K. Krupskaja übersiedeln von London nach Genf, wohin die Herausgabe der „Iskra“ verlegt worden ist.
- Mai In Genf erscheint Lenins Broschüre „An die Dorfarmut“.
- Juni Lenin hält in Bern einige Vorlesungen über die Agrarfrage.
- Juni bis erste
Julihälfte Lenin leistet Vorbereitungsarbeiten zum II. Parteitag.
- Er arbeitet die Geschäfts- und die Tagesordnung des Parteitags aus, verfaßt einen Entwurf des Parteistatuts und macht damit die Redaktionsmitglieder der „Iskra“ und die Parteitagsdelegierten bekannt.
- Er nimmt an Delegiertenversammlungen zu Fragen des Parteitags teil, macht sich mit den Delegierten bekannt, die zum Parteitag eingetroffen sind, und hält in einer Delegiertenversammlung ein Referat über die nationale Frage.
- Er entwirft für den Parteitag einen Bericht über die Tätigkeit der „Iskra“-Organisation.

Er bereitet für den Parteitag Resolutionsentwürfe vor: über Demonstrationen, über die Stellung des „Bund“ in der Partei, über das Verhältnis zur studierenden Jugend und über die Parteiliteratur, ferner Entwürfe kleinerer Resolutionen (über den wirtschaftlichen Kampf, über den 1. Mai, über den internationalen Kongreß, über den Terror, über die Propaganda und über die Verteilung der Kräfte).

Er schreibt den Artikel „Antwort auf eine Kritik unseres Programmentwurfs“, in welchem er den Agrarteil des Parteiprogramms begründet. Der Artikel wird in der Broschüre „Über das Agrarprogramm von X.“ veröffentlicht, die an Stelle eines Referats über die Agrarfrage an die Delegierten verteilt wird.

15. (28.) Juli In Nr. 44 der „Iskra“ wird der Leitartikel Lenins „Die nationale Frage in unserem Programm“ veröffentlicht.
17. (30.) Juli bis 10. (23.) August Der II. Parteitag der SDAPR in Brüssel und London. Lenin nimmt führend teil an den Arbeiten des Parteitags; er führt ein Tagebuch über die Sitzungen des Parteitags.
17. (30.) Juli In der ersten Sitzung des Parteitags in Brüssel wird Lenin zum stellvertretenden Vorsitzenden, ins Präsidium und in die Mandatsprüfungskommission gewählt.
- 17.—18. (30. bis 31.) Juli Lenin arbeitet in der Mandatsprüfungskommission des Parteitags.
18. (31.) Juli Lenin verteidigt in der zweiten Sitzung des Parteitags zweimal die von ihm vorgeschlagene Tagesordnung.
 Lenin spricht in der dritten Sitzung des Parteitags über die falsche Handlungsweise des Organisationskomitees (über den „Zwischenfall mit dem OK“) und über die Teilnahme der polnischen Sozialdemokraten am Parteitag.
20. Juli Lenin spricht in der sechsten Sitzung des Parteitags über die Stellung des „Bund“ in der SDAPR und kritisiert den organisatorischen Nationalismus des „Bund“.
- (2. August)
21. Juli Lenin wird in der achten Sitzung des Parteitags in die Programmkommission gewählt.
 (3. August)

- Zwischen dem 21. und 29. Juli (3. und 11. August) Lenin arbeitet in der Programmkommission des Parteitags.
22. Juli (4. August) Lenin spricht in der neunten Sitzung des Parteitags über das Parteiprogramm.
- Zwischen dem 24. und 29. Juli (6. und 11. August) Lenin und die Delegierten des II. Parteitags begeben sich von Brüssel nach London.
29. Juli (11. August) Lenin hält in der vierzehnten Sitzung des Parteitags das Referat über das Parteistatut.
Er wird in der fünfzehnten Sitzung des Parteitags in die Redaktionskommission für das Statut gewählt.
- Zwischen dem 29. Juli und 2. August (11. und 15. August) Lenin arbeitet in der Redaktionskommission für das Statut.
31. Juli (13. August) Lenin spricht in der neunzehnten Sitzung des Parteitags in der Debatte über das Agrarprogramm der Partei.
1. (14.) August Lenin hält in der zwanzigsten und einundzwanzigsten Sitzung des Parteitags drei Reden in der Debatte über das Agrarprogramm.
2. (15.) August Lenin verteidigt in der zweiundzwanzigsten und dreiundzwanzigsten Sitzung des Parteitags die von ihm vorgeschlagene Formulierung des ersten Paragraphen des Statuts, der die Mitgliedschaft in der Partei betrifft.
2. oder 3. (15. oder 16. August) Lenin nimmt an der Sitzung der „Iskra“-Organisation teil, in der sich die Iskristen bei der Frage der Kandidaturen zum ZK spalten.
4. (17.) August Lenin spricht in der fünfundzwanzigsten Sitzung des Parteitags über die Zusammensetzung des Rats der Partei.

4. und 5. (17. und 18. August) Lenin spricht in der sechsundzwanzigsten und siebenundzwanzigsten Sitzung des Parteitags dreimal: in der Debatte über § 12 des Parteistatuts und zur Kooptierung in das Zentralkomitee und in die Redaktion des Zentralorgans der Partei.
5. (18.) August Lenin nimmt an einer Sonderbesprechung der Delegierten der Mehrheit teil, in welcher die Zusammensetzung des ZK besprochen wird.
- Zwischen dem 5. und 10. (18. und 23.) August Lenin verfaßt Entwürfe von Resolutionen über den Austritt des „Bund“ aus der SDAPR, über einzelne Gruppen, über das Heer und über die Bauernschaft (diese Resolutionen wurden dem Parteitag nicht vorgelegt).
7. (20.) August Lenin spricht in der einunddreißigsten Sitzung des Parteitags zur Wahl der Redaktion des Zentralorgans der Partei — der Zeitung „Iskra“.
- In geheimer Abstimmung wird Lenin vom Parteitag in die „Iskra“-Redaktion gewählt; er spricht zur Wahl des Zentralkomitees.
9. oder 10. (22. oder 23.) August Lenin verfaßt einen Resolutionsentwurf über die Herausgabe eines Presseorgans für Sektenanhänger.
10. (23.) August Lenin tritt in der siebenunddreißigsten Sitzung des Parteitags gegen Potressows Resolution über das Verhältnis zu den Liberalen auf und hält eine Rede über das Verhältnis zur studierenden Jugend.
11. (24.) August Lenin und die bolschewistischen Parteitag delegierten besuchen die Grabstätte von Karl Marx auf dem Friedhof in Highgate.
- Nach dem 11. (24.) August Lenin kehrt nach Beendigung des II. Parteitags der SDAPR von London nach Genf zurück.
15. (28.) August In Nr. 46 der „Iskra“ erscheinen Lenins Artikel „Das Zeitalter der Reformen“ anlässlich des Gesetzes über die Fabrikältesten und „Das letzte Wort des bundistischen Nationalismus“.

 INHALTSVERZEICHNIS

<i>Vorwort</i>	VII—VIII
--------------------------	----------

1902

Materialien zur Ausarbeitung des Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands	1—65
Bemerkungen zum ersten Programmentwurf Plechanows	3—11
Entwurf des Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands	12—19
Drei Korrekturen zum Programmentwurf	20
Bemerkungen zum zweiten Programmentwurf Plechanows	23—43
Beurteilung des zweiten Programmentwurfs von Plechanow	44—46
Bemerkungen zum Programmentwurf der Kommission	47—60
Ergänzende Bemerkungen zum Programmentwurf der Kommission	61—63
Nachtrag zur Frage des Klassenkampfes	62
Abänderungsvorschlag zum Agrarteil des Programms	64—65
Anzeichen des Bankrotts	66—72
Aus dem Wirtschaftsleben Rußlands	73—83
1. Die Sparkassen	74

Brief an die Redaktion des „Jushny Rabotschi“	219—221
Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben	223—244
Politischer Kampf und politische Kannegießerei	245—253
Über Demonstrationen	254
Vulgärsozialismus und Volkstümlerei, wiederbelebt durch die Sozialrevolutionäre	255—262
Über die Aufgaben der sozialdemokratischen Bewegung	263—264
Die Hauptthese gegen die Sozialrevolutionäre	265—269
Neue Ereignisse und alte Fragen	270—276
An die Mittelschüler	277
Über die Gruppe „Swoboda“	278—279
Bruchstück eines Artikels gegen die Sozialrevolutionäre	280—281
Entwurf eines Schreibens des russischen Organisationskomitees an die Auslandsliga, den Auslandsbund und das Auslandskomitee des „Bund“	282
Über die Berichte der Komitees und Gruppen der SDAPR an den allgemeinen Parteitag	283—294
I. Die Arbeiterbewegung, ihre Geschichte und ihr gegenwärtiger Stand	285
II. Die Geschichte der örtlichen sozialistischen Zirkel, das erste Auftreten der Sozialdemokraten und der Kampf der Richtungen unter ihnen	286
III. Die Organisation des örtlichen Komitees, der örtlichen Gruppen und Zirkel	288
IV. Charakter, Inhalt und Umfang der örtlichen Arbeit	289
V. Verhältnis zu den revolutionären (insbesondere den sozialdemokratischen) Gruppen anderer Rassen und Nationalitäten	290
VI. Druckereien, Transporte und konspirativer Aufbau der Arbeit	291
VII. Verbindungen und Tätigkeit in anderen Schichten der Bevölkerung als der Arbeiterklasse	291
VIII. Der Stand der nichtsozialdemokratischen revolutionären und oppositionellen Strömungen und das Verhältnis zu ihnen	293

1903

Die Moskauer Subatowleute in Petersburg	295—300
Mitteilung über die Bildung des „Organisationskomitees“	301—305
Einige Gedanken zum Brief von 7 z. 6 f.	306—312
Zur Erklärung des „Bund“	313—319
Das Manifest der armenischen Sozialdemokraten	320—323
Braucht das jüdische Proletariat eine „selbständige politische Partei“?	324—329
Die marxistischen Auffassungen von der Agrarfrage in Europa und in Rußland	331—341
Programm der Vorlesungen	335
Konспект der ersten Vorlesung. Allgemeine Theorie	336
Über die Herrschaft der kapitalistischen Landwirtschaft. Die Rente	338
Die Selbstherrschaft wankt...	342—347
Herr Struve, von seinem Mitarbeiter entlarvt	348—355
An die Dorfarmut. Die Ziele der Sozialdemokraten, dargelegt für die Bauern	357—430
1. Der Kampf der städtischen Arbeiter	361
2. Was wollen die Sozialdemokraten?	363
3. Reichtum und Elend, Eigentümer und Arbeiter auf dem Lande	373
4. Wohin soll der Mittelbauer gehen? Auf die Seite der Eigentümer und Reichen oder auf die Seite der Arbeiter und Besitzlosen?	387
5. Welche Verbesserungen erstreben die Sozialdemokraten für das gesamte Volk und für die Arbeiter?	395
6. Welche Verbesserungen erstreben die Sozialdemokraten für alle Bauern?	405
7. Der Klassenkampf auf dem Lande	421
Das Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, vorgeschlagen von der Zeitung „Iskra“ zusammen mit der Zeitschrift „Sarja“	428

Les beaux esprits se rencontrent. (Was ungefähr heißt: Verwandte Seelen finden sich)	431—435
Antwort auf eine Kritik unseres Programmentwurfs	436—451
Die nationale Frage in unserem Programm	452—461
Plan eines Artikels gegen die Sozialrevolutionäre	462—463
II. Parteitag der SDAPR, 17. (30.) Juli—10. (23.) August 1903 . .	465—508
1. Resolutionsentwurf über Demonstrationen	467
2. Resolutionsentwurf über die Stellung des „Bund“ in der Partei	468
3. Resolutionsentwurf über das Verhältnis zur studierenden Jugend	470
4. Resolutionsentwurf über die Parteiliteratur	471
5. Entwürfe kleinerer Resolutionen	472—473
Der wirtschaftliche Kampf	472
Der 1. Mai	472
Der internationale Kongreß	472
Der Terror	473
Die Propaganda	473
Die Verteilung der Kräfte	473
6. Resolutionsentwurf über die Herausgabe eines Organs für Sektenanhänger	474
7. Entwurf des Statuts der SDAPR	475
8. Entwürfe von Resolutionen, die auf dem Parteitag nicht eingebracht wurden	478—480
Austritt des „Bund“	478
Einzelne Gruppen	479
Das Heer	479
Die Bauernschaft	479
9. Erste Rede zur Tagesordnung des Parteitags, 18. (31.) Juli . .	481
10. Zweite Rede zur Tagesordnung des Parteitags, 18. (31.) Juli . .	482
11. Rede über die Handlungsweise des Organisationskomitees, 18. (31.) Juli	483

12. Rede über die Teilnahme der polnischen Sozialdemokraten am Parteitag, 18. (31.) Juli	484
13. Rede über die Stellung des „Bund“ in der SDAPR, 20. Juli (2. August)	485
14. Rede zum Parteiprogramm, 22. Juli (4. August)	488
15. Referat über das Parteistatut, 29. Juli (11. August)	491
16. Erste Rede bei der Erörterung des Agrarprogramms, 31. Juli (13. August)	492
17. Zweite Rede bei der Erörterung des Agrarprogramms, 1. (14.) August	495
18. Dritte Rede bei der Erörterung des Agrarprogramms, 1. (14.) August	497
19. Vierte Rede bei der Erörterung des Agrarprogramms, 1. (14.) August	498
20. Erste Rede bei der Erörterung des Parteistatuts, 2. (15.) August	499
21. Zweite Rede bei der Erörterung des Parteistatuts, 2. (15.) August	500
22. Rede zur Wahl der „Iskra“-Redaktion, 7. (20.) August	504
23. Rede über das Verhältnis zur studierenden Jugend, 10. (23.) August	508
Das Zeitalter der Reformen	509—516
Das letzte Wort des bundistischen Nationalismus	517—520
Martows Widersprüche und Zickzackkurs	521
Anmerkungen	523—546
Daten aus dem Leben und Wirken W. I. Lenins	547—557

ILLUSTRATIONEN

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Entwurf des Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“ — 1902 .. .	2—3
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript mit den Bemerkungen zum zweiten Programmentwurf Plechanows — 1902	21

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie“ — 1902	96—97
Umschlag von W. I. Lenins Broschüre „Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben“ — 1904	225
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Über die Berichte der Komitees und Gruppen der SDAPR an den allgemeinen Parteitag“ — Dezember 1902 — Januar 1903	282—283
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Die marxistischen Auffassungen von der Agrarfrage in Europa und in Rußland“ — 1903	333
Umschlag von W. I. Lenins Broschüre „An die Dorfarmut“ — 1903	359
Berechnung des Bodenbesitzes nach Klassengruppierungen, aufgestellt von W. I. Lenin bei den Vorarbeiten zur Broschüre „An die Dorfarmut“ — 1903	374—375